erg

d.

chern

ng

4 Bavar. 761 said-4

<36611723990014

<36611723990014

Bayer. Staatsbibliothek

Pragmatiſche Geſchichte

der

bayeriſchen Geſetzgebung

und

Staatsverwaltung

ſeit den Zeiten Maximilian I.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Aus amtlichen Quellen bearbeitet

von

Max Freiherrn von Freyberg.

Vierter Band.

Erſte Abtheilung.

In Commiſſion bei Friedrich Fleiſcher in Leipzig.

1839.

4 Bavar. 761 sad-4

Augsburg,
Druck der W. Reichel'ſchen Buchdruckerei.

346

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorwort.

Eine Darſtellung unſerer Geſetzgebung und Verwaltung in ſtaatsrechtlichen Gegenſtänden, während dem Verlaufe des XVII. und XVIII. Jahrhunderts, ſetzt um ſo nothwendiger eine hiſtoriſche Einleitung voraus, als gerade auf dieſem Gebiete die geſetzgebende Gewalt durch die in die Geſchichte verwurzelte Landesverfaſſung beſchränkt und bedingt erſcheint. Auch beruht hier vieles auf Verträgen die einem frühern Zeitraume angehören, und für Vieles kann der rechte Sinn und die rechte Auslegung nur durch einen Rückblick auf die frühere Landesgeſchichte gefunden werden. Hienach hat ſich eine Trennung des vierten — den ſtaatsrechtlichen Verhältniſſen Bayerns unter Max I. und ſeinen Nachfolgern gewidmeten Bandes dieſes Werkes in zwey Abtheilungen von ſelbſt ergeben, deren erſtere nun eben die hiſtoriſche Einleitung zu dem was in der zweyten Abtheilung vorzutragen iſt, in ſich enthalten ſoll. Der Verfaſſer hat ſich hiebei erlaubt in der Entwicklung unſerer landſtändiſchen Verfaſſung ſo weit als möglich zurückzugreifen, und die Fundamente dieſer Verfaſſung ſo tief als möglich aufzuſuchen, weil eine möglichſt gründliche Beurtheilung der ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe unſerer ehemaligen Landſtände eine der Hauptaufgaben dieſes vierten Bandes iſt. Das gleiche gilt in Beziehung auf die

Art und Weiſe in welcher die Landes=Freyheitserklärung vom Jahre 1516 zu Stande gekommen iſt. Und was das Familienrecht des landesfürſtlichen Hauſes betrifft, ſo war auch hier jene in das Einzelne gehende Ausführlichkeit geboten, ohne welche das Verſtändniß des in dieſer Beziehung im XVII. Jahrhunderte Geltenden nicht erreicht werden kann.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Erſte Abtheilung.

Hiſtoriſche Einleitung.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Erſtes Kapitel.

Die älteren Zeiten.

§. 1.

Älteſte Verfaſſung.

Eine Geſchichte des im XVI. und XVII. Jahrhundert in Bayern geltenden Staatsrechtes, muß ihren Ausgangspunkt von Otto I. nehmen, da durch die erbliche Belehnung dieſes Fürſten, das Herzogthum dem Lande Bayern zuerſt erblich eingepflanzt worden, und auch wirklich in den Erbgang gekommen iſt, ſo daß von damals an, Reichsgewalt, Hausgewalt und Landesgewalt in dem Wittelsbachiſchen Stamme zur bayeriſchen Landeshoheit verſchmolzen wurde. Dieſe Landeshoheit und fürſtliche Herrlichkeit aber in ihrem Verhältniſſe zu dem deutſchen Reiche einerſeits, und zu dem bayeriſchen Volke andererſeits, faßt alle Elemente des bayeriſchen Staatsrechtes in ſich, deſſen Entwicklung wir uns zur Aufgabe machen. Ein ſolches Staatsrecht kann aber ſeine Fundamentirung nothwendig nur in der älteren germaniſchen und bayeriſchen Verfaſſung finden; und daher iſt es erforderlich eine kurze einleitende Betrachtung der urſprünglichen Begründung und zunächſt folgenden Entwicklung dieſer ältern Verfaſſung zur Aufgabe unſeres erſten Kapitels zu machen.

Bayern ſtellt ſich uns in ſeiner ältern Verfaſſung dar: als *ein Verein mehrerer, aus Freien und Unfreien Perſonen gebildeten Volksgemeinden mit einem Fürſten an ihrer Spitze.*

Das Prinzip dieſer Verfaſſung beruhte aber auf zwei Hauptgrundlagen: auf der *Gemeinde-Genoſſenſchaft* und auf der *Geſammt-Bürgſchaft.*

Ein Volk wurde nach germaniſchen Urbegriffen nur durch die *Freyen* conſtituirt; die Freiheit und Rechtsfähigkeit jedes Einzelnen aber war auf ſeine *Genoſſenſchaft* in einer *Volks-Gemeinde* begründet.

Das Volk war nämlich in Markgenoſſenſchaften (*Marken, Gemeinden*) abgetheilt d. i. in Bezirke, welche von *Stammes-Verwandten* bewohnt wurden. Mehrere ſolcher Marken bildeten zuſammen einen *Gau.* Die öffentlichen Verſammlungen der zu einem Gau gehörenden Gemeinden hießen *Gauding.* Auf dieſem *Gauding* nun wurden alle öffentlichen

Geſchäfte vorgenommen, ſie waren die Quelle des Rechtes und der Geſetze — und auf der aktiven Theilnahme an dieſem Gaudinge beruhte denn auch die Gemeinde=Genoſſenſchaft.

Aus dieſer Gemeindegenoſſenſchaft — als dem erſten Hauptelemente unſerer älteſten Verfaſſung — ging aber das zweite Hauptelement derſelben, nämlich die Geſammtbürgſchaft als nothwendiger Ergänzungstheil jenes erſten Verfaſſungs=Elementes hervor. Die geſammte Volksgemeinde nämlich, nahm die Pflicht auf ſich, zu ſichern und zu verbürgen:

a) die Aufrechthaltung des gemeinen Friedens in der Gemeinde überhaupt; ferner zu ſichern und zu verbürgen:

b) die perſönlichen Rechte und das Eigenthum jedes Einzelnen und ſeiner Familie.

Und ſohin war der Verfaſſung ſelbſt wieder ihre Garantie in dem Gaudinge gegeben.

Dieſe Sicherung (oder Verbürgung) wurde dadurch vollzogen, daß auf jede Handlung, welche den öffentlichen Frieden, oder das Recht eines Einzelnen verletzte, eine Buße (Strafe) geſetzt, zu deren Entrichtung der Schuldige a) durch das Volksgericht; oder b) die Selbſthülfe des Verletzten (Fehderecht) gezwungen werden konnte.

Dieſes waren denn auch die zwei Grundlagen der älteſten Verfaſſung des bayeriſchen Volkes, welches aus folgenden Elementen zuſammengeſetzt war:

1) dem Fürſten,
2) dem Adel,
3) den Freyen,
4) den Unfreyen.

Das Volks=oberhaupt.

Da wir ſchon in der älteſten Zeit einen Adel antreffen, welcher einerſeits als Gefolgſchaft des Fürſten im Kriegs=und Ehrendienſte bei demſelben ſtand, anderſeits in dem Gaudinge als Graf den Vorſitz führte; und da dieſes Gauding mit geſetzgebender und richterlicher Gewalt ausgerüſtet war — ſo ergaben ſich für den Fürſten in ſeinem Verhältniſſe zu dieſem Adel und zu der Volksgemeinde, die nachſtehenden Rechte:

1) In Beziehung auf ſein nächſtes Dienſtgefolge übte er die Rechte eines Herrn über ſeine Diener aus, unbeſchadet jedoch ihrer Freiheit, da ihre Dienſte a) blos in Ehrendienſten am Hofe, und b) in Kriegsdienſten beſtanden, und auf das Gelöbniß der Treue begründet waren.

2) In Beziehung auf das ganze Volk, an deſſen Spitze der Fürſt ſtand, hatte er zwar die oberſte Gewalt. Dieſe war aber durch die, der Gemeinde der Freyen (zu welcher der Adel als bevorzugte Klaſſe derſelben gehörte) einwohnende Theilnahme an der geſetzgebenden und richterlichen Gewalt bedungen.

3) In Beziehung auf Grund und Boden, war der Fürſt Eigenthümer eines großen (ihm ſchon bei der urſprünglichen Occupation des Landes zugefallenen) Theiles deſſelben.

4) In Kriegszeiten beſaß er die unbedingte oberſte Kriegsgewalt.

Behufs der Vollziehung, der ihr einwohnenden Rechte und Gewalten, hatte jede Gaugemeinde ihre Obrigkeit, nämlich den Grafen, welcher unter Zuziehung eines Ausſchuſſes von Freyen das Richteramt und die vollziehende Gewalt ausübte, und Vorſteher des Gaudinges war. Er übte dieſe Amtsgewalt zwar im Namen des Fürſten, jedoch nicht in Kraft einer

Machtvollkommenheit deſſelben aus, ſondern trat eigentlich als das Organ des durch die Gemeinde-Verſammlung ausgeſprochenen Volkswillens hervor, wurde von dieſer Volks-Verſammlung gewählt, und mußte edeln Geſchlechtes ſeyn.

Wenn es uns gleich an hiſtoriſchen Belegen fehlt, ſo ſind wir doch der Natur der Sache nach bemüßigt anzunehmen, daß auch außer dem Grafen noch höhere und niedere Beamten, in jener älteſten Verfaſſungsperiode in Wirkſamkeit waren. Für's Erſte müſſen wir uns den Fürſten als umgeben denken mit einem, aus den Vornehmſten des Volkes gebildeten Rathe, mit einer in die Geſetzgebung und in die Landesverwaltung von einem höhern Standpunkte aus eingreifenden Wirkſamkeit; für's Zweite war auch jetzt wohl ſchon jeder Gau in Bezirke getheilt, und ein mit obrigkeitlichen Befugniſſen ausgeſtatteter, unter dem Grafen ſtehender Vorſtand war ohne Zweifel an der Spitze jedes einzelnen ſolchen Bezirkes.

Daß dieſe Grafen und Bezirksbeamten, ſowohl die Militair- als Kriegsgewalt in ſich vereinigten, unterliegt um ſo weniger einem Zweifel, als jene, — da ſie aus dem Adel gewählt waren, ohnehin das nächſte Gefolge des Fürſten im Kriege bildeten; und es andererſeits wenigſtens im höchſten Grade wahrſcheinlich iſt, daß auch jetzt ſchon, die in der nächſten Periode ſich zeigende Einrichtung beſtand, daß die Freyen der einzelnen Bezirke, unter ihren Vorſtehern während der Friedenszeit, in den Krieg zogen.

Zunächſt an dem Fürſten ſtand der, ſchon urſprünglich ſein Gefolge bildende Adel. In Beziehung zu dem Volke ſtellt ſich dieſer Adel bereits in unſerer älteſten Verfaſſungs-Periode, als ein bevorzugter Stand dar, welcher ſich in dem Beſitze bedeutender Vorrechte befand; nämlich: Der Adel.

1) Des Rechtes der Wählbarkeit zu obrigkeitlichen Aemtern.
2) Des Rechtes der Vorberathung wichtiger öffentlicher Angelegenheiten.
3) Des Schutzrechtes über unfreye Perſonen.
4) Des Rechtes über ein Dienſtgefolge zu gebieten.

Der Stand der Freyen war auf die Genoſſenſchaft in der Volksgemeinde begründet. Nur die Genoſſenſchaft gab vollkommene Rechtsfähigkeit, und aus ihr gingen alſo auch die nur dem Stande der Freyen zukommenden Rechte: a) ächtes Eigenthum zu beſitzen, b) die Waffen zu führen, c) an der gerichtlichen Gewalt Theil zu nehmen d) und Zeugniß zu geben — hervor. Die Freyen.

Neben den Freyen, und blos unter dem Schutze derſelben lebten die Unfreyen. Dieſe Klaſſe von Einwohnern entſtand in Folge der Eroberung des Landes durch einen ſiegenden Volksſtamm. Denn alle diejenigen aus den frühern Bewohnern, welche nach der Eroberung im Lande zurückblieben, wurden nun eigene Leute des Herrn, welcher den Diſtrikt, den ſie bewohnten, in Beſitz nahm. Für dieſen mußten ſie nun das Land bebauen, und hatten gegen ihn kein Recht; und ohnehin keinen Antheil an der Genoſſenſchaft in der Volksgemeinde der Freyen. Aber indem ſie unter ſeinen Schutz traten, wurden ſie durch ihn rechtsfähig, und ihre Rechte gegen jeden Dritten geſichert; durch ihn wurden ſie auch in der Freyen Volksgemeinde vertreten. Dieſe Folge des Eroberungsrechtes wurde jedoch nicht allgemein in Ausübung gebracht, ſondern häufig wurde den früheren Landesbewohnern, gegen Entrichtung beſtimmter Abgaben, ihr Eigenthum, ja ſelbſt ihre frühern Gemeiderechte belaſſen. (Zinspflichtige.) Die Unfreyen. v. E. §. 15. u. c.

1*

In dieſer Klaſſe der Unfreyen iſt nun aber auch noch die ganze Zahl derjenigen hinzugetreten, welche ſchon von der urſprünglichen Heimath aus als dienend dem nach neuen Wohnſitzen ausziehenden Volksſtamme gefolgt waren, ſo wie auch alle diejenigen, welche in den auf dem Eroberungszuge ſelbſt ſtatt gefundenen Kriegen, das Loos der Gefangenſchaft getroffen hatte.

§. 2.

Agilolfingiſche Periode.

Dieſe unſere älteſte Verfaſſung — in ihren weſentlichen Grundlagen zwar fortdauernd — erhielt jedoch noch während der Agilolfingiſchen Periode bedeutende Modifikationen.

Vollkommene Rechtsfähigkeit beruht auch in dieſer zweiten Periode noch auf der Genoſſenſchaft in der Volksgemeinde, und auf der perſönlichen Theilnahme an dem Gauding.

Wir unterſcheiden nun bei dem Gaue ſchon beſtimmter ſeine einzelnen Beſtandtheile. Ein ſolcher Gau zeigt ſich nämlich als zuſammengeſetzt:

1) Aus dem Grundbeſitze der Freyen, welcher aus geſchloſſenen Feldmarken beſtand, die entweder eine Bauerſchaft von mehreren Höfen (aus Mansis, houbis beſtehend), oder zuſammenhängende Niederlaſſungen (Villa) bildeten. Mehrere ſolche Feldmarken bildeten eine Gemeinde;

2) Aus der gemeinen Mark, d. h. aus jenen Maſſen von Grund und Boden, welche nicht von einzelnen Beſitzern bebaut, ſondern nach den von der Genoſſenſchaft beſtimmten Regeln, gemeinheitlich benützt wurden.

3) Aus den im Eigenthume des Königs, der Kirche, des Herzogs oder des Adels befindlichen Grundſtücken. Dieſer letztere Theil des Grundbeſitzes ſtand nun in unmittelbarer Verbindung mit dem Wohnſitze des Herrn oder ſeines Beamten (Curtis Sala), bildete ſohin eine villa indominicata, ſo wie denn das dazu gehörige Land terra indominicata, t. salica hieß (woher unſer Salbuch), woraus allmählig der Begriff der Gutsherrſchaft hervorging.

Neben der, die Rechtsfähigkeit bedingenden Gemeinde = Genoſſenſchaft, dauerte auch die Geſammtbürgſchaft als Hauptelement unſerer Verfaſſung, während dieſer zweiten Periode in ihrer Wirkſamkeit fort, und bezog ſich nach wie vor, auf die Sicherung des Gemeindefriedens, und der perſönlichen und Eigenthumsrechte der Freyen durch das Volksgericht (Gauding), welches noch immer eine Quelle der geſetzgebenden und richterlichen Gewalt blieb. Allein dieſe beiden Gewalten waren nun bereits durch die dem fränkiſchen Könige, der Kirche, dem Herzoge und dem Adel zuſtehende Gerechtſame um Vieles geſchmälert.

Wir heben für's erſte folgende, in dieſer Periode in Kraft beſtehenden Recht = Axiome hervor:

1) das Recht iſt rein perſönlich,

2) die Geſetze bezeichnen jetzt ſchon ausdrücklich mehrere einzelne Fälle als Friedensbruch,

3) für andere einzelne Fälle, als Raub, Mord ꝛc. iſt das Recht der Selbſthülfe, (Fehderecht) ausdrücklich vorbehalten;

4) das Maas des Wehrgeldes iſt das Zeichen der Ehre, und dieſer Vorzug iſt erblich;

5) ein Freyer kann das Leben und Vermögen nur durch ein Verbrechen — den Stand der Freyheit nur durch geſetzliche Strafe verlieren; und ein ſolches Verbrechen kann nur im Hochverrath beſtehen; alle übrigen Frevel können mit Geld gelöst werden.

Die urſprüngliche Landesverwaltung, hängt genau mit der Gau = und Kriegsverfaſſung zuſammen. Obrigkeiten. Die oberſte Gewalt in dieſer Beziehung kam nun eigentlich dem fränkiſchen Könige zu, ward aber, gegen Angelöbniß der Treue und Anerkennung ſeiner Oberhoheit in Bayern, von dem Herzoge ausgeübt. Die Hauptorgane für die Ausübung der Regierungsgewalt waren, die ſchon in der vorigen Periode, an der Spitze jedes einzelnen Gaues ſtehenden Grafen, und zwar in der Art, daß nicht nur die ganze Verwaltung ſowohl der Juſtiz als der Finanzen in ihrer Perſon vereinigt — ſondern daß ſie zugleich die Befehlshaber der Kriegsmacht ihres Gaues waren. Sie werden jetzt bald allgemein mit dem Titel *comes* genannt.

Neben dieſer erſten Obrigkeit des Gaues werden nun ſchon einige Beamten einzelner Gaubezirke benannt: So z. B. die Dekane und Centenari, welche in einzelnen Diſtrikten des Gaues (des Comitates) eine beſchränktere Gerichtsbarkeit, jedoch nicht eigentlich als untere Inſtanz ausübten; der Judex (auch judex terrennus genannt), ferner der *defensor ecclesiae*, oder Kirchvogt, welcher die Gerichtsbarkeit auf den Gütern der Kirche verwaltete; endlich eigentliche Stellvertreter der Grafen unter der Benennung Viccomes, Vicarius ꝛc.

Der Adel — unter welchem in dem Geſetze fünf Geſchlechter als beſonders ausgezeichnet benannt werden — blieb auch in dieſer zweiten Periode im Beſitze ſeiner urſprünglichen erblichen Vorrechte. Der Adel.

Als beſondere Verhältniſſe treten nun aber hinzu:

a) das Verhältniß des Adels zum Könige: Mehrere adelige Geſchlechter ſcheinen nämlich bereits in einem unmittelbaren Verbande von Dienſten und Treue zum Könige geſtanden zu ſeyn;

b) aus dem Verhältniß des Dienſtgefolges entwickelt ſich bereits die Grundlage des Lehens-Verhältniſſes. Je ausgedehnter nämlich die Dienſte der Gefolgſchaft wurden, je größer mußte auch die dafür zu bewilligende Belohnung werden. Dieſe Belohnung beſtand aber in der Regel darin, daß den Dienſteliſtenden (Vaſallen) ein Gut zur Benützung, oder ein Amt zur Verwaltung — auf Lebenszeit — übertragen wurde. Und da nun ſowohl der König, als der Herzog, und auch die Mächtigern aus dem Adel ihr Gefolge — Vaſallen — hatten, ſo kam eine ſehr große Anzahl von Gütern in den Beſitz der Vaſallen, bei welchen nun alſogleich das Beſtreben hervortrat, dieſen Beſitz ihrem Geſchlechte als erblich zuzuſichern — ein Beſtreben das den beſten Erfolg hatte, und eine ſchnelle und eigenthümliche Entwicklung des Lehensſyſtemes herbeiführte.

An den Rechten der Freyen — deſſen höchſte Klaſſe der Adel bildet — hat ſich in dieſer Periode nichts geändert. Die Freyen. Sie beſtanden nach wie vor im Weſentlichen:

1) in der Fähigkeit, Rechtshandlungen vorzunehmen und ächtes Eigenthum zu beſitzen;

2) das Volksgericht (den Gauding) zu conſtituiren;

3) in der Waffenfähigkeit und dem Fehderechte;

4) in einem höheren Wehrgelde.

Die Unfreyen. Alle jene Landeseinwohner, die nicht in dem Beſitze der vollen Rechte der Freyen waren — gehörten zu den **Unfreyen**. Allein es hatten ſich nun auch unter den Unfreyen gewiſſe Klaſſen gebildet, deren Beſtimmungsgrund in dem größern oder geringern Umfange der jeder einzelnen Klaſſe zukommenden Rechte beruhte. Dieſe Klaſſen oder Abſtufungen der Unfreyheit waren folgende:

1) die eigentlichen **Leibeigenen** (Servi).

2) die **Hörigen**, und zwar

a) die **Schutzpflichtigen**, worunter

aa) die **Hofhörigen**,

bb) die **unfreyen Dienſtleute** begriffen ſind, und

b) die **Zinspflichtigen**.

Zu den frühern Verfaſſungselementen traten in dieſer zweiten Periode, außer

A) dem fränkiſchen Könige, noch hinzu:

B) die Kirche,

C) die Stände.

ad A) **Der fränkiſche König und der bayeriſche Herzog.**

Die Rechte, welche von den fränkiſchen Königen in den deutſchen Gebieten ausgeübt wurden, beſtanden in einer **höchſten Kriegsgewalt**, und in einer **höchſten Gerichtsbarkeit**. Allein die Suprematie dieſer Könige über Bayern war durch eine, auf Staatsvertrag begründete Anerkennung der Würde und Gewalt des an der Spitze des bayeriſchen Volkes ſtehenden Herzogs bedungen. Der König behielt ſich nämlich zwar das aus einer Art von Huldigung und Angelöbniß von Treue hervorgehende Recht vor, den Herzog zu ſetzen; doch mußte er den zu benennenden Herzog ſtets aus dem Geſchlechte der Agilolfinger wählen; das Kriegsheer blieb unter dem unmittelbaren Befehle des Herzogs; und der Adel ſo wie das Dienſtgefolge waren ſeiner Perſon den Kriegsdienſt zu leiſten verpflichtet; ſo wie denn der Herzog auch von den Freyen den Heerdienſt zu fodern das Recht hatte, wenn ſie zum Kriege eingeſtimmt hatten. In des Herzogs Curtis, unter ſeinem Ring und Siegel wurden die fürſtlichen Dekrete vollzogen; ihm blieb das Recht der Begnadigung, kurz er übte Kriegsgewalt und vollziehende Gewalt noch als eigenes — erbliches Recht aus, und dem Könige ſtand nur in ſoweit eine höhere Gewalt über ihn zu, als ſolches bei Angelöbniß der Treue ausdrücklich bedungen worden.

ad B) **Die Kirche.**

Die Verfaſſung der Kirche hat ſich unabhängig von jener der Staaten gebildet. Daher iſt ſie überall, wo die Kirche in einem beſtimmten Lande hervortritt, dieſelbe. Die Kirche mußte aber als Mittel zu ihren — die höchſten Angelegenheiten des Menſchen umfaſſenden Zwecken, eine **Gewalt** haben, und zwar eine **geſetzgebende, oberaufſehende und vollziehende**. Die Fülle dieſer Gewalt war bei der Verſammlung der Biſchöfe unter ihrem Haupte dem Pabſte (concilium) und wurde als der Kirche **unmittelbar** von Gott anvertraut anerkannt. Dieſe Gewalt wurde aber verwaltet:

1) **von dem Pabſte**, welcher den erſten Rang und die Suprematie über alle Kirchen-Sprengel in der Hierarchie beſaß,

2) von den Metropoliten, welche eine obere Juriſsdiktion über mehrere Sprengel beſaßen,

3) von den Biſchöfen, oder Verwaltern der Kirchengewalt in einem beſtimmten Sprengel,

4) von den Pfarrern, welchen die Adminiſtration des Gottesdienſtes und der Sakramente, und die innere Juriſsdiktion in einzelnen Gemeinden zuſtand.

Mit dieſer innern Verfaſſung treffen wir alſo die Kirche auch gleich bei ihrer feſten Begründung in Bayern an.

Bei dem Hervortreten der Kirche im Staate entſteht aber nothwendig ſogleich ein politiſches Verhältniß zwiſchen dieſen beiden. Dieſes politiſche Verhältniß erheiſcht geſetzliche Beſtimmungen. Als ſolche treffen wir denn auch in Bayern ſchon urſprünglich die folgenden an:

A) Die Kirche ſteht unter beſonderm Schutze des Staates, und genießt in dieſem ihrer Immunitäten,

B) auf die Wahl der Biſchöfe haben Volk, Herzog, König entſcheidenden Einfluß;

C) der geſammte Clerus (zu welchem alle gehören welche die Weihe (Ordo) vom Biſchofe empfangen hatten) genießt eines höhern Grades von Sicherheit und Achtung — und geſetzlich eines höhern Wehrgeldes; er genießt perſönlicher Freiheit von Laſten, Abgaben und eines privilegirten Gerichtsſtandes;

D) die Geiſtlichen leben nach römiſchen Rechte,

E) die Biſchöfe und Aebte haben Sitz und Stimme auf den Landtagen.

Dieſer letzte Punkt führt uns nun von ſelbſt auf die Betrachtung des Verfaſſungselementes der Stände und Landtage hinüber.

Drei Inſtitute ſind es nämlich, welche den Landtagen, und ſomit auch den Ständen, welche nichts anders als jene Volksklaſſen ſind, die das Recht des Sitzes und der Stimme auf den Landtagen haben, — ihr Daſeyn gaben; nämlich A) das Gauding, B) der Rath der Könige und Herzoge, C) und die biſchöflichen Synoden.

Auf dem Gaudinge wurden die Angelegenheiten des Gaues in der Verſammlung aller Freyen berathen. Dieſe Gaudinge waren aber ſelbſt wieder nur Nachbildungen jener urſprünglichen Concilien oder Verſammlungen des Volkes zu Berathung der öffentlichen Angelegenheiten, welche ſchon von Tacitus bei den germaniſchen Stämmen als ſolche bezeichnet werden.

Die biſchöflichen Synoden wurden überall, wo die Kirche einmal in einem Lande begründet war, zu Berathung der geiſtlichen Angelegenheiten abgehalten, und ihre Einrichtung diente den weltlichen Landtagen zum Vorbilde.

Bei den fränkiſchen Königen treffen wir aber in der Periode, in welcher ſie ihre Hoheit über Bayern ausdehnten, ſchon die Gewohnheit an, die oberſten Staatsbeamten, die Biſchöfe und Aebte, und die Erſten des Adels an gewiſſen Tagen zur Berathung der wichtigſten Staatsangelegenheiten zu verſammeln. Dieſe Gewohnheit wurde nun aber auch von den bayeriſchen Herzogen — ſeitdem ſie von Biſchöfen, Aebten, Staatsbeamten und den Großen des Adels umgeben, und ihrer Beihülfe zur Regierungsverwaltung bedürftig waren, — nachgeahmt. In dem Inſtitute des Gaudinges und des herzoglichen Rathes war bereits das Grundelement zur Conſti-

tuirung eigentlicher Landtage gegeben, nämlich die Anerkennung des Rechtes der Freyen (— zu welchen der Adel ohnehin gehörte —) und der Kirchenvorſtände, zur Berathung der Staatsangelegenheiten mitzuwirken. Und da nun die wichtigſte Staatsangelegenheit die Beſchließung der Geſetze war, — ſo war hiedurch den bezeichneten Volksklaſſen, zugleich ein Antheil an der geſetzgebenden Gewalt zugeſtanden. Ja der Beſuch der Landtage wurde den Freyen überhaupt nicht nur zugeſtanden, ſondern durch das älteſte Geſetz denſelben, ſo wie den Vaſallen ſogar zur Pflicht gemacht.

Was nun aber den Antheil des geiſtlichen Standes an dieſen ſtändiſchen Berathungen betrifft, ſo war derſelbe ohnehin durch die Lage der Verhältniſſe herbeigeführt. Für's Erſte nahmen die Biſchöfe und Aebte als die gebildetſten und wichtigſten Männer von ſelbſt ſchon nothwendig in dem Rathe des Herzogs die erſten Plätze. Für's Zweite waren ihre Kirchen ſo wie ſie ſelbſt mit Gütern dotirt, deren Verhältniſſe ſie zu repräſentiren hatten. Für's Dritte endlich wurden die biſchöflichen Synoden nicht nur zum Vorbilde für die Einrichtung der Landtage genommen, ſondern die Herzoge bedienten ſich der Synoden, auf welchen ſie ſelbſt und die Großen des Landes ohnehin erſchienen — (da die erſten Synoden Einrichtungen der Kirche betrafen, welche ohne ihre Zuſtimmung und Mitwirkung nicht in's Werk geſetzt werden konnte) — um nun auf denſelben zugleich unter Zuziehung der übrigen Freyen — rein weltliche Gegenſtände zur Berathung und zum Beſchluß zu bringen.

§. 3.

Karolingiſche Periode.

Von den zwei Grundelementen der germaniſchen Verfaſſung, nämlich der Genoſſenſchaft und der Bürgſchaft, hat ſich in der Karolingiſchen Periode nur mehr die erſte in ihrer Weſenheit erhalten; nämlich Freiheit und Rechtsfähigkeit beruht fortwährend auf der Genoſſenſchaft in einer Volksgemeinde. In Folge dieſes fortherrſchenden Grund-Elementes, erhielt ſich auch die Gau- und Markverfaſſung in der Art, daß die verſammelte Bezirks- oder Gaugemeinde noch immer, wenn gleich nicht unbedingt und ausſchließlich mit geſetzgebender und richterlicher Gewalt ausgeſtattet blieb.

Das zweite Grundelement deutſcher Verfaſſung, nämlich die zur Sicherung des Friedens ſtatuirte, und durch das Volksgericht im Gauding geltend gemachte Geſammtbürgſchaft, iſt aber in der Karolingiſchen Periode weſentlich modifizirt worden. Denn wenn gleich Karl der Große die Geſetze der einzelnen germaniſchen Völker beſtätigte, und ihre Verfaſſung in einigen Elementen fortbeſtehen ließ, ſo iſt er ja doch ſelbſt der Begründer einer höhern allgemeinen Verfaſſung für alle ihm untergebenen Völker geworden, die man im Gegenſatze zur älteſten germaniſchen, ſowie zur ſpätern Feudalverfaſſung die neugermaniſche Verfaſſung nennen kann, und deren Prinzip auf die Idee einer eigentlichen Staatsgewalt fundirt iſt.

Nach dieſer Idee erſcheinen Kirche und Staat in einer, ein Ganzes bildenden innigſten Verbindung. Durch die römiſche Kaiſerwürde, durch die religiöſen und die Rechtsbegriffe, wurde auch die Idee einer Staatsgewalt immer lebendiger. An dieſe Idee reihten ſich die Begriffe

des Heerbannes, der Gewalt der Beamten die unter dem Banne des Königs Recht ſprachen; der Contributionspflicht zu allgemeinen Laſten, und des Gehorſams. Eine Feudalverfaſſung kann man die Karolingiſche ſchon deßwegen noch nicht nennen, weil ſich die Unterwürfigkeit des Einzelnen unter die königliche Gewalt nicht hauptſächlich auf ein Angelöbniß beſonderer Treue — (auf ein Senioratsverhältniß —) ſondern auf die Unterwürfigkeit der geſammten Volksgemeinde unter die königliche Gewalt gründete.

Durch dieſe Idee der Staatsgewalt wurde aber jenes Grundelement der Sicherung des Friedens und Rechtes durch die Geſammtbürgſchaft weſentlich dahin modifizirt, daß es nun vorzugsweiſe eben dieſe Staatsgewalt, und nicht mehr blos die auf die Genoſſenſchaft begründete Geſammtbürgſchaft war, welche den öffentlichen Frieden und den Vollzug der Geſetze garantirte; und von nun an muß alſo die Geſchichte der Entwicklung dieſer Staatsgewalt einen Hauptbeſtandtheil der Geſchichte der Entwicklung der Verfaſſung überhaupt bilden.

Der König.

Bayern iſt in der Karolingiſchen Periode den fränkiſchen Königen unmittelbar untergeben, und bildet einen Beſtandtheil der fränkiſchen Monarchie. Dieſe wurde unter den Karolingern als erblich und theilbar betrachtet.

In Folge dieſer Theilbarkeit wurde Bayern mehrmals der Hauptbeſtandtheil des, einem der fränkiſchen Prinzen zufallenden Reiches, und ſchon Ludwig — Karls Sohn — führte den Titel Rex Bojoariorum.

Die dem Könige zuſtehenden Autoritätsrechte beſtanden aber während dieſer Periode:

1) in der fürſtlichen Kriegsgewalt und dem Rechte von dem Adel und den Dienſtleuten — dann von den Freyen nach Maas ihrer Einwilligung den Kriegsdienſt zu fodern;

2) in der Befugniß die allgemeinen Auflagen (des Fiskus) zu erheben;

3) in der oberſten Gerichtsbarkeit.

Nun tritt auch noch als höchſt einflußreich hinzu, daß der König der Franken zugleich römiſcher Kaiſer iſt.

Seit der Pabſt Karl dem Großen die Kaiſerkrone aufgeſetzt hatte, war der letztere als Reſtaurator des abendländiſchen Kaiſerthumes ſanktionirt, und hienach war er ja nicht blos zum Beherrſcher aller zum ehemaligen weſtrömiſchen Kaiſerthume gehörigen Länder, ſondern zum Herrn aller ſo wie zu einem Glauben auch zu einem Staate zu verbindenden Völker der Erde berufen; *) eine Idee, welche von den wichtigſten Folgen war. Vorläufig iſt zu bemerken, daß dieſes römiſche Kaiſerthum als auf Oſtfranken radizirt, und ebenfall als erblich, jedoch untheilbar betrachtet wurde.

Missus. Comes palatinus.

Die alte herzogliche Gewalt und Würde iſt in der Karolingiſchen Periode, während welcher die fränkiſchen Könige Bayern unmittelbar beherrſchten — gänzlich untergegangen, und die Funk-

*) Siehe d. Huldigungseide Cap. II. 802 c. 2.

tionen des Herzogthums den Organen der höchſten königlichen Staatsgewalt übertragen worden, unter welchen der Pfalzgraf und der *Missus* die zwei wichtigſten waren.

Dem Pfalzgrafen war die Verwaltung jener Theile der Staatsgewalt übergeben, welche ſich der König unmittelbar an ſeinen Hof zu ziehen vorbehielt; der Missus aber war ein, für die Oberaufſicht über die Regierungsverwaltung einer beſtimmten Provinz aufgeſtellter königlicher Beamter.

Da nun die Landes-Verwaltungsrechte ſpäter wieder größtentheils aus der miſſatiſchen Gewalt auf das Herzogthum übergegangen waren, ſo iſt es nothwendig, Einiges über das Amt und die Kompetenz des frühern königl. Missus zu bemerken. Es waren aber dieſe Missi eine von Karl dem Großen in der Abſicht zur hohen Vollendung gebrachte Magiſtratur, um die ihn belebende Idee einer durchherrſchenden Staatsgewalt in ſeinem unermeßlichen Reiche in Ausführung zu bringen. Wir treffen dieſes Inſtitut nicht nur in den fränkiſchen, ſondern in allen Provinzen des großen Reiches, und namentlich ſchon unter Karl dem Großen auch in Bayern an. Sie wurden aus den Biſchöfen, Grafen, Aebten und Edeln gewählt, und hatten den Rang vor den Grafen.

„Gottes und des Königs Geſetz zu verrichten,“ war das Amt des Missus. Sie ſollten jedem ſein Recht bewahren; alſo dem Könige ſeine Gerichtsbarkeit, und Jedem aus dem Volke ſein Recht. Und zwar ſollen ſie theils ſelbſt Recht ſprechen und vollführen, theils alle Richter dazu anhalten, ſtrenge und pünktliche Gerechtigkeit zu pflegen. Auch die Sorge für die Aufſtellung tüchtiger Gerichtsbeamten lag in ihrem Amte, und daher auch die Beeidigung derſelben. Die Kompetenz der Missi erſtreckt ſich auch auf die Kirchenſachen, z. B. auf Zehentſtreitigkeiten, Veräußerungen, Unterhaltung der Gebäude.

Sie hatten die Patronatsrechte zu handhaben; den Biſchöfen gegen empöreriſche Geiſtliche beizuſtehen, und umgekehrt Unterdrückte zu beſchützen.

Ganz beſonders wurden den Missis die Sorge für die Sicherheit, die Strenge gegen boshafte Menſchen, das Ergreifen von Räubern und Dieben ꝛc. zur Pflicht gemacht, und ſie waren zu dieſem Zwecke mit Strafgerichtsbarkeit begabt.

Aber nicht blos die Aufſicht über die Juſtizverwaltung gehörte zu der Kompetenz des Missus, ſondern auch die öffentliche Disciplin „pro communi saluti curam suscipiant.“ Sie hatten darüber zu wachen, daß die Biſchöfe, Aebte, Grafen und alle Beamten ihre Pflicht erfüllen, daß jedem Recht geſchehe, alle Streite geſchlichtet, und auch die Kriegsleute in Ordnung erhalten wurden; daß Alles, was dem Richter zu ſchwer fiel, im Namen des Königs durchgeführt, das Geſetz überall in Kraft erhalten, kurz, daß das Staatsbeſte in ſeinem ganzen Umfange beſorgt werde.

Auch die Aufſicht über die Handhabung der geſammten geiſtlichen Disciplin gehörte zu ihrer Kompetenz. König Ludwig hatte zu dieſem Zwecke eine eigene Norma canonicae vitae abfaſſen laſſen, und deren Vollziehung ſeinen Missis zur beſonderen Pflicht gemacht, unter welchen ſich denn ohnehin auch Biſchöfe und Aebte befanden. Sie wurden mit Vollmachten ausgerüſtet, die Frevler und Ungehorſamen gegen die Kirche mit dem weltlichen Arme zum Gehorſam zu zwingen. Nebenher war die Aufſicht über die Verwaltung des Vermögens und der Rechte der

Klöſter, nicht minder mit dem miſſatiſchen Amte vereint. Sie hatten häufig den Auftrag, den Synoden und Biſchofswahlen beizuwohnen, und das Intereſſe des Königs bei denſelben zu vertreten.

Eine der ſchönſten Seiten in Karls Charakter war ſein ernſtes Bemühen, den Schwachen und Armen des Volkes durch das Inſtitut des Missus alle mögliche Unterſtützung zu verſchaffen. Viele Stellen der Kapitularien beziehen ſich hierauf.

Auch die Einrichtung und Aufſicht der Schulen war ein Beſtandtheil der miſſatiſchen Inſtruktionen.

In wahrhaft großartigem Sinn wurde dem Missus das ſchöne Amt gegeben: den Frieden aufrecht und den Geiſt der Einheit und Liebe lebendig zu erhalten. Sie ſollten ſtreben: „ut pax et concordia et unanimitas cum omni populo Christiano, inter Episcopos, Abbates, Comites, judices, et omnes ubique.“ — „Ut ecclesiae, viduae, et pupilli per bannum regis pacem habeant. — Ut pax et justitia in omni generalitati populi conservetur.“ „Episcopi uero vel Comites ad inuicem, et cum ceteris fidelibus concorditer vivant, et ad sua ministeria peragenda visissim sibi adjutorium ferant.“ Die Missi wurden auch beſonders beauftragt den dem König zu leiſtenden Eid der Treue allen Unterthanen abzunehmen.

Wenn das Amt des Missus gleich kein militäriſches war, ſo wurde ihnen doch von den Königen ein Theil der Kriegsverwaltung übertragen. Sie hatten gegen alle bei dem Truppenmarſche vorkommenden Exceſſe einzuſchreiten, überhaupt auch die Grafen und die Centenarien über den Vollzug der Heerbannsverordnungen zu controlliren.

Auch die Aufſicht über den Handel und die Gewerbe gehörte zur miſſatiſchen Kompetenz, ſowie über Maas und Gewicht, über die Straſſen-, Waſſer- und Landbauten. Ferner über die königlichen Forſte, und ganz beſonders war ihnen die Handhabung des königlichen Münzweſens empfohlen.

Die Aufſicht über die königl. Finanzen macht ſchlüßlich ebenfalls einen Beſtandtheil des Amtes eines Missus und in dieſer Beziehung hieß er: Missus fiscalinus.

Sie hatten die Inſpektion über die königlichen Benefizien, welche verliehen worden waren, und von welchen ſie genaue Beſchreibungen erheben mußten.

Hiezu kam denn auch die Aufſicht über die königlichen Villen, dann die der Domainen überhaupt.

Neben dieſen beiden Organen der Staatsgewalt kommen zwar auch noch Herzoge und Markgrafen in den Provinzen vor, allein dieſe waren während der Karolingiſchen Verfaſſungsperiode ebenfalls eigentlich nur oberſte, für die Dauer eines Feldzuges mit fürſtlicher Kriegsgewalt und Gerichtsbarkeit bekleidete königliche Beamte, welche es jedoch ſehr bald verſuchten, ſich bei der ihnen anvertrauten Gewalt auch nach beendigtem Kriege noch fortzubehaupten.

Die Kirche.

In den Grundlagen der Verfaſſung der Kirche konnte der Natur dieſes univerſellen Inſtitutes gemäß, ohnehin während der Karolingiſchen Periode nichts weſentliches geändert werden; aber mehrere Prinzipien derſelben haben ſich beſtimmter entwickelt.

Als die vorzüglichſten der in dem Supremate des Pabſtes liegenden Rechte ſind zu betrachten, das Recht

1) der geſetzgebenden und oberaufſehenden Gewalt,
2) der ausſchließlichen Judikatur in höhern Kirchenſachen,
3) der Conſekration der Biſchöfe und Ertheilung des Palliums,
4) der Errichtung neuer Bißthümer.

Wenn übrigens die Geiſtlichkeit ihre Gewalt nun gleich ſchon nicht für unabhängig von der weltlichen, ſondern ſelbſt als über dieſe letztere geſtellt erklärte, *) ſo geſchah dieſes doch nicht ohne Widerſpruch. Der Kaiſer nahm in Beziehung auf die Wahl des Pabſtes ähnliche Rechte in Anſpruch, als in Beziehung auf jene der Biſchöfe, deren Nomination häufig durch ihn geſchah; die Wahl der Biſchöfe ſollte nach Karl des Großen Geſetz (Cap. I, 88), noch immer a populo et clero ſeines Sprengels geſchehen, und die Einſetzung deſſelben in die Kirchengüter geſchah wahrſcheinlich jetzt ſchon durch Ring und Stab. **) Der König beſtellte auch — als allgemeiner Schutzvogt der Kirche — die Schutzvögte einzelner Kirchen; und der König ſammt der Reichs-Verſammlung war noch immer ein oberſter Richter der Biſchöfe (Cap. C. M. 794). Die nähere Entwicklung der kirchlichen Verfaſſung werden wir ſpäter im Zuſammenhange vornehmen.

Stände und Landtage.

Seit nun Karl der Große Bayern unter die unmittelbare Verwaltung des fränkiſchen Scepters brachte, nehmen die bayeriſchen Stände auch unmittelbaren Antheil an den Reichs-Tagen.

Wir finden alſo in der Karolingiſchen Periode zwei Hauptklaſſen ſtändiſcher Verſammlungen:

A) Reichstage.
B) (Provinzial) Landtage.

ad A) Auf dem Reichstage, oder der Verſammlung der Reichsſtände, zu welchen die Biſchöfe, Aebte, die Staatsbeamten und der Adel gezählt wurden — wurden unter der Sanktion des Königs die Reichsgeſetze (Capitularien) beſchloſſen. Auf dieſen Reichstagen bildete ſich jedoch bald eine eigene Curie zur Behandlung der Angelegenheiten der Kirche.

ad B) Auf den Landtagen hatten das Recht zu erſcheinen: die Biſchöfe, Aebte, Staatsbeamten, der Adel und die Freyen der Provinz. Zur Kompetenz dieſer Landtage gehörten alle öffentlichen und Rechtsgeſchäfte höhern Belanges im Allgemeinen.

Neben dieſen Landtagen fanden zeitweiſe in jeder Provinz auch noch

a) die unter Zuziehung der Beamten, Schöffen, Vaſallen und Freyen von dem Missus abgehaltenen Sendverſammlungen;
b) und die von den Metropoliten und ihrem Clerus in kirchlichen Angelegenheiten abgehaltenen Synoden ſtatt.

---

*) Hadriani I. Ep. ad Car. M. Concil. ap. S. Macram 881. can. 1. Conc. Paris III. 829.

**) Nach der alten Sitte den Ring und Stab des Verſtorbenen dem Könige mit der Bitte zu bringen, den Neuerwählten durch Ueberreichung derſelben zu beſtätigen.

§. 4.

Auflöſung der Karolingiſchen Verfaſſung.

Bei dem Ausſterben der Karolinger waren die großartigen Staatseinrichtungen Karls des Großen bereits größtentheils in Verfall gerathen, und die Einheit in Zwecken und Mitteln wurde durch das Hervorbringen gährender Elemente eines ſich neubildenden geſellſchaftlichen Zuſtandes immer weiter zerſplittert.

Es erhoben ſich Fürſten der Kirche und des Staates, welche nach Macht und Unabhängigkeit ſtrebend, zwiſchen dem, mit dem Pabſte bereits in Konflikt gerathenen Kaiſer und dem Volke ihre Stellung nahmen, und hiedurch die Einheit gefährdeten. Das Volk zerfiel in Folge deſſen in zwei Hälften, von welchen die eine auf kriegeriſche Ehren und Macht bedacht, ſich immer enger an die Fürſten anſchloß; und die zweite Sicherheit und Schutz gegen tieferes Sinken in Unfreyheit ſuchte. Beide Klaſſen wurden nun allmählig von einem gewiſſen Conſoziationsgeiſte durchdrungen, welcher unter Einwirkung des Lehnsweſens das Ganze gleichſam in eine Menge kleinerer Geſellſchaften auflöste. 911 — 1272.

Deutſchland wurde auf dieſem Wege ein Wahlreich; bei dem Rechte der Dynaſtien, konnte eine ſtetige Entwicklung der Verfaſſung ohnehin nicht mehr ſtatt finden. Aber auch die jeweilige Reichsregierung verlor an Kraft und Einheit, da die höchſte Reichsgeſetzgebung und Verwaltung nicht mehr ſtets von ordentlichen Reichsverſammlungen unter Zuziehung aller Großen des Reiches ausgingen, ſondern vielmehr die Mächtigſten unter dieſen Großen in den Beſitz der höchſten Reichsämter und Reichswürden gelangten.

Die nächſten Folgen dieſer Störung der Einheit des Reiches im Großen, waren

1) die Auflöſung der alten Gauverfaſſung,
2) eine veränderte Bedeutung des Herzogsthums, und
3) eine veränderte Stellung des Adels.
4) die Ausbildung des Ritterweſens, und
5) der Städte,
6) die Entſtehung der Landeshoheit.

Auflöſung der Gauen.

Schon unter den Karolingern waren die bayeriſchen Gauen in mehrere Grafſchaften abgetheilt worden. Allmählig wurden die Gränzen dieſer Gauen gänzlich aufgelöst. Zugleich erhielten die Biſchöfe und königlichen Aebte nicht nur gräfliche Gerichtsbarkeit über die bereits geſchloſſenen Territorien ihrer Güter, ſondern die Grafſchaft in ihrem vollen Umfange über ganze Gauen, ja der Biſchof von Würzburg ſogar herzogliche Rechte über alle zu ſeiner Kirche gehörenden Grafſchaften. Der Amtsbezirk eines Grafen findet ſich nun manchmal in zwei bis drei Gauen zerſtreut; dagegen waren wohl auch zwei Gauen in einer Grafſchaft und mehrere Grafſchaften in einer Perſon vereinigt. Das Comitat der Welfen umfaßte acht ſolcher Gauen; jenes der Andechſer fünf. Die Grafen theilten dann ihr Comitat in mehrere Bezirke ab, und benannten dieſe nach den Schlöſſern, wo ſie ſelbſt oder ihre Vikare ſaßen. So verwandeln ſich die Grafen des Donaugaues in Grafen von Riedenburg, Lengfeld, Bogen, Abensberg, Kirchberg u. a.

Bei Betrachtung der Reihenfolge der Mark-, Pfalz- und Comitatsgrafen in Bayern ergibt ſich, daß während der Periode der Wahlherzoge ſchon meiſtens die Söhne den Vätern in dieſem Amte folgen, obwohl ein geſetzlicher Titel des Erbrechts noch nicht nachgewieſen werden kann.

Herzog. Nachdem das Inſtitut des Missus untergegangen, war die Einſetzung von Herzogen als höchſter königlicher Beamten in jeder einzelnen Provinz ganz unvermeidlich geworden.

Dieſe Herzoge vereinigen nun die Gewalt des Missus mit dem Schutze des Landfriedens, und mit dem Rechte die Landtage zu halten in ihrer Perſon. Die Juſtiz- und Cammeralverwaltung kam aber in die Hände der Pfalzgrafen, deren in jeder Provinz einer oder mehrere aufgeſtellt wurden.

Die oberſten landesherrlichen Rechte nahmen die Könige, nach Arnulphs Tod, nebſt den Domainen und fiskaliſchen Renten, zu ihrer eigenen Hand.

Uebrigens behaupten die Bayern das Recht nicht nur die Herzoge, ſondern auch die Biſchöfe, Grafen und weltlichen Beamten zu wählen, obwohl ſie es nicht zur Ausübung bringen konnten, oder meiſt dem Einfluſſe des Königs dabei unterlagen.

Das Herzogthum blieb eigentlich zwar doch ein Amt — das aber in mancher Beziehung den Charakter einer Lehensherrlichkeit annahm, — beſonders in Beziehung auf die kleineren Herrn und Vaſallen. Denn die Pfalz-, Land- und Markgrafen — wenn ſie gleich dem Herzoge in den Reichskriegsdienſt folgten, konnten ihrer Stellung zum Kaiſer gemäß, nicht als Vaſallen des Herzogs behandelt werden.

Herzogthum und Grafſchaft wurden aber bald entſchieden erbliches Eigenthum.

Grafſchaft war ſodann kein Amt mehr, ſondern ein Territorium. Die Amtsrechte der Beſitzer eines ſolchen Territoriums wurden als auf demſelben haftend — und die Perſonen über welche ſie geübt wurden, als zu demſelben gehörig angeſehen. Die meiſten Grafen beſaßen aber nur mehr einzelne Stücke der ehemaligen Gaugrafſchaften. Denn die Biſchöfe — um einen mächtigen Schutzherrn zu gewinnen — trugen in den ihnen überlaſſenen Gauen die Grafſchaftsrechte über einzelne Herrſchaften ſelbſtgewählten Herren unter der Bedingung zu Lehen auf, daß ſie es vermehrt mit Stücken aus der Grafſchaft wieder als Lehen zurückerhielten. Daſſelbe geſchah von Seiten des Herrenſtandes den weltlichen Reichsbeamten gegenüber; und die Kaiſer eximirten öfters einzelne Herrſchaften, und liehen ihnen den Grafenbann.

Jene Grafen aber, welche fortwährend Gaugrafſchaft als Reichsamt verwalteten, nannten ſich nun Landgrafen, machten ſich von der Gewalt der Herzoge frei, und ſtiegen in den Fürſtenſtand empor.

So wurden die Grafſchaften allmählig ein Aggregat von einzelnen Herrſchaften und von Stücken des urſprünglichen Amtsſprengels, welche zum Theil Allode, zum Theil Lehen geiſtlicher und weltlicher Herren waren. Die Grafen ſelbſt begannen ſich nach dem Hauptgute zu nennen, auf welchem die Grafſchaft als haftend angeſehen wurde.

Viele königlichen Herrſchaften, ſowie einzelne Gemeinden — und die letztern zwar oft durch freiwillige Ergebung an das Reich — traten aus dem Amtsſprengel der Grafen in jenen der Reichsvögte über. So entſtanden die Reichsſtädte.

Die Reichsvögte blieben Beamte im ſtrengen Sinne, und ſicherten dem Könige die Einkünfte aus ſeinen Vogteyen, welche einen vorzüglichen Theil ſeiner Macht bildeten.

Auf dieſem Wege bildete ſich denn die ſogenannte Landeshoheit immer beſtimmter und umfaſſender aus. Es umfaßt aber die Landeshoheit im Sinne des hier beſprochenen Zeitalters eine dreifache Klaſſe von Rechten: Landeshoheit.

1) Regalien. Zu dieſen gehören die Grafſchaft, welche die Gerichtsbarkeit und den Heerbann in ſich hielt, als kaiſerliche zu Lehen oder Eigenthum übertragene Rechte. Ferner Münze, Zölle und andere fiskaliſche Nutzungen.

2) Das lehensherrliche Recht, eine aus ritterlichen Perſonen beſtehende Heeresfolge zu haben.

3) Das ſchutzherrliche Recht über alle auf eigenthümlichen Gütern geſeſſenen Reichs-Unterthanen, wodurch dieſe Landſaſſen wurden.

In den Stiftern und Abteyen war dieſe Landeshoheit (in Folge der Inveſtitur mit den Regalien) durchaus lehnbar.

Bei den weltlichen Fürſten wurde ſie allmählig ebenfalls als lehnbar betrachtet. Urſprünglich wurde zwar eigentlich nur Herzogthum und Gaugrafſchaft als Amt durch die Inveſtitur ertheilt. Allein da in dieſem Fürſtenamte zugleich eine Gewalt über die im Fürſtenthume liegenden, wenn gleich von Andern beſeſſenen Grafſchaften enthalten war, und da der Fürſt dieſe nun ſelbſt zu Lehen ertheilte — ſo wurden ſie als Pertinenzien des Herzogthums betrachtet, und dadurch reichslehnbar.

Hiezu kam, daß die Beſitzer von Regalien, um ſich den Beſitz derſelben kräftiger zu ſichern auch dieſe in die Lehenbriefe einrücken ließen.

Für einzelne in den Fürſtenthümern liegende Grafſchaften ergab ſich ein etwas anderes Verhältniß — für jene nämlich, welche ſich nach ihrem größten Beſtandtheil als freies Eigenthum, und unabhängig von dem Fürſten erhielten. Bei dieſen bezog ſich die vom Könige gegebene Inveſtitur durchaus nur auf die eigentlichen Lehensſtücke und etwa einzelne Regalien. Die übrigen — den Fürſten unterworfenen Grafſchaften wurden aber um ſo mehr lehenbar, als ihre von dem Fürſten ausgehende Belehnung als auf alle Rechte der Grafſchaft ausgedehnt betrachtet wurde.

Die Landeshoheit war — als Inbegriff von Amtsbefugniſſen — urſprünglich untheilbar. Allein je mehr ſich die Idee des Amtsverhältniſſes verlor, je ſchneller entſtand die Gewohnheit Fürſtenthümer und Grafſchaften zu theilen. Allmählig nahmen die Erben auch ſämmtlich den Fürſtentitel an und machten ſich unabhängig.

Von höherer Bedeutung für die Verfaſſung im Allgemeinen iſt in Beziehung auf die Kirche für die auf die Karolingiſche Periode folgenden Zeiten das Nachſtehende hervorzuheben: Die Kirche.

Der von den Cardinalen gewählte Pabſt, als Regent der Kirche und allgemeiner Biſchof, iſt im Beſitze der höchſten oberaufſehenden, geſetzgebenden und richtenden Kirchengewalt; er behauptet das Beſtätigungsrecht aller Biſchöfe; und fodert von dieſen einen Eid der Treue; die Beſetzung vieler Pfründen behält er ſich ausſchließlich vor.

Als Schutzherr der Kirche behauptete der Pabſt das Recht der Theilnahme an der Wahl, und der Krönung des römiſchen Kaiſers.

Durch das Calixtiniſche Concordat (1122) wurde jener große Kampf zwiſchen Pabſt und Kaiſer dahin entſchieden, daß die Kaiſer die kanoniſche Freyheit der geiſtlichen Wahlen nicht ſtören, der Inveſtitur mit Ring und Stab entſagen; dagegen die Wahl in Gegenwart des Kaiſers geſchehen ſolle, und dem Gewählten die Regalien mit dem Scepter ertheilt werden ſolle.

Uebrigens blieb das Recht des Volkes an den Wahlen der Kirchenvorſtände Theil zu nehmen noch in ſeinem Beſtande, wenn demſelben gleichwohl meiſtens vorgegriffen wurde. Pabſt und Concilium waren häufig bemüht, Ordnung in die Wahlen zu bringen.

Reichs = und Landtage.

Es ſtand nun feſt: Kein Reichsgeſetz, kein Krieg und Friede, ſoll ohne Einwilligung der Reichsſtände beſchloſſen werden. Zu den Reichsſtänden werden fortan die geiſtlichen und weltlichen Fürſten, die Grafen und Herrn (und zwar die Geiſtlichen in Folge ihrer weltlichen Würden) gezählt.

Die Ausübung der Landeshoheit war für die Landesherrn ſchon deßwegen durch den Rath und die Mitwirkung des Adels und der Ritterſchaft bedingt, weil 1) die alten Placita auf welchen die Biſchöfe, Grafen, Herren und Ritter das Recht des Sitzes und der Stimme hatten, dem Weſen nach fortdauerten, und 2) der Landesherr ſeinen Willen und ſeine Anordnungen ohne Einſtimmung und Mithülfe dieſer Männer nicht in's Werk ſetzen konnte.

§. 5.

Auf dem hier zuletzt bezeichneten Punkte ihrer Entwicklung ſtand die deutſche Reichs = und bayeriſche Landesverfaſſung, als nach verhängter Reichsacht über Heinrich den Löwen das Herzogthum Bayern dem Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach erblich verliehen wurde.

Wir haben nun a) die Beſitzungen, und b) die Gerechtſame des Wittelsbachiſchen Hauſes bei Otto's Beſitznahme des Herzogthums Bayern zu bezeichnen; und ſodann die Entwicklung der ſtaatsrechtlichen Elemente in unſerm Vaterlande bis zum Schluſſe des XVI. Jahrhunderts in Betracht zu ziehen, in ſo weit ſolches zu genauer Kenntniß der ſpäteren Zuſtände erforderlich iſt.

Der Inbegriff der Rechte und Beſitzungen des Wittelsbachiſchen Hauſes war aber bei Otto's Ankunft zum Herzogthume der folgende. Er umfaßte:

I. Die Pfalz und Grafſchaft Scheyern, gebildet aus dem obern Donau = und Huoſigau, in ſich faſſend die größten Theile der Gerichte Schrobenhauſen, Rain, Neuburg, Ingolſtadt, Aichach und Pfaffenhofen;

II. die Grafſchaft Dachau, begreifend das ſpätere Gericht Dachau; die Grafſchaft Kranzberg, die Umgebungen von Freyſing, einen Theil des Gerichts Pfaffenhofen, mehrere Rechte über Freyſing;

III. die Grafſchaft Wartenberg, in der alten Grafſchaft Semt;

IV. die Grafſchaft Valley, beſtehend aus dem Gerichte Erding und dem Comitate Valley;

V. Die Grafſchaft an der Aitrach, in ſich faſſend den öſtlichen Diſtrikt des Unterdonaugaues nebſt Straubing und einigen jenſeits der Donau gelegenen Diſtrikten;

VI. München mit dem dazu gehörigen, auf dem rechten Iſarufer ſich von Grünwald bis Iſmaning erſtreckenden Diſtrikte;

VII. die Pfalz Regensburg;

VIII. das Gebiet von Burghauſen.

Was nun die Gerechtſame des Wittelsbachiſchen Hauſes bei Ankunft Otto's betrifft, ſo waren an und für ſich ſchon in dem damaligen Herzogthum enthalten:

1) aus dem urſprünglichen Fürſtenrechte, das Recht eines Herrn über ein unbeſchadet ſeiner Freyheit ihm durch das Gelöbniß der Treue, zu Kriegs = und Ehrendienſten verpflichtetes Gefolge,

2) die oberſte Kriegsgewalt,

3) das Recht Hof= und Landtage und Synoden abhalten zu laſſen,

4) das Recht der Reichsſtandſchaft,

5) jene Rechte welche früherhin durch den königl. Missus ausgeübt wurden, welcher bereits ein Organ der zur wahren Staatsgewalt gewordenen oberſten Authorität des Königs war,

6) das Recht der Landeshoheit in dem Sinne, daß ſie in ſich faßte:

a) Lehensherrlichkeit in Beziehung auf die Heeresfolge der Ritterſchaft,

b) Schutzherrlichkeit über die Reichsunterthanen und Geleitsrecht,

c) die Ausübung der Regalien, wozu die von dem Könige übertragene Grafſchaft, Gerichtsbarkeit und Heerbann, und die fiskaliſche Nutzung aus dem Zoll, der Münze, Bergbau, Gewäſſern gehörte;

Dann in Verbindung mit der Pfalzgrafſchaft d. h. als comes palatinus:

1) das Recht der Reichsjuſtiz, und Cammeralverwaltung, ſohin die Biſchöfe und Herren an der Pfalz Hoflager zu beſcheiden,

2) als Schutzvogt der Kirchen aufzutreten, und

3) die Reichsſteuern einzuheben.

Wir bemerken nun noch über die Art und Weiſe, wie miſſatiſche und pfalzgräfliche Amtsrechte in das Herzogthum übergegangen ſind, das folgende:

Wir haben geſehen, daß die Kompetenz des königlichen Missus nicht blos dem Weſen nach Gerichtsbarkeit und Amt des Grafen in ſich ſchloß, ſondern ſich zugleich auf eine Oberaufſicht und Controlle über die geſammte Juſtizverwaltung, die öffentliche Disciplin, die Aufrechthaltung des Friedens und der Ordnung, über die Kriegs =, Finanz = und Polizeiverwaltung erſtreckte, und das königliche Intereſſe ſowohl in Beziehung auf den Staat als die Kirche zu vertreten beſtimmt war. Wenn man nun in Betracht zieht, wie die Gerechtſame des Herzogthumes in gleichem Schritte mit der Entwicklung des Begriffes von der Landeshoheit ſich allmählich gleichgeſtellt, und die einzelnen Zweige der Staatsverwaltung als Staatsgewalt, wenn gleich nur lehenbar vom Reiche in ſich aufgenommen hat, ſo ergibt ſich von ſelbſt, daß das Meiſte von dem, was früher miſſatiſche Amtsgewalt war, nun zur Fürſtengewalt des Herzogthums werden mußte.

Es iſt jedoch hiebei zu bemerken, daß ein Theil dieſer miſſatiſchen Gewalt nicht unmittelbar, ſondern durch den Umſtand auf das Herzogthum übergegangen, daß in der Perſon des

Herzogs häufig zugleich das Pfalzgrafſchaftsamt vereinigt war. Wir finden (auch in Bayern) ſchon unter den Karolingern comites palatinos; unter den Kaiſern aus der Sächſiſchen Dynaſtie treten ſie aber ganz beſtimmt hervor, als beauftragt mit der Verwaltung der Reichsjuſtiz und Reichsdomainen. Und ſo wie nun das Pfalzgrafenamt das miſſatiſche Amt überdauert hat, ſo iſt auch ein großer Theil der miſſatiſchen Amtskompetenz auf die Pfalzgrafen übergegangen. Der finanzielle Theil dieſer Kompetenz mußte nun aber in demſelben Maaße geringer werden, je mehr von dem Reichsgute und den Reichsgefällen und Nutzungen, wenigſtens Lehensweiſe, in das Eigenthum der Fürſten und Großen des Reiches gerieth. Die juſtizielle Kompetenz der Pfalzgrafen hat ſich länger erhalten, und wir finden bis in das dreizehnte Jahrhundert hinein mehrere gleichzeitige Pfalzgrafen in Bayern. Ja die erſten Herzoge des Scheyriſchen Stammes haben (neben den Grafen von Ortenburg) die Pfalzgrafſchaft noch zugleich mit dem Herzogthume verwaltet.

Zweites Kapitel.

Standes-Verhältniſse.

§. 1.

Es iſt bereits gezeigt worden wie in unſerer älteſten Verfaſſung ein bevorzugter Adel hervortrete, deſſen Prärogative in der Wählbarkeit zu obrigkeitlichen Aemtern, in der Vorberathung wichtiger Vaterlandsangelegenheiten, in dem Schutzrechte über unfreye Perſonen, und in dem Rechte ſich mit einem Dienſtgefolge zu umgeben, beſtanden; wie ſich ferner an dieſen Adel die Klaſſe der Freyen anſchloß, welchen das ausſchließende Recht zuſtand, volles Eigenthum zu beſitzen, bei Gericht als handelnd aufzutreten, und die Waffen zu führen; wie endlich zur Klaſſe der Unfreyen alle diejenigen gehörten, welche der Fähigkeit als ſelbſtſtändig in der Volksgemeinde aufzutreten und Eigenthum zu beſitzen ermangelnd, als eigene Leute unter dem Schutze eines Herrn lebten, oder aber mit ihrem Eigenthume dem Fürſten oder Adel zinspflichtig waren.

So wie nun der Adel, unbeſchadet ſeiner Vorrechte ſich zum Kriegsdienſte verpflichtete, ſo auch konnte der Freye unbeſchadet ſeiner Freyheit ſich in das Dienſtgefolge des Adels ergeben. Allein nicht blos Freye, ſondern auch Unfreye wurden in die Kriegs-, Hof- und Amts-Dienſte des Fürſten oder Adels aufgenommen, und ſo zeigen ſich ſchon ſehr frühe große Abſtufungen in dem Stande der Unfreyheit, der ſich in die drei Hauptklaſſen der Leibeignen, Zinspflichtigen und Hörigen theilte.

Hörigkeit iſt der ſchicklichſte Ausdruck für jene Klaſſe von Unfreyen, welche zwiſchen dem Servus und den Zinspflichtigen ſteht; und von dieſer Hörigkeit unterſcheiden ſich zwei Gattungen. Es gab a) Hofhörige (auch liti, aldiones, coloni.) Dieſe hatten den Schutz des Volksrechtes und ein Wehrgeld, welches zum Theil ihr Herr bekam. Gegen dieſen Herrn konnten ſie in der Volksgemeinde kein Recht geltend machen. Es gab ferner b) Unfreye Dienſtleute (ministeriales). Dieſe ſtanden in ihren Verhältniſſen als Grundbeſitzer den vorigen gleich, waren aber dem Könige und Adel zum Kriegsdienſte verpflichtet, von knechtiſchen Dienſten frey, und zur Verwaltung gewiſſer Aemter fähig (bei welchen ſie oft unter den Oberhof- oder Ehren-Beamten ſtanden). Sie kommen auch vor als Verwalter herrſchaftlicher Höfe (Majores, Villici)

und ſelbſt als Judices dort, wo ſie auf Gütern ihrer Herrn, welche Immunitätsrechte hatten, die Gerichtsbarkeit verwalteten.

Was übrigens dieſen beiden Gattungen von Hörigen — die man auch überhaupt unter dem Begriffe der Schutzpflichtigen vereinigen kann — an vollkommener Freyheit fehlte, konnten ſie durch Loskaufung erlangen.

§. 2.

Während der Karolingiſchen Periode, und im Verfolg der Heerbanns-Verfaſſung, ſo wie aus Anlaß der für Dienſte nun in der Regel verliehenen Beneficien, fand ſich auch eine große Zahl Adelicher ſowohl als Freyer, dazu beſtimmt, ſich dem Könige zu Kriegs-, Hof- und andern Amtsdienſten zu verpflichten. Umgekehrt war es eben ſo eine Folge der häufigen Kriege, daß der Adel nun auch die Anzahl ſeiner Miniſterialen immer zu vermehren Anlaß und Gelegenheit nahm. Dadurch verlor denn ein großer Theil der Freyen wenigſtens jene Rechte, die der Beſitz des ächten Eigenthums gab, weil er ſein Eigenthum um einen mächtigen Schutzherrn zu gewinnen, dieſem Herrn oder auch der Kirche übergeben mußte, und dadurch für dieſes Eigenthum entweder zinspflichtig wurde, oder ſich als Dienſtmann oder Schutzpflichtiger dem Hofrechte ſeines Herrn zu unterwerfen hatte. Indem ſich aber die kriegeriſche Ehre immer mehr und mehr als die Grundlage der Auszeichnung in der bürgerlichen Geſellſchaft ausbildete, wurde das Karakteriſtiſche des Standes der urſprünglich Freyen immer ſtärker verwiſcht und die Gränzen der eigentlichen Freyheit und Unfreyheit in einander verſchoben. Der ſeiner Geburt nach unfreye Dienſtmann, der denn auch als miles ſeine Anſprüche auf kriegeriſche Ehre geltend machte, rückte dem Freygebornen, welcher eines Amtes oder Beneficiums wegen freywillig in Dienſt getreten war, möglichſt nahe; jene aus dem Adel aber, welche ſich durch keine Annahme von Beneficien zu beſonderen Dienſten gegen den König verpflichtet hatten, achteten ſich ſchon um deßwegen höher als die übrigen.

So wie nun nach Auflöſung der Gauverfaſſung und bei dem Verfalle des Heerbannſyſtems, während doch die Kriege ununterbrochen fortdauerten, und ein ſtets geübtes, meiſt aus Reitern beſtelltes Heer erforderlich war, der ganze Reichskriegsdienſt von dem Adel je nach dem Amts-Sprengel, an deſſen Spitze er ſtand, übernommen wurde, konnte er von dieſem nur durch ſeine Dienſtleute, und die perſönlich zum Kriege verpflichteten Freyen dieſes Amts-Sprengels geleiſtet werden. Alle übrigen aber aus dem Volke, welche nicht mit in den Krieg zogen, mußten dafür andere Laſten auf ſich nehmen, und zuletzt als Hinterſaſſen des Schutzherrn zum Reichsdienſte ſteuern. Ja ſelbſt der Freye kam in eine Lage in der er ſich gezwungen ſah, dem Herrn, bei dem er Ritterdienſt leiſtete, zu huldigen und wohl auch ſein Eigenthum in ein Lehen zu verkehren. Begüterte ſowohl als Unbegüterte drängten ſich in dieſen Ritterdienſt, um an der kriegeriſchen Ehre Theil zu bekommen, und einen Schutzherrn, oder wenigſtens Unterhalt zu gewinnen.

§. 3.

Alle dieſe Milites, welche ſich nun dem Kriege ausſchließlich widmeten, bildeten bereits im zwölften Jahrhunderte eine eigene geſchloſſene Genoſſenſchaft, einen eigenen Ritter-Stand.

Es darf jedoch hiebei nicht gemeint werden, als ſchlöße dieſer Stand nunmehr den Adel, die Freyen und die Dienſtleute überhaupt mit gleichheitlichen Rechten in ſich, ſondern es bildete ſich vielmehr eine neue Abſtufungs-Ordnung der Klaſſen in doppelter Beziehung, im Verhältniſſe zum Reiche nämlich, und im Verhältniſſe zu den Landesherrn aus, in deren Händen die Landeshoheit immer ſtärker heranwuchs.

Man hat in jener frühern zum Symboliſiren geneigten Zeit ſich die Rang-Stufen der Perſonen figürlich in ſieben Heeres-Schilden vertheilet vorgeſtellt, in deren erſten der König, im zweiten, dritten und vierten aber die ſogenannten Semperfreyen Platz zu nehmen hatten. Dieſe Semperfreyen ſchloßen die ſämmtlichen höheren Klaſſen der Freyen, den Herrenſtand oder eigentlichen Adel, nämlich die Fürſten, Freyen, Herrn und Grafen in ſich. Allein noch über dieſer Klaſſe, oder eigentlich allen übrigen Freyen überhaupt entgegengeſetzt, ſtanden die Reichsſtände, welchen als eigentlichen Fürſten des Reichs das Fahnlehen über ganze Provinzen verliehen war, als über einen Amts-Sprengel, der alle Grafſchaften dieſes Sprengels in ſich begriff. Die meiſten dieſer Grafſchaften eines ſolchen fürſtlichen Amts-Sprengels waren freilich mit eigenen Grafen verſehen, welche nun in ein doppeltes Verhältniß zum Könige und zum Fürſten geriethen. Aus dem Amte der Grafſchaft war nämlich ein territorium geworden, deſſen Beſitzer Amts-Rechte auszuüben hatte, und mit den bald als ein Ganzes betrachteten Allodien und Beneficien kamen auch dieſe Amts-Rechte gleichſam auf dieſem Beſitze haftend in den Erbgang. Solche Allodien und Beneficien bildeten zwar in der Regel nur einen Theil eines Gaues, und auf dieſen hätte ſich alſo die Grafſchafts-Gerichtsbarkeit zu beſchränken gehabt. Allein im Verlaufe der Zeit wurde dieſe Gerichtsbarkeit auch über andere Bezirke des Gaues ſehr häufig durch den König, die Kirche, den Herzog lehensweiſe an den Herrn oder Grafen übertragen.

Dieſe Herrn und Grafen bildeten, wie bemerkt die Klaſſe der Semperfreyen, deren weſentliche Vorrechte darin beſtanden, daß ſie die ausſchließliche Fähigkeit beſaßen die Landeshoheit und Reichsſtandſchaft zu erwerben, und ihren ordentlichen Gerichts-Stand vor dem Kaiſer oder deſſen Hofrichter hatten. Sie waren daher dem Herzoge (Landesfürſt) nicht unterworfen, und empfingen auch in Beziehung auf ihr Amt den Bann unmittelbar vom Könige. Gleichwohl aber wurden ſie — inſoferne ihre Grafſchaft in das Fahnlehen eines Herzogs gehörte — mit ihrer Grafſchafts-Gerichtsbarkeit von dieſem belehnt, und mußten auch ihm jene Heeresfolge leiſten, welche dem Herzogthume vom Reiche unmittelbar aufzubieten übertragen war.

Den fünften Heeresſchild nahmen die Mittelfreyen (Schöffenbarfreyen) ein, zu welchen fürs erſte alle jene gehörten, welche eine ſchon durch die Geburt erworbene vollkommene Freyheit nachzuweiſen im Stande waren; aber überhaupt auch alle diejenigen, welche Schöffen-Amt bei Gerichten ausübten, wo unter Königsbann gerichtet wurde; diejenigen ferner, welche Genoſſen der ſtädtiſchen Geſchlechter waren, oder welche Eigen oder Lehen beſaßen, das durch Ritterdienſt erworben war. Und da die Fähigkeit die Ritterwürde zu erlangen, ein Wappen zu führen, das freye Geburt nachwies und Ritter- und Hoflehen zu beſitzen, als die weſentlichen Rechte dieſer Klaſſe betrachtet wurden, ſo ſchloß dieſelbe nun auch die ganze Ritterſchaft in ſich.

Die alten Rechtsbücher rechnen auch die Dienſtmannen der freyen Herren in den fünften

Heeres-Schild, und weiſen den ſechsten den Dienſtleuten dieſer Dienſtmannen, und den ſiebenten den übrigen Freyen an. Nach andern Stellen dieſer Rechtsbücher ſind alle diejenigen, welche weder semper- noch mittelfrey waren, aber gleichwohl ihre Freyheit noch durch Geburt erhalten, oder durch Freylaſſung erworben hatten, als freye Landſaſſen zu bezeichnen. In Bayern hat dieſer Ausdruck bald eine andere Bedeutung erworben; dagegen kommen in jener frühern Periode noch häufig liberi homines vor. —

§. 4.

Den Gegenſatz zu den Freyen bilden nun die Unfreyen im ſtrengſten Sinne, d. h. alle diejenigen welche durch Geburt, Ergebung oder Verjährung in das Eigenthum eines Herrn gerathen waren, und zwar in der Art, daß dieſer unbedingt über ihre Perſon verfügen konnte; obwohl der Unfreye dennoch Eigenthum beſitzen und eine gültige Ehe eingehen konnte, ſeines Lebens nicht ohne Schuld und Gericht beraubt werden, und überhaupt nicht durchaus als eine Sache behandelt werden durfte.

Zwiſchen dieſe Unfreyen und die Freyen ſind aber auch alle diejenigen einzuſchalten, welche in ſtrengern oder mildern Abhängigkeitsverhältniſſen zu einem Dritten ſtanden. Ein ſolches Abhängigkeitsverhältniß iſt fürs erſte begründet auf der Schutzherrlichkeit. In ſo weit eine ſolche Schutzherrlichkeit dem Landesherrn als Ausfluß der Landeshoheit zuſtand, waren die betreffenden Perſonen ſeine Hinterſaſſen. Dem Herrenſtande, welcher eine Landeshoheit nicht beſaß, ſtand ebenfalls Schutzherrlichkeit über alle jene zu, über welche er ſich eine ſolche in einzelnen Fällen erworben hatte; die Kirche, die Ritterſchaft und die Städte gelangten denn auch zu einer, entweder durch den König, oder den Landesherrn verliehenen, oder auch durch Exemtionen, die auf frühere Verhältniſſe begründet waren, oder ſonſt aus einem gültigen Rechtstittel erworbenen Schutzherrſchaft über Hinterſaſſen. Sehr häufig wird dieſe Schutzherrſchaft mit der Grundherrſchaft in Verbindung angetroffen; und wenn dieſe letztere auch nicht an ſich ſchon als die Quelle der erſtern betrachtet werden kann, ſo iſt ihre wechſelſeitige Verbindung doch aus der vieldeutigen Anwendung die dem Begriffe Vogtei, als überhaupt ein Abhängigkeitsverhältniß bezeichnend, gegeben wurde, ſehr leicht erklärbar.

Für alle dieſe Hinterſaſſen oder Vogtleute wurde der Name Bauer bald der gangbarſte, einen Stand von Leuten bezeichnend, welche eigenen oder fremden Boden mit eigener Hand bearbeiten.

§. 5.

Unter den Hinterſaſſen wurden denn alſo alle diejenigen begriffen, welche einen Schutzherrn hatten, der ſie in dem Staate vertrat. Dieſe Schutzherrſchaft war ihrem Urſprunge nach äuſſerſt verſchieden. Doch laſſen ſich zwei Hauptgattungen der Schutzherrſchaft unterſcheiden:

1) eine mit wahrer Gutsherrſchaft verbundene Vogtei und

2) Schutzherrſchaft ohne Eigenthumsrecht an dem Gute des Hinterſaſſen. Im erſten Falle ſind die Hinterſaſſen eigentliche Bauern, ohne volles Eigenthumsrecht an ihren Gründen; und dieſe wurden nun in der Regel alle als hörig behandelt. Die Hinterſaſſen der zweiten Gattung

kommen unter dem Ausdruck Pfleghafte vor; aber gleichwohl auch häufig wieder unter jenem der Bauern, wenn gleich die Rechtsbücher die Pfleghaften von jenen Bauern, über welche gutsherrliche Rechte werden ausgeübt, unterſcheiden.

Durch die Schutzherrſchaft kamen außer den gemeinen Laſten auf das Gut des Pfleghaften auch Dienſte und Abgaben, durch welche die Vogtei geehrt wurde. Dagegen ward in vielen Fällen die Freyheit des Pfleghaften vom Schutzherrn ausdrücklich anerkannt.

In Beziehung auf die Gutsherrſchaft gab es nun:

1) Güter, auf welchen der Bauer bloßer Mayer war, und die nicht nach Hofrecht beſeſſen wurden;

2) Güter, die nach Hofrecht beſeſſen wurden, waren in ihren Verhältniſſen nach dem Gebrauche oder ausdrücklichen Conceſſionen zu beurtheilen. Sie waren in der Regel erblich; waren ſie aber nach Lehenrecht verliehen, ſo hießen ſie Zinslehen. Das in den Händen des Gutsherrn bleibende Eigenthum, nebſt den Gerechtſamen in Betreff der Dienſte, Abgaben, des Rückfalls, des Pfändungs- und Entſetzungs-Rechtes ꝛc. bildete eigentlich die Gutsherrſchaft.

3) Bei manchen Gütern geſchah die Verleihung auf Lebenszeit oder gewiſſe Jahre. Die Benennung ſolcher Güter war nach Maßgabe der eingeräumten Rechte verſchieden.

4) Auf die fahrende Habe der Bauern gab die Gutsherrſchaft nur die Befugniß einer gewiſſen Abgabe. (z. B. Todfall, Beſthaupt ꝛc.)

§. 6.

Ein weiteres Abhängigkeitsverhältniß war das der Miniſterialität. Dieſe beſtand eigentlich in der erblichen, zu beſonderer Treue verpflichtenden Abhängigkeit einer Familie von einem Dienſtherrn. Die Rechte und Verbindlichkeiten zwiſchen ſolchen Dienſtleuten und Herrn — welche das Hofrecht (jus curiae) — bilden, wurden durch Vertrag oder Obſervanz beſtimmt. Wo dieſes Hofrecht in ſeiner volleſten Strenge beſtand, war der Dienſtmann ganz wie ein Höriger zu beurtheilen. Seine Dienſtbarkeit erſtreckte ſich auf ſeine Deſcendenz; ſie wurden als ein Theil des Vermögens behandelt; ſie waren zu Kriegsdienſten und gewiſſen Aemtern ſchon durch die Geburt pflichtig. Daher waren ſie denn auch den Oberhof-Aemtern zugetheilt; ſie konnten keine Dienſte eines andern Herrn beſitzen, keine ritterlichen Bündniſſe eingehen; hatten nur beſchränktes Kampf-Recht.

Dieſe ſtrengſte Dienſtbarkeit ward aber in den meiſten Hofrechten ſehr gemildert, und der Ritterbürtige ſtand wohl nie in einer ſo ſtrengen Verpflichtung. Auch wurde die gemeine Dienſtmannſchaft durch Privilegien den Verhältniſſen der Lehenmannſchaft immer näher gerückt. Ein Ritterbürtiger konnte nur Miniſteriale eines Adelichen ſeyn.

Die beſtimmten Formen, in welchen die Miniſterialität ſich ausſprach, waren aber die folgenden:

1) Der höhere Miniſteriale — wenn gleich in Abhängigkeit von ſeinem Dienſtesherrn — unterſchied ſich von dem Vaſallen, deſſen Abhängigkeit ein rein dingliches Verhältniß war, ſo wie auch von dem Hörigen, durch ſeine Ritterbürtigkeit, welche Rechte der Mittelfreyheit enthielt.

2) Der geringere Miniſteriale ſtand mit dem Hinterſaſſen in einer Klaſſe, und wurde als Laße, Landſiedel, Mayer, Zinsmann ꝛc. bezeichnet.

Zuletzt wurde aber der Begriff der Miniſterialität eigentlich nur auf den Ritterſtand bezogen, und beſtand in der erblichen Abhängigkeit eines ritterbürtigen Geſchlechtes von einem dominus, dem er als Dienſtmann jure curiae zu beſonderer Treue verbunden war. Der zu leiſtende Dienſt war ein Kriegsdienſt oder ein Amtsdienſt; das Maas der Verpflichtung und Abhängigkeit aber konnte durch Vertrag oder Herkommen eine viel ſtrengere oder viel laxere ſeyn. Aber auf jeden Fall war durch ein ſolches Verhältniß der Miniſterialität, die Freyheit des Verpflichteten in höherem Maaße beſchränkt, als durch das Verhältniß des Lehenverbandes. Auch der Vaſall war zur Treue und zur Leiſtung von Kriegs- und Amtsdienſten verpflichtet, jedoch nur nach urſprünglich freywillig geſchloſſener Uebereinkunft, und ſein Verhältniß mußte nach den Beſtimmungen des Lehenrechtes beurtheilt werden, und war, als an das Lehensobjekt gebunden, dinglicher Natur.

§. 7.

Den verſchiedenen bisher bezeichneten Klaſſen der Einwohner kam als Ausfluß der urſprünglichen Freyheit zu:

1) das Autonomierecht, in deſſen Kraft ſowohl die freyen Herrn als die Ritterſchaft, die Bürgerſchaft und die Hinterſaſſen (als Gemeinden) Rechtsnormen über ihre Verhältniſſe aufſtellen, oder auf dem Gebrauche der ſchon hergebrachten fortwährend beſtehen konnten; überall jedoch inſoweit dieß nicht mit beſondern Verbindlichkeiten gegen das Reich, die Landesherrſchaft, den Lehenherrn, Schutzherrn oder Gutsherrn im Widerſpruch ſtand.

2) Das Recht Einigungen unter ſich zu ſchließen, unter denſelben Bedingungen.

Dieſe beiden Rechte genoß jedoch nur der — allein von Kaiſer und Reich abhängige Herren-Stand, im volleſten Sinne. Aber auch der Bürgerſtand übte in allen Gegenſtänden des Privat-Rechtes eine Autonomie. Der Ritterſtand war übrigens durch ſeine Dienſt- und Lehensverhältniſſe, und die Hinterſaſſen waren durch ihre Unterwürfigkeit unter die Vogtei, Mangel an Waffenrecht u. ſ. f. in der Ausübung obiger Rechte beſchränkt.

3) Das Recht der Waffenfähigkeit. In dieſem war das Recht zum Kriegsdienſte, zur Selbſthülfe und offenen Fehde, und zum Kampfgerichte enthalten. Nur der Adeliche und Ritterbürtige genoß dieſes Rechtes in ſeinem vollen Umfange. Der Hinterſaſſe durfte nur im Reichsdienſt oder Landfolge ritterliche Waffen führen. Nicht die Hinterſaſſen, aber die Bürger hatten das Kampf- und Fehderecht, wenn gleich nicht ohne Widerſpruch des Adels. Von jenem ließen ſie ſich durch Privilegien befreyen.

4) Die ſchöppenbare Freyheit, d. h. das Recht im Gerichte, nach Maaßgabe des Geburtsſtandes Urtheil zu finden. Die Schöppenbarfreyheit nach Landrecht ſetzte Ritterbürtigkeit und Freyheit von Dienſtverhältniſſen voraus. Seitdem die Ritterbürtigen aus dem Stande der gemeinen Freyen hervortraten, konnten ſie ihren Gerichtsſtand nur mehr von dem Landgerichte nehmen, das mit ritterbürtigen Schöffen beſetzt war (und wo unter Königsbann gerichtet ward). Die nicht ritterbürtigen Einſaſſen wurden dagegen nun meiſt alle den Vogtei-Gerichten unterworfen, (inſoferne ſie nicht ſchon einer exemten Jurisdiction zugewieſen waren).

Die Schöppenbar-Freyheit nach Weichbildrecht kam freyen unbeſcholtenen Bürgern von 4 Ahnen zu.

In den Vogteien war jeder Unbeſcholtene ſchöppenbar wenn er Grundſtücke daſelbſt als Eigenthum hatte.

§. 8.

Das waren die Standesverhältniſſe der älteren Zeit. Späterhin finden wir den Titel Adel auf die ganze Ritterſchaft ausgedehnt, bei welcher der Unterſchied zwiſchen den auf Dienſt-Lehen- oder Heer-Bann begründeten Verbindlichkeiten erliſcht, ſo daß auch alle ihre Güter nur mehr entweder Lehen oder freyes Eigenthum ſind. An die Stelle der Miniſterialen treten beſoldete Hofbeamte. Oberſte Hofämter, wie das des Marſchalls, wurden mit Lehen verbunden, und auf dieſem Weg erblich, ja bei dem genannten Amte erhielt ſich noch ein Amtsrecht, das in dem Landerbmarſchalle zum Unterſchied von dem Hofmarſchalle fortdauerte.

Die alten Geſchlechter der Ritterſchaft ſtellten ſich feſter in den geſchloſſenen Stand der Rittermäßigen zuſammen — ſich hiedurch abſondernd von den Bürgern ritterlicher Abkunft (in ſo weit dieſe nicht ſelbſt eine eigene Genoſſenſchaft unter ſich errichteten) ſo wie auch jene Freyen, welche in den Beſitz von Ritterlehen gelangt waren, gleichen Anſpruch auf Adelsrechte machten, und ſich dieſe häufig durch kaiſerliche Briefe beſtätigen ließen.

Allmählig verſchaffte auch der hohe Begriff, den man von der Doktorwürde hatte, den Doktoren das Anſehen eines perſönlichen Adels.

Wir ſehen — während die Verhältniſſe des Herrenſtandes unverändert bleiben, erlöſcht der Unterſchied zwiſchen unfreyen Dienſtleuten und andern blos durch Lehen oder Heerbann zum Ritterdienſt verpflichteten. Auch die ſtrengeren Begriffe von Miniſterialität und perſönlicher Hörigkeit verſchwinden allgemach; die Hofrechte werden milder, die Hoflehen und rechten Lehen werden ſich gleich geſtellt; an die Stelle der Miniſterialen treten beſoldete Hofbeamte, nur die oberſten Aemter bleiben mit Lehen verbunden. In den Städten wird die rittermäßige Abkunft einzelner Bürger — die Lehens- und Turnierfähigkeit des ſtädtiſchen Adels immer zweifelhafter; Ritterlehen kommen in Beſitz nicht ritterbürtiger Geſchlechter, die nun dennoch Titel und Wappen führen. Daher ſuchen ſich nun die alten Geſchlechter ihre Vorrechte durch ſtrengere Ahnenprobe zu ſichern, und vereiteln hiedurch ihre Gleichſtellung mit dem ſeit Karl IV durch Standes-Erhöhungen entſtehenden Briefadel. *)

Anfangs hatte man nur 4 Ahnen gefodert; mit der Doktorwürde war perſönlicher Adel verbunden, und Kindern von ungleicher Ehe wurde der Adel nicht mehr ſtreitig gemacht, als in den Fällen, wo die ſtrengere Ahnenprobe erfodert wurde.

Durch jene neue Adelsklaſſe, welche ohne rittermäßige Lebensart und Grundeigenthum, meiſt in Folge von Standeserhöhungen und Adelsbriefen zu dem alten Adel hinzutrat, wurde die Stellung verwirrt und verrückt; beſonders ſeit der Adel ſich auf Aemter aller Art einließ, und

*) Die Formelbücher unterſcheiden 1) die von Gräfinen und Freifrauen abſtammenden: „die edeln, oder Veſten edeln genannt;" 2) die nicht von Gräfinen oder Freifrauen geboren, „die edeln und veſten," 3) die nicht vom alten Adel abſtammenden „die veſten," 4) die durch den Kaiſer geadelten: „die veſten ehrſamen" oder „frommen und veſten." Zu den letzten zählte man auch Bürger, die ſich in den Adel verheirathet, und Schild, Helm und Lehen hergebracht, dann die Amtleute. —

zuletzt als eine blos privilegirte Klaſſe betrachtet, und ſein Ehrenvorzug als perſönliche Begünſtigung ausgelegt wurde. Ein weiteres Mißverhältniß entſtand durch die Verleihung der Titel hohen Adels an ſolche, welche keine reichsunmittelbaren Beſitzungen hatten. Es bildete ſich hieraus die Anſicht, der niedere Adel ſey vom höheren nur durch den Rang verſchieden, und Ebenbürtigkeit könne auch aus Standeserhöhungen abgeleitet werden. Der Fürſtenſtand verwahrte ſich jedoch gegen ſolche Auslegungen, und traf in den Hausgeſetzen Verordnungen gegen ungleiche Heirathen.

§. 9.

Inſonderheit iſt noch der *Reichs-Ritterſchaft* zu erwähnen. Die Verbindung der Ritterſchaft im ſüdweſtlichen Deutſchland wußte ſich nämlich allmählig die Anerkennung als ein eigener Stand des Reiches zu erwerben, und ſich auch dabei zu behaupten, indem ſie ſich feſt in *Einigungen* zuſammenſchloß, welche unabhängig von dem Territorium war, (im Gegenſatz von der landeseingeſeſſenen Ritterſchaft) ihr Recht von eigenen *Austrägen* ſuchte, und zur Ordnung und Verwaltung ihrer gemeinſchaftlichen Angelegenheiten Hauptleute mit Zugeordneten wählte.

Dieſe Corporationen der Reichs-Ritterſchaft wurden durch kaiſerliche Privilegien, welche ſie gegen die Zumuthung einer — aus dem Titel der Lehen- oder Gerichtsbarkeit deducirten Landſäßigkeit ſchützte — ausdrücklich für reichsunmittelbar erklärt. Dieſe Unmittelbarkeit wurde auch durch den weſtphäliſchen Frieden beſtätigt. Hiedurch erhielten ſie zwar nicht die in einer eigentlichen Landeshoheit liegenden Regalien, aber ſie gelangten gleichwohl auf dem Wege einer zu ihren Gunſten geltend gemachten Auslegung einzelner Regalrechte, in den Beſitz der meiſten Landeshoheitsrechte über ihre Hinterſaſſen. Der Blutbann wurde ihnen im Einzelnen vom Kaiſer verliehen; ja auch das Recht von ihren Unterthanen Beiträge zur Beſtreitung der Verwilligungen, die ſie dem Reiche gemacht hatten, einzuheben.

Die genoſſenſchaftliche Verfaſſung dieſer Klaſſe bildete ſich denn allgemach dahin aus, daß ſchwäbiſche, rheiniſche und fränkiſche Reichsritterſchaft, ſich förmliche Ritterordnungeu gaben; und dieſe 3 Kreiſe hinwiederum ſich zu jährlichen Zuſammenkünften (Correſpondenz-Tage) vereinten.

Die einzelnen Orte (Cantone), aus welchen jeder Kreis zuſammengeſetzt war, hatte ſein Direktorium, beſtehend aus einem Hauptmann, Ritterräthen und Ausſchüſſen.

§. 10.

Was den *Bauernſtand* betrifft, ſo wurden durch die Ausbildung der Landeshoheit zu einer wahren Staatsgewalt der Unterſchied zwiſchen Rechten, die der Landesherr als ſolcher, oder als Grundherr, gegen die Unterthanen geltend machte, immer undeutlicher, ſo wie auch die aus der Schutzherrſchaft über die Hörigen zuſtehenden Rechte ganz in den Ausdruck Vogtei zuſammengefaßt wurden. Und ſo wurden zuletzt, negativ genommen, Bauern alle diejenigen genannt, welche weder Ritterbürtige, noch Bürger oder Beiſaſſen in den Städten waren. —

Drittes Kapitel.

Gerichtsbarkeit.

---

§. 1.

In der älteſten Periode, als das Recht noch geſchöpft wurde aus dem freyen Willen der Gaugenoſſenſchaft in der Volksverſammlung, ſtand an der Spitze des Gerichtsweſens der von dem Volke aus den Edeln gewählte Graf, ſo daß der Gerichtsbann ein *Grafenbann* war. An der Spitze der einzelnen, den Gau bildenden Centenen und Gemeinden ſtanden die *Centenare* und *Dekane*; dem Grafen (comes) ſtand der Judex zur Seite, welcher den Ausſpruch nach dem Geſetze zu thun hatte. Für die Kompetenz galt der Grundſatz: daß die Entſcheidung jeder Streitſache zunächſt vor den Richter gehörte, welchem Kläger und Beklagte als Genoſſen derſelben Gemeinde untergeben waren, und daß Friedebrecher vor dem Richter jener Gemeinde zu Recht ſtehen mußten, in welcher ſie mit dem Beleidigten verbürgt waren.

Frage über Freyheit und Eigenthum gehörte aber ausſchließlich vor das Gericht des Grafen. Jeder Freye mußte nach ſeinem angebornen Rechte beurtheilt werden. Geiſtliche nahmen vor ihrem Biſchofe Recht, der Biſchof ſelbſt aber vor dem Könige, dem Herzoge, der allgemeinen Volksverſammlung, weltliche Perſonen des höchſten Ranges vor dem Herzoge. Die Schöpfung des Urtheiles ſtand bei den Schöffen; dieſe waren die aus den Freyen gewählten Urtheiler. Eine Appellation an einen höhern Richter fand noch nicht ſtatt — wohl aber eine Berufung an das Urtheil anderer Schöffen. Ueber den Vollzug des Urtheils wachte der König; von dieſem wurde der Verurtheilte gemahnt, und wenn er ungehorſam blieb, ſo verfiel er in die Acht und ſein Gut dem Fiskus.

§. 2.

Als unter den Karolingern die königliche Gewalt den Charakter einer wahren Staatsgewalt annahm, begründet auf eine eigentliche Unterwürfigkeit, ſo daß auch die Treue des Dienſtmanns zur Pflicht des Gehorſams wurde, traten nun auch die Richter als königliche *Beamte* auf. Als ſolche höhere Beamte wurde in Beziehung auf die Verwaltung der Juſtiz der Missus und der *Pfalzgraf* aufgeſtellt, deren Kompetenz bereits näher bezeichnet worden iſt. Nach unten aber wurden *Vögte* zu Richtern über die Leute der Kirche und des Adels ein=

geſetzt. Das Urtheil wurde jetzt von ein für allemal hiezu beſtellten Schöffen geſchöpft, welche unter der Controlle des Missus ſtanden, der für ihre Tüchtigkeit einzuſtehen hatte. Wo der König ſelbſt zu Gericht ſaß, da traten die Großen des Reichs an die Stelle der Schöffen. Auch waren überhaupt freye Männer gleichen Standes je nach Beſchaffenheit des Falles, zur Schöpfung eines Urtheiles berufen.

Der König war nun der oberſte Richter, und zwar für privilegirte Perſonen in erſter Inſtanz. Dahin gehörten die Fürſten, die Biſchöfe (in weltlichen Dingen), Aebte, ja die Mächtigen überhaupt und auch die (königl.) Vaſallen. Der Graf richtete immer unter Königsbann; eben ſo der Kirchvogt, nicht aber der Edelvogt.

Jetzt hat ſich auch ſchon ein geſetzliches Inſtanzenverhältniß gebildet. Fürs erſte konnte Berufung eingelegt werden an den Missus gegen den Grafen, Vogt und Centenar. Gegen den Ausſpruch des Missus war dann ferner eine Berufung an den König geſtattet. Anderſeits konnte ſelbſt gegen Ausſprüche der Synoden an die Reichsverſammlung appellirt werden.

Wenn gleich Abfindungen wegen gebrochenen Reichsfrieden noch immer zuläßig waren, ſo nimmt in dem Maaße als die Staatsgewalt ſich als ſolche ausbildet, das was auf Verbrechen verfügt wird, den Charakter einer eigentlichen Strafe an. Selbſthülfe war von dem Könige in manchen Fällen ſelbſt bei Strafe des Leibes verboten. Die Missi waren es wieder, welchen vorzugsweiſe die Aufrechthaltung des Friedens und der Sicherheit zur Pflicht gemacht wurde.

§. 3.

Nachdem ſchon unter den Karolingern die königliche Gewalt zur Staatsgewalt geworden, gelangte im Verlaufe der Periode des eigentlichen Mittelalters die Anſicht zur weitern Ausbildung und Allgemeinheit, daß alle Gewalt, ſo wie ſie ihrem Urſprunge nach unmittelbar von Gott kommt, auch immer nur als eine von einem Obern dem Untern auftragsweiſe verliehene ſey. Weil nun aber gleichzeitig durch die Auflöſung der Gauverfaſſung, Grafſchaftsbezirke und ganze Herzogthümer ſich in Territorien verwandelten, welche von den Grafen und Fürſten mit Eigenthumsrecht beſeſſen wurden, ſo mußte dieſe Anſicht auch auf die Gerichtsverfaſſung von den bedeutendſten Folgen ſeyn. Denn es war damit der Grund zur Ausbildung der Landeshoheit gelegt; und wenn auch dieſe ſelbſt wieder als eine vom Kaiſer und Reich verliehene betrachtet wurde, ſo ſchloß ſie doch die Gerichtsbarkeit ſchon als einen Beſtandtheil der Grafſchaft in ſich. Uebrigens da der Grundſatz, daß Jeder nur von Männern gleichen Standes gerichtet werden ſollte, durchherrſchend blieb, war nun auch die eigenthümliche Ausbildung der Standesverhältniſſe, von dem gröſten Einfluſſe auf die Gerichtsverfaſſung. Dieſer Ausbildung zufolge wurden wie bereits im vorigen Kapitel angedeutet worden, ſämmtliche Perſonen figürlich unter ſieben Heeresſchilde eingereiht gedacht, den erſten hatte der König; den zweiten die gefürſteten Biſchöfe und Aebte; den dritten die weltlichen Fürſten; den vierten die Freiherrn; den fünften die Schöffenbarfreyen (d. h. jene, welche die mit ihrem Geburtsſtand verbundene Fähigkeit beſaßen im Gerichte zu urtheilen), und die Dienſtmannen der Freyherrn; den ſechsten die Dienſtleute dieſer Dienſtmannen, den ſiebenten endlich alle übrigen Freyen. Dieſes galt für das perſönliche Verhältniß des Einzelnen. In Beziehung auf das Verhältniß ganzer Klaſſen, zu

dem Könige und Landesherrn aber wurde unterſchieden zwiſchen Semperfreyen, Mittelfreyen, freyen Landſaſſen, höhern Miniſterialen, Vaſallen und geringern Miniſterialen. Die Semperfreyen, welche die zweite, dritte und vierte Stufe des Heeresſchildes einnahmen, bildeten nun eigentlich den Adel, beſtehend aus den Fürſten und Herren, und waren um ſo mehr unabhängig von der Landeshoheit, als ſie ſelbſt ausſchließlich die Fähigkeit zur Reichsſtandſchaft und Landeshoheit beſaßen, und daher ihren ordentlichen Gerichtsſtand nur vor dem Könige nehmen konnten.

Die freyen Landſaſſen waren nun zwar der Landeshoheit unterworfen, allein dieſe Unterwürfigkeit war in mancher Beziehung beſchränkt. Für's erſte durch das Lehensverhältniß, welches zur Folge hatte, daß Fragen über Recht und Eigenthum dem Lehenherrn gegenüber nur nach vertragsweiſe feſtgeſetzten Beſtimmungen, und nur durch Gerichtshöfe, welche mit Lehenmannen beſetzt waren, entſchieden werden konnten. Ferner durch das auch den bayeriſchen Landſaſſen in dieſer Periode zuſtehende Recht der Autonomie überhaupt, d. h. das Recht nur nach jenen Rechtsregeln gerichtet zu werden, welchen ſie in freyer Anerkennung ſich unterworfen hatten. Dieſe an Geſetzes ſtatt geltenden Rechtsregeln beſtanden ja in ſolchen Beſtimmungen, welche ſeit dem allmähligen Erlöſchen der geſchriebenen Volksgeſetze, der Capitularien u. ſ. f., bei den Gerichtsſtätten, durch die Urtheilfinder, als die bei den deutſchen Freyen hergebrachten, oder für ſie angemeſſenſten und nationalſten. Den Ausſprüchen zu Grunde gelegt wurden, und hiedurch die Authorität eines ſich traditionell ausbildenden Geſetzes bekamen.

Hienach hatte der Grundſatz:

„Kein Mann kann Richter ſeyn von geſetzten Rechten, ſondern er muß ſeyn ein erwählter oder belehnter Richter,“ ſeine volle Gültigkeit. Denn ſeine Gewalt bekam der Richter nur immer von einem Obern, aber Recht mußte er ſprechen, nach einem von dem betreffenden Stande ſich eigentlich ſelbſtgegebenen Geſetze. Auch nachſtehende Grundſätze des damaligen Gerichtsweſens werden als geltend angetroffen:

„Wer von dem Könige Gerichtsbann empfangen, der kann ihn auch weiter leihen; der höhere Richter hebt durch ſeine Anweſenheit das Geding des niedern Richters auf; nur Semperfreye können Gericht und Lehen geben; alle die über Leib ſchwören und richten wollen, müſſen freye Landſaſſen ſeyn; der Lehenherr darf Niemand um Recht fragen als ſeine Mannen; aber jeder unwandelbare Mann den der Kaiſer an ſeiner Statt ſetzt, kann richten über jeden Mann und jede Sache; und jeder Lehenmann muß auf des Kaiſers Ruf an ſeiner Statt den Stuhl beſetzen bei Verluſt ſeines Lehens; es ſoll kein Mann gegen den Andern Urtheil geben noch Folge, er ſey denn ſein Hausgenoſſe oder ſein Uebergenoſſe; über ſeinen Herrn kann Niemand Urtheil finden, das an Leib und Ehre geht; Niemand darf ſich eines Rechts anmaßen als das ihm angeboren iſt; wer da Recht fodert muß ſeines Standes Weſenheit beſitzen; jeder antwortet vor dem Könige überall nach ſeinem Rechte.“

Der König war gemeiner Richter überall, und alleiniger Richter über der Fürſten Leib; Fuhr er außer Landes ſo mußte er einen Hof gebieten; und, „weil er in allen Ländern nit geſeye mag, ſo leiht er den Fürſten Fahnlehen und Grafſchaften, und den Grafen ihr Schultheißenthum,

daß ſie richten mögen an ſeiner Statt; kein Graf mag Rechtding halten ohne ſeinen Schultheißen, und ſo iſt der Pfalzgraf über den Kaiſer, und der Burggraf über den Markgrafen; jener dingte unter Königsbann, der Markgraf aber „bei ſeiner ſelbſt Hulden.“

Die Richter bildeten das Urtheil noch immer nicht ſelbſt, („denn es ſey gewöhnlich daß unter den Leuten, die vor ihm ſitzen weiſerer ſind, denn er“) ſondern Schöffen, deren Amt erblich war; in der Curie des Kaiſers vertraten die Fürſten die Stelle der Urtheiler; in Lehensſachen fanden die Mannen das Urtheil.

Gegen den Ausſpruch der Schöffen konnte bei dem höhern Richter geklagt werden.

Wenn gleich die Selbſthülfe nicht nur geſtattet, ſondern durch eigene Geſetze und Förmlichkeiten geregelt war — ſo fand doch gegen eigentliche Verbrecher bereits ein förmliches Criminalverfahren vor den ordentlichen Gerichten ſtatt.

§. 4.

Soviel über die Rechts- und Gerichtszuſtändigkeit in den älteſten Zeiten. Und zeigt ſich hieraus wie die Gerichtsbarkeit als Königsbann — als ein Ausfluß der höchſten Gewalt des Reichsoberhauptes gegolten habe. Sie iſt aber, wenn gleich nur lehenweiſe, auf das Herzogthum übertragen worden, und in den herzoglichen Häuſern, als ein Beſtandtheil der Landeshoheit mit dieſer ſelbſt in den Erbgang gekommen. Es iſt nun in Beziehung auf Bayern — wo jene Klaſſe von Reichsfreyen, welche (für ihre Perſon ohnehin dem Reichsoberhaupte unmittelbar unterſtellt) die Gerichtsbarkeit unmittelbar unter Königsbann ausgeübt, frühe erloſchen iſt — die organiſche Verfaſſung des Gerichtsweſens unter herzoglicher Landeshoheit, noch näher in Betracht zu ziehen.

So verſchiedenartig auch die Gerichtsſtätten, und die Jurisdiktionsbefugniſſe derſelben ſind, welche wir in dem XIV. und XV. Jahrhunderte in unſerm Vaterland antreffen, ſo treten doch immer die drei Hauptklaſſen von Gerichtsbarkeit hervor, auf welche ſich alle übrigen reduciren laſſen, nämlich das Schrannengericht, das Dorfgericht und das Hofmarchs-Gericht.

Dieſe Dreiheit der Gerichte treffen wir nun aber ſchon in unſerer älteſten Verfaſſung an, und ſie ſind es denn auch, welche die Ausgangspunkte für die ſpätere Entwicklung des bayeriſchen Gerichtsweſens bilden. Es hält nicht ſchwer, nachzuweiſen, daß die urſprünglichen Dorfgerichte ſo alt ſind als die Eintheilung des Landes ſelbſt in Gaue und Centenen. Dieſe Eintheilung ſtand aber ſelbſt wieder in enger Beziehung zu der urſprünglichen Verfaſſung des Kriegsweſens. Der Comes führte die Mannſchaft des ganzen Gaues in das Feld; dieſe Mannſchaft aber war gebildet aus den Centenen, d. h. aus den Mannſchaften der einzelnen Ortſchaften und Bezirke des Gaues, deren jede unter ihrem Centenare zu der Fahne des Comes ſtieß. Und ſo wie nun der Comes nicht blos in Kriegs-, ſondern auch in Rechts- und Verwaltungsſachen an der Spitze des Gaues ſtand, ſo führte auch der Centenar in allen dieſen Sachen die amtliche Gewalt in ſeiner Centene. Das konnte denn auch unbeſchadet des eigentlichen Rechtes um ſo ſicherer geſchehen, als es weder der Comes noch die Centenare als ſolche, ſondern der Judex und die Urtheilſprecher waren, welche in Rechtsſachen den Ausſpruch gaben. Dieſelben Centenen, welche den Gaugerichtsbezirk des Grafen in Beziehung auf das Kriegsaufgebot bildeten — waren

nun zugleich eben ſo viele Untergerichtsbezirke in Beziehung auf die Rechtsverwaltung; und ſolche Untergerichtsbezirke ſind es nun, welche wir ſpäter unter der Benennung Dorfgerichte antreffen. Denn ſo wie die zunächſt zuſammenwohnenden (Nachbauerſchaft) unter ihren Centenaren zuſammen in den Krieg zogen, und unter der Fahne des Comes zuſammentraten — ſo verſammelten ſie ſich auch unter dieſem Centenare zu den placitis minoribus, um ihre Rechtsangelegenheiten zu verhandeln.

War nun auch die Stellung dieſer Centgerichte ſchon dadurch eine untergeordnete, daß ſie unter der Aufſicht des Comes ſtanden, und eine Berufung von ihren Entſcheidungen an das Gaugericht des Grafen geſtattet war — ſo waren ſie auch eine in Beziehung auf ihre Kompetenz beſchränkte, da alle das Leben, die Freyheit, Grund und Boden, dann Verbrechen crimineller Natur betreffenden Fragen dem judicio majori des Comes vorbehalten blieben.

Eine weitere, immer mehr anwachſende Beſchränkung dieſer Cent- oder ſpätern Dorfgerichte ging aber aus den ſpeziellen Exemtionen einzelner Territorien des Gaues von der ordentlichen Gerichtsbarkeit hervor. Die früheſten dieſer Exemtionen treffen wir in Beziehung auf das Kirchengut an (Immunitas); aber auch einzelne Layen aus der Klaſſe der Reichern und mächtigern Freyen, wußten ſchon ſehr frühe zu ſolchen Exemtionen zu gelangen. Der Reiz, ſich eine ſolche Prärogative zu erwerben, nahm in gleichem Verhältniſſe mit der Erweiterung des Beſitzthums der Kirche und des Adels, und mit dem Anwachſe der Bevölkerung zu. Man werfe hiebei einen Rückblick auf den Gang, den die erſten Anſiedlungen genommen haben, bei welchen offenbar jene Verhältniſſe vorwalteten, welche die Beſitznahme eines Landes durch erobernde Volksſtämme damals zu begleiten pflegten.

Die Villen, die Curtes der Freyen (aus welchen die Gefolgſchaften gebildet waren, die das beſetzte Land unter ſich vertheilten), waren es, welche die erſten Anſiedlungspunkte bildeten, indem dieſe, den erobernden Volksſtämmen angehörenden Freyen, entweder von den bereits bebauten Gütern Beſitz nahmen, oder neue Anſiedlungen begründeten. Und von dieſen Punkten aus wurde die Kultur des umliegenden Landes durch die Mancipia und Hörigen dieſer Freyen begonnen. Bald trat auch die Kirche hinzu und bildete auf dem ihr zu Theil gewordenen Stiftungsgute weitere derlei Anſiedlungspunkte einer durch ihre Eigenleute betriebenen Cultur. Die zunächſt um eine villa, curtis (Herrenhof) gelegene Flur bildete ihre March (Marca, Hofmarch). Aber auch auf ſo manchen einzelnen, entfernter und zerſtreut liegenden Punkten wurden durch die Vorſteher der Kirchen, oder die Herrn einer Villa Anſiedlungen (praedia) begründet, und ſolche entweder auf eigene Rechnung durch Hofhörige betrieben, oder einzelnen Colonis gegen Zinspacht überlaſſen. Und in dem Maaße, als nun die Zahl der Bewohner auf der Marca ſelbſt ſowohl als auf den praediis zunahm, und dieſe praedia ſich vervielfältigten — in demſelben Maaße mußte auch das Verlangen zunehmen, für die Verwaltung des Rechtes und gemeinheitlicher Angelegenheiten ſo vieler, durch ein gleichartiges Intereſſe und gemeinſame Abhängigkeit von demſelben Grundherrn unter ſich in Verbindung ſtehender Familien einen eigenen Richter ſelbſt beſtellen zu können, der am beſten mit allen dieſen Verhältniſſen vertraut wäre und der nun auch über die eigentlichen Rechtsangelegenheiten zu richten hätte.

Dieſem Verlangen kamen denn auch die Herzoge und Könige, beſonders in Beziehung auf

das Kirchengut in reichlichem Maaße entgegen; und in dieſer Beſchaffenheit der Thatſachen iſt der Urſprung unſerer ſpäter ſogenannten Hofmarchs-Gerichtsbarkeit zu ſuchen, welche ſich demnach ſchon ſo frühe zwiſcheneingeſtellt hat zwiſchen das Gau- (ſpäter Schrannen) Gericht, und zwiſchen die Cent- (ſpäter Dorf) Gerichte. Das Verhältniß dieſer Hofmarchs-Gerichtsbarkeit zu den Gau- und Dorfgerichten iſt hiedurch zugleich von ſelbſt ſchon bezeichnet, als das Verhältniß einer auf ſpezieller Exemtion beruhenden außerordentlichen Gerichtsbarkeit einer Mark mit ihrer Zugehör, zu der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Gaues und der Centene. Es iſt hiemit zugleich angedeutet, wie ſelbſt ein ganzes Cent- (Dorf-) Gericht einer ſolchen Hofmarch einverleibt werden konnte. Denn wenn der Herr einer Villa, der dominus curtis, zugleich der Grundherr in einer ganzen Centene — wenn die Marca einer ſolchen curtis bis zu einem Dorfe angewachſen war, ſo blieb nun auch nach der erlangten Exemtion das Dorfgericht noch fortbeſtehend, es ging aber nun ſelbſt in das Eigenthum des Hofmarchs-Herrn über, welcher den Richter zu beſtellen hatte. Iſt ja doch ſpäter — als die Comitate erblich wurden — die Gau-(Grafen)-Gerichtsbarkeit ſelbſt ein Eigenthum der Mächtigern des Adels geworden.

§. 5.

Es iſt nun zunächſt der Begriff der Landgerichte und ihr Verhältniß zu den Dorf- und Hofmarchsgerichten näher feſtzuſtellen. Wir irren aber nicht wenn wir in dieſen ſpätern Landgerichten nur die frühern Gaugerichte zu finden glauben, und in den Schrannen die alten Malſtätten dieſer Gaugerichte. Von den Hofmarchs- und Dorfsgerichten unterſcheiden ſie ſich alſo dadurch, daß ſie ſtets die judicia majora in ſich faſſen: nämlich den Ausſpruch über Eigen und Lehen, Grund und Boden, Leben, Freyheit und Ehre, und alle größern Verbrechen. Urſprünglich waren ſie in Beziehung auf die Cent- (ſpäter Dorf-)Gerichte zugleich eine aufſehende Behörde und Appellations-Inſtanz; ſpäter haben ſich die Dorfgerichte dieſer Unterordnung großentheils entzogen; ſowie das auch bei den Hofmarchen theils Anbeginns, theils in der Folgezeit der Fall geweſen iſt. Ja ſelbſt von dem judicio majori des Landgerichts wurden einzelne Hofmarchen exemt; jene nämlich, welche mit dem Blutbann begabt — zu Halsgerichten erhoben wurden, und andere, an welche die Gerichte über Grund und Boden hingelaſſen wurden.

Alle dieſe Bemerkungen ſind übrigens zunächſt nur objectiv zu nehmen, nämlich in Beziehung auf geographiſche Lage, Territorial-Eintheilung, Gerichts-Sprengel und Kompetenz; subjectiv genommen, d. h. in Beziehung auf die Frage, von wem der Richter unmittelbar ſeine Gewalt empfing? hat eine Einwirkung ſehr mannigfaltiger Verhältniſſe ſtatt gefunden.

In den meiſten Fällen zwar wurde ſehr frühe das Recht den Richter zu ernennen — zu beſtellen — ein Ausfluß des Eigenthums an der Grafſchaft und Hofmarch ſelbſt; häufig beruhte aber auch dieſes Recht auf dem Titel einer ſpeziellen Belehnung; oder es wurde — wie das beſonders bei dem Kirchengute der Fall war — als ein Ausfluß der Schutzherrlichkeit, Vogtei, (Advocatia) betrachtet, ſo daß der Ausdruck Vogt und Richter oft als gleichbedeutend vorkömmt.

§. 6.

Es frägt ſich aber auch noch, welche Modificationen in die bisher dargeſtellten Verhältniſſe des Gerichtsweſens etwa durch die Entwicklung der ſtändiſchen Gerichtsbarkeit, und durch die Ausbildung der ſogenannten Edelmannsfreyheit eingetreten ſind?

Was die ſtändiſche Gerichtsbarkeit betrifft, ſo ſind es zwei Haupturkunden, welche hier in Betracht kommen, nämlich der I. und der LX. Freyheits=Brief. In der erſten dieſer Urkunden nämlich in der bekannten Ottonianiſchen Handveſte, entſagt der Herzog zu Gunſten jener Biſchöfe, Geiſtlichen, Grafen, Freyen, Ritter und Bürger allen Gerichten mit Ausnahme derer, welche zu dem Tode ziehen, und geſtattet daß jeder Herr ſelbſt über ſeine Bauern und ſeiner Leute Gut richte, die er mit Thür und Thor beſchloſſen hat, ſie mögen nun auf Pfandſchaften, Vogteien oder Urbar ſitzen, vorbehaltlich des Gerichtes über Eigen und Lehen. Eine weitere Stelle fügt hinzu, „daß dieſe Handveſte Niemanden Eintrag thun ſoll an den Grafſchaften, Hofmarchen oder Dorfgerichten die ſie bereits beſitzen.“ Schon aus dieſem Beiſatze geht genügend hervor, daß die erwähnte Handveſte nicht die Abſicht hatte an den bereits beſtehenden Hofmarchs= und Dorfsgerichten etwas zu ändern; ſie enthielt aber zugleich eine neue Verleihung und Erweiterung der Gerichtsbarkeit für die Kirche, die Ritterſchaft und die Bürgerſchaft. Diejenigen nämlich, welche bereits Grafſchafts=, Hofmarchs= oder Dorf=Gerichtsbarkeit beſaßen, ſollten nunmehr dieſelbe nicht nur über ihre grundbaren, ſondern über alle inner dem geſchloſſenen Bezirke wohnenden Leute auszuüben haben, und diejenigen aus ihnen, welche bisher noch gar keine Gerichtsbarkeit beſaßen, ſollten nun gleichfalls Hofmarchs= Gerichtsbarkeit über alle Leute bekommen, die ſie mit Thür und Thor beſchloſſen hatten.

Eine weitere Ausdehnung dieſer ſtändiſchen Gerichtsbarkeit iſt nun in der zweiten Urkunde, nämlich dem LX. Freiheitsbrief enthalten, welcher dem rittermäßigen Adel (in ſoweit er ſie nicht ohnehin beſaß), die Hofmarchs=Gerichtsbarkeit nun auch auf allen ihren in den Landgerichten entlegenen Sitzen, Sedlhöfen, und einſchichtigen Gütern verlieh, in ſo weit ſie ihnen mit Stift und Eigenthum zuſtanden.

Dieſe Urkunden werfen nun zugleich ein erläuterndes Licht auf den frühern Beſtand der Hofmarchs= und Dorfgerichte zurück. Wir entnehmen daraus für's erſte, daß ſich die Jurisdiktion dieſer Gerichte auch urſprünglich ſchon nicht über jene in ihrem Bezirke wohnenden Leute und Güter erſtreckte, welche einem andern Herrn angehörten; daß ſie für's zweite ſich nicht erſtreckte über Perſonen und Güter, welche auſſerhalb des geſchloſſenen Hofmarchs= oder Dorfgerichtsbezirkes lagen. Auch iſt in dem I. Freiheitsbriefe ausdrücklich beurkundet, daß — was übrigens ohnehin verfaſſungsgemäß war — Rechtsſachen zwiſchen Grafen, Freyen, Dienſtmannen, Rittern und Knechten unter das Forum des Herzogs geſtellt blieben.

§. 7.

Auch aus den Verhandlungen, welche der Ausfertigung der ſogenannten Edelmannsfreyheit im Jahre 1516 vorausgegangen ſind, fällt viel Licht auf die frühere Beſchaffenheit unſers Gerichtsweſens zurück. Namentlich erſehen wir daraus daß das, was die Ottonianiſche Handveſte, und in Verfolg derſelben auch die ſich ihr zunächſt anreihenden Freyheitsbriefe beſtimmten,

weder ganz, noch gleichförmig zum Vollzuge gekommen war. So tritt z. B. im J. 1458 die Landſchaft mit der Beſchwerde hervor „daß nicht blos der Ausdehnung der Gerichtsbarkeit des Adels auf Pfand=, Vogtei= und Urbars=Güter Eintrag geſchehe, ſondern daß man ihm ſelbſt häufig verwehre über die zu richten, welche auf ſeinen eignen Grund und Boden ſitzen, und die er mit Thür und Thor beſchloſſen halte; auch bleibe es nicht bei der Ausnahme der in der Handveſte genannten drei Gattungen von Criminalfällen, ſondern auch viele andere Frevel würden von den fürſtlichen Beamten zur Verhandlung gezogen.

Dieſer Klage gegen Schmälerung ſtändiſcher Gerichtsbarkeit wurde nun aber von Seiten des Herzogs entgegengehalten, „daß es vielmehr die Landſchaft ſey, welche ſich Eingriffe in die fürſtliche Criminal=Jurisdiktion zu Schulden kommen laſſe; daß ſie ſich erlaube zu richten um Grund und Boden der zu den Hofmarchen gehörenden Güter, und zu ſtrafen und zu wandeln über Frevel, die außerhalb der Ettern dieſer Hofmarchen begangen werden; daß ſie ſich die Gerichtsbarkeit herausnehmen über Leute, deren Lehengüter in den herzoglichen Landgerichten entlegen ſind, und daß ſelbſt ſolche, welche keineswegs alte Hofmarchen, ſondern blos einzelne eigene Güter beſitzen, ſich die Ausübung der Hofmarchs=Jurisdiction über dieſe Güter anmaßen.“

Einigermaßen wurde dieſem ſchwankenden Zuſtande der Dinge, wenigſtens was den Landesantheil der Landshuter Linie betrifft, durch Herzog Ludwigs Landesordnung vom Jahre 1474 abgeholfen.

Abgeſehen nun aber davon, daß die Beſtimmungen dieſer Landesordnung nur für den einen Landestheil gültig waren, ſo ſind ſie auch an ſich ſchon keineswegs erſchöpfend genug geweſen, um feſte Begränzungslinien für die herzogliche und ſtändiſche Gerichtsbarkeit zu ſtatuiren. Erſt nachdem ſämmtliche Landestheile in der Hand eines einzigen Herrſchers vereinigt worden, konnte ſo etwas zu Stande kommen. Dieſes iſt denn nun auch durch die i. J. 1516 ausgefertigte Urkunde über die ſogenannte Edelmannsfreyheit geſchehen, von deren näheren Beſtimmungen jedoch in einem eigenen Kapitel ſogleich die Rede ſeyn wird.

Und ſo wären wir denn über die dreifache Haupteintheilung der Gerichtsbarkeit in Dorfgerichte, Hofmarchsgerichte und Landgerichte im Reinen. Die Beſetzung dieſer Gerichte konnte bei allen drei Klaſſen unmittelbar von dem Herzoge ausgehen (inſoferne er nämlich Eigenthümer einer Hofmarch war). In der Regel aber wurden alle Landgerichte durch den Herzog beſetzt, die Richter bei den Hofmarchs= und Dorfgerichten aber der Mehrzahl nach von den weltlichen oder geiſtlichen Landſtänden ernannt. Die Berufung ging an den Vicedom oder das Hofgericht des Herzogs; und die eigentlich peinlichen Fälle wurden ſtets vor dem Landgerichte — und was privilegirte Perſonen betrifft, vor dem Vicedom verhandelt.

§. 8.

Außer dieſen Gerichtsſtätten auf dem Lande, beſtand nun aber auch eine ſtädtiſche Gerichtsbarkeit bei den Magiſtraten. Es wird indeß füglicher ſeyn, auch der ſtädtiſchen Verfaſſung ein eigenes Kapitel zu widmen. Vorher wollen wir jedoch auch einen Blick auf eine ganz eigenthümliche Art von Gerichtsbarkeit, nämlich auf die bekannten Fehmgerichte werfen, da ſich die Wirkſamkeit dieſer Gerichte auch nach Bayern herein erſtreckt hat.

Der Wirkungskreis der kaiſerlichen Landgerichte, nämlich derjenigen, bei welchen vor einem unmittelbar vom Kaiſer geſetzten Richter Recht genommen wurde, iſt in dem Maaße, als die Landeshoheit ſich ausbildete, durch die Privilegia de non evocando immer beſchränkter geworden, und ſie ſanken allmählig zu bloßen Territorialgerichten herab. Nur eine Gattung dieſer kaiſerlichen Gerichte macht hievon eine Ausnahme, nämlich die weſtphäliſchen Frey- oder Fehmgerichte. In Weſtphalen waren große Territorien mit Gaugrafſchafts-Sprengeln in den Beſitz geiſtlicher Fürſten gekommen, in welchen der Königsbann nun fortwährend vom Kaiſer ſelbſt verliehen wurde. Die Verwaltung des gaugräflichen Amtes wurde hier in einzelnen Diſtrikten belehnten Grafen überlaſſen, welche ihr Amt wieder durch beſtellte Richter verwalten ließen. Dieſe Diſtrikte wurden nun Frey-Grafſchaften genannt. Eine ſolche Frey-Grafſchaft ward meiſt wieder in mehrere Freyſtühle abgetheilt. Die Wirkſamkeit dieſer Frey-Gerichte verlor durch die Entſtehung der Landeshoheit ſehr Vieles, da ihnen die Landesherrn in allen Dingen, welche civilrechtlich waren, und nicht die freye Ritterſchaft oder den Herrenſtand betrafen, ihre Gaugerichte zur Seite ſtellten. Fehmgerichte.

Nun geſchah aber, daß die Erzbiſchöfe von Cöln vom Kaiſer das Recht erwarben, daß alle Freygrafen in ihren Diözeſen von ihnen beſtätigt werden mußten (1372), und daß kein Freygericht ohne ihre Bewilligung angelegt werden durfte. Hiezu kam (1382) noch das weitere dieſen Erzbiſchöfen ertheilte Privilegium: den Freygrafen den Bann als kaiſerlicher Statthalter ertheilen zu dürfen, welches Privilegium ſpäter in ein lehenbares Recht verwandelt wurde.

In Folge dieſes Oberaufſichtsrechtes ward von den genannten Erzbiſchöfen Manches — den Freygerichten urſprünglich Fremdes in dieſelben hineingebracht, und ſie wurden im XIII. Jahrhundert in Stillgerichte (heimliche Gerichte) verwandelt und Fehmgerichte (urſprünglich gleichbedeutend mit Blutgericht) genannt.

Dieſe Fehmgerichte hatten aber folgende Verfaſſung:

I. Es wurde blos zugelaſſen wer feyerlich zu einem Schöffen aufgenommen war (heimliche Acht).

II. Sie ſtanden in Verbindung mit einem gewöhnlichen offenen Gerichte, das durch Entlaſſung der Unwiſſenden in ein heimliches verwandelt werden konnte.

III. Die Schöffen hießen die Wiſſenden, und mußten das Geheimniß beſchwören.

IV. Das heimliche Verfahren fand nur für todeswürdige Verbrechen ſtatt (nach heimem Recht).

V. Verfehmung fand gegen Unwiſſende nur ſtatt, wenn ſie bereits vor ein offenes Freygericht geladen worden, von dieſem nicht durch ſein ordentliches Gericht abgefodert wurden, und wenn die Klage durch Eid des Klägers mit 6 Freyſchöffen als Eideshelfern bewieſen war. Zog ſich der Verfehmte nicht auf die gewöhnliche Weiſe aus der Verfehmung, ſo wurde das Urtheil durch die Freyſchöffen ſelbſt vollzogen.

VI. Wiſſende wurden gleich vor das heimliche Gericht gezogen, mußten aber dreimal vorgeladen werden, und konnten durch Eid ihre Unſchuld darthun.

VII. Wurde der Verbrecher in handhafter That (mit hebender Hand und gichtigem Mund) von 3 — 4 Schöffen betreten — ſo konnten ihn dieſe zur Stunde richten.

VIII. Jeder Schöffe war verpflichtet alle fehmmäßigen Handlungen anzuzeigen.

IX. Es war nur dann erlaubt vor dem Fehmgericht zu klagen, wenn der Kläger vor dem ordentlichen Gericht ſein Recht nicht erlangen konnte.

X. Der Kaiſer konnte den Beklagten als oberſter Stuhlherr jederzeit abfodern.

XI. Auch Civil=Sachen wurden wegen dem Punkt der Ehre an das Fehmgericht gezogen.

XII. Von den Fehmgerichten waren ausgenommen: alle Geiſtlichen, reichsunmittelbar mit Landeshoheit Begabte, Juden und Weiber (?)

Die Anſprüche der Freygerichte, ihre Jurisdiction als kaiſerliche Gerichte über ganz Deutſchland zu erſtrecken, und häufige Klagen gegen Mißbräuche derſelben, nöthigten die Könige bald auf ihre Reform zu denken. Eine ſolche, im Jahre 1473 durch Erzbiſchof Dietrich von Köln im Kapitel zu Arnsberg aufgeſetzte Reform, erhielt die kaiſerliche Beſtätigung. Allein die Reichsſtände proteſtirten durchaus gegen die Ausdehnung dieſer Gerichte auf Perſonen, die nicht in Weſtphalen anſäßig ſeyen, und gegen die Weigerung dieſer Gerichte ihre Verfahrung nicht ſogleich einzuſtellen, wenn der Angeklagte durch den ordentlichen Richter abberufen würde. Kaiſer Friedrich mochte daher in ſeiner ſpätern Reform immerhin den Sprengel dieſer Gerichte als für ganz Deutſchland gültig betrachten — die Landesherrn ließen ſie dennoch über ihre Unterthanen nicht zu, oder ſchützten ſich dagegen durch ſpezielle Privilegien. Die Anzahl der Wiſſenden außerhalb Weſtphalen, durch welche dieſe Gerichte im Anfang des XV. Jahrhunderts in ſo großes Anſehen gekommen, nahm wieder ab, und im XVI. Jahrhundert wurden ſie ohnehin durch die neue Criminal=Geſetzgebung gänzlich verdrängt.

Viertes Kapitel.

Städte.

§. 1.

Um eine gründliche Anſicht von der ſtädtiſchen Verfaſſung in Deutſchland zu bekommen, iſt es nothwendig, die ſchon während der Herrſchaft der Römer daſelbſt beſtandenen von den erſt ſpäter begründeten zu unterſcheiden. Die Verfaſſung der erſtern war jener der römiſchen Städte in Italien ähnlich. Bei dieſen ſtand die Wahl der Magiſtrate, die Geſetzgebung und die Verwaltung bei der in dieſer Beziehung ſouverainen Volks=Verſammlung. Sie wurde jedoch ausgeübt durch den Senat oder die Verſammlung der Decurionen, aus welchen die Magiſtrats=Perſonen gewählt wurden, wovon die Decemviri, welche die Aufſicht über alle Zweige der Verwaltung mit unbeſchränkter Gerichtsbarkeit führten, die bedeutendſten waren.

Ein ſolcher Senat beſtand denn auch bei den außer Italien gelegenen römiſchen Städten. Aber an der Stelle der Decemviren, wurde die Gerichtsbarkeit und Oberaufſicht durch einen Statthalter oder ſeinen Legaten ausgeübt, welchem ſohin die übrigen magiſtratiſchen Perſonen untergeordnet waren.

Dieſe römiſchen Obrigkeiten und Magiſtrate ſind nun wenigſtens was Bayern betrifft, bei der germaniſchen Eroberung des römiſchen Gebietes gänzlich untergegangen. Welche bürgerliche Verfaſſung aber in Regensburg, Augsburg und Paſſau an die Stelle der römiſchen Municipal=Verhältniſſe zunächſt getreten, iſt uns unbekannt.

Was nun die Verfaſſung der, auch ihrem erſten Urſprunge nach ganz deutſchen Städte betrifft, ſo muß hierauf die Geſtaltung der früheſten Anſiedlungen und Gemeinde=Bildungen zurückgegangen werden. Alle dieſe Städte ſind aus Villen entſtanden. Villa bedeutet aber urſprünglich eine Niederlaſſung an einem offenen Orte und begriff eine Anzahl von mansos, abgetheilten Ackerlandes, ſowie auch ungebautes Land und Gemeinheits=Nutzungen in ſich. Dieſe mansi waren nun entweder indominicati, welche von einer Curtis (einem herrſchaftlichen Hofe) aus bewirthſchaftet wurden; oder mansi ingenuiles, welche von freyen Leuten bebaut wurden.

Schon vor der Karolingiſchen Zeit ſtanden die Bewohner ſolcher Villen in einer Gemeinde=Verbindung, welche ſich in ihrer dreifachen Beziehung 1) auf das Mark=Recht 2) die Geſammt=Bürgſchaft der Gemeindeglieder unter ſich und 3) auf die Gerichts=Verfaſſung erſtreckte. Und

in dieſer ihrer ſpeziellen Verbindung, hatte nun eine ſolche Gemeinde, auch unbeſchadet ihrer Einverleibung in das Gau-Gericht, ihre eigenen Gerichtsperſonen.

Wenn nun in einer Feldmark *alle Höfe einem Herrn* übergeben oder *zinspflichtig* waren, ſo trat eine ſolche Villa indominicata aus der Verbindung mit den übrigen Volks-Gemeinden heraus; und auf ihrem Dinghofe (curia dominicalis) wurde in allen Sachen des Hofrechtes, und überhaupt in allen Sachen gerichtet, die nicht unter Königsbann gerichtet werden mußten. Dort wo ſich eine Gemeinde freyer Eigenthümer erhalten hatte, blieb es bei der alten Verfaſſung, und der Vorſteher wurde ein öffentlicher Beamter. Häufig aber waren bei den Villis eine Gemeinheit freyer Leute zugleich neben einer herrſchaftlichen Gemeinheit beſtehend, und alſo auch eine zweifache Obrigkeit vorhanden. Nun gelang es zuerſt den Biſchöfen dieſe zweifache Obrigkeit dadurch in eine einzige zu vereinen, daß ſie bei dem Könige die Uebertragung der Gewalt der öffentlichen Beamten an ihre Vögte erwirkten; welchen nun auch die Gewalt verliehen wurde unter Königsbann zu richten. Der Bezirk, binnen welches eine ſolche auf Immunität beruhende, der Grafſchaft entgegengeſetzte Gerichtsbarkeit exerzirt wurde, hieß *Weichbild*, und gab die Grundlage zur Entwicklung einer ſtädtiſchen Verfaſſung.

Eine ſolche zu einem Biſchofs-Sitze gewordene, oder mit einer Herrenburg ausgerüſtete, mit Mauern umgebene Villa indominicata, wurde zur ſtädtiſchen Gemeinde, zur *Stadt*; deren Obrigkeit je nach ihrer Zuſammenſetzung ein vom Biſchofe oder dem Herrn ernannter Vogt und Schultheiß war, und aus dem Mark- und Weichbild-Recht, wurde ein *Stadt-Recht*.

§. 2.

Schon im X. Jahrhunderte waren die Biſchofs-Sitze mit Immunitäten und die biſchöflichen Vögte mit Grafen-Gewalt ausgeſtattet. Auch jene Diſtrikte, welche die Kaiſer zu Reichs-Vogteien machten, genoſſen einer ähnlichen Immunität, und inſonders der Ort, wo der kaiſerliche Vogt wohnte. Auch dieſe Immunität nennt man *Weichbild-Recht*. Die Orte ſelbſt wurden befeſtigt, ſo wie die Burg, die ſich meiſt dabei befand. Dieſe Burg war mit Dienſtleuten, Burgmannen beſetzt; die Bewahrung der Stadt geſchah aber durch die Einwohner ſelbſt, die man — da ihre Stadt auch feſt wie eine Burg war — *Bürger* nannte. Dieſe ſtanden nun außer Verbindung mit den heerbannspflichtigen Freyen, und waren zum Dienſte des Herrn gewaffnet, der ihren Vogt beſtellte; durch das Weichbild-Recht war der Grund zu ihrer Selbſtſtändigkeit gelegt, auch trat bald eine große Zahl rittermäßiger Bürger in ihre Mitte.

§. 3.

Im XII. Jahrhunderte treten die *Städte* ſchon als ſelbſtſtändige Corporationen hervor.

In jenen Städten, wo ſich römiſche Verfaſſung erhalten hatte, war die Gemeinde eigentlich beim Decurionen-Stand geblieben, der die Finanz und Polizey durch einen Gemeinderath ausübte. Der Vogt nahm dann aus dieſem Rath und den Schöffen der freyen teutſchen Gemeinde ſeine Schöffen, ſo wie auch der Schultheiß, der in allen nicht vor das Gaugericht gehörigen Sachen richtete. Der aus dieſer urſprünglich römiſchen, und der teutſchen Gemeinde zuſammengeſetzte Rath mit ſeinen Vorſtehern wußte ſich aber bald in einer, von Vogt und

Schultheiß unabhängigen Verwaltung aller ſtädtiſchen Angelegenheiten, und zwar um ſo leichter zu behaupten, als die in Genoſſenſchaften vereinigten Handwerker ſich gerne an ihn anſchloßen.

Dort wo aber der Decurionen-Stand in Dienſtmannſchaft übergegangen war, aus welcher nun die Gemeinde-Beamten genommen wurden, ſchloß ſich dieſe Dienſtmannſchaft ſelbſt an die freyen Bürger der Stadt, die ihre Gerichts-Genoſſen waren, an, und erzwang dann die Bildung eines Gemeinde-Raths.

In jenen Städten endlich, welche urſprünglich ganz teutſch waren, verwandelten ſich die Schöffen in einen Gemeinde-Rath, der ſeine Gewalt über die Innungen der Gewerbtreibenden aller Gattungen ausdehnte.

Alle dieſe Städte ſtrebten nun in dem anwachſenden Kraftgefühle ihrer Macht auch außer ihren Ringmauern durch Erwerbung von Grundeigenthum und Aufnahme von Ausbürgern zu vergrößern.

Die ſtädtiſche Verfaſſung bildete ſich dann auf dieſem Wege dahin aus, daß ſich die Städte ganz von den Landgerichten eximirten, eine ſelbſtgewählte Obrigkeit hatten, welche die Gemeinheits-Rechte und Renten, und die geſammte Polizey verwaltete; die Concurrenz des landesherrlichen Beamten wurde aber allmählig in Allem was nicht die Gerichtsbarkeit betraf, aufgehoben. Und ſelbſt auch zu dieſer wirkte die Stadtgemeinde weſentlich mit, da die Schöffen aus ihrer Mitte genommen werden mußten. Die Beſatzung mit Dienſtleuten ward meiſt auf die Burg beſchränkt. Es geſchah nun aber auch häufig, daß die Stadt die Vogtey ſelbſt an ſich brachte, und dann ward ſie zu einer dem Reiche unmittelbar untergebene Commune, und es blieb dem Landesherrn nichts als die Burg, und die Ausübung ſeiner Hoheitsrechte in der Stadt. Selbſt Zölle und Münzen wurden oft an die Städte veräußert. Dagegen geſchah daß manche Stadt wieder freywillig ſich ihre Gemeinde-Rechte gerade vom Landesherrn ſelbſt beſtättigen ließ, und dadurch ihre Abhängigkeit von demſelben wieder urkundlich bekannte.

Das Anſehen des Rathes (mit einem Bürgermeiſter an der Spitze) ſtieg immer höher; doch konnte er in wichtigen Sachen nicht ohne die Bürgerſchaft handeln. Die Gewerbe wurden immer blühender, und ihr Gedeihen durch Privilegien befördert, zu welchen das Stapel- und Einlager-Recht, das Markt- und Geleitsrecht, die Zollfreyheit, die Zunft-Einrichtungen, und die ausſchließliche Betreibung gewiſſer Gewerbe gehörten. Die Bildung der Gilden hatte ihren Urſprung theils in dem Verhältniſſe der Hörigkeit der Handwerker, theils in der urſprünglich römiſchen Municipal-Verfaſſung. Dieſe Gilden kommen im XII. Jahrhundert als weſentlicher Beſtandtheil des Weichbild-Rechtes vor. Zünfte mit politiſcher Bedeutung haben ſich aber erſt ſpäter ausgebildet. Der Zufluß auswärtiger Leute zu den Zünften aber, die mit ehemaligen Schutzherrn in Verbindung geſtanden, machte die Städte darauf bedacht ſich das Privilegium zu erwerben, daß künftig alle Gemeinde-Glieder von den Laſten der Hörigkeit befreyt erklärt wurden und daß, wer eine beſtimmte Zeit in der Stadt gewohnt, als durchaus frey zu betrachten ſey.

§. 4.

Die Macht der Städte überhaupt erhob ſich nun durch ihren Wohlſtand und ihre Bevölkerung, und die Reichsſtädte unterſchieden ſich von den Landſtänden der innern Einrichtung nach

wenig — der äußern Verfaſſung nach nur durch die Theilnahme der letzten an den landſchaftlichen Verbindungen. In den Reichsſtädten ſtand die Vogtei eigenthümlich beim Kaiſer. Kam dieſe in die Hände eines Reichsſtandes und wußte ſich derſelbe des Beſatzungsrechtes zu bemächtigen — ſo ward eine ſolche Reichsſtadt meiſt der Landeshoheit unterworfen. Aber auch Viele der einem weltlichen Reichsſtande unterworfenen Städte, welche die Macht hatten und zu gebrauchen wußten ihre Freyheit zu vertheidigen — blieben in der Hauptſache den Reichsſtädten gleichgeſtellt. Denn ſie übernahmen nur mäßige Steuern; hielten ihr Einigungsrecht aufrecht, und behaupteten ſich bei der Befugniß ihre Statuten und Ordnungen ſich ſelbſt zu geben.

Am wichtigſten war es für eine Reichsſtadt das Vogt- und Schultheißen-Amt an ſich zu bringen, und dieſes Amt dem Rathe oder einer andern Magiſtratur zu übertragen.

Die Handwerks-Innungen erwarben ſich die Bedeutung wahrer Zünfte, und das Vollbürgerrecht. Je größer nun aber die Anſtrengungen und die damit verbundenen Laſten waren, die die Städte auf ſich häuften, je mehr kamen Rath und Gemeinde in Colliſion. Daher mußte die Verfaſſung beſtimmter feſtgeſtellt werden, und dieß geſchah, indem in manchen Städten zu dem Rathsperſonale eine eigene, aus den Handwerkern genommene Abtheilung hinzutrat, oder indem ein eigentliches ſogenanntes Zunftregiment gebildet wurde, wo die Verfaſſung auf eine Eintheilung ſämmtlicher Bürger in Zünfte gegründet war. Oder es wurde auch dem Rathe eine beſondere Behörde, unter dem Namen eines äußern Rathes gegenübergeſtellt, der einzelne Verwaltungs-Zweige beſorgte, oder eine Controlle bildete. So wurden z. B. in Augsburg in den großen Rath 12 Mitglieder aus jeder Zunft aufgenommen; der engere Rath faßte hier 15 Perſonen aus den Geſchlechtern in ſich, zu welchen dann 29 Glieder aus den Zünften kamen — (in welche Zünfte alle rathsfähigen Bürger überhaupt eingetheilt waren).

In Kraft ihres Autonomie-Rechtes bildeten die Städte ihre innere Polizey-Geſetzgebung, ſo wie ihr bürgerliches Recht immer vollſtändiger aus. Um die Gewohnheiten der Stadtgerichte, mit den Rechtsbüchern und ältern Rechts-Grundſätzen in Einklang zu bringen, half man mit beſondern Normen für die Schöffen nach, oder ließ eine Reviſion des Stadtrechts unter Vervollſtändigung deſſelben eintreten, wobei nun auch das römiſche Recht in Anwendung gebracht wurde. Für ſolche revidirte, unter dem Namen Reformationen vorkommende Stadtrechte, ſuchte man dann meiſt die Beſtätigung des Kaiſers oder Landesherrn nach.

§. 5.

Um in Beziehung auf die Entwickelung der Verfaſſung der Städte in Bayern eine noch vollſtändigere Einſicht zu gewinnen, wollen wir die ältern Verfaſſungs-Verhältniſſe der Stadt Regensburg etwas ſpezieller in Betracht ziehen. Hier finden wir ſchon ſehr frühe eine zwiſchen dem Biſchofe und Herzoge getheilte Gerichtsbarkeit; der letztere beſaß das Schultheißen-Gericht in bürgerlichen und peinlichen Fällen über alle Bürger, und das im Burgfrieden liegende Eigenthum; der Biſchof übte das Probgericht über alle geiſtlichen Corporationen, die Zinshaften und Leibeigenen aus. Später trat in Folge eines kaiſerlichen Privilegiums ein eigenes Handelsgericht, das ſogenannte Hans-Grafenamt hinzu.

Der biſchöfliche Beamte hieß Advocatus major (auch Domvogt) und ſein Sellvertreter

Probſtrichter. Der herzogliche Beamte wurde zwar urſprünglich auch Vicarius, und ſein Stellvertreter Subvicarius genannt, aber ſein eigentlicher Titel war Burggravius oder Praefectus, und der ſeines Stellvertreters Schultheiß.

Dieſe Burg-Grafſchaft war Lehen der bayeriſchen Herzoge, und begriff in ſich: das Fried-Gericht, das Schultheißenamt, die Praeconen, die Zölle.

Nach Abgang des Stammes der Riedenburger (1185) kommt übrigens von einem mit Gerichtsbarkeit verbundenen Burg-Grafenamte in der Regensburger Geſchichte nichts mehr vor; ſondern die ſpätern Burggrafen waren Hofdiener, welche gewiſſe, geringere Befugniſſe hatten.

Zur Verwaltung der von den Gerichten anfälligen Renten beſtand in Regensburg ſowohl ein herzogliches als ein biſchöfliches Kammeramt. Seit dem Ausſterben der Riedenburger zog der Herzog auch die Gefälle des Burggrafenamts zur Kammer, und beſtellte den Schultheißen unmittelbar. Das Münz-, Zoll- und Geleits-Regal wurde gemeinſchaftlich ausgeübt, und die Summe der erhobenen Steuer (collectio generalis) gleichheitlich zwiſchen dem Biſchof und Herzog getheilt.

Bei der Theilung zwiſchen Ludwig und Heinrich kamen die Burggrafſchafts-Rechte (hohe Gerichtsbarkeit und Polizey) an die Linie des Oberlandes; Alles übrige an die Linie des Niederlandes, nämlich das Zoll- und Münz-Regal, Geleitsrecht, der Herzogshof ꝛc. Mit dem Herzoghof waren mehrere Prärogativen verbunden, unter andern auch die Gerichtsbarkeit in derſelben, ſowie in den Münzgebäuden und auf der Wechſelbank (in der Kammer „in Gewalt ihrer fürſtlichen Ehre" wie es heißt). Von den Zöllen wurden der große Zoll und die erſte Klaſſe der kleinern ebenfalls Niederbayern zugewieſen, — die zweyte Klaſſe der kleinern — betrachtet als Dependenz der Burggrafſchaft — aber Oberbayern. Das Lehens-Obereigenthum über die Erzhofämter blieb ungetheilt.

Das an Niederbayern gefallene Münzregal beſtand: a) in der Gerechtſame, die Fabrikations-Befugniß an die Münzherrn oder Hausgenoſſen zu verleihen, b) Münzmeiſter zu beſtellen, c) Münz-Ordnungen zu geben, d) die Münzgebrechen zu beſtrafen, e) den Schlagſchatz zu beziehen. Die Hausgenoſſen beſtanden aus den angeſehenſten Regensburgiſchen Bürger-Familien, und hatten das Fabrikatrecht zu Erbrecht verliehen erhalten. Die Münzherrn beſtellten zu Aburtheilung der Sachen unter den Münzleuten ein eigenes Gericht, das Münzgeding, wobey die Hausgenoſſen Schöppen waren.

Die unter dem Namen Burggrafſchaft an die oberbayeriſche Linie gekommenen Regalien, beſtanden in der — theils mit dem Biſchof gemeinſchaftlichen, theils ausſchließlichen hohen Gerichtsbarkeit, und dem hohen Polizeyrechte ſammt der Geſetzgebung.

Die Kammerer hatten das Amt den Kammerſchatz (die Loſung), d. i. die Gefälle einzubringen, welche die Zünfte und Handwerke zu entrichten hatten. Auch das Fried- und Schultheiſſen-Gericht hatte ſeine jährlichen Gefälle.

Neben den gemeinſchaftlichen Gefällen hatten auch die Herzoge, ſowie die Biſchöfe ſonderheitliche Gefälle; die erſten: 1) die kleinen Zölle, 2) die Intraden von den Wachsbänken, Fragnerſtätten, Feuerſtätten und Wittvänden.

Beym Eintritt des XIV. Jahrhunderts fiengen die Bürger von Regensburg an, dem kaiſerlichen Privilegium „quod cives non cogantur venire ad aliquod judicium extra civitatem"

die Deutung zu geben, als ob von dem Stadtgericht nicht einmal eine Berufung an den Herzog Platz haben dürfe, ſondern an den Rath ſelbſt gedingt werden müſſe. Die Herzoge erhoben hiegegen Klage beym Kaiſer, behaupteten aber zugleich ihr Recht mit den Waffen in der Hand, und erzwangen einen Vertrag, wonach dieſer Streit 10 Jahre lang beruhen ſolle.

In einem hierauf an den Kaiſer gerichteten Schreiben bekennen die Herzoge ſelbſt die Reichslehnbarkeit der Burggrafſchaft.

Allein im Jahre 1315 erwirkte die Stadt ein kaiſerliches Privilegium (von Ludwig ſelbſt), wodurch die Appellation an den Rath zugeſtanden wurde. Durch den Vertrag zu Pavia gingen alle Rechte des Burggrafenthums an des Kaiſers Nachkommen über.

Die Herzoge behandelten übrigens in Betreff der Ausübung der höhern Polizey Regensburg ganz wie ihre übrigen Städte.

Bey dem Ausſterben des alt-niederbayriſchen Herzogen-Aſtes mit Johann (1340) succedirte die oberbayeriſche Linie in die ganze niederbayeriſche Landes-Portion, und die damit verknüpften Regensburgiſchen Rechte.

Die Zölle waren damals meiſt an Privaten verpfändet; allein die Zollgerichtsbarkeit wurde ſich vorbehalten, und durch eigene Zollrichter ausgeübt.

Nicht minder war das herzogliche Schultheiſſen- und Friedens-Gericht, ſowie auch das Kammeramt verpfändet. Die eigentliche Jurisdiktion des Stadtgerichts ward aber immer als ein Ausfluß des herzoglichen Ambachtes angeſehen, wie dieſes jene Stadtgerichts-Urtheile beweiſen, in welchen Verweiſung außer den 4 Wäldern und Gemärkten des Landes vorkommen.

Bei der Landsberger Landestheilung (1349) fielen die niederbayeriſchen Regalien (Münze, Zölle, Geleit, Herzoghof, Häuſer und Gülten) wieder an die niederbayeriſche (neugegründete), die burggräflichen Rechte an die oberbayeriſche Linie.

Als ſich ſofort die niederländiſchen Provinzen (1353) unter ſich abtheilten, blieb das Ausübungs- und Verwaltungs-Recht der Regensburger Regalien in ihrer Gemeinſchaft, aber die Gülten und Gefälle wurden der Straubinger Linie zugewieſen.

Nun gelang es dem Bürgerrathe nicht nur die Zölle an ſich zu löſen, und ſich des Zollgerichts zu bemächtigen — ſondern auch (circa 1391) das Münzrecht von den Hausgenoſſen an ſich zu bringen.

Auf ähnliche Weiſe gelang es dem Bürgerrathe im Jahre 1359 die burggräflichen Rechte des Schultheiſſen- und Fried-Gerichts, dann auch das Kammeramt an ſich zu löſen, wobey jedoch das Verhältniß des Stadtgerichts zur herzoglichen Landesherrſchaft nicht geändert wurde.

Nach Meinhards Ableben ließen ſich die Regensburger obige Erwerbung der Pfandſchaft von den niederbayriſchen Herzogen der Landshuter Linie (als Erben der Oberbayeriſchen) beſtätigen, wobey dieſe nun auch die Gerechtſame der Beſtailung der Hausgenoſſen, Frohnboten ꝛc. aus der Hand ließen.

Bei der im Jahre 1392 vollzogenen Theilung wurden die burggräflichen Rechte zur Münchner-Linie geſchlagen.

Mit jenen Verpfändungen war übrigens von den eigentlichen Hoheitsrechten der Burggrafſchaft durchaus nichts veräußert worden, und die Herzoge fuhren fort, die oberſte Polizey in Regensburg auszuüben, wie dieſes z. B. die von ihnen im Jahre 1384 und 1388 verfügte Aufhebung des Zunft-Weſens beweist.

Fünftes Kapitel.

Quellen des Rechts.

§. 1.

Die urſprüngliche Quelle der bayeriſchen Geſetze floß aus dem, ſchon bei der Beſitznahme unſeres Vaterlandes durch erobernde Volksſtämme, den freyen Männern einwohnenden Rechte, ſich unter der Autorität ihres Fürſten als Volks-Oberhauptes *ſelbſt Geſetze zu geben*, ſo wie dieſe aus ihrer Sitte hervorgingen. Es geſchah die Ausübung dieſes Rechtes vor der Verſammlung der Volksgemeinde, dem *Gaudinge*; und da es in der Natur der Sache liegt, daß man bei Faſſung der Beſchlüſſe nicht ohne wichtige Gründe von dem bereits überlieferten Rechte abwich, und ſohin jeder Beſchluß auch für ſpätere Fälle eine Regel der Beurtheilung wurde — ſo war unſer älteſtes Recht, ein aus der *Autonomie der Volksgemeinden hervorgehendes Gewohnheitsrecht*.

In dem Beſitze dieſer Autonomie iſt das bayeriſche Volk, auch während der vorübergehenden fränkiſchen Oberhoheit, im Grunde dennoch geblieben. Denn wenn gleich von vorne herein unſer erſtes ſchriftliches Geſetzbuch, nämlich die *leges bojuwarorum*, auf Befehl fränkiſcher Könige niedergeſchrieben wurde, und alſo eigentlich nicht mehr behauptet werden kann, daß die Autorität der Geſetzgebung ausſchließend bei der Volksverſammlung verblieben, — ſo iſt ja doch in dem Prologe zu dieſem Geſetze ſelbſt ausdrücklich geſagt, daß der König nur befohlen habe die *Gewohnheitsrechte* des bayeriſchen Volkes aufzuſchreiben. Sohin iſt in dieſem Geſetze zuletzt dennoch und mit Ausnahme einiger dahin aufgenommenen Beſtimmungen römiſchen Rechtes und fränkiſchen Staatsrechtes, rein bayeriſches Recht enthalten. Es iſt durch jene Anmaßung des fränkiſchen Fürſten unſere älteſte innere Verfaſſung im Weſentlichen nicht umgeändert — ſondern nur für dieſen Fall, das Recht Geſetze bekannt zu machen, von jenem auswärtigen Könige gewiſſermaßen uſurpirt worden.

Die Quelle der Geſetze lag alſo wie geſagt urſprünglich in der, der Verſammlung des Adels und der Freyen einwohnenden Autonomie, und dem daraus hervorgehenden Gewohnheitsrechte; von welchem Einzelnes ſchon ſehr frühe, durch Einwirkung fränkiſcher Könige aufgezeichnet worden iſt. Da aber an der Spitze des bayeriſchen Volkes der, mit einer, im Kriege unbedingten,

im Frieden aber bedingten oberſten Gewalt ausgerüſteter Fürſt ſteht — ſo dringt ſich die Frage auf: welcher Antheil an der Geſetzgebung der Perſon dieſes Fürſten damals ſchon zuſtand? eine Frage, welche nach dem Maaße der in unſerm Bereich ſtehenden Quellen wohl nur dahin beantwortet werden kann, daß er mit dem Rathe des, ihn als ſein Gefolge umgebenden Adels, wohl in Dingen die das geſammte Land und Volk betrafen allgemein geltende Verfügungen traf, und für die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens ſo wie für die Vollziehung des geſchriebenen Rechtes und der Volksbeſchlüſſe Sorge trug, nicht aber in die jura singulorum geſetzgebend, oder perſönlich richtend einzugreifen den Beruf hatte.

Es iſt nämlich hier von der geſetzgebenden Gewalt im eigentlichen und engeren Sinne die Rede; denn im Beſitze der Regierungsgewalt und alſo im Beſitze des Rechtes in Beziehung auf die Verwaltung Verordnungen zu geben, befand ſich der bayeriſche Herzog, wenigſt ſchon in der Agilolfingiſchen Periode allerdings, und die Idee, daß das Grafenamt (und Aemter überhaupt) nicht ausſchließlich ein Volksamt, ſondern vorzugsweiſe ein fürſtliches Amt ſey, mußte bald um ſo gangbarer werden, als im Hintergrunde der fränkiſche König ſtand, mit welchem ſich der Herzog durch einen Huldigungseid dahin abgefunden hatte, daß die unmittelbare Geltendmachung königlicher Regierungsrechte ſeiner — des Herzogs Perſon — anheim gegeben wurde.

Endlich geht aus mehrern einzelnen Umſtänden — ja aus dem Texte der Lex bojuvarorum ſelbſt hervor, daß dem Herzoge eine höhere richterliche Gewalt, und zwar der Natur der Sache nach in allen Gegenſtänden zukam, welche über den Bereich der Volksgerichte in den einzelnen Gauen hinausgingen.

§. 2.

Als antheilnehmend an der geſetzgebenden Gewalt, trat zunächſt die katholiſche Kirche gleich bei ihrer Begründung in Bayern hinzu. Es hatte nämlich nicht nur der Papſt (im Vereine mit den Biſchöfen) als geiſtliches Oberhaupt der Chriſtenheit, in kirchlichen Dingen geſetzgebende Gewalt auch in Bayern auszuüben, wodurch denn das canoniſche Recht dahin überpflanzt wurde, ſo wie auch ferner der Clerus das Recht, nach römiſchem Geſetze zu leben mit ſich brachte; ſondern auch den Biſchöfen wurde die Befugniß zuerkannt, auf den, mit dem Clerus der Provinz abzuhaltenden Synoden, geſetzliche für das ganze Volk gültige Vorſchriften in kirchlichen Gegenſtänden zu beſchließen. Ja der Stand der Geiſtlichen gewann gleichzeitig auch auf die weltliche Geſetzgebung dadurch Einfluß, daß die Biſchöfe und Aebte nicht nur im Rathe des Herzogs, ſondern auch auf den — ſchon in der Agilolfingiſchen Periode abgehaltenen Landtagen erſchienen.

Zu dieſen Landtagen waren — wie wir bereits geſehen haben, außer den ebengenannten Biſchöfen und Aebten, und außer den Freyen überhaupt und dem Adel, auch die herzoglichen Räthe und Beamten und die Vaſallen berufen; und hiedurch wurden dieſe Verſammlungen nun bald zur eigentlichen und umfaſſendſten Quelle der Geſetze conſtituirt.

§. 3.

Neben den Geſetzen der Bojoarier, neben ihren Volksbeſchlüſſen und Gewohnheiten, neben dem canoniſchen und zum Theil römiſchen Rechte, wurden auch die Capitularien ſchrift-

liches Geſetz für die Bayern. Die Ausbildung des fränkiſchen Staates erforderte eine Beſtimmung durch allgemeine Geſetze. Alſo nicht mehr blos Gewohnheits- und Gemeinderecht des einzelnen Stammes allein — ſondern Geſetze über Staats- und Privat-Verhältniſſe, überhaupt gegeben vom Könige, unter Zuſtimmung der Reichsſtände.

Hiebei muß aber ſtets als Augenmerk bleiben, daß es nicht befremden darf, wenn in dieſen Geſetzen über viele Gegenſtände keine Beſtimmungen zu finden ſind — und daß man hieraus nicht den Schluß ziehen dürfe, daß die Rechtsinſtitute, von welchen in den ſchriftlichen Geſetzen nicht die Rede iſt — nicht mehr oder noch nicht beſtanden hätten. Die Haupt-Rechtsquelle des Privatrechtes blieb bei den germaniſchen Völkern ſtets die in den öffentlichen Volksgerichten ſanctionirten Gewohnheiten und Willkühren; und wenn nun jene Rechtsverhältniſſe, welche ſich ſchärfer ausbildeten, welche eine conventionelle Fixirung einzelner Beſtimmungen nothwendig machten (z. B. das Maaß des Wehrgeldes, der Strafen ꝛc.), oder bei welchen das entweder in Beziehung auf Auswärtige oder in Beziehung auf ihre neue Entſtehung nothwendig war, ſo wie das geſammte öffentliche Recht immer häufiger auch eine ſchriftliche Beurkundung erhielten — ſo war und blieb doch das überlieferte Recht die Autonomie und die Gewohnheit, die ergänzende lebendige Quelle für die Findung des Rechts, in allen Fällen, wo die ſchriftlichen Geſetze ſchwiegen.

Die Capitularien wurden von dem Könige unter Beirath und Zuſtimmung des Clerus und des Adels gegeben. Sie waren entweder für das ganze Reich beſtimmt (Capitularia generalia) oder für einzelne Provinzen (Capit. specialia). Bei dieſen letztern war es Grundſatz, daß ſie nur als ergänzender Theil des Volksrechts zu betrachten ſeyen, an welchem ſie ohne Einwilligung der betreffenden Volksgemeinde nichts verändern ſollten — ein Grundſatz, welcher von Karl dem Großen ausdrücklich auch für Bayern befolgt wurde.

Neben den Capitularien bildeten die canoniſchen Geſetze eine immer ergiebigere Quelle des Rechtes. Zu den älteſten Sammlungen von Canones und Decretalen, die im fränkiſchen Reiche bereits ſehr frühe im Gange waren, traten die Beſchlüſſe der ſpätern Synoden hinzu, und man vermehrte die ältern Sammlungen aus der des Dionys, welche Karl der Große (774) als förmliches Kirchengeſetzbuch einführte. Als ein ſolches wurde nun auch die Iſidoriſche Sammlung gebraucht. An dieſe ächte Iſidoriſche Sammlung (welche ihren Namen vom heil. Biſchof Iſidor † 636 führt), ſchloß ſich aber nun die ſogenannte pſeudo-iſidoriſche Sammlung an — welche neben den ächten Iſidoriſchen Stücken auch viele unächte Canones und falſche Decretalen enthielt, und in der Mitte des IX. Jahrhunderts zur Geltung kam. Denn inſoferne die Grundſätze, welche in dieſen unächten Stücken aufgeſtellt waren, mit jenen, welche die Kirche bereits befolgte übereinſtimmten, und alſo auch nun faktiſch in Ausübung kamen, anderſeits aber die weltliche Macht ſich nicht in der Lage befand das Gegentheil derſelben zu behaupten — gewöhnte man ſich durchaus daran, ſie als hergebrachte kirchliche Normen zu betrachten und zu befolgen.

Eine fernere Rechtsquelle für die Karolingiſche Zeit waren die ſogenannten Formeln, deren Entſtehung übrigens ſchon in das VII. Jahrhundert hinaufreicht. Dieſe von Geiſtlichen zuſammengeſchriebenen Formeln, enthalten ein Gemiſche von römiſchem und deutſchem Rechte, und ſind keineswegs aus geſchriebenen Geſetzen allein — ſondern in gleichem Maaße aus Gewohn-

heitsrechten geſchöpft. Sie enthalten denn daher, je nach der Beſtimmung der einzelnen Sammlung, auch mehr oder weniger Germaniſches.

Das römiſche Recht galt in Deutſchland als geſchriebenes Recht nur für die Geiſtlichkeit, welche allenthalben nach römiſchem Rechte lebte — was von irgend einem andern Stande nicht bewieſen werden kann. Am häufigſten kam übrigens der Codex und die Novellen zur Anwendung — weniger die Pandekten.

Einzelne Beſtimmungen des römiſchen Rechts waren auch in das bayeriſche älteſte Geſetzbuch ſchon urſprünglich aufgenommen worden.

§. 4.

Auch nach dem Erlöſchen des Karolingiſchen Königshauſes, blieben die Bayern in dem Beſitze der Gültigkeit und Anwendung ihrer wohl erworbenen Geſetze. Aber freilich wurde durch die ſich umbildende Verfaſſung auf dieſe Geſetze ein dieſelben gleichfalls umbildender Einfluß geübt. Ja für ſo viele neu entſtehende bürgerliche Verhältniſſe und deutſche Inſtitutionen, wurde eine Fülle hinzutretender Rechtsbeſtimmungen zum unabweislichen Bedürfniß. Die Capitularien geriethen allmählig in Vergeſſenheit oder wurden durch neuere Reichsgeſetze verdrängt. Da aber dieſe Reichsgeſetze ſich mit dem innern rechtlichen Zuſtande, und dem privatrechtlichen Verhältniſſe der einzelnen Provinzen nicht befaßten, ſo bemächtigten ſich der Adel und die Volksgemeinden wieder des Rechtes, ſich ſelbſt ihr Geſetz und Recht zu finden in einem höhern Grade. Und ſo geſchah es denn, daß ſich das geſchriebene Recht wieder größtentheils in ein ungeſchriebenes verwandelte. Denn nun wurde die von den Richtern und ihren Schöffen ausgeübte Autonomie die Hauptquelle des Rechts. Dieſe ſprachen ihre Urtheile nach der Meinung tüchtiger Männer, die mit den Partheyen in gleichem Stande und gleichen Verhältniſſen lebten. Zunächſt wurde zwar ſtets nach den — durch Geſetz oder Gewohnheit beſtehenden Normen geſprochen. Langten aber dieſe nicht aus, ſo wandte man ſich an einen höhern Richter, deſſen Ausſpruch von nun an zu einer, für alle ihm untergeordneten Richter gültige Rechtsnorm wurde. Wenn endlich auch der höhere Richter keinen Beſcheid wußte, ſo ward entweder von der geſetzgebenden Gewalt, oder durch die Willkühr der Intereſſenten eine neue Rechtsnorm aufgeſtellt. Und ſo verblieb denn auch in Bayern, bei dem, die Stelle des frühern Gau- und Grafengerichtes einnehmenden Schrannengerichte, jene urſprüngliche autonomiſche Gewalt. Die höhern Klaſſen der Freyen nahmen aber bei den Standesgenoſſen ihr Recht; ſowie die Ausſprüche des Fürſtengerichtes die Richtſchnur des Urtheiles gaben für ähnliche Fälle.

Eine weitere Quelle autonomiſchen Rechtes lag in der vertragsweiſen Uebereinkunft der Intereſſenten. Hieraus gingen hervor:

I. Die Dienſtrechte, d. h. vertragsweiſe Beſtimmungen zwiſchen Lehens- oder Dienſt-Herrn mit ihren Vaſallen und Leuten; wohin denn das geſammte, zum Theile freilich ſchon früh unter den beſondern Schutz des Königs tretende, und durch die Lehensgerichte unter Rückſichtnahme auf den Lehens-Gebrauch feiner ausgebildete Lehenrecht gehört.

II. Die Verträge der Gemeinheiten über Gemeinheitsrechte; wozu vorzüglich die von Bürgermeiſter und Rath mit Zuſtimmung der Gemeinde feſtgeſetzten Willkühren der Städte zu zählen ſind.

III. Die Verträge des Kaiſers und der Stände über ihre gegenſeitigen Rechte. Denn die Reichsſtände betrachten ſich von nun an ebenfalls als eine Corporation, und ſtellten die Rechte, welche ſie in ihren Beſitzungen in Kraft der Privilegien und des Herkommens ausübten, den Rechten des Kaiſers in Beziehung auf die Reichsregierung, zu welchen ſie als Rathgeber mitwirkten — gegenüber.

IV. Die Verträge zwiſchen der Kirche und dem Staate. Denn da dem Staat die Geſetzgebung in Kirchenſachen nicht in Anſpruch nehmen und eine Unterordnung des Staates unter die Kirche nicht gelten konnte, ſo mußte man in vielen Dingen auf eine freywillige Uebereinkunft der Intereſſenten zurückkommen.

Endlich ſtellt ſich eine eigene Gattung von Rechten, als ein Ausfluß autonomiſcher Gewalt des Adels und Herrenſtandes im engern Sinne, in den ſogenannten Hofrechten dar, das heißt in jenen Rechtsnormen, nach welchen die Verhältniſſe der Unfreyen und der Dienſtesperſonen zu ihrem Herrn behandelt und beurtheilt wurden. Dieſe Hofrechte, in ſoweit ſie nicht zu den bereits angezeigten vertragsweiſe errichteten Dienſtrechten gehörten, hatten ihren Grund und Quelle eigentlich nur in der Verwilligung des Herrn, waren von ihm gegeben, wenn ſie gleich wieder meiſt aus den Landesgewohnheiten geſchöpft waren.

Als geſchriebene, authentiſche Geſetze im eigentlichen Sinne, unmittelbar ausgehend von einer oberſten Staatsgewalt, treten — nach dem Verſchwinden der Capitularien folgende Haupt-Gattungen hervor:

I. Die Reichsgeſetze. Dieſe wurden auf den Reichstagen nach dem Rathe der Reichsſtände abgefaßt, und betrafen meiſtens a) Privilegien einzelner Klaſſen oder b) den Landfrieden.

II. Die von den Landesherrn ihren Landſaſſen gegebene Bewilligungen und Anordnungen, in Betreff der Gerichtsbarkeit, Heeresfolge, Ausübung der Regalien und derlei Ausflüſſe der Regierungsgewalt.

III. Die, bereits im X. Jahrhunderte vorkommenden Stadtrechte halten eigentlich die Mitte zwiſchen einem aus der Autonomie und Gewohnheit geſchöpften und von Oben gegebenen Geſetze. Zum Theile nämlich ſind dieſe Stadtrechte ihrem Inhalte nach bloße Sammlungen ihrer, unter dem Namen Weichbildrecht entwickelten Verfaſſung, ihrer Weisthümer und einzelnen Gerechtſamen, für welche aber, von ihrer Herrſchaft oder dem Könige ſelbſt auf ihr Anſuchen Beſtättigung und ausführliche Privilegien erwirkt, und in welchen ihre ſämmtlichen Rechte feſter beſtimmt wurden. Die von den Fürſten jetzt planmäßig gegründeten Städte aber, wurden aber gleich bei ihrer Gründung mit ſolchen Privilegien verſehen, welche ihnen ſtädtiſche Rechte zuſicherten, und nun zugleich manches über Juſtiz und Polizeyverfaſſung ausführlicher hinzufügten, was denn auch jene ältern Städte veranlaßte, ſich die Beſtättigung ihrer längſt hergebrachten Rechte durch die Kaiſer zu verſchaffen.

Uebrigens theilten ſich auch die Reichsgeſetze ſelbſt wieder in ein geſchriebenes und ungeſchriebenes Recht, welches im Gegenſatze zu jenen, einzelne Provinzen, Klaſſen und Gemeinheiten betreffenden ſpeziellen Rechten das gemeine Recht war, und Landrecht oder Kaiſerrecht genannt wurde. Da nun in dem Reichsgeſetze meiſt nur öffentliches Recht ſchrift-

lich beſtimmt wurde, ſo beſtand das Land= oder Kaiſerrecht in Beziehung auf das Privatrecht, meiſt auf einem ungeſchriebenen Gewohnheitsrechte.

§. 5.

Aus der bisher geſchilderten Beſchaffenheit der Rechtsquellen, iſt nun das immer dringender werdende Bedürfniß, wenigſtens das ſogenannte gemeine Recht in ſchriftlicher Zuſammenfaſſung einigermaßen feſtzuſtellen und zugänglicher zu machen, leicht zu erklären — wäre es auch nur in der Abſicht dem Richter jene Rechtsſätze die für allgemein anwendbar waren, belehrend vor das Auge zu ſtellen.

Die erſten Zuſammenſtellungen dieſer Art geſchahen ganz im Geiſte des germaniſchen Rechts. Da das Recht überall eine gemeinſchaftliche Grundlage hatte, nämlich die alten Volksrechte und die Reichsgeſetze, ſo war die Sammlung von Rechtsſätzen, welche allgemein anwendbar waren, auch um ſo thunlicher, und ſo entſtanden denn die Rechtsbücher, nicht als formel gültige Geſetzbücher, ſondern als Sammlungen anwendbarer Rechtsſätze zur Belehrung der Richter.

Eine der älteſten Sammlungen dieſer Art iſt in dem longobardiſchen Lehenrecht (Libri feudorum) zu finden.

Dieſe beſtehen aus 1) in einem Aufſatze über das Lehenrecht und ſeine Abweichungen vom römiſchen Recht, 2) in zwei Aufſätzen über das Lehen und ſeine rechtliche Natur (von Abertus ab Atto), 3) in Zuſätzen zu dem erſten Aufſatz, 4) in mehreren kaiſerlichen Conſtitutionen beſonders jener Friedrichs I. Dieß Alles wurde von Hugolinus Presbyteri (✝ 1235) in ein Ganzes vereinigt und als litera vulgata, als ein Theil des römiſchen Rechtes recipirt.

Am Anfange des XIII. Jahrhunderts wurde von Eike von Repgow ein Rechtsbuch über das geſammte öffentliche und Privatrecht, abgetheilt in Land= und Lehen=Recht abgefaßt, geſchöpft aus kaiſerlichen Geſetzen, Reichs=Herkommen, deutſchem Recht und deutſcher Gewohnheit überhaupt und ſächſiſchem insbeſondere. Das Landrecht iſt wieder in drei Bücher, aber ohne innern Zuſammenhang der Materien abgetheilt; das Lehenrecht beſteht aus einem Buche. Geſchöpft iſt das Ganze aus einer Fülle eigener Erfahrungen und den Belehrungen rechtskundiger Männer.

Dieſe, ſpäterhin unter dem Namen Sachſenſpiegel bekannte, urſprünglich aber unter dem Titel: „Land= und Lehen=Recht" citirte Arbeit Eikes fand bald Bearbeiter, welche den Text mit Gloſſen bereicherten. Eine der Sammlungen von ſolchen Gloſſen beſitzen wir in dem, im XIV. Jahrhundert abgefaßten Richtſteig, welcher die Beſtimmungen über die Anwendung des Sachſenſpiegels vor Gericht, und das gerichtliche Verfahren überhaupt enthält. Auch der Text ſelbſt, aber von Eikes Arbeit ward ſehr frühe ausführlicher entwickelt und durch Zuſätze aus den alten Geſetzbüchern, Capitularien, Reichsgeſetzen, römiſchen und kanoniſchen Recht und ſelbſt der Bibel bereichert. Die Handſchriften dieſer Bearbeitungen führen den Titel Kaiſerrecht (welches das Land= und Lehenrecht mit dem allgemeinen Kaiſerrecht in Beziehung ſtellt), Landrechts=Buch, Lehenrechts=Buch, und haben erſt ſpäter (ſeit Goldaſt) den Namen Schwabenſpiegel erhalten.

Dieſer ſogenannte Schwabenſpiegel erhielt ebenfalls wieder zwiſchen dem XIII. und XIV. Jahrhundert eine gleichfalls unter der Benennung des Kaiſerrechts bekannte Bearbeitung.

Dieſer iſt in vier Bücher abgetheilt, deren erſtes vom gerichtlichen Verfahren, das zweite von den Rechten ſelbſt, das dritte vom Lehenrecht und das vierte vom Stadt= und Bürgerrecht handelt.

Neben dieſen Rechtsbüchern entſtanden auch Sammlungen von Willkühren, Privilegien und Weisthümern, Bauerſprachen und Gewohnheiten einzelner Städte, in Zuſammenſtellung mit einem Rechtsbuche, benannt Stadtrechte und Statuten (jura municipalia).

In ähnlichem Sinne verfuhr man bei den Land=, Lehen= und übrigen Gerichten, und ſo entſtanden die verſchiedenen Land=, Stifts= und Lehen=Rechte ꝛc.

Von allen dieſen Rechtsquellen mußten wir hier Kenntniß nehmen, weil ſie anwendbar und geltend waren für uns.

§. 6.

Die Idee, daß das römiſche Recht ein gemeines kaiſerliches Recht ſey, trat immer beſtimmter und häufiger hervor. Man dachte ſich daſſelbe als ein von den frühern Kaiſern publizirtes Recht, und zählte daſſelbe zu dem kaiſerlichen geſchriebenen gemeinen Recht — im Gegenſatz zu dem aus den Rechtsbüchern zu erlernenden gemeinen, unbeſchriebenen Recht. Deutſches und römiſches Recht beſtanden ſohin nebeneinander. Die Schöffen ſchöpften aus jenem, wenn von deutſchen Rechtsinſtituten die Rede war; das Römiſche ließ man ſich gefallen, ſo weit es deutſcher Gewohnheit nicht zuwider lief, allein dadurch, daß man allmählig Grundſätze deſſelben in die Rechtsbücher und Statuten aufnahm, und Gelehrte in die Gerichte ſetzte — bekam es immer mehr Anſehen.

Hiezu kam denn auch, daß durch den Aufſchwung der Univerſitäten die gelehrten Juriſten immer häufiger wurden. Denn von der Mitte des XV. Jahrhunderts an, wurden Lehrſtühle für das römiſche Recht fundirt, es erſcheinen gelehrte Räthe an den höhern Gerichtsſtellen, und in den Stadtgerichten zeigen ſich Syndici Juris ſtatt des Stadtſchreibers. Am kaiſerlichen Kammergericht treffen wir ſchon 1438 ſolche gelehrte Räthe; in den Stadtgerichten aber bewirkte der Einfluß dieſer Syndici ganz vorzüglich eine allmählige Reform der Stadtrechte im Geiſte des römiſchen Rechts. Selbſt die Lehen=Verhältniſſe wurden nun von den gelehrten Juriſten ganz nach den Consuetudines feudorum beurtheilt; da zudem ſchon ſeit Beginn des XV. Jahrhunderts das longobardiſche Lehenrecht, als ein kaiſerliches geſchriebenes Recht, auch (als ein Anhang der Novellen) in Deutſchland zur Anwendung kam.

Noch wichtiger als die Univerſitäten wurde das Reichs=Kammergericht für den zunehmenden Gebrauch des römiſchen Rechts. Die Kammer=Gerichts=Ordnung (1495) leitete die Richter und Beiſitzer auf das gemeine Recht; die Doktoren wollten aber nun nichts mehr für gemeines Recht gelten laſſen, was nicht in den Reichsgeſetzen, dem Corpus juris und den päbſtlichen Geſetzen ſtand — obwohl offenbar auch das in den Rechtsbüchern enthaltene Gewohnheitsrecht dazu gehörte. So gelang es ihnen denn die Autorität der Rechtsbücher zu verdrängen. Da aber dennoch ſo viele deutſche Rechtsinſtitute urkundliches Lokalrecht und zu eng in das bürgerliche Leben verflochten waren, um ſie daraus vertilgen zu können, ſo ſuchte man ſich damit zu helfen, daß man dieſe Inſtitute entweder nach römiſchen Recht beurtheilte, ſo gut als es immer möglich war, oder eine ganz neue Geſetzgebung dafür poſtulirte. Dieſem Beſtreben ging denn auch eine ganz neue Art von Schriftſtellerei emſig an die Hand, welche es verſuchte bür=

gerliches und öffentliches Recht für die Gerichte zu bearbeiten, dazu das Material aus dem römiſchen Rechte nahm, und es mit dem, was aus den Rechtsbüchern noch nicht entbehrt werden konnte, vermiſchte.

Unter dieſen Bearbeitungen zeichnen ſich beſonders die Formelbücher aus, größtentheils aus Aufſätzen über das bürgerliche Recht beſtehend, und auf die Grundſätze des deutſchen Rechtes berechnet. Näher als die Formelbücher iſt Ulrich Tenglers Layenſpiegel dem römiſchen Rechte verwandt; der ſogenannte Klagſpiegel iſt ganz aus demſelben geſchöpft, und dieſe beiden waren nun das Handbuch der unſtudirten Geſchäftsleute.

Eine ſolche Behandlungsweiſe des Rechtes — welche wegen der gezwungenen Analogieen, und dem ſchleppenden Gang des Verfahrens viel Unrecht hervorbrachte, veranlaßte nun aber bald die lebhafteſten Klagen, die um ſo trauriger waren als es bei dem Zuſtande der Rechtskenntniſſe am Ende des XV. Jahrhunderts äußerſt ſchwer war, Mittel zur Abhülfe zu finden.

§. 7.

Hier iſt zuletzt, etwas vorgreifend, der Geiſt bezeichnet worden, in welchem ſich die deutſche Geſetzgebung unter vorherrſchendem Einfluſſe des römiſchen Rechtes bis in den Verlauf des XIV. und XV. Jahrhunderts entwickelt hat. Alles das iſt denn aber auch anwendbar auf unſere vaterländiſche Geſetzgebung und wir finden ſohin in Bayern als geltendes Recht:

A) ein geſchriebenes,

B) oder ein ungeſchriebenes.

ad A) Zu dem geſchriebenen gehören:

1) die Reichs-, Kirchen- und Lehen-Geſetze, ſo wie das römiſche Recht,

2) die herzoglichen Verordnungen,

3) einzelne Stadt- und Gemeinderechte,

4) Rechte aus geſchriebenen Verträgen und Statuten.

ad B) Zu dem ungeſchriebenen Rechte zählen wir:

1) das Gewohnheitsrecht (gemeines Recht), es ſey nun bereits in den ſogenannten Rechtsbüchern geſammelt und verzeichnet oder nicht; und

2) das in Kraft der Autonomie für einzelne ſich ergebende Fälle von den Urtheilern des verſammelten Gerichtes aus ihrem Rechtsbewußtſeyn geſchöpfte, und zu Vollzug gebrachte Recht, ſo wie auch

3) das Recht durch Verträge rechtsgültige Normen zu conſtituiren.

Hienach war unſer geſchriebenes Geſetz entweder

A) ein allgemein gültiges für das ganze Land; wohin die Reichs-, Lehen- und Kirchengeſetze und das römiſche Recht gehören;

B) oder nur gültig für einen Landestheil, nämlich für das Oberland oder Niederland, je nachdem es Verordnungen waren, die von der einen oder der andern der regierenden herzoglichen Linien ausgegangen ſind;

C) oder nur gültig für eine Gemeinheit, wohin die geſchriebenen Stadtrechte und Gemeinde-Ordnungen gehören;

D) oder endlich nur gültig für einzelne Stände, als Privilegien, weltliche und geiſtliche Ordensregeln, Statuten und Verträge ꝛc.

Von einer Ausſcheidung in Staats-, Civil-, Polizey- und Criminal-Geſetzgebung, muß in der Zeit, von welcher hier noch die Rede iſt, Umgang genommen werden, da eine ſolche ſyſtematiſche Trennung der ältern Geſetzgebung noch fremd war.

§. 8.

Als eines unſerer älteſten geſchriebenen Geſetzdocumente, ſtellt ſich uns der im Jahre 1281 von Kaiſer Rudolf gegebene Landfriede dar. Er lautet im Eingange: „Nach unſerm Gebot haben beſchworen Herzog Ludwig und Heinrich und Biſchof Heinrich von Regensburg ꝛc. und ſollen auch beſchwören die Biſchöfe von Salzburg, Bamberg, Freyſing, Eichſtädt, Brixen, Augsburg und Paſſau dieſen Frieden, drei Jahre lang zu halten, unſchädlich ihrem Landrecht nach verlaufener Friſt." Es enthält dieſer Landfriede eine Reihe von Beſtimmungen, die ſich zwar im Weſentlichen auf die Erhaltung des innern Friedens beziehen, aber zugleich — wie z. B. die Feſtſetzung der Strafen auf unerlaubte Handlungen, die Kompetenz-Beſtimmungen der Gerichte, ihr Verfahren, Handel und Verkehr u. ſ. a. — ganz eigentlich in die Landes-Verfaſſung und Geſetzgebung eingriffen. Daher iſt denn auch die Gültigkeit des Landrechtes, welches durch dieſen Landfrieden in dieſer Beziehung gleichſam auf drei Jahre ſuſpendirt worden, darin vorbehalten. Gerade durch dieſe Beſtimmuug bekommt das Daſeyn eines Landrechtes in Bayern hier ſeine oberſte Beſtätigung; Landrecht kann aber hier in keinem andern Sinne gemeint ſeyn, denn als der Inbegriff des gemeinen und ſpeziellen Rechtes zuſammengenommen, welchem hier durch die oberſte geſetzgebende Gewalt des Königs — jedoch nur in Art eines zwiſchen dem Kaiſer und den Herzogen und Biſchöfen beſchwornen Vertrages in einzelnen Beſtimmungen zeitweiſe derogirt wird.

Zwölf Jahre ſpäter wurden die in obigem Landfrieden gegebenen Beſtimmungen durch eine, 1293.
zwiſchen dem Biſchofe von Regensburg und den bayeriſchen Herzogen, gleichſam in Form eines Vertrages beſchloſſene Ordnung, ihrem Hauptinhalte nach, neuerdings auf ein Jahr lang ſanctionirt.

Abgeſehen von ſolchem zeitweiſen Eingreifen der geſetzgebenden Staatsgewalt des Reiches, und vertragsweiſer oder von der herzoglichen Regierungsgewalt ausgehender Beſtimmungen, galt in Bayern, das bereits im XI. und XII. Jahrhundert vorhandene, gemeine Reichs- und ſpezielle Landes-Gewohnheitsrecht, auch im XIV. und XV. Jahrhundert fort.

Von dieſem gemeinen Rechte aber ſind nun auch ſchon geſchriebene Sammlungen vorhanden, von welchen für Bayern der ſpäterhin ſogenannte Schwabenſpiegel und das Rechtsbuch Ruprechts als nachweislich in Bayern in der Praxis gültig hervorzuheben ſind. Von dem erſten dieſer zwei Rechtsbücher iſt das Nöthige bereits angeführt worden. Ruprechts Rechtsbuch, welches von einem Sprecher in Freyſing Anno 1296 angefangen und 1332 vollendet wurde, iſt aus dem Schwabenſpiegel geſchöpft, mit welchem es in ſehr vielen Beſtimmungen faſt gleichlautend iſt. Allein es enthält zugleich ſo manches aus bayeriſchem Provinzial- und Freyſingiſchem Stadtrechte genommenes; Civil-, Polizey- und Criminal-Recht und Prozeß,

ſind auch in dieſem — bei den Gerichten häufig angewendeten Rechtsbuch durcheinander gemiſcht; es trägt den Charakter des Aufgeſammelten — ohne beſtimmten Plan Zuſammengeſchriebenen; es iſt ein Hülfsbuch für den Richter und die Urtheiler — kein Geſetzbuch für das Land.

§. 9.

Es war Ludwig dem Bayer vorbehalten aus der Maſſe der vereinzelten Rechtsbeſtimmungen, das Volkseigenthümliche — bayeriſch-nationale in ein eigentlich ſo zu nennendes Rechtsbuch mit geſetzlicher Geltung zu ſammeln. Es iſt dieß das aus den bei dem Schrannengericht in Anwendung gebrachten Rechtsſätzen, in Rückblick auf die deutſchen Rechtsbücher geſchöpfte Land-
1346. rechtsbuch. An dieſes reiht ſich das ebenfalls von Ludwig gegebene Stadtrecht, in welches das aus dem Landrechtsbuche, und aus dem damals in München geltenden Stadtrechte auf ſämmtliche Städte Anwendbare, ausgehoben und zuſammengefaßt wurde, vorbehaltlich des jeder einzelnen Stadt eigenthümlichen Statutariſchen.

Das Landrechtsbuch erſtreckte ſich ſeinem materiellen Inhalte nach faſt über das ganze Gebiet der Geſetzgebung, mit Einſchluß des Polizeylichen. Dabei hatte ſich daſſelbe gleichſam in die Mitte geſtellt zwiſchen das bayeriſche Gewohnheitsrecht und das gemeine — geſchriebene und ungeſchriebene deutſche Recht. Schon dieſer Stellung gemäß und bei der fortſchreitenden Entwicklung und Ausbildung aller politiſchen, bürgerlichen und intellektuellen Verhältniſſe, konnte das Landrechtbuch den Bedürfniſſen der Zeit nicht lange genügen und die Geſetzgebung mußte ſich materienweiſe zu vervollſtändigen ſuchen. Dieſes geſchah für's Erſte in Beziehung auf jene Beſtimmungen, welche vorzugsweiſe das Verfaſſungsgemäße und Grundgeſetzliche betrafen, und auf den ſo häufigen Landtagen dringend zur Sprache kamen. Wir werden aber in einem eigenen Kapitel näher vernehmen, was in dieſem Betreffe verhandelt worden, bis dieſer Theil der Geſetzgebung in der Edelmannsfreyheits-Erklärung vom Jahre 1516 zu einem feſteren Abſchluſſe gediehen iſt.

Zunächſt kam die Reihe an das Polizeywesen. Die Beſtimmungen über Aufrechthaltung des Landfriedens, über die Sicherſtellung und Reglung des Verkehres und Marktweſens, den Schutz des Haushalts der Gemeinden, den Betrieb und die Beaufſichtigung der Gewerbe, die Sitten-, Sicherheits- und Nahrungs-Ordnung u. ſ. f. waren bis dahin der Gegenſtand einzelner, auf die Abhülfe der dringendſten Mißſtände gerichteten Land- und Polizeygebote geweſen. Allein je mehr ſich dieſe Mandate anhäuften, je vielfältiger die Beſchwerden in Betreff des Polizeyweſens auf den Landtagen wurden — je dringender wurde auch das Bedürfniß einer wohlberathenen zuſammenhängenden Geſetzgebung auf dieſem Gebiete der Landesverwaltung. Dieſem Bedürfniſſe wurde zuerſt abgeholfen in dem Landshutiſch-Ingolſtädtiſchem Gebiete, durch die von Herzog Ludwig im Jahre 1474 erlaſſene Landesverordnung. Aber ſchon im Jahre 1491 erhielt dieſes Geſetz durch Herzog Georg eine Vervollſtändigung durch ein umfaſſendes Landgebot in Gerichts- und Polizeiſachen.

Als unter Herzog Albrecht IV. ſämmtliche Landestheile unter einem Fürſten zur Vereinigung kamen, wurde ſogleich Hand an die Umarbeitung der in Beziehung auf das Polizeyweſen beſtehenden Landgebote gelegt, und im Jahre 1517 das für das geſammte Bayern geltende „Buch

der gemeine Landbot, Landesordnung, Satzung und Gebrauch des Fürſtenthums Bayern" publizirt. Bei dieſem Polizey-Codex iſt es nun auch bis zum Jahre 1553 in der Hauptſache geblieben. Aber Mängel und Gebrechen und Unvollſtändigkeiten, welche in dem Verlaufe dieſes Zwiſchenraumes hervortraten, gaben hinreichenden Stoff zu fortwährenden Erörterungen und Berathungen. Noch unter Wilhelm III. kam der Entwurf einer Umarbeitung obiger Landesordnung zu Stande; allein erſt unter ſeinem Nachfolger gelangte das nunmehr noch beſſer Vervollſtändigte zur Ausfertigung. Und auch hiebei iſt es nicht geblieben, ſondern in den Jahren 1556 und 1578 durch zwei weitere Declarationen dem, was ſich noch als mangelhaft oder unbillig gezeigt, nachgeholfen worden.

Was das eigentliche Civilrecht betrifft, ſo iſt zwar bereits im Jahre 1484, durch Albrecht und Georg an eine Reform der Geſetzgebung Kaiſer Ludwigs in dieſem Betreffe geſchritten worden; allein etwas Beſchließliches kam ſelbſt nach begründeter Alleinherrſchaft Albrecht IV. noch nicht zu Stande. Erſt nach weitwendigen Berathungen zwiſchen den fürſtlichen Räthen und ſtändiſchen Ausſchüſſen, iſt durch Kanzler Auguſtin Köllner aus der Maſſe der Vorarbeiten ein Text zur Redaktion gebracht worden, den die Herzoge Wilhelm und Ludwig im Jahre 1518 unter dem Titel: „Reformation des bayeriſchen Landrechts" publiziren ließen.

Die Geſetzgebung über den Prozeß blieb gleichfalls lange Zeit hindurch ein Gegenſtand einzelner ſich wiederholender Mandate. Umfaſſenderes wurde in dieſem Betreffe durch zwei Verordnungen Herzog Georgs von den Jahren 1491 und 1501 zu Stande gebracht. Schon bei den durch Albrecht. IV angeordneten Umarbeitungen der geſammten Geſetzgebung wurde auf das Gerichtsweſen vorzüglicher Bedacht genommen und gleichfalls dem Köllner die Redaktion übertragen. Allein gleichwohl kam das Landrechtsbuch dennoch früher zur Ausfertigung, und erſt im Jahre 1520 gelangte die neue Gerichtsordnung als ein für ſich beſtehendes Geſetz zur Vollendung und Bekanntmachung.

Was ſchließlich das peinliche Geſetz betrifft, ſo blieb in Bayern noch bis zum Beginne des XVI. Jahrhunderts die Landesgewohnheit, das Herkommen und die Rechtsbücher die Quelle der Strafbeſtimmungen, ſo wie des Verfahrens. Das Bedürfniß und Verlangen nach einer feſtern Beſtimmung des peinlichen Rechtes war aber in ganz Deutſchland ſo dringend geworden, daß endlich im Jahre 1532, ein von dem Freyherrn von Schwarzenberg bearbeiteter Entwurf, die Sanktion des Reiches erhielt, und unter dem Titel „Kaiſer Karls peinliche Gerichtsordnung" promulgirt wurde. Dieſer Kriminal-Codex hat ſofort auch in Bayern ſeine Anwendung gefunden.

§. 10.

Die bei dem Regierungsantritte Max I. in Bayern geltenden Geſetzbücher beſtanden alſo:

1) In dem von Herzog Wilhelm und Ludwig reformirten Landrechte Kaiſer Ludwigs.
2) In der unter Albrecht V. im Jahre 1552 promulgirten Landes- und Polizey-Ordnung, vervollſtändigt durch in den Jahren 1556 und 1558 nachgetragenen Erklärungen.
3) In der im Jahre 1520 bekannt gemachten Gerichts-Ordnung.
4) In der peinlichen Gerichts-Ordnung Kaiſer Karls.
5) In der Landesfreyheits-Erklärung vom Jahre 1516.

Aber um wie Vieles war, als Herzog Maximilian die Zügel des Regiments ergriff, die Zeit dieſer Geſetzgebung ſchon wieder vorangeeilt? Und um wie Vieles hatte ſich nicht mittlerweile der Zuſtand gerade der Kenntniſſe, Thätigkeiten und Zwecke, die die Geſetzgebungskunſt beſtimmen, verändert! Durch das Reichsſtaatsrecht war die Geſetzgebung des Reiches zwar in der Polizey und dem peinlichen Rechte geltender gemacht; das bürgerliche Recht dagegen faſt gänzlich der Vorſorge der Landesherrn anheim gegeben worden. Die Ausdehnung des Sinnes und Gebietes der Regalien, die feſtere Einrichtung der fürſtlichen Verwaltungsbehörden, die Umbildung des Kriegsweſens, gaben der landesherrlichen Gewalt eine viel freiere Stellung und Bewegung, und eine große Gährung hatte ſich aller Gemüther bemächtigt. Am meiſten wurde natürlich das geſchriebene Geſetz, durch die ſich verändernde Natur der Rechtsquellen, mit dem Rechte ſelbſt in ein Mißverhältniß geſetzt. Das römiſche Recht war nun durch die Reichsgeſetze ausdrücklich als ein gemeines geſchriebenes kaiſerliches Recht anerkannt worden. Durch den Aufſchwung der Univerſitäten wurden die gelehrten Juriſten immer häufiger, die nun als Räthe bei den Gerichtsſtellen — und was am folgereichſten war, auch in dem Reichskammergerichte Platz nahmen. Dieſe gelehrten Juriſten wollten nun aber nichts mehr als gemeines Recht gelten laſſen, was nicht in den Reichsgeſetzen, dem Corpus Juris und dem canoniſchen Rechte ſtand. Neben ſolchen Anſichten konnten natürlich die deutſchen Rechtsbücher nicht wohl länger mehr in voller Gültigkeit beſtehen. Da aber dennoch ſo viele deutſche Rechtsinſtitute zu tief und urkundlich begründet, zu ſehr in das bürgerliche Leben verflochten waren, um ſich verdrängen zu laſſen, ſo mußte man ſich zu dem Verſuche bequemen, ſie ſo gut als möglich nach römiſchen Rechtsbegriffen zu behandeln; und wo es durchaus nicht gelingen wollte, brachte man hiefür wohl eine neue Geſetzgebung in Vorſchlag. Wer mißkennt nun wohl die unendlichen Vorzüge des römiſchen Rechts und wo ſonſt wäre ein ſo gediegenes ſcharfes Bildungsmittel für den Geiſt noch zu finden? Aber die ganze Materie der biedern deutſchen Rechts-Inſtitutionen, das geſammte hiſtoriſche Ergebniß unſeres geſellſchaftlichen Zuſtandes in dieſe Formeln zwingen zu wollen — das war denn doch ein Unternehmen, das nur aus der Hülfloſigkeit zu erklären iſt, in die man gerathen war, weil die gelehrte Rechtsbildung den einheimiſchen Boden verlaſſen hatte, ohne ſich auf dem fremden Boden ganz zurecht zu finden und klar zu ſehen. So entſtand jene, bereits erwähnte neue Art von Schriftſtellerei, welche das Recht für die Gerichte bearbeitete. Und in dieſer Literatur über die Jurisprudenz bildete ſich denn allmählig eine aus römiſchen und germaniſchen Elementen, aus Analogieen und Abſtraktionen zuſammengeſchöpfte, nicht eben ſehr klare Rechtsquelle unter dem Namen eines (neuen) gemeinen Rechtes.

Unter ſolchen Auſpizien iſt es nicht zu verwundern, daß auch der Zuſtand unſerer vaterländiſchen Rechtsbildung am Schluſſe des ſechszehnten Jahrhunderts eben kein ſehr muſterhafter geworden war. Am ſtärkſten ausgeartet war im Laufe der Zeit das gerichtliche Verfahren. Durch die Anwendung der römiſchen und canoniſchen Geſetze auf dieſen Theil des Rechtsgebietes, war jener ſchleppende Gang in das Verfahren gekommen, der durch die ſteigende Verwirrung der Rechtsbegriffe nun noch immer zögerlicher wurde. Man hatte daher in Bayern ſchon ſeit der Landesordnung vom Jahre 1553 zu einem ſogenannten ſummariſchen Prozeſſe Zuflucht genommen, um die Längerungen des ordentlichen Verfahrens abzuſchneiden. Aber da über

die Frage, wie man in guter Ordnung ſummariſch procediren möge, in Schriften faſt nichts verfaßt, und das Meiſte der Willkühr der Richter überſtellt war, ſo entſtanden hieraus nicht nur viele Ungleichheiten, ſondern mit dem Summarium ſelbſt war oft in mehr denn zwanzig Jahren an kein Ende mehr zu kommen. Für den Edikts- und Gantprozeß ſowohl, als über den Vorrang der Gläubiger, fehlte es an feſten geſetzlichen Normen; nur die Haupt-Prinzipien der Gerichtsverfaſſung ſtanden in der Freyheits-Erklärung, in dem Landbuche feſt; die Beſtimmungen des reformirten Rechtsbuches Kaiſer Ludwigs begannen immer mehr zu veralten, das neue gemeine Recht aber war eben nicht dazu beſchaffen Fehlendes in dieſer Beziehung auf eine ſtandhafte Art zu erſetzen. Die Polizey- und Landes-Ordnung war gerade am meiſten einer ſteten Anforderung, mit den ſich raſch neugeſtaltenden öffentlichen Verhältniſſen gleichen Schritt zu halten, ausgeſetzt; über das Forſtweſen und die ſogenannten Gejaidſachen inſonderheit gebrach es noch ganz an gleichförmigen Normen; am meiſten war endlich die peinliche Geſetzgebung zurückgeblieben.

§. 11.

Nach dem eben Bemerkten rechtfertigt ſich die Ungeduld nach einer umfaſſenden Umarbeitung der Geſetzgebung, von welcher ſich Max I. bei ſeinem Regierungsantritte durchdrungen fühlte, von ſelbſt. Er ließ hiezu ſogleich durch ſeine Räthe Hand anlegen, und konnte ſchon im Jahre 1605 den Klagen der Stände über das Juſtiz- und Polizeyweſen mit der Vorlage des Entwurfes einer umgearbeiteten Geſetzgebung entgegentreten.

Doch noch vier volle Jahre waren erforderlich, um das ganze Werk zur Vollſtändigkeit und zum Abſchluſſe zu erheben; denn ein Abſchluß des ſeit Jahrhunderten fortgeführten Geſetzgebäudes ſollte das im vollen Sinne des Wortes ſeyn, was der Herzog erzweckte. Weder der hiezu von der Landſchaft neuconſtituirte Ausſchuß, noch die fürſtlichen Räthe ließen es an Thätigkeit fehlen, aber die Aufgabe war groß. Es war ſo vieles zu trennen, zu einen, zu ſichten, zu beſſern, zu ergänzen, logiſch zu ordnen, ſo viele Stimmen zu hören, auf die Erfahrung eines Jahrhunderts Rückſicht zu nehmen, das Beſtehende zu erhalten, das Veralternde der Zeit anzupaſſen. Und dazu ſtrömte nicht mehr jene reiche Quelle deutſchen Rechtes; die neue Quelle des gemeinen Rechtes aber war unklar und widerlich. Schwierig war beſonders die Bearbeitung des Landrechtes und die Erörterung war unter dem Einfluſſe des damaligen Zuſtandes der Rechtsgelehrſamkeit in jenen ſchwerfälligen polemiſchen Citaten-Ton, in jenen Schwulſt und Breite gerathen, die auch die Schriftſtellerei jener Zeiten charakteriſirt. Ueber viele einzelne Beſtimmungen mußte noch manche Erfahrung eingezogen, manche Beſprechung abgehalten werden, bevor man ganz in das Reine kam. Erſt in dem Jahre 1616 konnte daher die letzte Hand an das Werk gelegt und zur Finalredaktion der ſämmtlichen Entwürfe geſchritten werden; worauf denn auch in demſelben Jahre noch, und gerade hundert Jahre nach jener erſten umfaſſendern Geſetzgebung der Herzoge Wilhelm und Ludwig, unter der Sanktion Herzog Maximilian I. die Publikation der ſämmtlichen neuen Landesgeſetze unter dem Titel **Landrecht** erfolgte.

Maximilians I. Landrecht beſteht bekanntlich aus neun Theilen: 1) Summariſcher Prozeß, 2) Gantprozeß, 3) Gerichtsordnung, 4) Landrecht, 5) Erklärung der Landesfreyheit, 6) Landes-

und Polizey=Ordnung, 7) Forſtordnung, 8) Gejaidsordnung, 9) Malefiz=Prozeßordnung. — Die Gerichtsordnung ſtimmt mit jener von 1520 überein, welche ſelbſt wieder aus dem reformirten Rechtsbuche geſchöpft war. Die Freyheits=Erklärung iſt ganz bei der letzten Faſſung vom Jahre 1553 geblieben, welche von dem Texte der Deklaration von 1516 nur in wenigen auf den ſpäteren Landtagen discutirten Artikeln abweicht. Dem Landrechte, welches ſich nun zum erſtenmale ohne Ausnahme auch über Niederbayern erſtreckt (wo bis dahin noch immer das alte Landbuch nicht förmlich recipirt war) iſt die größte Ausführlichkeit und meiſte Erweiternng zugegangen und hat auch den ſtärkſten Einfluß der damals geltenden Lehren des gemeinen Rechtes erlitten. Doch liegt ihm, dem Kerne nach, das reformirte Rechtsbuch zu Grunde und die Grundeigenthums= und ähnliche ächt bayeriſche Inſtitutionen ſind darin auf das beſtimmteſte feſtgeſtellt. Auch der Polizeyordnung liegt jene vom Jahre 1516 und 1553 zu Grunde, doch iſt vieles ergänzt, hinzugekommen und ausführlicher behandelt. Die Malefizordnung iſt aus den früher in der Reformation, dem Landrecht und der Polizeyordnung zerſtreuten Artikeln geſammelt, im übrigen aber die Anwendung der Hals=Gerichtsordnung Karls V. ausdrücklich vorbehalten. Die Forſt= und Gejaidsordnung enthalten ohnehin nur das dem Lande Angemeſſene.

Sechstes Kapitel.

Landſtände.

§. 1.

Je weiter man mit der Frage nach dem Urſprunge der germaniſchen Völkerſtämme (zu welchen auch die Bayern gehören) in das Alterthum hinaufgeht, auf eine je geringere Anzahl von Familien wird man natur-nothwendig zurückgeführt, und zuletzt gezwungen einen gemeinſchaftlichen Stammvater gelten zu laſſen. In einem ſolchen tritt denn alle Gewalt als eine väterliche hervor, welche ihren letzten Urſprung allein nur finden kann in dem von Gott ſchon von dem Stammvater der Menſchheit geforderten freywilligen Gehorſam. Denn wenn die Selbſtſtändigkeit der Menſchheit allerdings auf der Freyheit des menſchlichen Willens begründet ſeyn ſollte — ſo war dieſe Selbſtſtändigkeit doch immer nur eine durch die Anerkennung der unbedingten Selbſtſtändigkeit Gottes bedingte. Dieſe abſolute Selbſtſtändigkeit Gottes ſpricht ſich aber auch aus als eine ordnende, erhaltende, richtende, ſtrafende, verſöhnende Gewalt; und als der Schöpfer den erſten Menſchen die Erde zum Erbtheile für ſeine Nachkommenſchaft angewieſen — hat er ihn zugleich zum Träger dieſer Gewalt emporgehoben, und die Statthalterſchaft dieſer Gewalt ſeinem Blute eingepflanzt, damit in den Erzeugern die Würde dieſer Gewalt, in den Erzeugten aber die Pflicht des Gehorſams ſich durch alle Generationen vererbe. Der Herr wollte die Erfüllung ſeines Gebotes knüpfen an die Bande der Natur, und indem er die Pflicht des Gehorſams in dem Erzeugten durch die kindliche Liebe zu dem Erzeuger heiligte und verklärte, das Familienleben zum heiligen Vorbilde des Völkerlebens — die väterliche Gewalt zum Vorbilde der obrigkeitlichen erheben.

Als in einer unüberſehbaren Folge von Generationen aus dem Schooße der erſten Familie unzählige Familien hervorgegangen, die ſich in Sippen, Stämme und Völker zuſammengeſellend nothgedrungen über die weite Erde als ihren Erbtheil nach allen Seiten hin ſich verbreiteten, ſo änderte dieſe Vervielfältigung der Familien wohl nichts an der Nothwendigkeit und dem göttlichen Gebote des Gehorſams gegen die bezeichnete Gewalt, aber Wem das Recht zu der Statthalterſchaft dieſer Gewalt für jede Sippe, jeden Stamm, jedes Volk zuſtehe, das ſtellte ſich ſchon frühe als eine Frage, die zur Entſcheidung kommen mußte, heraus. Anbeginns

zwar, war nach der von dem Herrn der Welt dem Blute des Stammvaters der Menſchheit eingepflanzten Gewalt, nach dem Tode des Vaters, jeder ſeiner Söhne der Erbe jener Gewalt und ſelbſtſtändiges Familienhaupt. Aber ſchon, als in der Folge der Generationen ſich mehrere Sippen zu einem Stamme zuſammengeſellten, war es nothwendig, daß die mit gleicher Selbſtſtändigkeit begabten Sippenhäupter, ſich über die Anerkennung eines gemeinſchaftlichen Oberhauptes vereinigten, dem das Recht zur Gewalt über ſie Alle gebühre, und in ſo höherem Maaße war nun das der Fall, wenn mehrere Stämme ſich zu einem Volke vereinigten.

In dieſe und zwar freywillige Anerkennung eines gemeinſchaftlichen Oberhauptes, durch die übereinſtimmende Erklärung der das Volk bildenden ſelbſtſtändigen Familienhäupter ſpricht ſich das *Wahlrecht* des Volkes aus. Es iſt aber dieſes Recht weder ein unbedingtes, noch ein bloßer Akt der Willkühr, ſondern ein Akt der Selbſtſtändigkeit, welcher eine andere Selbſtſtändigkeit, nämlich die der von Gott eingeſetzten Gewalt auf Erden gegenüberſteht. Und da dieſem Akte der Wahl das Familienverhältniß zum geheiligten Vorbilde gegeben iſt, ſo ſtellt ſich das Recht zur Wahl von ſelbſt nun als ein *ſubſidiariſches* dar. Nicht die Gewalt ſelbſt wird durch die Wahl geſchaffen, ſondern nur das Recht einer beſtimmten Perſon *zur* Gewalt wird *anerkannt*; und auch dieſes hat nur in ſo ferne einzutreten, als eine auf das Blut, durch nachweisliche Abſtammung begründete Pflicht des Gehorſams gegen väterliche Gewalt, welche ſich über die Perſon und das Erbe erſtreckt, nicht mehr erweislich iſt. Dieſem letztern Verhältniſſe zufolge wird nun bei der, aus freywilliger Uebereinſtimmung der das Volk bildenden Familienhäupter hervorgehenden Bezeichnung des zur Statthalterſchaft der Gewalt berechtigten Oberhauptes, von dieſen die Selbſtſtändigkeit in Beziehung auf ihren Erbtheil (*Eigenthum*) und in Beziehung auf ihre Perſon (*Freyheit*) bei der Wahl mit eingebracht, und auch das Recht des Oberhauptes erſcheint in dieſer Beziehung als ein bedingtes.

Dieſe Elemente aller Verfaſſungen — eine von Oben kommende, an ſich ſelbſtſtändige Gewalt, ein bedingtes Recht des einzelnen aus mehrern die Sippen, Stämme, das Volk bildenden Familienhäuptern zur Würde und dem Amt dieſer Gewalt als Oberhaupt und eine durch freywillige Anerkennung dieſes Oberhauptes bedingte Selbſtſtändigkeit der übrigen Familienhäupter, bilden nun auch die Elemente der urſprünglichen Verfaſſung der germaniſchen Völker. Und wurde dieſer Verfaſſung, auch nachdem dieſe Völker in das Heidenthum verſunken waren, von den Germanen der Charakter einer religiöſen Weihe dadurch eingegeben, daß ſie derſelben die Idee eines Bundes mit der Gottheit zu Grunde legten, welche Idee ihnen traditionell zugekommen war.

§. 2.

So wie nun aus mehreren ſich zur Sippe zuſammengeſellenden Familien, eines der Häupter dieſer Familie als Oberhaupt der Sippe — aus mehrern ſich zu Stämmen bildenden Sippen, eines der Sippenhäupter als Oberhaupt des Stammes — endlich bei mehreren ſich zum Volke verbindenden Stämmen eines der Häupter dieſer Stämme in Kraft der *Erbfolge* oder Wahl als Volksoberhaupt anerkannt wurde — lag es in der Natur der durch göttliche Anordnung geleiteten Verhältniſſe, daß dieſen Stammhäuptern ein ihrer Stellung in dem Volksbunde angemeſſener Vorzug vor den Sippenhäuptern — und dieſen letztern ein gleichmäßiger Vorzug vor

den übrigen Familienhäuptern zukam — und iſt hierin der Urſprung des germaniſchen Erbadels zu finden. Dieſer Vorzug war aber nicht blos auf eine größere perſönliche Würde und einen höheren Rang der Stammes- und Sippenhäupter begründet, ſondern auch auf jenen Antheil an der Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt, welchen ſie in den Völkerbund mit eingebracht hatten. Denn in dem Maaße als die Familien ſich zu Sippen, die Sippen ſich zu Stämmen, die Stämme zu Völkern verbanden, blieben die Häupter dieſer Familien, Sippen und Stämme gleichwohl noch im Beſitze einer nach Oben zwar untergeordneten, nach Unten aber, in den Angelegenheiten, die blos die einzelne Familie, die einzelne Sippe, den einzelnen Stamm betrafen fortdauernden Gewalt. Das Volk war ja nur ein Bund mehrerer Stämme, und jeder einzelne dieſer Stämme ein Bund mehrerer Sippen.

Die Gewalt ſelbſt aber hatte bei den Germanen einen dreyfachen, einen prieſterlichen, einen richterlichen und einen kriegeriſchen Charakter. Der erſte beruhte auf jener religiöſen Weihe, die der Volksbund durch die Idee eines Bundes mit der Gottheit ſelbſt erhielt; eine Weihe, welcher alle Häupter der Stämme und Sippen theilhaftig waren, und ſie zu Prieſtern für ihre Angehörigen conſtituirte. Der richterliche Charakter dieſer Gewalt beſtand in der Aufrechthaltung des Friedens durch das Richteramt über die Selbſtſtändigkeit der Perſon und des Erbes, welche der Zweck der Vereinigung zu einem Bunde war. Der kriegeriſche Charakter der Gewalt endlich beſtand in der Vertheidigung dieſes Friedens gegen äußeren Angriff, ſowie in der Wiederherſtellung des Friedens nach Innen mit der Gewalt der Waffen, dort wo er durch die Gewalt der Waffen gebrochen worden war.

Dieſe Elemente germaniſcher Verfaſſung erhielten nun durch die Beſitzergreifungs- und Niederlaſſungsweiſe in den neuen Wohnſitzen eine eigenthümliche Richtung und Ausbildung. Dieſe Beſitz-Ergreifung war in der Regel die Folge einer Eroberung — die Eroberung aber die Folge eines Krieges. Ein Krieg ſetzt ein Heer voraus, welches zu dem Zwecke des Krieges auf eine beſtimmte Weiſe zuſammengeſetzt iſt. Bei den germaniſchen Völkerſchaften nun war dieſe Zuſammenſetzung des Heeres ganz auf die Zuſammenſetzungsweiſe des Volksbundes ſelbſt begründet. Die Genoſſen der Sippe zogen unter dem Oberhaupte der Sippe in den Krieg; mehrere einen Stamm bildende Sippen vereinigten ſich unter der Fahne des Stammhauptes, und an der Spitze des aus mehreren Stämmen beſtehenden Volksbundes ſtand das Oberhaupt (der König). Die einzelnen, die Unterabtheilungen befehligenden Häupter, bildeten aber zugleich die Gefolgſchaft des gemeinſchaftlichen Oberhauptes und Heerführers, und waren ſelbſt wieder mit Gefolgſchaften umgeben, welche entweder aus Verwandten und Freunden oder freywilligen Kriegsgenoſſen beſtanden. Daß dieſes der Fall geweſen, wird nun aus der Niederlaſſungsweiſe beſtätigt, nach dem was wir in dieſer Beziehung ſpäterhin antreffen. So wie das die neuen Wohnſitze erobernde Volk in Geſtalt eines Heeres hereinrückte, das aus Sippen und Stämmen gebildet war, ſo nahm es auch ſich niederlaſſend von dem Lande Sippen- und Stammweiſe Beſitz. Und die einzelne Sippe, welche nun in dem einzelnen Gau ſich niederließ, vertheilte denſelben in weitern Unterabtheilungen, nach Gemeinden, Hunderten, Familien unter ſich. Aehnliches war auch bei jenen germaniſchen Völkerſchaaren der Fall, welche ſich aus dem Zuſammentritte von kriegsluſtigen Geſellen zu dem Zwecke bildeten, auf die Eroberung neuer Wohnſitze

hinauszuziehen. Denn auch ein ſolcher Zug konnte nur in Geſtalt eines Heeres geſchehen, und dieſes mußte denn nothwendig wieder aus Abtheilungen und Unterabtheilungen zuſammengeſetzt werden, deren jede einzelne einem Haupte und Führer, und alle zuſammen einem für dieſen Kriegszug gewählten Herzoge unterſtellt waren. Dieſe Häupter der größern Abtheilungen nun bildeten in dieſem Falle die Gefolgſchaft des Herzogs, ſo wie ſie ſelbſt wieder ſich mit Gefolgſchaften umgaben, welche aus den Anführern der Unterabtheilungen, ſo wie auch aus Verwandten, Freunden und Waffengefährten gebildet waren.

In ihre neuen Wohnſitzen hatten nun die Germanen die Elemente ihrer urſprünglichen Verfaſſung mit herübergebracht, und ſie betrachteten den eroberten Grund und Boden nur als ihr in Beſitz genommenes Erbe. Auf die Vertheilung dieſes Erbes aber hatte nothwendig die Geſtaltung des Volkes zu einem Heere großen Einfluß, da hieraus von ſelbſt ſchon folgte, daß die Befehlshaber der einzelnen Abtheilungen dieſes Heeres und ihre Gefolgſchaft, einen größern Theil von Grund und Boden in Beſitz zu nehmen die Macht hatten. Dieſe Befehlshaber waren zugleich die Häupter der Sippen und Stämme, und tritt nun jener Erbadel in Beziehung auf den Grundbeſitz, auch in der neuen Heimath wieder hervor, wonach ihm denn auch hier wieder jener Antheil an der Gewalt zukommt, auf welchen oben hingewieſen wurde.

Es muß nun gleich hier ſchon eines weiteren Verhältniſſes gedacht werden, das weſentlich zur Ausdehnung des Anſehens und der Macht bevorzugter Geſchlechter beigetragen hat — nämlich des Verhältniſſes der Unfreyen. Schon bevor eine einzelne germaniſche Völkerſchaft zu dem Beſitze ihrer letzten Niederlaſſung gelangen konnte, hatte ſie meiſt ſchon eine Reihe von Kriegen durchgekämpft. Die in dieſen Kriegen zu Gefangenen gemachten Feinde geriethen nun aber in das Eigenthum der Sieger und es iſt leicht zu erachten, daß die Befehlshaber der Heeresabtheilung, je nach der Tapferkeit und dem Anſehen des einzelnen, ſich auch eine größere Zahl dieſer Gefangenen werden zugeeignet haben. Ein ähnliches Verhältniß trat nun auch bei der Eroberung des Landes der letzten Niederlaſſung ein. Die frühern Bewohner dieſes Landes geriethen insgeſammt in ein der Gefangenſchaft ähnliches Verhältniß zu den Eroberern, ſie geriethen als Unfreye unter ihre Herrſchaft. Und da nun Unfreye den germaniſchen Begriffen zufolge Grund und Boden nicht ſelbſtſtändig beſitzen konnten, ſo folgt von ſelbſt, daß bei Vertheilung des eroberten Landes den Heerführern nicht nur ein größerer Beſitz, ſondern auch eine größere Anzahl von Leuten — von Unfreyen zufiel, in welchen ſie eine weitere Grundlage ihres Anſehens und ihrer Macht gefunden haben.

§. 3.

Dieſes möge genügen, um nachzuweiſen und zu begründen, daß ſchon in unſerer älteſten Verfaſſung ein Erbadel als ſtändiſches Element als ein Stand hervortritt, denn Stand kann wohl eine mit ſo großer Selbſtſtändigkeit begabte Klaſſe bevorzugter Freyen genannt werden.

Es war aber dieſer Erbadel keineswegs das einzige ſtändiſche Element damaliger Verfaſſung. Es iſt ſchon oben bemerkt worden, wie ſämmtliche freye Familienhäupter bei ihrer Vereinigung zu einem Bündniſſe unter einem gemeinſchaftlichen Oberhaupte ſtets ihre Selbſtſtändigkeit in Beziehung auf ihr Erbe, ſo wie auf ihre Perſon (Eigenthum und Freyheit) als unver=

letzlich in den Bund mit eingebracht haben. Und alſo auch jetzt — nach der Niederlaſſung auf dem neuen Erbe — blieben nicht nur die Genoſſen ein und deſſelben Stamm- oder Sippen-Bündniſſes, ſondern ſelbſt die Genoſſen der einzelnen (aus den zunächſt Zuſammenwohnenden gebildeten) Gemeinde, in dem Beſitze ihrer Selbſtſtändigkeit in Beziehung auf alle Angelegenheiten, welche zunächſt nur ſie betrafen. Und indem nun die zunächſt ſich anwohnenden Gemeinden als Gau-Genoſſen verſammelten, bildete die Verſammlung dieſer Gau-Genoſſen zur Berathung und Entſcheidung der nur ſie betreffenden Angelegenheiten, es bildete das ſogenannte Gauding das zweyte ſtändiſche Element der damaligen Verfaſſung.

Auf der aus den zuſammenwohnenden Freyen gebildeten Gemeinde-Genoſſenſchaft, in welcher ſich dieſe Freyen die Aufrechthaltung des Friedens, d. i. die Aufrechthaltnng des Bundes verbürgten, in den ſie getreten waren, mit ihrer ganzen Selbſtſtändigkeit in Beziehung auf ihr Erbe und ihre Perſon (Eigenthum und Freyheit) alſo beruhte nach Unten die letzte Grundlage germaniſcher Verfaſſung und Freyheit überhaupt. Und war die Aufrechthaltung dieſes Bundes und Friedens geſichert durch die Geſammtbürgſchaft aller Gaugenoſſen, ſo wie durch die jedem einzelnen Freyen zuſtändige Wehrhaftigkeit. Zwar waren alle dieſe Genoſſenſchaften durch den Heerbann und durch den Gerichtsbann in Kraft der anerkannten Gewalt des Oberhauptes zur Einheit des Volksbundes vereinet; denn das Volksoberhaupt war nicht nur oberſter Befehlshaber im Kriege, ſondern auch durch angebornes oder angewähltes Recht zur Gewalt oberſter Prieſter oder Richter, er war aus dem Geſchlechte der Könige. Aber das Recht der Selbſthülfe jedes einzelnen Freyen gegen Friedebruch (Fehderecht, Blutrache) erhielt ſich noch ſehr lange, als der Kern der urſprünglichen Selbſtſtändigkeit. Und wenn gleich die Entrichtung einer Buße, und ihre Beſtimmung durch den Prieſter und Richter als Verſöhnungsmittel ſchon frühe zum Geſetze wurde, ſo blieb dem Freyen demnach noch immer die Wahl zwiſchen der Selbſthülfe oder der Annahme dieſer Buße, welche ſohin in ihrer Weſenheit nur als ein Sühnvertrag zu gelten hatte. Das Maaß der Entäußerung der Freyen von dieſem Rechte der Selbſthülfe, bildet nun auch den Maaßſtab für die weitere Umgeſtaltung und Ausbildung der germaniſchen Verfaſſung.

§. 4.

Zwei Inſtitute ſind es, welche vorzugsweiſe auf dieſe Fortbildung eingewirkt haben, die Kirche und der Lehenverband. Als die chriſtliche Religion die Herzen der Germanen durchdrang, ihren Geiſt erleuchtete, gelangte die Idee eines Bundes der Gottheit mit dem Menſchen auf dem Grunde des freywilligen Gehorſams erſt zur Mündigkeit und Klarheit. Das lebendige Wort Gottes, welches dieſen Gehorſam foderte, wurde nun durch die Prieſter des wahren Gottes verkündet. Der auf die Blutrache gekehrte Sinn der Germanen wurde durch den Geiſt der Liebe und Verſöhnung, den das Chriſtenthum athmet, gemildert, und durch dieſe Umſtimmung der Gemüther dem Geſetze ein größeres Anſehen, der obrigkeitlichen Gewalt eine höhere Würde gegeben. Aber nicht blos als eine rein geiſtige Macht hat die Kirche gewirkt. Jene prieſterliche Gewalt, welche in dem germaniſchen Heidenthume abſtufungsweiſe in den Häuptern der einzelnen Volks-Abtheilungen vereinigt war, wurde nun abgetrennt, und ging

auf die Kirche über, deren Prieſter in ihrer hierarchiſchen Unterordnung bereits geeignet waren in die Zuſammenſetzung des Volksbundes eingereiht zu werden. Da aber die Kirche nicht blos mit einer geiſtlichen Gewalt begabt, ſondern zugleich auf weltliche Güter begründet, in das Volkserbe, in den Grund und Boden eingepflanzt war, ſo ergab ſich von ſelbſt daß die obern geiſtlichen Würdenträger, als Verwalter dieſes Kirchengutes, der Stellung und des Anſehens des Adels und der andern Verwalter weltlicher Gewalt theilhaftig wurden, und zu dem Könige in ein ſeiner Gefolgſchaft ähnliches Verhältniß traten. Und ſo hat die chriſtliche Kirche zugleich in die Gemüther der Deutſchen, und in das deutſche Erbe ihre Wurzeln eingeſchlagen, und iſt zu gebührender Selbſtſtändigkeit erwachſen.

Durch dieſe Begründung der dem Stiftungsgute eingepflanzten Kirche, hat nun zwar der deutſche Adel den prieſterlichen Karakter ſeiner Gewalt verloren; allein anderſeits iſt ſeine Selbſtſtändigkeit durch das Hinzutreten des Prieſterſtandes wieder vermehrt worden. Dem Gerichtsbanne und dem Heerbanne nach mußte nämlich den Würdenträgern der Kirche, in Beziehung auf das Stiftungsgut, ein dem Adel und dem Träger weltlicher Gewalt gleiche Stellung zu Theil werden; und dieſe gaben nun — da ſie dieſen Bann ihrer Würde gemäß nur unmittelbar aus des Königs Hand empfangen wollten (Immunitas) — auch dem Adel Beiſpiel und Anſpruch, ſich in einer gleichen Immunität binnen ſeiner Eigenthumsbezirke feſtzuſetzen. Und ſo entſtand eine auf gleichartige Stellung und gleichartige Intereſſen begründete Vermiſchung weltlichen Adels und geiſtlicher Würdenträger, welche eine gleichartige Selbſtſtändigkeit zu vertreten hatten, und das ſtändiſche Element des deutſchen Erbadels und ſohin denn auch die Gewährleiſtung deutſcher Verfaſſung wurde durch das Hinzukommen der Vertreter des Kirchengutes verdoppelt.

Dieſe Conſolidirung der ſtändiſchen Selbſtſtändigkeit des Clerus und Adels nach Oben, gewann nun aber zugleich eine immer breitere Grundlage, durch die in der unterſten Gliederung des Volksbundes ſich vervielfältigenden Entäußerung einzelner Freyen von ihrer ſelbſtſtändigen Wehrhaftigkeit. Der Zweck dieſer Wehrhaftigkeit war die Aufrechthaltung des Friedens. Bei der anwachſenden Bevölkerung, und da im Laufe der Zeit die Vertheilung des Vermögens und der Mittel zur Macht überhaupt immer ungleicher zu werden pflegte, mußte es für ſehr viele Freye immer mißlicher werden ſich ihres Friedens gegen andere mächtiger gewordene, mit eigener Waffe zu erwehren. Dieſe waren denn gezwungen ſich um Schutz ihres Friedens bei jenen Mächtigen zu bewerben. Wo dieſe Hülfe zu gewinnen ſey, das zeigte das Beiſpiel unzähliger Unfreyen, welche auf den Gütern der Kirche und des Adels die Vortheile dieſes Schutzes in ihrer untergeordneten Lage genoßen; das Beiſpiel ſo Vieler, die aus der Unfreyheit in leidliche Dienſtes-Verhältniſſe aufgeſtiegen, und binnen der großen, mit Immunität begabten Beſitzungen ihrer Herrn des Schutzes nach Hofrecht d. h. eines geſonderten Friedens genoſſen, der ihnen bald durch das Herkommen verbürgt ward. So mußte denn der Entſchluß ſo vieler Freyen ſich eine ähnliche Verbürgung ihres Friedens durch Ergebung in den Schutz der Kirche oder des Adels zu verſchaffen bald zur Reife kommen. Und da hiebei für die Schutzgewährenden an Macht und Anſehen Namhaftes zu gewinnen war, ſo kamen ſie ſolchem Begehren bereitwillig entgegen, und ſohin war der Weg zu einem billigen Vertrage in dieſer Beziehung geöffnet. Andererſeits mochte zwar mancher Freye ſich noch ſtark genug fühlen, mit eigener Waffe bei ſei-

nem Frieden ſich zu behaupten. Allein nähere Verhältniſſe zu einem Großen oder Mächtigen, die Gelegenheit ſein Erbe zu vergrößern, und zugleich den Schutz dieſes Mächtigen zu gewinnen, mochten ihn beſtimmen in einen Vertrag zu treten, durch welchen er ſich einem Herrn zu Kriegsdienſten verpflichtete. Aus dieſen Verträgen über die Entäußerung der Freyen von ihrer unbedingten Selbſtſtändigkeit iſt aber die Klaſſe der Miniſterialen und Vaſallen hervorgegangen, aus der ſich der ſpätere Adel gebildet hat, und iſt auch die Grundlage des Dienſt- und Lehens-Weſens in dieſen Verträgen zu finden. Die Wurzel des einen Verhältniſſes blieb das Erbe — das Eigenthum; von dieſem wurde der Freye nicht getrennt, er ſtellte es in die Hand ſeines Schutzherrn, empfieng es aber von demſelben vergrößert durch neue Grundſtücke gegen die Verpflichtung zu beſtimmten Dienſten zurück; oder er behielte ſein altes Erbe unbedingt, empfieng aber neues Gut gegen das Angelöbniß dem verleihenden Herrn Kriegsdienſte zu leiſten. In keinem dieſer Fälle ging ſohin der Freye ſeiner Freyheit, ſeiner Wehrhaftigkeit völlig verluſtig; es war ein zwiſchen Freyheit und Unfreyheit ſchwebendes Verhältniß, wurde aber eben dadurch höchſt einflußreich auf die Geſtaltung der deutſchen Verfaſſung. Denn da die Freyheit denn doch dabei gerettet wurde, und andererſeits in dieſem Verhältniß ein neues Mittel gegeben war die Gefolgſchaften auf eine ergiebige Weiſe zu vermehren, ſo fand nun der Lehensvertrag auch bei dem Adel ſelbſt höheren Ranges Eingang, und auch die Könige fanden es geziemend und wohlbemeſſen von ihren ausgedehnten Beſitzungen dahin Gebrauch zu machen, daß ſie durch Verleihung von Gütern den Adel neben dem Bande der Gefolgſchaft nun auch durch jenes der Vaſallenſchaft ſich noch enger verknüpften. Zu dem Gehorſam trat die Treue hinzu; dieſe Treue war aber nur gegenſeitige — Treue im Dienſte von der einen — Treue im Schutze von der andern Seite. Und ſo haben neue, ſchöne und edle Bande die germaniſchen Verfaſſungs-Verhältniſſe durchſchlungen. Sie waren auch dauerhaft, denn ihre Wurzeln waren recht eigentlich in den Grund und Boden eingeſenkt, es war ein Theil des größern Erbes des Reichern und Mächtigern, der nun dem geringern Erbtheile des Schutzbedürftigen zugelegt — ſeiner Treue anvertraut wurde.

Die Gemeinde-, die Gau-, die Stammes-Genoſſenſchaft blieb nun zwar das Grundgebäude der Verfaſſung, das Fundament der Abſtufung des Heer- und Gerichts-Bannes; allein in dem Schooße dieſer allgemeinern Genoſſenſchaften und Friedensbezirke bildeten ſich geſonderte Friedens-Bezirke, geſonderte Genoſſenſchaften aus, die nun auch auf die Zuſammenſetzung des Heeres ſowohl als der Gerichte Einfluß hatten. Ob nun die — urſprünglich auf einen oberſten Heer- und Gerichtsbann, der auf der Abgliederung des Volksbundes in Gemeinden, Sippen und Stämme beruht — begründete höchſte Gewalt des germaniſchen Volks-Oberhauptes auch noch fortan ihr Fundament bewahren ſolle in dieſen urſprünglichen oder aber übertragenen auf jene kleinern Genoſſenſchaften — ob die ältere oder neuere Bildung des Gau- und Heer-Bannes beſtehen ſolle, das war die Frage auf deren Entſcheidung die weitere Entwicklung der deutſchen Verfaſſung beruhte.

§. 5.

Wenn nun dieſe Frage für die zunächſt folgende Periode Anfangs zu Gunſten der Aufrechthaltung des urſprünglichen Heer- und Gerichtsbannes entſchieden worden iſt, ſo liegt die Ur-

ſache hievon ganz einfach in dem Umſtande, daß eine auf der åltern Gemeinde- und Gau-Genoſſenſchaft begründete Kriegs- und Gerichtsverfaſſung auch die breiteſte und ſicherſte Grundlage für die Ausübung der königlichen Gewalt war, deren glänzendſte Epoche eben die Zeit Karls und ſeiner Vorfahrer geweſen iſt. Die Ausbreitung dieſer Gewalt liegt in Ereigniſſen, die nicht in die Sphähre des innern Entwicklungsganges germaniſcher Verfaſſung gehören, und in unſere Betrachtung nur mit ihren Reſultaten hereingreifen. Das wichtigſte dieſer Ereigniſſe aber — in welchem auch die Führung der Menſchheit durch Gottes ewige Rathſchlüſſe recht unmittelbar hervortritt — iſt die Krönung Karl des Großen zum römiſchen Kaiſer. Die Herrlichkeit der heidniſchen Roma ſollte der Majeſtät der chriſtlichen Kirche Platz machen, und ſo wie aus dem götzendieneriſchen Rom das imperium mundi als Völker unterjochender Hochmuth ausging — ſo ſollte nun von dem gläubigen Rom das chriſtliche Imperium mundi als Völker beſeeligendes Licht — als Völker einigende Gewalt über alle Erde ausgehen. Der mit der höchſten irdiſchen Gewalt ausgeſtattete Kaiſer mußte alſo ſelbſt in die römiſche Kirche eingehen um ihr Schutzherr zu werden — das Weltreich ſollte ja zugleich das Reich Gottes auf Erden ſeyn. Dieß konnte aber nur geſchehen durch innige Vereinigung und einträchtiges Zuſammenwirken des oberſten Trägers der irdiſchen Macht, mit dem ſichtbaren Oberhaupte der Kirche.

In dieſem Sinne iſt denn auch jene Krönung Karl des Großen, der die Schutzherrſchaft der Kirche an ſich genommen, vollzogen, und durch dieſelbe das Imperium wieder hergeſtellt und das abendländiſche Kaiſerthum begründet worden. Allein nicht nur in neuem Glanze ſtrahlte nun die Kaiſerkrone, ſondern auch die königliche Gewalt hat hiedurch eine höhere Bedeutung gewonnen und die hieraus für die germaniſche Verfaſſung hervorgehenden Folgen ſind es, welche uns jetzt zu beſchäftigen haben. Die oberſte irdiſche Gewalt war nun durch göttliche Sanktion zu ihrer erhabenſten Bedeutung gelangt; das Amt dieſer Gewalt ſtellte ſich dar, als ein dem Oberhaupte des Reiches von Gott durch die Hand des Oberhauptes der Kirche verliehenes; für alle Völker, welche Karl der Große ſeiner Herrſchaft untergeben, war ein neues Band des Gehorſams geſchaffen; und durch den Zuſammentritt der geiſtlichen und weltlichen Gewalt das Geſetz zu ſeiner vollen Autorität, zur wichtigſten Quelle des Rechtes erhoben.

Es läßt ſich nicht in Abrede ſtellen, daß die Autorität Karl des Großen über die zu dem deutſchen Nationalvereine gehörenden Völkerſchaften, ſich zunächſt weder auf die Erbfolge noch das Wahlrecht begründen läßt. Vielmehr iſt, namentlich was unſer Vaterland betrifft, das Recht des zur Herrſchaft über Bayern berechtigten Geſchlechtes, als ein Opfer auswärtiger Eroberung gefallen. Die ganze Begründung der Herrſchaft Karls über das chriſtianiſirte Europa ſtellt ſich aber als ein ſo großes welthiſtoriſches Ereigniß dar, welches die Stätigkeit des Ganges in der Entwicklung der Verfaſſung der einzelnen Volksvereine ſo nothwendig aus den Fugen bringen mußte, daß wir uns hier nur mit den Folgen befaſſen können, welche die nun einmal aus höherer Fügung zugelaſſene fränkiſche Königsgewalt, die durch jene Krönung mit dem kaiſerlichen Imperium vereinigt worden, auf die Fortbildung unſerer Verfaſſung in ſich geführt hat. Es iſt ſchon bemerkt worden, daß es in dem Sinne und Geiſte der fränkiſchen Königsherrſchaft liegen mußte, eine Kriegs- und Gerichtsverfaſſung durchzuführen, welche auf jener ältern und breitern Baſis der urſprünglichen Gemeinde-, Gau- und Stammes-Genoſſen-

ſchaften beruhe. Der Erreichung dieſes Zweckes hat ſich nun auch Karl der Große mit dem ganzen Ernſte ſeines Willens und mit der ganzen Kraft ſeines Geiſtes zugewendet, ohne daß es hiebei etwa in ſeinem Sinne gelegen wäre, die beſtehenden Verfaſſungs-Elemente zu erſchüttern, oder ganz Neues an ihrer Stelle zu ſetzen. Vielmehr hat er ſelbſt zur Durchführung ſeiner, wer könnte es läugnen! der wahren Völkerbeglückung zugewendeten Abſichten, eines gleichfalls ſchon längſt beſtehenden — nämlich des miſſatiſchen Inſtitutes bedient. Freylich hat er dieſem Inſtitute nun erſt jene Energie, Uebereinſtimmung und Vollendung gegeben, die nur aus einem das Ganze wie das Einzelne erſchöpfenden Geiſte wie der Seinige war, hervorgehen konnte.

§. 6.

Wir haben hier aus den Beſtandtheilen der Karolingiſchen Verfaſſung nur diejenigen in Betracht zu nehmen, welche in der nächſten Beziehung zur Gewährleiſtung germaniſcher Verfaſſung ſtehen, nämlich die ſtändiſchen Elemente derſelben. Als ſolche ſind oben der Erbadel und die Verſammlung der Freyen — das Gauding — bezeichnet worden, und haben dieſe in der erwähnten Periode allerdings bei den einzelnen germaniſchen Volksvereinen noch fortbeſtanden. Allein nachdem jeder dieſer Volksvereine nun nicht mehr mit einem ſelbſtſtändigen, aus ſeiner Mitte hervorgegangenem Stammes-Oberhaupte begabt, ſondern ihrer mehrere in einen Geſammtverein deutſcher Nation, unter einem Oberhaupte getreten waren, deſſen Gewalt in Folge welthiſtoriſcher Ereigniſſe und göttlicher Sanktion eine viel höhere Bedeutung gewonnen hatte, ſo mußte dieſe veränderte Stellung der Volksvereine auch für die Gewährleiſtung ihrer Verfaſſungen von dem bedeutendſten Einfluſſe ſeyn. Dieſe hatten nun auch Theil zu nehmen an der Geſammt-Verfaſſung des großen, und zwar ſchon Anbeginns als vererblich conſtituirten Reiches dem ſie nun angehörten, wobei die Frage war: Ob und in wie weit ſie zugleich ihre Selbſtſtändigkeit in Beziehung auf ihre innern Verfaſſungs-Verhältniſſe zu behaupten im Stande ſeyn würden? Daß dieſe Frage fürs Erſte im Weſentlichen zu Gunſten der Aufrechthaltung dieſer innern Selbſtſtändigkeit entſchieden wurde, hiezu lag der Grund ſchon darin, daß ja die fränkiſche Königsgewalt ſelbſt aus urſprünglichen germaniſchen Verfaſſungs-Elementen hervorgegangen war, und daß alſo die Ausbreitung und Befeſtigung dieſer Gewalt, ihre natürliche Grundlage, eben in der Aufrechthaltung des ältern Heer- und Gerichtsbanns-Syſtemes finden mußte, welches auf der Unterordnung jener urſprünglichen Genoſſenſchaften beruhte, aus welchen dieſe Volksvereine entſtanden waren.

Allein die Laſt der ungeheuern Aufgabe: die Einheit der allgemeinen Heer- und Gerichtsbanns-Verfaſſung unbeſchadet der einzelnen Volks-Verfaſſungen aufrecht zu halten, iſt den Nachfolgern Karls des Großen frühe entſunken, und die Auflöſung der alten Gemeinde- und Gau-Verfaſſung unaufhaltſam eingetreten. Das Lehen- und Gefolgſchafts-Weſen hatte bereits nicht nur ſchon ſo tiefe Wurzeln geſchlagen, und ſich in ſo viele Verhältniſſe verzweigt, ſondern beſonders das erſtere auch durch das Vorbild der kaiſerlichen Gewalt, die ſich nun ſelbſt als ein von Gott dem Könige verliehenes Amt darſtellte, an Sanktion und innerer Bedeutung gewonnen. Die Ausbildung dieſes Inſtitutes hielt aber gleichen Schritt mit dem zunehmenden Anſehen des Erbadels und der Gewaltträger, welche nun auf den königlichen Hof- und Reichstagen als

Reichsſtände dieſelbe Stelle, wie früher in der Nähe des Volks=Oberhauptes einnahmen, und durch ihr Anſehen auch an Einfluß und Macht, ſohin an Mitteln gewannen ihre Gefolgſchaften, d. h. ihre Miniſterialen und Vaſallen zu vermehren. Und da nun das eben Bemerkte nicht blos auf die weltlichen Gewalthaber, ſondern auch in gleichem Maaße auf die kirchlichen Würdeträger anwendbar, und Dienſt= und Lehen=Gefolge auf Grund und Boden radizirt und dotirt war, ſo ergiebt ſich von ſelbſt, daß durch die Vergrößerung der Immunitäts=Bezirke und das immer zunehmende Heraustreten von Freyen (die in Dienſt= und Lehen=Verhältniſſe traten) aus dem Gau=Verbande, zuletzt die Gau= und endlich auch die hierauf beruhende Heer=Verfaſſung unvermeidlich geſprengt werden mußte. In dem Maaße aber als die Gauverfaſſung ſich auflöste, vervollſtändigte ſich nun auch das Lehens=Inſtitut, da nun faſt bei weitem die meiſten Freyen unter einem Schutzherrn getreten waren. Und ſeit nun der geſalbte und gekrönte König als höchſter Senior an der Spitze dieſes Inſtituts ſtand, und das Band der Ehre und Treue eine neue Heiligung erhalten, ſeitdem ganze Grafſchaften, Bisthümer, Abteyen Lehen=Objekte geworden, und nun auch die ſich verändernde Weiſe den Krieg zu führen, die Waffen zuletzt faſt ausſchließlich in die Hände der Vaſallen und ihres Gefolges gab, mußte das Lehenweſen denn auch zur eigentlichen Grundlage der Verfaſſung werden, um ſo mehr als die Vererblichung der Lehen, die ſich ſchon frühe faktiſch geltend machte, unter den Karolingern ſelbſt noch geſetzlich ſanctionirt worden iſt.

§. 7.

Durch das Erlöſchen des Karolingiſchen Manns=Stammes war der deutſche National=Verein faktiſch zum Wahlreiche conſtituirt, d. h. es war dem Wahlrechte der dieſen Verein bildenden germaniſchen Völkerſchaften anheim gegeben, durch ihre freywillige Anerkennung das zu dem Amte der oberſten Gewalt — zur deutſchen Krone, am meiſten berechtigte Oberhaupt zu bezeichnen. Gerade durch die nun ſchon zur Kraft gekommene Lehens=Verfaſſung war aber eine ſolche Wahl zur Nothwendigkeit, und dem Zerfallen des Vereines in einzelne Völkerſchaften vorgebeugt worden. Allein in dem Entwicklungsgange des deutſchen Verfaſſungsweſens zeigte ſich alſobald ein gleichmäßiges Beſtreben des Oberhauptes ſowohl als der Glieder des Reiches, ſich zu möglichſter Selbſtſtändigkeit auszugeſtalten. Was nun die letztern betrifft, ſo hatten ſich durch Vererblichung der Grafſchaften und durch Vereinigung des Kirchengutes zu geiſtlichen Fürſtenthümern, Territorien zu bilden angefangen, welche nothwendig eine von der frühern Gau=Eintheilung ganz verſchiedene Zuſammenſetzung des Reichsbodens und Reichskörpers zu Folge haben mußten. Bei dem Streben der Beſitzer dieſer Territorien zur Reichs=Standſchaft, d. h. zu einer Selbſtſtändigkeit die möglichſt nahe an jene des Reichs=Oberhauptes gränze, konnte aber nur in dem Herzogthume das Mittel gefunden werden, für's erſte, um durch die Aufrechthaltung der großen deutſchen Volksvereine der Bayern, Schwaben, Franken und Sachſen, Lothringer, Thüringer, einer Zerſplitterung des Reichskörpers vorzubeugen in welcher die Einheit der Geſammtverfaſſung zuletzt nothwendig hätte untergehen müſſen, und ſodann auch um für die Behauptung der Selbſtſtändigkeit des Reichs=Oberhauptes eine nächſte Unterlage und kräftige Mittelorgane in der Abſtufung der politiſchen Hierarchie zu gewinnen.

In Folge dieſer Ausgeſtaltung der Dinge war die neue Grundlage für die Wehrhaftigkeit

des Reichs=Oberhauptes (und dieſe iſt ja gleichbedeutend mit der Selbſtſtändigkeit) nun zwar in dem Rechte des Königs die Herzogthümer zu beſetzen gefunden und gegeben, aber die Aufrechthaltung der Selbſtſtändigkeit der einzelnen Volksvereine war noch immer in Zweifel geſtellt, ja durch das Aufſtreben der Grafen=Geſchlechter in die Reichs=Standſchaft vielmehr bedroht. Von welcher Seite hier die Hülfe kommen, aus welchem Elemente ſich ein neues Fundament für die Gewährleiſtung dieſer einzelnen Verfaſſungen bilden werde, das ſchien den Reſultaten der Zeit=Ergebniſſe anheim geſtellt. Während in Allemanien der Volksverein in Folge der Begebenheiten wirklich in einzelne Reichs=Standſchaften zerſplittert wurde, blieb unſer Vaterland — und dieſem haben wir uns jetzt ausſchließlich zuzuwenden — bei ſeiner Einheit und Verfaſſung. Und war es gerade das Herzogthum, das durch Otto's Belehnung für ſich und ſeine Nachkommen in den Erbgang gekommen, das dieſe Einheit und Verfaſſung gerettet hat. Der königliche Heer= und Gerichtsbann, und die wichtigſten Beſtandtheile der ehemaligen miſſatiſchen Gewalt, waren nun einem Fürſtenhauſe in die Hand gegeben, das nicht nur ſelbſt mächtig im Lande begütert war, ſondern auch die Herzen eines anhänglichen Volkes ſeit Jahrhunderten für ſich hatte. Auch das Glück, wenn man es ſo nennen will, zeigte ſich dem Hauſe Wittelsbach günſtig. Denn ſein Beſitzthum wurde durch das ſchnelle Erlöſchen mächtiger Grafenhäuſer in kurzer Zeit um ein Vielfaches vergrößert.

§. 8.

Von der ſtändiſchen Gewährleiſtung unſerer vaterländiſchen Verfaſſung haben wir alſo von jetzt an zu ſprechen, ſeit das Herzogthum in Bayern im Hauſe Wittelsbach in den Erbgang gekommen, und es iſt daher nothwendig dieſe damalige Verfaſſung ſelbſt ihrer weſentlichen Beſchaffenheit nach wieder etwas ſchärfer in das Auge zu faſſen. Wir bezeichnen aber dieſelbe als eine recht weſentlich ſtändiſche, und noch immer auf urſprünglich germaniſchen Elementen begründete. Ständiſch, denn ſie beruhte von Unten auf durchaus auf der Wehrhaftigkeit des Standes der Freyen — germaniſch, denn dieſe Freyen leiteten ihre Freyheit noch immer, dem Erbe und zum größten Theile dem Blute nach, von jenen urſprünglichen Freyheits=Genoſſenſchaften ab aus welchen der germaniſche Völkerbund beſtand. Zwar hatten jene alten allgemeinen Genoſſenſchaften nach Gauen und Gemeinden auch hier eine andere Zuſammenſetzung erfahren, und waren durch die Verbindungen nach Lehen=, Dienſt= und Hof=Rechte in geſonderte Friedens=Genoſſenſchaften zerfallen, welche aber zugleich Freyheits=Genoſſenſchaften waren, weil ſie eine collective Wehrhaftigkeit beſaßen. Noch immer fanden auch dieſe geſonderten Genoſſenſchaften ein einigendes, auf die alte Zuſammenſetzung nach Gemeinden, Sippen und Stämmen zurückführendes Band in der Grafſchaft, in dem Heer= und Gerichtsbanne. Die Grafſchaften, wenn gleich aus Aemtern ein Eigenthum geworden, und dem Stoffe nach mannigfaltig zuſammengewachſen, enthielten doch noch den Kern älterer Gaue und Gemeinden. Und wenn gleich die Gerichtsbarkeit ſelbſt größtentheils in den Erbgang gekommen, ſo dauerte doch in dem Landgerichte das Gaugericht, in dem Dorfgerichte das Centgericht fort, obſchon die alten Gerichtsſprengel durch die vielen Immunitäts=Bezirke (Hofmarchen) in ihrer Contiguität vielfach durchbrochen waren. Und ſo beſtand auch der alte Gau=Heerbann in der

Landwehre noch fort, wenigſtens der auf den Grundbeſitz und der Gemeinde radizirten Krieges-Pflicht nach, wenn gleich für die wirkliche Leiſtung des Kriegsdienſtes nun der Lehen- oder Dienſtherr mit denen die jetzt die Seinigen geworden waren einſtehen mußte. An jene geſonderten Genoſſenſchaften ſchloßen ſich nun auch die bürgerlich Freyen nach Weichbildrecht nämlich die ſtädtiſchen Gemeinden an. Auch dieſe waren als Immunitäts-Bezirke aus dem Gauverbande herausgetreten, als Gemeinden freyer Eigenthümer, die ſich zwar auch dem Schutze eines geiſtlichen oder weltlichen Herrn unterzogen, aber ſelbſtſtändige Gerichtsbarkeit und ſelbſtſtändige Wehrhaftigkeit zu erhalten wußten. Und ſo waren die Freyen als wehrhaft ausgeſtaltet zu Ständen — als wehrhaft, denn ſie waren zu ihrem Theile ausgerüſtet mit Grund und, Boden, Waffen und Geld. Wer aber dieſem Stande beizuzählen, das wiſſen die Urkunden jener Zeit am beſtimmteſten zu nennen: „nämlich die Biſchöfe, Grafen, Prälaten, Freyen, Dienſtmannen, Ritter, Knechte, Städte und Märkte, Geiſtliche und Weltliche, Arme und Reiche, Edle und Unedle, die im Lande Bayern geſeſſen waren.“ Dieſe bildeten die Stände der Freyen, die Freyheit hier in ihrem relativen Sinne genommen als Gegenſatz zur Unfreyheit. Und waren nun alle unfrey, die nicht ein freyes Eigenthum oder ein Gut als Lehen beſaßen, das zur Führung der Waffen berechtigte. Dieſe alle aber wurden durch ihren Schutz- oder Grundherrn vertreten.

Und ſo hätten wir das untere — das ſtändiſche Element der Verfaſſung, in dem zugleich die Gewährleiſtung derſelben von dieſer Seite begründet iſt — näher bezeichnet. Dieſem ſtand das herrſchende Geſchlecht der Herzoge als das obere, mit gleicher Selbſtſtändigkeit ausgeſtattete Verfaſſungs-Element gegenüber. Und beruhte die Wehrhaftigkeit und Selbſtſtändigkeit des Volks-Oberhauptes, dem Ankunftstitel nach, auf dem erblichen Rechte zur oberſten Gewalt, die wir als eine von Gott verliehene nachgewieſen haben, als welche ſie ſich beurkundet in der Krönung des Reichs-Oberhauptes, von dem die Gewalt auf das Herzogthum übertragen worden iſt. Daß dieſe Gewalt den Charakter der Landeshoheit angenommen — dazu lag der Grund in der Vererblichung des Herzogthums. In dieſer Gewalt waren außer den, die Grafſchaft, Gerichtsbarkeit, Heerbann und fiskaliſche Nutzungen enthaltenden Regalien, auch eine obere Schutz- und Lehen-Herrlichkeit enthalten; dieſe Gerechtſamen waren nun reichslehenbares vererbliches Eigenthum geworden, zu welchem das herzogliche Haus der Geburt (dem Blute) nach berechtigt war. Und ſo trat der Herzog an der Spitze des Volkes mit einer Gewalt hervor, welche — weil ſie mit ſeinem Stamme dem Volke gleichſam eingepflanzt war, und weſentlich aus erbfolgweiſe übertragenem königlichen Hoheitsrechten beſtand, man füglich als Landeshoheit bezeichnen mochte.

Dieſes möge genügen den Charakter der Selbſtſtändigkeit und Wehrhaftigkeit des bayeriſchen Landesfürſten zu bezeichnen. Die Mittel zur Behauptung derſelben waren nun aber gleichmäßig wieder: der Grundbeſitz, die Waffen und das Geld. Alſo gleiche Selbſtſtändigkeiten, jede mit gleichen Mitteln zur Behauptung unveräußerlicher Freyheiten ausgeſtattet, ſtanden ſich gegenüber als die beiden Elemente der Gewährleiſtung des Beſtehenden — ſie ſtanden ſich aber nicht feindlich gegenüber, ſondern geeinigt durch das heiligende Band der rechten Geſinnung — des bayeriſchen Biederſinnes.

§. 9.

Als das Herzogthum, dem Blute des zur Herrſchaft berufenen Wittelsbachiſchen Stammes eingepflanzt, nun in den Erbgang gekommen — war die Grundfeſte zur Landeshoheit gelegt, aber dieſe Landeshoheit war nicht blos ein Recht — ſie war zugleich weſentlich eine Pflicht — die Pflicht nämlich: den Frieden im Lande zu wahren und die Autorität des eigenthümlichen Herzogthums unverſehrt bei dem Wittelsbachiſchen Hauſe zu erhalten. Das Land aber, der große allgemeine Friedensbezirk, war gebildet aus geſonderten Friedens-Genoſſenſchaften, jede nach Innen mit eigener Wehrhaftigkeit begabt. Dieſe Wehrhaftigkeit war eingepflanzt dem Blute und dem Erbe, war geteſtigt auf Grund und Boden, auf den Beſitz von Land und Leuten, Waffen und Geld, und ſchloß die Grund- und Schutz- und Gerichtsherrlichkeit in ſich. Während aber noch lange einzelne Große und Biſchöfe des Landes als ſolche mächtige Schutz-, Grund- und Gerichtsherrn über ganze Klaſſen ſolchen Beſitzes geboten, war die Landesherrlichkeit des Fürſtenhauſes, die ſpäter alle Gauen mit ihrer Friedensgewalt überſchattet, erſt in ihrem Wachsthume und ihrer Entfaltung begriffen. Es konnte demnach die Erfüllung jener landeshoheitlichen Pflichten nur in dem Vertrauen auf den Biederſinn dieſer mit überſchwenglicher Wehrhaftigkeit ausgerüſteten Großen des Landes gedeihen; und ſo iſt denn auch die Aufrechthaltung des Friedens, d. i. der Verfaſſung, nur da wo dieſe freudig mitgewirkt gelungen. Wir finden ſie auch auf allen Reichs- und Land- und Hoftagen, wo über die Wohlfahrt des Vaterlandes zu entſcheiden war, mitrathend und mitthatend und den Vollzug der Beſchlüſſe verbürgend. Und ragt hier, da die ganze Zeit noch etwas Heroiſches hatte, die Perſönlichkeit Einzelner ausſchlaggebend hervor. Mehrere aus dieſen ſtanden für ihre Perſon nur dem königlichen Pfalzgrafen zu Recht; aber die herzogliche Lehenfahne wehte aber auch über die Bezirke ihres Beſitzthumes; dem Herzoge mußte ſie zum Reichskriege folgen, von dem Herzoge ging der Gerichtsbann über die ihrigen aus.

Als nun aber die Landesbiſchöfe der herzoglichen Hoheit ſich gänzlich entzogen, als das Beſitzthum der mit Schild und Helm begrabenen Dynaſten die Grundlagen der fürſtlichen Hausmacht verdreyfacht hatte und die Landeshoheit, in die Grundlage dieſer Hausmacht verfeſtigt, ſich unbeſchränkter bewegen mochte — als die Freyheit des Volkes ein Bürgſchaftspfand zu fordern ſchien — da war dieſes Pfand gefunden in dem Vertrauen des Fürſten auf die Ritterſchaft des Landes. Zur Ritterſchaft hatten ſich mittlerweile herangebildet jene Genoſſenſchaften der Freyen die — ſeitdem das ganze Kriegsweſen ſo vorzugsweiſe auf dem Adel und ſeinen Kampfgefährten, den Vaſallen und Miniſterialen beruhte — faſt ausſchließlich im Beſitze der Waffen waren. Der Conſociationsgeiſt des Jahrhunderts, der nach dem Vorbilde der geiſtlichen Innungen, damals faſt allgemein die innerlich Verwandten antrieb zu einer feſt geregelten Geſtaltung nach Außen, hatte die Ritter-Orden hervorgerufen, die in ihrer großen Gemeinſchaft das Ritterthum bildeten.

Beſondere Verhältniſſe haben mitgewirkt der bayeriſchen Ritterſchaft eine Stellung zu geben, die die Gewährleiſtung der Verfaſſung damals dem einen Theile des Volksbundes nach, faſt ausſchließlich in ihre Hände legte. Einerſeits hatte hier nicht, wie in andern deutſchen Provinzen, eine größere Anzahl von Städten ſich zu Macht, Anſehen und Reichthum erhoben; und ſo blieb

denn der Bürgerſtand in vergleichweiſe untergeordneten Verhältniſſen. Die machtigen Landesbiſchöfe entzogen ſich der herzoglichen Hoheit; der Stand der Prälaten ſchloß ſich aber nun allmählig entſchiedener und feſter an die Ritterſchaft an. Andererſeits war es vorzüglich die Theilung des Landes unter mehrere Fürſten des herzoglichen Hauſes, welche der Ritterſchaft jene entſcheidende Stellung gab, und ſofort denn auch den Stand der Prälaten und Bürger veranlaßte, ſich mit ihr in jene Körperſchaft zu vereinen, die unter der Benennung Landſchaft die große Genoſſenſchaft der wehrhaften Freyen in ſich ſchloß. Die Folge dieſer Theilungen war eine Gefährdung der Einheit der landeshoheitlichen Verwaltung, und ein Hervortreten geſonderter Intereſſen. Mehrere durch das Hinwegſterben der Väter, in Kraft der Erbfolge zu gleicher Gewalt berechtigte Häupter, ſtanden ſich nun zur Seite, und doch war die Landesherrſchaft nur dem Geſammthauſe eingepflanzt, und nicht deſſen einzelnen Zweigen. Und ſo war der Conflikt zwiſchen dem deutſchen Erbfolgrechte, das die Theilbarkeit des Erbes zuzulaſſen ſchien, mit der von der Erhaltung der Einheit teutſcher Reichsverfaſſung geforderten Untheilbarkeit des Herzogthums gegeben. Die Aufgabe war alſo: das Geſammte in dem ſich Sondernden zu behaupten.

§. 10.

Wie hier die Ritter neben den zu Schiedsrichtern berufenen Biſchöfen und benachbarten Großen — noch einzeln, und ehe die drey Stände ſich zur Körperſchaft gebildet — das Beſte gethan, lehrt nun jedes Blatt der Geſchichte der damals in Gährung begriffenen Zeiten. Als Ludwig über die Theilung erworbener Güter mit ſeinem Bruder Heinrich in Zwiſt gerathen, da fiel ſchon der erſte Friedensſpruch durch Edle des Landes in dem Kriege der Fürſten, die ihres Rechtes und ihrer Waffen ſich auf den Biederſinn der Ritterſchaft entäußert. Friedrich von Truhendingen mit acht Miniſterialen erkennt als Spruchmann 1262: „Bei Ludwig ſollen bleiben alle Güter im Gebürge und Norbach und Eſchenbach; Herzog Heinrich aber ſoll aus den ſtrittigen Stücken gebühren: Zoll und Maut zu Schärding; Ried, Hagenau und Angerberg.“ Und als die Fürſten neuerdings in Zwiſt gerathen, ward durch Gebhard von Hirſchberg, Friedrich von Nürnberg, und denſelben Truhendingen Alles wieder auf den Stand der erſten Theilung gütlich zurückgeführt. (1265.) Die nämlichen waren es, welche nach Conradins tragiſchem Ende, deſſen Nachlaß unter Ludwig und Heinrich vertheilet (1269). Albero von Prukberg und Albrecht von Hals waren es, die im Jahre 1278 durch ſchiedsrichterlichen Ausſpruch den Beginn eines neuen Krieges erſtickt. Und als der Streit um das Churrecht die Brüder abermals in Irrung geſtellt, ſo daß traurige Fehden das Land zu verwüſten drohten, da eilten die Edelſten des Landes die Behauptung des Friedens wahrzunehmen; zwey große Friedenskreiſe wurden gebildet, und zwey Norbache waren es, welchen von ſiebzehn der Angeſehenſten die zu einem Bundgerichte ſich verſammelt, die Wahrung dieſes Friedens übertragen wurde: „Geſchieht — ſo ſagt die Urkunde — ein Bundesbruch, ſo ſollen dieſe beyden den Thäter vor das Gericht laden, und hier ſoll erkannt werden unter der Obmannſchaft des Grafen von Hirſchberg und des Biſchofs von Regensburg. Und geſchähe dann von dem Verfällten dem Ausſpruch nicht Genüge, ſo ſind die Bundesräthe des Landestheiles, wo der Friedensbruch geſchehen gehalten ſich als Geißel zu ſtellen vor dem Herzoge des andern Landestheiles als Bürgen binnen 4 Wochen; ſollte

auch dieſe Friſt fruchtlos verſtreichen, ſo ſoll der Herzog ſelbſt ſich in das Leiſtungsrecht ſtellen — wo nicht ſo würden ſeine Güter verwüſtet."

Die Kaiſer ſelbſt fanden an dieſer Weiſe für den Frieden zu wachen ihr Gefallen. So trat Rudolf von Habsburg in Bündniß mit Ludwig über den Landfrieden zwiſchen Schwaben und Bayern: „Schwaben wird getheilt in ein Oberes und Niederes; in jenem ſoll Wolkmar von Kemnaten und die Brüder von Schellenberg, in dieſem Guſſo und Ulrich von Aichen als Richter des Friedens wachen, mit Hülfe des Adels und der Städte gegen jeden Frevel; Bayern aber ſey abgetheilt in das Gebiet oberhalb und unterhalb Augsburg. Dort ſollen Wichand von Rorbach der Wildenrod und der Vicedom — hier aber der Schiltperger und Spät von Venningen und der Vicedom Schirmer und Erhalter des Landfriedens ſeyn."

Eine von dem genannten Kaiſer zu Giengen ausgeſtellte Urkunde giebt zu erkennen: „Wie er Ludwig und Heinrich verpflichtet und verrichtet, alſo daß die Achte, der Rorbach, Wildenrod, Fringsburg und Eglinger — dann der von Abensberg, Hals, der Frauenhofer und Leubolfing alle Irrung vertragen ſollen, ſo wie der Freyſinger Biſchof und der Burggraf von Nürnberg es heißen werden als Obmänner; und die Achte ſollen Gewalt haben zu Recht und zu Minne in allen Dingen zu thun nach ihrer Beſcheidenheit, und daß die Sühne unzerbrochen bleibe ſetzet Ludwig drey ſtarke Burgen in des Fringsburgs des Judmanns und des Murachs Hand, ſie Heinrichen zu antworten ob Ludwig würde brechen den Vertrag; dagegen ſtellt Heinrich Roſenheim und Grünenbach und Pfreimt in des Preyſings, Rorbachs und Leonbergs Gewalt, ſie Herzog Ludwig zu ſchaffen wenn Heinrich die Sühne brechen würde."

Solches und Aehnliches geſchah durch die Einzelnen, ehe noch die Ritterſchaft ſich mit den Prälaten und Bürgern zur Landſchaft verkörpert. In gleichem Geiſte, im Genuſſe des gleichen Vertrauens, wurde von den zum feſten Bunde Vereinten gewirkt. Als nach Kaiſer Albrechts Tod Ludwig mit Rudolf zerfallen auf die Theilung des Landes drang, waren es zehn aus der Ritterſchaft die die Theilungsloose beſtimmten und verbürgten. Die Verbürgung des Friedens, der den traurigen Krieg um die Pflegſchaft über diejenigen Fürſten des Niederlandes verſöhnte, ward in die Hand der Grafen von Hals mit zwölf ihrer Mannen geſtellt; acht Ritter waren es, die die Verhältniſſe Rudolfs zu Ludwig, als dieſer auf den deutſchen Königsthron erhoben worden, beſtimmten; und es ſchworen alle Edeln und Städte und Märkte des Oberlandes auf einem Tag zu München ſich gegen jenen der beyden Herzoge zu erheben, der dieſe Theydigung überführe. Als nach Rudolfs Tod Ludwig allein die Verwaltung des Niederlandes geführt, benannte er zehn ſeiner Getreuen die mit dem Landherrn und Bürgen alle Irrung entſcheiden und ſchlichten ſollen auf ihren Eid. Als in dieſem Landestheile die Fürſten zu ihren Jahren gekommen, gaben auch dieſe wieder Zwölfen die Gewalt das Rechte und das Beſte des Landes zu ordnen; und als es zur Theilung kam, nahm jeder der Fürſten zwey Ritter die die Looſe beſtimmten. In dem berühmten Vertrage von Rom und Pavia wurde beſtimmt: „daß Rudolf und die beyden Rupperte und ihre Erben, ſo wie Ludwigs Erben, unterthänig ſeyn ſollen in allen Sachen den feſten Mannen Heinrich von Gumppenberg, Heinrichen von Sun, Heinrichen Truchſeßen von Sulzbach, Heinrichen dem Eyſolzrieder, Dietrich von Kürn, Wigulen dem Trausnicht und Heinrich dem Preyſinger, die ihnen der Kaiſer gegeben, damit ſie nach ihrem Rathe

leben und thun, und die die Gewalt haben ſollen eine Theiding zu machen, doch ſo daß beyder Theile Land und Gut liegender bleibe.“ Und auch der Vertrag zu Pavia wurde verbürgt durch einen Schwur, zu leiſten Land und Leuten: „demjenigen aus den Fürſten beyzuſtehen, der dem Vertrag gehorſam bleibt, wider den der ihn überführe.“

Als des Kaiſers Enkel Mainhard das Opfer ehrſüchtiger Umtriebe zu werden bedroht war, da kamen ſeine Vettern mit den Ständen einträchtig überein, „ihn zu halten daß er ſeinen Landen und Leuten vorſtehe, und dem Reiche zu Dienſt bleibe“ und zwei und zwanzig Ritter ſchloßen einen Bund um dieſe Uebereinkunft zu ſichern. Nun richtete Mainhard ſelbſt einen Landfrieden auf „deſſen Hauptmann ſollte ſeyn Conrad von Freyberg, ſo daß ihm alle Ritter, Knechte und Städte darin ſollen gehorſam und geholfen ſeyn.“ Dieſem, mit ſieben Rittern und dem Rathe der Stadt München gab auch Stephan, als er zur Herrſchaft gelangt, volle Gewalt alle Friedensbrüche im Oberlande zu ſchlichten mit Minne oder Rechte, „und wer ihnen nicht gehorſam ſeyn wollte, den ſollen ſie angreifen mit allen Landen und Leuten, die ihnen dazu ohne Aufſchub zu dienen haben.“

Gleiches Vertrauen wurde im Niederlande Seyfried dem Toringer geſchenkt, dem alle Ritter, Dienſtleute und Städte geholfen ſeyn ſollten als Schirmer und Retter des Landfriedens. Der Friede zwiſchen den Fürſten von Bayern und Oeſterreich in dem Streite um Tyrol, wurde durch Conrad den Frauenberger mit nur noch drey Rittern vermittelt. Wie ſehr das Beſtreben der Freyen auf die Bewahrung des Geſammten in dem Geſonderten gerichtet war, das zeigt ſich auf dem zu Taisbach gehaltenen Tage (1369), wo die Stände beyder Landestheile ſich verbanden den Herzogen beholfen zu ſeyn wider Jeden, der etwas wider das Land Bayern thun wollte. Die Theilung Bayerns zwiſchen die Linien zu München, Ingolſtadt und Landshut, ward wieder nur durch Getreue aus den Ständen gemacht und vollzogen. Die Bewahrung des Niederlandes gegen die Hußiten, die Stillung aller innern Fehden war während Herzog Johannes Abweſenheit in Holland ganz in des Vicedoms Nothhaft und der Landſchaft Hände geſtellt. Nach Johannes Tod, als ſich vier Fürſten um deſſen Landestheil ſtritten, war es die Landſchaft die alle Rechte und den Frieden wahrte, die den Streit ſelbſt durch Schiedsſpruch geſchlichtet, und durch vier und zwanzig aus ihrer Mitte Alles vollzogen hat. Einhundert acht und dreyßig Siegel hängen an dem Brandbriefe (1374), in welchem die Fürſten ſich mit den Rittern und Bürgern vereinigt jeden Friedensbrecher als einen Feind des Landes zu verfolgen. Während Heinrichs Minderjährigkeit wurden zehn aus den Edeln zu Vormundſchaftsräthen genannt. In der traurigen Zerwürfniß zwiſchen den Fürſten der Linie zu München und Ingolſtadt war es wieder die Landſchaft, die lange ihr Beſtes gethan den Frieden zu erhalten. Als aber Ludwigs des Gebarteten ſtürmiſche Gemüthsart, und Heinrichs von Landshut weitſtrebender Sinn höchſte Gefahr drohten, traten ſieben und ſiebenzig Ritter in einen Bund, deſſen Hauptmann Caſpar der Thoringer war, zu Wahrung ihrer Freyheiten und der Freyheit des Landes. Rührend iſt die Treue in welcher Ritter- und Bürgerſchaft feſt gehalten an dem alten Ludwig; den der entartete Sohn in den Kerker gebracht, unermüdlich um ſeine Befreyung geworben. Und welch hohes Selbſtgefühl ſpricht ſich nicht aus in dem Schreiben, das die zu München verſammelten Stände, nach Ludwigs Tod an ihre Freyheitsgenoſſen in Landshut gerichtet: „Wir

haben vor Augen genommen daß alle Läuffe in den Landen und dem Reiche leyder wild und fremd geworden, und die Sachen zwiſchen unſern Herrn nicht alſo wohl ſtehen; daher uns gerathen ſcheint uns zuſammenzufügen an gelegener Stätte, um Rath zu werden wie die Fürſten Land und Leute möchten zu beſſeren Stand kommen."

Wir haben dieſe Thatſachen ausgehoben, nicht um ſie als Muſterbilder hinzuſtellen für unſer vaterländiſches Staatsrecht, ſondern daß ſie dienen ſollen als ſprechende Belege für die faktiſchen Verhältniſſe, unter welchen ſich im XIV. und XV. Jahrhundert unſere ſtändiſche Verfaſſung, als ein Ergebniß des Conflìktes zwiſchen der ſich von oben nach unten verbreitenden Landeshoheit, mit den von den wehrhaften Freyen behaupteten Freyheiten ausgeſtaltet hat. Zwey mit allen Mitteln zu ihrer Geltendmachung ausgerüſteten Selbſtſtändigkeiten, jede aus beyden mit unveräußerlichen Rechten ausgeſtattet, ſtanden ſich gegenüber, beyde durch Bayern zur ſtarken Einheit verbündet. Und ſo mußte zuletzt bayeriſche Geſinnung auch in all' den vorübergehenden Stürmen ſtets den Ausſchlag geben, die in einer Zeit wo bei heißerem Blute die Waffen immer zur Hand waren, eben ſo leicht zum Ausbruche kamen, als ſie wieder zu beſeitigen waren; weil ſie meiſt nur Aufwallungen eines oft edlen Zornes geweſen ſind, nicht aber ein wildes Ringen nach ungerechtem Beſitze.

§. 11.

Es iſt jeder auf das Recht und die eigene Kraft begründeten Selbſtſtändigkeit ein Streben in das Unbedingte eingeboren, und liegt gerade in dieſem Beſtreben die Hervorrufung des Prinzipes, welches nun wieder mehrere ſolche Selbſtſtändigkeiten zur Harmonie eines organiſchen Ganzen vereinigt — ein Prinzip, welches da wirkt wie jene centripetale Kraft auf die Weltkörper, die in geradlinigen Bahnen in ewiger Divergenz hinauseilen würden in das Unendliche, wenn nicht wechſelſeitig anziehende und abſtoßende Gewalten, die einſeitige Richtung der Bahnen bezwingend, alle dieſe Weltkörper, ſie zu planetariſchem Syſteme gruppirend, einfügen würden dem großen Ganzen des herrlichen Weltgebäudes. Darin aber liegt der folgeſchwere Unterſchied zwiſchen geiſtiger und ſinnlicher Welt, daß hier ein Geſetz der Naturnothwendigkeit waltet, während dort die Willensfreyheit beſteht. Und ſo iſt in dieſer Welt jenes Streben in das Unbedingte und Extreme nicht wie in der andern durch das Naturgeſetz gebunden. Ein anderes Geſetz tritt hier jenes Streben bedingend entgegen, nämlich das Gewiſſen (das Wiſſen von einem allmächtigen, belohnenden und ſtrafenden Gotte). Es giebt nur eine unbedingte Selbſtſtändigkeit, nämlich die des ewigen Gottes ſelbſt; und ſo iſt denn auch die Erde dem Menſchen nur in einer bedingten Selbſtſtändigkeit zu ſeinem Erbe gegeben. Und daß er bei dieſer — nicht hoffärtig in jene hinüberſtrebend — beharre, dazu mahnt ihn eben das Gewiſſen. In dieſem wurzelt denn auch das Band der Religion, das zur Erforſchung des göttlichen Willens zwingt. Und ſo iſt ſchon von Anbeginn der Altar das Heiligthum der Menſchheit geworden, an das ſich alle Völker hingedrängt, wenn nicht durch Liebe, ſo dennoch durch die Furcht getrieben. Denn ſie fühlten es, daß ſie nur beſtehen können in dem Beſtehen eines Gottes. Und darum drängten ſie ſich zu einem Bunde mit der Gottheit heran, damit er ihr bedingtes Seyn durch ſein unbedingtes und ewiges Seyn beſchütze. Und dieſen Schutz bringen ſie das Opfer dar, ein Zeichen der Ergebung und der Vereinigung ihres Willens mit dem Willen der Gottheit, und

der von ihm geſchaffenen Weltordnung. Und ſo ſind denn auch die Verfaſſungen geheiligt worden durch die Religion und das iſt der Sinn und die Bedeutung des Huldigungs-Eides, durch welchen die, die ihn leiſten Gott zum Zeugen anrufen und ihre Seele verpfänden, daß ſie ihre Selbſtſtändigkeit ſich in einem beſtimmten Maaße entäußern, um des Schutzes und Beſtehens der in dieſem Maaße beſchränkten Freyheit theilhaftig zu bleiben. Dieſer Huldigungs-Eid war denn auch das bindende religiöſe Prinzip der Gewährleiſtung unſerer Verfaſſung das Prinzip, welches für die Geſinnung, die ſie belebte den Ausſchlag gab; und wir mußten alſo mit der Ableitung dieſer ihrer innerſten Gewährleiſtung bis zu dieſer Quelle ihrer Sanktion hinaufgehen, ſowie ja ohnedieß jedes Staatsrecht ſeine Weihe durch die Religion empfangen ſollte.

Wenn wir aber die Huldigung, als den Akt in welchen die Elemente unſerer Verfaſſung, unter der religiöſen Sanktion des Eides ſich zuſammenſchließen, zergliedernd in Betracht ziehen, ſo tritt der germaniſche Charakter der Elemente, die ſich hier zu einigen ſtreben auf das Unverkennbarſte wieder hervor. Es beſtehen aber dieſe Elemente nach dem bisher Vorgetragenen: aus einer von Oben kommenden Gewalt; aus einem zu dieſer Gewalt als erbliches Eigenthum berechtigten, mit Selbſtſtändigkeit und den Mitteln zur Behauptung derſelben ausgeſtattetem Oberhaupte des Volkes; aus einer dieſes Recht zur Gewalt in einem herrſchenden Geſchlechte anerkennenden, gleichfalls mit Selbſtſtändigkeit und Wehrhaftigkeit ausgerüſteten Genoſſenſchaft der Freyen, endlich aus der Geſammtheit der Unfreyen. Da nun aber — wie ſchon bemerkt worden — jeder auf das Recht begründeten mit überſchwenglicher Wehrhaftigkeit ausgerüſteten Selbſtſtändigkeit, das Streben in das Unbedingte angeboren iſt, ſo ergab ſich wohl von ſelbſt, daß der in dem Fürſtenhauſe hervortretenden, und die Anerkennung ihrer Gewalt fordernden Geſammtheit der herzoglichen und landeshoheitlichen Gerechtſame, ſich die wehrhaften Freyen, durch ein Bündniß zur Körperſchaft vereint nun gleichfalls als eine dieſe Anerkennung gewährende Geſammtheit gegenüberſtellten. Ja jede dieſer zwei Geſammtheiten wurde nun zugleich eine fordernde und eine gewährende. Beyde forderten Anerkennung ihrer unveräußerlichen Freyheit, und beyde gelobten dafür den Schutz des nun einmal anerkannten Rechtes und die Aufrechthaltung des Beſtehenden. Und da nun das Recht des Oberhauptes ſeine Wurzel in der Erbfolge, das Recht der wehrhaften Freyen aber ſeine Wurzel in dem Wahlrechte hatte, ſo ſtellt ſich uns die Huldigung recht weſentlich dar, als ein ſich wechſelſeitiges Anerkennen und Durchdringen des Erbfolge- und Wahlrechtes.

Es haben aber die Stände durch ihren Huldigungs-Eid auch das auf ſich genommen, einzuſtehen für alle Gerechtſame die ihre Erbherrn vom Reiche empfangen und die ihr Eigenthum geworden waren; einzuſtehen für die Heilighaltung jener Erbverträge, durch welche die Glieder des herrſchenden Hauſes unter ſich und dem Lande verbunden waren. Jene Gerechtſame wurden in der Hand des belehnten Erbherrn zu heiligen Pflichten; alle Regalien, alle Hoheitsrechte war er verbunden eben ſo dem Reiche wie ſeinem Hauſe unverſehrt zu erhalten; und auch alle Rechte, die die Hausverträge gaben, wurden durch den Erbgang wieder zu Pflichten. Die Gewährleiſtung der Aufrechthaltung aller dieſer Rechte, der Erfüllung aller dieſer Pflichten, war nun mit eingeſchloſſen in den Bund der in dem Huldigungsakte beſchworen wurde.

Daß Alles das ſich alſo in der Wirklichkeit verhalten, liegt uns noch näher nachzuweiſen

ob. Die Sammlung unſerer ältern Freyheitsbriefe enthält aber in dieſer Beziehung das bündigſte Zeugniß. Wir werfen vor Allem einen Blick auf die Entſtehungsweiſe dieſer Urkunden. Hier zeigt ſich denn ſogleich daß dieſelben keineswegs — wie der Wortlaut anzudeuten ſcheint — ein einſeitiges Zugeſtändniß erbetener Privilegien ſind. Die meiſten derſelben tragen vielmehr den Charakter einer Vereinigung zweier Selbſtſtändigkeiten über die Beſtimmung und Wahrung der Gränzen ihres Rechtsbezirkes. Die Präeminenz der fürſtlichen Würde des Oberhauptes bleibt hiebei ohnehin vorausgeſetzt, ſchon vermöge der göttlichen Ableitung der hoheitlichen Rechte, ferner vermöge der zum vererblichen Eigenthum gewordenen Landeshoheit, und da die weltliche Hierarchie und der Lehensverband ohne Unterordnung und Gehorſam nicht einmal denkbar ſind. Man würde ſich übrigens irren, wenn man meinen wollte als ſeyen durch dieſe Vereinigung erſt Rechtsverhältniſſe geſchaffen worden. Es wurde durch dieſelben vielmehr bei weitem der Hauptſache nach nur Ueberliefertes geſichert, Beſtehendes anerkannt. Daß aber gerade der jeweilige Regierungs-Antritt eines Herzogs der prägnanteſte Moment war, ſich wechſelſeitig über das wozu man ſich befugt hielt auszuſprechen, ergiebt ſich von ſelbſt. Denn dieſer Regierungs-Antritt wurde recht eigentlich erſt durch den Akt der Huldigung vervollſtändigt. Daß aber dieſer Akt nur eine, dem Abſolutismus und der Willkühr unzugängliche Sanktion des Beſtehenden war, geht ſchon daraus hervor, daß der Gegenſtand des — wenn wir ihn ſo nennen wollen — zu ſchließenden Vertrages, ganz unveräußerliche Rechte betraf, und alſo Nichts über die Weſenheit, ſondern nur über die Gränzen dieſer Rechte zu beſtimmen war.

§. 12.

Es iſt nun um ſo nothwendiger dieſe Freyheitsbriefe etwas ſchärfer, und zwar im Einzelnen ins Auge zu faſſen, als dieſelben ſpäterhin in ihrer Geſammtheit als die urkundliche Grundlage der landſchaftlichen Freyheiten geltend gemacht worden ſind. Hiebei iſt zu bemerken, daß wenn gleich der erſte dieſer Freyheitsbriefe das Datum des Jahres 1311 trägt, derſelbe doch nicht als die erſte urkundliche Verbriefung der ſtändiſchen Privilegien betrachtet werden kann. Namentlich iſt bekannt, daß bereits im Jahre 1301 ein förmlicher Rittertag zu Schmaitbach abgehalten worden, auf welchem die Grafen, Freyen, Dienſtleute und Edeln des Vicedom-Amts verſammelt waren, und gegen die Bewilligung einer Viehſteuer, von dem Herzoge das eidliche Verſprechen empfiengen, „daß er fürbaß keine gemeine Steuer an ihren Leuten und Gütern mehr ſuchen wolle, ihnen auch geſtattend ſich zur Vertheidigung dieſer Freyheit zu verbinden." Immerhin bleibt aber die im Jahre 1311 von Herzog Otto ausgeſtellte Handveſte der erſte in der Reihe der noch vollſtändig auf uns gekommenen und beſtätigten Freyheitsbriefe; und iſt alſo der Inhalt deſſelben vor Allem zu prüfen. Daß nun in dieſer Handveſte nicht — wie gemein hin behauptet worden iſt — der Urſprung der ſtändiſchen Gerichtsbarkeit zu finden ſey, wird durch einen flüchtigen Rückblick auf die damalige Beſchaffenheit des bayeriſchen Gerichtsweſens überhaupt leicht in's Klare kommen. Denn längſt vor dem Datum dieſes Freyheitsbriefs, ja in der älteſten Verfaſſung ſchon hat ja die dreyfache Gliederung der Gerichtsbarkeit in das Schrannengericht, Hofmarchsgericht und Dorfgericht ſtatt gefunden, und iſt der Ausgangspunkt für alle ſpätere Entwicklung unſeres Gerichtsweſens geblieben; wie das bereits oben,

bei der Darſtellung der ältern Gerichtsverfaſſung gezeigt worden iſt. Ebenſo iſt nachgewieſen worden, daß der Adel ſowohl als die Kirche und die Städte, bereits längſt im Beſitze ſolcher Hofmarchs= und Dorfsgerichte ſich befunden haben, ſo wie ja das ohnehin aus dem Wortlaute der Handveſte von ſelbſt hervorgeht, wo es heißt: „daß durch dieſelbe die Dorfgerichte, Grafſchaften und Hofmarchen der verſammelten Stände nicht geringert werden ſollen.“ Iſt nun hienach die erſte Begründung ſtändiſcher Gerichtsbarkeit in der Ottoniſchen Handveſte nimmermehr zu ſuchen, ſo enthält dieſelbe dagegen wohl eine Erweiterung dieſer Gerichtsbarkeit. Der Herzog entſagt nämlich in der Urkunde zu Gunſten der Biſchöfe, Geiſtlichen, Grafen, Freyen, Ritter und Bürger allen Gerichten, mit Ausnahme derer welche zu dem Tode ziehen; geſtattend daß jeder Herr ſelbſt richte über ſeine Bauern und ſeiner Leute Gut die er mit Thür und Thor beſchloſſen hat, ſie mögen nun auf Pfandſchaften, Vogteyen oder Urbar ſitzen, vorbehaltlich des Gerichtes über Eigen und Lehen.“ Und ſo liegt denn die in der fraglichen Urkunde gegebene Erweiterung und neue Verleihung von Gerichtsbarkeit für die Kirche den Adel und die Bürgerſchaft darin, daß diejenigen, welche bereits Grafſchafts=, Hofmarchs= oder Dorfgerichtsbarkeit beſaßen, dieſelbe nun nicht blos über ihre grundbaren, ſondern über alle inner dem geſchloſſenen Bezirke wohnenden Leute auszuüben hatten; und daß zugleich diejenigen welchen bisher noch gar keine Gerichtsbarkeit zuſtand, nun gleichfalls Hofmarchs=Jurisdiktion über alle Leute ſollten auszuüben haben, welche ſie mit Thür und Thor beſchloſſen hatten.

Soviel im Allgemeinen. In Beziehung auf das Einzelne waren in dieſem erſten Freyheitsbriefe folgende Beſtimmungen enthalten. Fürs erſte war es durch die am Eingange der Urkunde im Allgemeinen hingeſtellte Ceſſion der Gerichtsbarkeit nothwendig geworden, zur Verdeutlichung ihres Sinnes noch einzelne Punkte, die leicht ſtreitig hätten werden können, genauer zu bezeichnen. Daher wird im Verfolge des Textes hinzugefügt:

1) Diebe ſollen dem fürſtlichen Richter ausgeliefert werden, als ſie mit Gürtel umfangen ſind.

2) Todtſchläger, Nothnünfter und Straßenräuber ſoll der fürſtliche Richter fangen, wo er ſie trifft.

3) Verbrechen durch gefreyte Perſonen ſollen an des Fürſten Gnade ſtehen, wie von Alters hergekommen.

4) Alle übrigen Gerichte werden der Geiſtlichkeit, der Ritterſchaft, und den Städten allen wo das Gut von gefällt, überlaſſen.

5) Ueber Grafen, Freye, Dienſtmannen, Ritter und Knechte behält ſich der Fürſt das Gericht durch ſeinen Vicedom vor.

6) Eben ſo das Gericht über Eigen und Lehen durch ſeinen Richter.

7) Klagen eines fürſtlichen Unterthanen gegen einen Mann eines Gefreyten gehören vor das Gericht des Letztern; aber wenn dieſer ſechs Wochen ſäumig iſt, ſo fällt das Gericht dem Herzog anheim.

8) Klagen eines Mannes der Gefreyten gegen einen herzoglichen Unterthanen gehören vor den fürſtlichen Richter.

9) Hinſichtlich der Appellation bleibt es bei den beſtehenden Geſetzen und Gebräuchen.

10) Klagen der Bürger aus herzoglichen Bannſtädten und Märkten gegen einen Hinterſaſſen der Gefreyten ſoll der herzogliche Richter erledigen auf unverzogenen Tagen.

11) Klagen der Bürger gegen Edel- und Dienſtleute gehören vor den Herzog, ausgenommen wo der Kläger den Beklagten in der Stadt ſelbſt betritt.

Soviel in Betreff des Gerichtsverfahrens. Nun folgen einige Beſtimmungen anderer Art:

1) Wenn Leute der Gefreyten in eine Stadt fahren, ſo ſollen ſie binnen Jahresfriſt reklamirt werden können.

2) Burgrecht außer dem Weichbilde zu gewinnen ſoll nicht geſtattet ſeyn.

3) Kein fürſtlicher Amtmann ſoll Nachtſelden auf der Gefreyten Pfandſchaften legen.

Nun folgt das Privilegium der Steuerfreyheit, lautend: Wir geheißen: „Wenn man an die Steuer ſteht, ſo ſagen wir die Gefreyten davon ledig."

Dann reihen ſich die Beſtimmungen über den Vollzug der Handveſte an:

1) Würden die hier gegebenen Rechte überfahren, ſo ſoll das an den Vicedom gebracht werden; der ſoll binnen 14 Tagen einen Tag ſetzen. Iſt er ſäumig ſo ſoll es an den Fürſten kommen. Zögert auch der Fürſt Recht zu geben, ſo ſoll die Selbſthülfe eintreten, und dabey den Gefreyten das Recht zuſtehen zu dieſem Zwecke in Bündniſſe zu treten. Auch gegenwärtig ſchon ſollen alle Landesherren einen Bund zu Aufrechthaltung der gegebenen Freyheiten beſchwören. Dagegen ſollen auch alle Gefreyten dem Fürſten Hülfe leiſten zum Vollzuge der Handfeſte gegen jeden der ſie darin irren wollte.

Zur Bekräftigung ſoll dieſe Handfeſte beſchworen werden von dem Fürſten; es ſoll des Pabſtes und des Königs Beſtätigung erwirkt werden, eben ſo die Siegel Herzog Rudolfs, des Herzogs von Oeſterreich und des von Kärnthen, und der Biſchöfe von Salzburg, Paſſau, Regensburg und Freyſing. Den frühern Handfeſten, den Dorfgerichten, Grafſchaften und Hofmarchen ſoll durch dieſe Handfeſte kein Eintrag geſchehen. Man ſoll eine Notel dieſer Handfeſte an allen Stätten legen wo man die Steuern abnimmt, und da ſollen Arme und Reiche ſchwören ſie zu halten, und einander gegen die überfahrenden Amtleute geholfen zu ſeyn.

Mit den Biſchöfen kam es in Beziehung auf den Vollzug dieſer Beſtimmungen zu mancherlei Irrungen, zuletzt aber gleichwohl zu einem Vergleiche, in welchen nach dem Erkenntniſſe von Schiedsleuten feſtgeſetzt wurde: „Um die Steuer, die wir durch des Landesnoth nun, und auch vor, je genommen von ihren (der Geiſtlichkeit von Regensburg) Leuten und Gütern, daß wir zur Beſſerung, nach ihr Vorderung, demſelben Biſchof Conrad und all ſeiner pfaffheit gegeben haben all unſer gericht, die wir gehabt haben über ihre Leute und Güter, ohne den drei Gerichten, die zu dem Tod ziehen; und ſollen ſie derſelben Gericht in Nutz und gewehr geſetzt werden heut zu tag; Wir geben ihnen auch die Gerichte in all dem recht, als wir ſie unſern Landherrn gegeben haben, alſo daß die Punde darauf nicht ſchwerer noch geringer ſeyn ſoll denn die Handfeſte ſagt; Wir geben auch die Gerichte über die Leute und Güter im Biſthume, die die ſteuer haben getragen; wo die ſteuer nicht abgenommen worden, da ſind die Gerichte unſer als zuvor. Auch ſollen wir von der Pfaffheit fürbaß keine ſteuer mehr nehmen."

II. Freyheitsbrief v. J. 1322.

Die Herzoge Heinrich, Ott und Heinrich *) beſtätigen die Ottoniſche Handfeſte und ſchreiben vor: daß der Vicedom und die Richter ſtets eine Notel dieſer Handfeſte bei ſich führen ſollen, wenn ſie zu Gericht ſitzen.

III. Freyheitsbrief v. J. 1331.

Herzog Heinrich der Jüngere **) verſpricht (gegen die Bewilligung einer neuen Viehſteuer) jenen die Theil an der großen Handfeſte haben, ſie nimmermehr mit Gewalt oder Bet durch eine ungewöhnliche Steuer zu beſchweren.

IV. Freyheitsbrief v. J. 1339.

Kaiſer Ludwig ***) verſpricht Land und Leute, Städte, Herrn, Ritter und Knechte getreulich zu ſchirmen und zu pflegen, das Land mit keinen Gäſten zu beſetzen, und Jedermann bei ſeinem Recht zu laſſen.

V. Freyheitsbrief v. J. 1341.

Kaiſer Ludwig beſtätigt den Grafen, Freyen, Dienſtmannen, Rittern, Knechten, Burgern, Arm und Reich, Geiſtlichen und Weltlichen, die ihn von Erbſchaftswegen zu ihrem Herrn gefordert und genommen, die große Handfeſte über die Gerichte und alle ihre gewöhnlichen Rechte.

VI. Freyheitsbrief v. J. 1347.

Ludwig der Brandenburger, Ludwig der Römer und Stephan beſtätigen für ſich und ihre Geſchwiſter den Ständen, dafür daß ſie ſie zu ihrer rechten Herrſchaft genommen, ihnen mit Treue und Dienſt zu warten, die große Handfeſte und ihrer Vorfahren Briefe, und verheißen ſie mit keinem Gaſt, Rath, Pfleger, als ſolche die Landleute des Niederlands ſind zu überſetzen, ſie ferner aller Anſprach, Gebot, Foderung, keiner gemeinen Steuer von Hab und Gut, nimmermehr zu beſchweren, deren ſie fürbaß ewig frey ſeyn ſollen; Vicedom, Richter, Amtmänner ſollen, ehe ſie an das Amt ſtehen, ſchwören dem Herzog, ſo wie dem Land und Leuten ihr Recht zu behalten, als die Briefe ſagen, von denen ſie eine Notel bei ſich führen ſollen. Des Bundes den ſie geſchloſſen zu Aufrechthaltung ihrer Freyheiten ſollen ſie unvergolten bleiben. In dieſem Bundbriefe vereinigen ſich 75 genannte Männer und 19 Städte und Märkte und dazu gemeinlich Edle und Unedle, wie ſie genannt ſind, mit der Fürſten Willen und Heiſſen, durch Schwur, ob Einer aus ihnen ihre Handveſte überfahren würde, ſo ſollen — falls dem Kläger nicht in beſtimmter Friſt Abhülfe geſchieht — ſie ſämmtlich demſelben geholfen ſeyn mit Leib und Gut; dieſer Bund ſoll auch von ihren Hausfrauen und Erben und Nachkommen ewig ſtett und unzerbrochen bleiben.

VII. Freyheitsbrief v. J. 1355.

Herzog Stephan gelobt die nicht zum Lande gehörenden Gäſte fahren zu laſſen, und alle Gerichte, Hof- und andere Aemter mit Landleuten zu beſetzen.

---

*) Die Nachkommen Heinrichs von Niederbayern, als ſie zur Volljährigkeit gekommen.

**) Der Sohn Herzog Otto's von Niederbayern.

***) Nachdem ihm Herzog Heinrich von Niederbayern ſeinen Landesantheil gegeben.

VIII. Freyheitsbrief v. J. 1355.

Herzog Stephan gelobt, gegen Bewilligung, eine gemeine Steuer überall im Lande zu nehmen, Jedermann bey ſeinem Recht und Gericht, bey ſeinen Briefen und Ehren zu belaſſen; Niemand von ſeinen Leuten und Gütern oder ihm ſelbſt ohne Recht anzufallen; die Stände nicht mehr zu bitten um keine Steuer; und ſie an keinen Gaſt oder anders zu verpfänden.

IX. Freyheitsbrief v. J. 1358.

Derſelbe Herzoge verſpricht (außer dem vorſtehenden) Niemand der häuslich angeſeſſen mit mit Eigen oder Lehen deſſen ohne Recht zu entwehren; keine Tafern beſtehen zu laſſen, als die alte rechte Ehetafern; keinen der an Hof kommt in Ungnaden anzufallen, bis er wieder heimkommt, wo er ihn dann um ſeine Schuld zu belangen hat.

X. Freyheitsbrief v. J. 1363.

Herzog Stephan der ältere beſtätigt allen Grafen, Freyen, Dienſtleuten, Rittern und Knechten, Städten und Märkten, Geiſtlich und Weltlich, Arm und Reich zu Oberbayern, dafür daß ſie ſeine Gerechtigkeit und rechte Erbſchaft erkannt, ſich gegen ihn untertheniglich ergeben, und ihm als ihren rechten Herrn Huld geſchworen — daß er Jedermann bey Brief und Recht, und Gewohnheit und dem Rechtbuche laſſen, daß er ſeinen Rath aus angeſeſſenen Landleuten nehmen wolle nach Rath von Land und Leut und Städten und Märkten, daß er das Oberland ungetheilt beyſammenlaſſen wolle, noch etwas daran nehmen, vermachen oder verkümmern, daß er endlich keine Viehſteuer, Urbarſteuer noch ungerechte Steuer und Pet begehren wolle.

XI. Freyheitsbrief v. J. 1365.

Unter Beſtätigung der ältern Freyheiten verſpricht Herzog Albrecht daß alle Ruegung in ſeinen Gerichten fürbaß abgeſtellt werden ſoll.

XII. Freyheitsbrief v. J. 1374. (Der ſogenannte Brandbrief.)

Die Herzoge Stephan der ältere, Albrecht und Ott (Gebrüder) dann Stephan der jüngere, Friedrich und Johann (Stephan des ältern Söhne) bekennen, daß ſie übereingekommen, nach Rath ihres Raths, der Grafen, Freyen, Dienſtleute, Städte und Märkte, Land und Leuten, Arm und Reichen, Geiſtlichen und Weltlichen in Bayern geſeſſen, daß füran keiner mehr den andern brennen ſoll weder im offnen Krieg noch ſonſt wo, und daß auch kein Verbrecher mehr genießen ſoll des Friedens, der Freyung, des Geleites oder der Hauſung, bey Strafe der Rechts- und Ehrloſigkeit, und verbinden ſich auch gegen jeden der das überfährt ſich geholfen zu ſeyn und den zur Beſſerung zu zwingen. (Beſiegelt mit den Siegeln der Fürſten und 119 Freyen und 24 Städten und Märkten).

XIII. Freyheitsbrief v. J. 1392.

Die Herzoge Stephan, Friedrich und Johann beſtätigen ſämmtliche Freyheiten insgemein und verſprechen allen, der Theilung zu Folge an ſie gekommenen Grafen, Freyen, Dienſtleuten, Rittern und Knechten, Städten und Märkten, ſie bey redlichem und gleichem Recht zu behalten und bleiben zu laſſen, und wenn einer aus ihnen, er ſey frey oder Dienſtmann, Pfaff oder Lay gegen Sie verklagt würde wollen ſie ihn vor ihren Landherrn und Räthen gnädiglich verhören, und den ſchuldigen gnädiglich ſtrafen; Alle Landgerichte und Gerichte in Städten und Märkten

ſollen bei ihren Rechten und Würdigkeit bleiben, und alle Straſſen und Zölle wollen ſie bleiben und gehen laſſen, wie mit alter Gewohnheit Herkommen iſt.

XIV. und XV. Freyheitsbrief v. J. 1392.

Zwey Bundbriefe der Grafen, Freyen, Dienſtleute, Ritter, Knechte, Städte und Märkte des betreffenden Landestheils, zu Aufrechthaltung der verbrieften Freyheiten „doch in ſolcher Maaß, daß die Fürſten bey ihrem Fürſtenthum und Herrſchaften — und ſie (die Verbündeten) bey Recht und Gnaden bleiben, und ihren Herrn beyſtändig ſeyn ſollen als getreuen Biederleuten gegen ihre rechte Herrſchaft geziemt.“

XVI. Freyheitsbrief v. J. 1393.

Herzog Johann und Ernſt ſein Sohn beſtätigen allen, in Folge der Landestheilung an ſie gekommenen Ständen ihre Rechte und Freyheiten, bekennend insbeſondere: Ihre Schlöſſer, Feſten und Pflegen wollen ſie nur mit Landleuten beſetzen; es mögen die Grafen und Freyen, Städte und Märkte, Land und Leut Tag ſuchen und zu einander kommen, als oft ihnen das Noth beſchieht, und da mit einander reden von der Herrſchaft des Landes und ihrer Nothdurft ſie (die Herzoge) wollen keinen namhaften Krieg anfangen, denn nach Rath der Landherrn, Ritter und Knechte, Städte und Märkte, und wollen nun alle Sachen dieſes Bundes ihre Schirmer ſeyn.

XVII. Freyheitsbrief v. J. 1394.

Herzog Heinrich *) beſtätigt den Grafen, Freyen, Dienſtmannen, Rittern und Knechten, Städten und Märkten, Land und Leuten, Edel und Unedel, allen Biſchöfen, Aebten, Prälaten und aller geiſtlichen Ordnung Niederbayerns, die ſich verbunden haben ihn bey ſeinem Fürſtenthum zu halten als ihren rechten Erbherrn — ihre Briefe und Freyheiten, und insbeſondere das bemerkte Bündniß. (Beſtätigt durch Stephan und Johann als Vormünder.)

XVIII. Freyheitsbrief v. J. 1394.

Herzog Albrechts des Jüngern einfache Beſtätigung der Freyheiten der Stände (unter welchen auch die Aebte, Pröbſte und Prälaten genannt ſind) gegen Bewilligung einer Steuer, unter dem Verſprechen keine Steuer nimmermehr von ihnen zu nehmen.

XIX. Freyheitsbrief v. J. 1394.

Bündniß der Grafen, Freyen, Dienſtleut, auch alle Pfaffheit, Geiſtlich und Weltlich, Ritter und Knecht, Edel und Unedel, Arm und Reich, Städt und Märkt, Land und Leut im Niederlande geſeſſen, zu Aufrechthaltung ihrer Freyheiten. (Vergl. den XVII. Freyheitsbrief.)

---

*) Nach Friedrichs von Landshut Tod wurde von Herzog Stephan ſogleich nach der Vormundſchaft über den minderjährigen Heinrich gegriffen, und ein Zuſammenwurf der getheilten Lande beabſichtigt. Die Stände des Niederlandes aber traten zuſammen in ein Bündniß zu Wahrung ihrer Freyheiten (XIX. Freyheitsbrief). Dieſer Bund nun findet im XVII. Freyheitsbrief ſeine Beſtätigung durch Heinrich und ſeine Vormünder Stephan und Johann.

XX. Freyheitsbrief v. J. 1396.

Die Herzoge Stephan und Johann *) beſtätigen — in Anſehung der großen Hülfe die ihnen die Stände geleiſtet an Ihrer Geldſchuld — allen geiſtlichen und weltlichen Ständen ihre alten Freyheiten, und das Rechtbuch, und den Brandbrief, und bekennen insbeſondere: „daß ſie ihre Lieben Getreuen noch auch ihre Eigenleut und Vogtleut fürbaß nicht mehr beſchworen wollen mit keinerley Steuer, Schatzung, über die alte gewöhnliche Steuer, Nutz, Gült, Zöll, Maut, Gericht, Fäll, Rent und Dienſt, die Sie (die Fürſten) von allen Rechtswegen von ihren Herrſchaften und Herzogthum haben auf dem Land und in den Städten. Weſſen Freyheit überfahren würde, der ſoll das vor den Vicedom bringen, damit es binnen 14 Tagen gewendet werde. Und wäre einer der zwey Fürſten zu hart und ungnädig, ſo ſoll der Andere dem Lande und den Leuten darin geholfen und die Stände ihm darin beyſtändig, und ihrer Pflicht gegen Jenen ſo lange bis der Uebergriff gewendet iſt enthoben ſeyn.

XXI. Freyheitsbrief v. J. 1398.

Herzog Ernſt und Wilhelm **) beſtätigen den Ständen ihre Freyheiten „als ſie Uns jetzt williglich gehuldigt, und deß von Erbſchaft ſchuldig ſind, und Wir ihnen zu thun wohl ſchuldig und gebunden ſind.“

XXII. Freyheitsbrief v. J. 1399.

Herzog Johann ***) beſtätigt den Ständen Niederlands ihre Freyheiten.

XXIII. Freyheitsbrief v. J. 1402. †)

Die Herzoge Stephan, Ernſt und Wilhelm Gevettern, beſtätigen den Standen Oberbayerns ihre verbrieften Freyheiten und Gewohnten; verſprechend insbeſondere: daß jedem erlaubt ſeyn ſoll aus des einen Fürſten Theil in jenen des Andern zu fahren mit Leib und Gut, und heyrathen; daß alle ungewöhnlichen Urfahr und Haybrücken ſollen abgethan werden, und alle Zöll und Salzſtraſſen bleiben nach alter Gewohnheit.

XXIV. Freyheitsbrief v. J. 1403.

Bundbrief der Stände Oberlandes zum ſtraken Vollzuge der zwiſchen Stephan, Ernſt und Wilhelm getroffenen Theilung.

XXV. Freyheitsbrief v. J. 1409.

Simple Freyheitsbeſtätigung durch Herzog Johann (v. Holland).

---

*) Nach dem Zuſammenwurfe des Münchner- und Ingolſtädter-Landestheiles, und da die Stände den zwanzigſten Pfenning zu Löſung der fürſtlichen Schlöſſer und Herrſchaften bewilligt.

**) Nach ihres Vaters Herzog Johanns Tod, und auf Anweiſung ihrer Vettern Stephan und Ludwig.

***) Der Sohn Albrechts I. von Niederland-Straubing.

†) In Folge der Theilung die nach der Ausgleichung der Irrungen zwiſchen den Fürſten der Ingolſtädter und Straubinger Linie durch 24 Schiedsmänner ſtattgefunden.

XXVI. Freyheitsbrief v. J. 1416.

Herr Jobſt von Abenſperg, Ott Grans, Math. v. Kamer, Kaſpar v. Laber, Hademar v. Laber der ältere und Hademar v. Laber der jüngere, Caſpar und Wilhelm die Törringer, Jörg und Werner die Waldeker, Jörg und Lukas und Sigmund die Fraunberger, Theſercs v. Fraunhofen, Hans und Ortolf die Laiminger, Ludwig Pientzenauer, Wilh. Maxlrainer, Aſm. Geßkircher, Wilh. Camerberger, Georg von Wolfſtein, Caſpar und Georg die Turner, Ulrich Eiſenhofer und Jakob Pitrich von Reicherzhauſen, verbriefen ſich geſchwornen Eides ſich zu helfen zu bleiben bey ihrem und der Landſchaft Recht, und daß keinem aus ihnen Ungleich beſchehe; und ob das überfahren würde von einem ihrer gnädigen Herrn, ſoll ihr Hauptmaun die Verbündeten beſenden den Kläger zu hören und dann zu demſelben Herrn reiten ihn zu bitten das Unrecht zu wenden; uud ob das auch nicht geſchehe, wollen ſie doch zuſammenbleiben. Stöß und Irrungen unter ſich (die nicht Erbe und Eigen betreffen) wollen ſie richten durch 8 oder 10 aus den Geſchlechtern der Verbündeten eines nnverzogenlichen Rechts; andern Rittern und den Städten und den Märkten ſoll der Zutritt zu dem Bunde offen ſtehen. *)

XXVII. Freyheitsbrief v. J. 1420.

Die Grafen, Freyen, Ritter und Knechte, Städt und Märkte Oberbayerns, in Herzog Ludwigs (Grafen von Mortani) und ſeines Sohnes Theil geſeſſen, treten auf ihrer Fürſten Geheiß obigem Ritterbunde ſey.

XXVIII. Freyheitsbrief v. J. 1420.

Der Bundeshauptmann Kaſpar der Thoringer beurkundet: „Als Herzog Ludwig Graf zu Mortani und Ludwig ſein Sohn in die Einigung der Ritterſchaft die ſie geſchloſſen zu bleiben bey Freyheit, Brief, Gnade und Landrecht — gegangen und aufgenommen worden, zu Mehrung des Friedens und Sicherung der Gerechtigkeit — ſo verbinden ſie ſich denn ſämmtlich getreulich beyſammen zu bleiben; und Ob ein Herr wider ihre Briefe thât, ſollen die genannten Fürſten — die ſie für dieſen Fall für ihre Herrn halten wollen, ihre Schirmer ſeyn; Und entgegen Ob ſie gemahnt wurden von den genannten Fürſten oder die Ihrigen um Hülfe, ſo ſoll er (der Hauptmann) 6 aus dem Bunde wählen, und die Herren 4 aus ihren Räthen dazu thun, und was die beſchließen dabey ſoll es bleiben; Und Ob es zu offnem Kriege käme ſoll keiner der Theile ſich ſetzen, noch frieden, noch freyen ohne dem andern Theile.

XXIX. Freyheitsbrief v. J. 1420.

Herzog Ludwig und ſein Sohn beurkunden daß Sie aus Wohlgefallen an dem Bunde den die Ritterſchaft in ihrem und ihres Vetters Land geſchloſſen, Sich zu dieſem Bunde geeinet, zu

---

*) Dieſer, in die Reihe der Freyheitsbriefe aufgenommene Ritterbund, ward geſchloſſen als die traurigen Fehden und Zwiſte zwiſchen den Fürſten der getrennten Linien, und Heinrichs durchgreifendes Benehmen die Freyheiten des Landes in Gefahr zu bringen ſchien. Als Herzog Ludwig (von Ingolſtadt) dieſes ſah, bewog er auch die Stände ſeines Gebietes dem Bunde ſich anzuſchließen. Dieſes geſchah 1420 auf einem Tage zu Aichach, und der zum Hauptmann gewählte Caſpar der Thoringer ſtellte den Brief des Geſammtbundes aus.

wechſelſeitiger Sicherung ihrer Freyheiten und Rechte; Geloben auch, zu beſſerer Sicherheit und Geſellſchaft, und damit jeder Landestheil bey ſeinen Briefen und Rechten bleibe, ihrer Landſchaft, Rittern, Knechten, Städten und Märkten zu ſchaffen daß ſie ſich alle in dieſem Bunde vereinen.

XXX. Freiheitsbrief v. J. 1422.

Kaiſer Sigmund, in Betracht wie ſehr ihm daran gelegen daß der Adel in ſeinem Weſen glücklich beſtehe und aufnehme — ertheilt der Ritterſchaft in allen deutſchen Landen volle Macht und Gewalt ſich miteinander zu Aufrechthaltung ihrer Rechte zu verbinden.

XXXI. Freyheitsbrief v. J. 1425. *)

Fünf und Sechzig Ritter und fünf Städte der Landſchaft der Niederlandes (Straubing) bekennen: Als die Fürſten von Bayern über die Erbſchaft Herzog Johanns nicht einig ſind, ſie aber (die Landſchaft) doch alle für ihre Erbherrn erkenne, Jeden zu ſeinem Rechten, ſo habe ſie gebeten um Beſtätigung ihrer Freyheiten, und wollen dann gern Huldigung thun Jeden zu ſeinem Rechten; bis es aber zu einem Austrag und Ende komme (über den Erbſchaftsſtreit) wollen ſie, unentgolten ihren Freyheiten, einem Fürſten gleich wie dem andern, und dem Lande Alles zu Richtigkeit thun, erbötig zu allem Nutzen und Frommen des Landes und der Fürſten, und erbötig darüber für den König, den Pfalzgrafen, und andere Mitleute zu kommen; Wo ihnen aber dieſes in Ungnaden verwirkt, und ihr Erbieten kein Gefallen finden würde, wollen ſie auf Eid und Treue einträchtiglich vereint bleiben.

XXXII. Freyheitsbrief v. J. 1427. **)

Die Herzoge Ernſt, Wilhelm und Heinrich beurkunden der Landſchaft Niederbayerns, welche ihnen Betreffs der Erbſchaft Huldigung gethan zu ihren Rechten, daß ſie für den Fall es mit ihrem Vetter Ludwig zu neuen Kriegen käme, die Landſchaft zu entſcheiden haben ſoll was ſie ihrer Ehre und dem Vertrage mit ihren Bundesgenoſſen gemäß zu thun haben.

---

*) Bey Theilung der bayeriſchen Lande 1349 unter Kaiſer Ludwigs Söhnen war der ledige Anfall jederzeit bedungen. Durch die weitere Theilung des Jahres 1353 bildete ſich, unter Vorbehalt wechſelſeitiger Erbfolge, eine Landshutiſche und Straubingiſche Linie. Der Landshutiſche Aſt ward 1392 in drey Sproſſen, in die Münchner-, Landshuter- und Ingolſtädter-Linie zertheilt. Als nun Herzog Johann ohne Nachkommen ſtarb (6. Jan. 1425) traten als Erben auf: von Seite der Münchner Linie Ernſt und Wilhelm, von Seite der Landshuter Linie Heinrich, und von Seite der Ingolſtädter Linie Ludwig. Während der langwierigen und verwickelten Verhandlungen des Streites um die Erbſchaft, waren es die zur Landſchaft verbundenen Ritter und Städte, bey welchen alle Theile ihre ſtärkſte Stütze ſuchten. Die Landſchaft aber bewies eine ihrer Stellung würdige Biederkeit.

**) Ernſt, Wilhelm und Heinrich hatten ſich vereint und gelangten zur Huldigung (29. Jan. 1427). Ludwig hielt ſich noch immer entfernt, und wollte weitere Anſprüche geltend machen. Doch empfieng auch Ludwig noch in dieſem Jahre die Huldigung der Stände. (Freytag vor St. Margreten.) Der Spruch des Kaiſers erfolgte bekanntlich im Jahre 1429 dahin, daß das Niederland in 4 Theile nach den Häuptern, „dieweil ſie einer Sippe und gleich nahe ſind" getheilt werden ſoll.

XXXIII. Freyheitsbrief v. J. 1427.

Herzog Ludwig beſtätigt den Niederländiſchen Ständen, nachdem ſie ihm ſammt ſeinen Vettern zu ſeinen Rechten Huldigung gethan — ihre Freyheiten.

XXXIV. Freyheitsbrief v. J. 1428.

Herzog Heinrich (von Landshut) bekennt: Als alle Grafen, Freyen, Dienſtmannen, Ritter und Knecht, Städt und Märkt, Edel und Unedel, Arm und Reich, ſeinem Sohne Ludwig als ihrem wartenden rechten Erbherrn Huldigung gethan — ſo ſoll derſelbe, ſobald er zu ſeinen völligen Jahren gekommen, ihnen ihre ſämmtlichen Freyheiten beſtättigen, nnd wo er es nicht thäte die Huidigung kraftlos ſeyn.

XXXV. Freyheitsbrief v. J. 1429. *)

Die Ritterſchaft, Städte und Märkte des Oberlandes, Münchner und Ingolſtädter Antheiles, verbinden ſich für den richtigen Vollzug der in der Niederländiſchen Erbſchaftsſache erfolgten Erkenntniſſe des Kaiſers und der 25 Schiedsmänner zu wachen.

XXXVI. Freyheitsbrief v. J. 1429.

Die 25 Schiedsmänner in der Straubinger Erbfolgeſache ſprechen auf ihren Eid, daß die Herzoge Ludwig, Ernſt und Wilhelm die Freyheiten ihrer Landſchaft beſtätigen ſollen.

XXXVII. Freyheitsbrief v. J. 1429.

Die Herzoge Ludwig, Ernſt und Wilhelm beſtätigen die Freyheiten der Stände des Oberlandes in allen ihren Punden, Artikeln, Ehren und Rechten.

XXXVIII. Freyheitsbrief v. J. 1430.

Die Prälaten, Grafen, Freyen, Ritter und Knechte, Städte und Märkte, Edel und Unedel, und gemeiniglich die ganze Landſchaft Geiſtlich und Weltlich in Oberbayern beyden Antheiles der Linie zu München und jener zu Ingolſtadt, verbinden ſich zur Aufrechthaltung ihrer Freyheiten; und ſoll beyder Theile Landſchaft jede 4 Mann erwählen, die ſollen jährlich durch 8 Mann verſtärkt werden, die da jeden Eingriff in ihre Rechte bringen ſollen an ihren gnädigen Herrn; und Ob der Eingriff nicht gewendet wurde, ſo ſoll gebracht werden zuerſt an die Vier, und dann an die Zwölf, damit dem, dem ſein Recht überfahren genug geſchehe.

XXXIX. Freyheitsbrief v. J. 1434.

Kaiſer Sigmund beſtätigt den Grafen, Freyen, Herrn, Rittern, Knechten, Edeln und Dienſtleuten, die in dem Oberland zu Bayern geſeſſen und beerbt ſind, und ihren Erben und Nachkommen, alle ihre Freyheiten, Gnaden, Rechte, Ehebriefe, Privilegien, altes Herkommen und gute Gewohnheit, bey einer Strafe von 100 Mark Goldes für die Ueberfahrer; doch ſoll dieſe Gnade dem Kaiſer, Reich, und ihren Landesfürſten an ihren Rechten unſchädlich, und

*) Der Vollzug der Theilung des Niederlandes, in Gemäßheit des königlichen Ausſpruchs, war 25 Männern der Landſchaft übertragen, und zugleich beſtimmt worden daß die Landſchaften des Münchner- und des Ingolſtädter-Antheils ſich verbinden ſollen, nm dem was die 25 Männer beſtimmen würden, Geltung zu verſchaffen.

dem Haus Bayern an ſeiner Herrlichkeit nichts vergeben ſeyn; auch unentgolten der genannten Ritterſchaft an ihren Gnaden.

XL. Freyheitsbrief v. J. 1438.

Herzog Albrecht beſtätigt für ſich und ſeinen Vetter Adolf die Freyheiten der Stände des Niederlandes.

XLI. Freyheitsbrief v. J. 1450.

Herzog Ludwig, da ihm nach Abſcheiden ſeines Vaters Heinrich ſein gelaſſen Fürſtenthum Land, Leut und Gut, als natürlichen Erbherrn und Landesfürſten zugeſtanden, und auch die Würdigen Erſamen Andächtigen in Gott Wohlgebornen, Edel Veſt Erbar und Weiſen Prälaten, Pfarrer nnd Prieſterſchaft, auch Grafen, Freyen, Dienſtmannen, Ritter, Knecht, Städte, Märkte, Bürger und Bauern, Reich und Arm zu Nieder= und Ober=Bayern Erbhuldigung gethan — beſtätigt denſelben alle ihre Freyheiten, verſprechend jeden Eingriff in dieſelben nach Erkenntniß ſeiner Räthe, deren wenigſt fünf Landsleute ſeyn ſollen, zu wenden.

XLII. Freyheitsbrief v. J. 1458.

Herzog Albrecht von Bayern, nachdem ihm die Stände des Oberlandes an dem Heyratgut ſeiner lieben Tochter eine Hülfe gethan — die ſie nicht ſchuldig ſind — beſtätigt denſelben alle ihre Briefe und Freyheiten, verſprechend kein Bet Steuer noch Schatzung zu fodern die wider dieſe Rechte waren, Rath Pfleg und Amt mit keinem Gaſt zu beſetzen oder nach der Landherrn und Rathe Rath, doch daß das Land in keinem Fall durch ſolche (Gäſte) geregirt werde; die Gerichte mit ehrbaren geläumten Leuten zu beſetzen, Niemands einen Theil wider des andern Recht ab= zuſchaffen anders dann das Land= und Stadtbuch und gemein Landrecht inn hat, für Geldſchuld Niemands Freybrief zu geben; es ſoll auch kein Amtmann Futterkorn noch anders von armen Leuten nehmen; jeden Eingriff in die Freyheiten nach Erkenntniß der Räthe wenden zu laſſen; alle Steuerung mit Jagern, Scharwerk, Holzfuhr und anderes abzuſtellen.

XLIII. Freyheitsbrief v. J. 1461.

Die Herzoge Johann und Sigmund bekennen für ſich und ihre Brüder Albrecht, Chriſtoph und Wolfgang — in Betracht der von den Ständen Niederbayerns ihnen als rechten Erbherrn geleiſteten Huldigung — der Landſchaft ihre ſämmtlichen Rechte und Freyheiten.

XLIV. Freyheitsbrief v. J. 1463.

Dieſelben beſtätigen abermals, in Anſehung der von den Ständen Niederlands zu Verhey= rathung ihrer Schweſtern und Einlöſung des Nordgaues ihnen geleiſteten Hülfe, die ſämmtlichen Freyheiten und Briefe der Landſchaft (in der Art wie Herzog Albrechts Freyheitsbrief für das Oberland v. J. 1458 lautet).

XLV. Freyheitsbrief v. J. 1471.

Herzog Albrecht IV. beſtätigt der Landſchaft des Niederlandes ihre Freyheiten.

XLVI. Freyheitsbrief v. J. 1491.

Kaiſer Friedrich beſtättigt den Prälaten, Grafen, Freyen, Herrn, den v. Adel, Städten

und Communen im Lande Bayern geſeſſen, von römiſch kaiſerlicher Macht wegen, dreyzehn *) ihrer Freyheitsbriefe; doch Kaiſer und Reich unvergriffen.

XLVII. Freyheitsbrief v. J. 1506.

Herzog Albrecht IV., wann er nach Herzog Georgs Tod als der natürliche Erbherr und Landesfürſt an ſein gelaſſen Fürſtenthums Land und Leut und Gut, und in Kraft des königlichen Spruchs und durch die Landſchaft mit Herzog Wolfgang errichteten Vertrags als allein regierender Fürſt gekommen und geſtanden — beſtätigt nach empfangener Erbhuldigung der Landſchaft von Ober- und Niederbayern, als ihr gnädiger Herr und Landesfürſt, ihre Freyheiten; in ſolcher Maaß, daß Er und Seine Erben bey ihrem Fürſtenthum und Herrſchaften, und ſie (die Stände) bey allen ihren Rechten und Briefen bleiben, Er (der Herzog) ſie ſchützen, ſie aber ihm (als getreue Biederleute ihrer Herrſchaft) dienſtlich und beyſtändig ſeyn ſollen.

XLVIII. Freyheitsbrief v. J. 1508.

Herzog Wolfgang, als Vormünder Herzog Wilhelms und die aus den 3 Ständen zugeordneten ſechs Mitvormünder, beſtätigen die ſämmtlichen Freyheiten der bayeriſchen Landſchaft.

XLIX. Freyheitsbrief v. J. 1510.

Herzog Wilhelm reverſirt ſich gegen die Landſchaft daß die von ihr geſchehene Bewilligung einer Steuerhülfe zur Ausſtattung ſeiner Schweſtern, ihren Freyheiten und auch der jüngſt darüber ausgegangenen Erklärung unſchädlich ſeyn ſolle.

L. Freyheitsbrief v. J. 1514.

Gemeine Landſchaft von allen Ständen, nämlich Prälaten und all' Geiſtlichkeit, Grafen, Freyherrn, Ritter, auch ander vom Adel Rittermäßige Knecht und Zugewandte, Stett und Märkt, Land und Leut des Haus und Fürſtenthums bekennen, daß ſie, wann ihnen bisher merklicher Abbruch an ihren Freyheiten geſchehen, ſich verbunden und vereint haben zur Handhabung dieſer ihrer Freyheiten, und beſtimmen, daß 4 aus dem Ober- und 4 aus dem Niederland hiezu verordnet, und dieſen noch 16 zugegeben werden ſollen, um jede Klage auf Eingriff in die Freyheit bey den Fürſten zur Abhülfe zu bringen; und wo ſie das nicht vermögen, ſollen ſie eine ganze Landſchaft zuſammenberufen, um zu rathſchlagen wie dem Kläger ſeine Freyheit gehalten werden möge; doch ſo daß ihre Fürſten bey ihren fürſtlichen Rechten, und ſie bey ihren Briefen und Freyheiten bleiben ſollen; Auch ſollen acht aus den Verordneten jährlich zweymal nach Hof reiten, und um die Beſchwerden auszugleichen Fleiß ankehren.

LI. Freyheitsbrief v. J. 1516.

Revers der Herzoge Wilhelm und Ludwig daß die von der Landſchaft geleiſtete außerordentliche Geldhülfe zum bayeriſchen Krieg ihren Freyheiten unſchädlich ſeyn ſolle.

LII. Freyheitsbrief v. J. 1536.

Gleicher Revers in Betreff der Hülfe zum ſchwäbiſchen Kriege.

---

*) Nämlich den 1. 2. 4. 5. 6. 7. 9. 11. 13. 22. und drey andere, welche in der Freyheits-Sammlung nicht vorkommen.

LIII. Freyheitsbrief v. J. 1536.

Revers in Betreff der im Jahre 1535 bewilligten Landſteuer.

LIV. Freyheitsbrief v. J. 1540.

Revers in Betreff der 1537 bewilligten Türken-Hülfe.

LV. Freyheitsbrief v. J. 1543.

Revers in Betreff der 1541 bewilligten 300,000 fl. Türken-Hülfe ſ. a.

LVI. Freyheitsbrief v. J. 1543.

Revers in Betreff des zu Tilgung der Schulden bewilligten Aufſchlags von 600,000 fl., deſſen Erhebung der Landſchaft überlaſſen wird.

LVII. Freyheitsbrief v. J. 1544.

Revers in Betreff der 1543 bewilligten Türkenhülfe.

LVIII. Freyheitsbrief v. J. 1555.

Kaiſer Karl V. beſtätigt aus kaiſerlicher Macht den Prälaten, Grafen, Freyen, Herrn, vom Adel, Stett und Märkten der Landſchaft Ober- und Niederbayerns ihre Freyheiten, Rechte und Gewohnheiten, insbeſondere die von Herzog Albrecht V. denſelben ertheilten Brief und erneuerte Freyheits-Erklärung.

LIX. Freyheitsbrief v. J. 1556.

Revers Herzog Albrechts in Betreff der von der Landſchaft bewilligten Geldhülfe.

LX. Freyheitsbrief v. J. 1557.

Herzog Albrecht V. bekennet, daß er denen vom Adel und der Ritterſchaft und ihren Erben, die Hofmarchs-Freyheit und Obrigkeit auf allen ihren landgerichtiſchen Sitzen, Sedlhöfen, Tafernen und einſchichtigen Gütern bewilligt habe, inſoferne ihnen dieſe Güter mit Stift und ausſchließlichem Eigenthum zuſtehen, und nicht über 3 Meilen von der häuslichen Wohnung entfernt liegen, dann mit Ausnahme der Malefiziſchen Handlungen und Verbrechen; kommen nun derley einſchichtige Güter aus der Hand des Adels, ſo ſollen ſie wieder landgerichtiſch werden; Mit den Ehrhaften, Ob- und Hauptmannſchaften und Gemeinden, dann Scharwerken, Futter- und Straſſenumlagen und Holzfahrten, ſoll es bey dem alten Herkommen und der erklärten Landesfreyheit ſein Bewenden haben.

LXI. Freyheitsbrief v. J. 1557.

Revers (oder Schadloshaltungsbrief) in Betreff der von der Landſchaft übernommenen Schuldenzahlung.

LXII. Freyheitsbrief v. J. 1559.

Kaiſer Ferdinand beſtätigt die Freyheiten der bayeriſchen Landſchaft, insbeſondere die ihr von Herzog Albrecht (in den Jahren 1550 den 28. April und 1557) hierüber ertheilten Briefe und Landesfreyheits-Erklärung v. J. 1553. *)

*) Dieſer kaiſerlichen Beſtättigung iſt die Freyheitsbeſtätigungs-Urkunde Albrecht V. v. J. 1550 wörtlich eingeſchaltet, welche namentlich die Beſtätigung der im Jahre 1516 ertheilten Landeshoheits-Erklärung in ſich führt.

LXIII. Freyheitsbrief v. J. 1565.

Gleichlautende Beſtätigung durch Kaiſer Maximilian II.

LXIV. Freyheitsbrief v. J. 1565.

Herzog Albrecht's der Landſchaft ausgeſtellter Schadloshaltungs=Brief in Betreff der Bewilligung neuer Hülfe zu Tilgung der Schulden.

§. 13.

Faſſen wir nun das was in dieſen Freyheitsbriefen als verfaſſungsmäßig beurkundet erſcheint zuſammen, ſo ergeben ſich folgende den Ständen von den Herzogen zugeſicherte und verbriefte Rechte und Freyheiten des Landes:

1) Freyheit aller zu den drey Klaſſen der Landſchaft gehörenden Perſonen für ſich, ihre Leute und Güter, Eigenleut und Vogtleut, von jeder außerordentlichen Steuer und Anlage.

2) Das Recht der Landſtände zu Aufrechthaltung ihrer Freyheiten und Abwendung jedes Eingriffes in ihre Rechte in ein Bündniß zuſammenzutreten, und Abgeordnete aus ihrer Mitte zur Anbringung ihrer Beſchwerden nach Hof reiten zu laſſen; Sie ſollen freyes Geleite haben an Hof und wieder nach Hauſe zu reiten.

3) Das Recht der Landſtände ſo oft es ihnen Noth beſchieht Tag zu halten „um von der Herrſchaft des Landes und ihrer Nothdurft zu reden.“

5) Die Ausdehnung der ſtändiſchen Gerichtsbarkeit: a) objektiv auf alle inner dem Hofmarch= oder Dorfgerichtsbezirk geſeſſenen Leute, und b) ſubjektiv auf alle zu der Landſchaft gehörenden Gutsbeſitzer; und endlich, was den Adel betrifft c) auf alle, auch in den Landgerichten gelegenen Sitze, Sedlhöfe und einſchichtigen Unterthanen.

6) Jeder Bayer ſoll bey ſeinem Recht und Gericht, bey Gewohnheit und dem Landbuch belaſſen; kein häuslich Angeſeſſener an Eigen oder Lehen ohne Recht entwehrt; Niemand ohne Recht an Leuten oder Gütern angefallen; Niemand im Recht anders als in Gemäßheit des Landrechtes abgeſchafft werden; die Fürſten ſollen keine Freybriefe um Geldſchuld ausſtellen.

7) Alle Landgerichte, Gerichte, Städte und Märkte ſollen bey ihrem Recht und ihrer Würdigkeit bleiben.

8) Alle Straſſen und Zölle ſollen in der Beſchaffenheit wie ſie von Alters hergekommen beſtehen bleiben.

9) Das Land ſoll mit keinen Gäſten beſetzt werden; des Fürſten Rath ſoll mit angeſeſſenen Landleuten, die Gerichte mit ehrbaren wappengenoſſenen Leuten nach Recht und Nothdurft beſtellt werden.

10) Die Beamten ſollen die Freyheit des Landes beſchwören.

11) Niemand ſoll durch die Fürſten zum Pfande ausgeſetzt werden.

12) Das Land ſoll unveräußert, unvertheilt, und unverkümmert bleiben.

13) Die Fürſten verſprechen keinen Krieg anzufangen denn nach Rath der Landſtände.

Dieſes ſind die eigentlich verbrieften Freyheiten bayeriſcher Landſchaft geweſen.

Allein in dieſen ausdrücklichen Rechten iſt noch lange nicht der volle Umfang der landſtändiſchen Wirkſamkeit, ſo wie er ſchon im XV. Jahrhundert ausgeübt wurde, enthalten. Denn

dieſe traten allmählig faſt in allen Angelegenheiten mithandelnd auf, welche den Nutzen oder Schaden des Landes betreffen konnten. Da die Landesherren ſelbſt erkannten, daß ſie im Vereine mit ihren Landſtänden inner den Gränzen ihres Fürſtenthums durchaus Alles, was ſie für das Beſte des Landes zweckmäßig hielten um ſo ſicherer und gedeihlicher vollführen konnten; ſo zogen ſie dieſelben auch freywillig ſchon zur Berathung aller wichtigen Angelegenheiten bey. Und daher finden wir dieſe Corporationen vorzüglich auch mitwirkend bey der Geſetzgebung, beſonders bei der adminiſtrativen, und bei Abfaſſung der Gerichts-Ordnungen.

§. 14.

Nachdem hier der Gang den die Entwicklung der ſtändiſchen Verfaſſung genommen in einem Geſammtbilde dargeſtellt wurde, ſo ſoll nun auch dieſe hiſtoriſche Entwicklung in ihren einzelnen Fortſchritten, und zwar bis zu dem Momente, in welchem Maximilian I. die Zügel der Regierung ergriffen, in gedrängter Kürze verfolgt werden. *)

Durch die Theilung Bayerns in zwey Hälften war die ſchiedsrichterliche Ausgleichung der aus dieſer Theilung entſtandenen Streitigkeiten zwiſchen den Herzogen bald ein Geſchäft der vorzüglichſten Mitglieder der Standſchaft geworden. Auch die Satzungen zu Ordnung des Landes wurden von dieſen berathen, gefunden, und beſchworen. Wir ſehen hierauf den Adel und die Städte als Bürgen und Handhaber des Friedens im Lande geſetzt (1282). Bald darauf (1302) beginnt mit dem Schnaitpacher Rittertage die Reihe der ſtändiſchen Freyheitsbriefe. Auf dieſem Tage waren die Grafen, Freyen, Dienſtleute und Edeln herdieſſhalb der Iſar und Donau verſammelt, und die Fürſten gelobten ihnen Eidesweiſe: fürbaß keine gemeine Steuer mehr an ihren Leuten und Gütern zu ſuchen, und geſtatteten ihnen: ſich durch Schwur zu Aufrechthaltung dieſer Freyheit zu verbinden. So ward der faktiſche Beſitz dieſes Rechtes nun auch zu einem urkundlichen erhoben. Fünf Jahre ſpäter wird auf dem Tage zu München den Herren Prälaten, Grafen, Dienſtmannen, Rittern, rittermäßigen Mannen auf dem Lande und in den Städten, den Bürgern, den Bauleuten, den Städten und Märkten, gegen die Bewilligung einer Viehſteuer, das Münzregal zu München und Ingolſtadt überlaſſen. Hier ſind die Klaſſen der Einwohner, welche nun ſchon ſtändiſche Rechte ausüben, deutlich und ausführlich genannt. Gleich darauf wird durch einen Ausſchuß ſtändiſchen Adels die Landestheilung des 1310. Jahres zwiſchen Rudolph und Ludwig vollzogen. Als dieſe Theilung nun wieder der Grund eines Streites zwiſchen den Fürſten geworden, wird der durch Schiedsmänner geſtiftete Friede unter die Garantie der Stände des Landes geſetzt. Denn es ſchwuren der Adel und die Städte, ſich gegen den zu erheben, der dieſen Frieden wieder bräche. Wenig hat Ludwig der Kaiſer mit ſeinen Ständen getaget, aber ſein berühmtes Hausgeſetz ließ er durch ihre Schwüre befeſtigen. Mittlerweile ſiegelt Otto ſeine eben ſo berühmte Handveſte. Dieſe überläßt die niedere Gerichtsbarkeit über die Grundholden in größerer Ausdehnung an jene die den Kaufpreis

*) Nachſtehendes wird aus des Verfaſſers „Geſchichte der bayeriſchen Landſtände" hier aufgenommen.

zahlen würden; ſie ſagt die Gefreyten von der Steuer ledig; ſie regelt das Recht der Bündniſſe, des Widerſtandes und der Selbſthülfe. Der hierauf von Ludwig auf dem Regensburger Tage (1315) gegebene Freyheitsbrief verdient unſere Aufmerkſamkeit durch die Beſtimmung: daß zehn Männer aus den Ständen über die Einbringbarkeit der damals bewilligten Steuer, und über alle Irrungen der Steuer wegen überhaupt entſcheiden ſollen. Als darauf das Niederland in Schulden und Verwirrung kam, legen die Stände Hand an es zu ordnen, und empfangen das Angelöbniß der Fürſten: „ihre Klagen unter ſich künftig an die fünfzehn älteſten zu bringen, bey Verluſt des Landes; keine Gaben zu machen, noch jemand zu enthauſen oder neue Rathgeber zu ernennen ohne Rath der Räthe; Verſagte vor dem Rathe zu belangen; keinen Bund noch Krieg mit einem Nachbar zu beginnen, ohne des ganzen Rathes Rath; alles unter Garantie der Stände."

Auf dem erſten der nach des Kaiſers Tod gehaltenen Landtagen empfangen die Stände die urkundliche Zuſicherung der Fürſten: „nicht mit Gäſten überſetzt, und mit keiner Anſprache oder Gebet erfordert zu werden;" und hier ſchworen ſie, mit der Herzoge Willen, „ſich einander geholfen zu ſeyn mit Leib und Gut, ob ihnen etwas an ihren Freyheiten überfahren würde" (1347). Es ſind in dem Bundbriefe, der dieſer Urkunde zur Seite ſteht, neben den Rittern und Bürgern auch „gemeinlich Edle und Unedle, Arme und Reiche" genannt, und ihre Wirknng auch den Hausfrauen und Erben zugeſichert. Als darauf im Jahre 1353 Ludwigs Söhne im Gedränge waren, muß die Entweichung von den Pfandſchaften zur Erleichterung der Fürſten auf einem Landtage bewilligt werden. Vier Jahre ſpäter ſteht der Brief geſchrieben, in welchem Ludwig der Brandenburger den Ständen das Recht giebt: „Sechszehn zu der Steuer zu geben, welche volle Gewalt haben ſollen, die Steuer zu beſorgen und zu beſetzen in allen Gerichten mit Steurern, die Steuer einzunehmen, und damit nach dem Rathe der Stände die Schuldbriefe einzulöſen." Alſo hier ſchon ein Ausſchuß zur Erhebung und Verwaltung der Steuer, und landſchaftliche Steurer. Bald darauf, in Meinhards verwirrten Zeiten, ſorgen die Stände für die Befeſtigung des Regimentes (1362), die Ritter ſchwören das zu vollziehen, und Meinhard ſiegelt in einer Verſammlung ſeiner Getreuen den Landfriedensbrief, deſſen Vollziehung ſo ganz auf die Mitwirkung der Stände berechnet war.

Als Stephan nach Meinhard's Tod nach dem Oberlande greift, gelobt er den Ständen, weil ſie ihm Huldigung gethan, ſie bey Briefen, Gewohnheiten und dem Rechtbuche zu laſſen, einen Rath nach ihrem Rathe zu nehmen, das Oberland ungetheilt beyſammen zu laſſen, und nichts daraus zu verkümmern. Der Friede mit Oeſterreich wird darauf (1369) nach dem Rathe der Landherren geſchloſſen. Derſelbe Stephan ſetzt zum Schirmer des Landfriedens, den er auch dem Oberlande gab, den feſten Mann, Conrad von Freyberg, und weiſt alle Ritter und Burgen an, ihm zu gehorchen. Auch wird ein Ausſchuß von Landleuten geſetzt, Klagen über Friedebruch alle Quatember zu verhören. Doch auch damals gaben die Herzoge unter ihren Siegeln, und ohne Haltung eines Landtages, Geſetze zu Sicherung des Rechts und Friedens (1369). Aber es beſtand der Rath, wo ſie beſchloſſen worden, aus Landleuten.

Auf dem im Jahre 1383 gehaltenen Landtage hören wir das erſtemal Klagen gegen den

Bruch ſtändiſcher Rechte und Freyheiten. Merkwürdig iſt der von Land und Leuten in Bayern mit der Stadt Augsburg geſchloſſene Vertrag (1390). Wie die Landſchaft ſchon im Jahre 1391 und dann ſpäter oft auf die Verwaltung der Münze eingewirkt, iſt in den Urkunden dieſes Zeitraumes verzeichnet. Schmerzlich iſt es zu betrachten, wie Johann und ſein Sohn mit einer großen Zahl von Landleuten ein gegen ſeinen Bruder gerichtetes Bündniß geſchloſſen. Doch gleich darauf wieder wird die Landestheilung des Jahres 1392 mit Willen, Gunſt und Rath der Stände vollzogen.

Von nun an ſehen wir das Land bleibend unter die fürſtlichen Linien zerſpalten; ein, wegen der gegenſeitigen Verhältniſſe der nun auch geſonderten ſtändiſchen Körperſchaften, merkwürdiger Umſtand. Treten die Herzoge nun unter ſich in Bündniſſe, ſo geſchieht es unter dem Rathe, und mit Einſchluß ihrer reſpektiven Stände. Im Antheile des Niederlandes ſehen wir durch eine Reihe von Jahren beynahe die ganze Verwaltung des Regimentes von den Ständen geführt, unter der Leitung des von dem ſtets abweſenden Fürſten betrauten Statthalters. Eiferſüchtig wurden erheiſcht und großmüthig zugeſtanden, in einer Reihe von Briefen: Sicherheit der Rechte, der perſönlichen Freyheit und des Eigenthums — die Grundlage aller Verfaſſungen. Nicht minder wird Handhabung des Friedens im Lande, und Vollziehung der Geſetze, auf einer Reihe von Landtagen durch Schwur und Siegel der Stände verbürgt. Zu dieſem Behufe reiten wohl auch die Stände aller Landestheile zuſammen, und fertigen einen Brandbrief (1374). So gelang es der Willkühr und Gewalt des Einzelnen mit der geregelten Macht der Geſammtheit zu imponiren.

Im Münchner Antheile gelobt der Herzog nun (1393) wiederholt, keinen Krieg als nach dem Rath der Stände anzufangen, und räumt dieſen das Recht ein: ſich, ſo oft es ihnen Noth bedünke, zu verſammeln um von der Herrſchaft und Nothdurft des Landes zu reden. Und als die Fürſten des Ober- und Niederlandes den Zuſammenwurf der Lande im Sinne trugen, wird beſtimmt: „daß wenn einer der Fürſten des Oberlandes ſäumig wäre nachzuſchieben daß das Niederland zum Oberlande geworfen werde, die Stände deſſelben ihres Huldigungs-Eydes ledig, und dem andern Theile ſo lange geholfen ſeyn ſollen, bis der Zuwurf vollzogen iſt.“

Die erſte der uns bekannten Steuerordnungen fällt in das Jahr 1396. In dieſer werden einundzwanzig Männer zur Verwaltung derſelben geſetzt. In den Städten wurde ſie durch Erwählte erhoben; von dem Adel und der Geiſtlichkeit durch dreyzehn, aus den fürſtlichen Räthen verordnete Männer; in den fürſtlichen Gerichten durch die fürſtlichen Steuerer. Vierundzwanzig Männer aus der Landſchaft waren es, welche im Jahre 1402 die Theilung vollzogen, die nun die Ingolſtädter Linie wieder von der Münchner trennte. Da empfangen die Stände Urkunde darüber: nie mit einer Beſchwerung erfordert zu werden, außer den alten Rechten, gewöhnlichen Steuern, Renten und Dienſten, ſo die Fürſten von Rechts- und Herrſchaftswegen beſitzen; auch geloben die Fürſten: Nichts ohne Heißen der Stände zu verkümmern; Freyzügigkeit wird ihnen zugeſichert. Dafür verſprachen ſie die von München und Ingolſtadt im Nothfall zur Huldigung zu zwingen. Auf dem Tage, der zu Reglung der Handelsverhältniſſe mit Oeſterreich gehalten wurde (1404), verſammelten ſich alle fünf Landesfürſten mit ſämmtlichen Ständen. Eben ſo gleich darauf in Gegenſtänden der Münze.

Wie auch die Aburtheilung von Privathändeln vor Stände gezogen wurden, zeigen viele Berichte aus damaliger Zeit. Auch die Ordnung der Zoll- und Salzſtraſſen kam in ihren Bereich. Merkwürdig iſt zu hören, wie ſich Herzog Stephan zu ſeiner Landſchaft verſchrieb, daß „falls er ihre Freyheiten bräche, ſie ſich von ſeinen Handen verfallen ſolle zu ſeines Sohnes Handen“, wobei ſich der letzte die Forderung ſolcher Hülfe an die Landſchaft vorbehält: „um die ein Fürſt ſein Land und Leut billig um Hilf anrufen ſoll (1406).“ Nach Herzog Friedrichs Tod läßt Stephan der Landshuter Landſchaft volle Gewalt zur Verwaltung des Landes während Heinrichs Minderjährigkeit; mit dem Rechte „den Fürſten zu hören, falls er Etwas thun wollte, was zu Heinrichs Schaden gereiche.“ Auf einer Reihe von Tagen wurden im Laufe des XV. Jahrhunderts die Zwiſtigkeiten unter ſich vor der Landſchaft ausgetragen; zum Theil hiezu von ihnen gerufen, zum Theil aus eigenem Bewegen, um das Vaterland vom Verderben zu retten; auch verſammeln ſich hiezu die Stände der einzelnen Linien, oder die ſämmtlichen Landſchaften. Merkwürdiger als andere iſt der Aichacher Ritterbund (1415) mit einem Hauptmann und einer geregelten Macht zur Aufrechthaltung der Freyheiten des Adels. Wir ſahen dieſen Bund in eine weitere Einung treten mit den Fürſten einer andern Linie, und ſie glaubte das nach ihrem Rechte zu thun.

Als Herzog Albrecht in Holland ſtirbt, iſt es die Landſchaft, welche dem verwaiſeten Lande einen Verweſer giebt. Wir ſehen hierauf die Herzoge ihre Erbrechte dem Schiedsſpruch der Stände anheim geben, und von dieſer einen Austrag in dieſer Sache entwerfen (1425). Doch als dieſer nicht Eingang fand, und der Zwiſt der Fürſten das Land mit Unheil bedrohte, da blieben ſie partheilos, und mit kräftiger Haltung auf dem beſtehend was das Recht entſcheiden werde, und verfeſtigten ihren Bund gegen jeden einſeitigen Angriff, und zugleich gegen drohenden Angriff von Außen. Dem Kaiſer gönnten ſie ſeine Hoheit, und riefen ihn an zu helfen die Zwiſte der Fürſten in Frieden zu ſchlichten. Und als nach mehreren Verſuchen bei Schiedsmännern dieſer Handel von den Fürſten ſelbſt wieder an die Landſchaft gebracht wird, giebt dieſe den in des Reichesgeſetzen und des Landesverfaſſung begründeten Spruch (1427). Und als der König die Vorfrage entſchieden, ſchreiten ſie freudig zur Theilung, ausgerüſtet mit der Vollmacht ſämmtlicher Fürſten (1429). Von nun üben die fünfundzwanzig Erwählten kräftig und unpartheyiſch das Richteramt in dem Vollzuge der Theilung. Da treten das Ober- und Niederland zur Feſtigung ihrer Ausſprüche in Bünde. Einem Ausſchuſſe geben ſie Vollmacht die geſammten Landſchaften zu mahnen, und legen ein gemeines Geld an unter ſich auf.

Die oberländiſche Ritterſchaft ſehen wir — ſchmerzlich — bald hierauf klagend auftreten wider Ludwig und Heinrich, aufgefordert hiezu durch Wilhelm ihren Fürſten.

Merkwürdig iſt, wie (im Jahre 1435) Heinrich ſeine eigene Landſchaft auffordert, mit jener Herzog Ludwigs über Herſtellung der Landesſicherheit in Unterhandlung zu treten.

Im Jahre 1439 iſt es der Kaiſer ſelbſt, welcher der Ingolſtädter Landſchaft befiehlt das Richteramt zwiſchen Ludwig dem Gebarteten und ſeinem Sohne zu ergreifen; und als er Friede zwiſchen beyden Fürſten geboten hatte, ſo mahnt er die Landſchaft dem Gehorſamen wider den Ungehorſamen beyzuſtehen. Als hierauf der alte Ludwig in ſeines unnatürlichen Sohnes Gefangenſchaft gerieth, übt die Landſchaft bekümmert, aber ſtandhaft und würdevoll ihre Pflicht,

und untergiebt ſich keinem Beſchluſſe, „ihr Fürſt ſey dann erſt frey.“ Das zwar vermochte ſie nicht zu vermeiden, daß Heinrich hinter ihrem Rücken den alten Fürſten in ſeine Gewalt bekam; aber ihr Klaggeſchrey über dieſe That erſcholl nun vor allen mächtigen Fürſten. Dafür wollte auch Ludwig nun keinen Schritt thun für ſeine Rettung aus dem Kerker, als nur gemeinſchaftlich mit ſeinen lieben Getreuen. Aber mittlerweile raffte ihn der Tod dahin, und nun war die ſchutzloſe Landſchaft gezwungen ſich in Heinrichs Macht zu ergeben.

In den Kriegen gegen die Huſſen bieten ſich die Stände des obern und niedern Landes brüderlich die Hände. In den Zwiſten der Fürſten aus den drey Linien, welche von 1430—1440 das Land beunruhigten, geſchieht Vieles zu ihrer Begütigung durch die Stände; und wenn auch das Concilium, die Churfürſten und die Biſchöfe u. a. dazwiſchen treten, ſo wird bey den meiſten Verträgen doch alles wieder auf die Landſchaft geſtellt, und von ihrem Bundbriefe das Meiſte für die Erhaltung des Friedens gehofft.

Als Herzog Ludwig zur Regierung kommt, vergleicht ſich zwar Albrecht mit demſelben über Adolphs Erbſchaft ohne Mitwirkung der Stände, die früherhin in dieſer Sache bereits mitgehandelt haben; allein weiterer Forderungen und Sprüche halber kommen die Fürſten doch wieder auf ihre Landleute zurück. Auf dem Tage, den Ludwig im Jahre 1461 hielt, hören wir das erſtemal, wie die Landſchaft begehre „daß der Herzog alle Jahre einen gemeinen Landtag halte; und bald darauf wiederholt: „daß er keinen offenen Landeskrieg beginne ohne der Landſchaft Rath.“

Zu der von dieſem Herzoge gegebenen Landesordnung haben die Stände getreulich mitgearbeitet; ja dieſe ward zunächſt durch ihre Beſchwerden veranlaßt, und gab manchem Artikel der künftigen Freyheitserklärung ſeine Begründung.

Als der Erbfeind der Chriſtenheit von Oſten droht, ſind es wieder die Stände bey welchen die Fürſten von Allen Rath und Hülfe ſuchen. Später ſehen wir die Landſchaft in unmittelbarem Benehmen mit dem ſchwäbiſchen Bunde. Der Einführung des Umgeldes ward von den Ständen kräftig und lange widerſtanden; dennoch gelang es Georgen, ſie durchzuführen. In dieſes Herzogs Abweſenheit ſitzt die Landſchaft mit den Statthaltern über das Wohl des Landes zu Rath; und in der Kriſis der Regensburger Acht bewirkt ſich Georg über die Frage: „ob er Albrecht Hülfe zu leiſten?“ auf das Gutachten ſeiner Landleute. Wiederholt erklärt die Landſchaft des Niederlandes: „In Sachen die ganz Bayern betreffen, könne nur die Verſammlung aller Landſtände ſämmtlicher Fürſten Entſcheidung geben.“ Auch an Georgs Landesordnung wird von der Landſchaft, ihre Freyheiten behauptend, thätig mitgewirkt.

Wenn wir auf die Landſchaft der Münchner-Linie zurückgehen, zieht vor Allen der im Jahre 1437 in Form eines Bündniſſes des Fürſten mit der Landſchaft errichtete Landfriedensbrief unſerer Aufmerkſamkeit auf ſich. In dieſem verbinden ſich Fürſt und Stände zur Aufrechthaltung des Rechtes. Später ſehen wir die Fürſten mit ihren Nachbarn auf Beirath der Ritterſchaft in den Regensburger Verein zur Schützung des Landfriedens treten. Die Straubinger Landſchaft wacht eiferſüchtig über ihr Recht, eigene Landtage in ihrer Provinz zu haben, und begehrt: der Herzog ſolle einen ſeiner Söhne ins Niederland ſetzen.“ Die Wendung

der Beſchwerden als Bedingung einer Steuerbewilligung zu ſetzen, wurde von nun an Gewohnheit. Gewählte der Landſchaft verwalten das Steuergeld.

Wie die Ritterſchaft durch den Verſuch Albrechts: den perſönlichen Kriegsdienſt in Geldreichniß zu verwandeln, in den Löwenbund gedrungen wurden, iſt in der bekannten Geſchichte dieſes Bundes ausführlich zu vernehmen; ſo wie auch die kräftige Sprache, die Albrecht führte: wie er Steuern auch ohne die Landſchaft anordnen könne; wie Otto's Handveſte wider des Reiches Geſetz ſey; wie der Herzog in Kraft der Regalien die Obrigkeit über alle weltlichen Einwohner beſitze ꝛc. Es war der Landſchaft vorbehalten, auch dieſe Fehde zwiſchen dem Fürſten und der Ritterſchaft wieder auszugleichen. Und jene immer wiederkehrenden Zwiſte zwiſchen dem Albrecht und ſeinen Brüdern, hätten ohne die biedere und ſtarke Vermittlung der Landleute nimmermehr eine Ausgleichung gefunden.

In den verhängnißvollen Tagen die nach Georgs Hinſcheiden gefolgt ſind, ſehen wir zu erſt den Paumgartner zum Kanzler des Landes geſetzt. Es wird beſchloſſen ein Regiment zu ſetzen, doch mit Widerſpruch Albrechts, und es geht die Rede: daß die Landſchaft das Land inne haben wolle, bis zum Austrag des Erbſtreites; denn es ſey der Fall da, wo gemeine Landſchaft dem Lande fürzuſehen habe. Dieſe nimmt daher auch die Beamten, doch „unvergriffen eines jeden Fürſten Gerechtigkeit“ in Pflicht. Die Landſchaft zeigt überhaupt in dieſem ganzen Handel den Charakter einer vermittelnden Gewalt während des Streites über die Erbfolge. Sie erkennt den König als ihren Richter, doch nur innerhalb des Rechtes, und unter Vorbehalt ihrer Freyheiten und der Rechte ihres Fürſten. Erſt nach Eröffnung des reichskammergerichtlichen Urtheils leiſtet die Landſchaft Albrecht und Wolfgang das Verſprechen des Gehorſams, und weiſt nun die Beamten zur Huldigung an. Und auch nach der Schönberger Schlacht noch, hielt die Straubinger Landſchaft als fortbeſtehend einen Landtag zu Paſſau (1505).

Aber Albrecht verſammelt alle Landleute des Ober- und Niederlandes gleich darauf auf einem Tage zu München. Hier wird nun zu Beſtreitung der Kriegskoſten ein Anlehen auf die drey Stände geſchlagen, gegen Schuldbriefe mit des Landes Siegel, und gegen Rückzahlung aus einer Steuerumlage. Die Verordneten, die dieſes beſchloſſen, erlaſſen auch ein Aufgebot zur Rüſtung an alle Zugehörigen des Hauſes Bayern.

Der Köllnerſpruch geſchah ohne Mitwirkung der Landſchaft; ja dieſer wurde darin nur kurzhin bey Strafe und Ungnade geboten dem Spruche nachzukommen.

Vom Landtag 1506 im May angefangen ſehen wir regelmäßig die Wahl eines Ausſchuſſes von vierundſechzig Verordneten. Damals entſteht jener Streit über die Wahl, welcher in der Folge dahin entſchieden wurde, daß es damit gehalten werden ſolle „wie es je und je in den einzelnen Fürſtenthümern üblich war.“

In dem auf dieſem Landtage erwirkten Vertrage über die Primogenitur iſt ausdrücklich erwähnt, daß er durch die vierundſechzig Verordneten vermittelt worden. In dieſem Vertrage werde nach dem Rathe der Landſchaft die Untheilbarkeit des Landes ſtatuirt; „Irrungen zwiſchen den Herzogen ſollen durch die Landſchaft vermittelt werden; jeder Regie-

rungsnachfolger ſoll den Ständen nach geſchehener Huldigung ihre Freyheiten zu beſtätigen verbunden ſeyn."

Auf dem erſten unter Wolfgangs Vormundſchaft gehaltenen Tage wird beſtimmt: daß die Abhaltung der Landtage zwiſchen den vier Hauptſtädten zu wechſeln habe; und daß der vom Adel (zu zwey Theilen aus dem höhern, und einem aus dem niedern) in jedem Ausſchuſſe ſo viel ſeyn ſollen, als der von beyden andern Ständen. Die Huldigung wird auf dieſem Tage unmittelbar vor der Uebergabe des Freyheitsbriefes geleiſtet, nachdem man ſich über die Faſſung desſelben vorläufig vereinigt, und die Landſchaft aus Herzog Georgs Antheil der übrigen ganz gleich geſtellt, „da das Land nun ein Land und Herzogthum geworden." Aber am wichtigſten iſt uns dieſer Tag durch die auf demſelben beſchloſſene Freyheitserklärung geworden, welche recht eigentlich der Codex der ſtändiſchen Gerechtſame bildete. Die Gränzen der ſtändiſchen und fürſtlichen Gerichtsbarkeit, das Maaß der Scharwerke und Vogteyen, werden hier zuerſt ſcharf beſtimmt, eben ſo der Begriff der Edelmannsfreyheit. Die zu ſo vielen Beſchwerden Anlaß gebenden Fragen über Eigenleute, Zölle und Mauten, Jäger und Falkner, Tafernen, Futterſammeln, Beſetzung der Aemter, Compaſſirung, Pfandung, Jagdrechte, erhielten feſtere Beſtimmung; Eigenthum, Beſitz, perſönlicher Gerichtsſtand werden garantirt, der Landfriede geheiligt. Dieſe Landesfreyheit ſollte von nun an von jedem regierenden Fürſten, ehe ihm Erbhuldigung geſchieht, beſtätigt werden.

Herzog Wolfgang verwaltete damals das Land mit Hülfe der aus der Landſchaft beygeordneten Räthe. Auf dem im Jahre 1509 gehaltenen Tage ſehen wir nun ſchon einen engern Ausſchuß, neben dem größern, zur Vorberathung der Geſchäfte in Thätigkeit. Die Wendung der Beſchwerden wird von nun an jeder Steuerbewilligung als Bedingung zur Seite geſtellt. Traurige Spaltung ergaben ſich damals über die Vertheilung der Steuern unter den Ständen. Wolfgang gelang es, ſie zu beſchwichtigen. Die Landſchaft erwirbt das Zugeſtändniß, daß jeder Stand die Steurer aus ſeiner Mitte zu wählen habe, daß der Adel und die Prälaten die Steuer den Ihrigen ſelbſt anzulegen haben, und daß Verordnete aus allen Ständen zur Reviſion der Geſetzgebung gezogen werden ſollen.

In dem traurigen Bruderzwiſte zwiſchen Wilhelm und Ludwig ſehen wir die Landſchaft das Richteramt üben. Der Tag auf welchem dieſer Zwiſt zur Verhandlung kam, war folgenreich in vielen Beziehungen. Durch Wilhelms Streben nach willkührlicher Herrſchaft waren die Stände aufs Höchſte gereizt, ſchloßen ſich feſter zuſammen, und ſtellten dem Verſuche ihre Rechte zu beſchränken, ihres Ortes geradezu einen Verſuch entgegen ſie zu erweitern. In dieſer Stimmung ſchloßen ſie den am Lichtmeßabende (1514) gefertigten Bundbrief, welcher einen ſtändiſchen Ausſchuß als Wache ihrer Freyheiten conſtituirte. Auf dieſe Weiſe gefaßt, wußte die Landſchaft nicht nur den bekannten Vertrag über künftige Mitregierung durchzuſetzen, ſondern auch jene bedeutende Erweiterung ihrer Gerechtſame zu erwerben, die wir als Zuſätze zur Landesfreyheitserklärung an ſeinem Orte bezeichnet ſehen werden.

Aber mit dieſen gewagten Schritten geräth die Landſchaft in einen ernſten und heftigen Conflikt mit dem Könige, welcher geradezu erklären läßt „daß dieſe Schritte eigenmächtige Eingriffe in die königlichen und fürſtlichen Hoheitsrechte ſeyen." Die Stände ſetzen dieſer Behauptung

des Kaiſers, Gründe des Rechtes und einen unverhohlenen Muth entgegen. Wilhelm beharrt darauf, der Kaiſer ſey Richter zwiſchen ihm und der Landſchaft, verläßt die Hauptſtadt, den Sitz des Landtages, und die Stände bilden Ausſchüſſe, welche Maaßregeln zu Sicherung des Landes ergreifen. Sofort wird auf dem im Jahre 1515 gehaltenen Landtage der alte Ausſchuß wieder beſtätigt, „da er von den frühern Geſchäften am beſten unterrichtet ſey," und demſelben das Recht zugeſtanden ſich aus eigener Wahl zu ergänzen. Wenn es nun gleich unklug geweſen die ganze Hauptverhandlung in die Hände des Ausſchuſſes zu geben (was vielleicht zur Vermeidung eines offenen Bruches bey ſo ſehr gereizten Gemüthern geſchah), ſo kann doch nicht geläugnet werden, daß dieſer Ausſchuß dem Vertrauen ſeiner Comittenten entſprochen habe, in einem Momente, wo ſo Vieles ernſtlich in Gefahr ſtand; weil man von allen Seiten aus der Bahn des Rechtes und der Billigkeit gewichen war. Er richtet ſein feſtes Augenmerk auf Bewachung jenes Rechtes einer urkundlich zugeſicherten und geregelten Selbſthülfe; auf ſorgfältige Sammlung und Bewahrung der Freyheitsbriefe; er weicht den von dem Herzoge gemachten Plan einer Landesrüſtung aus; er beſteht auf der Mitwirkung der Landſchaft zu Berichtigung der brüderlichen Verträge und deren Vervollſtändigung; er weist die gegen die Abſichten der Stände in Umlauf gekommenen Verläumdungen zurück; er erinnert die Herzoge an gegebene Zuſicherungen und die dafür bewilligte Hülfe, als dieſe die Zurücknahme der zugeſtandenen Freyheitserweiterungen in Ausſicht ſtellen; er tritt ſtandhaft dem Verſuche entgegen, die drey Stände dadurch zu trennen, daß die Ritterſchaft die Rolle einer, ihr eigenes Intereſſe gefährdenden Vermittlerin übernehmen ſolle, und bringt es zuletzt dennoch dahin, daß ſich die Fürſten zu einer weitern rechtlichen Verhandlung über die Declaration der Freyheiten herbeilaſſen.

Vervollſtändigt wurde die zur Wahrung der Freyheiten aufgeſtellte Wache, durch die derſelben auf dem Landtage des Jahres 1516 gegebene Ordnung. Und auf dieſem Landtage kam nun auch die ſo heftige Diskuſſionen veranlaſſende verbeſſerte Freyheitserklärung zu Stande, die von nun an auf längere Zeit die Grundlage der ſtändiſchen Verfaſſung blieb.

Bereitwillig ſehen wir die Stände in Wilhelms Kriegen dem dringenden Bedürfniſſe entgegen kommen. Die Bedachtnahme des Fürſten gegen Ueberbürdung des Bauersmannes tritt auf dem Tage des Jahres 1519 auf das rühmlichſte hervor. Ernſthaft proteſtirt der Herzog damals gegen ausſchließliche Verwahrung des Steuergeldes durch die Landſchaft. Dagegen lehnt dieſe den Antrag einer unbedingten Bevollmächtigung des ſtändiſchen Ausſchuſſes, als der Freyheit gefährlich von ſich. Aber zu Berathung der Geſetze und einer Landesdefenſion bietet ſie billig die Hände.

Seltſam genug, doch vielleicht um unbefangener zu bleiben, entzieht ſich die Landſchaft damals der Mitfertigung des brüderlichen Vertrages.

Spuren des Mißtrauens zeigen ſich in den nun ſtrenge vollzogenen Ableiſtungen des Eides auf Geheimhaltung des Verhandelten, ſo wie in der Proteſtation: fürſtliche Räthe zu den Sitzungen der Ausſchüſſe zuzulaſſen. Eine im Jahre 1526 veranlaßte Trennung unter den Ständen, in Betreff der Vertheilung der Abgaben, wird glücklich wieder gehoben.

Der im Jahre 1529 gehaltene Landtag iſt wichtig durch das Beharren der Fürſten auf

Mithandlung bey der Erhebung der Abgaben. Doch kommt der hierüber entſtandene Streit dießmal noch nicht zur Entſcheidung.

Auf dem Tage des 1532ſten Jahres wird von Seiten des Hofes der Satz aufgeſtellt, „daß die Herzoge als Landesfürſten das Recht haben, ohne Züthun der Unterthanen Ordnungen feſtzuſetzen;“ ferner, „daß die Freyheiten der Stände nicht von dieſen erkauft, ſondern nur aus Gnaden zugeſtanden worden ſeyen.“ Die Landſchaft behält ſich gleichwohl ihren Anſpruch auf Mitwirkung bey der Geſetzgebung bevor, und benennt auch ſogleich Verordnete, mit dem Auftrage, „zu wachen daß dabey nichts den ſtändiſchen Freyheiten Zuwideres einlaufe.“ Aber auf dieſem Tage wird von der Landſchaft ſelbſt das Reiten von Verordneten nach Hof, die durch die Ordnung vom Jahre 1516 zu Wächtern ihrer Freyheiten aufgeſtellt worden, freywillig wieder abgeſtellt.

Gleich darauf wird von den Herzogen auch ohne Zugeſtändniß der Landſchaft, doch unter Proteſtation des Ausſchuſſes, eine Anlage erhoben.

Die Frage über das Mitwirkungsrecht der Landſchaft bey der Erhebung der Abgaben wird auf dem im Jahre 1535 gehaltenen Landtage wieder aufgegriffen, und durch eine Art von Vergleich zur Ruhe gebracht, bey welchem Fürſten und Stände ſich ihre Gerechtſame vorbehalten.

Dieſes ſind die hervorſtechendſten Erſcheinungen auf den von 1519 bis 1535 gehaltenen Tagen. Daß auf den erſten dieſer Tage nicht die geſammte Landſchaft gerufen wurde, kann durch die Eile gebietenden Verhältniſſe entſchuldigt werden. Die Zuſagen welche die achtzig Berufenen gethan, geſchahen aber ausdrücklich unter Hinweiſung auf einen ſchnell zu berufenden Landtag. Daß ſich die Verordneten auf Ausſchußtagen über Landgebote mit den Fürſten verglichen, daß ſie denſelben Abſchlagszahlungen bewilligten, lag nicht außer dem Kreiſe ihrer Vollmachten. In jenen harten Zeiten jährlich eine volle Landſchaft zu verſammeln, wäre eine Maaßregel der drückendſten Art geweſen. Bemerkenswerth iſt die damals von Seiten des Hofes aufgeſtellte Behauptung: „der Herzog könne die Kammerbauern auch ohne der Landſchaft Wiſſen beſteuern.“ Gegen die weitere Behauptung eines herzoglichen Rechtes „an der Einbringung und Verwaltung der Steuern Theil zu nehmen“ wurde von der Landſchaft wiederholt Verwahrung eingelegt. Daß die Beweiſe des in dieſer Sache ohnehin nicht ganz gleichförmigen Herkommens nicht ſogleich zur Hand waren, lag in den Geſchäfts- und Actenverhältniſſen jener Zeit. Wenn die Herzoge gleichwohl mit einſeitigen Abgabenerhebungen fortgefahren, ſo wurden zwar hiedurch auf dem Straubinger Tage neue Verwahrungen der ſtändiſchen Rechte hervorgerufen — aber des Herzogs ſtandhafter Wille behielt die Oberhand. Auch die gemeinſame Verwaltung der Landesgelder wurde nun zugeſtanden, von der Landſchaft jedoch auf einer Gleichſtellung der Kammerbauern mit den ſtändiſchen beharrt.

Auf dem im Jahre 1542 gehaltenen Tage ſehen wir die Verhandlungen über den Aufſchlag beginnen. Vom Hofe ward der Satz aufgeſtellt: „die Herzoge hätten ohnehin das Recht, einen ſolchen Aufſchlag zu Mehrung ihres Kammergutes einzuführen.“ Von der Landſchaft wurde aber dießmal der Streit nicht aufgegriffen, und ſie blieb im Beſitze des Verwilligungs- ſo wie des Verwaltungsrechtes dieſer Auflage.

Auch auf dem im Jahre 1545 gehaltenen Tage wurde von Seiten des Hofes die Behaup-

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

tung erneuert: „daß Beſtimmungen des Rechtes und der Polizey der fürſtlichen Obrigkeit allein zuſtehen.“ Die Landſchaft vermied es jedoch auch hier in die Streitfrage einzugehen, und behauptete ſich faktiſch bey der Mitwirkung zur Erlaſſung den Geſetzen.

Die Frage: ob die Huldigung dem Freyheitsbriefe vorzugehen? wurde von Herzog Albrecht nach der Anſicht der Landſchaft entſchieden. Dieſe entwarf gleich auf dem erſten Tage eine Ordnung für ihre Commiſſaire zu kräftiger Unterſtützung der jährlichen Klagen gegen Verletzung der Freyheit. Aber Albrecht wies den Verſuch die alten Bünde zu erneuern, kräftig zurück.

Auf dem im Jahre 1553 gehaltenen Tage fängt die Landſchaft an jene religiöſe Diskuſſionen auf die Bahn zu bringen, welche die folgenden Landtage ſo ſehr beſchäftigt, eine Spaltung unter den Ständen hervorgebracht, und das Gemüth des Fürſten ſo ſehr gereizt haben. Auf dieſem Tage ward auch gegen das Ständigmachen der Abgaben auf das eifrigſte proteſtirt, im Vorgefühle vielleicht, daß bey der nun ſchon einmal angewachſenen Schuldenlaſt des Forderns und Gebens doch kein Ende mehr ſeyn werde. Denn von nun an werden 1) die Zinſen der Schuld, 2) die theilweiſe Kapitalstilgung, 3) die Beſſerung des Kammergutes bereits zu ſtändigen Ausgabs-Rubriken. Hiezu kommt noch der Vorrath für die jährlich wiederkehrenden außerordentlichen Ausgaben.

Die Bürgerſchaft trit auf dieſem Tage mit ihrer Proteſtation gegen doppelte Beſteuerung auf, wogegen ihr von den andern Klaſſen die Gefreytheit ſtreitig gemacht wird. Dieſer Streit bleibt jedoch ohne Folge. Mittlerweile kommt die neue revidirte Landes- und Polizeyordnung unter Mitwirkung der Verordneten zu Stande, und dabey erhalten die Artikel der Landesfreyheit namhafte Zuſätze. *) Bündniſſe ſchloß Albrecht im Drange der Zeiten auch ohne Wiſſen der Stände, doch nicht ohne Verwahrung der letztern.

Als im Jahre 1565 die Stände, noch ehe ſie in den fürſtlichen Fürtrag eingehen wollen, die Religionsbeſchwerden zur Sprache bringen, und die Prälaten ſich ſondern, wird ihnen das vom Herzog als Trotz und zur Vermeſſenheit gerügt. Allein die Beharrlichkeit und Standhaftigkeit des Adels und der Bürger erwirkt gleichwohl gewiſſe Conzeſſionen. Darauf erfolgen auch ſtattliche Bewilligungen von Seiten der Landſchaft, jedoch unter Proteſtation gegen die Schuldigkeit die Prinzeſſinnen auszuſtatten. Große Zugeſtändniſſe in Betreff der Gerichtsbarkeit werden im Jahre 1557 den Ständen vom Herzoge gemacht, dagegen von jenen auch ungeheure Schulden übernommen. Zur Perpetuirung des Aufſchlages wird auf dieſem Wege ein immer feſterer Grund gelegt.

---

*) Das Gutachten der Räthe gieng dahin, daß der Herzog den Vergriff der Landesordnung (zu Bewahrung ſeiner Hoheit) den Ständen nicht zum Beſchluß, ſondern zum Bedenken mittheilen ſolle.

In dieſem Gutachten kommt auch vor: „die Stände würden nicht gerne an einen Vorrath wollen, da die Schlöſſer an der Vorrathstruhen unter Herzog Wilhelm auch nicht ſtark genug geweſen. Man ſollte etwa auf die Anlage des Jahres 1525 zurückkommen. Die Landſchaft rühme ſich, ſie habe ſchon viel beym Fürſten herausgebracht, es ſey nöthig an ſich zu halten, und zu zeigen wer Herr und Landesfürſt ſey.“

Je zahlreicher aber von nun an die Ausgaben, und je größer daher die Schulden werden, je mißlicher wird auch das Verhältniß zwiſchen dem Fürſten und der Landſchaft. Die letzte beruft ſich nun durch beſtändigen Anforderungen ermüdet auf ihre abſolute Steuerfreyheit, und fordert vor allem Verwendung aller fürſtlichen Gefälle zu den Staatsausgaben. Dagegen läßt ihnen der Herzog bedeuten: „Wenn die Landſchaft nicht helfen wolle, werde er wohl ſelbſt helfen müſſen.“ Nebenher fodert er die Sonderung der Kammergefälle von den Staatsgefällen, und eine merkliche Beſſerung der erſten. Die Schilderung der Noth der Unterthanen wird von den Ständen nun immer greller aufgetragen, und ihre Erinnerungen über die Uepygkeit des Hofhaltes und des Schuldenmachens werden bitterer. Dagegen verſtummen nach den Vorgängen des Jahres 1563, die Diskuſſionen über die religiöſen Verhältniſſe.

Merkwürdig iſt der Ton der für den Landtag des Jahres 1565 dem Landmarſchall gegebenen Inſtruktion. Dieſe Inſtruktion lautete: „Da ſich auf dem Ingolſtädter Landtage gezeigt, daß ſich Etliche allerley Zerrüttung anzurichten, und die ältern Bräuche zu verändern unterſtanden, ſo habe der Landmarſchall ſolches nicht mehr zu geſtatten, und Inſonderheit

1) keine Umfrage zu thun, es ſey dann zuvor der Ausſchuß verordnet;
2) die Jungen vom Adel, die noch ihre Väter oder Vormünder haben, ſollen nicht zur Abſtimmung gezogen werden; Es ſey
3) nicht zu geſtatten, daß die im Ausſchuſſe ſich ihre vota ſchriftlich zuſchleichen oder ungefragt in die Rede fallen; Es ſey
4) nicht zuzugeben, daß die Mitverwandten im Ausſchuſſe ſich injuriren;
5) falls ſich eine Sonderung unter den Ständen ergäbe, ſoll weder der Marſchall noch Kanzler der einzelnen Partey ihre Dienſte leihen;
6) die Verzeichnung der Stimmen habe der Marſchall und Kanzler zu beſorgen;
7) wegen ein oder zweyer Schreyer ſey nie eine neue Umfrage zu thun.“

Die Sprache welche die Landſchaft führte, als im Jahre 1568 der Herzog mit jenen kaiſerlichen Privilegien in Betreff des herzoglichen Rechtes zu Erhebung des Aufſchlages hervortrat, iſt aus den gedruckten Verhandlungen bekannt. Man wies in einem Ueberreſte aufwallenden Trotzgefühles auf das alte Recht der Selbſthülfe und Bündniſſe hin. Da hielt es Albrecht für angemeſſen in dieſer Sache nicht zum Aeußerſten zu kommen, und gab derſelben eine billige Wendung.

Ein im Jahre 1571 gemachten Verſuch mit einzelnen Einberufenen zu unterhandeln mißlang.

Auch Herzog Wilhelm IV. ſcheint es verſucht zu haben, bei ſeinem Regierungsantritte die Huldigung der Freyheits-Confirmation voranzuſtellen. Schon auf dem erſten Landtage kömmt es zu Bitterkeiten, und Wilhelm droht mit dem kaiſerlichen Privilegium. Die damals diskutirte Rechtsfrage war: ob die Albrechten bewilligte Kammerguts-Beſſerung auf den Erben gehe?

Auf dem zweyten der in bezeichneter Regierungsperiode gehaltenen Landtage, ward in demſelben Tone fortgefahren. Die überreichten Beſchwerden waren ſchreyender Art; die Stände wichen dem Abſchiede aus, bis wenigſtens einige dieſer Beſchwerden gewendet worden. Auf allen Tagen wiederholt ſich jetzt von Seiten des Herzogs die Ausführung der Unmöglichkeit mit ſeinem geringen Einkommen hauszuhalten, und von Seiten der Stände die Schilderung der

Verarmung des Landes, und der Nothwendigkeit die Ausgaben zu mindern. Aber zuletzt kömmt es denn nothwendiger Weiſe doch immer zur Uebernahme der Schulden und Erſtreckung der Auflagen. Die Landſchaft forderte endlich (1588) von dem Herzoge das feyerliche Verſprechen „außer wiſſentlicher Landesnoth keine neue Schuld mehr zu machen,“ drohend ſonſt Alles liegen zu laſſen. Als der Herzog dieſe Drohung empfindlich zurückweist, tritt die Landſchaft mit einer kräftigen Verwahrung ihrer Freiheiten hervor. Aber dieſer ſtellt der Herzog eine eben ſo kräftige Verwahrung ſeiner Hoheitsrechte entgegen. *)

Die Verlegenheit ſtieg indeß zu einem Grade, daß der Herzog auf dem Landtag 1591 ſelbſt die Stände bat, mit ſeinen Räthen den Zuſtand des Landes in gründliche Ueberlegung zu nehmen. Die Ausgaben — obſchon bedeutend vermindert — überſtiegen die Einnahmen um das Doppelte. Es kommt nun eine Auflage auf das Salz in Vorſchlag, auf welche von der Landſchaft — jedoch unter dem Vorbehalte dieſelbe wieder mit einer andern Auflage abzulöſen — eingegangen wird. Auf dieſem Tage wurde von der Landſchaft zweiunddreißig Verordneten die Vollmacht gegeben, zu dem von ihm Bewilligten — im Nothfalle noch zwei halbe Steuern aus eigenem Ermeſſen hinzuzufügen.

Jetzt ergriff Maximilian die Zügel der Regierung mit kräftigerer Hand; Wilhelm aber zog ſich zurück.

Es fragt ſich nun: welches war in dieſem Momente der ſtaatsrechtliche Standpunkt, auf welchem ſich der bayeriſche Landesfürſt den bayeriſchen Landſtänden gegenüber befand — welche Prinzipien waren die in Beziehung auf die Geltendmachung der Landeshoheit in Anwendung gebrachten?

Wir müſſen zur Würdigung dieſer Frage wieder auf die Stadien, auf welchen dieſe Landeshoheit ſich entwickelt hat, zurückblicken. Urſprünglich ging der Landesfürſt zwar in Folge der Generation aus dem germaniſchen Erbadel hervor — aber ſeine Gewalt ſtammt nicht von dieſem Erbadel her, ſondern war von Gott auf ihn, als ſeinem Statthalter für die Erhaltung des Friedens und die Ausübung der Gerechtigkeit, übertragen. In dieſer, von Oben kommenden Gewalt und Würde, lag alſo ſchon urſprünglich die präeminente und unveräußerliche Selbſtſtändigkeit des germaniſchen Volksoberhauptes, welche, im harmoniſchen Vereine mit der, dem Blute und Erbe (perſönliche Freiheit und Eigenthum) nach ebenfalls unveräußerlichen Selbſtſtändigkeit der das Volk bildenden Freyen — nach dem geheiligten Vorbilde des Familienlebens — den Volksbund konſtituirte. Durch den Eingang der germaniſchen Völker in den Schoos der Kirche, wurde die urſprünglich in dem Volksoberhaupte vereinigte prieſterliche Gewalt von der weltlichen getrennt, und dieſe letztere nun in der Krönung Karl des Großen durch das ſichtbare Oberhaupt der Kirche, feyerlich als eine von Gott verliehene beurkundet und ſanktionirt. In dieſem Akte war aber zugleich die Begründung der Monarchie, in welcher das Land und die Gewalt den Charakter eines erblichen Eigenthums der Dynaſtie des Monarchen bekam, enthalten. Hiebei trat das Lehensverhältniß vermittelnd ein, wonach Gewalt, Würde

*) „Meine Regalien behalte ich mir billig bevor, dieweil ſie auf ihre Privilegien ſo ſtark pochen,“ ſchrieb Wilhelm an ſeinen Kanzler.

und Eigenthum, als in höchſter Stufe unmittelbar von Gott, in den weitern Abſtufungen aber immer als von einem Höhern einem Niederern verliehen betrachtet wurden. Als die Karolingiſche Monarchie in einzelne Herzogthümer zerfiel, welche nun das deutſche Wahlreich konſtituirten — gingen nun die weſentlichen Attribute der monarchiſchen Gewalt, als ein ſolches lehenbares Eigenthum an das Herzogthum über. Die Quelle der oberſten Gewalt blieb zwar das geſalbte und gekrönte Reichsoberhaupt, aber der Herzog gelangte zum erblichen Beſitz und lehenbaren Eigenthum der Hauptbeſtandtheile dieſer Gewalt, welche in Coſolidation mit jenen Befugniſſen, die einem germaniſchen Volksoberhaupte noch von den frühern Zeiten her zuſtanden, ſich zur Landeshoheit ausbildeten, abgeſehen von dem was dem Herzoge als einem begüterten Stammeshaupte dem Erbe nach von Rechtswegen gebührte. Während nun Gewalt und Würde des Herzogs als höchſten Reichsſtandes und zugleich Volksoberhauptes, ſich auf dieſem Wege in dem angezeigten Sinne ausgeſtaltete — änderten ſich die Verhältniſſe der das Volk bildenden Freyen dahin, daß die höchſte Klaſſe derſelben, als hoher Adel, in unmittelbare Reichsſtandſchaft zu dem Reichsoberhaupte trat (wenn gleich dem Heer = und Gerichtsbanne nach gleichfalls dem Fahnen=Lehen unterſtellt), während alle übrigen Freyen (die Ritterſchaft, die Prälaten als Landſtände, und die Bürgerſchaft) in das mittelbare Verhältniß der Landſaſſenſchaft geriethen (abgeſehen von ihren Verpflichtungen als Lehenvaſallen), und dem Herzoge gegenüber nur mehr in dem Beſitze oder Genuſſe einer bedingten und beſchränkten Freiheit und Selbſtſtändigkeit verblieben, während die Hinterſaſſen faſt durchaus der Perſon und dem Erbe nach der Gerichts = und Grundherrſchaft pflichtig wurden. Ihrem Urſprunge und ihrer Grundlage nach war dieſe Freyheit der Landſaſſen noch immer jene altgermaniſche, dem Blute und dem Erbe nach beruhend auf der Abſtammung von Freygebornen, und auf dem Eigenthume an Grund und Boden. Allein ſeit ſchon in der Karolingiſchen Monarchie die Gewalt als eine Staatsgewalt aufgetreten, und nachdem das Herzogthum mit den Attributen einer ſolchen Gewalt ausgeſtattet, als lehenbares Eigenthum in den Erbgang gekommen, traten auch ſämmtliche Landſaſſen in ein Verhältniß der Unterwürfigkeit unter den Herzog, als ihrem Erbherrn und Landesfürſten. Durch den Beſitz der Waffen, des Grund und Bodens, und des Geldes, in Verbindung mit dem Beſitze der Schutz=, Grund= und Gerichtsherrſchaft zu der ſie gelangt waren, bildeten ſie jedoch eine politiſche Körperſchaft von ſo großer Bedeutung und faktiſcher Wichtigkeit, daß es zur nothwendigen Aufgabe wurde, die Rechte und Pflichten des Erbfürſtenthumes und der Landeshoheit, mit den Rechten und Pflichten dieſer Körperſchaft in geſetzlichen Einklang zu bringen. In welchem Sinne und Geiſte die Löſung dieſer Aufgabe verſucht worden, haben wir bisher vernommen; ein reines Ergebniß hat ſich aber auch am Ende des XVI. Jahrhunderts noch nicht herausgeſtellt, ſondern ſo Manches war auch damals noch controvers geblieben. In welchem Maaße aber dieß der Fall geweſen, ergibt ſich wohl auf das beſtimmteſte, wenn wir punktweiſe den Behauptungen der Landſtände die Behauptungen der Landesfürſten gegenüberſtellen, und zugleich bemerken wie es ſich um den faktiſchen Beſitzſtand Betreffs der controverſen Fragen verhalten, und über welche Punkte man ſich urkundlich und ſchlüßlich verglichen habe. Hiezu iſt es aber nothwendig noch ein Kapitel über die Edelmannsfreyheit vorauszuſchicken.

Siebentes Kapitel.

Die Edelmannsfreyheit.

§. 1.

Zur Vervollſtändigung der Kenntniß des ältern bayeriſchen Verfaſſungsweſens iſt es unumgänglich nothwendig, auch in den Urſprung und die Ausbildung der ſogenannten **Edelmannsfreyheit** tiefer einzugehen, da in dieſer eigentlich nur eine geſetzliche Feſtſtellung jener ſtändiſchen Gerechtſame enthalten iſt, welche vorzugsweiſe den bayeriſchen Adel betrafen. Dieſe Gerechtſame waren nun zwar nicht blos in dem Herkommen und dem Beſitze fundirt, ſondern auch durch eine Reihe von Urkunden vertrags- oder conceſſionsweiſe beſtätigt. Allein in der praktiſchen Geltendmachung der Gerechtſame war — da beſtimmte Gränzen nirgends gegeben, der urſprüngliche Titel häufig dunkel oder zweideutig, der Beſitz angeſtritten war — Urſache genug zu fortdauernden Irrungen und Zwiſtigkeiten gegeben. Der Hauptſtein des Anſtoßes lag in dem ſo häufigen Konflikte der herzoglichen mit der ſtändiſchen Gerichtsbarkeit. Beſchwerden über Eingriffe der landesfürſtlichen Beamten in die ſtändiſchen Freiheiten wurden bald auf allen Landtagen zur Tagesordnung, die Gränzen der Herrſchaft und des Gehorſams drohten ſich zu verwirren, und das Bedürfniß wurde immer dringender, das in den Freyheitsbriefen und andern Urkunden Beſtimmte, oder auf Beſitz und Herkommen Begründete, in ſchriftliche Grundbeſtimmungen zuſammenzufaſſen.

Ein ernſtlicher Verſuch hiezu geſchah bereits auf dem i. J. 1458 abgehaltenen Landtage durch die Produktion nachſtehender Beſchwerden von Seiten der Stände:

„Unſre armen Leut werden zu Gericht gefodert und beſchwert mit Scharwerk und Vertrinken, und wird uns nit geſtattet die Unſern mit Thür und Thor beſchloßen, und die auf unſerm eignen Grund und Boden ſitzen, zu richten.“

„Item werde der Artikel wegen den Viztumhändeln auch nit gehalten, ſondern mehr nach dem Gut denn nach dem Leib gegriffen, und die Uebelthäter nicht binnen der 14 Tage erfodert.“ Daß die Gerichtsbarkeit des Adels ſich auf Pfandſchaft, Vogtey und Urbar ausdehne, werde nicht gehalten; die armen Leut würden mit Nachtſelden, Jägern, Falknern, Holzfuhren und andern Sachen beſchwert; es würden Anſprüche der Landleute — anſtatt daß Tag vor dem Vicedom

geſetzt und mit Recht verfahren werde — anders durchgeſetzt. Der Pfaffengut nach ihren Abgang würde ſich unterwunden; Beſchwerden gegen Eingriff in die Gerechtſame die nach den Briefen verhört und in Recht verhandelt werden ſollten, würde nicht abgeholfen. „Dem Brief Ott und Heinrich zuwider hätten die Richter die Notel der Handveſt nicht bei ſich wenn ſie richten, auf die man doch gedingen dürfe; Wer verſagt wird, er ſey Graf, Freyer, Dienſtmann, Ritter, Knecht, Burger, Armer, Reicher, der ſollte doch nach gemeiner Raths Rath zu Rede geſetzt werden. Die Aemter ſollten mit Inländern beſetzt werden, mit ehrbaren Wappensgenoſſen, welche ſchwören ſollen zu halten dem Fürſten ſeine Rechte, und dem Land und Leuten ihre Rechte, und nach der Handveſte richten.“

„Es ſollte der Herzog keinerley Krieg noch Bündniß anfangen außerhalb ſeiner Räthe und Landſchaft Wiſſen und Willen;“

„Keiner ſollte dürfen vor fremdes Recht geladen werden; das wäre hoch und groß wider Sr. Gn. und Haus Bayern, wider die Freyheiten und Regalien.“

Hieran ſchloß ſich das Begehren der Landſchaft: in die Freyheitsbriefe auch einrücken zu laſſen: „daß die Herzoge ſie mit keiner Bitt, mit oder ohne Recht, keiner Steuer von keinem Gut, noch mit keinen Sachen wie man erdenken möcht, nimmermehr beſchweren möchten.“

§. 2.

Albrecht III. wollte gegen dieſe Prätenſionen auftreten, und der Landſchaft dagegen bemerken: „Sie erlaube ſich ſelbſt Uebergriffe in die herzogliche Criminal-Gerichtsbarkeit; ſie unterſtehe ſich zu richten um Grund und Boden die zu den in ihren Hofmarchen gelegenen Gütern gehören, und zu ſtrafen und zu wandeln über Frevel ſo auswendig der Ettern ihrer Hofmarchen begangen worden, „das da Alles ſey wider die Herrlichkeit des Fürſtenthums; ſie weigerten ſich den herzoglichen Landboten Folge zu leiſten, die er doch als Landesfürſt, der Land und Herrlichkeit von dem heiligen Reiche empfangen, zu erlaſſen Macht und Gewalt habe; das ſey denn ebenfalls wider ihre Unterthänigkeit die ſie der Erbhuldigung gemäß ihrem rechten Erbherrn und Landesfürſten geſchworen, und wider die Regalia, Fürſtthum, Herrlichkeit, und des Hauſes Bayern löbliches Herkommen;“ ferner maßen ſie ſich an ehrbare Geſellen und Bauern, welche eigene Güter beſitzen, und dem Fürſten als Landesfürſten mit Gericht und Unterthänigkeit gehorſam ſind, zu Dienern, Mundleuten und ſonſt anzunehmen, und ſie den Landgerichten zu entziehen, ſelbſt wenn ſie nicht in ihren Hofmarchen geſeſſen ſind; eben ſo nehmen ſie ſich die Gerichtsbarkeit über Leute heraus deren Lehengüter in den herzoglichen Landgerichten entlegen ſind; Mehrere die blos eigene einzelne Güter, und keineswegs alte Hofmarchen beſitzen, maßen ſich die Ausübung der Hofmarchs-Gerichtsbarkeit über dieſe einzelnen Güter an, und es meinen auch die Bürger in den Städten und Märkten, welche Güter auf dem Lande haben, daß ihnen gleich der Ritterſchaft Gericht und Gerechtigkeit über dieſelben zuſtehe; ganz gegen das beſtehende Herkommen, daß wenn ein Gut aus Edelmanns in eines Bürgers oder Bauers Gewalt kommt, die Herrlichkeit, Gericht und Scharwerk auf den Landesfürſten übergehe (wie auf der Prieſterſchaft und anderer Bürger oder Bauern Güter), und erſt wenn derley Güter wieder an einen Edelmann zurückkommen, demſelben die Herrlichkeit über dieſelben wieder zuſtehe.“

Albrecht zeigte ſich übrigens anſcheinend geneigt, Vieles von dem was durch die Stände in Anſpruch genommen wurde, zuzugeſtehen. Allein er wurde von dem Tode überraſcht, und es blieb ſeinen Nachfolgern überlaſſen, über die Gränzen zwiſchen den landesherrlichen und ſtändiſchen Gerechtſamen feſtere Beſtimmungen geſetzlich aufzuſtellen.

Ein Anlaß hiezu wurde nun in den, die bekannte Sache des Löwlerbundes betreffenden Vergleichs-Verhandlungen an die Hand gegeben.*)

§. 3.

Auf einem Vergleichstage mit dem genannten Bunde zu München (1493) wurde beſtimmt, daß falls einige Artikel in der gemeinen Landesfreyheit unlauter und disputirlich wären, dieſe Artikel auf einem Tage zu Straubing in lautere und beſſere Verſtändniß gebracht werden ſollen. „Auf den Grund dieſer Vergleichsbeſtimmung forderte nun Herzog Albrecht auf dem Tage zu Straubing (1494), daß die Landſtände darüber ſitzen, und ihm die Artikel anzeigen möchten, welche als unlauter in ein beſſeres Verſtändniß gebracht werden ſollen.“

Die von der Landſchaft antworteten aber hierauf: Sie fodern nichts als daß die gemeine Landesfreyheit, ſo wie die in ſich hält, bei Würden bleiben, die Aemter mit Landleuten beſetzet, und Abſchriften der Freiheitsbriefe in die Gerichte gelegt werden ſollen.“

Allein Albrecht ließ erwiedern: „Er bleibe bei dem was der Vergleichsartikel enthalte

---

*) Wir beſitzen aus jener Zeit folgende Gutachten über die beiderſeitigen Gerechtſame:

„Der Verkauf der Gerichtsbarkeit durch Herzog Otto enthalte merkliche Schmälerung der vom Reich zu Lehen rührenden Obrigkeit; vor dem Kauf hätten alle hohe und niedere Gerichte, auf allen Gütern und Perſonen, dem Landesfürſten zugehört; Herzog Otto habe aber, als Lehenmann des Reiches, ohne des Kaiſers (und inſoweit es die Geiſtlichen betrifft) ohne des Papſtes Verwilligung und Kräftigung, jene Gerichtsbarkeit nicht mindern und ſchmälern können; und da ein Beſtätigungsbrief des Kaiſers nicht erfolgt, ſo ſey Herzog Albrecht an jene Handlung Herzog Otto's nicht gebunden; und wenn gleich die ſpätern Herzoge dieſe Urkunde beſtätigt, ſo habe doch ſolche Beſtätigung dem was urſprünglich ohne Kraft geweſen, eine Kraft nicht geben können; ja wäre auch kaiſerliche Beſtätigung erfolgt, ſo würde der Kauf doch nur für jene gültig ſeyn, welche den beſtimmten Kaufſchilling wirklich entrichtet haben, und deren Nachkommen das beweiſen könnten; Es ſey ferner wiſſentlich, daß der Herzog als Landesfürſt in Kraft der fürſtlichen Regalien vom Reiche empfangen habe: Zwing und Bann, Frey- und Obrigkeit, den Regalien anhangend, über alle weltlichen Inwohner des Fürſtenthums, welche aus Ordnung kaiſerlichen und Lehenrechtes, und aus Bedeutung des Namens Herzog, ihm als Unterthanen zum Gehorſam pflichtig ſind, und ſchuldig ihm hilflich zu ſeyn und nachzuziehen Land und Leut zu retten; woraus denn folge, daß wenn auf die Bauersleute eine Geldhülfe gelegt wird um hiemit geniedteres Fußvolk zu beſtellen, damit ſie bey Gütern und Aeckern bleiben können, Niemand dieſer Geldhülfe entlaſſen oder befreyt ſeyn könne, welchen nicht — wie das bey den Bauern des Adels welche auf ihren freyen Gütern ſitzen, der Fall iſt — von dem Fürſten ausdrücklich befreyt ſind.

Der ſtete Gebrauch und das gemeine Recht bewähre ferners, daß nicht blos drei genannte — ſondern alle Händel welche Maleſizhändel ſind, dem Herzog zu richten und zu ſtrafen gebühren, in Kraft

beſtehen, und habe deßwegen die Landſchaft zu ſich gefodert, daß aber etliche Artikel in den Freyheitsbriefen wirklich unlauter und disputirlich ſeyen, ergebe ſich aus Folgendem: „König Ottens Brief nenne nur drey Gerichte die an den Tod ziehen, und als ſolche zur Obrigkeit des Halsgerichts gehören, es gebe aber deren mehrere; er beſtimme einerſeits, daß die Diebe mit Gürtel umfangen an die fürſtlichen Richter ausgeantwortet werden ſollen, und räume doch anderſeits dieſen Richtern das Recht ein ihn ſelbſt einzufangen; er ſetze 14 Tage als Friſt den Dieb zu richten, und doch ſey dieſe Friſt in vielen Fällen offenbar zu kurz; auch andere Stellen dieſes Briefes ſeyen dunkel, z. B. die Stelle „und an den Stätten allen da das Gut von gefällt"; ferner die Worte welche von der Gerichtsbarkeit ſprechen „ohne um Eigen und Lehen." —

„In den Freyheitsbriefen Herzog Heinrichs, Otten, und Heinrichs ſey eine Stelle, welche das Recht der Landesfürſten: Hülfe in der Noth zu begehren, in einem Maaße beſchränke, das ganz wider Recht, Vernunft und Natur, und in andern Fürſtenthümern unerhört ſey; ähnliche Artikel ſeyen in Markgraf Ludwigs, Herzog Steffans und Ludwigs, Herzog Johanns, Sigmunds und Johanns Briefen enthalten, was denn Alles der Läuterung und Mäßigung bedürfe. Bis zu erfolgter ſolcher Läuterung könne denn auch nicht verfügt werden, daß Abſchriften der Freyheitsbriefe in die Gerichte gelegt, und die Richter darauf vereidet werden."

Die Landſchaft machte auf dieſes Erwiedern den Vorſchlag: „der Herzog möchte den Ständen Gerichtsbarkeit auf allen Gründen zulaſſen, ſo zu einer Hofmarch gehören." Aber Albrecht erwiederte „er wolle deß gedenken" — bemerkte ihnen aber zugleich „es würden dann die Geiſt-

des Halsgerichts. Aus dieſer Obrigkeit fließe denn auch der Zwang der hohen Scharwerk, Angarias und Penangarias genannt, das iſt der Zwang der Unterthanen Leib und Gut zu Dienſtbarkeit zu fodern; welche hohe Scharwerk um ſo weniger in der Hofmarchs-Gerichtsbarkeit enthalten ſeyn könne, als ſie manchmal — wie das bei Kriegsdienſt der Fall iſt — Leib und Leben betreffe. Das Recht über Reiſe und Steuer zu gebieten, könne alſo, als den Regalien und höherem Zwange anhängig, denen vom Adel nimmermehr zugeſtanden werden; und wenn auch die Seinigen ſteuerfrey, ſo könne die Anlage eines Reiſegeldes (Kriegsſteuer) nimmermehr verſtanden werden unter der landläufigen Steuer, da alle Inwohner des Fürſtenthums ohne Unterſchied ihrem Herrn und Landesfürſten die Landeswehre zu leiſten ſchuldig ſind, ſo wie er ſelbſt dieſe dem Kaiſer aus fürſtlichen Pflichten zu leiſten verbunden." —

Das zweite Gutachten lautet zu Gunſten der Landſtände, und ging dahin, daß 1) die Freyheiten von denen die Rede iſt, als auf Gütern haftend, für ewig dauernd ſeyen, 2) daß allerdings auch jene Fürſten welche Lehen und Regalien beſitzen, Freyheiten ertheilen können, 3) daß ihre Nachfolger, da es Privilegia realia ſind, auch gehalten ſeyen, ſolche Privilegia zu halten, 4) daß Kaiſer Ludwig die Beſtätigung der landſchaftlichen Freyheiten in Bayern nicht als Herzog, ſondern als Kaiſer ertheilt habe; daß 5) Privilegien zu ihrer Gültigkeit der kaiſerlichen Beſtätigung nicht nothwendig bedürfen; daß 6) auch allerdings eine Präſcription ſolcher Privilegia ſtatt finde, 7) daß vorliegendenfalls durch den bezahlten Kaufſchilling das Privilegium die Natur eines Vertrags an ſich genommen habe; daß 8) der Beweis der Bezahlung des Kaufſchillings den Käufern nicht aufgelegt werden könne, weil die Präſumtion auf ihrer Seite ſtehe; daß endlich 10) allerdings in Fällen wo Urſache und Eigenſchaft der Perſonen ſich mittlerweile nicht geändert haben, durch fortwährende Beſtätigungen, ein anfangs ungültiges Privilegium zu Kraft kommen könne. —

lichen und Bürger ſich dann auch dieſer Freyheit gebrauchen wollten; der Herzog würde dann wohl für das ganze Unterland nur mehr einen einzigen Richter brauchen, da daſelbſt mehr denn 600 Hofmarchen gelegen ſeyen.“

Und ſo kamen die Stände auf ihre Bitte zurück „ſie gnädig bei ihrer Freiheit bleiben zu laſſen, und die Aemter mit Landleuten zu beſetzen.“ — Worauf Albrechts Antwort war „wenn ſie Klage hätten ſollen ſie das an ihn oder den Vicedom bringen; es ſey nicht in ſeinem Gemüth Jemand ſeines Gebrauches zu entwehren, und er wolle allezeit ihr gnädiger Herr ſeyn.“

§. 4.

Was auf dieſe Weiſe für das Unterland vertagt ſchien, und unbeſtimmt geblieben, das wurde mittlerweile im Oberlande durch Herzog Ludwigs Landesordnung vom Jahre 1474 urkundlich feſtgeſetzt und ausgeſprochen. Dieſe Landesordnung war ebenfalls das Ergebniß einer Berathung über die von den Ständen, Betreffs der Verletzung ihrer hergebrachten und verbrieſten Freyheiten erhobenen Beſchwerden; und wenn ſie gleich ſich über die geſammte Polizey erſtreckt, ſo hat ſie doch auch die nachfolgenden grundgeſetzlichen Beſtimmungen über die eigentliche Landesfreyheit in ſich aufgenommen:

„Die Zahl und Art der ſogenannten Vicedomhändel wurde genau angegeben, und dieſe Händel alle ſollen, wenn ſie einen Edelmann betreffen, vor den Herzog oder ſeinen Vicedom — wenn ſie einen Bürger betreffen von dem Landrichter gerichtet werden.“

„Frevel mit Blutvergießen die auf dem Kirchwege oder bei Nacht geſchehen, ſo wie auch der Bruch einer bereits verrichteten Sache, ſollen von dem Landrichter gerichtet werden.“

„Einem der von Todſchlags wegen austritt, ſoll nicht ohne des Todten Freunde Zuſtimmung Geleit gegeben werden.“

„Jeder Pfleger und Richter ſoll aus den ehrbarſten Landſaſſen und Landſiedlern die zur Schranne zu kommen pflegen, 41 Perſonen (und auf keinen Fall weniger als 15) zu Urtheilern und Rechtsſprechern niederſetzen, und mögen wohl auch 2 bis 3 Edelleut oder Bürger darunter ſeyn.“

„Es ſoll Niemand zu Fronbot und Amtmann beſtellt werden als durch den Herzog; und er ſoll ſchwören dem Fürſten getreu und gewärtig zu ſeyn, und auf eines jeden Begehren dem Beklagten Fürbot zu thun; auch die Inwohner des Gerichts nicht wider Herkommen zu beſchweren, ſondern ſich ſeines Soldes (von jeder Meile 6 — und von jedem Fürbot 2 Pfennige) zu begnügen.“

„Es ſollen an jeder Schranne zwei beeidigte Vorſprecher aufgenommen werden, einem Jeden auf Begehren vor Gericht das Wort getreulich zu thun.“

„Ferner ſoll an jedem Gericht ein beeidigter Gerichtſchreiber ſeyn, der das Vorbringen der Partheyen verſchreibt, und Brief und Urkunde getreulich verwahrt. (Hierauf folgt eine Reihe von Beſtimmungen, worin die Gerichtsgebühren, das Futterſammeln ꝛc. genau fixirt werden.)“

„Die Scharwerke ſollen nicht nach Gunſt, ſondern nach Geſtalt und Vermögen eines Jeden angelegt werden.“

„Es ſoll Niemand zu klagen genöthet werden, dann in Sachen die das Buch oder Landrecht zugeben; dagegen ſoll auch Niemanden die Klage verwehrt werden.“

„Es ſoll Niemanden zuſtehen Geleit zu geben, dann zum Rechten.“

„Alle neue Tafernen, die nicht Ehetafernen ſind, ſollen abgeſchafft werden.“

„Es ſoll kein Richter Pön und Fälle auf irgend eine Sache ſetzen, und Niemanden aus inhabender Gewehr entſetzen dürfen ohne Recht.“

„Wo eine herzogliche Vogtey, Zins oder Gült auf einem Gute haftet, bleibt ſie — auch bey Veräußerung des Guts — dem Fürſten vorbehalten; bloße Scharwerk aber ohne Vogtey geht bey dem Verkaufe von Gütern an Edelleute an dieſe hinüber.“

„Der Edelmann kann auf ſein freyes Gut Erbrecht geben; doch bleibt dem Herzog die Leibſteuer vorbehalten, wenn der Bauer, der auf ein ſolches Erbrechtsgut kommt, dem Herzog eigen war.“

„Wenn ihrer zwei die denſelben Herrn haben um ihre Gründe ſtreiten, ſoll der Streit durch den Grundherrn entſchieden werden; gehören die zwey Streitenden zweyerley Grundherren, ſo gehört die Sache vor den Herrn in deſſen Bezirk das ſtreitige Grundſtück gelegen iſt; ſtreiten endlich zwei Grundherren um Gründe, ſo ſoll der Kläger dem Beklagten in das Landgericht nachfahren.“

„Klagen gegen Landleute, Amtsſachen betreffend, gehören vor das Hofgericht.“

„Der Herzog wird kein Recht ohne ſondere Urſache in ſeinen Gerichten aufſchlagen.“

„Wenn durch Todfall eine Erbſchaft eröffnet wird, ſo ſoll die Erbſchaft nur dann durch den Landesfürſten (bis zu Austrag der Sache) zu Hand genommen werden, wenn über die Succeſſion ein Zweifel vorwaltet.“

„Es ſoll keiner zu Pfleger oder Richter aufgenommen werden, er ſey dann ehlich geboren, edel, und Wappennoß.“

„Die Geiſtlichen mögen auch auf ihren Gütern die freye Stift thun.“

„Jeder fromme Mann der Siegel hat, kann ſeine Verträge wohl ſelbſt beſiegeln — kommt die Sache aber zur gerichtlichen Verhandlung, ſo ſteht die Sieglung dem Richter zu.“

„Viermal des Jahrs ſoll Hofgericht gehalten werden, und mag da jeder fromme Mann Vorſprecher ſeyn.“

„Gegen ein im Hofgericht geſprochenes Bey-Urtheil iſt keine Appellation zuläſſig.“

„Das Urtheil des Hofgerichts ſoll binnen 6 Wochen erfolgen.“

„Es ſoll Niemanden ohne ordentliche Urſache ein Freibrief für Schuld gegeben werden.“

§. 7.

Erſt nach Vereinigung ſämmtlicher Landestheile in eine Hand, konnte zur Abfaſſung eines allgemeinen gültigen Landesfreyheits-Grundgeſetzes geſchritten werden. Die Einleitung hiezu geſchah ſtändiſcherſeits ſchon auf dem i. J. 1506 zu Landshut gehaltenen Ausſchußtage, durch Vorlage eines Entwurfes zu einer ſogenannten Freyheitserklärung. Allein Herzog Albrecht ging ſchon gleich in ſeiner erſten Antwort hierauf von dem Grundſatze aus: es komme nicht ſo faſt auf eine Erklärung, als vielmehr auf eine Ermäßigung dieſer Freyheiten an, „da die dießhalb von ſeinen Vorfahren zugeſtandenen Artikel ſo unmäßiglich geſtellt ſeyen, daß es ſchon deßhalb unmöglich geweſen ſie in Gebrauch durchzuführen, und etwas das zugleich dem

Fürſten und Land und Leuten leidlich und beſtändig ſey zu Stande zu bringen.“ Etwas Beſchließliches kam — da Albrecht von dem Tode übereilt wurde, damals nicht zu Stande. Aber unter Herzog Wolfgangs Regentſchaftsperiode gelang es den Ständen (auf den i. J. 1508 zu Landshut abgehaltenen Landtage) die Beſtätigung des Entwurfes einer Freyheitserklärung durchzuſetzen, der in Vergleich mit jenem früheren für ſie viel günſtiger lautete. Hiemit aber noch nicht zufrieden, wußte die Landſchaft die Conjunctur des denkwürdigen Landtages vom Jahre 1514 dahin zu benützen, daß noch eine weitere Anzahl von Artikeln, welche eine Erweiterung ihrer Freyheiten in ſich führten, in eine neu zu erlaſſende Freyheitserklärung aufgenommen wurden.

Der von ihnen hierüber auf dem Landtage 1508 vorgelegte Entwurf enthielt folgende weſentliche Beſtimmungen:

1) Genaue Benennung der Vicedomhändel (20 an der Zahl).

2) Hofmarchen. Wer Hofmarch hat ſoll in derſelben alle Sachen richten die nicht vicedomiſch ſind, ausgenommen um Grund und Boden, und um Gant (doch gehört auch Gant um fahrendes Gut zu dem Hofmarchsgericht).

Die Hofmarch erſtreckt ſich in und außerhalb der Ettern über alle zur Hofmarch gehörenden Gründe.

Dem Landesherrn bleibt die Mäßigung der Hofmarchsſtrafen vorbehalten.

Wenn Jemand an einer Herrſchaft Hinterſaſſen Foderung hat, ſo ſoll er durch des Fürſten Richter ſein Recht bei dieſer Herrſchaft begehren laſſen, und erſt wenn dieſe ſäumig iſt dem Kläger durch den Landrichter Recht verſchafft werden.

Betrifft die Klage Grund und Boden, ſo ſoll ſie Anfangs in der Hofmarch angebracht, und mit dem erſten Urtheil in das Landgericht geſchoben werden.

3) Auf Gütern wo die Edelleute Stift und Vogtey haben, ſoll dem Landesfürſten keine Scharwerk zuſtehen, wohl aber wenn dieſe Güter an Prälaten, Bürger oder Bauern gelangen; wo aber der Landesfürſt geordnete und geſetzte Scharwerk hat, dabey ſoll es bleiben.

Wo immer Prälaten, Edelleute oder andere, Gerichte über Unterſaſſen, Vogtleute und Unterthanen ſeit 10 Jahren im Gebrauch haben, bey demſelben ſollen ſie bleiben.

Welcher Edelmann auf ſeinen Vogtgütern Obrigkeit und Scharwerk ſeit 10 Jahren hergebracht hat, der ſoll dabei gelaſſen werden.

Wenn eines Geiſtlichen, Bürger oder Bauers Gut mit Grund und Eigenthum in des Edelmanns Gewalt kommt, ſo ſoll es Edelmannsfreyheit haben; kommt aber Edelmannsgut in die Gewalt der Erſtgenannten, ſo wird es Landgerichtsgut.

Wenn aber Bürger oder Prälaten Hofmarchen mit Eigenthum an ſich bringen, ſoll ihnen der Landesfürſt Hofmarchsgerechtigkeit halten.

So ſoll es auch mit Sitzen, Sedelhöfen und Hofbau gehalten werden.

4) Die Hofmarchherrn ſollen die Ehehaften halten und beſetzen auf ihre eigenen Koſten; und ſo jemand Recht an einem Hofmarchherrn frümmt, ſo ſoll dieſer letztere 7 oder 9 ehrbare Biedermänner niederſetzen.

Wenn der Hofmarchherr nicht Leute genug hat das Gericht zu beſetzen, ſo ſoll er ehrbare

Nachbarn hiezu erbitten; will er das Gericht nicht beſetzen, oder iſt er hierin ſäumig, ſo ſoll den Partheyen das Recht vor dem Landgerichte verſchafft werden.

Die Dorfgerichte und Ehehaften ſollen bey ihrem alten Gebrauche bleiben.

Die Stände ſollen an der Benützung ihrer Holzwieſen nicht durch die herzoglichen Förſter gehindert werden.

5) Die Eigenleute ſollen ſo getheilt werden, daß die Söhne der Mutter und die Töchter dem Vater nachfolgen.

6) Die Heirathen der Eigenleute ſollen frey ſeyn, doch mit Vorwiſſen des Eigenherrn geſchehen.

7) Keine Frau oder Jungfrau ſoll ohne ihrer Eltern oder nächſten Freunde Willen heirathen.

8) Es ſoll Niemand ohne Recht ſeines zehnjährigen Inhabens entſetzt werden.

9) Mit den Zöllen, Mauten und Umgeld ſoll es bey dem alten Herkommen bleiben, und das geiſtliche Gut ſeiner Freyheiten genießen.

10) Alle Neuerung der ehehaften Tafernen und Schenken ſoll abgeſchafft werden.

11) Es ſoll kein Jäger öfter als einmal im Jahre auf einem Kloſter Nachtziel zu ſuchen haben.

12) Das Futterſammeln ſoll nur da noch geſtattet ſeyn wo das Buch nicht liegt, und wo es ſeit den letzten 20 Jahren ausgeübt worden.

13) Die Amtleute und Schergen ſollen keine Brodbauern mehr haben wo das nicht alte Gewohnheit iſt, und auch da ſoll es ermäßigt werden.

14) Der Landesfürſt ſoll ſeine Aemter nur mit tapfern und edeln Landleuten, und ſeinen Rath mit mehr geſchickten Layen als Gelehrten beſetzen; die Richter aber ſollen ſeyn edel, ehrbar, ehlicher Geburt, verſtändig und mit angebornem Siegel; auch ſollen ſie mit billigem Sold gehalten werden, und auch die Gerichtſchreiber und andern Diener ſollen ehrbaren Herkommens und Weſens ſeyn.

15) Nur aus beweglichen Urſachen ſoll eine Sache aus dem Vicedomamt vor das Hofgericht gezogen werden.

Der Vicedom kann eine Sache gen Hof weiſen, ſoferne ſie im Rechten vor ihm nicht verfaßt iſt.

Die Prälaten und der Adel können um perſönliche Sprüche nur von dem Landesfürſten oder ſeinem Vicedom gerichtet werden. Die ordentliche Gewalt des Landesfürſten in offenbaren Rechten, bei welchen ein Gerichtsprozeß nicht ſtatt findet, iſt demſelben vorbehalten.

16) Den Prälaten, Stiftern, Edelleuten, dann Bürgern von Geſchlechtern ſo es von Alters hergebracht, iſt das kleine Waidwerk geſtattet; auch ſollen ſie Rehe, Schweine und Bären fangen dürfen, und ſelbſt in den fürſtlichen Bannförſten einen Fuchs oder Mader im Bau zu fangen, zu hetzen und zu paiſſen, und Vögel zu fangen ihnen geſtattet ſeyn.

17) Wer einen Uebelthäter in Fangnuß bringt, indem er das Recht über ihn anruft, der ſoll — wenn der Beklagte verurtheilt wird, keine Koſten zu tragen haben.

18) Uebelthäter die in den Hofmarchen betreten werden, ſollen am dritten Tage dem

Landrichter überantwortet werden, das aber was bey ihm gefunden wird dem Hofmarchherrn gehören. Des Verbrechers eignes Gut folgt aber (wenn er hingerichtet wird) ſeinen Erben. Geraubtes Gut iſt dem Beraubten zurückzuſtellen.

Das Gut der flüchtigen Verbrecher iſt in Beſchlag zu nehmen, und verfällt nach Jahresfriſt dem Landesherrn.

19) Gefangene die entlaſſen werden, ſind ſchuldig den Betheiligten genügende Urfehde auszuſtellen.

20) Wenn ein Edelmann einen muthwilligen Todtſchlag begeht, ſo bleibt ſein Gut dem Weibe oder den Erben, welche ihm falls er entflieht nichts davon zukommen laſſen dürfen.

21) Foderungen des Landesfürſten oder ſeiner Amtleute an Jemands Gut müſſen bey dem ordentlichen Richter verhandelt werden.

22) Foderungen an den Landesfürſten müſſen vor ſeinen Räthen angebracht werden nach des heiligen Reiches Ordnung.

23) Klagen gegen die fürſtlichen Beamten gehören vor den Vicedom, oder den Landesfürſten ſelbſt.

Die Nachrechte auf die Wändel ſind zu ermäßigen.

24) Kein Landmann ſoll den andern mehr mit Abſage oder Fehde angreifen.

25) Wer in des Landesfürſten Ungnade verſetzt worden, ſoll zu ſeiner Verantwortung gelaſſen werden.

26) Den Prälaten, Adel, Städten und Märkten ſoll um unläugbare Gilt und Gutsbericht die Pfandung zuſtehen, doch daß ſie hierin nach Recht und Landesgebrauch verfahren.

27) Der Landesfürſt ſoll das Land nicht zu Gewähr oder Unterpfand verſchreiben.

28) Jeder Landesfürſt ſoll vor Empfang der Erbhuldigung die Landesfreyheits-Erklärung beſtätigen, und dieſe Erklärung ſoll keinem Stande an ſeinen beſondern vorgehabten Rechten und Freyheiten ſchädlich ſeyn.

Auf dem Landtage des Jahres 1514 aber wurden nun aber noch folgende, über die in dem eben erörterten Entwurfe enthaltenen Beſtimmungen hinausgehende Begehren geſtellt:

„Es ſoll ein Jeder auf allen ſeinen Gütern, Lehen, Pfandſchaften (er habe darauf Vogtey oder nicht) ſo außerhalb der Hofmarchen und Dorfgerichten liegen, eigenes Gericht haben über Leut und Gut, ausgenommen in Sachen die vom Leben zum Tod gehen, alſo auch in Sachen um Grund und Boden und um Gant derſelben; doch ſollen Klagen wider einen Grundherrn die deſſen Gut betreffen, vor das Landgericht, und Klagen um Lehenſtücke vor den Lehenherrn gehören.“

„Auch in Streitſachen von zwey Hofmarch- oder Grundherrn, oder ihrer Unterthanen untereinander unter ſich, ſollen ſie ſich — wenn auch der Streit ſchon anhängig, vergleichen dürfen, ohne dem Richter was ſchuldig zu ſeyn.“

„Keine verläſſige Parthey ſoll geſtraft werden dürfen, als nur allein um Frevel.“

„Auch das Erkenntniß über den Schadens-(Erſatz) ſoll gleich in das Haupterkenntniß aufgenommen werden.“

„Die von Adel ſollen auf den Gütern darauf ſie Stift oder Vogtey haben, auch die Scharwerk haben.“

„Es ſoll (ganz unbedingt) durchaus Niemand ſeines Inhabens entſetzt werden können.“

„Die Nachtziel und das Futterſammeln ſollen ganz unbedingt abgeſchafft werden.“

„Auch die Umritte der Rentmeiſter und Landſchreiber ſollen allweg abgeſtellt werden.“

„Unter den Vorhölzern (worauf das Waidwerk dem Landesfürſten vorbehalten) ſollen nur ſolche zu verſtehen ſeyn, welche unmittelbar an einen Bannforſt anſtoſſen.“

„Die Nachrechte bey den Gerichtswändeln ſollen abgeſchafft werden.“

„Es ſoll hinfür keine neue Muſterung, Auflag, noch ander groſſe gemeine Landesbürd auſſerhalb gemeiner Landſchaft fürgenommen werden.“

„Ein jeder regierender Fürſt ſoll im Eingang ſeines Regiments noch vor geleiſteter Erbhuldigung die Landesfreyheits-Erklärung beſtätigen, und alle fürſtlichen Beamten ſollen bey Eintritt in ihren Dienſt ſchwören, daß ſie nichts thun wollen wider die Freyheiten und Gerechtigkeit des Landes, der Leute, und der Unterthanen.“

§. 6.

Wenn es nun gleich den Ständen gelang, auch das Zugeſtändniß dieſes erweiterten Begehrens in der damaligen Conjunktur der politiſchen Verhältniſſe zu erwirken, ſo war doch das von keinem dauernden Beſtande. Als ſie zwey Jahre ſpäter dieſe neue Freyheits-Erklärung den Fürſten durch einen Ausſchuß übergaben, ließen dieſe antworten: „Sie hätten daraus erſehen daß ihre Gericht, Obrigkeit und Amtsnutzung ihnen entzogen, und ihr Landgericht und Mannſchaft ohne Maaß geſchmälert würden, ſo daß ſie ihre Kammer- und Hofhaltung nicht mehr ſtattlich unterhalten könnten; das würde ſelbſt gemeiner Landſchaft zum Nachtheil gereichen. Ihr Begehren ſey demnach dieſe neuere, ſo hoch beſchwerliche Erklärung nachzulaſſen, und die vorhergehende wieder anzunehmen.“

Da der Ausſchuß erklärte, er habe nicht Vollmacht hierauf einzugehen, ſo ließ Herzog Wilhelm die Landſchaft am St. Stephani um 4 Uhr zuſammenrufen, und ſagte: „Er und ſein Bruder hatte ſich auf letzter Landſchaft in München eine Bitt zu thun vorbehalten; dieſe beſtehe nun darin, daß die Prälaten und Städte ſich der neuen Declaration begeben, und die Ritterſchaft in dieſer Sache der Unterthädinger ſeyn möchte.“

Als nun aber die von der Landſchaft ſich hierauf nicht einließen, erklärte Herzog Wilhelm: „es ſey ihm nun auch nicht gelegen, weder über die alte noch neue Declaration noch weiter zu unterhandeln.“

Durch Herzog Ludwig wurde jedoch vermittelt daß ein neuer Ausſchuß von 16 Perſonen zu weiterer Verhandlung gewählt ward.

Dieſem wurde von den fürſtlichen Räthen vorgetragen: „Schon der erſte der Artikel, *)

---

*) Dieſer lautete in extenso wie folgt: Als der erſte Artikel von wegen der gerichtlichen Obrigkeit, und der den Verſtand und Auslegung hat, daß alle Prälaten ſamt ander Geiſtlichkeit, auch all Grafen,

welchen die Landſchaft fodere, können die Fürſten nicht zulaſſen, und zwar erſtlich: weil Herzog Otts Handveſte nie in Wirkung und Gebrauch gekommen, und wenn die Landſchaft wirklich der daſelbſt enthaltenen Freyheiten ſich gebrauchen wollte, die Fürſten nicht mehr Fürſten bleiben könnten; denn die Prälaten und Geiſtlichkeit beſitzen den größten Theil der Güter in den Landgerichten; und über den halben Theil der Mannſchaft, des Stands von Adel, Grafen, Herrn, Ritter und Edel ſeyen ob die Tauſend, die auch etlich viel tauſend Hinterſaſſen und Vogtgüter in den Landgerichten haben; Es ſeyen ob hundert Städt nnd Märkt, deren Bürger wo viel tauſend Güter in den Landgerichten haben. Die Herzoge hätten wenig Stift und meiſtens Vogtgüter, darunter der meiſt Theil der Geiſtlichkeit ſtiftpflichtig ſind, und die nun alle den Fürſten entzogen würden; das Gleiche gelte von den Erzbiſchöfen, Biſchöfen, Stiftungen, Klöſtern außer Landes, Spitalen, Gotteshäuſern, die gleich den Landſaſſen die Gericht erkauft, und nun gleiche Freyheiten geltend machen würden. So würde denn geſchehen daß dem Landesherrn kaum 1/10 der Mannſchaft und gerichtlichen Obrigkeit mehr übrig bliebe. Wenn man ſofort den Grundſatz geltend machen wollte, daß die Scharwerk der gerichtlichen Obrigkeit nachfolgt, ſo würde dem Fürſten nicht 1/4 ihrer Scharwerk mehr bleiben, alſo auch ihre Schlöſſer und Pfleghäuſer nicht mehr im baulichen Stand erhalten, noch in den Hauptſtädten fürſtlichen Hof halten können. Es würde zuletzt ſelbſt die Geiſtlichkeit noch den Fürſten das Recht der Muſterung und Reiſe ſtreitig machen, den Pflegern und Amtleuten würde ihre Amts-Nutzung geſchmälert, ſo auch das Futterſammeln — davon ſie ihre Rüſtung erhalten — ja die ganze Rüſtung würde (da zuletzt die Aemter nicht tüchtig mehr beſetzt werden könnten) danieder liegen.

Aus dieſen Urſachen ſeyen ja eben die alten Freyheiten ihrer Unmöglichkeit halber von der Landſchaft ſelbſt den Fürſten wieder zugeſtellt worden, und dieſe ſeit 200 Jahren in deren Gebrauch geblieben. Und wenn auch einzelne Beſtätigungen dieſer Freyheiten erfolgt, ſo hätten dieſe als offenbar gegen den gemeinen Nutzen laufend keine Kraft haben können. Zudem ſey es nicht in der Fürſten Macht gelegen von des Reiches Lehen etwas zu vergeben, eben ſo wenig können dieſelben etwas von den Gerichtsbarkeits-Gefällen, die Regalien ſind, vergeben. Es ſey hiebey ſogar zu befürchten, daß im Falle auf einer ſolchen Schmälerung der Reichslehen beſtanden würde, der Kaiſer dieſe Lehen als verfallen erklären möchte.“

Freyen, Ritter, auch ander vom Adel, rittermäſſig Zugewandten, darzu die Burgerſchaft in den Städten und Märkten des Haus Bayern, auf allen ihren Gütern, das iſt die ſie zu ſtiften, zu beſetzen und zu entſetzen haben, darzu auf allen Pfandſchaften und Vogtgütern, auch andern ihrem Innhaben, obgleich die Landsfürſten Vogtey darauf hätten, ſo weit dieſelben Güter alle, und ihr jedes mit ihren zugehörigen Gründen reichen, die ſie itzt haben oder künftiglich überkommen, die auſſerhalb der Hofmarch und Dorfgericht in den Landgerichten oder dergleich liegen, alle gerichtliche Obrigkeit mögen haben, das iſt, daß ſie auf allen ihren Gütern, ſo in der Fürſten freyen Landgerichten liegen, richten mögen um all Händel, es ſeyen Frevel, Vergwältigung, liegend und fahrend Gut, auch um Grund und Boden, Einſatzung, Pfandung, Vergantung, und all ander ſolch oder perſönlich Klag, Erbſchaften, Spruch und Anforderung, und darinn nichts ausgenommen ſeyn, dann allein die drey Hauptmaleſiz, das iſt, Diebſtahl, Todſchlag, und Nothnunft oder Straßraub, die ſoll der Landsfürſt, und ſonſt nichts auf ihren Gütern zu Strafen haben.

Bey einer ſolchen Geltendmachung der fürſtlichen Hoheitsrechte, ſchien es den Ständen angemeſſen einzulenken. Es wurde ſofort zu einem Rathſchlag der landesfürſtlichen Räthe mit den Verordneten der Landſchaft geſchritten.

Fürs erſte wurden die Vicedomhändel genau beſtimmt. Diebſtahl und Raub ſollen wieder zu dieſen Händeln gehören. Wegen Eigen und Lehen ſoll es bei der frühern älteren Beſtimmung bleiben.

Was die Hofmarken betreffe, ſo ſey bereits in der frühern (durch die Vormünder gegebenen) Erklärung die Gerichtsbarkeit dieſer Hofmarchen dahin erweitert worden, daß

1) auch jenen Hofmarchherrn die das früher nicht gehabt nun Alles zu richten geſtattet worden, dann um Viztom-Händel, Grund und Boden und Gant,

2) ſelbſt Gericht über Gant um fahrendes Gut und Schulden ſey ihnen zugelaſſen worden,

3) die Gerichtsbarkeit ſey ihnen über die Ettern hinaus auf alle in die Hofmarch gehörigen Gründe erweitert worden.

Eine fernere und weitere Mehrung würde den Fürſten unleidlich ſeyn. Namentlich könne nicht zugeſtanden werden daß der hofmarchherrliche Gerichtszwang ſich auf die Hölzer erſtrecke die auſſer der Hofmarch gelegen ſind; daß alle Sprüche zwiſchen Grundherrn unter ſich, und alle perſönlichen Sprüche der Unterthanen ohne Ausnahme vor die Hofmarchrichter gehören; daß Streitſachen der Unterthanen die Grund und Hofmarch ſelbſt betreffen dem herzoglichen Richter entzogen werden; daß ferner die vom Adel auf den Gütern worauf ſie Stift oder Vogtey haben auch die Scharwerk gebühre; daß die Futterſammlung ganz abgeſtellt, der Rentmeiſter Umritt beſchränkt, und daß das Waidwerk der Fürſten geſchmälert werden ſolle; daß endlich füran keine neue Muſterung, Auflag oder anders Groß, gemein Land oder der Stände einen berührend, ſoll vorgenommen werden können außer gemeiner Landſchaft."

§. 7.

Da man ſich noch immer nicht vereinigen konnte, wurde die weitere Verhandlung auf den nächſten Landtag ausgeſetzt.

Dieſer wurde im May des folgenden Jahres (1516) eröffnet:

Die Fürſten erklärten „was die Gericht und Scharwerk betreffe, könnten ſie keine Willfahrung beweiſen; wollten aber — da es mit der Scharwerk im Lande faſt ungleich zugehe, die Hand bieten das auszugleichen."

Die Landſchaft beſchloß hierauf dieſe Artikel dieſer Zeit unbegeben beruhen zu laſſen.

Dagegen wurde die Bitte angebracht „daß die Fürſten den gebornen von Adel die nicht Hofmarch haben in ihren Edelmannsſitzen und dabey gelegenen Sedlhöfen Hochmarchgerechtigkeit bewilligen möchten."

Samſtag vor Jubilate erklärten nun die Herzoge ſie hätten noch folgende Begehren wegen der verlangten Freyheitserklärung (ſowie der Entwurf gegenwärtig lautet):

1) bey dem Vicedom-Artikel ſoll die bey der Zauberey geſetzte Leibſtrafe herauſſen bleiben; und die Räuberey ſolle dem Diebſtahl gleichgeſtellt werden;

2) der Diebſtahl ſoll ohne Rückſicht auf die Summe zu den Vicedomhändeln gerechnet bleiben;

3) das herzogliche Waidwerk in den an die Bannforſte ſtoſſenden Vorhölzern ſoll den Fürſten nicht geſchmälert werden,

4) endlich könnten ſie nicht in den Artikel willigen, daß der regierende Fürſt im Eingang ſeines Regimentes noch ehe die Landſchaft Huldigung geleiſtet, Urkunde über die Freyheitsbeſtätigung der Landesfreyheits-Erklärung ausſtelle.

Die Verordneten erklärten ſich bereit in das erſte und dritte Begehren zu willigen, baten aber in Betreff der übrigen Artikel ihrer Bitte zu willfahren.

Hierauf ließen die Herzoge erwiedern: „ſie wollen zugeben daß Diebſtahl unter 80 Pfenning ſchwarzer Münze als ein bloßer Gerichtshandel beſtraft werde.“ „Der Vorhölzer wegen ſeyen ſie zu einer Erläuterung bereit.“ „Eben ſo ſeyen ſie bereit die gegenwärtige Freyheits-Erklärung zu beſtätigen, und in die Urkunde das Verſprechen aufzunehmen, daß die alten gemeinen Landes-Freyheiten in keiner Weiſe geändert werden ſollen; dazu aber daß ſie außerdem noch die gemeine Freyheit und aufgerichtete Handfeſt der Landſchaft beſtätigen ſollen, könnten ſie ſich nicht verſtehen.“

Hierüber erhob ſich nun abermals eine weitwendige Verhandlung, welche ſich in der Hauptſache um den Punkt drehte, daß die Verordneten darauf beſtanden: „es ſolle in die auszuſtellende Beſtätigung ihrer Freyheiten namentlich auch die Beſtätigung ihres zu München aufgerichteten Bund- und Beybriefes mit aufgenommen worden,“ während die Herzoge hiezu durchaus ihre Einwilligung verſagten. Endlich aber, und nachdem die Herzoge ſich in Beziehung auf dieſen Punkt dahin erklärt „ſie wollten der Stände Bündniß und Beybrief in ihrem Werth belaſſen“ gelang es auf mündliche Umfrage, mit 130 Stimmen den Beſchluß zu erwirken: die Landſchaft wolle nun auf die Freiheitsbeſtätigung hin, ſo wie der von den Fürſten ihnen mitgetheilte Entwurf laute, die Erbhuldigung leiſten.

Auf dieſem Wege denn, iſt die Landesfreyheits-Erklärung vom Jahre 1516 zu Stande gekommen, und wir laſſen dieſelbe, als damaliges Landes-Grundgeſetz, hier dem vollen Inhalte nach folgen:

Dy New ercleruug der Landſfreyheyt des loblichen haus und Fürſtenthumbs Obern vnd Nidern Bairn. Anno fünffzehenhundert vnnd jm Sechzehenden auf den acht- und zweintzigiſten tag des Monats Marcy zu Ingelſtat aufgericht.

Von Gottes genaden Wir Wilhelm vnd Wir Ludwig gebrüeder, Phallentzrauen bey Reine, hertzogen in Obern vnnd Nidern Bairn ꝛc. Bekennen als Regirendt fürſten für vns, all vnſer Erben vnd nachkomen vnd thun khunt allermenigclichen, Als vns die Wirdige in got, Wolgebornen, Edlen Ernueſten, fürſichtigen, Erſamen vnd weiſen, Vnſer lieb getreu Gemaine vnnſer Landtſchafft, von allen ſtenden, der Prelaten, Grauen, Freien, Ritter, vom Adl, knecht, und derſelben zugewontn, Auch ſtet vnnd Merckt, vnſers hertzogthumbs in Obern vnnd Nidern Bairn, Vns als jrn Rechten natürlichen Erbherrn vnd regirendn Lanndsfürſten, hey gegen vnnſer beſtättung jrer handtueſſt vnnd freihait, die wir jnen an heut dato jnnhalt ains beſondern beſtatbriefs erneuert, vnd wie vnnſer vorfarn Confirmirt vnd beſtät, Erbhuldigung gethan haben, Darauf ſich dann nach vermüg jrer freihait gebüret, Das wir jnen daneben vnſer declaration, der wir vnns mit vorbemelter gemainer vnſer Landſchaft über allt handtueſſt, vnd freyhait veraint, damit die zu mererm vnd leutrerm verſtandt mit vnſerm willen vnd wiſſen gebracht ſindt, Auch Confirmirn vnd beſtätten ſollen, Das wir dann in bedenkung der getreuen willigen vnd vnderthenigen Dienſte, die ſy weilendt vnſern vorfarn Fürſtn vnd hertzogen von Bairn, auch vns gebrüedern gutwilligclich gethan haben, vnd füran vns vnd vnſern nachkumen wol thun mügen vnd ſollen, Darauff vber ſollich jr allt handtueſſt vnd freihait nachfolgendt declaration, ercleruug, erleutrung zugelaſſen vnd geben, Confirmirt vnd beſtät haben, vnnd thun das hie mit rechter wiſſen vnd zeittiger vorbetrachtung, in Crafft vnd nach ausweiſung diſs libels wie von Wort zu Wort hernach geſchriben ſtet, und Nemlich,

Vicedombhendl.

Fürs erſt mügen die nachuolgenden fäll vnd mißhanndlung füran alls maleſiziſch, vnd Vicedombhendl geſtraft werden, vnd ſind in zwaintzig artickl hernach geſetzt.

Der Erſt. Wer ſeinen herrn in den todt gibt, oder jme haymmlich oder offennlich, wider gethane aydspflicht, Schedliche vntrew thut, die rechtlich maleſiziſch geſtrafft mag werden.

Der Annder. Wer wider ſein herrſchafft, öbrigkait, den lanndsfriden Verräterey üebt, vnd getriben hat.

Der Dritt. Wer ſeinen pedtgenoſſen, on ſchuld, die jm rechten gegrünndt ſeind, vom leben zum tod bringt.

Der Vierdt. Wer vatter oder mutter vom leben zum tod bringt, oder ſonnſt mit ſchedlichen ſchlegen fräuenlich hannd daran legt.

Der fünfft, wer jm ſelbs den tod thuet, auſs vrſachen ains begangen maleſitz der peinlich rechtfertigung vnd ſtraff zuempflihen, das ſol maleſiziſch geſtrafft, vnd deſſelben gut conſiſcirt

werden. Wo ime aber yemant den tod ſelbs thut aus vnſyniger weiſe, oder aus vrſachen vnleidenlichs ſchmertzens, ſeiner wiſſentlicher kranckhait, deſſelben erben, vnnd ſein verlaſſen gut ſollen darumb von eins vicedombhandels wegen nit angezogen noch geſtraft werden.

Der ſechſt. Wer vnſer ſelbs oder vnſers hofmaiſters, Marſchalchs, Vicedombs oder vnſer Räte, gelait, oder irn angelobten frid freuenlich bricht.

Der Sybend. Wer drolich außtritt, oder yemannt beuehdet oder nottädingt.

Der Acht. Wer yemant haymlich Mortprennt, oder offentlich, vnnd mutwilligklich prennt.

Der Neunt. Wer einen fräventichen todſchlag thut, oder mit gifft Oder in annder geſtallt ain haymlich Mordt, oder kind verthan hat.

Der Zehent. Wer brief, oder münſs, gold oder ſilber felſcht, ſaigert, oder geringer macht, vnd der wiſſentlich für gold, vnd ſilber ander kuntterfehde metall, dergleichen Wer falſchs Edels geſtain für gut vnd gerecht, wiſſentlich verkaufft oder hingibt.

Der ailfft. Wer Frawen oder junkfrawen notzwingt.

Der zwelfft. Wer vnkeuſch wider die natur, als mit einem vich Oder ein manſpild mit dem andern beginndt.

Der Dreyzehennd. Wer falſch Ayd ſwöret, vnnd zeugknus gibt.

Der vierzend. Wer zuberey treibt, die zu ſchaden kumen.

Der fünffzehendt, ain yeder diebſtal, der mit recht peinlich geſtrafft werden mag, darjnnen ſol auch füran diſe nachuolgende leuttrung, vnd mäſſigung gehalten, vnd dawider von niemant zuhandlen geſtatt werden, Nemlich wer vber zwenunddreiſſig Regenſpurger, das iſt achtzig pfening ſchwartzer münſs vnſer landßwerung, oder ſoviel wert verſtillet, der mag peinlich vnnd vmb einen Vicedombhandl geſtrafft werden. Aber welcher Diebſtal vnder gemelter ſuma iſt, das ſol kain Vicedombhandl ſein, ſonder für ainen gerichtswandel geſtrafft werden, vnnd wo in der beteurung, ſchatzung, oder anſchlag ſollichs diebſtalls gejrrt wurde, ſollen vnſer hofräte, vnd in den Vicedombamptten vnſer Vicedomb vnd Räte daeumb zuentſcheiden haben.

Der ſechzehend. Die Rauberei, ſol auch für ein maleſitzhandel gehalten, vnd geſtrafft werden.

Der ſibenzehende. Wer geweicht kirchen haimlich bricht, daraus ſtilt, oder auf einem geweichten kirchhof fräuenlich rumort, ficht, oder der jr ains mit pluet vergieſſen enteret.

Der achtzehendt. Wer ainem ſein Weib oder kindt, oder ainen vnuogtparen brueder, ſchweſter, oder pflegkindt, haimlich oder offenlich, mit gewalt, vber ſeinen willen raubt oder entpfiert.

Der Neunzehendt. Wo ainer ainem andern bey nächtlicher weil jne vermeſſenlich zubeſchedigen fürwart, auch jne beſchedigt, vnd das zu jme bracht wirdet wie recht iſt.

Der zwaintzigiſt. Wer ainem andern ſein Marchſtain oder andere march haimlich vnd geuerlich verruckt, aufbricht oder abthuet, vnd ſeinen grund dadurch ſichtigclich erweitert. Wurde aber von yemant, an geuerde ain march bewegt, oder ausgeackert, derſelb ſolle es ſeinen gerichtsherrn anſagen, vnd der gerichtsherr alſdann, mit wiſſen beder parthei, die ſach ſollicher march halben gütlich vertragen, vnd hinlegen, vnnd darumb kain ſtraff noch wandel füran genommen werden. Es were dann ſach, das ſollichs dem Gericht nit angeſagt, vnd geuerlich verhalten

wurde, So mag alſdann derſelb handel doch nit maleficiſch, ſonder wie ain gerichtshandel geſtrafft werden.

Doch ſollen obgemellt Artigkl all, vnd ein yeglicher, ſo für Vitzdombhenndl geſetzt ſeind, nit geſtrafft werden, es hab ſich dann zu den beſchuldigten erſtlich warlichen vnnd gleublichen erfunden. Wo aber das puch ligt, daſelbs ſol es in obgemellten fällen nach puchs ſag gehalten werden.

Von den Hofmarchen.

Wer Hofmarch hat, der ſoll in denſelben all ſachen ſo nit Vicedomb oder maleſizhendel ſindt, zerichten haben, hindann geſetzt vnd auſgenomen vmb grundt vnd poden, auch vmb gant derſelben ſachen, die ſollen in vnnſrm fürſtlichen Landgericht berecht werden.

Aber die gannt vmb farends gut ſollen in den hofmarchen, die dann vmb die ſchuld zerichten haben, bleiben, Dann wer vmb ſchuld zerichten, der hat auch bezalung der ſelben zuuerhelffen das iſt durch mittl ainer rechtlichen gant.

Wo aber der hofmarchherr nit aigen hofmarchgericht, durch ſeinn hofmarchsleut beſetzen wolt oder mächt, So ſoll er die pfandt in vnſer Landtgericht, der ſelben hofmarch, oder zu der panſtat, aus der dann ſollich pfandt erfordert wirdt, zuuerganten, on Verhinderung antwurten, vnd jme das darumb hinfüran kain abpruch ſein.

Nachdeme aber bißhere zwiſchen vnſer der Landsfürſten vnd vnſer landſchafft, ſo hofmarch haben, ſich irrung gehalten hat, Wie weit ain yede hofmarch mit jrem zirkl oder anzaigen raichen, des ſol füran die erclärung gehalten werden, das ſollich hofmarch ſein ſollen in den Etthern, vnnd auſſerhalb auf allen Eckhern, Veldern, Wiſen, ängern, Egärten, Hölzern, Holtzgründen, Wegen, Stegn, Paumgartn, hegken, tratn vnd waſſeren, ſo in die hofmarch gehörn, jn vnd auff den allen, ſol der hofmarchherr zerichten, vnd zu ſtraffen haben, als vmb überetzen, übermäen, überſchneiden, überzeunen, übergraben, übermaiſſen, vnd überackeren, auch vmb Rauffen, Schlahen, werffen vnd verwunden vnd alles anders, das wie obgemelt nicht Vicedomb oder maleficiſch Händel ſindt.

Vnd wo zwiſchen vnſern landtgerichten, vnd den hofmarchen zweifel oder irrung in den marchen weren, darjnn ſollich verprechung ſich erhäben, ſo ſol vnſer Landtrichter deſſelben orts mitſambt dem hofmarchrichter, darumb die kundſchafft annemen, Vnd die rechten march entſchaiden, wurden ſy aber der handlung oder entſchids vnains, ſo ſollen vnſer Vicedomb vnd Rete desſelben orts, oder wo ſolchs kain Vicedombampt betreffe, vnſer hofmaiſter vnd Rete darumb zuſprechen vnd zuerkennen haben. Wurde aber derſelben gründe einer gar, oder ains tails anſprächig, darumb ſol vnſer Landtrichter richten.

Was ſich auch ander perſondlich ſpruch vnd freuel, die nit Vicedomb oder maleficiſch hendel ſindt, in denſelben hofmarchen zwiſchen jrer jnwonenden perſonen, vnd andern, auch auf den gründten, vnd güettern darzu gehörig, begeben, Sol der hofmarchrichter auch zerichten vnd zeſtraffen haben.

Doch mit vorbehalt vns als landsfürſten vnſer fürſtlichen oder auf vnſern beuelh, vnſer Vicedomb vnd Rete meſſigung, in den vnnd allen andern der hofmarchherren ſtraffen, Wo die zubeſchwerlich vnd vngebürlich geſchehen, vnd derhalb clag fürkäme.

Es ſollen auch die hölzer vnd holzwachs, die on mittl nicht an der hofmarchgründ ſtoſſen, in dem herkumen vnnd gebrauch der gericht ſtraff vnd pfandtung des, der ſy vor gehabt hat, beleiben. Ob auch die hochmarchgründt an vnſer panforſt ſtieſſen, darein die hofmarch vnd andere güeter vnd dörffer jrn trib beſucht, vnd daraus die behölzung haben, darauf wir vnſer Forſter oder ander ambtleut die das verhüeten, oder verwalt hettn, bej vnſer landsfürſtlichen obrigkait vnd ſtraffen derſelben ende ſol es beleiben. Doch vnſrn vnderthanen der enden an jrn alten gebreuchen wie ſy die herbracht haben, vnuergriffenlich.

Wir alls Landsfürſten ſollen auch preläten, burger vnd paursleut mit den holz-ferten gen hof nit weiter beſchwern laſſen. Dann wie es vnuerlich vor zehen jarn iſt gehalten worden. Auch für ſollich fert kain gelt genomen werden.

Wann aber der Landgerichtsgrundt, vnnd ain hofmarchgrundt oder zwayer Hofmarch Gründe aneinander ſtoſſen, vnd ein nachpaur den andern in obgeſchriben ſachen überfüern, Wo ſich alſdann derſelben jrrung die zwen richter yedes tails miteinander nit vergleichen wollten oder möchten, ſo ſollen wir oder vnſer vicedomb, oder hofrichter vber dyſelben ſpän vnnd grundt jnen ainen richter ſchaffen.

Wo aber zwen hofmarch oder ander grundherrn in oder auſſerhalb landtgerichts irer gründe oder anders halben, oder ir vnderthan, vmb bürgerlich ſachen, ſo nit maleſitziſch vnd vicedomb-händel ſind, miteinander irrig wurden, So mügen ſy ſich auſſerhalb der Herrſchafft nit allain, ehe das rechtlich geclagt wirdet, ſonder auch hinach, wen vnd wo ſy wöllen, gütlich mit-einander wol vertragen, vnd ſollen darumb, das ſy ſich vertragen haben, der herrſchafft oder jrem Landtrichter nichts ſchuldig ſein. Doch ſofer der handel, nach ſatzung der rechten ſtraffpar iſt, Alſdann dez gerichtsherrn an ſeiner ſtraf, auch wo es grundt vnd poden berürt, deſſelben grundtherrn, Wo es on ſeinen willen vnd wiſſen beſchicht, vnuergriffenlich.

Wo auch ain gerichtſman in ainer hofmarch oder Entgegen ain hofmarchsman in ainem andern gericht, auch wo ain hofmarchſman in den anndern hofmarch wiſſennlich auſſerhalb ma-leſitz verpricht, iſt der bekannt vnd wolangeſeſſen, ſoll jne der gerichtſherr oder ſein richter, in des gericht er verbrochen hat, darumb nit annemen, Sonder an des verprechers gerichtſherrn oder Richter, müntlich oder ſchriftlich begern, jme denſelben verbrecher in die ſtraff zuſchaffen, darjnn auch des verprechers gerichtſherr ſeinen vnderthan alſdann, wol beiſtandt thun mag, Wo aber der verprecher nit angeſeſſen iſt, vnd kain porgſchafft gehaben mag, jne alſdann der gerichtſherr oder richter in ſeiner obrigkait, darinn er verbrochen hat, darumb wol auffhalten oder annemen.

Es wär dann ſach, das der verbrecher der ſtraff vnſchuldig zeſein vermaint, Vnd das mit recht auſzufürn erbütig wer, darzu ſol er gelaſſen werden, Vnd wo er nit angeſeſſen iſt, das recht verbürgen, vnd ſolchs in jarsfriſt mit recht, wie ſich gebürt, auſſüren. Auch der gerichtſ-herr mit einbringung des wandels dieweil ſtillſteen, darzu der clager dem antwurter für ſeinen gerichtſherrn alſdann nachfarn.

Würde aber der verprecher ſollichs in jarsfriſt mit recht nit auffürn, oder in recht verluſ-ſtig, ſo ſol er darnach dem gerichtſherrn, in des gericht er verbrochen hat, den wandel on verern verzug bezalen;

Dergleichen mainung ſollen es die von Stetn vnd Merktn in ſachen frefl berürendt auch halten. Es hetten dann etlich Stet vnd Merckt, ſollichs ander geſtalt im gebrauch hergebracht, dabei ſol es alſdann auch beleiben, Auch wo das puech ligt, nach vermög deſſelben gehalten werden.

Wo aber der Landſchafft hinderſeſſen, aigen oder vogtleut, in vnſern fürſtlichen Lanndtgerichten ſitzendt vmb bürgerlich verprechen oder hendl, auſſer maleſitz, von yemant angezogen oder angeſprochen werden, haben wir vnnſer landtſchafft zu gnaden zugelaſſen, das alſdann vnſer pfleger vnd richter dem herrn, darunter der beclagt oder angeſprochen geſeſſen iſt, den handl mit der kürtz zuſchreiben vnd begern ſoll, den darumb auf ainen tag, dem jme vnſer ambtleut benennen ſollen, für ſy zu uerhöre oder ſtraff zuuerſchaffen.

Nachdem aber deſſelben angeſprochen oder verprechers herrſchaft zu zeiten dem gericht zu weit möchte geſeſſen ſein, ſo ſoll derſelb angeſprochen oder verprecher vnſer ambtleut ſchreiben, ſo jm das von vnſerm ambtman oder franboten vberantwortt wirdet annemen, vnd das ſeiner herrſchaft auff ſein Coſtung ſelbs zuebringen, Vnd darauf in ſeiner herrſchaft willen ſteen, ſeinen hinderſeſſen aigen oder vogtman vor vnſern ambtleuten, dafür er erfordert iſt, auf denſelben angeſetzten tag, durch ſich ſelbs, oder ander beyſtandt zu thun, Wurde dann ſein herrſchaft auf den angeſetzten tag, vnd darnach in den nechſten vierzehen tagen den verbrecher oder beclagten für den Richter nit ſchaffen, oder der verprecher oder beclagt vnſers ambtmans ſchreiben nit annemen wollen, Und darinn auch läſſig erfunden, Alſdann ſollnn vnd mügen vnſer pfleger, Richter vnd ambtleut nach erſcheinung der vierzehen tag gegen derſelben vnſer lanndtſeſſen vnderthan, aigen oder vogtman, von gerichts vnd obrigkait wegen, verer die notturfft mit ſtraff vnd ander rechtmeſſig wege wol fürnemen vnd handeln.

Ob auch yemant zu ainer herrſchafft paurn oder hinderſeſſen, ſpruch ſetzt, der in vnſern Fürſtlichen landtgerichten, vnd nit in ainer hofmarch ſitzt, iſt der landſchaft, ſonderlich den, die daz vor nit gehabt haben, zu gnaden zugelaſſen, das der clager durch vnſer pfleger, landrichter, oder ander vnnſer ambtleut, an dy ſollich clag gelangen wurden, ambtshalben aus guetem willen denſelben clager für des antworters herrn weiſen, darumbn ſchreiben müg, jme in der güettigkeit zn den ſeinen fürderlich zuuerhelffen vnd zuſchaffen. Wo das alſo beſchehe, ſol es dabei beleiben, Doch vns, wo der handel gütlich gereicht würde, vnd jm Landtgericht ſtraffper were, an vnſer ſtraff vnuergriffenlich.

Wurde aber der herr, dem der antworter zueſtuende, darjnn läſig vnd ſeumig vermerckt, vnd wiſentlich erfunden, Alſdann ſollen vnd mügen vnſer pfleger, Landtrichter, vnd ander vnſer ambtleut dem der clager amptßhalbe vnderworffen wäre, ſollichem clager gegen dem antwurter als vorſteet, in vnſerm Landtgericht dy pillicheit ſchaffen, oder das recht nach geſtalt einer yeden ſachen, fürderlich ergeen laſſen vngeuerlich.

Item ob ſich begäbe, das vmb grunt vnnd podn, in ainer hofmarch gelegen, ein jrrung were, die gerechtfertigt werde, ſo ſol es, wo anderſt derſelb hofmarchherr vmb grundt vnd poden ſelbs nit zurichten hat, anfangs in der hofmarch angefangen, vnd mit der erſtn vrtail durch den hofmarchrichter in vnſer landtgericht derſelben ende geſchobn werden, vnd ob es zu ainer einſatzung kumen, ſo ſol die volziehung auf vnſers landtrichters verkundung vnd begern durch den hofmarchherrn beſchehen vnd gethan werden.

Es wer dann ſach, das der hofmarchherr ſich darüber widern, vnd dy volziehung in vierzehen tagen nit thun würde, ſo mügen wir oder vnſer Landtrichter alſdann ſollich volziehung thun.

Vnd alls bißherr an vil ortn in vnnſerm fürſtnthumb ein mißbrauch geweſt iſt, das die richter in bürgerlichn händln dy verluſtig parthei vnd denen ain ſach mit vrtail aberkant wirdet, darumb geſtrafft habn, Das aber wider Ordnung vnd ſatzung gemaines Rechtens iſt. Demnach wöllen wir, das nun füran kain richter, weder auff dem lannd noch in den hofmarchen ainich parthei, vmb das ſy in bürgerlichen ſachen mit recht verluſſtig wirdet, mer wandelen noch ſtraffen ſollen, doch wo das puech ligt nach vermög deſſelben gehalten werden.

Nachdem auch vmb erkantnus vnd meſſigung der gerichtscoſten vnd ſcheden bißhere an vil ortn new rechtfertigung geübt ſindt worden, Wollen, ſetzen vnd ordnen wir, daß neben den rechtlichen clagen antwort vnnd anndern einfürungen, albeg vmb Ertailung der gerichtscoſten vnd ſcheden auch gebeten ſol werden vnd darauf erkantnus beſchehen. Darzu den vorſprechen, ſo zu den gerichten beſtelt, jn irn aiden auferlegt werde, das ſy ſollich ertailung der gerichts Coſten vnd ſcheden in den rechtſatzen allweg mit einfüren, die recht aufs treulichiſt fürdern vnd geuerlich verzug vnd ander verlengerung meiden wollen.

Vmb güeter auſſerhalb der Hofmarch.

Iſt aus vermüg des alten herkumens durch vnns zugelaſſen, das die vom Adel auf jren güeteren die jnen mit ſtifft oder vogtei zugehören, die ſcharberch ſollen haben, Doch nachdem die vogthei in dem landt vngleich iſt, Sol es der vogtgüeter halben in obuermelten fällen alſo verſtanden werden, Welcher Edelman auff ſeinen vogtgüetern obrigkait vnd ſcharberch zehen jar hat hergebracht, vnnd der in gebrauch on rechtlich Anſprach ſouil jar geweſen iſt, Dabei ſoll es beleiben, vnd on recht auch nit entſetzt werden, Wellicher aber allain vogtgüeter hatte, die jm nur vogtgült zinßen, vnd darauff die oberkait vnd ſcharberch ſo lang wie obſtet jm gebrauch nit gehabt hette, So ſol alſdann vnns die ſcharberch vorbehalten ſein, Wo aber der Edelman die gehebt het, ſol es ſteen in dem fall wie oben.

Wann aber die Edlleut dieſelben jre güeter, mit dem aigenthumb, vnd gründten, oder aller gült, mit vorbehaltung des aigenthumbs, Prelaten, burgern oder pauren verkauffen oder in annder wege zuſtellen, So ſollen wir nichtß mynder die Fürſtlich obrigkayt vnd ſcharberch darauff haben.

Es ſollen auch die Prelaten vnd burger güter, ſo auſſerhalb der hofmarch in vnſern Landtgerichten ſitzen, mit aller freyhait vnd gerechtigkait, ſcharberch vnd ander beſchwerung halben zimlich zu vnſer notturft gehalten werden, wie es mit vnnſern Vrbarsleuten vnnd Caſten güetern gehalten wirdet, dergleich ſollen es die hofmarchherrn auch halten.

Wo vnd was aber wir, auch die hofmarchherrn auf der landtſchaft güetern geordneter vnd geſatzter ſcharberch haben, dabei ſoll es noch beleiben, auch allen Schergen und amptknechten in jr pflicht, alſo das ſy hinfüran keinen mer für den andern beſchweren, oder vmb ainicherlay miet abkauffen, gunſt oder gab, noch ſunſt in ainichweiß ſchieben, oder der ſcharberch freien, oder vberheben, aigentlich von vnſernt wegen eingebunden, Vnd wellicher vnſer Pfleger, Richter oder ambtman das vberfüere, zu deme es ſich erfünde, der ſol wy hernach im beſchlus dieſer ercleruug geordent iſt, ſeines ambts entſetzt vnd darzu ernſtlich abgeſtrafft werden.

Ob aber etlich von Prelaten, des adels oder annder in vnnſerm fürſtenthumb, die gericht auf jrn vnderſeſſen, Vogtleuten, vnd vnderthanen, on rechtlich anſprach im gebrauch, Nemlich zehen jar hetten herbracht, das kündig vnd offenbar were, bei denſelben jrn gerichten vnd alten gewonhaiten vnd ſollichen gebreuchen ſollen ſy beleiben, vnd daran on recht nit entſetzt noch verhindert werden.

Auff welchen güeteren vnd leuten ſy aber die gericht dermaſſen wie obſtet, in gebrauch nit herbracht hetten, die ſelben gericht ſollen vns volgen, zueſteen vnd hiemit vnbenomen ſein.

Wann auch ains Prelaten, oder ains anndern gayſtlichen, Auch ains Burgers oder Paurn guet, mit dem grundt, vnd aygennthumb in ains Edelmans gewallt kombt, ſo ſol daſſelb guet nachmals Edlmannsfreyhait haben.

Herentgegen, kumbt dann ains Edelmans guet, mit dem Grundt vnd aigenthumb in ains Prelaten, oder ains andern geiſtlichen, ains bürgern oder paurns gwalt, ſo ſol es ain landtgerichtz guet ſein.

Doch wo die burger von den Prelaten, oder Edelleuten, oder die Prelaten von den Edelleuten oder burgern hofmarch kaufften, oder ſonſt mit dem aigenthumb an ſich bringen, den ſollen wir ſollich hofmarchgerechtigkait, wieuor ſtet auch halten.

Dergleich ſol es mit den Sitzen, Sedlhöuen vnd hofpeuen wie die in altem gebrauch hergebracht ſindt auch gehalten werden.

Wie die hofmarchherren in den hofmarchen die recht halten vnd beſetzen ſullen.

Es ſollen auch die hofmarchherrn, auf jr ſelbs Coſtung, vnd darlegen, die Ehafft vnd hofmarchrecht hallten, und beſetzen, vnnd von ainicher parthey, ob ſy gleichwol das recht in der hofmarch frümbt oder begert, kein Coſtung, ſo vber den Richter vnd rechtſprecher geet, eruordert, noch gegeben werden, angeſehen das der ſo der Hofmarch mit wanndeln, vnd anndern ſachen geneuſt ſol in dem fall, die Hofmarch, vnd Ehafft recht, on Coſſtung der partheien, zu beſetzen, auch billich entgellten. Wo auch die ſach zwen gulden oder darundter beträff, oder was bekenntlicher ſchuld ſeind, darumb ſol man nit rechten laſſen, ſonnder nach billichayt darjnn hanndlen, vnd ſchaffen.

Deſgleichs ſol es in vnſern fürſtlichen Landtgerichten vnd hofmarchen, mit dem gaſt vnd grundtrechten, auch gehalten werden.

Wo auch der Hofmarchherr nit fouil lewt, damit Er das gericht beſetzen möchte, in ſeiner Hofmarch hette, So ſol Er ettlich Erber nachpawrn, oder vmbſäſſen aus dem Lanndgericht, oder anndern Hofmarchen erpitten, die jme das recht on coſſtung der parthey wie obſtet helffen beſitzen, dieſelben ſollen auch alſdann an Aidsſtat geloben vnd zuſagen, das ſy vmb das, ſo für Sy in recht gepracht würdet, mitſambt den hofmarchslewten getrewlich auf Jr gewiſſen Erkennen, vnd recht ſprechen wollen, was Sy rechtlich zeſein achten, vnuärlich, doch dem Gerichtſchreiber, Redner, vnd Piteln an Jrn zymlichen ſolden vnabprüchig.

Wolt oder möcht aber der hofmarchherr auff ainicher parthei begern ſein hofmarchgericht nit beſetzen, So ſol er ſolch recht in vnſer landtgericht, darjnn ſolh hofmarch ligt, oder in vnſer hofgericht on verzug vnd verhinderung zu recht weiſen.

Wo er aber darjnn laſig vnd ſeumig ſein wurde, ſo ſollen Wir vnd an vnſer ſtat vnſer hofräte, Auch vnſer Vicedomb vnd ander Rete den landtrichtern beuelhen, denſelben partheien, zwiſchen der rechtens not iſt, des rechtens gegeneinander fürderlich zuuerhelffen, vnd zwiſchen jnen ergeen zelaſſen, was recht iſt, Doch füran dem hofmarchherrn in andern ſachen an ſeiner hofmarchſsgerechtigkait vnuergriffen vnd on nachtail.

Item in ſonnderhait, ſollen die Dorfgericht vnd Ehafft in jrm gebrauch beleyben, alls in den allten freyhaiten auch begriffen iſt.

Vmb Holtzgrunde.

Item nachdem ſich auch die Prelaten, die vom adel, vnd ſtet vnd Merckt, vnd die armen leut, ſonderlich vor dem gebürg, beclagt haben, wo ir holtzgründt vnd wiſmader aus jrer nachleſſigkait mit holtz verwachſen, das jnen ſolchs abzehauen verboten ſey, Darauf iſt zugelaſſen, das vnſer jägermaiſter, vorſter vnd ander vnſer ambtleut jnen füran ſollich holtz, ſo auff ſolchen jrn gründen vnd wiſmedern, vnferlich jnner zehen jarn, auff news gewachſen, vnd nit aichreis ſindt, abzuhauen nit mer wern ſollen, ſonder ſy mügen denſelben holtzgrundt oder wiſmad zue vnnd nach irer notturfft wie obſtet wol raumen.

Sy mügen auch in vnſern panforſten vorm gepirg auf jrn holtzgründen vnd wiſmaden, das klain reiſachholtz, auſſerhalb der aichreis auch wol abhawen vnd ſchnaitn, damit ſy jrer gründt genieſſen mügen, vnd die nit verliern.

Der aigenleut halben.

Item die aigenleut ſollen wir mit vnſern Prelaten, dem vom adel vnd bürgern füran tailn, Alſo vnd auf die mainung, das die ſün der muetern, vnd die töchter dem vatern nachfolgen ſollen.

Verheiratenſs halb der aigenleut.

Es iſt auch billich das die heyrat vnſer vnd ander herrn aigenleut frey ſein, Doch daz die mit der aigen herrn vorwiſſen beſchehen ſollen, Auch das ſollich heyrath vnnbeſchwert, vnnd on all vordrung ainicher ſchatzung vnd bezalung guets oder gelts gethan werden mögen.

Ander heirat halben.

Deſgleichen ſollen wir durch vns ſelbs, noch yemandt ander kain frawen oder junkfrawen, on iren vnd jres vatters vnnd muetern, oder ob die nit in leben wären, on jrer nechſten frund vnd gerhaben willen, verheiraten.

Vmb entſetzung der gwer.

Es ſol kainer ſeins jnhabens on recht Entſetzt, Auch vmb das alles nach gemainem rechten gehandelt werden.

Vmb Zoll Maut und vngelt.

Item mit den zölln, Meuten, vnnd vngelt ſollen wir es halten vnd beleiben laſſen, wie von alter vnder allen ſtenden herkomen iſt.

Was aber deßhalben in Zölln, Meutn vnd vngelt in zwainzig jarn neuung fürgenomen, oder auferſtanden weren, dy ſollen hinfüran abſein, vnd von vns nit mer gebraucht, noch vnſern ambtleuten geſtat werden.

Vnd der Prelaten, Stifft, vnd gaiſtlichen perſon aigen güeter zu den Stifftn gehörig, ſollen in vnſerm fürſtenthumb Bairn, allenthalben, Zols, Maut vnd vngelt halben bey Bäbſtlichen Bullen vnd kaiſerlichen freyhaitn gelaſſen vnd gehalten werden.

Vmb neuerung der Ehehafft.

Es ſollen auch all Neuerung der Ehehafft, Nemlich der Tafern vnd ſchenckens, Auch ſchmidt, Mül, vnnd gemains failpad, abgeſchafft vnd der aufzurichten füran nit mer geſtat werden.

Von der nachtzyl wegen.

Es ſol auch kain Jäger vnd Falkner füran auf aynich Cloſter des jares nit mer dann ain mal ziehen, mit ainer zymlichen anzal, die lüferung, auf die perſon, Roß, vnd hundt, vngeuärlich drey oder vier tag zeſuchen vnd zunemen. Doch wo die Jäger, oder Falkner auf ettlich Clöſter in zehen jaren nit gezogen wären, daſelbshin ſollen Sy hinfüran auch nit ziehen, noch geſchickt, auf das die Gotzheuſer nit übermäſſig beſwärt werden.

Deſgleichs ſollen nun hinfüran die clöſter durch die vorſter vnd vberreuter mit nachzil, vnd anderm vnbeſchwert gelaſſen werden.

Von der Fueterſamung Wegen.

Item von des fueterſamens wegen, Wollen wir, das nun füran an den enden da das puch ligt, kainerlai fueter geſambt ſol werden, Wo aber das puch nit ligt, vnd das fueter daſelbs vor dreiſſig jarn nit geſamet were, So ſol man es füran an denſelben enden auch nit ſamen, Wo aber das fueter vor dreiſſig jarn geſambt iſt worden, daſelbſt ſol man es hinfüran auch ſamen, doch mit der hernachgeſchriben vnderſchaid, Nemlich das es allain vnſer pfleger, wo er das gericht hat, Auch vnſer Landtrichter vnnd der oberſt Franpot, ze ſamen macht haben, Wo aber ein pfleger were der das gericht nicht hette, dem ſol das fueter ze ſamen nit geſtat werden, Es wer dann ſach das es ir ainem allain an etlichen orten die bemelten jar gegeben were. Es ſol auch ſollich fueter ſamung nicht mer dann auff ain mal jm jar beſchehen, vnd allain habern geſambt werden, Auch kain pfleger, richter, vorſter, vberreuter, ambtman, franpot, ſcherg, noch yemant ander ſonſt ainich ander ſamlung fürnemen, in kaine weiſe.

Es ſol auch ſollich habern ſamen nach des armen mans willen, vnd nit an den mäßlein gegeben, vnd genomen, auch der Arm man durch vnſer pfleger, oder Richter, franpotn, oder ander nicht verrer, höher, vnd weiter beſchwert, noch angezogen werden.

Doch ſol vns, vnd vnſern Erben, vnd nachkomen regirenden Fürſtn diſe erclerung des fueterſamens an vnſrn ſambungen, in vnſern vrbarſpüechern angezaigt, Auch wie wir, vnd vnſer vorfarn ob menſchen gedechtnus jm gebrauch herbracht haben, vnuergriffenlich ſein.

Der franpotn protpaurn halben.

Iſt bewilligt vnd fürgenomen, ſol auch füran dermaſſen gehaltn werden, das kain vnnſer Ambtman, Landtſcherg, oder ir vnderknecht, fürter kainen protpaurn mer haben, noch ſich dere

vnderſteen, des jme auch vnſer pfleger vnd richter nit geſtatten ſollen, Es ſey dann an den Ortn, da es vor gewonhait geweſt, vnd den es vorhin geſtat iſt, vnd dannoch allain den, ſo vnnſer oder vnſers gerichtsgebot, von jrer haimwonung ains tags nit erraichen, oder verrichten möchten, Sollen jr ainem, nemlich dem oberſten ſchergen, der dann vorhin aus leichter nutzung ſeins Ambts protpaurn gehabt hat, vber acht protpaurn, wie dann by ainem yeden Ambtman, nach gelegenhait vnnd geſtalt ſeins ambts durch vnſer Rentmaiſter gemäſſigt, vnd angezaigt ſollen werden, zugeben vnd vergont, vnd ſonſt weiter auch vnſern pflegeren, jägermaiſtern, Richtern, Caſtnern, vnd allen andern vnſern Ambtleuten protpaurn zehaben, noch ainen für den andern vmb gelt, gunſt, miet oder ainich gab zefürdern, oder zefreien, in kain weis geſtatt werden.

Von beſetzung wegen der Rete, Vicedomb unnd annder ambt.

Wir ſollen auch füran vnſere ambt, Nemlich Vicedomb, Hofmaiſter, Marſchalch, Camermaiſter, Küchenmaiſter, Jügermaiſter amt, auch die pfleg vnſer ort, vnd namhaffter Stet vnd Schlos, mit tapfern Edlen vnd geſchickten landtleuten, So Bairn, oder die mit Schloſſen oder ſitzen im landt ze bairn beerbt ſindt, vnd nit mit auſlendern fürſehen vnd beſetzen.

Vnnd zuuor, in vnnſerm Rate alwegen mer geſchickt Landtleut vom adel, ſo layen ſindt, dann gelert haben, vnd ſetzen.

Darzue ſollen zu vnſern Rentmaiſterambten, Edel, oder ander Erber redlich perſon, ſo landtleut, vnd darzu geſchickt ſind, vnd nit frembd, oder auſlender fürgenomen, vnd gebraucht werden.

Wir ſollen auch hinfüran, vnſere gericht, Cäſten zoll vnd mautambt, allenthalben in vnſern landen, mit leuten beſetzen die Edl oder Erber, redlich, Elicher geburt vnd verſtendig ſindt, vnd angebornne ſigl haben, Auch dieſelben Richter mit Sölden, vnd annderm alſo halten, Damit fürter kainer in den wandlen vnnd ſtraffen tail oder nutz habe, auff das die armen leut, wie bißher beſchehen ſein möchte, vnd geclagt iſt, vnbillicher weiſe, mit wandelen vnd ſtraffen nit beſchwert werden, Damit vns aber ſollich Wandel verbrechen vnd ſtraffen, ſo vns, oder vnſern ambtleuten zuſteen, anbracht vnd nit verhalten werden, haben wir vns vorbehalten, den Franpotn, pütlen, Schergen, oder ambtſknechten jre nachrecht dauon volgen zelaſſen, wie ſolhs hernach lauter angezaigt würdet.

Wir wollen auch zu den Landtgerichten geſchickt vnd verſtendig gerichtſchreiber, vnd auch zu andern gemainen ambten diener vnd knecht, die Erbers herkumens vnd weſens ſindt, Auch Franpoten oder pütel die vor nit vnerberg hanndlung getriben oder vnleumat auff jne haben, zu den ambten aufnemen, Auch vnſen Rentmaiſtern, oder ander vnſrn ambtleuten ſollichs zu thun nit mer geſtatten, damit in den Rechtlichen ladungen, verkündungen, geboten, vnnd andern den franboten handlungen nit vnnglimpf, widerſprechen, ſchad, beſchwerung, verſäumnus oder nachtail entſtee, Auch füran, in vnſrn vicedombampten, vnſer Vicedomb vnd Rete, mitſampt vnſrn Rentmaiſtern, die Franboten, pütel vnd ſchergen aufzunemen, macht haben, Doch das ſy die von kains zueſtands oder gelts, ſonnder von frumbkait vnd guets wandels wegen zu den ambten aufnemen, auch vns in land darjnn freie handlung vorbehalten ſein.

Ainen yeden in ſeinem Vicedomambt fürzunemen.

Es ſol ein yeder in ſeinem Vicedombampt ſeins ordentlichen gerichts beleiben, ob aber beweglich vrſach aine oder mer verhanden weren, dardurch wir vermainten ain ſach ſelbs, oder durch vnnſer hofrete zu hörn, So mügen wir alſdann die partheien erfordern, die ſollen auch durch ſich ſelbs, oder ir volmechtig anwald erſcheinen, vnd gutlicher billicher handlung, nach verhör der ſachen gewarten.

Es wurde dann ſo die ſachen Rechtlich fürgenomen, mit recht vnd vrtail erkant, das ainer in aigner perſon kumen vnd erſcheinen ſolt, das ſol er thun.

Es mögen auch vnſer Vicedomb ain ſach aus beweglichen vrſachen ſelbe für vns gen hof weiſen, Soferr die jm rechten vor jme nit verfaſt iſt.

Die Prelaten, vnd der adel ſollen vmb perſondlich ſpruch nyndert gerechtfertigt werden, dann vor vns, oder vnſrm Vicedomb, doch vnns vnbenommen, ob wir auſs beweglichen vrſachen die Rechtfertigung für vns vnd vnſer hofräte auſs dem Vicedombampt beſchaiden wolten.

Worinn aber wir oder vnſer nachgeſetzt Vicedomb, on ſonder gerichts proceſs, oder rechtfertigung, zwiſchen den partheien, aus ordentlichem gwalt zuſchaffen haben, Alls umb anhellig bekenntlich ſchuld, offenwar freuel, Entſetzung, vergweltigung, einſatzung, vnd anders, iſt in offenwaren rechten auſgetruckt.

Doch ſollen die einſatzung der Erbſchafft halben, nach verhör und erkantnus der ſachen durch vnſer Rete, auch in erwegung der formlichen geſchefft vnd letzten willen geſchehen, vnd anderſt nit.

W a i d w e r ch.

Item Waidwerchſ halben, haben wir bewilligt vnd zugelaſſen, das nun füran den Prelaten, Stifften, Edeleuten, Bürgern in vnſern Steten, von geſchlechten, Als ſonderlich, in vnſern vier haubtſteten, München, Landſhut, Jngelſtat, Strawbing, und in andern ſteten, da ſy es vorhere, aus ſonder freiheit oder ſunſt in gewondlichem gebrauch vonn alter hergebracht haben, Reher, Schwein vnd Pern zufahen erlaubt ſein ſol, des jne auch vnſer jägermaiſter, vorſter, vnnd annder vnſer amptleut geſtatten ſollen, doch an vnſern panforſten vnd deſelben vorhöltzern on mittel darann ſtoſſendt, auch in den auen, der wildfuer, ſollen ſy ſollich waidwerch meiden vnd vnderlaſſen.

Vnd der vorhöltzer halben ſol es nachfolgenden verſtant haben: Wo zwiſchen der vorhölzer vnd panförſt, ſichtige, vnd vnterſchidliche panfelder vnd haywiſmader ligen, vnnd nit anheng ſindt, dieſelben ſollen für vorhöltzeren on mittel, an die panforſt ſtoſſend nit gehalten werden.

Auch die andern freyen höltzer vnd wälde, daran wir das Gejaid von alter im gebrauch herbracht haben, damit nit begeben ſein.

Jne iſt auch vergunt vnd zugelaſſen, das ſy Füchs, Haſen, hüner, wachtel, vnd fogl fahen vnd ſchieſſen mögen, auſgenomen vmb Mentzing bey München, vnnd wo wir vns in der nähet, vmb die vorbenenten vnſer vier haubtſtet, vns zu ſonderm luſt zu zeiten ichts zehaien ſchaffen wurden, darjnn wir vns, doch vnyerlich vnd zimlich halten ſollen, daſelbs ſollen ſy alſdann, alles waidwerch, dergleich das hetzen an vnſern panförſten, vorhölzeren vnnd auen, wieuorſtet vnderlaſſen, aber hüner, wachtel vnd vogel zufahen vnd zuſchieſſen, mit dem cloben vnd auf

vogelherdten zu vogeln, auch in den feldern Füchs vnd Haſen zehetzen, ſol jne veuerboten ſein, wie von alter auch geweſt, vnd herkomen iſt.

Es ſollen auch weder vnnſer jägermaiſter, vorſtknecht, ſchergen, noch kain ander ambtman füran ainichen klainen wilpan, von vnnſern wegen, weder paurn, ſchergen, oder anndern wildnern mer hinlaſſen, auſgenomen zu handthabung vnnſer landt Grenitz mag das hinlaſſen geſchehen, Doch allain den jnwonern vnſers lands, Auch ſollen vnnſer lanndleut kainer, weder durch die ſchergen, oder annder knecht hetzen laſſen, es haben dann dieſelben vnſer landtleut dy wind ſelbs im hauſs.

Wo aber das hinlaſſen hindangeſetzt an landgränitzen, wieuorſteet, darüber geſchähe, So mögen die Prelaten, Stifft, die vom Adl vnd Burger denſelben Pawrn, Schergen, vnd willdnern jre Armbſt, Hundt, oder Netz nemmen, Vnd wo das auch nit helffen wollte, ſy darumb fenngklich annemmen, vnd zu verrer ſtraff in die gericht, darjnn die gefanngen geſeſſen ſind, antwurtten.

Doch ſo ſol ſollich vnſer verwilligung vnd zugeben ainem yeden, der Erbliche oder andere gejaid im gebrauch hat, an ſeiner gerechtigkeit vnd altem herkumen vnuergriffen ſein.

Der vbeltetter gefengklich annemung vnnd derſelben ſtraff berürendt.

Wer ainen Vbeltätter in fencknus pringen wil vnd ruft dz recht vber jne an, vnd thuet entgegen alles das des gerichts recht iſt, ſo ſol man auf des anrueffers Coſſtung den gefangen halten, wirdet aber derſelb vbeltätter mit recht geſtrafft, oder ſtraffper gefunden, ſo ſollen wir aus landsfürſtlicher Obrigkeit die Coſſtung ſo vber die rechtfertigung geet, leiden.

Dergleich ſo ein vbeltätter von landsfürſtlicher Obrigkait wegen angenomen wirdet, der ſol auch auff vnſer Coſſtung gehalten vnd geſtrafft werden.

Wann auch ein Vbelthäter ſeinen anklager hat, ſo ſoll derſelb Vbelthäter auf das fürderlichiſt gerechtuertiget werden zu zimlicher zeit, vnd wie ſich nach geſtallt der ſachen, vnd ſeiner mißhanndlung gebürn, vnd füegen wil, vnd das auch der anklager, mit verkündung des rechtenns, von dem Gericht nit vbereylt, verkürtzt, oder geuärdt werde.

Der vbelteter halben ſo in den Hofmarchen betretten vnd angenomen werden.

Die vbelteter, ſo in den hofmarche betreten werden, ſollen durch den Hofmarchherrn wol bewart, bis an den dritten tag darjnn gehalten vnd an demſelben dritten tag durch denſelben Hofmarchherrn vnſerm landtrichter der ende, dem ſollichs vorhin zeitlich verkundet werden ſol, aus dem hofmarchgericht gepunden vnd gefangen geantwurt, vnd demſelben vnſerm Landtrichter von des guet, der vmb diebſtal gefangen wirdet, ſo er bey im gehabt oder in der hofmarch hat, nichts zegeben ſchuldig ſein, Vnd was bey dem gefangen vnnd in der hofmarch gefunden wirdet, das ſol, ſoferr niemant dem daſſelb guet zugehört hete, hernach käme, vnd das mit recht vnd wie ſich gepürt einziehen mag, dem hofmarchherrn vnuerirt volgen vnd zueſteen.

Dergleich ſol es des gefangen verſtoln oder geraubten guts halben, ſo bei jme, oder in vnſrn landtgerichten gefunden wirdet, von vnſrn landtrichtern, oder weme wir das zueſteen laſſen, auch gehalten werden.

Wo aber ain Vbelthäter mit dem todt geſtrafft würdet, ſo ſol deſſelben aygen aufligend vnd farend [guet, wo er das hat, das nit verſtolen Oder gerawbt iſt, ſeinem weyb, kinden, gelaubigern, oder Erben, wie ſich gezymbt, volgen, vnd beleiben, vnd vmb aller annder Vbeltäter Hab vnd Güetter ſol es wie umb des diebs güetter gehalten werden.

Es wär dann ein ſolch verprechen, darumb der leyb geſtrafft, vnd darzu des Vbelthäters guet confiſcirt werden möcht.

Es ſol auch den ſo ir guet verſtoln, oder geraubt, Wo das bey den vbeltätern betreten wirdet, ſoferr ſich dieſelben angegriffn vnd beſchedigten, vnd aufs wenigiſt mit jrn aiden darzu ziehn, wie recht iſt, daſſelb jr verſtolen oder geraubt gut widergeben werden, Doch vnſern landtrichtern, dergleich dem hofmarchrichter für all ſach, dem gericht nit mer dann zwen und ſibentzig münchner pfening fürfangs vorbehalten ſein.

Es mag auch ein yeder ſein guet, ſo Jme verſtolen oder geraubt worden iſt, Ee vnd Er deßhalben mit Clag an das gericht kombt, in friſcher that wol wider annemen, jme gegen der herrſchaft vnnd gericht in allweg vnenntgollten.

Item ob yemant, man oder weib, auſſerhalb adels von gemainen perſonen ainen todſchlag oder ain ander Maleficiſch vbelthat, die offennwar wär, begienge, vnd darumb entrun, iſt dieſelb perſon in ainer hofmarch geſeſſen, ſo ſol ir guet, durch den hofmarchherrn, alles vleiſs, mit wiſſen vnſers landtrichters treulich beſchriben, vnd inuentirt, vnd des ein inuentari vnd Copei durch denſelben hofmarchherrn vnſerm landtrichter der ende, auf ſein begern von vnſern wegen gegeben werden, vnd das guet in der hofmarch verhaft beleiben, biß zu weiter nachfolgender handlung.

Würde aber der Thäter betretten, vnnd zu Jme gericht, So ſoll es mit dem guet gehalten, wie oben von der vberthäter guet gemellt iſt.

Wo aber ain ſolch perſon, der begangen that in jars friſt nit betreten wirdet, ſo volgt vns alls Landsfürſtn das gut für dy ſtraf des Vicedombhandels, doch ſol der leib des thäters dannocht nit geſichert ſein, wo er ſich anders mit vns vnd des erſchlagen frundten nicht vertädingt, oder vertregt.

Es ſollen auch hierjnn, vor der herſchafft vnd allen leuten von dem gut der gruntherr oder vogtherr irer gült vnd guts berichtung gewert werden, ſein weib, ob er die hat, jrs zugebrachten heyratguts vnd morgengab, vnd ander ſein gleubiger jrer ſchuld bezalt, vnnd dergleichen durch vnnſer lanndtrichter in vnnſern Landtgerichten auch gehalten werden.

V m b v r f e h d.

Wo ſich begibt das ainer oder mehr gefangen, nit gerechtfertigt ſonder auſgelaſſen werden, So ſollen ſy notturfftig verſorcknus vnd vrfehd geben mit notturfftiger einziehung vnnd verſehung aller der jhenen, ſo an ſolcher jrer fenckhnus Rat hilf oder that, oder ſy aus ainer hofmarch geantwort haben, darunter verdacht oder verwant ſind, Wie landtleuffig vnnd geſtalt der ſachen eraiſchen iſt, Vnd das auch dem, der einen einbracht oder wieuorſtet, vnſrm landtrichter geantwort hat auff ir begern vnd ſchreiberlon, derſelben vrfehde ein richtige Copei gegeben werden.

Ob auch alſo ainer der ſtraffwirdig erfunden durch vnns begnadt wurd, das alſdann derſelb

ſo begnadt, vnnd auſgelaſſen wirdet, oder aber wir ſelbs die atzung bezaln, vnd der jne eingebracht, ſolchs nit entgelten.

Der Edelleut todſchleg halben.

Welcher Edelman einen mutwilligen todſchlag thut, wirdet er betretten, ſo mögen wir mit recht wider jne handlen laſſen, nach gelegenhait ſeins verprechens, vnd ſein gut ſoll ſeinem weib, Erben vnnd glaubigern, wo er die hat beleiben, Entweicht er aber ſo ſoll ſein gut ſeinem weib, kinden oder erben nit mer, dann in Verhaft beleiben, die abnutzung dauon genomen, vnd jme dem thäter ſein lebenlang nichts dauon zugeben, Er vertrag ſich dann mit vns vmb ſollich verprechen, vnd des getödtn frundten, nach gelegenhait der ſachen vnd der Entleibte perſon, zimlich vnnd nach vnſer erkantnus, Vnd das alles, wie oben begriffen iſt ſteht nach vnſer begnadung.

Vmb des Landsfürſten anſprach auf ligenden oder varenden güetern.

Wo wir oder vnnſer ambtleut, von vnnſern wegen zu yemnnts guet, es ſey ligendt oder varendt, icht zu ſprechen hatten, oder gewünnen, darumb rechtfertigung beſchehen ſoll, So ſol ſolch rechtfertigung beſchehen, vor ains yeden derſelben ſachen ordenlichem gericht vnd Richter.

Vmb des vnderthans Anſprach zu ſeinem Landsfürſten.

Wurde yemant zu vns, vnſern Erben vnd nachkommen zuſprechen oder zu clagen haben, der ſol das thun vor vnſrn Reten, vor den ſollen wir auch gerecht werden, laut des artickls in des heiligen Reichs ordnung deßhalben geſetzt, mit vorbehaltung vns, auch vnſerm widertail die Apellation, wie ſich gebürt vnd recht iſt.

Vmb anſprach vnd clag der ſo von des landtsfürſten ambtleutn beſchwert werden.

Ob yemant zu vnſern pflegern, Richtern, dienern, vnd andern ambtleuten, die ainen von jrer ambt oder dienſt wegen an ſeinem leib, Ern, oder gut, vberfarn, beſchedigt, oder zu ſchaden bracht, ichts zuſprechen hette, derſelb clager mag dieſelben vnſer ambtleut oder diener, vor vns, oder in vnſrm Vicedombambt vor vnſrn vicedomb vnd Reten darumb wol beclagen, vnd rechtfertigen.

Ob aber derſelb ambtman vnd diener, oder der clager ſich ab vnſers vicedombs vnd Rete handlung vnd geſcheftn beſchwern wurden, ſo ſol demſelben fürgeſetzt ſein, den handel vnd ſein beſchwerung vns anzubringen, vnd verer nach billichheit in dy ſach geſehen werden.

Wo aber die oder derſelben vnſer ambtleut oder diener ainer in kainem vicedombambt geſeſſen, ſonder dem Regiment vnnſers gemainen hofhaltens vnderworffen wär, So mag er alſdann denſelben vnſern ambtman, oder diener, on mittel, vor vns vnſern hofmaiſter oder marſchalch vnd Räten daſelbs fürnemen beclagen vnd rechtfertigen.

Ob auch die vnderthanen ye zu zeiten der ſtraffen oder wandl halben vber vnſer ambtleut ſich beſchwern, vnnd darumb für vns oder vnſer hofmaiſter oder Vicedomb vnd Rete zu clag kumen wurden, So mögen dieſelben vnſer hofmaiſter vnd Räte vnd in den Vicedombambte vnnſer Vicedomb vnd Rete, mit wiſſen vnſer Rentmaiſter ſolh ſtraff vnd wandel wol mäſſigen.

Es ſullen auch vnſer Rentmaiſter und landtſchreiber die Vicedombwandel, was ſy der in jrm vmbreitn oder ſunſt erfarn, nun füran mit vnſrm vnd vnſerer hofräte, vnd in unſern Vicedombambten mit vnſer vicedomb vnd Rete willen und wiſſen, vnd nach derſelben mäſſigung abteidigen, vnd die noch ander wandel zuverteidingn an ſonder beuelh, auf ir vmbreitn nitmer aufſchieben.

Wo vnſer Rentmaiſter vnnd landtſchreiber füran vmbreuten, ſollen ſy das mit vnſerm verwiſſen thun, ſich frömbder hendel vnd ſachen, on vnſer vnd vnſer hofräte, auch vnſer vicedomb vnd Rete haiſſen, vnd jnen zu ſonderm nuꝫ nit beladen, Sonder allain zu vnnſer der fürſten notturfft ſehen, Wie es in yedem ambt vmb vnſer pfleg, gericht, zöll, meut, Caſtn vnd vorſtambt Auch ſchlos, Stet Merkt, vnd ander vnſer heuſer, auch vnnſer getraid, vrbar vnd alle andere ligende vnd varende güeter, Rent, gült, fall, ambtnuꝫung, ſcharberch, gericht, vnd obrigkait geſtalt hab, Auch wie ſich ein yeder amutman, merers, vnd minders ſtands, in ſeinem ambt halt, ob er vns auf vnſer obrigkait, herrlikait, vnd gerechtigkait, die er in ſeiner verwaltung hab, mit vleis ſehe, diſe erclerung, vnd ander vnſere landtpot, vnd landßordnung halt, die armen leut nit beſchwäre, vnd zum ambt geſchickt ſei, oder nachleſſigclich, oder aigennüꝫlich handel oder nit, damit wir vnd ſy vns in den ambtrechnungen, vnd allen andern vnſern notturfften allenthalb darnach ferer wiſſen zerichten.

Es ſullen auch die nachrecht, der ende die bißher aus altem geprauch genomen ſindt, auf die vicedomb vnd gerichtſwandel, vnſern pflegern, Rentmaiſtern, landtſchreibern, vnd Richteren füran abgeſchafft werden, Auch wir als landsfürſten, vnd vnſer nachkomen, Regirendt fürſtn, verrer vnſer ambtleut, ſy ſein merers oder minders ſtands, auch vnſer rentſchreiber, gerichtſchreiber vnd all ander knecht vnd diener jrer nachrecht vnd aller derſelben anfordrung halben, ſelbs entrichten laſſen, vnd ir kainem darüber, von den ſo wandlbar ſindt, weiter ichts mer geben werden.

Doch an welhe enden die franpotn, pütl oder ſchergn, aus altem gebrauch in etlichen wendln die nachrecht gehebt haben, ſol jne der zehent pfening auf die wandl geben werden, Wo ſy aber die nachrecht biſher nit gehebt, da ſullen ſy dy füran auch nit haben.

Wo auch das puech ligt, ſol es in diſem fall laut deſſelben gehalten werden.

Vmb abſag vnd beuehdung.

Wir ordnen vnnd ſetzen auch, das in vnnſern fürſtenthumb kain landtman den andern mit abſag vnd vehdlicher that geweltigclich angreiffen, noch beſchedigen ſol.

Der in des landsfürſtn vngnad vnd verſagt iſt.

Ob yemant von Geiſtlichn, Edln vnd erbern perſonen, ainichs vngepürlichs wider vnns gehandelt zuhaben verſagt wurde, dieſelb perſon zuuerantworten vnd zuentſchuldigen erböte, vnd das recht leiden möcht, ſo ſolen wir denſelben genedigclich zu verantwortung komen laſſen, vnd vns nach gelegenhait des handels zimlich vnd genedigclich beweiſen, vnd pilligkeit nit ſtraffen noch annemen.

Vmb der Prelaten der vom Adel auch Stet vnd Merckt pfantung.

Es ſol auch den Prelaten, dem Adel, auch Stetn vnd mercktn jn vnſerm ober vnd Niderland zu Bairn ꝛc. die pfandtung vmb jr vnlaugenpar gült, ſy ſey ain oder mer jar, vil oder wenig angeſtanden, Auch vmb guets bericht vergont werden, vnd vnſern ambtleutn jne die zewörn nit mer geſtattn, ſonder ſy mögen durch ſy ſelbs, oder ir diener, in obvermeltem fall pfendten, doch das ſy mit den pfandten gefarn wie recht vnd der landß braucht iſt. Auch den vom Adel, Stetn vnd mercktn, an jrn freihaitn, oder gepreuchen, wo ſy die haben, vnuergriffen.

Das der landsfürſt das landt zu gewern, oder pfandt nit ſol verſchreiben, noch namhafften krieg anfahen.

Wir vnſer Erben vnd nachkomen regirendt fürſtn, ſambt noch ſonder ſellen in kainer verſchreibung, So wir von ſchuld oder ander ſachen wegen geben, vnnſer landt zu gweren oder vnderpfandt verſchreiben, oder verbinden, Aber vnſer der landsfürſten aigen güter ſollen hierjn nit eingezogen, vnd wir damit frei ſein.

Wir ſullen auch keinen Landkrieg anfahen, dann nach rate vnſer landtherrn, Ritter vnd knecht, Stet vnd Märkt.

Wie künfftigclich die beſtattung der freihait ſol geben werden.

Wir vnſer Erben vnd nachkomen Regirendt fürſtn, ſollen auch in eingang vnſers Regiments, vor vnd er vns ain landſchafft Erbhuldung thut, diſe gegenwürtige ercleruug vnd maſſigung der freihait genedigclich beſtätn, vnd von wort zu wort in dieſelb beſtättung jnſerirn vnd ſchreiben.

Vnd diſe vnſere erclerung und mäſſigung ſol allen ſtendn dene von Prelaten, vom Adel, den von Stetn vnd mercktn, einem yeden an ſeinen ſondern vorgehabten freihaitn, gerichtn, gerechtigkaiten, wildpanen pfantungen oder preuchen, es ſey der enden do dz puech ligt, oder jm niderlandt do dz puech nit iſt, Nemlich vorm gepyrg, an dem lechrain, an dez hauſruck herdißhalb vnd vnd jhenßhalb der Thunaw, vorm walld aufm Norgkaw vnd allenhalben in vnſerm Fürſtnthumb vnſchedlich ſein, Alſo zuuerſteen, ob ainer oder mer in ſonderhait merer freihait, gericht oder gerechtigkait, auch nach lands gewonhait derſelben ortn refirn, mit pfandtung oder im andern wege alten gebrauch hette, dann hiejnn in gemain ir einem oder mer hiemit vngeſchwecht, vnd vngeendert ſein, und beleiben.

Es ſollen auch all und yed, die allten gemainen Lanndßfreyhait, vnd gegeben Confirmation, mit allem dem So in diſer Newen Erclärung eingezogen, vnd dardurch dieſelben allten freyhait erclärt, vnd alſo in leutterung bracht ſind, doch auſſerhalb des, ſo in in diſen obgeſchriben Artigkle nit geſetzt iſt, in kain weiß, weder geänndert, gemynndert, noch geſchwecht ſein.

Vnd damit auch diſe obgeſchribne erclerung, vnd neue zuelaſſung ſo in etlichen artikln beſchicht, in ewig zeit beleiblich ſein mög, So verpflichten wir vns hertzog Wilhelm, vnd hertzog Ludwig für vns auch all vnſer Erben vnd nachkommendt landsfürſtn daz alles bey der verſicherung vnd verpündung, wie wir vns in oben angezaigten, yetz gegeben beſtättung gemainer landtſchafft alten freihait verſchriben vnd verpunden haben (die auch in ichte kain auſleg zu ainicher ſchmelerung daher thun ſol) getreulich on all auſred vnd abpruch zuuolziehn vnd zuhaltn, auch bey

allen ambtleuten, gegenwürtigen vnd künfftigen zuuerfügen, vnd ernſtlich zuuerſchaffen, das diſe erclerung vnd artickl wie ſy geſtelt vnd geleutert ſind, auch getrewlich gehalten, volzogen, vnd dawider nichts gehandelt werde, Vnd auf das die auch in peſſer gedechtnus beleiben, ſo ſollen vnd wollen wir in yedes landgericht ſolher neuen erclerung zulaſſung und artickl ein glaubwirdig Copei, die auch alweg daſelbſt pleiben, vnd kain ambtman in in ſeinem abzug wegk fürn ſol, vnder vnnſerm Secrete legen, darein die ambtleut ſehen, vnd derſelben deſto ſtattlicher wiſſen zugeleben. Es ſol auch nun hinfüran, in ewig zeit, diſe erclerung in yedem landtgericht, ain jar zu zwaien malen, Nemlich an dem leſſten Weinnacht vnd pfingſtfeirn tag, offenlich vor verſamlung des Volcks verleſen, vnd allen ambtleutn alſo zuuolbringen in ir ambtſpflicht gebunden werden.

Es ſolln auch vnſer, vnſer Erbn vnd nachkomen, hofmaiſter, Marſchalch, Vicedomb, Haubtmanen, Cantzler, Räte, Pfleger, Rentmaiſter, jägermaiſter, Landtrichter, Secretari, Richter, Caſtner, mautner, Zolner, Cantzlei vnd Rentſchreiber, gegenſchreiber, Vörſter, vberreuter, Vngelter, vnd all ander ambtleut, auch ambtsdiener, dy mit verwaltung des lands regiment umbgeen, im anfang als ſy an die ambt oder jire dinſt ſteen, vnd ſelbs, vnd vnſrn nachkomen, oder wem wir, oder ſy ſollich pflicht auffzenemen beuelhen, offennlich ſchwern, daß ſy ſowol landt vnd leuten, vnd inſonderhait den vnderthanen, jre ambter vnd dienſt zu jrn rechtn freihaitn gerechtigkaitn vnd diſer erclerung, als zu vnſern rechten richtn, vnd handlen vnd dawider bey vermeydung nachbemelter ſtraff nit thun, noch jrn vnderambtleuten vnd dienern geſtatten wollen.

Wo Sy aber nicht ſchwörn, das Jne doch in kainen weg nachgelaſſen werden, So ſol nyemanndt ſchuldig ſein, auf Jr vordrung, güetlich oder rechtlich zuerſcheinen. Was auch darüber aynicherlay rechtuertigung vor jnen geſchähe, das ſoll ein nichtigkait, vnd ganz vnkrefftig ſein, auch kainen pinden.

Es ſol auch ein yeder Ambtman, ſo Er zu dem Ambt geſworn hat, ein vrkund vnnder vnnſerm, oder nach vnns des Regirenden Lanndßfürſten Secrete mit Jme in das Ambt bringen, Vnd nämlich die Richter, zu dem Erſten rechten, vor dem Gericht, dz Jme beuolhen iſt, ſolch ſchreiben offenlich hören, vnd leſen laſſen.

Welher ambtman aber, ſo wie uorſtet, zu diſer erclerung, vnnd der landtſchaftverſchriben rechtn freihaitn vnd gerechtigkaitn geſchworen hat, wie dann ain yeder von ſtundt, on alles verziehen, ſo er ein ambt zuuerwaltn annymbt, oder yetzt jnhat, thun ſol, Er ſey hochs oder nider ſtands, dawider in ainem oder mer artickln handeln, die geuerlich vberfarn, vnd yemants vber ainer herſchafft, oder des belaidigten gütlich oder freuntlich erſuechen, ſo dauor durch zwen auſs den ſtenden der landtſchaft oder ſunſt durch zwen Erber angeſeſſen man an denſelben ambtman, ſchrifftlich oder müntlich beſchehen ſol, darüber beſchwärn wurd. Wo ſich dann dz zu jme wiſſentlich erfindt, oder gleublich erfarn wirdet, der ſol alſdann ſeins ambts zu was zeitn das jm jar beſchicht zu ſtund an entſetzt, vnd jme füran ſein lebenlanng kain ambt mer gelaſſen werden. Auch verrer nach vnſer hofräte, vnd in vnſern Vicedombampten, nach vnſer Vicedomb vnnd Rete meſſigung vnnd erkanntnus, dem belaidigten ſein Coſſt vnd ſcheden on verzug abthun, vnd darzu ſolch beſchwerung abgeſchafft werden.

Vnd ob demſelbn ambtman ſolch ambt ſein lebenlang oder auf jar verſchriben wär, ſo ſol jne doch ſolche verſchreibung in dieſem vall dawider nit fürtragen.

Vnd ſolch vberfarn vnnd verprechen ſol ſich daruor zu demſelben ambtman wiſſentlich erfunden haben, Alſo das wir, oder an vnſer ſtat vnſer anwäld, auch ain yeder, der durch vnſrn ambtman wie uorſtet beſchwert oder vberfarn iſt, denſelben ambtman vor vnſern hofRäten, vnd in den Vicedombambten vor vnſern Vicedomb vnd Reten, der aufs wenigiſt ſiben vnd der merer tail layen, vnd vom Adel ſein ſullen, mügen fürnemen vnd beclagen, Vnd darauf dieſelben vnſer Rete, nach genugſamer erfarung, die ſy von landsfürſtlicher obrigkait wegen hirjnn thun ſollen vnd mögen, vnd nach verhör der ſachen, zum fürderlichiſten auff ir aid jm handel erkennen, Ob der beclagt ambtman dermaſſen verhandelt, vnd in die aufgeſatzt peen vnd ſtraff gefallen ſei oder nit.

Entgegen wo der belaidigt ſo den ambtman beclagt hat vnrecht erfunden wurd, alſdann ſol derſelb den ambtman ſein coſt zerung vnd ſchmach, nach vermelter vnſer Rete erkantnus, auch widerkern vnd abthun.

Vnd darauff yede parthei ſchuldig ſein, was vnſer hofrät vnd in den Vicedombampten vnnſer Vicedomb vnd Rete yedtweeders tails halben, in dieſem fall auf ir aid entſchaiden, erkennen oder ſprechen, Solhs on verrer wegerung vnd aufzug anzenemen, zuhalten vnd zuvolziehen.

Auch dieſe peen vnd ſtraf gen den ambtleuten erſt ſtat haben vmb hendel, ſo ſich nach aufrichtung vnd beſchlus diſer erclerung vnd ſatzungen, vnd nach jrer ambtßpflicht, die ſy on verziehen, wie obſtet, thun ſollen, begeben haben, Alles treulich on geuerde.

Sollichs alles ſol auch gantz, nach vermög des puechſtabens verſtanden, ſtracks gehalten, vnd dawider ainig diſputation nit zugelaſſen werden.

Vnd damit das alles vnd yedes ſo hievorgeſchriben, erclert vnd zugelaſſen, vnnd in angeregter Confirmacion der alten freihait yetz gegeben, auch geſetzt iſt, Stät veſt, vnd in ewiger zeit vnzerprochen beleib, vnd durch vns all vnſer Erben vnd nachkomen getreulich vnd vnwiderſprechenliche gehalten, volzogen und dem in alweg gelebt vnd genüg gethan werd, Des haben wir gemainer vnſer landtſchafft Zu warem vnd beſtendigem vrkunt diſen brieff libels weis, mit vnſerm anhangenden fürſtlichen jnſigln beſiglt gebrn, Darunter wir vns bed ſamentlich vnd ſonderlich, für vns all vnſer Erben vnd nachkomen, bey vnſern Fürſtlichen worten vnd wirden verpinden, jnhalt vnnd auſweiſung des brieffs vnd libels, getreulich gehalten, vnd dawider in kain weis zuhandlen geſtatten. Geſchehen zu Jngelſtat an Sanct Jörgen tag, nach Chriſti vnſers lieben herrn geburt Fünffzehenhundert vnd im Sechzehenden jare.

Die Beſtimmungen welche in der eben mitgetheilten Urkunde enthalten ſind, in Verbindung mit den, in den vierundſechzig Freyheitsbriefen der Landſchaft beſiegelten Gerechtſamen, bilden nun das ſchriftliche Grundgeſetz für unſere frühere landſtändiſche Verfaſſung. Es iſt aber, wie wir bereits in dem vorigen Kapitel geſehen haben, faktiſch genommen, der Wirkungskreis der Landſtände weit über das urkundlich Feſtgeſtellte hinausgegangen. Namentlich wurden in den Bereich dieſes Wirkungskreiſes, in ſeinem erweiterten Gebiete gezogen: die Ausgleichung der Streitigkeiten zwiſchen den Fürſten; die Landestheilungen; die Verwaltung der Münze; die

Handhabung des Landfriedens; die Einbringung und Verwaltung der Steuern unter Aufſtellung von Steuerordnungen und Conſtituirung von Ausſchüſſen zu dieſem Zwecke; die Regulirung der Handelsverhältniſſe, der Straßen und Zölle; die Verwaltung des Regimentes in Abweſenheit der Fürſten; die Mitwirkung zu Friedensſchlüſſen; die Mitwirkung zu der Geſetzgebung; die Vermittlung von Familienverträgen des regierenden Hauſes; das Recht der Zuſtimmung zu indirekten Auflagen u. ſ. f. Der Beruf zu einem ſolchen Einwirken und Mithandeln in Angelegenheiten des Landes und fürſtlichen Hauſes, ging ſchon aus der ſo wichtigen faktiſchen Stellung hervor, welche die Laddſtände, der Perſon und dem Vermögen nach, im Laufe der Zeiten in dem Lande genommen hatten; und war ja wohl eben ſo ſehr ein Beruf zu Pflichten und Laſten, und nicht ein bloßer Anſpruch auf Prärogative. Aber weil denn doch immer, wie bereits näher angedeutet worden, jeder Selbſtſtändigkeit der Hang nach einer Ausgeſtaltung in das Abſolute und Extreme eingegeben iſt, ſo waren Colliſionen zwiſchen der, nach Vervollſtändigung ihrer Gerechtſame ſtrebenden Landſchaft, mit der ihre Präeminenz geltend machenden erbfürſtlichen und landeshoheitlichen Gewalt des regierenden Hauſes unvermeidlich. In ſolchen Colliſionsfällen trat dann das ſtarre Recht hervor, und kam die Frage zur Sprache: Ob Zugeſtändniſſe die früher gemacht worden, denn auch wirklich Etwas mehr ſeyen, als eine blos freywillige Beſchränkung der, ihrer Weſenheit nach unveräußerlichen Rechte herzoglicher Landeshoheit, und landesherrlichen Eigenthums? zumal da Verpflichtungen gegen das deutſche Reich und ſein Oberhaupt, mit dieſen Rechten in Verbindung ſtanden. War nun aber gleich der eigentliche Richter in Fragen dieſer Art, nicht etwa blos der jeweilige faktiſche Beſitz der Mittel das was ſtreitig war zu vertheidigen, ſondern ganz vorzüglich der in den Herzen der Fürſten, ſo wie der Männer des Landes lebende und waltende bayeriſche Biederſinn — dem er zu verdanken, daß dieſe Colliſionen nie zu einem tiefer eingreifenden Zerwürfniß geführt — ſo muß doch bey einer Erörterung von ſtaatsrechtlichen Prinzipien wie die gegenwärtige, das wechſelſeitig Gefoderte, Widerſprochene, faktiſch Behauptete oder ſchlüßlich gleichſam vertragsweiſe Verglichene, näher bezeichnet werden. Was nun das letztere betrifft, ſo geben die früher einzeln angeführten Freyheitsbriefe, in Verbindung mit der eben mitgetheilten Edelmannsfreyheits-Erklärung beſtimmtes Maaß. Indem wir uns alſo, um Wiederholungen zu vermeiden auf dieſe Urkunden, Betreffs aller jener ſtändiſchen Gerechtſame berufen, welche in denſelben als ſolche ausdrücklich verbrieft ſind, dürfen wir gleichwohl nicht außer Acht laſſen zu bemerken, daß ſelbſt dieſen Zugeſtändniſſen im Laufe der Verhandlungen feyerliche Verwahrungen der landeshoheitlichen Rechte zur Seite geſtellt worden ſind.

Mit förmlichem Widerſpruche wurden belegt, fürs erſte im Allgemeinen: das Recht der Landſtände, eine die Reichslehen, die Regalien, und die Hoheitsrechte überhaupt ſchmälernde Gerechtſame geltend zu machen; insbeſondere aber

1) das von den Landſtänden in Anſpruch genommene Recht zur Mitwirkung bey der Erlaſſung von Geſetzen und Verordnungen;

2) die ausſchließliche Behandlung und Verwaltung des Steuerweſens durch die Landſchaft;

3) das Recht dieſer letzteren, gegen die Erhebung einer auf ein kaiſerliches Privilegium begründeten indirekten Auflage zu proteſtiren;

4) das weitere Recht der Stände, auch die Beſteuerung der Kammerbauern in ihren Bereich zu ziehen.

In der faktiſchen Wirklichkeit nun aber, wurde ſelbſt in ſpätern Zeiten die Landſchaft jederzeit zur Berathung der jeweiligen Landesgeſetze und Verordnungen mit beygezogen, ſo wie ſie auch im Beſitze der Erhebung und Verwaltung der Steuern geblieben iſt, und zwar mit Ausdehnung über ſämmtliche Unterthanen. Und auch die Bewilligung und Verrechnung der indirekten Auflagen, iſt fortwährend in den Bereich des landſtändiſchen Wirkungskreiſes gezogen worden.

Vorſtehendes möge nun zu einer genaueren Würdigung des Beſtandes der ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe der bayeriſchen Landſtände, ſowohl theoretiſch genommen als in ihrer faktiſchen Ausgeſtaltung am Schluſſe des XVI. Jahrhunderts, genügen.

Achtes Kapitel.

Staats- und Hausverträge.

I.

Erwerbungen und Beſtätigungen.

1. Unter Otto dem Großen:
   a) Die Grafſchaft Dachau, erkauft von der Wittwe Conrads, im Jahre 1175 um 10 Mark Goldes und 800 Pfund Silbers;
   b) die Herrſchaft Raingau, unterhalb Abensberg, ebenfalls durch Kauf.

2) Unter H. Ludwig dem Kellheimer:
   a) König Otto IV. verleiht dem Herzog Ludwig von Bayern und deſſen Erben: ducatum Bavariae cum universis terris et possessionibus. Ferner: die curtis Moeringen, und König Philipps Tochtertheil im Betrag von 200 M. Silbers Einkommen; die von den Feinden König Philipps verwirkten Reichslehen und den Forſt Bazhard mit dem Caſtrum Nuenburg; [1])
   b) die Pfalzgrafſchaft am Rheine;
   c) die Churwürde;
   d) das Regale auf Metalle zu graben; [2])
   e) die Lehen welche die Grafen von Bogen und Hals vom Hochſtift Bamberg beſaßen; [3])

---

1) Dat. Frankfurt 1208, 17 Calend. Decembris.

2) 1219. König Friedrich II. verleiht dem H. Ludwig von Bayern: omne genus metalli quod in terris patrimonii et feudi sui fuerit repertum. Dat. Nurnberg 6. Calend. Decembr. 1279.

3) 1228. Biſchof Ekbert von Bamberg verleiht dem Herzog Ludwig von Bayern und ſeinem Sohne Otto und allen ihren Erben, alle Lehen welche Graf Albrecht von Bogen vom Hochſtifte beſeſſen hat. Act. apud Esslingen.

Derſelbe verleiht dem Herzog Ludwig und ſeinem Sohne jene Lehen welche die Grafen Alram und Albrecht von Hals vom Hochſtifte beſeſſen hatten. Ibid. eodem.

f) die Graf- und Herrſchaften Vohburg, Cham, Riedenburg, Stephaning, Lengfeld, Sulzbach und Kraypurg;
g) die vom Biſchof von Regensburg erkauften Schlöſſer und Städte: Königswerth, Frontenhauſen, Wörth und Teiſchbach;
h) die Grafſchaft Waſſerburg, durch Erbſchaft.

3. Unter Otto dem Erlauchten:
a) die Grafſchaft Valley und Bogen, nach Erlöſchen der Grafen dieſes Namens (1240—1244);
b) die Güter der Schenke von Winterſtetten; [4])
c) die Grafſchaften Neuburg und Schärding durch Verleihung (1248); [5])
d) die Grafſchaft Andechs, nach Ausſterbung der Dynaſten (1248);
e) die Grafſchaft Kraypurg, Frontenhauſen und Hohenwarth;
f) Pfandſchaften auf einen Theil von Schwaben, worunter Donauwörth, Schwabeck und Schongau;
g) die Advokatie über das Hochſtift Bamberg (1251);
h) das Land ob der Ens, zurückgebracht an Bayern in dem Kriege Ottokars mit Bela Anno 1253.
i) Pfandſchaft auf Floß und Parkſtein. [6])

4. Unter Ludwig dem Strengen:
a) Landsberg, Vilsbiburg, Hagen, Hengau, Elbrechtskirchen, Liebenau und Dornberg;
b) Wartberg, Neuenburg und Neuenſtadt durch Kauf (1261); [7])
c) die Hademarsbergiſchen Lehen (1263); [8])
d) die Konradiniſchen Güter; [9])

---

4) Erzbiſchof Eberhard von Salzburg überträgt dem Herzog Otto von Bayern die Güter der Schenken von Winterſtetten. Act. Oſtermüting 1243.

5) Kaiſer Friedrich II. verleiht dem Herzog Otto und ſeinen männlichen Erben die Grafſchaften Neuburg und Schärding, die der Herzog von Meran vom Reich gehabt. Geb. im Veldlager zu Parma 1248 Monat Juny Indict. Sex. — Attenkofer p. 164. Nro. VII.

6) K. Konrad verpfändet socero suo Ottoni C. P. castra Flosse et Parkstein cum attinentiis pro 3000 marc. argenti et 400 libr. Ratisb. — Monaci 1251. mense Octobr.
Konradin beſtätigt dieſe von ſeinem Vater vorgenommene Verpfändung. Apud Augustam 1266. Nono Kal. Novbr. Attenkofer Nro. XII. p. 176.

7) Friedrich von Truhendingen verkauft an Herzog Ludwig um 1100 Pfund Regensburger Pfennige Schloß Wartberg und die Städte Neuenburg und Neuenſtadt. Kalmünz 1261. III. Idus Decembr. Attenkofer p. 166. Nro. IX.

8) Egno Biſchof zu Trient verleiht Herzog Ludwig und ſeinen Erben die von Siboto Graf von Hademarsperg beſeſſenen Lehen ſeiner Kirche. 1263. Ind. Sext. Attenkofer Nro. X. p. 167.

9) Konradin ſchenkt im Falle ſeines unbeerbten Todes ſeinem Oheim Herzog Ludwig omnes proprietates in quibuscunque terris sitas, ad se ex jure haerrditario et proprietario devolutas. Eben ſo verſpricht er ihm alle Lehen. Incl. Wiltin 1263. XV. Cal. Maii. Attenkofer p. 170. Nro. XI. b.
Konradin ſchenkt ſeinem Oheim Herzog Ludwig omnem proprietatem, quam Fridericus imperator

e) Schloß Murach (verſatzweiſe von Ortenburg [10]) und den Gebrüdern Murach;
f) die Lehen der Grafen von Hohenburg auf dem Nordgau; [11])
g) das Erbſchenkenamt des Hochſtiftes Bamberg, ſammt den dazu gehörigen Lehen; [12])

---

apud Com. Ulricum de Ultimis emerat, et bona ad progenitores suos ex morte huius comitis devoluta zu vollem Eigenthum. Apud claustrum Wilnau 1263. XV. Cal. Maii. Attenkofer p. 168. Nro. XI. a.

K. Konradin verſetzt ſeinem Oheim Herzog Ludwig castrum Hochenstein c. aduocatiis Herspruck, Vilseck, bonis in Erbendorf, Urbach, Hannenbach et Plech, pro 2200 marc. puri argenti. Apud Augustam 1266. IX Cal. Novbr. Attenkofer Nro. XIII. p. 178.

Konrad ſchenkt ſeinen Oheimen Ludwig und Heinrich auf ſeinen unbeerbten Todesfall universa bona sive patrimonialia sive feodalia cum omnibus hominibus, tam in partibus germanicis quam latinis. Apud Augustam 1266. Nono Kal. Novbr. Attenkofer Nro. XI. p. 172.

K. Konradin verpfändet an Herzog Ludwig pro 1500 marcis argent. oppidum Schongau, villam Moringen cum toto Hybisch, nec non omnibus judiciis, juribus, advocatiis. Veronae 1267. VI. Kal. Januar. X. Indict. Attenkofer p. 180.

Chunradus II. Jerusalem et Sicilie rex, avunculo suo Ludovico, in recompensam expensarum advocatiam civitatis in Augusta, castrum Swabeck cum advocatia apud Stratam, cum advocatia super homines et bona ecclesiae in Füssen, et curiam super montem cum omnibus juribus pro 3000 marc. puri argenti oppignorat. Veronae 1267. 10. Januar. undecim. Indict. Attenkofer p. 181.

Rudolfus Rom. Rex donationem a Chunrado, ill. regis Chunradi filio, avunculo suo Ludovico C. P. R. factam ratihabet. Hohenaugiae 1273. Kalend. Mart. Attenkofer Nro. XIV. p. 184.

10) Rapoto von Ortenberg verſetzt Herzog Ludwig ſeinen Theil am Schloſſe Murach um 30 Pfund R. Pfennige. Regensburg 1268. IV. Id. Oct. Attenkofer Nro. XV. p. 186.

Gebhardus, Rapoto, Diepoldus fratres, comites de Murach, Ludovico duci vendunt bona sua cum omnibus hominibus, rusticis et mercatoribus (nobilibus autem exceptis) intra villam Swankendorf et civitates Nappurch, Lengenvelt, Amberch, Hirzowe et inter fluvios Nabe, Vils et Eherbach pro summa totali DCLXXV. librarum. Ap. Lengenfelt IX. Kal. Mai. (23. April.)

Rapoto, comes de Ortenberg (in earundem literarum duplis dictus comes de Murach) Ludovico duci vendit castrum suum Murach forum Vichtach, et quaseunque possessiones suas Danubium inter et nemus Bohemicum pro ducentis quadraginta libris denariorum Monacensium. Nappurch 1272. VIII Id. (6. Novbr.) (Monaci XV. Kal. Sept. 1275. ad fratrum quoque bona extensum.) —

11) Bertholdus Bamberg. ep. Ludovico duci confert oppidum Amberg et alia feoda ex morte Bertholdi, Marchionis de Hohenburg et fratrum eiusdem, Ottonis, Dieboldi et Ludovici devoluta, nec non advocatiam bonorum et hominum Nittenowe, ceteraque feoda quae quondam Albertus Luzemannus de Lapide tenuit.

In campis apud Novam civitatem 1269. XIII. Kal. Julii. (19. Juny.)

12) Bertholdus, Babenberg. Episcopus, Ludovico Bavariae duci confert officium dapiferatus ecclesiae Babenbergensis, ex imperatore Friderico abhinc devolutum, cum feodis pertinentibus, castro scil. Hohinstein, advocatia Hersbruck, Vilſek, Auerbach, Pagenz, Velden, sed reservata sibi advocatia civitatis Vilſsek.

In campis apud Novam civitatem XIII. Kal. Juli (19. Juny.) —

h) Herleibingen; [13])
i) die Grafſchaften Rotteneck (1277) Moosburg (1281) Pruck (1282); [14])
k) die Landgrafſchaft Leuchtenberg (1283). [15])

Kaiſer Rudolph ertheilt den Söhnen Ludwigs des Strengen aus erſter und zweyter Ehe die Sammtbelehnung in der Art, daß ſie auf das väterliche und mütterliche Gut ganz gleichheitliche Erbsanſprüche zu machen haben ſollen. [16])

5. **Unter Kaiſer Ludwig:**
a) Holland, Seeland, Hennegau, Friesland (verloren i. J. 14..);
b) die Grafſchaft Tyrol (verloren 1369);
c) die Mark Brandenburg 1323 (verloren 1373);
d) das Landgericht Hirſchberg;
e) die Graf- und Herrſchaften: Maſſenhauſen, Graisbach und Lechsgmünd, Leonberg und Schaumberg, Eſchenbach, Weilheim, Eſchenloh und Murnau.

6. **Unter Kaiſer Ludwigs Söhnen und Enkeln:**
a) die Anwartſchaft auf Görz; [17])

---

13) Rudolph R. K. belehnt Herzog Ludwig mit vier Huben zu Herleibingen. Wien XVII. Kal. April. 1267. Attenkof. pag. 194. Nr. XX.

14) Rudolfus rex Ludovicum C. P. infeudat de bonis ex morte Conradi comitis de Mospurga imperio vacantibus. Nuremberg X. Kal. Sept. (23. Aug.) Regni anno VIII. i. e. 1281.

15) Heinricus Langravius de Leuckenperge, filius Gebhardi, Ludovico Duci et Mechtildi, uxori ejusdem, consentiente Friderico fratre juniori, vendit partem comitiae suae in Liuckenberge, judicium et conductum annexum quae sibi patria successione contigerunt pro CXC. lib. den. Ratisp. Nappurch, octava b. Martini (18. Nov. 1282) Reg. IV. 196. Fridericus Landgravius de Liukenberge Ludovico Duci pro 1200 lib. den. Rasisp. vendit Landgraviam suam, judicium et conductum, titulo feudi ducalis possessum, cum castro Waldek, feuda Imperii autem remittit Dietrico et Heinrico fratribus de Wildenstein, et Ulrico Marscalco de Lengenfeld, qui eadem Duci pro 2000 libr. obligant. Ingolst. IV. Id. Jan. (10. Jän.) 1283. Fridericus Landgravius de Liukenberge, bona a fratre Gebhardo, quondam Landgravio sibi pro CXX. marcis arg. Egrens. ponderis obligata, Ludovico duci donat et resignat. Ratisp. 1283. Dominica Invocavit. (7. März.) (Dieſe Güter ſind: Hartweigshof, das ganze Dorf, zu Kaſtein die Kirchenvogtei, Pleen das ganze Dorf, die Vogteien von Kürbengeſees, Druſau, Altenpingarten, Grub, Havelin, Tanreut, 4 Manſus zu Ahornberg, die Vogteien von Plesberg, Pienreut, Dobrin, Gozmansberg, Bernbach, 8 Manſus zu Lenau, ein Hof und eine Stätte zu Kulmen, Regelsreut das ganze Dorf, 2 Höfe zu Waldengefelle, 1 zu Techansgeſeeſe, 1 Manſus zu Pulnreut, der halbe Forſt Melmeißel mit 6 Dörfern, ½ Zeidelwald zu Chozzin, 1 Hof zu Obergutenberg, Albernreut das ganze Dorf, 1 Hof zu Azmansberg, 2 Manſus zu Churbach.)

16) Nürnberg Calend. Aug. 1281.

17) Die Grafen von Görz: Heinrich und Johann Mainhard, Brüder, vermachen ihre ſämmtlichen Lande und Beſitzungen, Eigenthum und Lehen, und was ſie auch bey Lebzeiten noch gewinnen, auf dem Falle daß ſie ohne männliche Erben mit Tode abgehen, ganz und ungetheilt, mit Rath ihres Vormunds

b) Pfandſchaft auf ſchwäbiſche Reichsſtädte. [18])

7. Unter Herzog Albrecht IV.:

a) Stadt am Hof 1481;

b) die Reichsherrſchaft Abensberg.

8. Unter Herzog Wilhelm IV.:

a) die Grafſchaft Hals durch Kauf 1517;

9. Unter Herzog Albrecht V.:

a) die Antwartſchaft auf die Degenbergiſchen und Wolfſteiniſchen Reichslehen; [19])

b) die Reichsherrſchaft Hohenſchwangau 1567; [20])

---

und Pflegers, des Biſchofs Johann zu Gurk, den bayeriſchen Herzogen Stephan Friderich und Johann, welchem letztern ohnehin das Heuratgut ſeiner Gemahlin Katharina, Tochter des Grafen Mainhard von Görz, und Schweſter der beiden Grafen von Görz, auf die Herrſchaften und Lande der benannten Grafen verſchrieben war, dann allen ihren Erben und Nachkommen. Salzburg an ſankt Jakobs Abend des heiligen Zwölfbothen 1392.

Die Herzogen von Bayern Stephan, Friderich und Johann, dann Ernſt, des letztern Sohn, verkaufen den beiden Grafen von Görz Heinrich und Johann Mainhard die ganze Herrſchaft Görz ſammt allen Beſitzungen, Mannſchaft, Eigen und Lehen, welche ihnen durch das Vermächtniß benannter Grafen von Görz zugefallen, für eine Summe von hundert tauſend Dukaten, quittiren den Empfang, und verzichten auf alle Rechte und Anſprüche welche ihnen vermög voriger Verträge und Vermächtniß auf dieſe Lande und ſämmtliche Beſitzungen der Grafen von Görz eingeräumt worden.

Dieſer Kauf-, Quittungs- und Verzicht-Brief iſt ausgefertigt am ſankt Jakobs Abend des heiligen Zwölfbothen, ebenfalls zu Salzburg 1392.

18) Wenzeslaus König von Böhmen bekennt für ſich, ſeine Brüder und ſeine Erben, daß er dem Markgrafen Otto und deſſen männlichen Erben, oder wenn er keine hat, dem Herzoge Stephan d. E. und deſſen Söhnen, die von K. Karl IV. auf die Reichsſtädte Dinkelsbühl, Nördlingen, Schwäbiſchwerth und Bopfingen verſchriebenen 100,000 fl. mit jährlichen 10,000 fl. zurückbezahlen zu wollen, und ſetzt dafür die Städte Prag, Pilſen, Mieſe und Glattau zum Pfande ein. Fürſtenwald 1373. St. Agapitus (18. Aug.)

19) Ferdinand Röm. Kaiſer ertheilt dem Herzoge Albrecht zu Bayern und ſeinen männlichen Leibeser- 1559.
ben die Expectanz auf die durch den Tod Hans Sigmunds von Degernberg, als des letzten ſeines Namens und Stammes, heimfallenden Reichslehen. Augsburg 20. Aug. 1559.

Ferdinand R. K. ertheilt dem Herzoge Albrecht V. und ſeinen Mannserben auf den Abgang männ- 1562.
lichen Stammes derer von Wolfſtein die Expectanz auf deren vom Reiche zu Lehen rührende Herrſchaft Ober- und Nieder-Sulzbürg auch Pirpaum, mit allen hohen und niedern Obrigkeiten, Blutbann, Umgeld, desgleichen den Dörfern Mülhauſen und Biberbach, mit allen Rechten, Nutzungen, Geleit und Wiltpännen. Speier, 12. Dez. 1562.

20) Maximilian II. Röm. Kaiſer bewilliget daß Herzog Albrecht V. die Lehen der Herrſchaft Hohen- 1567.
ſchwangau innehaben, nutzen und nieſſen möge, wie ſelbe den Furtenbachen verpfändet und eingeantwortet worden. Prag 16. April 1567.

Georg Fridrich Marggrav zu Brandenburg verkauft an Herzog Albrecht V. die Allodien der Herrſchaft Hohenſchwangau um 69,000 fl. Onolzbach 29. Sept. 1567.

c) die Grafſchaft Haag; [21])
d) die Anwartſchaft auf die Reichs-Grafſchaft Ortenburg (1574). [22])

10. **Unter Maximilian I.:**
a) Mattighofen; [23])
b) Donauwörth 1609;
c) Haltenberg 1612;
d) die Herrſchaft Mindelheim 1617;
e) die Churwürde 1623;
f) die Herrſchaft Wieſenſteig 1643.

11. **Unter K. Ferdinand Maria:**
die Herrſchaft Rothenberg. [24])

12. **Unter Kurfürſt Max Emanuel:**
a) die Tylliſchen Güter;
b) Dürnau und Gameltshauſen.

13. **Unter Karl Albrecht:**
a) die Grafſchaft Hohenwaldek;
b) die Herrſchaft Wertenberg;
c) Beſitz der Wolfſteiniſchen Reichslehen.

1555. 21) Karl V. verſpricht dem Herzog Albrecht V. und ſeinen Mannserben, wenn Graf Ladislaus von Haag ohne männliche Erben abſterben würde, die Grafſchaft Haag mit allen Lehenſchaften, Herrſchaften hohen und niedern Gerichten, ſoviel deſſen vom Reiche zu Lehen rührt, ihm und ſeinen Mannserben zu verleihen. Brüſſel 21. Sept. 1555.

Dieſe Expectanz beſtätigten König Ferdinand sub dato Wien 31. Dez. 1556 und K. Maximilian II. Wien 18. Aug. 1565.

1574. 22) Maximilian II. ſagt dem Herzog Albrecht V. zu, ihn und ſeine männlichen Leibs-Lehens-Erben mit der Grafſchaft Ortenburg im Eröffnungsfalle zu belehnen. Wien 7. April 1574.

23) Herzog Maximilian und die Grafen Heinrich und Georg der Aeltere von Ortenburg, Vettern, vergleichen ſich folgender Geſtalt: Maximilian will den beiden Grafen allen ihm durch ihre Vorfahren verurſachten Abtrag nachſehen, Mattigkofen um 102,000 fl. kaufen, alle eingezogenen Landgüter — Alloden und Lehen — zurückſtellen, doch haben ſie dagegen Erbhuldigung zu leiſten, alle bei dem Kammergerichte gegen Bayern anhängigen Klagen zurückzunehmen. München 12. April 1602.

24) Churfürſt's Ferdinand Maria und der Ganerbſchaft Rottenberg Verordnete treffen des Kaufes der Feſtung und Herrſchaft Rottenberg wegen eine Abrede, vermöge welcher Churfürſt Ferdinand der Ganerbſchaft 200,000 fl. in 2 Friſten zu zahlen verſpricht. München 17. Octbr. 1661.

Die Ganerben der Feſtung und Herrſchaft Rottenberg bekennen die erſte Zahlungsfriſt mit 100,000 fl. empfangen zu haben. Amberg.... 1662. Ebenſo die zweyte und letzte Friſt.... 1663.

II.

Theilungen, Succeſſion und Erbverträge ꝛc.

§. 1.

Das Herzogthum Bayern wird dem Hauſe Wittelsbach, in der Perſon Pfalzgraf Otto's, i. J. 1180 zu Mannlehen verliehen, und Otto's Nachkommen ſind ſich vermöge ihrer Abſtammung in dieſem Herzogthum ununterbrochen gefolgt, und zwar „ex pacto et providentia majorum.“

Im Jahre 1215 wird Otto's Sohn Ludwig auch mit der Pfalz am Rheine belehnt; und ſein Sohn Otto gelangt durch Vermählung mit Agnes zum Beſitze dieſer Pfalz.

Wenn nun gleich Otto's Söhne, Ludwig und Heinrich, im Jahre 1255 eine Theilung ihrer Beſitzungen vornehmen, ſo betrifft dieſe doch eigentlich blos die Nutzung; denn die Geſammtlande bleiben in unzertrennter Gemeinſchaft, ſo wie denn ſchon durch die erſte Belehnung allen Nachkommen Otto des Erlauchten ein Lehen- und Miteigenthumsrecht an Pfalz-Bayern verliehen worden war, das auf alle ihre weitern Nachkommen vererbte, und durch dieſe Vererbung die Pfalzbayeriſchen Lande als ein in dem Geſammt-Eigenthume des Wittelsbachiſchen Hauſes ſtehendes Stammgut conſtituirte. Und wann auch Heinrichs Linie in Niederbayern in mehrern Zweigen fortdauerte, ſo wurde dennoch die Ausübung von Geſammteigenthums-Rechten und der Familienverbindung zwiſchen Ober- und Nieder-Bayern nie unterbrochen. Und als im Jahre 1340 dieſer Zweig des Wittelsbachiſchen Hauptſtammes erloſch, trat Kaiſer Ludwig als Stammesfolger in den Beſitz des Niederlandes, und die Agnaten in der Pfalz wurden für ihr Erbrecht mit einer Geldſumme abgefunden.

Bey dem Anwachs der Conradiniſchen Erbſchaft wird auch dieſe zwiſchen Ludwig und Heinrich abgetheilt, für einzelne Stücke jedoch ungetheilter Beſitz vorbehalten. [25])

Ludwig der Strenge erwirkt von Kaiſer Rudolf die Geſammtbelehnung der aus zweyerley 1281.
Ehen gebornen Söhne: Ludwig, Rudolf und Ludwig, damit die aus zweyter Ehe mit dem aus erſter Ehe gleiches Erbrecht erhalten können.

Ludwig (primogenitus) gibt hiezu wiederholt ſeine Einwilligung in einer Urkunde vom Jahr 1288. [26])

---

25) Ludovicus et Heinricus ex judicio decem arbitrorum haereditatem Chunradi regis dividunt, ita quod d. Heinrico castrum Flosse, Parchstein, Weiden et Adelnberch, d. Ludovico oppidum Amberch, castrum Hohenstein, advocatia bonorum et hominum Vilseck, Auerbach, Plech et Harsprukk, Novum castrum. ac etiam novum forum Perngau, castrum Swabiswerd, et civitas ibidem, Moring cum toto Heibish, castrum Schwabeck cum attinentiis, oppidum Schongau, et omnia bona ante montes, et generaliter omnis proprietas inter flumen Werta, montes et Danubium sita, remanebunt. Nurnberch et Lauing et Nördling possidebunt pari jure, sicut universa, quae evincere poterunt, de proprietatibus vel feodalibus bonis avunculi sui, cum advocatia Augustana aequaliter dividebunt. Aufhausen 1269. IV. Cal. Novbr. Attenkof. p. 174.

26) Ludwig der Jüngere (Ludwig des Strengen Sohn von der Anna v. Pohlen) verzichtet auf alle jene

Dieſer ſtirbt vor dem Vater. Und als Ludwig der Strenge nun ſelbſt das Zeitliche verläßt, iſt ſein Sohn Ludwig noch minderjährig, und es werden ihm etliche Ortſchaften zum Unterhalt ausgezeigt.

Bey ſeiner Volljährigkeit tritt aber Ludwig die gemeinſchaftliche Regierung an, und da Rudolf der Gemahlin ſeines Sohnes für ihr Heirathgut die Pfalz zum Pfand unterſtellen will, legt ſein Bruder Widerſpruch ein, und trägt auf Abtheilung an.

Und ſo kömmt es im Jahr 1310 zwiſchen Ludwig und Rudolf zur wirklichen Abtheilung der pfalzbayeriſchen Lande. Auch dieſe Abtheilung iſt jedoch eine bloße Mutſchirung, keine Todtheilung; die Verleihung der auswärts liegenden Lehen bleibt eine gemeinſchaftliche; die Rechte von Regensburg bleiben ungetheilt; die Abtheilung in Betreff der Grafſchaften Hirſchberg und Leuchtenberg bleibt vorbehalten. [27])

Doch ſchon im J. 1313 werden ſämmtliche Lande wieder zum gemeinſchaftlichen Beſitze und Genuſſe zuſammengeworfen. Rudolf ſoll aber die Chur des Reiches ſein Leben lang allein haben; nach deſſen Tod ſoll ſie an Ludwig fallen, und nach beyder Abſterben ſoll der älteſte der Söhne die Chur haben. [28])

Rechtsgewohnheit welche den Söhnen aus erſter Ehe bey der Erbtheilung einen Vorzug giebt; und giebt ſeine unbedingte Zuſtimmung zu einer gleichheitlichen Vertheilung der väterlichen und mütterlichen Erbſchaft zwiſchen ihm und ſeinen Stiefbrüdern Rudolf und Ludwig, aus der Ehe ſeines Vaters mit Mathilde von Habsburg. Mogunt 7. Id. Jan. 1288.

1310. 27) Der herzoglichen Räthe Theilbrief zwiſchen Herzog Rudolf und Ludwig. Jedem der Fürſten in Form eines Looſes ſein Antheil benanntlich mit Städten, Märkten, Burgen ꝛc. ausgezeigt. Jeder leiht in ſeinem Theile die Mannslehen. Was ſie Lehen außer ihrem Theil haben, leihen ſie miteinander; wegen der Pfalz bleibt es beym frühern Vertrag; die Rechte in Regensburg bleiben ungetheilt. Die Ausſtattung der Schweſtern wird von beyden Herzogen getragen. Die Abtheilung der Grafſchaften Hirſchberg und Leuchtenberg behielten ſich die Theilnahme bevor; auch über das Gut der Gemahlin Herzog Rudolfs, und anders Reichsgut wird Nichts beſtimmt.

In einer zweyten Urkunde werden jedem der beyden Fürſten die zu übernehmenden Schulden benannt. Dat. München Pfinztag nach St. Michel 1310.

Folgt die Urkunde der Herzoge ſelbſt nachdem ſie gelooſet, und in welcher ſie die Annahme dieſer Auszeigung ihrer Antheile erklären. Dat. München eodem.

28) Rudolf und Ludwig vereinigen ſich daß ſie einen lieblichen Zuwurf gethan an dem Rhein, zu Bayern, zu Schwaben, zu Oeſtreich, und wo ſie Erbe haben an Leuten, Herrſchaften oder Gütern, Eigen oder Lehen, alſo daß ſie das gemeinſchaftlich beſitzen und genießen, und in Herrſchaft haben ſollen, und miteinander leihen und geben ihr Leben lang.

Rudolf ſoll die Chur des Reiches haben ſein Leben lang; ſtirbt er vor Ludwig, ſo ſoll dieſer Erbe der Chur und aller Güter und Herrſchaft ſeyn; und Rudolphs Kinder ſo lange jener lebt keinen Theil zu fodern haben. Nach ihrer beyder Abſterben, ſoll der älteſte der Söhne die Chur haben, ſo lange ſie ungetheilt ſind. Wenn ſie aber theilen ſo ſollen ſie gleich theilen bey dem Rhein und zu Bayern, und keiner ein beſſer Recht haben als der andere, und wem die Wahl zufällt der ſoll es dem Andern mit andern Gütern widerlegen. Den Hausfrauen der Herzoge ſoll in Beziehung auf die Widerlage ihres Eingebrachten, es ſey in Bayern oder am Rheine gleiches Recht widerfahren. München Pfingſttag vor St. Johann Baptiſt. Nebſt dem Willbrief der Pfalzgräfin Mathilde. dd. München eodem.

Zwey Jahre ſpäter wird bedungen, daß ſich jeder das Veräuſſerungsrecht einzelner Landesſtücke, jedoch gegen Widerlegung vorbehalte; was Ludwig beym Reiche gewinnt, ſoll ihm und ſeinen Erben ausſchließlich gehören. [29])

Während des ſchweren Krieges gegen Oeſterreich um die Königskrone, überläßt Rudolf (1317) ſeinem Bruder die geſammten Lande bis zur Vollbringung des Krieges zu ſeiner ſelbſtſtändigen Verfügung, unter dem Vorbehalt der Ausübung einzelner Landeshoheitsrechte, und des ſeinerzeitigen Wiedereintrittes in ſeine ſämmtlichen Rechte. [30])

---

29) Theydigungsbrief zwiſchen Rudolf und Ludwig 1315.

Compromiß=Spruch der 8 Schiedsmänner, und des Obmanns Ludhard von Nanſchheim. Rudolf verſpricht alle ſeine Lehen von Ludwig als König zu empfangen; auch im Falle Ludwig Söhne gewänne (als deren Gerhab). König Ludwig behält ſich das Veräuſſerungsrecht einzelner Stücke des gemeinen Guts bevor; jedoch gegen Widerlegung. Ebenſo Rudolf, doch nicht über halben Theil Landes Bayern oder am Rhein ohn des andern Willen. Ihre Veſten wollen ſie zu gleichen Rechten beſetzen mit Leuten die im Land geſeſſen; miteinander Viztume ſetzen, die ihnen beyden ſchwören, und welche ſie ſetzen dem ſoll Rudolf den Pan und das Amt leihen mit unſer Hand. Wenn Ludwig inner Landes, ſo ſoll er all die Gewalt haben die Rudolf hat, doch ſoll Rudolf alle Lehen und Kirchenſätze und Pann leyhen. Was Ludwig beym Reich gewinnt, das gehört ihm und ſeinen Erben ausſchließlich. Die Pflegſchaft über ihre Vettern üben ſie gemeinſchaftlich aus. Sie verbinden ſich in Treue, Eydesweiſe, Würde einer von beyden das überfahren, ſo ſollen alle Edelleute, Dienſtmannen, Burg und Städte, und alle die im Landgeſeſſen dem andern beholfen ſeyn. München Freytag nach heil. Kreutztag.

30) Rudolf erklärt und verpflichtet ſich: Er habe geantwort und empfohlen ſeinem Bruder Ludwig ihr Land und Leut zu Bayern und am Rhein, daß er ſich da helfe ſo beſt er mag, mit verſetzen, leihen, geben, anwenden, als nützlich und nothwendig. Er ſoll ihn auch dienen und mitfahren. Sie haben ſieben genommen aus ihrer beyder Rath, die ſollen Rudolf auszeigen Güter davon er ehrlich geleben möge, und ſoll Ludwig der Mehtilde ihr dos widerlegen, nach Rath von fünf Schiedsmannen. Das Verſetzen (an Fürſten nicht ohue Rudolfs Willen) ſoll geſchehen nach Rath von fünf Männern. Rudolf ſoll alle Kirchenſatz leihen, alternativ ein unbedingt, die andere nach Ludwigs bet und Heiſſen. Rudolf ſoll auch all Lehen leihen nach Ludwigs Haiz nnd Bett, on als viel als bis 10 Pfund giltet, das leiht Rudolf wem er will. Rudolf ſoll auch alle Bann leihen denen welchen Ludwig das Amt giebt, Ludwig ſoll das Land innhaben bis er ſeinen Krieg gegen Oeſterreich überwindet. Und wenn die 7 finden daß das geſchehen, ſoll Ludwig das Land wieder ſeinem Bruder überantworten, und ſie ſich dann beyde einander wieder geholfen ſeyn als Brüder von ungetheiltem Gute, und die ſollen auch Gewalt haben zu finden und zn richten daß das was jetzt geſchieht dem Haus Bayern und Pfalz beym Reiche keinen Schaden bringe. Nur die Bünde und Eyd welche Land und Leut beyden Brüdern zu Guten und Ehren gethan haben ſollen noch ferner gültig ſeyn. Was Ludwig bey dem Reich gewinnt, und ſie beyde mit dem Herzogthum, das ſoll ſein und unſer, und unſer beyder Kinder gemein ſeyn. Stirbt Ludwig ſo geht es wegen der Kinder nach der Achloher Handveſte. dd. München, Samſtag v. Reminiscere 1317. Folgt der Schiedsbrief: die 7 erkennen: daß man Herzog Rudolf geben ſoll alle Jahr 5000 Pf. M. Pfenn. 12 Fud. Weins, 5000 Käs und ihn 5000 Pf. Gelts ausrichten; ſie geſcheiden auch dem Herzog Rudolph die Burg zu Dachau, den halben Zoll zu Waſſerburg, 600 Pf. von der May= und Herbſtſteuer zu Kitzbühl, die Burg zu Regenſtauf ꝛc. (Es werden alle die Burgen und Güter be=

Auf ſeinem Römerzuge gedenkt Ludwig ernſtlicher an die Befeſtigung ſeiner Hausmacht; und es wird in Rom hiezu Einleitung getroffen. [31])

Die bereits beſtehende Erbeinigung des Hauſes wird erneuert, und es ſollen von Sieben hiezu benannten Männern alle Erbländer in zwey Theile abgeſondert, und zwiſchen die beyden Linien vertheilt werden, unter Vorbehalt der Stammes-Eigenſchaft für jeden dieſer Theile.

Hierauf kömmt es denn zu Pavia (1329) zur Errichtung des bekannten Hausvertrages, in welchem die ewige Untrennbarkeit der Pfalzbayeriſchen Erblande ſtatuirt wird. Es iſt dieſer Vertrag ein unveränderliches Haus-, Grund- und Erbfolggeſetz für beyde Zweige des wittelsbachiſchen Stammes. Er iſt durch mehrere ſpätere Verträge beſtätigt worden. Er ſtatuirt ein ewiges Geſchlechtsfideicommiß, indem er jede Veräuſſerung der den beyden Stammzweigen angeerbten Länder verbietet, und wechſelſeitige Erbfolge und Zufall, mit Ausſchluß der Töchter, feſtſtellt. [32])

---

nannt auf welche der König einem Bruder ſein Geld ausweiſen ſoll) und bis er nit bricht ſoll ihm der König Koſt geben mit 50 Menſchen (und falls die Herzogin im Land mit 100 Menſchen). München Samſtag nach Mitterfaſten.

31) Kaiſer Ludwig und Herzog Rudolf von der Pfalz nebſt ſeinem Bruder und Vetter Ruprecht und Ruprecht vereinen und verbinden ſich einander geholfen zu ſeyn ewiglich, und die letzten 3 verſprechen daß ſie nach Rath der benannten Sieben die ihnen Ludwig gegeben leben und thun wollen, und die 7 ſollen Gewalt haben einen Theil zu machen ihrer Lande zu Pfalz, Bayern, Schwaben, Franken, Oeſterreich, ſo daß beed Theil beyeinander bleiben ſollen, ſo lang bis einer aus ihnen ſeinen Theil verlangt. Sie verbinden ſich auch daß ſie von keinem Theil weder Leut noch Gut Niemand verkaufen noch anwären ſollen, dann ſich ſelbſt untereinander. Und R. R. und R. verſprechen zu beſtätigen was Ludwig gethan und verſchriben hat zu Noth des Landes, und ſoll das von allen beſchworen werden, und welcher Theil das überfuhr gegen den ſoll Land und Leut dem andern Theil geholfen ſeyn, und ſollen Land und Leut darauf ſchwören. Wenn auch einer aus ihnen ſeinen Theil fodert, deſſen Land und Leute ſollen doch in dem Bündniß bleiben. Ludwig verſpricht was er erloſet oder vergiltet daß ſoll ſeinen Vettern, dieweil ſie mit ihrem Theil bey ihm bleiben, gleicherweis zukommen wie ſeinen Erben. Rom, Pfingſttag nach Quasimodogeniti.

32) Vertrag von Pavia 1329.

Ludwig verjeht für ſich und ſeine Erben Ludwig und Stephan, und ihre Erben, daß er mit Willen und Rath ſeine Lande bey dem Rhein, zu Bayern, Schwaben und Oeſterreich getheilt habe mit ſeinen Vettern Rudolf, Ruprecht und Ruprecht und ihren Erben; welchen zu ihrem Theil angefallen die Pfalz........ ſo iſt ihm angefallen München........ Jeder ſoll ſeinen Theil innhaben mit Allem was dazu gehört, als es von den Vodern herkommen. Es ſoll jeder Theil leihen die Lehen die zu ſeinem Theil gehören. Sie ſollen ſich wechſelſeitig beholfen ſeyn, auch ihr Herrſchaft Veſt und Güter Niemand geben noch verkaufen noch verſetzen einem König oder Fürſten; noch auch ſonſt Niemand leihen, verſetzen, verwechſeln mit Gefährde auf des andern Theils Schaden; und keinem der Ihrigen geſtatten von dem Land zu ziehen; noch ſich ihre Diener wechſelweis verſprechen. Sie ſollen den erſten König wählen, Ludwigs Erben dann den nächſten König, und ſo ſoll Wechslung der Chur eintreten, und ſoll dann der Theil welcher wählt beſorgt ſeyn bey dem Reiche, daß alle Rechte des Landes gewahrt werden. Welcher Theil den andern irrt an der Wahl, der ſoll das Wahlrecht ganz verlieren.

§. 2.

Im Niederlande folgen auf Heinrich (1290) ſeine Söhne Otto, Ludwig und Stephan. Otto ſoll nach des Vaters Beſtimmung in den erſten vier Jahren die Herrſchaft ungetheilt führen. Ludwig und Stephan ſterben vor Otto, der bey ſeinem Tode (1312) einen Sohn Heinrich, und zwey Neffen (Söhne Stephans) Otto und Heinrich zurückläßt. Alle dieſe Prinzen waren aber minderjährig, und es erhob ſich über die Vormundſchaft jener Streit wider Oeſterreich, der in Gammelsdorf entſchieden wurde.

Als die Fürſten des Niederlandes zu ihren Jahren gekommen, führen ſie anfangs die Regierung mit geſammter Hand; doch mit ſo wenig Einigkeit, daß im Jahre 1331 zu einer Theilung geſchritten werden muß.

Kaiſer Ludwig und der König Johann von Böhmen werden zu Schiedsrichtern gewählt; Sie beſtimmen „zum erſten, daß die Herrſchaft zu Bayern ungetheilt bleiben ſoll, und der älteſte der Fürſten die Grafſchaften leihen, doch alle gleiche Herren ſeyn, und jeder leihen was in ſeinen Theil fällt. Welcher von den drey Fürſten ohne Erbe verführe, deſſelben Theil ſoll auf die andern fallen. Will einer der drey Fürſten verkaufen, ſo ſoll er es den zwey andern anbieten.“

„Es ſoll erhalten Otto den Theil zu Burghauſen, Prannenberg die Burg, Roſenheim, Marquartſtein, Carlſtein, Hall, Traunſtein, Troſtberg, Wald, Meermoſen, Kraybuurg? Oetting, Iſen? Uttendorf, Wildeneck, Straßwalchen, Ried, Braunau, Steinheim und Hohenwart. Heinrich der Jüngere erhält den Theil vor dem Wald, Landau, Dingolfing, Ahauſen, Vilshofen, Tutling, Hilgerſperg, Hengerſperg, Plattling, Deggendorf, Natternberg, Viechtach, Eſchelkam, Waldmünchen, Retz, Cham, Peilſtein, Mitterfels, Pogen, Haydau, Abach, Kellheim, Dietfurt, Abensperg und Pfreimt.“ 33) Ueber Heinrich des ältern Antheil iſt keine Notel bekannt, doch ergiebt er ſich im Gegenhalte zu den andern beyden Theilen von ſelbſt. 34)

Doch ſchon im folgenden Jahre wird dieſe Theilung, was die beyden Heinriche betrifft, wieder aufgehoben. Die Urkunde ſagt: „Wir Heinrich der Jüngere veriehen daß wir nach Rath Kaiſer Ludwigs, unſer Land Leut und Herrſchaft zu unſern Vetter Herzog Heinrich den Aeltern geworfen, und er hinwieder zu uns, alſo daß wir ewig ungetheilt beyeinander bleiben ſollen. Wir haben uns auch hinter unſern Vettern gelaſſen, daß er uns beſorg als ein

---

Stirbt Ludwigs (männliche) Linie aus, ſo fällt ſein Theil an die andere Linie und umgekehrt. Irrungen zwiſchen ihren Leuten ſollen durch 7 Männer entſchleden werden (als unß ſittlich geweſen zwiſchen Ober- und Niederbayern). Jeder ſoll in ſeinem Antheil das Landgericht beſetzen, und auch löſen was in ſeinem Theil verkümmert iſt, das ſoll alles gelten auch für nachgeborne Erben, und welcher Theil das überführ, gegen den ſollen Land und Leut geholfen ſeyn.

Dat. Pavia Freytag v. Oswald 1329. Hiezu die von Rudolf und Rupert sub eodem dato ausgeſtellte Urkunde.

33) Krenner Anleitung. Urk. Nr. 12 — 16.

34) Urk. dd. Regensburg vor St. Ulrich.

Vater ſeinen Sohn, und unſer Vorgeher und Ausrichter ſey.“ Alle frühern Briefe ſollen tod und ab ſeyn. [35])

Bald darauf ſtirbt Heinrich der Natternberger (1333), und im folgenden Jahre auch Otto, der ſeinem Vetter dem Kaiſer ſeinen Erbtheil vermacht hatte. Ueber dieſe Erbſchaft kommt es zum Kriege; aber Ludwig zwingt ſeinen Vetter Heinrich zum Frieden. Dieſer ſtirbt 1339, und im folgenden Jahre erlöſcht in ſeinem Sohne die Niederländiſche Linie.

§. 3.

Ludwig iſt nun im ungetheilten Beſitze des Ober= und Niederlandes. Aber nicht ganz beruhigt durch den zu Pavia errichteten Vertrag, und gleichſam ahnend daß es doch zur Theilung kommen werde, ſtatuirt der Kaiſer durch eine zu Dekendorf gegebene Urkunde v. J. 1341 wiederholt, daß Ober= und Niederland ein Land heißen und ungetheilt bleiben ſoll, ewiglich oder wenigſt zwanzig Jahre lang nach ſeinem Tode. [36])

Mittlerweile war Brandenburg erworben worden, und Ludwig der ältere hatte (1334) alle ſeine Brüder auf ſeinen erbloſen Abgang zu ſeinen Erben benannt, und bey ſeinem Leben noch in volle Gewalt, Nutzen, und Gewehre geſetzt. [37])

---

35) Landshut an S. Leonhardi.

36) Ofnes Patent, wodurch Kaiſer Ludwig nach dem Ausſterben der Straubingiſchen Linie von Nieder=Bayern Beſitz ergreift. 1) Er verheißt „ſeiner Sweſter und Swiger Margareth, Herzogs Heinrich Wittwe, daß ſie bei allen ihren Rechten bleiben ſoll, ſo wie ihr Land und Leute zugeſchworen haben, „es wäre dann, das unſer vorgenannte Sweſter gen uns und gen Land und Lewten nit tät, als es mit täding herchomen iſt.“ 2) Er verheißt, „ſich zu vervahen alles geltz hinz ſeiner lieben Sweſter Reichgartten, Herzogin in Bayern, und jenes Geldes darumb ſein lieb Vettern Hainrich, Ott und Hainrich den Graven, Freien, Dienſtmann, Rittern, Knechten und Burgern verſetzt haben;“ (zu bezahlen, was ſie ihnen ſchuldig geworden ſind). 3) Verheißt er alle „urwar“ (Grund=Beſitzungen) ſo wie ſie in den Urbarbüchern ehrbarer Leute ausgeſchrieben ſind zu reſpektiren; die Amtleute ſollen ſie durchgehen, und wer um ſeinen Beſitz Urkunden und gute Kundſchaft habe, der ſoll dabey verbleiben und jene in dem Urbarbuch (herzoglichen) ausgeſtrichen werden; 4) Wer keine Urkunden hat ſoll auch im Beſitze bleiben, wenn er einen Beſitz von 30, 40 oder mehr Jahren beweiſen kann. 5) Der Kaiſer wird die große Handveſte beſtättigen. 6) Er wird alle frühern Pfandbriefe anerkennen. 7) Er verheißt dem Lande Ober= und Nieder=Bayern daß ſie künftig ungetheilt ſeyn ſollen, „das es fürbas ein Land heißen ſoll“ könnte man aber bey dieſer Satzung nicht verbleiben, ſo ſolle doch das Land während zwanzig Jahren nach ſeinem Tode ungetheilt bleiben, „welcher aber unſer Sun das nicht ſtät wollt haben, der ſoll dhainer erbtail an dem Lande haben.“ 8) Empfiehlt die Beobachtung des Landfriedens.

Tekendorff an Pfingſttag nach dem obriſten tag (11. Jan.) ao. 1341. NB. Der Kaiſer fand ſich mit den Pfalzgrafen Rudolf, Rupprecht und Rupprecht dem jüngern mittelſt einer Summe von 60,000 fl. ab. Sieh Theilungsurkunde von ao. 1349.

37) Urk. dd. 14. Jun. 1334. Attenkofer Urk. Nr. 33. Beſtätigt durch den Kaiſer den 23. Jun. 1334. ibi Nr. 34.

Hiezu kam noch das Paktum vom Jahre 1338, kraft deſſen die Brüder Markgraf Ludwigs bekennen, daß ſie alle ihre Lande die ſie jetzt haben oder noch gewinnen werden, mit einander geſammt und ungetheilt ewiglich behalten ſollen.[38]

Nach des Kaiſers Tod kömmt es vor allem zu einer Ausgleichung zwiſchen den zwey Hauptzweigen des gemeinſchaftlichen Stammes; wonach Rudolf und Ruprecht der jüngere gegen eine Summe Geldes auf das Niederland, unter Vorbehalt des ledigen Anfalles verzichten.[39]

Hierauf wird, mit Umgehung der väterlichen Diſpoſition v. J. 1349, zu der Landsberger Theilung geſchritten, durch welche Ludwig der Brandenburger, nebſt Ludwig dem Römer und Otto d. J. zum Beſitze des Oberlandes — Stephan aber nebſt Wilhelm und Albrecht zum Niederlande gelangen.[40]

Wir ſehen aus dem bisherigen: bey der Trennung der Pfalz durch die Abtheilung v. J. 1255

---

38) Zuſammentrag der wichtigſten Urkunden Nr. 46 pag. 197.

39) Rudolf und Ruprecht Gebrüder, und Ruprecht, des jüngern Adolfs Sohn, begeben ſich zu Gunſten ihrer Vettern Ludwig, Stephan und Ludwig aller Anſprache und Vorderungen, die ſie auf Nieder-Bayern durch den Tod Herzog Heinrichs gehabt haben, es wäre denn daß nach ihrer Vettern und deren Erben Abgang das Land ihnen oder ihren Erben von Todes wegen anfiele. Ingolſtadt Mittwoch vor St. Agnes 1348.

Ludwig, Stephan und Ludwig bekennen, daß ſie mit den Brüdern Rudolf und Ruprecht, dann Ruprecht d. J. Herzog Adolfs Sohn ihren Vettern, ſich um deren Anſprache an Niederbayern und die beiderſeitig zugeſagte Hilfe gegen Hinausbezahlung von 60,000 guter Florin verglichen haben. Herzog Rudolfs Tochter Anna ſollen ſie geben 6000 Mark Silber Nürnberger Gewichtes für ihrer Mutter Heimſteuer und alle Anſprache. Ingolſtadt 1348. Mitwoch vor Agnes.

40) Ludwig der Brandenburger trifft mit Herzog Stephan folgende Landestheilung. Ludwig der Brandenburger, Ludwig der Römer und Otto d. J. ſollen ein Theil ſeyn, und das Oberland Bayern erhalten, wie es K. Ludwig beſeſſen, ferner die Grafſchaft Graysbach, die Güter Grafen Bertholds von Neiffen, die Städte Wörth, Hächſtett, Lauingen, Gundelfingen, die Neue Burg, die der von Swenningen gebaut, auch alle Pfänder welche die Herzoge vom Reiche inne hatten, beſonders Ulm, Kempten, Leutkirch und Wangen, ebenſo Alles was ihnen von der Kaiſerin angefallen, ferner Giengen, Hellenſtein, Heidenheim; es ſollen auch bey ihnen bleiben Hademar und Ulrich von Laber, mit dem was ſie zu Schwaben haben und im Rieſe; ferner gehören zu ihren Theil die Güter zu Franken, die Mark Brandenburg mit Land und Leuten, Herrſchaften, Würden, Ehren und Rechten.

Die Herzoge Stephan, Wilhelm und Albrecht ſollen der andere Theil ſeyn, und bey ihnen bleiben das Land Niderbayern, wie es Herzog Heinrich inne gehabt hat und gelaſſen, und dabey die Grafſchaft und Herrſchaft zu Hennegau, Holland, Seeland und Friesland wie ſie Graf Wilhelm von Holland beſeſſen; Sie verzichten auf alle ihren Brüdern zugefallene Länder, es wäre denn, daß dieſe alle ohne Erben verſtürben; geſchähe dieſes, ſollen alle deren Länder und Leute an ſie und ihre Erben zurückfallen. Gült und Schuld ſoll jeder Herr denen die in ſeinem Theile geſeſſen ſind ausrichten, und ebenſo die Pfänder ledigen die in ſeines Landestheil gelegen ſind; Herzog Stephan mit den zwei Brüdern ſoll die ihren Vettern ſchuldigen 60,000 Fl. für den Anſpruch auf Niderbayern gelten, dagegen ſollen die beiden Ludwige und Otto ihrer Muhme der römiſchen Königin 6000 M. Silber bezahlen, die ihr der Kaiſer verſchrieben. Landsberg 1349 dominica ante Nativit. B. M.

bleibt aufrecht erhalten: Gemeinſchaft des Eigenthumes, Helmes, Wappens, Titels, wechſelſeitiger Erb- und Lehensfolge. Niederbayern wird kein beſonderes Fürſtenthum, wenn gleich beſondere Lehenbriefe genommen wurden, und die Beſitzer beſondere Stimmen auf den Reichstagen führten, da dieſe Stimmen damals nach dem Geſchlechte und nicht nach dem Lande geführt wurden. Selbſt Kaiſer Rudolf nennt in ſeiner Beſtätigung des bayeriſchen Theilvertrages v. J. 1281 die beyden Landestheile: „principatus illorum haereditarios.“ Und ſo hat auch Kaiſer Ludwig bey Erlöſchung der Niederbayeriſchen Linie im J. 1340 von Niederbayern nicht als von einem eröffneten Reichslehen, ſondern in Kraft ſeiner Erbfolge Beſitz genommen, und ſein Vorzugsrecht vor ſeinen Vettern von der Pfalz auf ſeine nähere Sippſchaft gegründet.

Dieſe ſeine rechtmäßige Erb- und Lehensfolge machte er auch gegen die Herzoge Friedrich und Leopold von Oeſterreich geltend, welche als Söhne der niederbayeriſchen Prinzeſſin Eliſabeth mit Anſprüchen an Niederbayern hervortraten. In dieſem Geiſte und Sinne ſchloßen auch ſeine Söhne i. J. 1349 einen Vergleich mit ihren Stammverwandten von der Pfalz, in welchem die Rudolphiniſche Linie mit Geld abgefunden, wechſelſeitige Erbfolge aber ausdrücklich vorbehalten wurde. Die gemeinſchaftliche Abſtammung der Rudolphiniſchen und Wilhelminiſchen Linie von Otto I., Ludwig I. und Otto II. verſicherte dieſen beyden Linien die wechſelſeitige Erb- und Lehensfolge in *ſämmtlichen bayeriſchen und pfälziſchen Ländern*, und dieſes Erbfolgerecht wurde in dem Vertrage von Pavia auf immer befeſtigt und geſichert. —

§. 4.

Im Niederlande ſchließt fürs erſte Stephan einen Erbvereinigungs-Vertrag mit Rudolf von der Pfalz, [41]) und gelobt ſeinen Brüdern ungetheilten Beſitz des Landes. [42])

Aber nicht zufrieden damit Bayern in zwey Hauptmaſſen getheilt zu haben — wird von Stephan, Albrecht und Wilhelm gleichwohl zu einer weitern Unterabtheilung des Niederlandes geſchritten 1353, [43]) und zwar unter wechſelſeitigem Verzicht auf den Beſitz und Genuß der zugetheilten Lande, jedoch vorbehaltlich des Erbanfalles; Einzelnes bleibt ungetheilt.

1351. 41) Stephan tut kunt, daß er ſich verbünde mit H. Rudolf und ſeinen Erben wider alle die ihn an ſeinen Landen und Leuten in Bayern oder der Pfalz ſchädigen wollten, wider alle, Niemand ausgenommen als das Reich, und ſelbſt das nicht wenn es ſie ſchedigen wollte. Dat. Pyrne Donnerſt. n. unſ. Frauen Wurtzweyhe.

42) Stephan Herzog zu Bayern, Pfalzgraf ꝛc., und Albrecht Herzog zu Bayern, der letztere für ſich und ſeinen Bruder Wilhelm, erklären, daß ſie einen Hintergang zu dem Markgrafen Ludwig von Brandenburg, ihrem Bruder, Pfalzgraf Ruprecht dem ältern, ihrem Vetter, und zu dem Burggrafen Johannes von Nuremberg, Stephans Schwiegervater, genommen, in Folge deſſen ſie noch zwei Jahre lang ihr Land zu Niederbayern ungetheilt beſitzen wollen; ſie wollen ferner mit ihrem Rath, mit ihrer Koſt, ihrem Hofgeſind, ihren Amtleuten, und in allen Stücken leben nach dem Geheiß der genannten drey, unbeſchadet einer ſpätern Theilung. Dat. ze Regensburg an Mitichen nach dem Pfingſtag (27. Mai) ao. 1352. (Orig. c. 2. S.)

43) Ludwig Markgraf zu Brandenburg und Herzog in Bayern, Ruprecht der ältere, Pfalzgraf bey Rhein und Johann Burggraf zu Nürnberg, machen in Folge erhaltener vollen Gewalt, zwiſchen Herzog

In Folge des zu Regensburg ergangenen Theilſpruches war alſo eine Linie von Straubing-Holland gebildet worden. Wir wiſſen, wie durch den Tod Graf Wilhelms, deſſen Schweſter Margaretha des Kaiſers Ludwig Gemahlin war, dieſe die Grafſchaften Holland, Seeland, Friesland und Hennegau, als erledigte Reichslehen erworben.

Stephan für ſich und ſeine Erben, dann Herzog Albrecht für ſich und ſeinen Bruder H. Wilhelm, folgende ganze Richtigung und Theilung ihrer Land und Leute: Jeglicher Herr mag die in ſeinem Theile gelegenen geiſtlichen und weltlichen Lehen leihen. Die Herrſchaft zu Regensburg bleibt ungetheilt, aber die Nutz und Gült davon gehören in den Theil vor dem Wald, worin Cham und Landau liegen. Jeglicher Herr mag das in ſeinem Theil Verſetzte löſen; künftige Schulden ſoll jeder von dem Seinigen gelten. Die Pfandſchaft vom Reiche ſollen ſie miteinander gleich theilen; gleichfalls ſoll die Gült in der Wachaw, und was ſie daſelbſt haben, ungetheilt bleiben. Jeder ſoll die Mannſchaft ſeines Theils bei ihren Rechten, Ehren und Handveſten bleiben laſſen. Auch ſollen die von der jetzigen Theilung wegen gegebenen Briefe, den von den Vorfahren dem Lande gegebenen Briefen unſchädlich ſeyn. Geben zu Regensburg nach Chriſti Geburt 1353 an S. Eraſems Tag.

Ludwig Markgraf zu Brandenburg, Ruprecht der ältere Pfalzgraf bey Rhein, und Johann Burggraf zu Nürnberg, machen mit vollem Gewalt Herzog Stephans für ſich, dann Herzog Albrechts für ſich und Herzog Wilhelms, folgende Theilung des Landes Niederbayern, wonach die Herzoge Albrecht und Wilhelm erhalten: Schärding die Veſte mit der Maut, dem Markt und Gericht; das Neuhaus mit dem Graben und Baumgarten, mit Vorbehalt des Gerichts außerhalb des Hauſes und Grabens gen Griesbach; Vilshofen die Stadt, Maut und Gericht; Hilkersberg die Veſte mit Zubehör; Tutling die Veſte mit Zubehör; Hengersberg das Gericht; die Vogtey des Kloſters Niederalteich; Deggendorf, Stadt, Maut und Gericht; Natternberg, Veſte mit Zubehör; Viechtach, Markt und Gericht, und die Veſte Datz der Linden; Eſchelkam das Gericht, und Furt, und Neunkirchen mit Zugehör; Kamm die Stadt, das Gericht, Maut und Zoll; Köſting der Markt mit Zugehör; Peilſtein die Veſte mit Zugehör; München die Stadt und das Gericht; Schwarzenberg, baid Veſt; Retz der Markt; Falkenſtein die Veſte und das Gericht; Sawlberg die Veſte; Mitterfels die zwo Veſten und das Gericht; Pogen der Markt; die Vogtey der Klöſter Oberalteich, Windberg und Metten; Straubing die Stadt, Maut und das Gericht; Kagers bey Straubing; Haidaw die Veſte und das Gericht; Kellheim die Veſte und die Stadt und das Gericht; Abach die Veſte, den Markt und das Geleit; Arnsberg die Veſte und das Gericht? Sulzberg die Veſte und Zugehör; Dietfurt den Markt; Elebach das Gericht; Geiſelhering und Pfaffenberg die zwei Märkte; Kirchberg die Veſte; Dingolfing, die Stadt, das Gericht, Maut und Zoll; Landau die Stadt, das Gericht, Maut und Zoll; Ahauſen die Veſte; Schönberg die Veſte, das Gericht, und dazu alle Nutz und Gült zu Regensburg in der Stadt.

Die Kaiſerin und die Herzogin Reykart bleiben bey ihrem Beſitzthum nach ihrer Briefe Sag; nach ihrem Tod fällt es an Herzog Stephan und deſſen Erben. Herzog Stephan verzichtet für ſich und ſeine Erben auf die Lande: Hennegau, Holland, Seeland, Friesland, und der Anſprach auf die Grafſchaft, Graisbach, Marſtetten und die Veſte Hüttingen, Spielberg, Hohentruhendingen, Neuburg und Weiſſenhorn, Stadt Haidenheim, auch die Pfandſchaft Ulm und Kempten, die er von des von Neyffen ſelig hatte, endlich auf die 90000 fl., die ſeiner Hausfrau Elsbet ſelig auf den Städten und Veſten Werd, Hochſtetten, Lawbing, Gundolfing und andern verſchrieben für ihre Wiederlegung, Heimſteuer, Morgengab, und die er voraus gehabt haben ſollte auf den Herrſchaften zu Niederbayern. Geben zu Regensburg nach Chriſti Geburt 1353 an St. Eraſmitag des heiligen Martyrers. —

Margaretha empfing noch im Jahre 1346 die Huldigung dieſer Landſchaften, nachdem ſie verſprochen keinen Krieg außer den Gränzen ohne die Einwilligung der Ritter, Schildknappen und guter Städte anzufangen.

1346. Doch noch in demſelben Jahre rief der Kaiſer ſeine Gemahlin zu ſich, und ſendete ſeinen Zweytgebornen, den 15jährigen Wilhelm, als Anwarter wie er ſich nannte, in jene Provinzen. Nach des Kaiſers Tod überließ Margaretha ihrem Sohne Holland, Seeland und Friesland gegen jährliche 10,000 Dukaten; doch der hierüber errichtete Vertrag kam erſt im Jahre 1354 in Erfüllung, und bald darauf verſtarb die Kaiſerin Mutter zu Valenciennes im Hennegau.

Herzog Wilhelm aber übergab alle ſeine Lande in Niederbayern an ſeinen Bruder Albrecht, und wies in einer um Galli 1354 zu Middelburg in Seeland gefertigten Urkunde, alle Unterthanen zum Gehorſam gegen denſelben an. Allein vier Jahre nach ſeiner Mutter Tod fiel Wilhelm in den Zuſtand des Wahnſinnes, und nun, auf die Einladung der Stände des Niederlandes, beſchloß Albrecht nach Holland zu gehen, um der Regierung dieſer Lande vorzuſtehen. Er ließ ſeinen zweiten Sohn Albrecht und den Vicedom Ekher an der Spitze der Geſchäfte zurück.

§. 5.

Im Oberlande trifft Ludwig der Brandenburger ſchon im Jahre 1351 einen Wechſel des Beſitzes der bayeriſchen Lande. Ludwig der Römer, nunmehriger Markgraf von Brandenburg, ſichert hierauf ſeinem Bruder die Nachfolge in den holländiſchen Provinzen auf den kinderloſen Todfall Wilhelms in der Art zu, daß ihm die Grafſchaften Vorne und die Burggrafſchaft von Seeland, dann 4000 Schilt jährlicher Rente vorbehalten bleiben ſollen.[44]) Sollte auch Albrecht ohne männliche Erben ſterben, ſo ſollen Kaiſer Ludwigs Beſtimmungen in Betreff dieſer Lande in Kraft bleiben. Kurz nach Ludwigs des Brandenburgers Hinſcheiden (1361) wird auch ſein Sohn Mainhard unvermählt vom Tode übereilt (1363). Wenige Tage nach dieſem Todfall gab Margaretha, Gräfin von Tyrol, einen feyerlichen Brief, worin ſie bekennet: „Wie daß ſie Gott leiblicher Erben entſetzt habe — doch ihr ſolche Verwandte gefügt, die ihres Geſchlechtes rechteſte Erben ſeyen, nämlich ihre herzlieben Oheime Rudolf, Albrecht, und Leopold von Oeſterreich — dieſe nehme ſie zu rechten Erben über ihr Fürſtenthum, und ſchaffe ihnen die edeln Grafſchaften Tyrol und Görz — dieſes ſey geſchehen nach fürſichtigem Rathe aller Landherren und Rathgeber.“[45]) Gleich darauf erſchien Herzog Rudolf in Tyrol, und die Mächtigen des Landes traten auf ſeine Seite.

Die Erbfolge in Oberbayern war eröffnet. In dem Hauptvertrage welchen Kaiſer Ludwigs Söhne zwey Jahre nach deſſen Tod zu Landshut geſchloſſen, war Oberbayern und Brandenburg den beyden Ludwigen und Otto dem Jüngern zugetheilt, und nur der ledige Erbanfall vorbehalten. Hiernach wurden der Römer und der Brandenburger durch Mainhards Tod die rechtlichen Herren ſeines Landes.

---

44) Urk. dd. Bockersheim 24. Juni 1358.

45) Urk. bey Feßmayers Stephan p. 67.

Stephan aber griff zum Beſitz. Er eilte vor Allem nach Heidelberg, den Churfürſten Rupprecht — den Aelteſten des Stammes — für ſeine Zwecke zu gewinnen. Es gelang ihm — und es gelang ihm auch bey den Ständen des Landes.

Stephan der Aeltere, Stephan, Friedrich und Johann, Gebrüder, Herzoge in Bayern, verbinden ſich zu ihrem Bruder und Vetter Herzog Albrecht, daß ſie ihm wider mäniglich der ihn an ſeiner Herrſchaft beſchweren würde, mit aller Macht und auf eigne Koſten beholfen ſeyn wollen; daß, falls ſie ohne Erben ſtürben, ihre Lande an denſelben übergehen; daß ſie zu Wiedererlangung der Grafſchaft Tyrol, wider den Herzog von Oeſterreich gemeinſchaftlich wirken, und falls ſie ſelbe erlangten, ihm die Hälfte davon überlaſſen wollen; daß ſie, wenn Herzog Albrecht veranlaßt würde in die Niederlande ſich zu begeben, in der Verwaltung ſeiner dieſſeitigen Lande ihm gerathen und geholfen ſeyn wollen.[46])

Hierauf beginnt nun der Krieg um Tyrol. Er nimmt aber einen für Bayern mißlichen Ausgang. Doch erſt im Herbſt — denn während des Sommers waren die Herzoge ſelbſt noch in Wien um zu theydigen — kam die Fertigung des Friedensinſtrumentes zu Stande. In dieſem, am 29. September zu Schärding gefertigten Inſtrumente, bekennen Albrecht, Stephan und ſeine Söhne: „daß ſie in Betrachtung der Gebrechen, die Land und Leute an dem Kriege genommen, mit Rath ihrer Freunde, Landherren und Räthe, einer Berichtigung mit den Fürſten von Oeſterreich übereingekommen, des erſten: daß ſie ſich der Herrſchaft zu Tyrol gänzlich verziehen, niemand helfen wollen zu einem Angriff auf dieſes Land; dagegen auch die von Oeſtreich, von Tyrol aus, Ober = oder Niederbayern niemals anzugreiffen verſprechen. Die von Bayern verſprechen keinen in Tyrol geſeſſenen, welch Standes er ſey, wider die von Oeſterreich zu ſchirmen; den Herzogen von Oeſterreich wird zurückgeſtellt Schloßberg, Landeck Dieſe entrichten für die Anſprache an Tyrol 116,000 fl., und ledigen Weiſſenhorn und Puch; eben ſo ledigen ſie von Frau Margarethen Kufſtein, Kützbühel, die Burg und den Markt Schärding. Die Gefangenen werden ledig gelaſſen, verwirkte Huld wieder nachgeſehen. Dieſes zu halten wird mit Eyden gelobt.“ [47])

Auf den Verluſt von Tyrol folgte der von Brandenburg. Der getheilte Zuſtand in welchem ſich Bayern und das Wittelsbachiſche Haus befand, mochte den Kaiſer anreizen ſeine Verſuche auf die Mark zu verdoppeln. Er gab dem Otto ſeine Tochter Anna zur Gemahlin. Doch als der Herzog von Pommern die Marken mit Krieg überzog, hielt Karl an ſich. Aber der ſo kriegeriſch geſinnte als verſtändige Friedrich zog mit der bayeriſchen Ritterſchaft dem bedrängten Vetter zu Hülfe. Dafür gab ihm Otto die Statthalterſchaft, und Priegnitz, und die alte Mark auf Pfandſchaft. Als der Kaiſer dieſes vernahm, überfiel er, Otto's Verfügungen verungültigend, Brandenburg mit überlegener Macht. Und ſo drängte er das Haus Wittelsbach von dieſem Lande. Es beurkundete ſein Sohn Wenzeslaus im Jahre 1373 zu Fürſtenwald: „Als Otto, und früher auch Ludwig, ihm die Herrſchaft zu Brandenburg verſchafft und verſchrieben hätten, auch ihm und ſeinem Vater bereits Erbhuldigung geſchehen, und nun mit

46) Geſchehen zu Teisbach an der eilftauſend Maidtag 1364.

47) Urk. bey Falkenſtein p. 351.

gutem Willen und nach ſeiner Freunde Rath ihm dieſe Mark, die Churwürde und das Kammeramt ausgenommen, abgetreten, und dem Kaiſer mit Fahnen, Bannern und anderer Zierheit in ſeine Hände aufgelaſſen, bittend ſie ihm — Wenzel — zu leihen; darum denn habe er an Otto und ſein Mannsgeſchlecht gewieſen die Schlöſſer Hirſchau, Sulzbach, Roſenberg, Lichtenſtein, Lichteneck, Breitenſtein, Reicheneck, Neidſtein, Hersbruck und Lauffen, und dazu Huſeck, Rupprechtſtein, Holenſtein, Waldau und Schellenberg, Hohenfels, Helfenberg, in der Maaß, daß dieſe Schlöſſer, falls Otto ohne Manneserben abgienge, Herzog Stephans und ſeiner Söhne Pfand ſeyn ſoll für 100,000 fl. Nürnberger Wehrung." [48])

§. 6.

Stephan hinterläßt bey ſeinem Tode (1375) drey Söhne, Stephan, Johann, und Friedrich. Gemeinſchaftlich traten dieſe in Ober- und Niederbayern an die Herrſchaft. Mit Otto von Brandenburg aber ſuchten ſie vor Allem freundliche Ausgleichung.

1375. Zu dieſem Zwecke ritten ſie im Herbſte in Burghauſen zuſammen. Otto, Stephan, Friedrich und Johann theidigten und beſiegelten einen Brief: „darinn Otto bekennet, daß er alles, was ihm vom Kaiſer geworden iſt für die Mark, geworfen habe zu ſeinen Vettern als einen gleichen Erbtheil, und dieſe bekannten, all ihr Erbe das ihnen ihr Vater gelaſſen, es ſey Chur, Städte, Pfandſchaft, Landvogtey ꝛc., hinwieder geworfen zu haben Herzog Otten zu gleichem Erbtheil, wann es zu ſchulden käme daß ſie theilen wollen, daß es dann geſchähe ohne alle Gefährde. Davon ſey nichts ausgenommen als der Herzoge Heiratgut, dann Ottens halbes Wochengeld, das er vom Kaiſer hat auf ſeinen Leib zu jährlich 12,000 Gulden. Die Fürſten wollen freundlich und lieblich mit einander leben vier nächſter ganzer Jahre, und alle vier einen Rath haben; dazu ſoll jeglicher zwey Biedermann nehmen, die einen gelehrten Eyd ſchwören zu rathen einem wie dem andern, — und dieſe achte ſollen Gewalt haben zu richten die Stöße unter den Fürſten. Geledigte Schlöſſer ſollen mit aller vieren Diener beſetzt werden. Frühere Bündniſſe ſollen ab ſeyn." [49])

1376. Dieſem Vertrage folgte im nächſten Jahre ein zweyter. In demſelben erklären Ott, Stephan, Friedrich und Johann: „daß ſie nach ihres Rathes Rath übereingekommen, ihr Land Oberbayern und Niederbayern pflegweiſe zu beſetzen und zu beſorgen; alſo daß Herzog Stephan und Johann zwey Jahre lang das Land dießhalb und enhalb der Donau auf dem Nordgau, und was zum Oberlande Bayern gehört, inhaben und nießen ſoll. Dagegen ſollte Otto und Friedrich das Niederland, dann Sulzbach und die Schlöſſer vor dem Walde beſitzen. Nach Umfluß dieſer zwey Jahre ſollen Otto und Friedrich heraufziehen in das Oberland, und das auch pflegweiſe inne haben zwey Jahre; Stephan und Johann aber das Niederland, und jeder mit ſich führen dürfen, was er geübriget an Gült oder Getreid; dabey ſoll kein Theil etwas

---

48) Urk. dd. Fürſtenwald 1373. An St. Agappte (18. Aug.) Kap. 44. F. 51.
49) Urk. dd. Burghauſen, Michaelis.

verkümmern oder verſetzen. Wenn zwey aus ihnen ſtößig würden, ſollen die zwey andern ſie verhören und verrichten.“ 50)

Später (1384) vereinten ſich Stephan und Friedrich, und beurkundeten: „daß ſie fürs erſte zu einander geworfen Alle Land Leut Städte und Veſten, und was ſie immer erworben oder noch erwerben, daß ihnen das ganz gemein ſey, daß ſie ferner einen gemeinen Rath ſollen haben und gemeine Diener, und ihre Amtleute wartend ſeyn dem Einen wie dem andern. Und wäre daß Friedrich mit Tod abgieng, ſo ſoll ſeine Habe fallen an Stephan; dieſer ſoll auch ſeiner Söhne Vormund ſeyn, welche ungetheilt bey ihm bleiben ſollen ſo lange er lebt. Das gleiche will Stephan thun ſeinem lieben Bruder Friedrich. Und dieſe Bündniß ſoll bleiben ſo lang ſie beyde leben; wie ſie denn beſchworen worden zu den Heiligen mit aufgereckten Fingern, wobey geweſen Johann von Abensberg, Georg Waldeker, Ott Pienzenauer, Wilhelm Maſſenhauſner, Criſtan Fraunberger, vnd Arnold Camer.“ 51)

Dieſem Vertrage folgte der Aichacher Verein noch in dem nämlichen Jahre. „Es gelobten Stephan, Friedrich und Johann, die künftigen 3 Jahre freundlich zu leben und ungetheilt zu bleiben. In dieſen Jahren ſoll Stephan und Johann im Oberlande ſeyn, und das halten und handeln, und Friedrich im Niederlande; dieſer ſoll ſeinen Brüdern den Zoll zu München ledig machen, und ihnen reichen alle Jahre 4000. All Frommen und Schaden ſoll gemeinſam ſeyn, und die Schulden miteinander abgerichtet werden, und keiner ohne den andern etwas verkümmern oder unredliche Geld-Schuld machen; Stöße zu richten ſollen 9 Manner erkieſet und ihrem Ausſpruch gelebt werden. Sind die drey Jahre um, und es fordert der eine ſeinen Theil, ſo ſollen ihm die andern dieſen unweigerlich folgen laſſen, nach der Freunde und des Rathes Rath; oder wenn die Freunde nicht zu gehaben wären, nach Rath des Rathes und der Landherren.“ 52)

Auch im Jahre 1390 noch, finden wir die Fürſten von brüderlicher Eintracht beſeelt. Sie kommen zu München zuſammen, und beurkunden: „daß ſie einiglich zuſammenbleiben wollen wider Jedermann, und ungetheilt zuſammenſitzen ſechs ganzer Jahre; alſo daß Stephan und Johann das Oberland, Friedrich aber das Niederland ſoll inne haben.“ 53)

Allein ſchon bereits nach zwey Jahren kömmt es nun dennoch zur Theilung. Sie wird vollzogen „mit willen, gunſt und rat der ſtände, und dazu werden 40 Getreue gewählt, die zu den Heiligen geſchworen, ſolche Theilung zu machen.“

Der über dieſe Theilung aufgerichtete Brief iſt, als in mehrfacher Beziehung von hohem Intereſſe, in ſeinen einzelnen Beſtimmungen näher in's Auge zu faſſen.

Fürs erſte ward alſo das Oberland zwiſchen Herzog Johann und Herzog Stephan getheilt.

Auf Herzog Johanns Antheil fielen: München, Valkenſtein, Auerburg, Aibling, Tölz, Wolfratshauſen, Starnberg, Weilheim, Schongau, Landſperg, Riedenburg, die Vorſtadt,

50) Urk. dd. Ingolſtadt in vigilia Mar. Anunt.

51) Landshut Sonntag nach Jakobi, Kap. 109. F. 152.

52) Urk. dd. Aychach Samſt. v. St. Lutz.

53) Urk. dd. München Ertag n. Eraſmi.

Schultheißenamt und Zoll zu Regensburg, Hirschberg, Vohburg, Siegenburg, Neustadt, Pföring, Pfaffenhofen, Geisenfeld, Hohenwart, Mainburg, Dachau, Regenstauff, Schwankendorf, Lengfeld, Kallmünz, Schmidmühlen, Velburg, Hemau nebst den dazwischen liegenden Burgen.

Auf Herzog Stephans Antheil fiel: **Ingolstadt**, Rattenberg, die Ansprach im Lichtenwald, Kufstein, Kitzbühel, Trostberg, Wasserburg, Schwaben, Friedberg, Aichach, Schrobenhausen, Altomünster, Kühbach, Räin, Neuenburg, Kösching, Graisbach, Monheim, Schwäbisch-Wert, Hilpoltstein, Freystadt, Landek, Höchstett, Lauingen, Gundelfingen, Giengen, Weissenhorn, Manstett, mit den dazwischen liegenden Burgen.

Das gesammte Landshuter Niederland fiel unverändert auf Herzog Friedrichs Antheil.

Nach dieser Theilung richtet sich nun natürlich auch die Gestaltung der landständischen Vereine. Niederbayern blieb nach wie vor in die Landshuter und Straubinger Landschaft getheilt. Die Landschaft von Oberbayern zerfiel aber jetzt in zwey landständische Vereine, je nachdem die Mitglieder der Standschaft nun in dem Münchner oder in dem Ingolstädter Antheile wöhnten.

Nun folgen die weitern Artikel des Theilbriefes.

„Zum zweyten nämlich gelobten sich die drey Brüder freundlich verbunden zu bleiben wider allermänniglich die ausserhalb des Landes stoßen; sie geloben sich drittens, treulich zusammenzustehen, falls Herzog Albrecht, ihr Vetter (von Straubing-Holland), sie berechten oder bekriegen wollte um das Land zu Oberbayern. Sie geloben sich ferner, nichts von ihren Landen zu versetzen oder zu verkümmern, zu verwechseln oder zu verleihen. Wer verkaufen müsse, soll das dem andern unter ihnen zu kaufen geben, und nur im Nothfall, nach der Stände Rath und Gunst, an einen Dritten. Doch soll keiner dadurch geirrt seyn seiner Gemahlin etwas zu vermachen und zu verschreiben, was redlich ist, und um seiner Seele willen ein Geschäft zu thun, das redlich ist. Ober- und Niederland — so wird ferner bedungen, soll im wechselseitigem Erbgang seyn im Falle des Aussterbens einer der Linien. In Maut, Zoll und Straße soll keiner den andern an der alten Gewohnheit irren. Lehen, die außerhalb des Oberlandes gelegen, soll der ältere aus den Fürsten verleihen. Wer aus beyden auswärtige Pfandschaften einlöset, soll dem andern schuldig seyn, gehorsam seiner halben Losung zu thun. Würde einer der Fürsten mit dem andern stößig, so soll der dritt Fürst ein Mittler seyn, daß es mit Liebe gestillt werde, oder jeder der Stößigen drey der Seinen zu Schiedsleuten geben, und der dritte einen Obmann geben zur Entscheidung.“ 54)

§. 7.

Das friedliche Verhältniß unter den Fürsten war von keiner Dauer. Stephan hielt sich in Frankreich auf, Johann trat in nähere Verhältnisse mit Oesterreich, Friedrich aber starb frühe. Da gab es schon Streit über die Vormundschaft des jungen Heinrichs, Friedrichs Sohn. Die

---

54) Urk. dd. München an St. Katarein-Abend. Die Huldigung selbst wurde zu Ingolstadt am Lucientag vollzogen, und zu München um Drey-König. —

Verwandten und Freunde traten ins Mittel. Es wurde auf der Amberger Theydigung be- 1394.
ſchloſſen die Theilung wieder aufzuheben.

Herzog Stephan und Johann bekennen für ſich und ihre Erben, daß ſie über ihre Irrungen hinter 10 Schiedsmänner gegangen, welche erkannt daß ſie nichts beſſers zu finden wüßten, als daß ſie wieder ihr Land zuſammenwerfen, und es als ein Erbtheil wie vor der Theilung beſitzen ſollen. Das hätten ſie denn nun auch in Folge dieſes Rathes gethan, und geloben nicht länger zu geſtatten daß ihres Vetters H. Heinrichs Land und er ſelbſt ſo übel beſetzt ſey, ſondern ſie wollen mit allem Ernſt und Vermögen dazu geholfen ſeyn, daß ihrer und ſein Land wieder ein Land und Gut werden, und daß ſie ihres Vettern Nutzen und Frommen wie ihr eigenes fördern wollen; in allem was erworben wird ſoll Heinrich Miterbe ſeyn; gegen Widerſacher wollen ſie ſich beyde geholfen ſeyn; nach dem Zuwurf des Nieder- zum Oberland ſollen die Theilbriefe kraftlos ſeyn: die Schulden ſollen gemeinſchaftlich getilgt werden; die Stände und Unterthanen ſollen allen 3 Fürſten gleichheitlich huldigen; die zehen Schiedsmänner alles Weitere in Folge des Anlaßbriefes zu beſtimmen; alle Stände ſollen bey ihren Freyheiten bleiben.[55])

Nach Herzog Johanns Tod kömmt es zwiſchen ſeinen Söhnen Ernſt und Wilhelm mit Stephan von Ingolſtadt zum Streite über den Beſitz der Stadt München. Dieſer wird durch den Göppinger Schiedsſpruch dahin geſtillt, „daß Ernſt und Wilhelm zu ihrem väterlichen 1398.
Erbe gelangen ſollen, gerade ſo wie es ihr Vater Herzog Johann am Tage ſeines Todes beſeſſen, und nun alle ding alle gliche ſin, und ſich der Nutzungen wegen ſo ſeit dieſem Tage angefallen unter ſich berechnen, daß ferner jeder theil erlittenen ſchaden dem andern vergüte.[56])

Aber erſt im Jahre 1403 kommt es zu einer ſchließlichen Ausgleichung, durch welche nun Ingolſtadt dem Herzog Stephan, die Stadt München aber den Herzogen Ernſt und Wilhelm verblieb.[57])

Auch mit ſeinem Vetter Heinrich von Landshut geräth Stephan in Irrung; denn er behauptet: der alte Anlaß und der Theilbrief wieſen aus, welcher Theil der beſſere wäre, der ſoll dem andern Theile zugeben daß ſie gleich würden, dazu habe ſich Heinrichs Vater verſchrieben, und das ſoll der Sohn vollführen. „Wer erben will der ſoll auch geben, ſage das Recht.“ Dagegen ließ Heinrich antworten durch ſeinen Fürleger Halder: „die Briefe enthielten daß das Niederland voraus von aller Anſprache frey bleibe.“ Und nach vielem Hin- und Widerreden und Verleſungen der Briefe, ſtellte Herzog Ernſt an den Beringer die Frage des Rechtes an den Eid, und dieſer ſammt den Schiedsleuten Ludwigs, Wieland Schwelcher und Wilhelm Schenk, ſprach: darum daß Herzog Heinrich das Niederland erſeſſen und inne hat auf den Anlaß-, den Theil- und den Ledigſagebrief, ſo ſoll er billig und von Rechtswegen zu einer Rechnung ſeines Landes kommen gegen München, und auch das alles vollenden was ſein Vater gethan haben ſollte von der Zugabe und Erſtattung der Lande wegen. Und von welchen der zwey Fürſten einer das verziehen würde, ſo ſollen die andern Fürſten Land und Leute des

55) Landshut, Samſtag v. St. Michael.
56) Urk. dd. Göppingen an St. Ulrichstag.
57) Urk. dd. Ingolſtadt 9. Jan. 1403.

Ober= und Niederlandes mahnen um Hülfe, wie der darüber ſtehende Brief es beſtimmt.“ 58)

Dagegen ſprachen aber Heinrichs Schiedsleute: „es ſey ihr Herr Herzog Ludwigen von der Forderung und Zugabe nichts ſchuldig.“ 59)

Erſt am 4. März des folgenden Jahres trat Herzog Ernſt mit ſeiner Entſcheidung als Obmann hervor, beipflichtend dem Spruche der Schiedsleute Heinrichs. 60)

Gegen Herzog Ernſts Ausſpruch appellirt aber Ludwig (in ſeines Vaters Steffans Namen) an den König, und dann an den Pabſt. Hierüber kommt es zu einem langwierigen traurigen Kriege, der unglücklich für Ludwig endete durch den Ausgang der Allinger Schlacht.

Getroffen von dieſem Schlage, umrungen von zu zahlreichen Feinden, warf ſich Ludwig in die Arme des Königs. Er fand vor Sigmunds Thron alle ſeine Feinde oder ihre Botſchafter. In ihrer Gegenwart ward der Friedbrief verleſen:

„Der Friede ſoll beginnen am 7. Oktober mit Aufgang der Sonne, und vier Jahre lang währen; binnen Jahr und Tag wird der König Alles im Rechte oder durch Vergleich entſcheiden.“

Allein bald darauf erfolgte der weitere Spruch: „Herzog Ludwigs ganzes Land ſey bis zu endlichem Austrag in des Königs Hand zu ſtellen, dieſer werde zu Abwendung des Friedensbruchs einen Hauptmann ſetzen.“

Ludwig, der des Königs Dienſt genommen, folgte ſeiner Tochter, der Königin von Ungarn, nach Preßburg. Das Oberland Bayern aber ward Herrn Bruno von der Leiter als kaiſerlichem Hofmeiſter übergeben.“ 61)

§. 8.

In dem Niederlande Straubinger Antheils kömmt es im Jahre 1367 zu einer Uebereinkunft, kraft welcher Otto (von Brandenburg) ſich zu Gunſten ſeines Bruders Albrecht, ſeiner Anſprüche an Hennegau, Holland, Seeland und Friesland, gegen eine Summe Geldes begab; dagegen verſpricht Albrecht, falls er ohne Leibeserben ſtürbe, jenem den Vorzug in der Erbſchaft ſeiner Beſitzungen. 62)

Später überträgt Herzog Albrecht von Holland ſeinem Sohne Wilhelm die Grafſchaft Hennegau, und dem Sohne Albrecht II. die Regierung im niederbayeriſchen Lande; verſchreibt aber daſſelbe nach deſſen Abſterben fremden Leuten. Da jedoch hierüber großer Unwille unter den Landſaſſen entſteht, ſo ſetzt Albrecht nun ſeinen Sohn Johann, erwählten Biſchof zu Lüttich, in Niederbayern ein. 63)

---

58) Urk. dd. München Ertag n. Michelstag.
59) Urk. dd. eod.
60) Cop. 44, 16.
61) Vgl. Lang's Ludwig den Gebarteten.
62) Urk. dd. Kempnodt 27. Juli 1367.
63) Dat. In der Häg zu Holland, am Tage Dionyſii — 9. Oktober.

Als im Jahre 1425 die Niederländiſch-Straubingiſche Linie erliſcht, macht Ludwig der Gebartete, als der älteſte aus der Stephan'ſchen Primogenial-Linie, Anſpruch auf den ganzen Erbtheil. Heinrich von Landshut will nach drey Theilen — Ernſt und Wilhelm von München nach vier Theilen getheilt haben.

Herzog Ludwig weiß auch vom Könige eine Belehnung „als eltiſter Erbfürſt allein nach Namen und Wappen" mit Niederbayern zu erwirken.[64])

Mittlerweile fällt aber der Amberger Schiedsſpruch,[65]) nach welchem Ludwig ⅓, Heinrich ⅓, Ernſt und Wilhelm ⅓ erhalten ſollen.

Aber im folgenden Jahre wird von den Ständen des Niederlandes geſprochen:

1) die Sache ſoll vor den König gebracht werden;
2) in Straubing ſoll ein Verweſer beſtellt werden, welcher die Gilten und Renten einnimmt;
3) jede Parthey ſoll zwiſchen hie und Michaelis zehn aus den Ihrigen erwählen, fünf Abgeordnete wird die Landſchaft erwählen — und dieſe 25 ſollen zur Entſcheidung der Sache auf einem Tage zu Augsburg zuſammen kommen;
4) dem Herzoge Heinrich, welcher nicht hinter ſie gegangen iſt, ſoll dieſer Spruch an ſeinem Erbtheile unentgolten ſeyn.[66])

In den Theilungsverträgen von den Jahren 1349 und 1353 war die wechſelſeitige Erb- und Lehensfolge ausdrücklich vorbehalten worden. Kaiſer Sigmund tritt nun mit der Behauptung auf: das Niederland ſey dem Reiche als verwirkt anheim gefallen, weil die Herzoge und ihre Vorfahren ohne kaiſerliche und oberſtlehnherrliche Bewilligung Landestheilungen vorgenommen, und Angriffs- und Vertheidigungsbündniſſe geſchloſſen hätten, ohne das Reich auszunehmen. Er verlieh ſofort i. J. 1426 das Niederland ſeinem Eidam Herzog Albrecht.

Jedoch auf der im Jahre 1429 zu Preßburg gehaltenen Verſammlung von Fürſten, Grafen, Herren, Rittern, Städten und Rechtsgelehrten erfolgt der kaiſerliche Ausſpruch dahin, „daß der Kaiſer ſeinen Anſprüchen auf Bayern entſage, und daß das Niederland nach Häuptern unter die vier Fürſten, Ludwig, Heinrich, Ernſt und Wilhelm getheilt werden ſolle.[67])

Sohin wird das bayeriſche Erbfolgerecht neuerdings anerkannt, und bey der Erbfolge die Abſtammung vom erſten Bewerber zu Grunde gelegt.

Mit Herzog Albrecht von Oeſterreich ſchließen die bayeriſchen Herzoge einen Vertrag (1429), in welchem er gegen eine Geldſumme und Abtretung des Pfandrechts auf Milberſtadt, auf alle ſeine Anſprüche an das Niederland entſagt.

---

64) Urk. dd. Ofen 3. Oktober 1426.

65) 17. September 1426.

66) Dat. an St. Jakobsabend — 24. Juli.

67) Sigmund Röm. König urtheilet, das Niederland Bayern ſoll in vier Theile nach den Häuptern unter die vier Fürſten, Herzog Ludwig, Heinrich, Ernſt und Wilhelm, und nicht nach dem Stamme, weil ſie in einer Sippe und einer nicht näher als der andere iſt, getheilt werden.
Preßburg 1429. Dienſtag nach Görgentag (26. April).

Die Abtheilung unter die Fürſten wird durch die Landſchaft vollzogen [68]) in 148 Spruchbriefen, woraus wir bemerken (erſter Spruch der 25 Schiedsrichter):

Dem Herzoge Ludwig könne nicht geſtattet werden, deßwegen weil er der ältere iſt, zuerſt einen Theil des getheilten Landes zu wählen, ſondern das Loos müſſe entſcheiden welchen Theil jeder erhalte. [69])

Später vereinen ſich Herzog Albrecht nnd Herzog Ludwig des Erbes von beyden Ludwigen Vater und Sohn wegen in folgender Weiſe: Albrecht ſoll erhalten Teckendorf mit allen bis kommende Lichtmeß verfallenen Renten, mit ſammt 500 fl. und allen Briefen und Regiſtern darüber. Ihm bleiben auch Schwaben, Liechtenberg und Bayrbrunn, mit den darüber beſtehenden Kauf- und Gegenbriefen.

Will Albrecht ſein Erbe auf dem Nordgau, nämlich Hembau, Velburg, Lengfeld und Kallmünz einlöſen, ſo ſoll ihm Ludwig dazu 32,000 fl. Rh. leihen, jedoch ſo daß letzterer die Schlöſſer ſo lange inne behält, bis er von den jährlichen Renten die Summe von 32,000 fl. wieder erhalten hat.

Herzog Albrecht gibt dem Herzoge Ludwig einen Verzicht auf alle von beyden Ludwigen hinterlaſſene liegende und fahrende Güter; Herzog Ludwig hinwieder einen Verzicht um Schwaben, Liechtenberg und Bayrbrunn.

Hinſichtlich der Lehen außer Landes ſoll es beſtehen wie es in den vorigen Theilbriefen begriffen iſt; eben ſo wenn es zwiſchen beiden leiblichen ehlichen Mannserben zu rechter Erbſchaft käme, in welchem Falle ein Theil gegen den andern unverzigen ſeyn ſoll, alles nach Herkommen und Gewohnheit des Hauſes Bayern. Im Falle der Nothwendigkeit einer Verſetzung oder Verkäufen geſtehen ſich beyde einander das Vorzugsrecht zu.

Herzog Ludwig erhält die eingelöſten Herrſchaften Spitz und Schwellenbach in der Wachau. Ihm ſollen auch alle Geldforderungen, von beyden Herzogen Ludwig und Herzog Stephan herrührend, durch Herzog Albrecht ausgerichtet werden. [70])

68) Ludwig Pfalzgraf bey Rhein und Graf zu Mortani, Ernſt und Wilhelm, Pfalzgrafen, bekennen nach dem Entſcheide von 25 Mannen aus der Landſchaft ſich in vier Theille abgetheilt zu haben:

1) Herzog Ludwigs Theil: Schärding, die Juden zu Regensburg, die Loſung auf Schwarzenburg, Waldmünchen und Retz.

2) Herzog Ernſts: Straubing, Mitterfels, Bogen, Haydau, den Herzogshof zu Regensburg, und alle andern Rechte daſelbſt, mit Ausnahme der Juden.

3) Herzog Wilhelms: Kelheim, Dietfurt, Wildenſtain, die Looſung auf Arnsberg, Abach, Schönberg, Siegenſtein, Falkenſtein, die Pfandſchaft auf Werd, Saulberg, Linden, Viechtach und Regen, Am-Aigen, Peylſtein, Eſchelkam, Neunkirchen, Furth, Kötzting, die Loſung auf Cham, und die drey Mühlen daſelbſt, Teckendorf und das Landtgericht enhalb der Donau.

Was in jedem der vier Theille verpfändet oder verſchrieben iſt, das ſoll jeder ſelbs ausrichten, mit Ausnahme der Herrſchaft Wörth, der Veſte Hilkersberg, und der 300 fl. jährlichen Zins aus der Maut zu Vilshofen, dann des Schannperks, welches alles die vier Theille miteinander auslöſen ſollen.

Straubing St. Peter und Paulstag 1429.

69) Dat. Straubing, Erichtag vor Peter und Paul — 28. Juni.

70) Mitichen nach St. Lucientag 1450.

§. 9.

Im Oberlande erhebt ſich nach Johanns Tod (1473) Irrung über die Mitregierung. Dieſe wird beruhigt durch einen Ausſpruch der Landſchaft: „Albrecht ſoll den Wildbann enhalb der Iſar haben, Sigmund herdießhalb; alle übrigen ſeyen gemein; Sigmund ſoll Grünwald und Dachau allein — Albrecht Schwaben und Menzing allein zu Kurzweil beſitzen; Sigmund und Chriſtoph ſollen die neuen Zimmer im alten Schloß; Albrecht und Wolfgang aber das Haus bewohnen, worin ſich Albrecht, der Vater, und Johann enthielten; die neue Veſte ſey gemein, und durch den Michelſpeck als Pfleger verwaltet; ſowohl Sigmund als Albrecht ſollen einen ſondern Rentmeiſter haben, und was dieſe zuſammen einnehmen, ſoll jeder zur Hälfte ſeinem Herrn verrechnen; eben ſo ſoll jeder der Fürſten einen eignen Zollner am Münchner Zoll aufſtellen, die eine gemeinſchaftliche Truhe haben, und die Einnahme alle 14 Tage theilen ſollen; ſo ſoll es auch mit den Kaſtnern gehalten werden; zu Straubing ſoll jeder ſeinen eignen Rentmeiſter und Mauthner haben, die es halten wie die obigen; im Nordgau ſoll aber ein gemeinſchaftlicher Rentmeiſter ſeyn; alle übrigen Amtleute ſollen in gemeinſchaftliche Pflichten genommen werden. Sigmund ſoll Chriſtophen auf ſeine Rechnung in Koſt halten; die Pflegen ſollen wechſelweiſe beſetzt werden; über die Ernennung der Vicedoms von Straubing ſollen ſich die beyden Fürſten vereinen; es wird ernannt Veit von Eglofſtein zu beider Herzoge Hofmeiſter; Ulrich Areſinger, Conrad Eiſenhofer, Eberhard Torer, Wolfgang Waldecker, Sebald Eglinger und Jakob Petrich zu ihren gemeinen Räthen; doch ſollen ſie auch ihre andern Räthe mit beiziehen dürfen; alle übrige Dienerſchaft mag jeder der Fürſten auf ſeine eigene Rechnung beſtellen. Es ſollen auch beyde Herrn einen gemeinen Kanzler haben, der ihre beyden Sekrete verwahre. Herzog Sigmunds Schulden, ſich belaufend auf 22,260 fl. und 1412 Pfund, die großentheils vom Vater und Oheim herrühren, ſollen beyde Fürſten ausrichten; die übrigen perſönlichen Schulden ſoll jeder für ſich bezahlen. Keiner der zwey Fürſten ſoll Macht haben Etwas vom Lande zu verkaufen oder zu verkümmern. Lehen und Bann ſoll Sigmund als der älteſte verleihen; im Falle einer Befehdung ſoll einer dem andern Hülfe leiſten. Entſtünde nun noch weitere Irrung, ſo ſollen der Hofmeiſter und die ſechs Räthe das ausgleichen, und wenn das nicht gelingt, Herzog Ludwig einen Tag ſetzen, den jeder Theil mit drey Räthen die Landleute ſind, beſendet. Nach Umfluß von drey Jahren ſoll dieſer Anlaß jedem Herrn an ſeiner Erbſchaft und Gerechtigkeit unvergriffen ſeyn.“ [71])

Aber ſchon 2 Jahre ſpäter entſagt Sigmund der Mitherrſchaft: „Er habe zu Zeiten dick in ſeinem Gemüthe betrachtet die Blödigkeit ſeines Leibes, wonach er geneigt ſich ein geruhtes Weſen zu machen, und das Regiment in eine Hand zu ſtellen, mit der dem Lande beſſer fürgeſehen ſey. Daher habe er nach Rath und Briefe der Räthe und Landleute ſolches Regiment übergeben ſeinem Bruder Albrecht, in der Maaß, daß er aller fürſtliche Regierung von der drey Brüder wegen alleinregierender Herr ſey, ohne daß ſie ihrer Lebtage etwas darein reden ſollen; Chriſtoph und Wolfgang ſollen mit ziemlicher Nothdurft verſorgt werden. Albrecht über-

71) L. Spruch dd. 4. März. L. S. 4. Kr. 163.

nimmt die Zahlung der Schulden. Der Vertrag ſoll gelten a dato des Briefs Sigmunds Lebetag lang.“ [72])

Dieſem Beyſpiel folgt Wolfgang im Jahre 1468: „Er habe erkannt, das löbliche, gute Regieren ſeines Bruders Albrecht, und daher demſelben ſeinen Theil Erbes übergeben, zu regieren 12 ganzer Jahre lang, gegen die brüderliche Fürſehung über die er ſich mit ihm vertragen.“ [73])

Schwieriger ward die Sache mit Herzog Chriſtoph. Dieſer hatte ſich zwar im J. 1465 verpflichtet ſeinem Bruder Sigmund als dem älteſten die Alleinregierung des Landes, wozu ihn der Vater geordnet, ungeſtört zu überlaſſen, ſelbſt wenn ſein anderer Bruder das nicht haben wollte. [74]) Auch willigte Chriſtoph in Alles was durch die Schiedsrichter und die Landſchaft im folgenden Jahre über die Mitregierung beſtimmt worden war. [75]) Und im Jahre 1469 ſtellte er eine Verzichtsurkunde aus, in welcher er ſeinen Theil Erbes an Albrecht „ſolches an ſeiner Statt inne zu haben während 5 ganzer Jahre“ gegen eine Apanage von jährlichen 3000 fl. und den Genuß des Schloſſes Päl übergab. [76]) Im Jahre 1475 kömmt nun durch Vermittlung der Landſchaft ein weiterer Vertrag zu Stande, wonach Albrecht ſeines Bruders Chriſtophs Theils an Landen und Leuten zehn ganzer Jahre lang regierender Fürſt ſeyn ſoll; dafür ſoll ihm folgen: Landsberg ſammt Zinſen und Gülten, Schloß Päl, und die Stadt Weilheim mit allen Renten; ferner jährlich 1400 fl. rh. [77])

Nach Umfluß dieſer Zeit wird von Chriſtoph wieder auf die Theilung des Landes gedrungen. Allein auf einem i. J. 1485 zu München gehaltenen Ausſchußtage der Stände, gelingt es durch 64 Mitglieder der Landſchaft einen Vertrag zu Stande zu bringen, in welchem nun Herzog Chriſtoph auf ſeine Lebensdauer zu Gunſten ſeines Bruders Albrecht auf die Regierung verzichtet, und dagegen die Städte Weilheim und Schongau ſammt den Schlöſſern Päl und Rauchen-Lechsberg zur Apanage empfängt. [78])

War aber nun gleich durch Albrecht den Weiſen für die Einigung und Kräftigung Bayern in einer Hand fürgeſorgt, ſo drohte doch Herzog Georg das Alles wieder zu vereiteln, und zwar durch ſein im Jahre 1496 errichtetes Teſtament [79]) in welchem er ſeinen Landeserbtheil in der Perſon ſeines Eidams, der pfälziſchen Hauptlinie zuwenden wollte.

---

72) Urk. dd. München 3. Sept. Kr. 224.
73) Urk. dd. 28. März im H. A. (Kr. 304.)
74) Urk. dd. München St. Valentin 1465.
75) Anlaßbrief dd. 10. März 1466.
76) Urk. dd. München 6. May 1469.
77) Urk. dd. 16. May 1475.
78) Urk. dd. 17. Juny 1485.
79) Vnnd dieweil wir nach vnnſerem todt vnd auch nach abſterben, der hochgebornnen Fürſtin vnſer lieber Tochter frewlin Elſabeth, vnſer Fürſtenthumb, herrſchafften, Schloß, Stat, Land vnd leüt aller nutzung, freyhaiten, vnd herrlichkhaiten, vnd alles ander was wir verlaſſen werden, gar nichts außgeſchiden, niemandt lieber gonnen, denn dem hochgebornnen fürſten vnſerm lieben vettern vnd Schwagern,

Zwar tritt König Maximilian in die Mitte, verbietet dem Herzoge Georg in einem eigenhändigen Briefe ſein Land durch Teſtament an Jemand zu vermachen, und beſtimmt daß dasſelbe den Söhnen des Herzoges Albrecht, Herzogen Wilhelm und Ludwig erblich zufallen ſoll. [80])

Allein Georg beharrt auf ſeinen Sinn, und weiß die Anſtalten ſo zu leiten, daß Ruprecht im Augenblicke ſeines Todes, Landshut, Burghauſen, Ingolſtadt und andere Orte beſetzt hält.

Doch die Landſchaft hält in dieſem kritiſchen Augenblicke feſt an ihren Pflichten, erklärend: „Es ſey Noth daß ſie alle ein Mann und einig wären; und ſey des Adels Begehren, ob die Herren von Prälaten, Städten und Märkten bey ihnen blieben, ſo wollten ſie handeln was mit Gott und Ehren zn verantworten ſey."

Es ergeht ſofort an die Städte und Märkte ein Schreiben des Inhaltes: „daß der Fall vorhanden ſey wo gemeine Landſchaft dem Lande fürzuſehen habe; deßhalb ſeyen die Beamten bereits in Pflicht genommen worden; unvergriffen eines jeden Fürſten Gerechtigkeit. Es ergehe alſo auch an ſie die Aufforderung, der Landſchaft und ihren Verordneten, und ſonſt Niemanden gewärtig zu ſeyn." [81])

Der König erließ zwar damals an die Landſchaft ein Schreiben des Inhaltes: „daß Albrecht für ſich und ſeinen Bruder ihn angerufen, als die nächſt geſippten Lehenserben, um Herzog Georgs hinterlaſſene Regalia und Lehen; alſo habe er, der König, dieſes gnädiglich gereicht und verliehen, und gebiete ihnen daher bey ihren Ehren und Pflichten, und Vermeidung von Ungnade und Strafe, Albrechten und Wolfgang für ihren rechten Landesfürſten anzunehmen, und ihnen Huldigung und Gehorſam zu leiſten." [82])

Aber bereits war in die Belehnungs-Urkunde eingefloſſen: „Da Herzog Georg durch ſein

---

Herzog Pilippſen Pfaltzgrauen bei Rhein ꝛc. Churfürſſten vnd ſeinen Söhnen, von der hochgebornnen Fürſtin, vnſer lieben Schweſter frawen Margrethen Pfallzgrauin bey Rhein, vnd Herzogin in Bayrn ꝛc. geborn, Sonnderlich dieweil Sie mannlichs geſchlechts vnd vnnſers namens vnd ſtammens, vnd gebürtig von Bayrn ſeind, denn wir allſo auß geordneter natürlicher lieb allß vnnſeren nechſt geſippten freundten, mit aller freundtſchafft vnd zn. guetem ſonnderlich vnd billicher geneigt, deßhalb in fürſatz, guetem wolbedachtem mueth vnnd willen ſinnd, ſo fürderlichiſt das geſein mag, die genannt vnſer tochter frawen Eliſabeth zu gedachtem Pfallzgrafen Philipſen ꝛc. vnnd frawen Margrethen ꝛc. vnſer lieben Schwager vnd Schwöſter Sohne einen ehelichen zu vermeheln. So ordnen, ſchaffen vnd machen wir auch derſelben vnſer tochter, frewlin Eliſabethen, zu rechter eeſteur, Im namen vnd geſtallt dotis, vnd vnwiderfellig 30,000 fl. ꝛc., die wir Ir allßbaldt, vnd von ſtund an nach Irem beyſchlaffen fürderlich, vnuerzogenlich geben vnd außrichten ſollen vnd wöllen. Bekhäm Er Mannserben, ſo ſchafft er ſeiner Tochter Eliſabethen 70,000 fl.

Im Jahre 1503 verbietet Kaiſer Maximilian wiederholt dem Herzoge Georg ſein Land wider kaiſerliches Lehenrecht und ſeiner Vorfahren Verträge ſeinen nächſten Erben zu entziehen, widrigen Falls er als ein Lehenherr von ſeinem Rechte Gebrauch machen würde. Dat. Kaufbeuren, den 24. Oktober 1503.

80) Dat. Kaufbeuren, Erchtag nach Trinitatis (23. May).

81) dd. 18. Dez. Landth. p. 90.

82) Mandat dd. Ulm den 9. Dez. 1503. Landth. p. 17.

Teſtament wider das Reich gehandelt, und in einen Pönfall des Kaiſers verfallen, der ſich auf ſeine Erben erſtrecke; ſo habe der Kaiſer merkliches Intereſſe gegen dieſe Erben, und Anſprache an Land und Leute, und wolle alſo die Belehnung Albrechts und Wolfgangs nicht anders gethan haben, als ſeiner Gerechtigkeit unſchädlich." 83)

Da nun die hierauf zu Augsburg eröffneten Verhandlungen zu keinem friedlichen Vergleiche führten, kam der lang zurückgehaltene Krieg zu ſeinem blutigen Ausbruch. Aber ſehr bald vereitelte die Niederlage bey Schönberg Churfürſt Philipps Hoffnungen, und ſein Sohn ſowohl als Eliſabeth wurden durch den Tod dahingerafft.

Es kam hierauf zu Verhandlungen am Hoflager zu Köln, wo am 30. July 1505 der bekannte Köllner-Spruch erfolgte, des weſentlichen Inhalts:

I. Alle Fehde und Feindſchaft iſt todt und ab.

II. Herzog Friedrich, als Vormünder der Herzoge Ott Heinrichs und Philipps, ſoll zuſtehen: Neuburg, und herdießhalb der Donau, auſſerhalb Ingolſtadt, was Herzog Georg im Oberland beſeſſen, alles bis zu 20,000 fl. Nutzen und Geldes, allenfalls zu ergänzen aus dem Niederlande; überdieß noch 4000 fl. auszuzeigenden Nutzens.

III. Albrechten und Wolfgangen ſoll zuſtehen alles übrige Land des Herzogs Georg.

IV. Friedrich ſoll empfangen alle Baarſchaft und Koſtbarkeit ſammt aller fahrenden Habe.

V. Das Geſchütz und Getraid wird in zwey Hälften getheilt.

VI. Die ſeit Georg gemachten Schulden hat jeder Theil ſelbſt zu bezahlen; freye Schulden Herzog Georgs hat Herzog Friedrich, rechtfertigte Verſchreibungen aber Albrecht und Wolfgang zu bezahlen.

VII. Seinen ganzen Antheil hat Friedrich vom Könige als Vormund zu empfangen, und alle Unterthanen bey ihren Freyheiten zu belaſſen.

VIII. Zur Taxation und Auszeigung der Gilt ſoll förderlich geſchritten, und dieſe bis Georgi vollzogen werden. Bis dahin ſoll Herzog Friedrich als Unterpfand Waſſerburg, Traunſtein, Wald, Trosberg, Mermoſen, Marquartſtein und Kling beſitzen.

IX. Es werden von jedem Theil drey Kommiſſaire zu dieſer Taxirung und Theilung des Geſchützes und des Getreides geſetzt.

X. Die Erläuterung aller vorkommenden Irrungen behält ſich der König vor.

XI. Ebenſo behält ſich der König ſein Intereſſe, und was er vor dem Spruch vergeben hat, bevor.

Alles dieſes zu vollziehen und zu halten bey einer Strafe von einer Million löthigen Goldes.

Ueber den Vollzug dieſes Spruches beſtimmte ein weiterer Hauptvertrag vom 25. Febr. 1506:

I. Am 15. März tritt Albrecht und Wolfgang an Herzog Friedrich ab, was Georg im Oberland enhalb der Donau verlaſſen, ausgenommen Ingolſtadt. Dagegen wird von Pfalzgraf Friedrich bis dahin an die genannten Herzoge ausgeantwortet: Burghauſen mit dem Rentmeiſteramt.

II. Am 29. März wird von dieſen Herzogen an Friedrich abgetreten das Niederland jen-

83) Landtg. p. 504.

halb der Donau und vor dem Wald, und das Nordgau; wogegen ſie empfangen: Landshut, Rhain, und alles Land Herzog Georgs ſo herdießhalb der Donau.“

Auf dieſem Wege gelangt denn Albrecht nun dennoch zu ſeinem — vierzig Jahre hindurch verfolgten Zwecke; jedoch hat es ihm die Abtretung des Gerichtes Kitzbüchl, der Vogtey Mondſee, und des Gebietes Wildenek gekoſtet, die dem ſogenannten königlichen Intereſſe zum Opfer gebracht werden mußten. [84])

Nun konnte er auch Hand anlegen, das was er erſtrebt und errungen, feyerlich zu garantiren. Es geſchah dieſes auf dem i. J. 1506 zu München gehaltenen Landtage.

Das Hauptgeſchäft und Reſultat dieſes Landtages war der als Primogenitur-Sanktion geltende Vertrag zwiſchen Albrecht und Wolfgang. Da ſich übrigens keine Spur hierüber geſchehener Verhandlungen mehr in den Akten findet, ſo müſſen wir uns darauf beſchränken den Inhalt dieſer wichtigen Urkunde ſelbſt ins Auge zu faſſen.

Im Eingange derſelben iſt von Irrungen die Rede, welche ſich zwiſchen beyden Brüdern über das Regiment der von Herzog Georgs überkommenen Lande, und über die in dem deßhalb geführten Kriege gemachten Schulden ergeben haben, worüber ſie durch einen Ausſchuß von vierundſechzig Landleuten vertragen worden ſey. Die Beſtimmungen dieſes Vertrages ſind nun die folgenden:

I. Wolfgang tritt freywillig die Regierung und Nutzung aller ſeiner ererbten Lande ſeinem Bruder Albrecht und deſſen Söhnen ab.

II. Die beyden Herzoge ſetzen mit Rath der Landſchaft feſt, daß füran in ewigen Zeiten in ihren, nun zu einem Herzogthum vereinigten Fürſtenthümern, keine Theilung mehr geſchehen, und auch nicht mehr denn ein regierender Landesfürſt ſeyn ſolle, deſſen älteſter Sohn jederzeit in der Regierung folgen wird.

---

84) König Maximilian gründete ſein ſogenanntes Intereſſe auf folgende Motive: „daß Er der khönig auf ſeinen coſſten für H. Albrechten, biß in die anderthalb hundert tauſent gulden verkhriegen wöll, was darüber, ſoll Ihme bezalt werden. Vnd ob wol H. Albrecht, alls Er ſich bedacht ohne deß Pundts vorwiſſen nichts endlich zueſagen wöllen, ſo iſt doch die ſach hierzwiſchen zue khriegen gerathen, vnd Ihme dem khönig in allem bey Vierthalbhundert Tauſend gulden aufganngen. Vermeldt was Er für Stet eingenommen, vnd noch Innen habe. Was Er hierzwiſchen verſaumbt; alls nemblich, daß Er ainen böſen nachtailigen Vertrag mit dem Francoſen machen müſſen, hab Geldern verlorn ꝛc. Vnnd ob er ſchon fueg vnd recht hett das ienig zubehallten, was Er erobert, wie der von Brandenburg vnd Nürnberg, iedoch in anſehung daß Er Pfalzgrauen Philipſen etwas abgetrungen, doch (auß ſonnderer Freundſchafft) begert Er außer des Intereſſe, nit mehr alls Khüppühel, Grayſpach, Wildenekh, Vogtey vber Mannſee.“ — Maximilian verſprach (1504) den Herzogen, daß falls ſie ihm zu ſeinem Intereſſe gelangen laſſen wollen, er ihnen zum Beſitze des Landes zwiſchen der Donau und dem Lech verhülflich ſeyn wolle. Nach Ruprechts Aechtung wurden denn auch deſſen ſämmtliche Güter dem Herzoge zuerkannt (Act. 20. Okt. 1504). Ueber die Ausmittlung des Intereſſe wurde aber noch lange unterhandelt, und erſt am Montag nach Lucie 1505 gab Albrecht ſeinen Abgeordneten Vollmacht, in die Abtretung von Kützbühel, Wildenek und Monſee zu willigen.

III. Die nachgebornen Söhne ſollen den Grafen-Titel und Stand halten, und von ihrem 18ten Jahre an ein jährliches Deputat von 4000 fl. beziehen.

IV. Iſt kein männlicher Descendent Albrechts mehr vorhanden, ſo fällt die Regierung an den nächſten älteſten männlichen Seitenerben.

V. Albrecht übernimmt die im Kriege gemachten Schulden ganz allein.

VI. Wolfgang bedingt ſich den lebenslangen Beſitz von Aichach, Friedberg, Mehring, Landsberg, Schongau, Rauchenlechsberg, Weilheim, Paal, Hegnenberg, Lichtenberg und Greifenberg ſammt allen Zugehörungen. Er empfängt jährlich 12,000 fl. von Albrecht, nach Abzug deſſen, was obige Städte und Güter ertragen.

VII. Albrecht empfängt die Belehnung allein.

VIII. Die in Wolfgangs Aemtern ſitzenden Landleute haben auf Albrechts Landtagen zu erſcheinen.

IX. Irrungen zwiſchen den Brüdern ſollen durch die Landſchaft vermittelt werden.

X. Die Unterthanen aller Stände in Wolfgangs Aemtern ſollen demſelben Pflicht und Huldigung leiſten, aber bey ihren Freyheiten belaſſen werden.

XI. Nach Wolfgangs Tod fallen dieſe Aemter an Albrecht oder ſeine Erben wieder zurück.

XII. Jeder Regierungs-Nachfolger ſoll den Landſtänden nach geſchehener Huldigung ihre Freyheiten zu beſtätigen verpflichtet ſeyn.

XIII. Albrecht ernennt ſeinen Bruder Wolfgang zum Vormunde ſeines älteſten Sohnes Wilhelm, und zu ihm ſechs aus den drey Ständen.

Geſchehen zu München am 8. July mit den Siegeln der Herzoge und der Verordneten der Landſchaft. [85])

§. 10.

Nach Albrechts Tod leiſtet die Landſchaft dem Vormunde der minderjährigen Fürſten die Erbhuldigung, mit dem Bedinge „daß die Freyheits-Beſtättigung von Stund an ausgefertigt werde.“ Was damals über die Erklärung dieſer Freyheiten verhandelt wurde, iſt bereits im ſiebenten Kapitel bemerkt worden. Herzog Wolfgang führte mit Hülfe beygeordneter Räthe aus der Landſchaft die Verwaltung bis zur Volljährigkeit Wilhelms (1512). Als dieſer nun zum Empfange der Erbhuldigung ſchreiten wollte, tritt ſein Bruder Ludwig hervor, erklärend: „Vermöge geiſtlich und weltlichen Rechtes ſey ihm nach Abſterben Herzog Albrechts ein Drittheil angefallen. Allein ungeachtet alles Unterhandelns habe er zu dieſem Drittheil weder gelangen können, noch ſey ihm ein leiblicher Vorſchlag geſchehen. Da er nun auf ſeinem Drittheil beſtehen, aber zugleich fürchten müſſe, es möchte aus dieſem Handel Unfreundſchaft mit ſeinem Bruder, und daraus dem Hauſe Bayern Nachtheil entſtehen; ſo habe er beſchloſſen, denſelben der Landſchaft anzuzeigen, bittend, dieſelbe wolle vermitteln daß ihm entweder ſein Drittheil verabfolgt, oder wenn in die Theilung des Fürſtenthums nicht eingegangen werden wollte, daß er als mitregierender Fürſt zugelaſſen werde.“ [86])

---

85) Landth. 15: p. 355.
86) Inſtruktion p. 35.

Dagegen erwiedert Wilhelm: „Es ſey nicht ohne daß Herzog Ludwig mehrmal das Anſuchen gethan, beſſer als Albrechts Ordnung innhalte, verſehen zu werden; allein man habe das nicht zulaſſen können, vermöge des Lehenrechts und der goldenen Bulle, ſo wie zuletzt wegen Kaiſer Friedrichs Gebot. Denn auf den Grund dieſer Geſetze, und mit Zuſtimmung der Landſchaft habe Herzog Albrecht jene letztwillige Verfügung getroffen. Uebrigens habe Herzog Wilhelm aus brüderlichen Willen gegen Ludwig, und auf Interzeſſion ſeiner Mutter und des Kaiſers, genanntem ſeinem Bruder den fürſtlichen Titel zugelaſſen. Er bitte aber, die Landſchaft wolle denſelben mit ſeinem Begehren um das Drittheil oder die Mitregierung abweiſen.“ 87)

Die Stände des Landes bringen nun einen gütlichen Vorſchlag, und meinen: „Als der dienlichſte Weg ſtelle ſich dar die Mitregierung; dieſe ſey in Bayern herkömmlich und im Rechte nicht verboten; dabey bleibe das Land unzertrennt, und könne durch Aufrichtung einer guten Ordnung allen Mißſtänden vorgebeugt werden. Sie fügen auf Wilhelms Begehren erläuternd hinzu: „Beyde Herzoge ſollen durchaus ein Weſen halten, als ob ein einiger Fürſt regierte, und auch ein Siegel führen. Man hoffe die Herzoge werden ſich ohne Willen der Landſchaft in keine Heyrath begeben; wo es nun dazu komme, ſo werde man gute Mittel vorzunehmen wiſſen; Herzog Ernſten ſollen tapfere Leute zugeordnet werden, die ſich fleißigen ihn zum geiſtlichen Stand zu bewegen; gelinge es nicht, ſo wolle man Seiner Gnaden Gerechtigkeit dadurch nichts vertragen; bis die Herzoge das 24ſte Jahr erreicht, ſoll die Landſchaft oder ihre Verordneten die Räthe mit Wiſſen der Fürſten ſetzen und entſetzen, und die Räthe ſollen ſchwören den Herzogen zu ihren Rechten, und dem Land zu ſeinen Freyheiten zu rathen. Nach Erreichung des 24ſten Jahres ſollen die Fürſten ihre Räthe — doch unter gleicher Verpflichtung, ſelbſt beſetzen; auf gleiche Weiſe ſoll es mit Beſetzung der Aemter gehalten werden.“

In Folge dieſer gegebenen Erklärung wurde nun auch von Herzog Wilhelm in die Mitregierung gewilligt. 88)

Es wurde beſchloſſen dem Kaiſer zu eröffnen: „die Stände hätten keinen füglichern Weg gefunden die Herzoge zu vereinen, als die Mitregierung beyder Fürſten; und in Folge deſſen ſeyen Verſchreibungen aufgerichtet, und eine neue Ordnung beſtimmt worden. Sr. Majeſtät würden nun gebeten, dieſen neuen brüderlichen Vertrag ſich gefallen zu laſſen, und ihn zu beſtätigen.“

Allein bereits war eine Botſchaft Maximilians eingetroffen, welche der Landſchaft zu verkünden hatte: „das was durch ſie in der letzten Zeit geſchehen gereiche zu Schimpf und Nachtheil des Landesfürſten, zu des Reiches Abbruch und Verletzung kaiſerlicher Hoheit; Herzog Albrechts Teſtament müſſe aufrecht gehalten werden.“

Gegen dieſes und weiteres verwahrt nun die Landſchaft ſich auf das förmlichſte und ausdrücklichſte ihrer Rechte und Freyheiten.

Es kommt über das Alles zu weitwendigen Verhandlungen vor dem Kaiſer, und ſelbſt zu bedrohlichen Rüſtungen zum Kriege. Endlich gelingt es dem Eifer der Biedergeſinnten einen

87) Antw. Herz. Wilh. ibid. p. 48.
88) Freytag nach Valentini ibid. p. 169.

Vertrag zu ermitteln, des weſentlichen Inhaltes: „Wilhelm und Ludwig ſollen ihr Herzogthum Bayern unvertheilt regieren, und die Regalien darauf empfangen; ſie ſollen die Freyheiten der Stände gemeinſchaftlich beſtätigen, und darauf gemeinſchaftlich Erbhuldigung empfangen. Jeder Fürſt ſoll zwey Rentmeiſterämter in ſeiner Verwaltung haben, aber bey offenen gemeinen Verſchreibungen der Mitregierung Erwähnung thun. Landgebote werden gemeinſchaftlich beſchloſſen; die Lehen leiht jeder in ſeinem Zirkel; ſofern die Brüder nach drey Jahren nicht länger in dieſer Gemeinſchaft bleiben wollen, ſo ſoll Herzog Ludwigen ein Drittheil des Landes mit dem Sitze zu Landshut ausgeantwortet werden; die Brüder ſollen unter ſich eine freundliche Erbeinigung aufrichten, ſich in Sachen, die Land und Leute insgemein betreffen, beyzuſtehen, keinen Krieg ohne Willen der Landſchaft anzufangen, und auch die Landſchaft nur gemeinſchaftlich zuſammenzurufen; keiner ſoll ohne des andern Wiſſen Etwas vom Lande verpfänden oder veräußern; Irrungen zwiſchen den Brüdern ſollen durch einen Ausſchuß von Landleuten vertragen werden; der Landſchaft iſt durch dieſen Vertrag an ihren Rechten nichts vergeben.“

Dieſer Vertrag wurde im Jahre 1516 auf fünf Jahre erſtreckt, und blieb bis zu Ludwigs Tod in ſeiner Geltung.

Von Landestheilung war von nun an keine Rede mehr; die Primogenitur blieb in Kraft und Würde. Wilhelm IV. ſtatuirte überdieß feyerlich in einer zu Regensburg den 21. Juny 1546 ausgeſtellten Urkunde, daß nach ſeinem tödtlichen Abgang Albrecht V. allein regierender Herr und Landesfürſt ſeyn und bleiben ſolle.

III.

Heyraths-Verträge.

Otto der Große † 1183.
Gemahlin: Agnes, die Tochter Graf Dietrichs von Waſſerburg.
Kinder: 1) Herzog Ludwig;
2) Sophie, Gemahlin Landgraf Herrmanns von Thüringen;
3) Mathilde, Gemahlin Graf Rapoto's von Ortenburg;
4) N., Gemahlin Bertholds von Vohburg.

Ludwig der Kellheimer 1174 — 1231.
Gemahlin: Ludmilla, König Ladislaus von Böhmen Tochter.
Kinder: 1) Otto,
2) Friedrich,
3) Anna, Gemahlin Herzog Rudolfs von Sachſen.

Otto der Erlauchte 1206 — 1253.
Gemahlin: Agnes, Pfalzgraf Heinrichs Tochter.
Kinder: 1) Ludwig;

2) Heinrich; Gemahlin: Eliſabeth, König Bela's von Ungarn Tochter; [90])

3) Eliſabeth; Gemahlin A) König Konrad IV., B) Graf Meinhardts von Görtz;

4) Sophie, Gemahlin Graf Gebhardts von Hirſchberg;

5) Agnes.

Ludwig der Strenge 1229 — 1294.

Gemahlin: A) Maria, Herzog Heinrichs von Brabant Tochter; B) Anna, Herzog Konrads von Polen (Schleſien) Tochter; C) Mathilde, Kaiſer Rudolfs von Habsburg Tochter.

Kinder: A) aus der zweyten Ehe:

1) Agnes;

2) Ludwig; Gemahlin: Eliſabeth, Herzog Friedrichs von Lothringen Tochter. Dieſe behält ſich die Erbfolge in die väterliche und mütterliche Erbſchaft bevor. [91])

B) Aus dritter Ehe:

1) Rudolf; Gemahlin: Mathilde, König Adolfs Tochter. In der Heyrathsabrede werden 10,000 Mark Silbers als Dos, und eben ſo viel als Wiederlage und Witthum ausbedungen. [92])

2) Mechtild; Heyrathspakten zwiſchen Pfalzgraf Ludwigs Tochter Mathilde mit Herzog Otto von Braunſchweig-Lüneburg. Es wird bedungen: Mathilde bekömmt eine Dos von 6000 Mark Silbers (Köllner Gewicht). Dagegen verſchreibt ihr Otto die Stadt Lüneburg und andere Plätze bis zu 4000 Mark Silbers jährliche Rente als donatia propter nuptias. Nach Otto's Tod ſoll Mathilde die Wahl haben zwiſchen dieſer Rente als lebenslänglich oder 12,000 Mark Silber. [93])

4) Agnes (oder Anna), Gemahlin Herzog Rudolfs von Sachſen (nach Andern Landgraf Heinrichs von Thüringen oder Brandenburg.)

4) N. N., Nonne in Ulm.

---

90) Herzog Heinrichs Kinder:

1) Agnes † 1315. 2) Agnes † 1260. 3) Eliſabeth. 4) Otto, König von Ungarn † 1313. 5) Heinrich † 1280. 6) Katharina, vermählt mit Markgraf Friedrich von Meiſſen. 7) Ludwig † 1296. 8) Stephan. — Obigen Otto's Kinder (er war vermählt mit A) Kaiſer Rudolfs Tochter Katharina, B) Agnes von Glogau) waren: 1) Rudolf und Heinrich, 2) Agnes, vermählt mit Graf Heinrich von Ortenburg, 3) Heinrich der Natternberger, vermählt mit Friedrichs von Oeſtreich Tochter Anna. — Obigen Stephans Kinder aus ſeiner Ehe mit Judith, der Tochter Boleslaus von Schleſien, waren: 1) Heinrich, 2) Otto, 3) Agnes, 4) Eliſabeth, vermählt mit Herzog Otto von Oeſterreich, 4) Beatrix, vermählt mit Heinrich von Görtz. Heinrich (Stephans Sohn) war mit Margaretha, der Tochter des Königs Johann von Böhmen vermählt, und hinterließ einen Sohn Johann.

91) Urk. dd. Latrec 1287 den 27. November.

92) Vertrag dd. Ulm Freytag vor Benedikt 1298.

93) Urkunde dd. Lengenfeld 1287 sabbato ante Georgii. Otto ertheilte im J. 1288 ſeiner Gemahlin die Reichslehen Lüneburg und Homburg. Kaiſer Rudolf beſtätigt die Belehnung 1288.

Ludwig der Bayer 1287—1347.

Gemahlin: A) Beatrix, des Herzog Heinrich von Glogau Tochter; B) Margaretha, Graf Wilhelms von Holland Tochter.

Bey Kaiſer Ludwigs Vermählung mit dieſer Margaretha von Holland betrug das Heirathgut 47,000 Pfund Heller, die Widerlage 16,000 Mark Silbers, die Morgengabe 10,000 Mark. Als Witthum wurde angewieſen: Klingenberg, Waſſerburg, Kufſtein, Kitzbüchel und Wolfſtein.

Kaiſer Ludwig verſchreibt ſeiner Braut Margaretha, mit dem Conſenſe der Pfalzgrafen bey Rhein 10,000 Pfund liber. hall. auf Kaub, Fürſtenberg, Reichenſtein, Alzey ꝛc.[94]) Hiebey werden den Kindern aus dieſer zweyten Ehe ganz gleiche Erb= und Succeſſionsrechte mit den Kindern aus der erſten Ehe bedungen.[95])

Kinder aus der erſten Ehe:

1) Mechthilde, Gemahlin Markgraf Friedrichs von Meiſſen;

2) Ludwig der Brandenburger. Gemahlin: A) Margaretha, König Chriſtophs von Dänemark Tochter. Als Heirathgut werden 12,000 Mark ausbedungen, welche auf Ludwigs kinderloſen Todfall der Wittwe verſichert werden. B) Margaretha, Herzog Heinrichs von Kärnthen Tochter. Ludwig Markgraf zu Brandenburg ꝛc. verſchreibt ſeiner Gemahlin Margaretha, im Falle ſie ihn überlebt, auf ihre Lebensdauer die Veſten Insprugg und Hall mit dem Salzamt daſelbſt, St. Perters=berg, und Hertenberg. Nach ihrem Tode ſollen genannte Beſitzungen an ſeine Kinder und leibliche Erben fallen; würde er aber ſelbſt ohne Leibeserben ſterben, ſo ſollen ſelbe an jene fallen, die von Rechtswegen ſeine Erben ſeyn werden.[96])

3) Stephan mit der Hafte ✝ 1375. Gemahlin: A) Eliſabeth, König Friedrichs von Sicilien Tochter: dieſer waren 90,000 fl. auf Wörth, Höchſtädt, Lauingen, Gundelfingen und Burghagel verſchrieben. B) Margaretha, Burggraf Friedrichs von Nürnberg Tochter.

4) Agnes, Nonne zu St. Klara in München.

Kaiſer Ludwigs Kinder aus zweiter Ehe:

1) Ludwig der Römer ✝ 1365. Gemahlin: Kunigunde, König Kaſimirs von Polen Tochter.

---

94) Urk. dd. Frankfurt 4. Non. Jan. 1434.

95) Ludovicus Rex publice recognoscit statuisse, ut liberi sui ex inclita Margaretha Guillelmi comitis filia, equaliter cum aliis liberis suis, quos prius habuit, in omnibus bonis suis succedere teneantur, et parem cum illis recipere portionem.
Dat. Hechemburg Calend. Febr. 1324.

96) In Goertz, des Pfintztags vor ſant Thomastag des Zwelfboten 20. December 1353. Im Jahre 1356 wurden der Margaretha als Witthum die Veſten Kufſtein und Kitzbüchel verſchrieben, welche nach ihrem Tod an Ludwigs Söhne oder Töchter zurückfallen ſollen. Im Jahre 1369 wurden aber dieſe Veſten an die Herzoge von Oeſterreich abgetreten. Im Jahre 1358 wurden der Margaretha Kling und Waſſerburg verſchrieben, lebenslänglich zu beſitzen, „Ob ſie nach Ludwigs Tod ihr Leben mit Heyrat nit verkehrt.“ Actum Hall 12. Febr. 1358.

2) Wilhelm † 1377. Gemahlin: Mechtild, Herzog Heinrichs v. Lancaſter Tochter.

3) Albert † 1404. Gemahlin: A) Margaretha, Herzog Ludwigs von Brieg Tochter; B) Margaretha, Graf Adolfs von Cleve Tochter.

4) Otto † 1379. Gemahlin: A) Margaretha von Oeſterreich; B) Katharina, Kaiſer Karl IV. Tochter.

5) Margaretha, Gemahlin Graf Gerlachs von Hohenloh?.

6) Eliſabeth; Gemahlin A) Herzog Johanns von Niederbayern; B) Graf Ulrichs von Würtemberg. Sie erhält eine Mitgift von 51,000 fl., ihr Gemahl verheißt ihr 30,000 fl. Widerlage.[97])

7) Anna.

Markgraf Ludwigs von Brandenburg Sohn:

1) Mainhard † 1363. Bei Verlobung dieſes Mainhards mit Margaretha, der Schweſter Rudolfs von Oeſterreich, wirft Ludwig der Brandenburger als Vater ſeinem Sohne 18,000 Mark Silber (je 5 fl. für eine Mark) aus. Rudolf verſpricht ſeiner Schweſter 60,000 fl. als Heimſteuer; der überlebende Theil ſoll die Güter des verſtorbenen, welche für das Heirathgut verpfändet ſind, lebenslang inne haben; ſterben beyde ohne Erben, ſo fällt das was Mainhard als Pfand angewieſen wieder an Bayern, und Margarethens Heimſteuer an Oeſterreich zurück.[98])

Kinder Herzog Stephans mit der Hafte:

1) Stephan II. † 1413. Gemahlin: A) Thaddea, Barnabas Visconti's Tochter (Schweſter der Gemahlin Friedrichs), welche eine Dos von 100,000 fl. mitbekommen. B) Eliſabeth, Tochter Graf Adolfs von Cleve.

2) Friedrich † 1393. Gemahlin: A) Anna von Neiffen; B) Magdalena, Barnabas Visconti's Tochter, mit einem Heirathgute von 132,000 fl.[99])

---

97) Vertrag dd. Gundelfing Samſtag vor Ascens. domin. anno 1381.

98) Urk. dd. Salzb. 1359 den 18. Auguſt bey Steyrer comm. p. 615.

99) Die Herzoge Stephan, Friedrich und Johannes von Bayern verheißen vom St. Georgentag an 6 Jahre lang das Land ungetheilt zu regieren, ſo daß die Herzoge Stephan und Johannes im Oberlande, Herzog Friedrich aber im Niederlande ſich befinden ſollen. Die von ihren Gemahlinnen eingebrachten Heirathgüter ſollen eine Maſſe bilden, nämlich jene 100,000 fl., welche Frau Thaddea von Mayland ihrem Gemahle Stephan, jene 132,000 fl., welche Magdalena von Mayland ihrem Gemahle Friedrich, und das Heirathgut, welches Katharina von Görz ihrem Gemahle Johannes zugebracht hat. Erſtere erhält ihre Widerlage auf den Schlöſſern Ratenberg, Kufſtein und Kitzpühel; die zweite auf Reichenhall, Karlſtein, Wald, Oeting, Braunau, Julbach und Ernegk (Ering?), die letztere auf die Veſten Waſſerburg ſammt Stadt, Kling, und Schwaben ſammt Markt. Wenn die ſechs Jahre verfloſſen ſind, und Einer der Fürſten begehrt ſeinen Antheil, ſo ſollen die andern ihm denſelben ausfolgen laſſen, und die Widerlage ſodann auf ſeinen Antheil transferiren.

Munichen an freytag vor dem Sunntag in der Vaſten, als man ſinget Reminiscere (25. Februar) anno 1390.

3) Johann † 1397. Gemahlin: Katharina, Graf Mainhards von Görz Tochter. Nach Mainhards Tod wurde durch Schiedsrichterſpruch des Burggrafen Friedrich und Herzog Stephans erkannt, daß der Gräfin Katharina ein Drittheil der Erbſchaft ihres Vaters gebühre.[100]) Die bayeriſchen Herzoge verkauften aber dieſes Drittheil der Grafſchaft Görz um 100,000 Dukaten, vorbehaltlich künftiger Erbanfälle, an die Grafen von Görz.[101]) Als die Eröffnung des Erbfalles bevorſtand, berichtete Herzog Georg dem

100) Nachdem über die hinterlaſſenen Lande, Güter, Lehen und ausgelehnten Kapitalien des Grafen Mainhard von Görz, nämlich die Schlöſſer und Güter der Pfalzgrafſchaft zu Kärnthen mit ihren Ein- und Zugehörungen und Gerichten, die Veſte Michaelsburg mit allen Zugehörungen und Gerichten; die Stadt Linz, die Veſte Bruck und die Klauſe Oberling mit ihren Zugehörungen und Gerichten, dann was Graf Mainhard den Herzogen Stephan von Bayern und Albrecht zu Oeſtreich geborgt hat; ferner über die vom Graf Mainhard zu Görz als Lehen beſeſſenen Schlöſſer und Güter, zwiſchen dem Herzog Johann von Bayern, ſeiner Gemahlin Katharina, einer Gräfin zu Görz, und ihren Kindern an einem, dann dem Biſchof Johann zu Gurk, als Vormund der beiden minderjährigen Brüder des Grafen Mainhard von Görz, Heinrich und Johann am andern Theil, Streit und Irrung über die Theilung dieſer Verlaſſenſchaft entſtanden, ſo iſt auf beyder Theile Einwilligung und Verlangen der Burggraf Friedrich von Nürnberg als Schiedrichter ernannt, und von dieſem mit Beyrath der bey ihm geweſenen Fürſten, Herren, Ritter und Knecht ausgeſprochen worden, daß von allen dieſen Mainhardiſchen Landen, Gütern und Schlöſſern, Eigen und Lehen, dem Herzog Johann, ſeiner Gemahlin und ihren Kindern der dritte Theil zufallen und zugehörig ſeyn ſoll.

Der Spruchbrief wurde ausgefertigt zu Neuenſtatt an der Eiſch am Montag vor Valentini Martyrer (13. Februar) 1391.

Herzog Stephan von Bayern erläßt als ein von beyden Theilen, dem Herzog Johann von Bayern, ſeiner Gemahlin Katharina, einer Gräfin von Görz, dann ihren Kindern eines, und von den Grafen von Görz Heinrich, und Graf Johann Mainhard, eigentlich derſelben Vormund dem Biſchof Johann von Gurk anderntheils erwählten Spruchmann, in Betreff der von dem Grafen Mainhard von Görz hinterlaſſenen Landen, Herrſchaften, Gütern und Beſitzungen, und der Theilung dieſer Verlaſſenſchaft unter die obenbenannten Erben, den Ausſpruch, daß ſämmtliche Graf Mainhardiſche Güter und Beſitzungen nämlich: die Pfalzgrafſchaft zu Kärnthen, die Veſte, Stadt und das Gericht zu Görz, die Stadt Lintz, die Veſte Pruck, und die Klauſen ober Lintz mit ſammt dem Gericht, die Veſte St. Michaelspruck mit ſammt dem Gericht, und was zu allem dieſem gehört, auch was gedachter Graf Mainhard an ausgelehnten Geldern zu fordern hatte, in drey Theile unter die benannten Erben getheilt, und durch das Loos jedem derſelben ſein Antheil beſtimmt werden ſoll.

Der Spruchbrief iſt ausgefertigt zu München am Erchtag vor St. Veits-Tag 1390 (14. Juni).

101) Die Fürſten Stephan, Friedrich, Johann und Ernſt von Bayern verkaufen wegen Herzog Johanns Gemahlin den dritten Theil der Grafſchaft von Görz, mit Vorbehalt künftiger Erbfälle, um 100,000 Dukaten. Salzburg am St. Jakobs-Abend (24. Juli) 1392.

Die Gebrüder Heinrich, Hans Mainhart von Görz verſchreiben dem Herzoge Johann von Bayern, daß ſeine Nachkommen Erben der Grafſchaft Görz ſeyn ſollen, wenn die männliche Linie der Grafen ausgeſtorben ſeyn wird; und dieſes auf den Grund, weil die Herzoge Stephan und Ludwig von Bayern genannten Grafen den dritten Theil von Görz kaufsweiſe überließen. Salzburg am St. Jakobs-Abend (24. Juli) 1392.

Herzog Albrecht (27. Jänner 1489), daß ihm in Geheim die Kunde zugekommen, es beſtehe zwiſchen dem Kaiſer und dem Grafen von Görz eine Verhandlung, wonach die von dem Grafen von Görz beſitzende Herrſchaft noch bey Lebzeiten des von Görz der Kaiſer an ſich bringen, und dem von Görz dagegen eine andere Herrſchaft geben wolle; Georg erſucht daher den Herzog Albrecht ihm ſeinen Rath und ſein Bedenken mitzutheilen, was in der Sache zu thun ſey, damit ſie beyde ihres Rechtes ſich nicht begeben, aber auch die Ungnade des Kaiſers ſich nicht zuziehen; und ob nicht der Graf von Görz eingeladen werden ſoll, zu ihnen nach Inſpruck zu kommen, um ſich mit ihm ſelbſt darüber beſprechen zu können.

Allein die Hoffnung zu dieſer Erbſchaft zu gelangen wurde gleichwohl vereitelt, und die Grafſchaft bey dem im Jahre 1500 eingetretenen Todfalle Leonhards, des letzten aus dem Stamme Görz, vom Kaiſer eingezogen. Hiebey wurde auf die Anſprüche der bayeriſchen Herzoge erwiedert:

1) daß die Grafen bey der Verſchreibung ihr Alter nicht erreicht hätten;

2) daß ihre Grafſchaft ein Leben vom Reich, und außer Verwilligung der Lehenherren ihr Kontrakt nichtig ſey;

3) Es ſey unbekannt, was man dieſem Kontrakt für einen Namen geben ſoll;

4) Sey dem Herzog Johann und ſeiner Gemahlin der dritte Theil von Görz enunciative, nicht diſpoſitive zugeſprochen;

5) Hätten ſich die Grafen für ſich, und nicht für die Erben verpflichtet;

6) Sey die Verſchreibung omnium bonorum tam praesentium quam futurorum im Rechten verboten;

7) Sey es endlich zum Fall nicht gekommen daß ſie ohne leibliche männliche Erben abgegangen wären.

Und wenn nun gleich dieſe Einwürfe ſpäter widerlegt, und auf den bayeriſchen Anſprüchen auf Görz beharrt wurde, ſo war es dennoch nicht möglich dieſe geltend zu machen.

Kinder Herzog Albrechts (von Straubing-Holland).

1) Wilhelm von Holland † 1417. Gemahlin: Margaretha von Burgund. Kinder: Jakobäa, vermählt A) mit Johann von Frankreich, B) mit Johann von Burgund, C) mit Hunfried von Gloceſter, D) mit Franz von Oſterrant.

2) Johann von Lüttich, 1418 vermählt mit Eliſabeth von Luxemburg.

3) Johanna, Gemahlin Herzog Albrechts von Oeſterreich.

Herzog Albrecht III. von Oeſterreich verlobt ſeinen Sohn Albrecht mit Johannen, Herzog Albrechts von Bayern-Holland Tochter, mit dem Gedinge, daß wenn die Prinzeſſin in ihrem neunten Lebensjahre iſt, ſelbe ſeinem Sohne gegeben werde, und inner Jahresfriſt 10,000 Stück groſer Pfennige Prager Münze als Heirathgut erhalte, oder dafür Natternberg und Deggendorf ſammt 1000 Schock jährlicher Gült verſchrieben werden. Zu Widerlegung und Morgengabe ſoll Johannen die Summe von 15,000 Schock genannter Münze gegeben, oder verſatzweiſe Stahremberg an den Hausruck und Wels mit 1500 Schock jähr-

licher Gült eingeantwortet werden. Beide Gemahle ſollen dieſe Verſatze und Gülten genießen und auf ihre Kinder und Erben vererben. Geſchähe es daß der Gemahle eines vor dem andern ohne Hinterlaſſung von Kindern ſtürbe, ſoll das ander deſſen Heirathgut lebenslänglich inne haben; nach deſſen Tod ſoll es aber dahin zurückfallen, von denen es kommen iſt. [102])

4) Albert.

5) Katharina, vermählt A) mit Eduard, B) Wilhelm von Geldern.

6) Margareth, vermählt mit Johann von Burgund.

7) Eine zweyte Johanna erſcheint urkundlich als Gemahlin König Wenzels von Böhmen, 1381.

Herzog Johanns Kinder:

1) Ernſt † 1438. Gemahlin: Eliſabeth, Herrn Barnabas von Mailand Tochter. Sie erhält eine Dos von 75,000 Dukaten, und wird ihr eine Morgengabe von 10,000 Dukaten auf gewiſſe Schlöſſer und Städte verſchrieben. [103])

2) Wilhelm † 1435. Gemahlin: Margaretha, Herzog Adolfs von Cleve Tochter.
Wilhelm Herzog in Bayern, und Adolf Herzog zu Cleve, beſchließen einen Heiraths-Taiding, wodurch Herzog Adolph dem Herzog Wilhelm ſeine älteſte Tochter Margaretha von Cleve und von der Mark zur Ehe verſpricht, und ihr eine Mitgabe von 20,000 fl. rhl. ausſetzt, gegen Verzicht auf Cleve und die Mark; Herzog Wilhelm verſichert dieſe Summe auf Kelheim und Arensberg, vermacht ſeiner Gemahlin als Witthum und Leibgeding 2000 fl. jährlich auf Dietfurt, Wildenſtein und Riedenburg, und beſtimmt ihr als Morgengabe an jährlicher Gült und Rente 12,000 fl. rhl. [104])

2) Sophie, Gemahlin König Wenzels von Böhmen, welche ihre Brüder zu Erben einſetzt. [105])

---

102) Linz Erchtag nach St. Johannstag 1381.

103) Wir Ernſt und Wilhelm bekennen, daß wir uns freundlich vereint: 1) daß uns Ernſt und unſerer Gemahlin unſer Heiratgut 75,000 Dukaten Gulden, und ihre Morgengab 10,000 DukatGulden auf Landsberg, Pål, Weilheim, Dachau, Wolferzhauſen, Pfaffenhofen, Tölz und Starenberg verſichert haben und dieſe Stücke nutzen und nieſſen ſollen, und nur unſern Erben abgelöſet werden können. 2) So ſollen wir Wilhelm, Schongau, Aibling, Schwabeck, Rauhenlechſperg, Mönching und Möring, Riedenburg und Regenſtanf, die wir um 21,515 fl. gelöſet haben, innhaben und nutzen, ſo lang bis wir Landſperg, Pål, Weilheim ꝛc. von Ernſt oder ſeinen Erben gelöſet; doch ſoll Ernſt u. ſ. f. die genannten Schloß auch löſen dürfen. München 14. Auguſt 1435.

Cf. die pacta dotalia vom Jahre 1559 bey Attenkofer Nro. 45. Damals wurden den Geſandten des Herzogs 40,000 Dukaten (Goldgulden) und die Kleinodien ausgehändigt.

104) Margaretha vermählte ſich in zweyter Ehe an einen Grafen von Würtemberg, und ihr Heirathgut mußte ihr wieder hinausbezahlt werden. 1432 den 17. September.

105) Königin Sophiä geſchäfft. (Teſtam.) Wir Sophia vonn Gottes genaden Königin zur Behaim, Witib ꝛc. Thuen khundt in diſem brief all vnſer mainung vnd vnſern letzten willen, von dem das wir da haben, wie man damit faren vnd thuen ſolt ob Gott an vnns etwa verhieung. Item wir haben

Herzog Friedrichs Kinder:

1) Heinrich † 1450. Gemahlin: Margaretha, Herzog Albrechts von Oeſterreich Tochter.

„Wilhelm Herzog zu Oeſterreich beredet eine Heirath zwiſchen ſeiner Muhme Margaretha, weil. Herzog Albrechts von Oeſterreich Tochter, und Herzog Heinrich von Bayern mit ſolchem Gedinge: er will ihm ſeine Muhme von nechſten St. Georgentag in zwey Jahren in der Stadt Wels ausantworten, dazu nach Jahresfriſt 28,000 fl. guter Ungriſcher oder Ducaten geben, oder dafür Enns und die Herrſchaftskammer im Attergau pfandsweiſe einantworten, und den Abgang aus der Maut Künz erſetzen. Dagegen ſoll Herzog Heinrich an Morgengab und Widerlegung geben 42,000 fl. Ungriſcher oder Ducaten, oder dafür pfandsweiſe einantworten Oetting, Julbach, Ernegg und Wald mit 4200 fl. jährlicher Gült.“

Beyde Gemahle ſollen dieſe Gülten lebenslänglich inne haben, und auf ihre Kinder vererben. Stirbt der Gemahle eines vor dem andern ohne Kinder zu hinterlaſſen, ſo ſoll der lebenslängliche Genuß dem überlebenden verbleiben, nach deſſen Tode aber dahin fallen, von dannen er herkommen. Sterben beyde Gemahle ohne Kinder, ſollen beider Heirathgut ebenfalls

---

das hauß Pottenſtain vnns verſchriben um dreytauſent vnd zwayhundert Schockh, vnd das haben wir alſo zue vnns gelöſet mit vnnſerm aignen gelt. Item das hauß Bradlze das haben wir vnns verſchriben inn der Landtafel zue Behaim vnd darbey das khaufft vnnd bezalt mit vnnſerm aignen gelt. Item auf der Stat Melnikh vnd inn ain dorf das haißt Brozanckh, haben wier hundert ſchockh ewiges Jariges Zinſes, den haben wir khaufft vmb vnnſer aigen gelt; Item das hauß zue Prag das hat vnns geben gueter gedächtnuß der König vnnſer gnediger herr vnd gemahel. Item wir haben clainot vnd ander vnſer grat alls man das finden wirdt inn vnnſern truhen. Item der Allerdurchleuchtigiſt König Sigmund vnſer gnadig herre vnnd brueder iſt vnns ſchuldig an ains dreiſſig tauſent guldin, allß ſich das befinden wirdt in Königs Mayſtät brieffen.

Item nu allhie mit ſolchem vnnſerm wolbedachten muet, vnd vnnſer gueter gedachtnuß als doben, aller ſolcher vnnſer obgeſchribnen ſachen, haben wir gemacht vnnd machen in crafft diß briefs, vnnſer geſchäfft lawt die hochgebornnen fürſten H. Ernnſten vnnd H. Wilhelm vnſer lieben brueder, vnnd empfelchen Jhnen alle diſe ſache, vnd bittend des Königs gnad vnnſern gnedigen herrn vnnd bruedern, daß ſein gnad durch vnſern willen ſich mog darzue gnädigclichen vnd huldigclichen beweiſen vnnd thuen, vnd in des, mit werkhen vnd rath auch beholffen ſein, das diß vnnſer lezts ſchaffen vnnd vnnſer lezter wille wirckhlichen verbracht werde. Item darumb allhie zum allererſten, vnſer halbs Potenſtain auf dem wir die obgeſchriben verſchreibnuß haben, mit ſambt demſelben brief, vnnd vnnſer halbs Brodlze die ſchaffen vnnd geben wir, den obgeſchribnen vnnſern brüedern vnd Herzog Albrechten vnnſerm vetter. Item wir ſein ſchuldig der Caplerin vnd Jhren Kindern neunthalbhundert gulden, die ſoll man Jhr bezalen vonn den vorgenanten vnſern dingen. Item auch ſchaffen vnnd empfehlen wir, daß nach der bezalung diſer vnnſer ſchuld, vnnſern Junckhfrawen vnd vnnſern Amptleuten vnnd allem vnnſern geſinde genueg werd gethan, vmb Jhren Diennſte, Auch daß vnns werd gemacht ein ewige gedächtnuß daſelbſt da man das ſtät halten, deme nachkhommen vnd genneg thuen trewlich ohn geuerde, zu warem Urkhundt haben wir den brief geben mit vnſerm anhangenden Jnſigl. Zue Straubing am St. Catharinae tag da man zalt 1428.

zurückfallen woher es gekommen. Herzog Heinrich hat einen Monat nach vollzogener Ehe einen Verzichtbrief für Margaretha auszuſtellen.[106])

2) Magdalena, Gemahlin Graf Mainhards von Görz.

3) Eliſabeth, Gemahlin Markgraf Friedrichs von Brandenburg. Die Irrung welche ſich zwiſchen dieſem Friedrich mit ſeinem Schwager Heinrich Pfalzgraf und Herzog in Bayern, von Erbtheils, Heirathgutes, fahrender Habe, väterliches, mütterliches und ſchweſterliches Erbes und Morgengabe wegen ergab, wurde durch Kaiſer Sigmund dahin entſchieden, daß Herzog Heinrich oder ſeine Erben dem Markgrafen oder ſeinen Erben 35,000 fl. rh. oder je für einen Gulden 21 guter böhmiſcher Groſchen zahlen, und ihm dazu 30,000 fl. leihen ſollen.

Ob der genannten Eliſabeth, die Herzog Heinrichs rechte Schweſter iſt, nach Abgang ihres Vaters Herzog Friedrichs von der Landſchaft in Bayern Huldigung geſchehen wäre, ſoll dieſe Huldigung ab ſeyn, und dem Herzoge Heinrich und deſſen Erben keinen Schaden bringen.[107])

Herzog Stephans von Ingolſtadt Kinder:

1) Ludwig der Gebartete † 1447. Gemahlin: A) Johanna, Tochter König Carls von Ungarn und Neapel, die ihm einen Brautſchatz von 100,000 Goldgulden zugebracht. B) Anna, Tochter Johanns von der Mark,[108]) aus dem Hauſe Montpenſier, welche ihm an Erbſchaft und Brautſchatz eine Summe von 95,000 Pf. tournois zugebracht. C) Catharina von Alencon, Graf Peters von Mortaigne, Tochter und Schweſter der Königin von Cypern.

2) Iſabelle, Gemahlin König Karls VI. von Frankreich.

Herzog Ernſts Kinder:

1) Albert III. † 1460. Gemahlin: Anna, Herzog Erichs von Braunſchweig Tochter.

Unterhandlung in der Heirats-Angelegenheit zwiſchen Herzog Albrecht III. aus Bayern und des Herzogs Erich von Braunſchweig Prinzeſſin Anna, der Muhme des Herzogs Adolph von Gülch: Herzog Adolph von Gülch will ſeinem Schwager Herzog Albrecht 8000 fl. rhein. Frankfurter Währung als Heiratgut für die Braut auf ſein Schloß Hurenhofen verſchreiben,

---

106) Wien Reminiscere 1405.

107) Baſel 1434. Freytag vor Sonntag Judica. Friedrich Markgraf zu Brandenburg, Eliſabeth ſeine Hausfrau, Johann, Friedrich und Albrecht deren Söhne bekennen für ſich und ihren minderjährigen Sohn und Bruder Friedrich den Jüngern, daß ſie Herzog Heinrich aller Erbsanſprüche von Herzog Friedrich und deſſen Gattin Magdalena von Görz herrührend, auch um Heirathgut, Vertigung, Heimſteuer, Morgengabe, Kleinod, fahrender Habe entrichtet habe, und verzichten daher auf alles Erbe zu Bayern, es ſey denn daß Herzog Heinrich, deſſen Söhne und Töchter, ohne Leibeserben abgingen. Baſel, Mittwoch vor Palmtag 1434.

108) Relation Johanns v. Eyb, Georg Camrers, Pflegers zu Reicherzhofen, und Wilhelm Hüttingers auf Herzog Ludwig jun. Grafen zu Graisbach Werbung auf den Tag zu Loſana, und Antworten des Bernhard v. Armoniaks Räthen, betr. die Niedermark, welche Frau Anna, Herzog Ludwigs Mutter ür 20,000 fl. Heyrathgutsſchuld von ihrem Vater G. Hanſen von der Mark vermeint worden.

Verſicherung der Schlöſſer ſo Johanna Ludwigs Mortani Gemahlin als Heiratgut zugebracht.

und dieſe Summe mit 800 fl. jährlich verzinſen. Nach dem Tode Herzogs Adolph ſoll das Schloß Huxenhofen dem Herzoge Albrecht auf Wiederlöſung eingeräumt, oder es ſollen ihm die 8000 fl. ausbezahlt werden. Herzog Albrecht ſoll das Heiratgut widerlegen auf Vohburg, Pfaffenhofen, Geiſenfeld und Hohenwart. Die Morgengabe ſoll er auf Neuſtat verſchreiben. Im Falle die Fürſtin Anna ihren Gemahl überlebt und ſich nochmal verehlichet, ſoll man ihr Heiratgut und Morgengabe ausfolgen laſſen, nicht aber die Widerlage. [109])

2) Beatrix. Gemahlin: A) Graf Hermanns von Cilley.

Graf Hermann zu Cili ꝛc. und deſſen Sohn Hermann mit des bayeriſchen Herzogs Ernſt Prinzeſſin Beatrix verlobt, beſtätigen die geſchehene Ueberantwortung des Heiratgutes der fürſtlichen Braut von 12,000 fl. (Vnger vnd Ducaten) und verſchreiben eine gleiche Summe ungariſcher Gulden als Widerlage auf ihr Schloß und Markt Traberg, ihre Güter zu Königsberg, Herberg, Seldenhofen, Orteneckh, dann die Burg und drey Aemter in der Reißnitz. Hieraus ſoll Frau Beatrix (bey bedingter Verzinſung mit 100 pro 1000) falls ihr Gemahl vor ihr mit Tod abginge, eine Wittums-Apanage von 2400 fl. Vnger genießen. [110])

B) In zweyter Ehe: Herzog Johann. Heiratshandlung zwiſchen Herzog Johann auf dem Nordgau und Frau Beatrix, der Wittwe des Grafen Hermann zu Cili und Prinzeſſin Tochter des bayeriſchen Herzoges Ernſt:

„Ihr Heuratguet die 12,000 Ducaten in Cili ſchon verſchrieben vnnd noch 4000 dazu, mehr 4000 zu erblicher ehrung, verweiſung diß Heiratsguts und Morgengab. ſ. 36,000 Ducaten in 1000 für 100 zu jarlicher gült auf der Veſt Haimberg. Wann Sie nach Herzogs Hanſen Tod einen andern Mann nehm, ſoll Ihr von dem Intereſſe der 24,000 fl. nichts zuegehn. Sterben ſie beyde ohn erben, ſo geht das Heiratgut hin wo es herkhommen iſt.“ [111])

3) Eliſabet. Gemahlin: A) Herzog Adolphs von Jülch und Berg. Das Heyratgut betrug 32,000 fl. [112]) B) In zweyter Ehe: Graf Heſſo von Leiningen. Eliſabet verzichtet auf ihr väterliches und mütterliches Erbe; Albrecht verſchreibt ihr 500 fl. jährliches Leibgeding. [113])

---

109) Dat. Barnsburg in dem Bergiſchen Lande, Sonntag vor Catharinae. Im Jahre 1428 war eine Vermählung Alberts mit Eliſabeth der Tochter Graf Eberhards von Wirtemberg beſchloſſen, und 30,000 fl. Heiratgut bedungen; die Ehe kam aber nicht zum Vollzug.

110) Dat. Cili, Sonntag nach St. Georgentag 30. April).

111) Beſigelt durch Herzog Hanns und deſſen Sohn Chriſtoph, der ſeine Einwilligung hiezu giebt. Dat. Bettenburg Pfintztag vor Nativitatis Mariae (2. Septbr.)

112) Urk. de 14. Febr. 1430. Herzog Wilhelm ermuntert ſeinen Bruder Ernſt ſeiner noch einzigen Tochter Eliſabeth bey vorſchwebender Vermählung mit dem durchlauchtigen Fürſteu von Berg ein anſehnlicheres Heiratgut auszuſetzen, 24 bis 26,000 fl. werden nicht genug ſeyn, Eliſabeth ſey eine ſchöne fromme Jungfrau und deſſen wohl werth, ſo ſey auch der von Berg ein frommer vornehmer Fürſt.

113) Vertrag welchem gemäß Graf Heſſo von Leiningen und deſſen Gemahlin Eliſabeth auf deren väterliches und mütterliches Erbe, ſowie auf den Erbtheil von ihrer Schweſter Beatrix verzichten. Herzog Albrecht dagegen ihr, ſeiner Schweſter, auf Lebenszeit jährliche 500 fl. Leibgeding aus den Zollgefäl-

Ludwigs des Gebarteten Sohn:

Ludwig der Höckerige. Gemahlin: Margaretha, Tochter des Kurfürſten Fridrich von Brandenburg. Heirathsabrede zwiſchen dem Markgrafen und Kurfürſten Friedrich zu Brandenburg und dem Herzoge Ludwig von Bayern, Grafen zu Graisbach, wegen Ehelichung der Prinzeſſin des Erſten Margaretha an Letztern, worin der Markgraf unter anderem ihm Herzog, die ihm und ſeinen Vettern Herzog Ludwig v. Mortani abgenommene Hälfte am Schloß und Markte Floß, Parkſtein, Waiden, item den ganzen Markt Vohenſtrauß, Stadt und Schloß Hilpoldſtein, an der Herrſchaft und dem Schloſſe Graisbach zwei Theile, an der Stadt Monheim die Hälfte, und an Laufen die Hälfte abtritt. [114])

ten am untern Neuhauſerthore zu München anweiſet. Im Falle Graf Heſſo ſeine Gemahlin überlebt, ſoll er jährlich 200 fl. beziehen. Dat. München Mittwoch vor Pfingſten (11. Mai.)

Graf Heſſo von Leiningen und deſſen Gemahlin verſchreiben ſich gegen Herzog Albrecht, daß ihm die 32,000 fl. ihres Heiratgutes heimfallen ſollen, wenn ſie beyde ohne Erben d. h. kinderlos abgingen. Dat. Worms am Sonntage nach St. Franciscen Tag (9. Oktbr.)

114) Dat. Neumarkt, Freytag vor Allerheiligen (31. Okt.) Die Irrungen welche ſich nach Ludwigs Tod mit ſeiner Wittwe ergaben, wurden i. J. 1446 auf folgende Weiſe geſchlichtet: Herzog Heinrich berichtigt und vergleicht die gegenſeitigen Anſprüche des Herzogs Ludwigs von Bayern (Ingolſtadt) dann des Markgrafen Albrecht von Brandenburg, und der Herzogin Margaretha ſeiner Schweſter, Wittwe des Herzogs Ludwig des Jüngern, in Betreff des Heiratguts, der Widerlage und Morgengabe auf folgende Art und Weiſe:

1) Sollen der Herzogin 60,000 fl. verſchrieben werden auf die Schlöſſer, Städte und Märkte: Friedberg, Aichach, Rain, Grayſpach, Schrobenhauſen, Köſchingen, Gaymersheim, Straubing und Gerolfingen, jedoch gegen Löſung.

2) Sollen auf den Fall der Löſung und nach dem Tode der Herzogin 20,000 fl. den Herzogen und ihren Erben wieder heimfallen.

3) Soll alle fahrende Hab, die Herzog Ludwig der Jüngere hinterlaſſen hat, in zwey Theile geſondert werden, und ein Theil dem Herzog Ludwig oder dem Herzog Heinrich an Herzog Ludwigs ſtatt, der andere der Herzogin Margareth zufallen, jedoch mit Ausnahme des Silbergeſchirres und anderer Sachen, die die Herzogin mit eingebracht, und was ihr der Herzog, ihr Gemahl geſchenkt hat, wie auch die kleine Krone und vier Hausbande, das Alles ſoll der Herzogin zum Voraus gehören.

4) Habe die Herzogin dagegen für Herzog Ludwig dem Herzog Heinrich ausfolgen zu laſſen: die Krone, den Pallas, die Monſtranze, das Parillenkreuz, auch das Frauenbild, dann zwanzig Ringe mit Diamanten, und alle Briefe, Bücher und Regiſter und was davon verſetzt, das ſoll ſie löſen, wozu ihr aber die Herzoge 6000 fl. geben.

5) Werden von den 57,000 fl. welche Markgraf Albrecht zu fordern hat, 30,000 fl. aufgerichtet, (Schuldbrief demſelben gegeben) und für 17,000 fl. ihm die Schlöſſer Hippoltſtein und Lauf auf ewige Wiederlöſung verſchrieben.

6) Soll für das vom Herzog Ludwig dem Jüngern hinterlaſſene junge Fräulein ſeiner Zeit, wenn ſie zu dem Alter kommt, worin man ſie verheirathen kann, mit einer anſtändigen Heirath geſorgt, und ihr die nöthige Ausfertigung gegeben werden. Es ſoll aber das Fräulein auf 10 Jahre dem Her-

Aus dieſer Ehe wurde geboren Katharina, verlobt mit Pfalzgraf Ludwig dem Schwarzen von der Pfalz.

Herzog Wilhelms Kinder:

1) Adolf † 1437.
2) Wilhelm, posthumus † 1435.

Herzog Albrecht III. Kinder:

1) Johann † 1463.
2) Erneſt.
3) Sigmund † 1501, verlobt mit Margaretha, Markgrafen Friedrichs von Brandenburg Tochter. [115])
4) Margaretha, Gemahlin Markgrafen Friedrichs v. Gonzaga. Bey ihrer Vermählung wurde (nach langen Unterhandlungen, bey welchen Friedrich behauptete: „es ſey in Bayern gebräuchlich die Prinzeſſinnen mit 25,000 fl. auszuſtatten") ein Heiratgut von 10,000 fl. eine Widerlage von 10,000 fl. und eine Morgengabe von 5000 fl. ausbedungen. Die bayeriſchen Geſandten beſtanden hiebey auf einer 10prozentigen Verzinſung. [116])
5) Eliſabeth; Gemahlin Herzog Ernſt's von Sachſen. Bey ihrer Vermählung wurden ihr 20,000 fl. Heirathgut ausgeſprochen; die Widerlage wurde gleichfalls auf 20,000 fl. beſtimmt; für beydes wurden der Braut von Kurfürſt Friedrich 4000 fl. jährlichen Intereſſen verſchrieben. Auf den Rücktritt war eine Buße von 20,000 fl. geſetzt. [117]) Eliſabeth verzichtete auf ihr väterliches und mütterliches Erbe.
6) Albert (in ſeiner Kindheit verſtorben).
7) Albert IV. † 1508. Gemahlin: Kunigunde, Kaiſer Friedrich IV. Tochter.

Heirathsabrede zwiſchen des Kaiſers Friedrich Tochter Kunigunde und dem Herzoge Albrecht IV. in Bayern. Der Kaiſer giebt Abensberg, wie es dem Reiche heimgefallen iſt, auf daß es füran bey Bayern bleiben ſoll, dann alle fahrende Habe der ſel. Mutter der Braut, auf ungefähr 20,000 fl. angeſchlagen, und außerdem noch 20,000 fl. Heirathsgut. Der kinderloſe Erzherzog Sigmund giebt ſeiner bey ihm erzogenen Bruderstochter

---

zog übergeben, und in dieſer Zeit von der Herzogin Margareth nicht verheirathet oder auch nur verlobt werden.

Dieſer Vergleichsbrief iſt ausgefertigt zu Regensburg am Mittwoch nach St. Margarethentag 1446.

115) Die Ehe kam nicht zu Stande. Es war ein Heirathgut von 20,000 fl. ſtipulirt. Urk. dd. 6. Sept. 1456.

116) Actum Mantua 8. Sept. 1462. Margarethens Verzichtsurkunde iſt ausgeſtellt den 5. März 1463.

117) Vertrag dd. München 6. May 1450. Churfürſt Friederich und ſein Sohn Herzog Erneſt von Sachſen verſchreiben der Gemahlin des letztern Eliſabeth des Herzoges Albrecht III aus Bayern ſel. Tochter ihr Heirathgut ſammt Widerlage ad 40,000 fl. zuſammen, wovon ſie 4000 fl. jährl. Intereſſen beziehen ſoll, auf das Schloß, Amt und die Stadt Schwiniz nebſt den Städten Pretten und Jeſſen, das Schloß, Amt und den Markt Trebniz nebſt den Städten Kemrig und Schmiedenberg; das Schloß, Amt und die Stadt Ritterfeld. Die ſoll ſie nach Herzogs Erneſt Tod zu nießen, zu beſetzen und entſetzen haben. Dat. Lipzkh, Sonntag, St. Bartholomes Tag (24. Aug.).

zum Heiratgute 40,000 fl. Betrag der Widerlage 60,000 fl. Betrag der Morgengabe 10,000 fl. Die Verſchreibung ſoll auf liegende Güter geſchehen. [118])

---

118) Dat. Innsbruck. Mittwoch nach Auguſtini (30. Auguſt). Mit Erzherzogs Sigmund und Herzogs Albrecht Secreten beſigelt. Maximilian R. K. verkauft um 16,000 Ungriſcher, von ſeinem Vater herrührend, dann um 16,000 ungriſcher und 20,000 rhn. fl., ſeiner Schweſter Kunigunde als Heirathgut und Heimſteuer zugeſagt, an Herzog Albrecht und allen ſeinen Erben die Reichsherrſchaft Abensberg mit allen und jeden Zugehörungen wie ſelbe durch weiland Niclas Herr zu Abensberg heimgefallen, gegen jährlichen Wiederkauf. Wien 20. Dez. 1493. Früherhin wurde eine Heirath Albrechts mit Blanka Maria von Mailand unterhandelt: Bericht der bayeriſchen Geſandten in Betreff der Abrede einer Heirath zwiſchen Herzog Albrecht und der Mailändiſchen Prinzeſſin Blanca Maria. Am 22. Januar kamen ſie nach Comum; am 23. nach Mailand, am 24. erhielten ſie Audienz bei Herzog Ludwig — dem Vaters Bruder des Herzogs Johann Galeaz — in Gegenwart des Kanzlers und Nicolini de Bormio. Herzog Johann Galeaz, noch ein Kind, lag eben krank am Febri quartana. Die Geſandten verlangen die Prinzeſſin zu ſehen, und ſprechen ihre Forderungen aus. Der Kanzler will die Prinzeſſin anfänglich nicht beſichtigen laſſen, giebt aber endlich dem zudringlichen Verlangen der Geſandten nach.

Herzog Ludwig beſchwert ſich über die übertriebenen Prätenſionen des Herzoges Albrecht. Sey doch eine ihrer Prinzeſſinnen mit dem Herzoge von Calabrien, eine andere mit dem Herzoge von Montferrat verheiratet worden, und keine habe mehr erhalten als 40,000 fl. Heiratguth. Die Geſandten erklären ſich nicht damit begnügen zu können. Der mächtigſten Fürſten in Deutſchland ſey ihr Gebieter einer, wenige kämen ihm gleich an Weisheit und Tugend; Ihn müſſen die Churfürſten wählen wann der Kaiſer ſtirbt, wollen ſie klug und nach Gewiſſen handeln. Der Herzog von Oeſterreich ſey ſein geſippter Freund, in 4 Tagen ſeyen die Bayern auf Mailändiſchem Boden.

Die Mailänder erkennen wie ſie an den tapfern und treuen Bayern eine ſichere Schutzwehr im Rücken hätten, und erhöhen endlich das Heiratgut auf 100,000 fl. rh. (40,000 fl. wollten ſie anfänglich bloß geben), die aus dem Schatze bezahlt werden ſollen, welchen man den Venetianern abgebeutet habe. Mehr zu geben ſeyen ſie nicht im Stande, Mailand habe ſchwere Kriege zu führen gehabt, zweimal war es verpfändet. Sollte man denn zu allem Uebel noch eine neue Steuer anlegen.

Dazu, die Prinzeſſin vor der Hochzeit nach Bayern zu ſchicken, um die deutſche Sprache zu ererlernen, kann man ſich nicht verſtehen, wenigſtens nicht vor dem Mai des nächſten Jahres. Sie ſey noch zu jung, erſt 13 Jahre alt, geboren den 5. April 1472. Herzog Albrecht könne ja Damen und Fräulein nach Mailand ſchicken, die ſie deutſche Sprache lehren. Die Verwunderung kann man endlich nicht bergen, daß vier Geſandte zur Unterhandlung gekommen ſeyen, was ganz wider Mailänder Sitte ſey. Nicht alſo zur Reichung der Hälfte des verlangten Heiratgutes können die Mailänder ſich verſtehen, und ſonach die bayeriſchen Geſandten einen Vertrag nicht ſchließen, wozu ſie nicht Vollmacht haben. Finitum Samſtag nach Blasii (5. Febr.)

(Um die nämliche Zeit warb einer von Savoyen um die junge Prinzeſſin Blanca Maria.)

26. Mai 1492. Kunigunde, Erzherzogin zu Oeſterreich und Herzogin in Bayern verzichtet gegen das ihr zu Theil gewordene Heirathgut und Heimſteuer für ſich und alle ihre Erben ihres väterlichen mütterlichen brüderlichen Erbes, ſo lange ein Mann — ſo ein Fürſt zu Oeſterreich, am Leben iſt. München 26. Mai 1492.

8) Chriſtoph † 1493.
9) Wolfgang.
10) Barbara, Nonne auf dem Anger.

Kinder Herzog Heinrichs (von Landshut):

1) Ludwig; Gemahlin: Amalie, Tochter Friedrich IV. von Sachſen.
2) Eliſabeth; Gemahlin Herzog Ulrichs von Wirtemberg.

In den Heirathspakten giebt Herzog Heinrich ſeiner Tochter 32,000 fl. rh. Heirathgut und Heimſteuer; Ulrich widerlegt dieſe mit ebenfalls 32,000 fl., und verweist daraus 3200 fl. jährl. Gülten. Zur Morgengabe verſpricht er 10,000 fl., und daraus 500 fl. jährliche Gült. [119])

3) Johanna, Gemahlin Pfalzgrafen Otto's von Mosbach.
4) Albert.
5) Friedrich.
6) Margaretha.

Kinder Herzog Ludwigs des Reichen.

1) Georg † 1503. Gemahlin: Hedwig, Tochter König Caſimirs von Pohlen. Zuerſt war 1462.
Georg mit Ludmilla, der Tochter König Georgs von Böhmen verlobt, und 40,000 Dukaten dos, dann 15,000 fl. Morgengabe bedungen. Allein Ludmilla ſtarb.
2) Margaretha, vermählt mit Churfürſt Philipp von der Pfalz.
3) Eliſabeth.

Kinder Herzog Georg des Reichen.

1) Ludwig, ſtarb vor dem Vater.
2) Ruprecht, eben ſo.
3) Eliſabeth, vermählt mit Pfalzgraf Ruprecht.
4) Margareth.

Kinder Herzog Albrecht IV.

1) Sidonia, i. J. 1489 mit Herzog Ludwig von der Pfalz verlobt. [120])
2) Sibylla, Gemahlin des vorgenannten Ludwigs.

Kunigunde, geb. Erzherzogin zu Oeſterreich, Herzogin in Ober- und Niederbayern, Wittib ver- 1508.
macht ihren Söhnen und Töchtern ihr Widem- und Heiraths-Vermächt, zu gleichen Theilen, mit Vorbehalt der Morgengabe zu 10,000 fl. welche Herzog Wilhelm auslöſen, und zu Bezahlung von Herzog Albrechts Schulden verwenden ſoll. Was ihr an der Herrſchaft Abensberg zuſteht, ſoll Herzog Wilhelm als regierenden Fürſten allein gehören, jedoch daß er das jährliche Witthum von 1000 fl. bezahle. Ihm gehört auch das zugebrachte Silbergeſchirr. München. U. L. F. Abend zu Lichtmeſſen 1508.

119) Urk. dd. Nürnberg 9. Sept. 1444.

120) 1489. Heiratsabrede zwiſchen des Churfürſten Philipp, Pfalzgraf am Rhein, älteſten Sohne Ludwig, und des Herzoges Albrecht Prinzeſſin Sidonia (welche erſt ein Jahr und zwei Monate alt war). Heiratgut: 32,000 fl. welche widerlegt werden ſollen auf das Schloß Meckmülen und das Schloß und die Stadt Neuenſtadt. Morgengabe: 1000 fl. worüber die Gemahlin ganz freye Diſpoſition haben ſoll.

1510. Heirathsabrede zwiſchen Pfalzgraf Ludwig, Churf. und Prinzeſſin Sibylla, des bayeriſchen Herzoges Wilhelm Schweſter. Heirathgut: 32,000 fl. Außerdem ſoll die Prinzeſſin ſtandesmäßig mit Geſchmuck verſehen werden. Widerlage: gleichfalls 32,000 fl.; beträgt ſomit das jährliche Intereſſe zu 5 Proz. 3000 fl. (eigentlich 3200 fl.) Morgengabe: 10,000 fl. worüber — nach Kaiſers Adrian Freyheit — der Gemahlin ganz freie Diſpoſition zuſtehen ſoll. Die Verweiſung geſchieht auf Monheim am Rhein. Die Hochzeit ſoll auf Lichtmeß gefeyert werden. Welcher Theil brüchig würde, ſoll dem anderen ein Strafgeld von 32,000 fl. bezahlen. [121])

1498. 3) Sabina; Gemahlin Herzog Ulrichs von Wirtemberg.

Heirathsabrede zwiſchen Herzog Ulrich von Wirtemberg und des Herzoges Albrecht Prinzeſſin Sabina, alſo lautend: Heirathgut 32,000 fl. welche Herzog Albrecht ein Vierteljahr vor dem Beilager zu Augsburg zu hinterlegen verſpricht. Dieſe Summe widerlegt Herzog Ulrich mit eben ſo viel, und verweiſet die Braut wegen des Zinſenertrages des Geſammt-Kapitales auf die Einkünfte der Stadt und des Schloſſes Waiblingen. Morgengabe: 10,000 fl. wofür die Einkünfte von der Stadt und dem Schloſſe Winida verſchrieben werden. Wann die Braut das 16te Jahr erreicht hat, will der Vater auf ſeine Koſten ſie nach Ulm überantworten. Der brüchige Theil ſoll in eine Geldſtrafe von 16,000 fl. verfallen. [122])

Act. Heidelberg, Montag nach Jakobi (27. Juli). Die Vermählung erfolgte nicht. Die Prinzeſſin ſtarb Anno 1506).

121) Dat. München, Pfinztag nach Erasmi (6. Juni).

1510. Churfürſt Ludwig antwortet dem Herzoge Wilhelm auf die Zuſchrift vom 2. Nov. er habe aus der Abſicht die Orte vor dem Wald verſchrieben, damit Sibylla im erforderlichen Falle ihren Bruder näher an der Hand habe. Vor den Böhmen ſey nichts zu beſorgen wegen der aufgerichteten Erbeinigung. Nachdem beym Hauſe Bayern es nicht der Brauch ſey, daß einer, welcher die Güter nicht inne habe, die Amtleute bezahle, ſo müßten deren Beſoldungen in den Intereſſen Betrag des Witthums Bezuges eingerechnet werden. Was übrigens noch an dem abgeredeten Intereſſen-Betrage mangle, wolle er zwar nicht auf Cham, doch auf andere Güter anweiſen. Dat. Heidelberg, Dienſtag nach Martini (12. Novbr.)

1511. In der Heuraths-Angelegenheit zwiſchen Fr. Sabina von Bayern und dem Herzoge von Würtemberg wird berichtet, daß es dem Herzog Wilhelm nicht bewußt iſt, daß Herzog Albrecht die Mehrung des Heirathguts um 8000 fl. bewilligt haben ſoll; es könnte auch nicht ſeyn, ohne Vorwiſſen der Landſchaft, die ein Fräulein mit 32,000 fl. auszuheirathen pflegt, doch ſoll man die Hochzeit vor ſich gehen laſſen, und ſich der 8000 fl. eines freundlichen Tages miteinander vergleichen. Herzog Wilhelm kann die Verzicht ohne des Lehenherrn Zugeben nicht geringer ſetzen, als wie es beym Hauſe Bayern gebräuchlich iſt.

In der Faſtnacht 1511.

1511. Verzichtsurkunde der Frau Herzogin Sabina, des Herzoges Ulrich von Würtemberg Gemahlin, nach empfangenem Heiratgute (von 32,000 fl.) ausgeſtellt. Dat. Stuttgart, am Sonntage Eſtomihi (2. März).

122) Dat. München, Pfinztag nach St. Gallentag (18. Oktober).

4) Suſanna (in der Wiege geſtorben).

5) Wilhelm IV. † 1550. Gemahlin: Maria Jacobäa, Tochter Markgraf Philipps von Baden.

Herzog Wilhelm IV. und Markgraf Philipp von Baden vereinigen ſich wegen Vermählung Wilhelms mit Jakobe, Philipps Tochter, wie folgt: 2. Jäner 1522

Markgraf Philipp ſoll ſeiner Tochter Jakobe den Herzog Wilhelm zum ehlichen Gemahl geben, ſie zu Haus fertigen mit Kleidern, Kleinoden, Schmuck ꝛc. und als Eheſteuer und Heirathgut 20,000 fl. in Gold, rheiniſcher Währung ausbezahlen. Herzog Wilhelm ſoll dieſes Heirathgut auch mit 20,000 fl. widerlegen, ſo daß von Heiratgut und Widerlage in Summa 40,000 fl. ſeiner Gemahlin jährlich 2000 fl. Geldes fallen, die ihr auf Abensberg verſchrieben werden, wo ſie auch ihren fürſtlichen Seſſe haben ſoll. Als Morgengabe verſchreibt er ſeiner Gemahlin 7000 fl. der ſie ſich nach freier fürſtlicher Morgengabrecht gebrauchen mag. Die Nieſſung des Widems wird ihr lebenslänglich zugeſichert, wenn ſie auch zu anderer Ehe greifen würde. Nur ihr Heirathgut kann abgelöst werden, nicht aber die Widerlage. Markgraf Philipps Tochter ſoll auch vor vollzogener Ehe auf alles väterliche Erbe verzichten. Jedoch ſoll ihr ihrer Mutter Heirathgut (32,000 fl.) und landgräfliche Morgengabe (10,000 fl.), dann deren Silbergeſchirr, Kleider und Kleinodien vorbehalten ſeyn. [123]) Stirbt Jakoba vor Herzog Wilhelm ohne Leibeserben ſoll von ihrem Silbergeſchier, Schmuck, Kleidern und Kleinodien der halbe Theil Markgrafen Philipp und deſſen Erben von ſtundan folgen, der andere halbe Theil dem Herzog Wilhelm, der auch das Heirathgut lebenslänglich genieſſen ſoll; nach deſſen Tode ſoll es aber an Baden heimfallen. [124])

---

123) Herzog Wilhelm ſchreibt dem Graf Ulrich von Ortenburg, Pfleger zu Abensberg, und fordert ihn auf die Hochzeit ſeiner Schweſter, wie folgt: Iſt hierauf unſer ſonder fleißig Bitt und Begehr, daß du dich in unſer Hoffarb der wir dir hiemit auf deine Perſon ein Kleid, und wie du dich und deine Knechte darin kleiden ſollſt, des hierin eingemalten Mändl zu einem Anzeigen ſchicken, Dermaſſen mit Gewand und Harniſch ſammt den Knechten aufs ſechs Pferd rüſteſt, und daß deine Knechte Spieß und Lichthelm mit ſich führen; und deine Hausfrau ihren eignen Hoblwagen, mit Roth bedeckt; ſammt ihren Jungfrauen und Dienerinnen, die ſie ihres Gefallens ſo viel ſie will mitnehmen ſoll, zurichte und mitführe. Und dich und deine Hausfrau, euch darauf zwiſchen hie und der heiligen 3 König Tag, darnach ſchicket, damit, wenn wir euch um dieſelbe Zeit oder bald darnach erfordern, alsdann allerding zu ſolchen Ritt und Hochzeit aller Sachen ohn Verzug mit uns und unſrer Schweſter zuziehen geſchickt, als ihr den das uns und euch zu Ehren wohl ſchuldig ſeyd. Und wiewohl wir uns deiner Perſon halber keines Abſchlags hierin verſehen, ſo begehren wir doch wegen deiner Hausfrau, nachdem den Weibern ihres Leibs halber viele verborgene Sachen bevorſtehen, deiner ſchriftlichen Antwort, um uns darnach zu richten. München, Freytag nach Galli 1510. 1510.

124) Baden 2. Jänner 1522. Die Unterhandlung einer Ehe mit der Schweſter des Königs von Polen kam zu keinem Beſchluß.

Anton Täzel und Georg Holzſchuher von Nürnberg ſchreiben dem Herzog Wilhelm in Hinſicht der polniſchen Heurath folgendes: Auf fleißiges Erkundigen haben ſie von polniſchen Kaufleuten erfahren: Die Königin ſey bei 30 Jahre oder darüber alt, von einer guten Frauenlänge, etwas größer als ſonſt eine Jungfrau, obwohl man da kein gewiſſes Maaß angeben kann, weil die Frauensperſonen daſelbſt in

1534. Streithandel zwiſchen dem Herzoge Wilhelm und den Markgrafen Bernhard und Ernſt zu Baden, wegen der Frau Herzogin Jakobäa väterlichem und mütterlichem Erbe.

Erwählter Schiedsrichter iſt: Pfalzgraf Ludwig, Churfürſt.

Streitpunkte: Herzog Wilhelm (an ſeiner Gemahlin Statt) ſpricht an: des Markgrafen Philipp ſel. Kleider, Kleinodien und Silbergeſchirre; den Theil von Kreuznach, welcher von den Markgrafen der Pfalz um 42,000 fl. verſetzt, und der Frau Herzogin Jakobäa erblich zugefallen iſt; den Nutzertrag davon ſeit des Markgrafen Philipp Tod; die Morgengabe der Frau Markgräfin Eliſabeth; den zwölfjährigen Nutzertrag von dem verpfändeten Theile an Kreuznach, und der Morgengabe; der Markgräfin Eliſabeth ſel. Fahrniß; die 5000 fl., welche die Markgräfin ihrem Gemahle geliehen hat. Nach geſchehener Verhandlung erfolgten die Ausſprüche: Die Markgrafen ſollen der Frau Herzogin Jakobäa zur Ablöſung ihres Anſpruches auf den verpfändeten Theil von Kreuznach am nächſten St. Michaelistage zu Ulm 46,000 fl. erlegen; ſollen ſie ihr bis zur Ablöſung der 4000 fl. Morgengabe die jährlichen Intereſſen mit 200 fl. ausbezahlen, und zwar am nächſten St. Michaelistage zu Ulm die erſte Intereſſenzahlung leiſten; nachdem die Partheyen rückſichtlich des fünften und der übrigen Punkte noch nicht zur Vereinigung haben gebracht werden können, ſo ſollen ſie binnen Monatsfriſt ihre weitere Aeußerung und Erklärung abgeben.[125]) Ferner unterm 30. Oktober 1536: Die Beklagten werden von Erſtattung des eilfjährigen Nutzertrages von dem verpfändeten Theile an Kreuznach abſolvirt. Die eilfjährigen Intereſſen der Morgengabe der ſeel. Frau Markgräfin Eliſabeth haben die Beklagten den Klägern zu entrichten. Von Bezahlung der 5000 fl., welche Frau Markgrafin Eliſabeth ihrem Gemahle geliehen hat, werden die Beklagten losgeſprochen. Die Prozeßkoſten werden compenſirt.

6) Ludwig † 1545.

7) Ernſt (Biſchof zu Paſſau und Erzbiſchof zu Salzburg † 1560).

8) Suſanna, Gemahlin A) Markgraf Caſimirs von Brandenburg.

Heiratsabrede zwiſchen Markgraf Caſimir von Brandenburg und des bayeriſchen Herzogs Albrecht Prinzeſſin Suſanna. Heirathgut: 32,000 fl., Widerlage eben ſo viel; jährliche Inter-

---

weit umgurteter Kleidung ſich tragen. Vergleichen ſie mit einem Frauenzimmer von Nürnberg, welche ihm kontrafetirt möchte zugeſchickt werden. Sie iſt der deutſchen Sprache kundig, eines „tapfern" Wandels, in ernſtlicher Zucht, wartet vor den Mahlzeiten des göttlichen Dienſtes, und darnach ihrer Arbeit. Von ihrem Vermögen wiſſen ſie nichts zu ſagen. Von ihren 3 Schweſtern erhielt jede zu ihrem Gemahl 200,000 fl. ungriſch. Doch ſoll ſie mehr haben. Eine hat den Herzog Georg aus Sachſen, die andere den Markgraf Friedrich, von der dritten melden ſie nichts.

Die alte Königin hat außerhalb ihrer Verweiſung vom Salz jährlich bis 20,000 fl. Einkünfte gehabt. Dieſe Tochter war ihr jedesmal lieber als die andern, drum meint man ſie habe ihr viel Vermögen bereitet. Sie hat die Heirath mit dem Großfürſten aus Weiß-Reuſſen, Herzogen von der Moskwa, und mit dem Walachen von Langem ausgeſchlagen, weil ſie anders Glaubens waren. Der von Dänemark ſoll auch um ſie geworben haben, und zur Antwort erhalten, man wolle ſie vor Michaelis nicht verheirathen. Nürnberg, Sonntag nach Martini 1510.

125) Dat. Freitag nach Judica (27. März).

eſſen davon für die Wittwe 3200 fl., Morgengabe 10,000 fl. Die Vermählung ſoll erfolgen, wenn die Braut das ſechzehnte Jahr erreicht hat. Der brüchige Theil ſoll in eine Geldſtrafe von 16,000 fl. verfallen.[126])

B) In zweiter Ehe war Suſanna mit Pfalzgraf Ott-Heinrich vermählt.

---

126) Dat. Ulm, am Sonntage nach dem Chriſttage (29. December). Der Verzichtsbrief iſt vom Jahre 1519. Ueber das Ceremoniell: Was man auf Markgrafs von Brandenburg Hochzeit geſchenkt 1518. hat: Kaiſer Maximilian hat auf die Hochzeit geſchenkt ein getrucktes Haftel und ein Gold-Stuck. Herzog Fridrich von Sachſen: eine goldne Kette von heidniſchen Blumen, die viermal um den Hals geht. Pfalzgraf Ludwig ſchenkte ſeiner Gemahlin am Hochzeittag ein köſtliches Haftel. Was Herzog Fridrich von Bayern, und die andern des Pfalzgrafen Brüder geſchenkt haben, iſt ihm abgefallen. Was der Markgraf von Baden geſchenkt hat, iſt auch nicht bekannt. Herzog Wilhelm hat der Pfalzgräfin ein Häftl mit einem Diamant verehrt. Auch iſt noch viel Silber-Geſchirr geſchenkt worden.

Anſchlag, wie es mit des Markgrafens Hochzeit gehalten werden ſoll. Man ſoll die Braut empfangen, und der Bräutigam innerhalb der Lechbrück. Der Kaiſer ſoll der Braut einen geiſtlichen und weltlichen Fürſten eine halbe Meile über die Lechbrücke entgegenſchicken. Ihre Brüder einer oder zwey ſollen mit der Braut von Haus aus reiten, und einer bey dem Bräutigam verbleiben. Hernach ſoll man die Braut durch Friedberg führen, damit ſie daſelbſt ihre Schweſter beſpreche, und ausruhe. Darnach ſoll man ſie in die nächſte Kirche führen im Hereinzug, nämlich zu den Paarfüſſern, dort ſollen Braut und Bräutigam zuſammen gegeben werden. Der Kaiſer will ſie von und zur Kirche zu Wagen führen. Hierauf ſollen der Kaiſer und die Fürſten mit der Braut zu ihrer Herberg ziehen, und hernach Jedermann zu Hauſe und in ſeiner Herberg zu Nacht eſſen, und nach zugebrachtem Nachtmahl auf das Haus zum Tanz kommen. Die Braut ſoll in Lukas Welſers Haus beherbergt werden. Es ſollen nur 50 Bürgerinen und Jungfrauen, die nahmhafteſten zum Tanz geladen werden. Der Braut Seſſion ſoll man neben dem Kaiſer aufrichten, und einige Fürſten ſollen neben dem Kaiſer und dem Frauenzimmer ſtehen, welche nicht tanzen. Diejenigen Fürſten welche tanzen, ſollen unterhalb den Pfeiffern zu geſtellt werden. Man ſoll Tänze anordnen. Darnach ſoll man vom Tanze ziehen, und in des Fuckers Haus ein Pankett zurichten; wornach Jederman nach Hauſe geht, und dann der Beyſchlaf geſchieht. Solch Panket wird der Kaiſer ſelbſt anſtellen, und aufrichten, der Beyſchlaf wird aber in der Braut Herberg gepflogen. Des andern Morgens ſoll man den Kirchgang thun in den Dom. Nach demſelben ſoll der Kaiſer die Braut laden, mit ſamt etlichen Fürſten, und der von Mainz den Bräutigam nebſt etlichen Fürſten, und was beyderſeits gefreundet iſt. Nach dem ſoll Jedermann heimziehen, und um 2 Uhr auf der Bahn beym Rennen und Stechen ſeyn. Der Kaiſer ſoll die Braut mit ſamt dem von Mainz in Philips Adlers Haus führen zu dem trocknen Panket, und zum Stechen. Daſelbſt ſoll man ein trocknes Panket auf Niederländiſche Art zu rechtrichten und halten, welches Panket der Kaiſer beſtellen und ausrichten wird. Hernach ſoll Jederman in ſeiner Herberg zu Nachts eſſen, und nach dem Nachtmal auf das Tanzhaus kommen. Daſelbſt ſoll anders kein Panket gehalten werden, als daß Jederman zu trinken gegeben wird, ſonſt wird nichts gereicht. Dieſes Trinkpanket ſoll um 2 Uhr Nachmittags gehalten werden vor dem Geſtech, in des Adlers Haus. Der Kaiſer will diejenigen, die die Tänze „ausgeben,“ und dem Bräutigam und den Fürſten vortanzen ſollen, ſelbſt verordnen. Der Kaiſer will den erſten Tanz mit der Braut machen, und Herzog Wilhelm und Ludwig ſollen vortanzen. Man ſoll kein rechtes Geſellen-Geſtech, ſondern ein ſchlechtes Stechen ſamt den Rennen halten. Es ſollen auch von dem Kaiſer dem Bräutigam und allen andern Fürſten und Chur-

Heirathsabrede zwiſchen Pfalzgrafen Otto Heinrich und Suſanna, des Markgrafen Caſimir von Brandenburg Wittwe: 1) Die Beſtimmung des Hochzeittages ſoll noch erfolgen; Heirathgut:

---

fürſten Kleinodien von 20 — 10 fl. Werth gegeben werden. Wenn dieſes alles vorüber iſt, ſoll der Kaiſer mit allen Fürſten die Braut aus der Stadt geleiten, und der Markgraf ſie mit ſamt ihrem Bruder nach Ansbach führen. Es ſoll verordnet werden daß alle Frauenzimmer von Ansbach heraus der Braut entgegen kommen, und ſie aufführen, daſelbſt ſoll der Braut Bruder einen Tag bleiben, und panketiren, den nächſten Tag darauf aber wieder ſamt dem Bräutigam auf den Reichstag ziehen.

1426. Die Herzoge Wilhelm und Ludwig verſchreiben ihrer Schweſter Suſanna, des Markgrafen Caſimir von Brandenburg Gemahlin, auf ihre Lebenszeit ein jährliches Leibgeding von 400 fl. Entgegen ſoll ſie verzichten auf das was ſie an dem ihr gebührenden Theile vom Heirathgute der Mutter noch nicht empfangen hat. Ihr Theil beträgt 6666 fl. 4 ß. 20 dl. Empfangen hat ſie bereits 1400 fl. (6 Geſchwiſterte waren, jedes hat gleichviel empfangen, beträgt alſo die Summe 40,000 fl.). Dat. München 1526.

Aus nachſtehender Korreſpondenz ergibt ſich Manches über die Rechte bayeriſcher Prinzeſſinnen als Wittwen:

1528. Frau Markgräfin Suſanna ſchreibt an Markgraf Georg, ihres Gemahles Caſimir Bruder, daß ſie nunmehr, nach dem Hinſcheiden ihres vielgeliebten Gemahles, ihre Witthumsgüter ſelbſt beſitzen müſſe, und erſucht ihn um ihre Abfertigung, und folgende Punkte: 1) daß er ihre Witthumsgüter unbeſchwert halte; 2) Baureparatur am Schloſſe zu Neuſtadt vornehme; 3) den Hausrath; 4) Wein und Früchte in den ihr verſchriebenen Orten; 5) Kleider, Kleinodien, Geſchmuck, Gold- und Silbergeſchirr; 6) eines Jahres Vorrath ihr folgen laſſe; 7) erſucht ſie ihn um der Jungfrauen Abfertigung; 8) jährlichen Zins von der Morgengabe; 9) Erſtattung der Leichenkoſten ꝛc.; 10) Erhöhung ihres Witthums-Unterhaltes; 11) um Aeußerung wie es der Vormundſchaft halber ſoll gehalten werden; der Billigkeit nach ſey ſie Vormünderin (dat. 1528. Februario ineunte circiter).

1528. Markgraf Georg antwortet ſeiner Schwägerin Suſanna auf die am 20. Februar an ihn gelangte Zuſchrift: 1) Hinſichtlich ihrer Abfertigung werde er an die Heiraths- und Verſchreibbriefe ſich halten; 2) das Schloß zu Neuſtadt habe er beſichtigen laſſen, und erfahren daß es keiner Baureparatur bedürfe; 3) den Hausrath, dann 4) Wein und Früchte in den ihr verſchriebenen Schlöſſern will er ihr folgen laſſen; 5) rückſichtlich der Kleinodien, Gold- und Silbergeſchirre ꝛc. wünſche er voraus zu wiſſen was ſie für ihr Eigenthum halte; 6) eines Jahres Vorrath ſoll ihr gehören von dem Sterbtage ihres Gemahles an gerechnet; 7) rückſichtlich der Abfertigung der Hof- und Dienſtfrauen werde er ſich gezìemend zu verhalten wiſſen; 8) zu Brandenburg ſey es nicht der Brauch, vor dem Tode des Gemahles die Morgengabe zu verzinſen; 9) die Leichenkoſten ſoll ſie ſpecifiziren; 10) davon, daß Caſimir mit den Räthen wegen Erhöhung ihres Wittwen-Unterhaltes geſprochen habe, wiſſe er nichts. Ein ſo wichtiges Geſchäft müßte überhaupt mit mehr Solennität verhandelt worden ſeyn; 11) die Vormundſchaft gebühre ihm, und er bleibe daher auch Vormünder. Dat. Sonntag nach Cathedra Petri (23. Februar).

1528. Frau Markgräfin Suſanna erwiedert ihrem Schwager, Markgrafen Georg, auf die Zuſchrift vom 23. Februar: 1) Ganz Neuſtadt an der Aiſch ſey ja dem Ritter Veit von Leutersheim verſchrieben; 2) es ſey auffallend daß ſie die Amtleute beſolden, ſie aber nicht zu beſtellen und zu entſetzen haben ſoll; 3) wenn die Morgengabe nicht verzinst werde, ſey ſie außer Stand ihre Schulden zu bezahlen; 4) ſie wünſche daß von ihren Jungfrauen eine erhalte was die andere; 5) ein Verzeichniß ihrer

zum Heirathgut wird beſtimmt: der Nutzgenuß von den 64,000 fl. des Heirathgutes und der Widerlage, welche der Braut in Folge ihrer erſten Vermählung mit dem Markgrafen

---

Kleider zu fertigen ſoll der Markgraf von ihr doch nicht begehren; 6) ihre Bitte um Erhöhung des Wittwenunterhaltes müßte ſie wiederholen; 7) ferner ſtelle ſie die Bitte: zu erſtatten was in den Schlöſſern am Hausrath mangelt; 8) der Markgraf ſoll übrigens auch berückſichtigen, daß ſie auf ihn gewartet und ihre Witthumsbezüge nicht gleich nach dem Tode ihres Gemahls einzunehmen angefangen habe, ſonſt hätte ſie bereits die Zinſe zu Martini, Petri und Trinitatis im Sacke. Dat. an St. Mathiastag (25. Febr.).

Markgraf Georg erwiedert der Frau Markgräfin Suſanna auf die am 25. Februar gemachte 1528.
Aeußerung: 1) Neuſtadt ſey dem Ritter Veit von Lentersheim nicht verſchrieben; 2) die Anſtellung der Amtleute ſtehe ihm gemäß dem Heirathsbriefe zu; 3) ſo lange der Gemahl am Leben ſey, werde die Morgengabe nicht verzinſet; 4) jeder ihrer Jungfrauen, die ſie mit ſich nehme, bewillige er 50 fl. Hofgabe, wenn ſie heirathet, im Uebrigen werde er ſich zu verhalten wiſſen; 5) ſie ſoll ſpecifiziren, was an Kleidern, Kleinodien, Silbergeſchirren ꝛc. ihr gehöre; 6) eine Erhöhung der Witthumsappanage könne in Ermanglung einer letzten Willensäußerung ihres verblichenen Gemahles hierüber nicht ſtattfinden; 7) die Schlöſſer könne man ihr nicht anders überantworten, als in dem Zuſtande, in welchem ſie gegenwärtig ſich befinden; 8) während der Zeit, da ſie auf ihn gewartet, meine er, werde ſie auch keinen Mangel gelitten haben. Dat. Ansbach, Mittwoch nach Estomihi (26. Februar).

In Betreff der Kinder erklärt Georg (unterm 6. März) daß er ſie als Vormund mit ſich nehmen werde; wogegen Suſanna bemerkt, daß ſolche noch mütterlicher Hülfe bedürfen, und er ſie alſo bey ihr laſſen ſolle. Georg ſagte ihr hierauf die Tochter zu, jedoch müſſe ſie für deren Unterhalt ſorgen. Später fordert er zu wiſſen, was ſie für den Unterhalt des Sohnes verlange? Unterm 12. Septbr. 1528 kam es hierauf zu einem Vertrage zwiſchen dem Markgrafen Georg von Brandenburg und der verwittweten Frau Markgräfin Suſanna nach gehaltenem Tage zu Nürnberg:

1) Der Markgraf bezahlt in zwey Jahren 2000 fl. Schulden für die Markgräfin. Dieſe ſollen von der Morgengabe nach ihrem Tode ihrem Sohne Markgraf Albrecht wieder zugehen.

2) Weil Markgraf Caſimir ſeel. kein Teſtament aufgerichtet hat, ohne Vorwiſſen des Markgrafen Georg, mit welchem er gemeinſchaftlich die Regierung führte, auch keines hätte aufrichten können, und wegen Erhöhung des Witthumsunterhaltes für ſeine Gemahlin keine beſondere Willensdeklaration hinterließ, die Markgräfin aber demungeachtet von ihrer Forderung nicht abſtehen will, ſo ſoll ihr deßhalb der Rechtsweg offen ſtehen.

3) Den jungen Herrn behält der Markgraf. So oft die Mutter ihn ſehen will, mag ſie zu ihm kommen. Darüber, ob er ihn aber nicht zur Erziehung an des Königs von Ungarn Hof geben werde, will Markgraf Georg ſich vorerſt mit der Landſchaft oder einem Ausſchuſſe unterreden, doch in möglichſter Bälde.

4) Anordnungen des Markgrafen zur Förderung religiöſen Glaubens ſoll die Markgräfin nicht hindern können.

5) Hinſichtlich des Wildbannes hat es bey den Beſtimmungen im Verweisbriefe der Frau Markgräfin ſein Verbleiben.

6) Bürger= und Bauern=Lehen ſoll die Frau Markgräfin auf ihren Witthumsgütern auch zu genießen, und Handlohn zu nehmen haben.

7) Die Unterthanen auf den Gütern der Frau Markgräfin ſollen aus keinen andern Urſachen

Caſimir von Brandenburg zuſtändig geworden ſind. 3) Im Falle Otto Heinrich ſeine Gemahlin überlebt, ſoll er lebenslänglich aus der fürſtlichen Kammer der Herzoge Wilhelm und Ludwig jährlich 1600 fl. beziehen. 4) Frau Herzogin Suſanna ſoll nach Abſterben des Churfürſten und Pfalzgrafen Ludwig lebenslänglich von dem den Herzogen Wilhelm und Ludwig heimfallenden Gute der kinderlos verſtorbenen Schweſter Sibylla 5000 fl. zu genießen haben. Stirbt ſie mit Zurücklaſſung von Kindern aus ihrer zweyten Ehe, ſo ſollen jene 5000 fl. dieſen erblich bleiben, im gegentheiligen Falle aber an die Herzoge Wilhelm und Ludwig rückfallen. 5) Widerlage: zur Widerlage werden feſtgeſetzt 800 fl. jährlichen Geldes, welche Herzog Otto Heinrich auf die 7000 fl. jährl. Gilt (welche Herzog Wilhelm und Ludwig ihm und ſeinem Bruder Philipp laut Verſchreibung dd. Landshut, Montag nach aller Heiligen Tag 1509 ſchulden), und nach deren Ablöſung auf die ihm und ſeinem Bruder gehörige Herrſchaft Hilpoltſtein verweiſet. 6) Die Verzicht der durchlauchtigen Frau Suſanna ſoll bey Kräften bleiben. 7) Ueber die Morgengabe ſoll dieſelbe freye Diſpoſition haben.

Herzog Wilhelms IV. Kinder:

1) Theodo † 1534.

2) Albert V. † 1579. Gemahlin: Anna Kaiſer Ferdinand I. Tochter.

Ferdinand R. K. und Herz. Wilhelm IV. bereden eine Ehe zwiſchen Anna und Herzog Albrecht, wie folgt: Ferdinand gibt ſeiner Tochter 50,000 fl. Heurathgut, und 50,000 fl. Heimſteuer und Beſſerung ſammt einer ehelichen Fertigung. Wilhelm beſtimmt 50,000 fl. Widerlage und 10,000 fl. Morgengabe, und verſichert ſämmtliches auf Landsberg, Fridberg, Weilheim und Schongau, ſo daß ihr im Falle des Wittwenſtandes jährlich 8000 fl. daraus fallen. Stirbt Anna vor ihrem Gemahl, bleibt dieſem der lebenslängliche Genuß des Heirathgutes; Heimſteuer und Morgengabe aber ſind ihr frei eigenes Gut; letztere erbt ihr Gemahl, die Heimſteuer fällt aber, wenn ſie ohne Leibeserben ſtirbt, ihren nächſten Erben zu; Kleinode, Kleider, Edelſteine, Gold, Silbergeſchirr werden getheilt.

Stirbt Herzog Wilhelm vor ſeiner Gemahlin ohne Leibeserben, ſtehen derſelben bevor ihre Kleinode, Gold und Silber, Heurathgut, Widerlage und Morgengabe (die Widerlage jedoch nur zu lebenslänglichem Genuſſe).

---

nach Ansbach erfordert werden, als wegen Folge, Nachellen, Reiszug, Reichs= und Bundeshülfe, Abſchied und Landſatzung. Dat. Cadolzburg am Samſtag nach Nativitatis Mariae (12. September).

Nach der Vermählung Suſannens mit OttHeinrich, verſchreibt dieſer ſich ſamt ſeinem brueder Herzog Philipſen und Ihr gegen Markgraf Georgen Caſimiri Brueder alls ſeines brueders vnd fraw Suſanna khinder vormunder, daß die 32,000 fl. Ihres heuratguets wie auch alle Inuentirte claineter, nach Ihrem todt, denſelben khindern oder dern Erben ſollen bleiben, doch Sie Järlich Ihr lebenlang 1600 fl. zinß (welliches Ihr heuratguet) einnemmen, vnd wo Sie andere khinder bey H. Othainrichen vberkhám, ſoll Ihne Ihr Müetterlich Erb (von Fraw Khunigunden) beuorſtehn. Sie mag auch die 10,000 fl. Morgengab hinwenden wo Sie will. Damit nun Marggraf Görg diſes widerfelligen heúrat guets verſichert ſey, verpfenden ihm die zwen Pfalzgrafen Gebrüeder Lengfeld, Calmünz, Schmidmüllen welliche güeter Er, da Sie nach abgang fraw Suſanna mit der bezalung ſaumig wern, zue ſeinen handen nemmen ſolt 2c., hiebey wirdt ain gulden (in gold) zue 62 kr. gerechnet.

Vor vollzogener Ehe ſoll Anna alles väterlichen und mütterlichen Erbfalls, und zwar wegen Ungarn, Oeſterreich ſammt Zugehörungen auf den ganzen Mannsſtamm, wegen Böhmen aber nur auf Ferdinands Söhne und deren Mannsſtamm verzichten. Ferner iſt bedingt, daß nach Herzog Wilhelms Tode Herzog Albrecht allein regierender Herr und Landesfürſt ſeyn und bleiben ſoll. [128])

3) Wilhelm † 1530.

4) Mechtilde. Gemahlin Markgraf Philiberts von Baden.

Heurathsvertrag zwiſchen Markgraf Philibert dem ältern regierenden Herrn und Fräulein Mechtild, Herzogs Albrecht von Bayern Schweſter.

Heurathsgut 32,000 fl. (zu 60 kr. gerechnet) nebſt Kleidern und Schmuck. Herzog Albrecht will die Hochzeit auf ſeine Köſten halten, was man daſelbſt ſchenkt, ſoll ihr verbleiben. Der Markgraf erlegt auch 32,000 fl. mit Bewilligung ſeines Bruders Chriſtoph. Summe: 64,000 fl. Intereſſe: 3200 fl. und Verweiſung auf die Stadt und das Amt Ellingen, wie es durch die brüderliche Abtheilung von Markgraf Bernhart und Ernſten iſt erweitert worden. Schlägt einen Malter Korn um 1 fl. an, einen Malter Dünkel und Haber um 10 Bazen oder 40 kr. Ein Fuder Wein um 12 fl., und weil einige Schlöſſer neulich verbrannt ſind, ſo will er ſie wieder aufbauen. [129])

---

128) Schon im Jahre 1535 war Unterhandlung gepflogen worden.

Copie eines Heuraths=Contrakts zwiſchen Herzog Albrecht und der Königin Marie, oder einer andern Erzherzogin von Oeſterreich, König Ferdinands Tochter, nach Unterhandlung der Kaiſerl. Kommiſſarien. Die Heirath war erſtlich mit der Königin Maria, Ferdinands Tochter, wie im Contrakt angezeigt, nämlich: dat. Linz, Freytag den 11. Sept. 1534.

Das Heurathsgut beſtand im ſelben Contrakt aus 50,000 Rh. Gulden, in Münz, den Gulden zu 15 Bazen gerechnet und 10,000 fl. Morgengabe. Herzog Albrecht ſoll allein regierender Fürſt bleiben.

Man ſoll binnen Monatsfriſt anzeigen wo man benannte Summen hinweiſen will. Man ſoll Sponsalia de futuro bedingen, und halten, wenn die junge Tochter 7 Jahre völlig erreicht hat, und Dispensatio ausbringen. Der brüchig wird, bezahlt 200,000 Rh. auf Landsberg und Schongau gelegt. Beyde Partheyen beſtättigen dieſen Contrakt am Freytag vor St. Jörgentag den 22. April 1535. König Ferdinand nimmt dieſen Heiraths=Contrakt an, und unterzeichnet ihn. Die Diſpenſation für die Heirath mit Anna erfolgte durch den Nuntius: Hieronimus Virallus apost. sedis Nuncius, Albertum, ducis Gulielmi filium et Annam, Ferdinandi regis filiam, tertio et quarto consanguinitatis gradu conjunctas ad incundum matrimonium dispensat. Ratisbonae 1546. 15 Id. Jul.

Königin Anna verzichtet auf alle väterlichen und mütterlichen Erbfälle, und Erbgerechtigkeiten. Auf das Königreich Böhmen verzichtet ſie zu Gunſten ihres Vaters, ihrer Brüder und deren Erben, und allen denen von Oeſterreich männlichen Stammes. Den 5. July 1546.

Die freye Diſpoſition über Heimſteuer und Morgengabe blieb Annen vorbehalten. Urk. dd. Regensburg 5. July 1546.

129) München, Pfinztag vor St. Veitstag den 10. Juny 1556. Mit der Unterſchrift der drey Fürſten.
Dispensatio per commissionem Pauli IV. Port. Max. super matrimonio Philiberti Marchionis Bad. et Mechtildis Bavariae ducissae: non obstante secundi et tertii Consanguinitatis gradu.

Kinder Herzog Albrecht V.:

1) Karl † 1547.

2) Wilhelm V. † 1626. Gemahlin: Renata, des Herzogs Franz von Lothringen Tochter.

Bey der Vermählung Herzog Wilhelms mit Renata von Lothringen wurde der Heiraths-Vertrag feſtgeſtellt wie folgt: 1) die dos ſoll in 100,000 Kronen in Geld beſtehen; hiezu eine fürſtliche Ausfertigung. 2) Herzog Albrecht verſpricht in ſeines Sohnes Namen dieſe dos mit einer gleichen Summe zu widerlegen. 3) Stirbt Wilhelm vor ſeiner Gemahlin ſo fallen die dos und die Paraphernalien an dieſe zurück; überlebt aber der Herzog, ſo erben die Kinder das geſammte Muttergut, der Vater aber behält die Nutznieſſung. [130])

Commissio Papae inserta: ut sponsalia ante amnia irrita declaret, et sponsos si id humiliter petierint ab excommunicatione absolvat, injuncta poenitentia. Quae si pecuniaria fuerit, in alimoniam pauperum, vel dotem puellarum cedat. Si poenitentiam pegerint, misericorditer in tertio gradu dispenset. Rom apud St. Petrum 1556. Sexto Idus Julii.

Fräulein Mechtild, Markgräfin zu Baden verzichtet auf ihr väterliches, brüderliches aber nicht mütterlichen Erbes. Regensburg 17. Jänner 1557. Früher war eine Vermählung Mechtildens mit Heinrich von Braunſchweig im Werke.

Herzog Heinrich von Braunſchweig ſchreibt dem bayeriſchen Rath Gumppenberg, Pfleger zu Kransberg in Hinſicht einer Heirathsangelegenheit: „Es gefällt ihm das Haus Bayern, und er hat ſchon andere anſehnliche Heurathen mit ſeinem Sohne ausgeſchlagen. Hat eine Vergleichung zwiſchen ſeinen Söhnen gemacht, daß Herzog Philipp regierender Fürſt ſeyn ſoll, obwohl er nicht der älteſte iſt, und will hierüber beym Kaiſer eine Confirmation ausbringen. Das Witthum beträgt 5700 fl. Ehegeld, in Jahresfriſt zu Nürnberg zu erlegen. Wolfenbüttel den 5. November 1551.

Heuraths-Kontrakt zwiſchen Herzog Philipp von Braunſchweig und Fräulein Mechtilden Heurathsgut 32,000 fl. in Jahresfriſt zu Nürnberg zu erlegen. Wiederleg eben ſo viel auf Jchersheim dem Schloß, und Schönigen der Stadt, darunter iſt die Morgengab von 10,000 fl. Geb. und geſcheh am Montag nach Dioniſi 1551.

130) Vertrag dd. Wien 5. Juni 1567.

Maximilianus Caesar matrimonialem tractationem inter Albertum, Bavariae ducem, nomine filii sui Guilielmi, et Christianam, ducissam Lotharingiae viduam, nec non Carolum ducem Lotharingiae nomine filiae et sororis dominae Renatae, in eum, qui sequitur, modum conclusit:

1) Renatae in dotem, ac loco legitimae promissa sunt centum millia coronatorum in auro; insuper eidem de dignis sua prosapia vestibus, clenodiis unacum legitima providebitur, super quibus statim post consummationem matrimonii duo inventaria conficienda sunt. Econtra Renata renuntiabit haereditati paternae nec non maternae in favorem fratris, ducis Caroli, ejusdemque ex descendenti linea haeredum legitimorum in infinitum. Praefatus dux Bavariae in compensationem dotis supra assignatae, nomine filii sui, tantundem, videlicet, centum millia coronatorum loco donationis propter nuptias dare assensit.

Promissumque est, dotis et donationis nomine, obligata esse debere Aichach, Schrobenhausen, Rhain et Wemding unacum omnibus eorum pertinentiis. Si contingeret, ducem Guilielmum ex hac luce viva adhuc conjuge sua, sine prole vel etiam relictis post se liberis decedere, eo casu viduae Renatae assignata in dotem centum millia coronatorum post expirationem primi anni restitui debere, sicut bona paraphernalia cum omnibus vestibus clenodiis etc. Quod si vero, Renatam conjuge suo superstite, relictis ex se liberis ex hac vita migrare con-

3) Ferdinand † 1608. Gemahlin: Maria Pettenbeck. [131])
4) Maria; Gemahlin Erzherzog Karls von Oeſterreich.
5) Marie Maximiliane † 1614.
6) Ernſt † 1612. Biſchof zu Freyſing 1566, Hildesheim 1573, Lüttich 1580. Erzbiſchof von Köln 1583.
7) Friedrich.

Kinder Herzog Wilhelm V.:
1) Chriſtophor † 1571.
2) Chriſtina † 1580.
3) Maria Anna, Gemahlin Kaiſer Ferdinand II.
4) Philipp, Biſchof von Regensburg; Cardinal 1597 † 1598.
5) Ferdinand, Erzbiſchof von Köln 1612, erhält die Stifter Lüttich, Münſter, Hildesheim und das Biſthum Paſſau † 1650.
6) Eleonora Magdalena † 1579.
7) Carl † 1587.
8) Albert † 1666. Gemahlin: Gräfin Mathilde von Leuchtenberg. Kinder: 1) Maria Renata. 2) Joh. Franz Carl, 3) Ferdinand Wilhelm. 4) Maximilian, Kurfürſt von Köln. 5) Albert Sigmund, Biſchof von Freyſing und Regensburg.
9) Magdalena, Gemahlin Pfalzgrafen Wolfgang Philipps.
10) Maximilian I. geboren 1573 † 1651. Gemahlin: A) Eliſabeth, Tochter Herzog Karls von Lothringen.

Gemäß Heirathsvertrags betrug die dos 100,000 fl. coronatorum in auro; dagegen die donatio propter nuptias eben ſoviel; die Morgengabe ein Drittheil der dos. Es war bedungen daß falls der Herzog zuerſt ſtürbe, der hinterlaſſenen Gemahlin die dos und das Paraphernalgut zu 5 Prozent verzinst werden ſoll; hiezu werden ihr überdieß an ihren Wittibſitz (Mering oder Friedberg) jährlich 400 Sch. Getraid geliefert. Stirbt die Herzogin früher, ſo erben ihre Kinder, und der Herzog iſt lebenslänglicher Nutznieſſer. [132]) Eliſabeth behielt ſich hiebey ihre

tingeret, eo casu omnium suorum bonorum, tam dotalium quam paraphernalium proprietas spectabit liberis, reservato duci Guilielmo usufructu. Ubi vero nulli liberi essent superstites, paraphernalia bona ac vestes.... per ducem Guilielmum restituentur; dos vero apud ducem, vita durante, unacum usufructu remanebit. Viennae 3. Juni 1567.

131) Von dieſem die Wartembergiſche Linie. Ferdinands Kinder: 1) Maria Maximiliane, Nonne. 2) Marie Magdalene, Nonne. 3) Ferdinand Laurentz, vermählt a) mit Juliane Gräfin von Tarburg, b) Marie Gräfin von Oettingen. Aus dieſer zweyten Ehe vier Töchter und zwey Söhne. 4) Marie, 5) Fr. Wilhelm, 6) Maria Anna, 7) Sebaſtian, 8) Ernſt Beno, vermählt mit Sibille von Hohenzollern, von welcher Johann Ferdinand, vermählt mit Eliſabeth von Salm, der Mutter Franz Marquard's, welcher mit Marie d'Epinois den Max Emanuel erzeugte, in welcher dieſe Linie erloſch. Außer den oben aufgezählten hatte Ferdinand noch weitere vier Söhne und vier Töchter.

132) Urk. dd. Nancy 14. Aug. 1594. bey Attenkofer Nr. 76.

Inter Guilielmum Bavariae ducem, nomine filii sui primogeniti Maximiliani ex una, et Ca-

Succeſſionsanſprüche in die väterlichen Güter, im Fall des Ausſterbens des lothringiſchen Mannsſtammes bevor.

B) Bey der zweyten Vermählung Kurfürſt Maximilians mit Anna, der Tochter Kaiſer Ferdinand II. wurde abgeredet und beſchloſſen:

100,000 fl. rh. Heirathgut, Ausfertigung mit Kleidern, Kleinod, Geſchmuck, Credenzſilber ꝛc. Die Succeſſionsrechte wurden der Prinzeſſin Anna für den Fall des Erlöſchens des Mannsſtammes der Erzherzoge von Oeſterreich vorbehalten; zur Wiederlage werden 100,000 fl. und zur Morgengabe 50,000 fl. gegeben; dieſe Geſammtſumme von 250,000 fl. ſoll für den Fall daß Anna Wittwe würde, ihr mit 5 Prozent verzinst werden; und zwar auch von der Widerlage und Morgengabe der lebenslängliche Genuß ihr verbleiben; auch ſoll das Schloß zu Waſſerburg ihr ſtattlich zum Wittwenſitze eingerichtet werden, und die Einrichtung ihr Eigenthum verbleiben; überdieß auch ihr jährlich (einſchließlich der Zinſen von der Widerlage) 30,000 fl. gereicht werden. Bleibt die Ehe kinderlos, ſo fällt das geſammte Vermögen der Braut an ihre natürlichen Erben zurück, jedoch bleibt dem Churfürſten die lebenslängliche Nutznieſſung der dos. [133])

---

rolum Lotharingiae ducem, nomine filiae suae Elisabethae ex altera parte, pacta dotalia stipulata sunt iis, quae ordine sequuntur conditionibus et modis. Elisabethae in dotem et loco legitimae promissa sunt centum millia coronatorum in auro, cnm dignis prosapia sua vestibus et clenodiis. Elisabetha haereditatibus et successionibus, tam paternae deferendae et maternae jam pridem delatae, per lineam directam et collateralem in domo et familia Lotharingiae pro se, haeredibus et successoribus renuntiat. Quod de renuntiatione lineae collateralis et directae paulo ante dictum est, id hoc modo declarari placuit, ut Elisabetha a futuris amitarum suarum Bavariae et Brunswigae ducissarum successionibus et haereditatibus, itidemque sororum suarum, in iis tantum bonis, quae ex domo et familia Lotharingiae, non etiam quae aliunde vel ab extraneis quaesita sunt, vel quaerentur, censeatur exclusa. Econverso in compensationem dotis Bavariae dux Elisabethae tantumdem, quantum in stipulationem dotis deductum; videlicet centum millia coronatorum in auro loco donationis propter nuptias dare assensit. Quoad sponsolitiam largitatem attinet, dux Guilelmus tantam pecuniae summam pollicitus est, quae tertiae parti dotis aequivaleat et jure proprietario ipsius Elisabethae erit. Pro hac summa hypothecae jure obligantur comitatus Meringen et officia Landsperg et Fridberg.

Si contingeret, ducem Maximilianum, viva adhuc conjuge sua sine prole, vel etiam relictis post se liberis decedere, relictae viduae assignata in dotem centum millia coronatorum unacum totius praedictae summae dotalis censu sui interesse restituenda sunt, sicut bona paraphernalia cum omnibus vestibus. Tum etiam viduae pro habitatione castrum Fridberg cum omnis generis suppellectii instrui debet, qua solum quandiu in viduitate vixerit uti, sicut donatione propter nuptias frui, ejusdemque et dotis nomine quotannis quinque de centenario percipere debet; praeterea viduae 200 schaffulae frumenti et totidem avenae praebentur, donec Fridbergae vel Meringae habitaverit. Si Elisabetham superstite conjuge ex hac vita migrare contingat, relictis liberis proprietas omnium bonorum suorum debitur, reservato Maximiliano usufructu. Nancy 14. Aug. 1594.

135) Vertrag dd. Wien den 17. July 1635. Bey Aettenkofer Nr. 77.

Kinder Churfürſten Maximilian I.

1) Max Philipp † 1705. Gemahlin: Mauritia Febronia, die Tochter des Herzogs Friedrich Moritz von Bouillon.

2) Ferdinand Maria † 1679. Gemahlin: Henriette Adelheid von Savoyen.

Heirathspacten zwiſchen Ferdinand Maria und Adelaide, Herzog Victor Amadeus von Savoyen Tochter: Adelaide bekömmt als Heurathgut 200,000 Gold-Scudis nebſt den nöthigen Kleinodien, Kleidern und weiblichen Schmuck; als Widerlage ebenfalls 200,000 Scudi und 66,666⅓ Scudi Morgengabe; ſtirbt Ferdinand Maria vor ſeiner Gattin und ſind Kinder vorhanden, hat die Wittwe volle Gewalt über die Morgengabe zu Gunſten der Kinder zu disponiren; ſind keine Kinder vorhanden, fällt die Hälfte derſelben den Erben des Churfürſten heim. Ein gleiches iſt zu beobachten, wenn Adelaide früher ſtürbe. Heirathgut, Widerlage und Morgengabe werden auf Meringen, Schongau, Landsberg, Fridberg und Aichach hypothezirt. Nach Ferdinand Maria's Tode fallen Heirathgut und Ausſtattung der Wittwe heim. Die Morgengabe nach obigen Beſtimmungen; als Wittibſitz wird das Schloß in Landshut feſtgeſtellt; zu dem Genuſſe aus dem Heirathgute, Widerlage und Morgengabe werden der Wittwe noch die Zinſen aus 10,000 fl. jährlich beygefügt. Stirbt Adelaide vor ihrem Gatten fällt ihr Eigenthum den Kindern heim, vorbehaltlich des Nutzungsrechtes für den Vater. Sind keine Kinder vorhanden, iſt die Ausſtattung ihrer Inteſtaterben ſogleich zurückzuſtellen; das Heirathgut bleibt aber ihrem Gatten zu lebenslänglichem Genuß.

Um dieſes Heirathgut verzichtet Adelaide auf alles väterliche, mütterliche, brüderliche Erbe zu Gunſten Carl Emanuels und ſeiner Descendenten. [134])

Kinder Churfürſt Ferdinand Maria's:

1) Maria Anna, Gemahlin des Dauphin.
2) Louiſe Margarethe † 1665.
3) Ludwig Amadäus † 1665.
4) Ein Prinz, geboren und geſtorben 1666.
5) Cajetan, geboren und geſtorben 1670.
6) Joſeph Clemens, Biſchof von Freyſing und Regensburg 1685, Erzbiſchof von Köln 1688.
7) Thereſia, Gemahlin Prinz Ferdinands von Florenz.
8) Max Emanuel geb. 1662 † 1726. Gemahlin: A) Maria Antonia, Kaiſer Leopold I. Tochter. Bey der Heirath zwiſchen Maria Antonia und Max Emanuel wurde beredet wie folgt:

Maria Antonia ſoll mit Max Emanuel verlobt werden, 100,000 fl. rh. Heirathgut und ſtandesgemäße Hinausfertigung erhalten, und für den Mannsſtamm des Hauſes Oeſterreich auf alles väterliche und mütterliche Erbe verzichten. Max Emanuel will das Heirathgut mit 100,000 fl. widerlegen, ſeine Gemahlin mit 50,000 fl. bemorgengaben, dann Heirathgut, Widerlage und Morgengabe auf Waſſerburg, Craiburg und Neumarkt verſichern. Stirbt er vor ſeiner Ge-

---

134) 1650. 4. Dez. vide bey Attenkofer das latein. Original Nr. 80.

mahlin, erhält ſie — es ſeyen Kinder vorhanden oder nicht, Heirathgut, Morgengabe und Ausfertigung zurück, die Widerlage wird ihr lebenslänglich mit 5 Prozent jährlich verzinſet, Waſſerburg wird als Wittibſitz angewieſen, mit Mobilien und Fahrniß ausgeſtattet, die ihr eigenthümlich verbleiben. Zu beſſerer Unterhaltung des Wittibſtandes erhält Maria Anna ein jährliches Deputat von 40,000 fl. (mit Einſchluß der Widerlagszinſen.) Stirbt ſie vor ihrem Gemahle ſo bleiben die Kinder ſammt der ganzen mütterlichen Verlaſſenſchaft in des Churfürſts Händen; ſind keine Kinder vorhanden, ſo fällt alles ihren nächſten Erben inner Jahr und Tag anheim, mit Ausnahme des Heirathsgutes, deſſen Genuß dem Churfürſten lebenslänglich verbleibt.

Da in der Heirathsabrede die Renunciation nur auf die teutſche Linie des Hauſes Oeſterreich geſtellt war, wurden wegen der ſpaniſchen Linie folgende Nebenartikel abgeredet:

Maria Anna's Verzicht ſoll ſich auch auf Spanien und die zu dieſer Monarchie gehörigen Königreiche, Fürſtenthümer, Grafſchaften ꝛc. erſtrecken, aber nur zu Gunſten Kaiſer Leopolds und deſſen ehelichen männlichen Descendenz, der ſich im Falle des Ablebens des Königs von Spanien ohne eheliche Leibeserben ſogleich in den Beſitz dieſes Landes ſetzen ſoll, ohne jedoch etwas davon veräußern zu dürfen. Tritt dieſer Fall ein ſo ſollen dagegen dem Churfürſten und ſeinen Erben die ſpaniſchen Niederlande mit allen Dependenzien zuſtehen, und der Regierungsnachfolger in Spanien gehalten ſeyn, dem Churfürſt gegen Frankreichs Prätenſionen auf die Niederlande jährlich mit 400,000 fl. baar und 20,000 Mann Truppen ohne weitere Entgelt beiſtehen. Sollten aber die Niederlande nicht behauptet werden können, ſoll der Churfürſtin und ihren Erben eine andere ergiebige billigmäßige Erſetzung gethan werden. Damit aber der Churfürſt und ſeine Gemahlin deſto eher in den ruhigen Beſitz der Niederlande kommen, verſpricht der Kaiſer es dahin zu bringen, daß die Niederlande noch bey des Königs von Spanien Lebzeiten dem Churfürſt eingeräumt werden. Die noch in Spanien ausſtändigen 500,000 Escudos d'oro Heurathgutes, und alle Mobilien welche der Erzherzogin Maria Antonia durch ihre Mutter bereits angefallen, oder was durch die Königin Wittwe von Spanien, als ihre Ahnfrau, noch anfallen möchte, iſt von dem Verzichte ausgenommen, und der Erzherzogin vorbehalten. Beide Häuſer Oeſterreich und Bayern verſprechen ſich die gegenſeitigen Präeminenzen, Rechte und Gerechtigkeiten zu fördern. [136])

B) Die zweyte Gemahlin Max Emanuels war Thereſe Prinzeſſin von Pohlen:

Heirathspacten zwiſchen Max Emanuel und Thereſia Cunigunda, König Johanns von Polen Tochter:

1) Der König von Pohlen weiſet ſeiner Tochter außer einer Ausſtattung ein Heirathgut von 500,000 Speciesthalern an, unter Befolgung der Landesgeſetze hinſichtlich des mütterlichen Erbtheiles, wozu jedoch die empfangenen Edelſteine und Kleinodien gehören ſollen. Dagegen hat die Prinzeſſin ſogleich auf alle väterliche, anherrliche und andere Güter zu Gunſten der männlichen Linie des polniſchen Hauſes zu verzichten.

2) Max Emanuel verſchreibt ſeiner Gattin ebenfalls 500,000 Reichsthaler auf Waſſerburg, Kraiburg, Neumarkt und Mering.

---

136) Wien 12. April 1685. Bey Attenkofer Nr. 84.

3) Er verſpricht ſeiner Gattin ein Brautgeſchenk (Morgengabe), deſſen Größe ſeinem eigenen Ermeſſen überlaſſen bleibt.

4) Tritt Thereſia Kunigunde in den Wittibſtand, ſo iſt ihr das Heirathgut mit der Ausſtattung zurückzugeben, der lebenslängliche Genuß aus den 500,000 Thalern Widerlage einzuräumen, und ſo lange ſie Wittib bleibt, jährlich noch die Summe von 5000 Thalern auszubezahlen. Als Wittibſitz iſt Waſſerburg angewieſen.

5) Stirbt ſie vor ihrem Gatten, beerben ſie ihre Kinder; ſind deren nicht vorhanden, bleibt das Heirathgut ihrem Gatten lebenslänglich zum Genuſſe, und fällt nach deſſen Tode ihren Erben heim mit den Edelſteinen, Kleinodien ꝛc. [137])

Kinder Churfürſt Max Emanuels:

A) Von der erſten Gemahlin:

1) Leopold Ferdinand geb. u. geſt. 1689.

2) Ein Prinz geb. u. geſt. 1690.

3) Joſ. Ferdinand geb. 1692, Univerſalerbe von Spanien, ✝ 1699.

B) Von der zweyten Gemahlin:

1) Maria Anna geb. 1696, Clariſſin.

2) Philipp Moritz geb. 1698, Biſchof zu Paderborn und Münſter.

3) Ferdinand Maria geb. 1699. Gemahlin: Maria Anna, Tochter Pfalzgrafen Wilhelms von Neuburg. Kinder: 1) Maximilian Franz; 2) Clemens Franz; Gemahlin: Amalie Pfalzgräfin von Sulzbach; 3) Thereſia.

4) Clemens Auguſt, geb. 1700, Coadjutor zu Regensburg, Biſchof zu Münſter 1719 Kurfürſt von Köln 1723.

5) Wilhelm geb. 1701 ✝ 1704.

6) Johann Aloys geb. 1702 ✝ 1705.

7) Johann Theodor geb. 1703, Biſchof zu Regensburg, Kardinal 1743, Biſchof zu Lüttich 1744.

8) Max Emanuel geb. 1704 ✝ 1709.

9) Karl Albert geb. 1679 ✝ 1745. Gemahlin: Maria Amalia.

Heirathspacta zwiſchen Karl Albert und Amalie, Kaiſer Joſeph I. Tochter: Maria Amalia ſoll mit Karl Albrecht hiemit verlobt und verſprochen ſeyn, 100,000 fl. rh. Heirathgut erhalten, und mit Kleidern, Kleinodien, Schmuck u. a. hinausgefertigt werden, dagegen zu Gunſten der männlichen und weiblichen Deſcendenz nicht nur des Kaiſers, ſondern auch ihrer ältern Schweſter Maria Joſepha, auf alles Erbrecht verzichten, bis vermöge der Succeſſionsordnung vom 19. April 1713 die Reihe an ſie oder ihre Erben kommt. Die 100,000 fl. Heirathgut werden mit andern 100,000 fl. widerlegt, und die künftige Frau Gemahlin mit 50,000 bemorgengabt, die Geſammtſumme aber auf Friedberg, Landsberg, Weilheim verhypothezirt.

Stirbt der Churprinz vor ſeiner Gemahlin, ſtehen derſelben vor allem zu — es ſeyen Kinder vorhanden oder nicht: Heirathgut, Morgengabe, Kleider, Kleinoden, Schmuck, ihr Gold-, Cre-

137) Actum in civitate Zolkieviensi in Russia 19. Mai 1694. Bey Attenkofer Nr. 86.

denz- und anderes Silbergeſchirr, und alle zugebrachte Fahrniß; von der Widerlage ſoll die Frau Wittib lebenslängliche Nutznießung, und ihren Wittwenſitz zu Friedberg haben. Zu würdigerer Unterhaltung werden ihr, jedoch ohne Folge für künftige Fälle, ſo lange ſie ſich nicht wieder vermählt, und in Bayern aufhält, mit Einſchluß der Widerlagsnutzung, jährlich 60,000 fl. — begibt ſie ſich außer Landes, aber nur 40,000 fl. erlegt werden.

Stirbt die Erzherzogin vor ihrem Gemahle, ſo bleiben Kinder ſammt der ganzen Verlaſſenſchaft in des Churprinzen Gewalt und Handen; ſind keine Kinder vorhanden, ſoll Alles der Erzherzogin nächſten Erben in Jahr und Tag anfallen, mit Ausnahme des Heirathgutes, deſſen Nutznießung dem Churprinzen lebenslänglich überlaſſen bleibt.[138])

IV.

Staatsrechtliche Verhältniſſe des churpfälziſchen Hauſes.[139])

Titulatur. Von Gottes Gnaden Pfalzgraf bey Rhein, des heil. röm. Reichs Erzſchatzmeiſter und Churfürſt, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürſt zu Mörſch, Marquis zu Berg-op-Zoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenſtein ꝛc. ꝛc.

Wappen. Das churpfälziſche Wappen war Anno 1741 geſtaltet wie folgt: Der Schild iſt einmal getheilt, und die obere Reihe viermal, die untere aber dreimal geſpalten. Im Mittelſchild erſcheint im rothen Feld die goldene kaiſerliche Krone, als Zeichen des Erzſchatzmeiſteramts. In der obern Reihe zeigt ſich im erſten Felde rechter Hand, im ſchwarzen Felde, ein goldener zum Raub geſchickter rother Löwe, wegen der Pfalz bey Rhein; im zweyten die blau und ſilbernen Wecken wegen Bayern; im dritten, vierten und fünften kommen die Jülich-, Cleve- und Bergiſchen Wappen hervor. In der untern Reihe zeigt ſich zur Rechten im erſten Schild im ſilbernen Felde ein blauer Löwe mit goldener Krone und Zunge, wegen der Grafſchaft Veldenz; das zweite und dritte ſind die Wappen der Grafſchaften Mark und Ravensberg; das vierte endlich ſtellt einen ſchwarzen zwerchſtreichenden Balken im goldenen Feld dar, wegen des Fürſtenthumes Mörs. Oben auf ruhen fünf offene goldene Turniershelme: der erſte iſt gekrönt, auf welchem der pfälziſche Löwe zwiſchen zwey ſilber- und blaubewe ckten

---

138) Wien 25. Sept. 1722. Bey Attenkofer Nr. 81.

Carolus Albertus, electoralis princeps renuntiationem omni paternae avitaeque successioni et haereditati a conjuge sua pro summa centum millium florenorum rhenensium dotis nomine eidem in contractu matrimoniali constitutae, factam, per omnia in omnibus suis punctis acceptat et approbat. Monachii 10. Decbr. 1722.

Maria Amalia, Karl Albrecht und Max Emanuel wiederholen vereint die Verzicht-Urkunde. München 10. Decbr. 1722. (latein.)

139) Nach Moſer u. A.

Büffelshörnern gerade vor ſich ſitzt; der zweyte iſt auch mit einer Krone geziert, und hat zwiſchen einem doppelten blau und ſilbernen Weckenflug den bayeriſchen Löwen ſitzen; der dritte, vierte und fünfte Helm iſt der Jülich'ſche, Cleve= und Märkiſche, und der Bergiſche. Die Helmdecken ſind nach Einigen zu beyden Seiten gelb und ſchwarz, nach Andern aber zur Rechten blau und weiß, und zur Linken roth und weiß. Die Schildhalter (die man aber nicht überall bey dem Wappen antrifft) ſind zwei Löwen, welche durch die beyden äußerſten Helme durchſchauen.

Das churfürſtliche Haus Pfalz beſitzt den von Herzog Eberhard von Jülich und Berg geſtifteten, und von Churfürſt Johann Wilhelm (im Jahre 1708) erneuerten Haus=Ritterorden St. Huberts. Hausorden.

Der jedesmalige Churfürſt iſt oberſter Ordensmeiſter; die Ritter beſtehen in zweyerley Klaſſen, nämlich 1) in fürſtlichen, ſodann 2) in gräflichen und freyherrlichen. Jener Anzahl iſt unumſchränkt, und Anno 1754 befanden ſich 47 fürſtliche, geiſtliche und weltliche Perſonen in dieſem Orden.

Deren von der zweyten Klaſſe aber ſind zwölf.

Unter letztern befindet ſich ein Groß=Commandeur, wie auch ein Kanzler.

Der Abt zu St. Hubert en Ardennes war Groß=Eleemoſinarius.

Ferner hat der Orden einen Ceremoniarius, Vicekanzler, Secretär, Schatzmeiſter, Herold, und Garderobier.

Die Ritter müſſen vier Ahnen zählen können; doch wurde dießfalls dispenſirt.

Sie wurden von dem Ordenscapitel durch Stimmenmehrheit erwählt, der Staathalter und der Kanzler aber von dem Churfürſten allein ernannt.

Jene, welche keine Fürſten waren, dürfen keinen andern Orden daneben tragen.

Das gewöhnliche Ordenszeichen iſt ein viereckiges Kreuz mit den Worten: „In Trau veſt," oder: „In Treu beſtändig," an einem rothen grün eingefaßten Band, von der linken Schulter auf die rechte Hüfte, mit einem ſilbernen Stern auf der linken Bruſt.

Die ſämmtlichen Ritter, welche keinen höhern Charakter haben, bekamen den Titel: „Ihro Excellenz."

Die churpfälziſchen Lande beſtanden aus: Lande.

1) den eigentlichen Churlanden;
2) den Pfalz=Neuburg= und Sulzbachiſchen Landen;
3) den Jülich= und Bergiſchen Landen;
4) der (ſpäter an Churbayern gekommenen) Oberpfalz.

Die untere Pfalz dieſſeits, und ein Theil derſelben jenſeits des Rheins war ſtets bey der Churlinie.

Im Jahre 1609 gelangte die Pfalz=Neuburgiſche Linie zum Beſitze der Jülich= und Bergiſchen Lande. Nach Ausſterben der Simmer'ſchen Linie, wurden die alten Churlande, das Lauter'ſche, Simmer'ſche, Neuburgiſche, Jülich= und Bergiſche unter der Neuburgiſchen Churlinie vereinigt, welche im J. 1694 auch den Beſitz eines Theiles der Veldenziſchen, und im J. 1734 der Zweybrückiſchen Lande erwarb. Im Jahre 1742 wurden nach Abgang der Neubur=

giſchen Churlinie alle dieſe Lande ſammt Bergen-op-Zoom unter der Sulzbachiſchen Churlinie vereint.

Die Churlande beſtanden aus den Aemtern: 1) Alzey, 2) Bacharach, 3) Borberg, 4) Bretten, 5) Creuznach, 6) Germersheim, 7) Heidelberg, 8) Ladenburg, 9) Lauterecken, 10) Lautern, 11) Lindenfels, 12) Moßbach, 13) Neuſtadt, 14) Oppenheim, 15) Otzberg, 16) Simmern, 17) Stromberg, 18) Veldenz, 19) Umſtatt.

Veldenz und Lauterecken wurden von Pfalzgraf Stephan durch Heirath erworben. Die churpfälziſchen Lande an der Donau (nach Abtrennung der Oberpfalz) beſtanden aus: 1) dem Neuburgiſchen, 2) Sulzbachiſchen, 3) den Herrſchaften Heydeck und 4) Ehrenfels (Regenſtauf).

Das Neuburgiſche beſtand aus den Aemtern: 1) Allersberg, 2) Beratzhauſen, 3) Burkheim, 4) Burglengenfeld, dann Kallmünz und Schmidtmühlen, 5) Conſtein, 6) Graisbach und Monheim, 7) Gundelfingen, 8) Hemau, 9) Heydeck und Hilpoltſtein, 10) Höchſtätt, 11) Lauingen, 12) Neuburg, 13) Regenſtauf, 14) Reichertshofen, 15) Rennertshofen, 16) Schwandorf, 17) Velburg.

Bey Bildung der Sulzbachiſchen Nebenlinie erhielt dieſe das Landgericht Sulzbach, die Aemter Floß und Vohenſtrauß, und die Hälfte des Amtes Parkſtein und Weyden.

Durch den i. J. 1666 mit Brandenburg geſchloſſenen Haupt- und Erbvergleich kam Pfalz-Neuburg in den ungeſtörten Beſitz der Herzogthümer Jülich und Berg, und die Anſprüche auf Ravenſtein wurden auf ein Compromiß geſtellt.

Jülich beſtand aus den Aemtern: 1) Aldenhoven, 2) Bergheim, 3) Boßlar und Linnich, 4) Brügen, 5) Caſter, 6) Coßlar, 7) Dahlen, 8) Dürren, 9) Eſchweiler, 10) Euskirchen, 11) Geilenkirchen, 12) Gladbach, 13) Grevenbroch, 14) Güllich, 15) Heimbach, 16) Heinsberg, 17) Jüchen, 18) Millen, 19) Montjoye, 20) Münſter-Eiffel, 21) Neuenahr, 22) Niedecken, 23) Norwenich, 24) Pyr und Merken, 25) Randevath, 26) Sittard und Born, 27) Synzig und Reymagen, 28) Tomberg, 29) Waſſenberg, 30) Wilhelmſtein.

Berg aber aus den Aemtern: 1) Angermund, 2) Barmen und Beyenburg, 3) Blankenberg, 4) Bornefeld und Hückeswagen, 5) Burg, 6) Düſſeldorf, 7) Elberfeld, 8) Landsberg, 9) Löwenberg, 10) Lülsdorf, 11) Mettmann, 12) Miſelohe, 13) Manheim, 14) Pörz, 15) Sohlingen, 16) Steinbach und 17) Windeck.

Ravenſtein beſtand aus den Herrſchaften Herpen und Uden.

Das Marquiſat Berg-op-Zoom wurde im Jahre 1722 von Pfalzgraf Chriſtian von Sulzbach durch ſeine Vermählung mit der Enkelin des Herzogs de la Tour d'Auvergne erworben.

Gemeinſchaftlich mit andern Reichsſtänden beſaß Churpfalz fürs erſte die Grafſchaft Sponheim, erworben durch Vermählung der Erbtochter mit Kaiſer Rupprechts älteſtem Sohne vermöge eines Vermächtniſſes — ferner durch ein weiteres Vermächtniß Graf Johanns von Sponheim zu Gunſten der Kinder der Schweſtern ſeines Vaters, deren eine mit dem Grafen von Veldenz vermählt war.

Theilungen in Linien.

Adolf, der erſtgeborne von Rudolfs Söhnen, ſtarb noch vor dem Vertrage von Pavia, und die Churwürde fiel (da Adolfs Sohn Rupprecht noch ein Kind war) auf ſeinen Bruder Rudolf. Nach dieſes Rudolfs Tod erhob ſich ein Streit zwiſchen Adolfs drittem Bruder Rup-

precht dem ältern, und ſeinem Neffen Rupprecht dem jüngern, der durch Kaiſer Karl IV. (1353) dahin verglichen wurde, daß der ältere Rupprecht die Regierung auf Lebenszeit behalten ſolle. Gegen dieſen Rupprecht machte der genannte Kaiſer — der zwar der pfälziſchen Linie gegen die Beſtimmung der bayeriſchen Hausgeſetze die Churwürde ausſchließlich zugeſichert hatte — jene Anforderungen geltend, für welche er ſich in den Beſitz eines ſo großen Theils der Oberpfalz zu ſetzen wußte. Da Rupprecht im J. 1390 ohne Kinder ſtarb, ſo folgte nun Rupprecht der Jüngere, welcher die Grafſchaft Zweybrücken an das Haus Pfalz gebracht hat. Ihm folgt (1398) ſein Sohn Rupprecht Clemens, der nach Wenzels Abſetzung zur Königswürde gelangte. Dieſer erkaufte die Grafſchaft Simmern, und brachte das was Karl IV. in der Oberpfalz abgeriſſen hatte, wieder an Bayern zurück (wenn gleich zum Theil ſpäter als böhmiſche Lehen [140]) anerkannt).

Nach König Rupprechts Tod wurde, den bayeriſchen Hausgeſetzen und der goldenen Bulle zuwider, von ſeinen Söhnen zur Theilung geſchritten. Heidelberg mit dem Bezirke längs des Rheines, und Amberg mit umgebenden Orten und Gerichten, wurde hiebey als Churpräcipuum ausgeſchieden, und das Uebrige in vier gleiche Theile zerſpalten. Ludwig der Bärtige erhielt den Churantheil; Johann die obere Pfalz; Stephan Simmern und Zweybrücken; Otto Mosbach mit andern auf der Oſtſeite der Rheinpfalz gelegenen Bezirken.

Gemäß einer vom Kaiſer beſtätigten Dispoſition ſollte nach Abgang der Churlinie die nachſtehende Linie in der Würde eines regierenden Pfalzgrafen folgen.

Auf Ludwig den Gebarteten folgt ſein Sohn Ludwig IV., welcher nach einer zehnjährigen Regierung einen 13 Monat alten Prinzen Philipp hinterläßt. Friedrich, ſpäter der Siegreiche, Philipps Oheim, tritt als deſſen Vormund an die Regentſchaft, und führt ſodann die Regierung in ſeinem eigenen Namen fort. Ihm folgt im J. 1476 Philipp, der ſich mit Margaretha, der Tochter Herzog Ludwigs von Bayern-Landshut, vermählte. Georg der Reiche, dieſes Ludwigs Sohn, welcher in Ermanglung von Söhnen ſeine Lande der Tochter Eliſabeth zuwenden wollte, hatte ſich Rupprecht, Philipps Sohn, zum Manne für dieſelbe auserſehen.

Allein der Krieg zu welchem es über Georgs Teſtament gekommen, fiel ſo ſehr zum Nachtheile Philipps aus, daß ein Theil ſeines Churlandes und der Oberpfalz hiebey für ihn verloren ging.

Philipp ſtarb i. J. 1508, und ihm folgte ſein älteſter Sohn Ludwig V. Für ſeine Neffen, Ruperts Söhne Ott Heinrich und Philipp, wurde die ſogenannte junge Pfalz, beſtehend aus den Fürſtenthümern Neuburg und Sulzbach, als Landesantheil ermittelt. Philipp hatte durch Teſtament die Nachfolge in den Churlanden auf ſeinen vierten Sohn Friedrich II. übertragen. Dieſer, welcher ſich mit einer Tochter des Königs Chriſtian von Dänemark vermählte, gelangte ſchon zur Lebzeit ſeines ältern Bruders Ludwig V. zur Mitregentſchaft in der obern Pfalz. Nach ſeinem Tode gelangte Ott Heinrich, der Sohn Rupprechts des ältern, Bruder Friedrichs,

---

140) Der weſtliche Theil, Sulzbach, Hersbruck ꝛc. war ſchon unter Karl IV. als Erſatz für Brandenburg an die Wilhelminiſche Linie zurückgekommen.

zur Regierung in der geſammten Pfalz. Mit dieſem erloſch die Churlinie; die junge Pfalz hatte er dem Pfalzgrafen Wolfgang von Zweybrücken geſchenkt. Nun folgt:

Die Linie Simmern.

Da Ott Heinrich ohne Kinder ſtarb, ſo fiel die Erbſchaft der Chur und dazu gehörenden Lande auf die Linie Simmern.

Johann, der Sohn Kaiſer Rupprechts, dem die obere Pfalz zugefallen, hinterließ von Sophien, der Tochter des Herzogs Wradislaus von Pommern, einen Sohn Chriſtoph, der durch die Wahl der Dänen ihr König wurde, aber ohne Kinder ſtarb. Sein Erbe wurde alſo getheilt, und das Meiſte fiel auf die Linien Simmern und Mosbach. Otto von Mosbach, dem die Oberpfalz zu Theil wurde, ſtarb (1461) mit Hinterlaſſung eines einzigen Sohnes Otto, mit welchem dieſe Linie i. J. 1499 erloſch. Da nun in Ott Heinrich auch die Churlinie ausſtarb, ſo fiel in Kraft der Hausgeſetze die ganze pfälziſche Erbſchaft auf die Simmer'ſche Linie.

Stephan, Kaiſer Rupprechts dritter Sohn, hatte bey der Theilung Simmern und Zweybrücken, und durch ſeine Gemahlin Veldenz und den größten Theil der Grafſchaft Sponheim erhalten. Er hinterließ ſechs Söhne, der älteſte aus dieſen — Friedrich — wird ſein Nachfolger in Simmern, und der jüngſte, Ludwig der Schwarze, Stifter der Zweybrücker Linie.

Auf Friedrich folgt in Simmern ſein Sohn Johann der ältere; auf dieſem Johann der jüngere, welcher drey Söhne hinterläßt; der älteſte aus dieſen, Friedrich, gelangt nach Ott Heinrichs Tod zur Churwürde, und überläßt Simmern ſeinem Bruder Georg, welchem deſſen Bruder Richard folgt, mit welchem dieſe Linie erliſcht, und Simmern mit der Chur vereinigt wird.

Auf obigen Friedrich folgt deſſen Sohn Ludwig VI. in den Churlanden. Dieſem folgt Friedrich IV. unter Johann Caſimirs (ſeines Oheims) Vormundſchaft. Friedrich hinterläßt zwey Söhne, Ludwig Philipp (welchem er Simmern durch Teſtament vermacht), und Friedrich V. Dieſer gelangt zur Chur- und ſpäter zur böhmiſchen Königswürde, welche Unglück auf ſein Haupt gebracht. Er hinterläßt dreyzehn Kinder. Aus dieſen gelangt der Zweytgeborne Karl Ludwig zur Regierung, welcher Lautern und Sponheim, und nach ſeines Oheims Ludwig Heinrich Tod auch Simmern mit den Churlanden vereinigt. Nach ſeinem Tode folgt ſein Sohn Karl, mit welchem dieſe ganze Linie erliſcht, und die Reihe der Nachfolge an die Linie Zweybrücken gelangt.

Zweybrücker Linie.

Der Stifter dieſer Linie iſt Ludwig der Schwarze, Stephans Sohn, und Enkel Kaiſer Rupprechts. Dieſer hinterläßt Zweybrücken und Veldenz ſeinem Sohne Alexander, in deſſen Erben Ludwig und Rupprecht ſich zwey Zweige bilden, der Zweybrücker- und der Veldenzer-Zweig.

In dem erſten folgt Wolfgang ſeinem Vater Ludwig. Dieſer hinterläßt Neuburg (das er von Ott Heinrich bekommen) ſeinem Erſtgebornen Philipp Ludwig, Zweybrücken aber dem Zweytgebornen Johann den ältern. Ott Heinrich, Wolfgangs dritter Sohn, erhält Sulzbach (das jedoch ſogleich wieder an Neuburg zurückfällt). Wolfgangs jüngſter Sohn endlich Karl, erhielt Birkenfeld, und wird Ahnherr des jetzt glorreich in Bayern regierenden Hauſes.

Obigem Philipp Ludwig folgt ſein Sohn Wolfgang Wilhelm, deſſen Sohn Philipp Wilhelm nach Erlöſchen der Simmerſchen Linie Erbe der pfälziſchen Chur wird.

Was der Vertrag von Pavia über die, bereits 1275 von Kaiſer Adolf dem bayeriſchen Fürſtenhauſe beſtätigte Churwürde beſtimmt, iſt bereits vorgekommen.[141] Durch den Colmarer Ausſpruch wurde die Churwürde von Kaiſer Karl IV., wie bekannt, ausſchließlich der Rudolfiniſchen Linie zuerkannt.[142] Succeſſion in der Chur.

Als auf Rudolf II. (welchem Adolf der Erſtgeborne die Churwürde überließ) Rupprecht I., und auf dieſen Rupprecht II. (Adolfs Sohn) gefolgt war, beſtimmt der Letztere in Uebereinſtimmung mit ſeinem Sohne Rupprecht dem jüngern, daß:

1) fürbaß von ihren männlichen Erben allezeit ein einiger Herr des Churfürſtenthums und des Fürſtenthums in Bayern ſeyn ſoll, und zwar der Aelteſte, gewiſſe benannte Orte in der Pfalz und in Bayern aber ewig unveräußerlich bey der Pfalz bleiben ſollen; 2) kommt Rupprecht (der jüngere) zur Herrſchaft, ſo ſoll er ſeinem Bruder Friedrich beſtimmte, unter den obigen nicht enthaltene Schlöſſer, und zu dieſen 10,000 fl. Werthes an Renten ſchaffen; 3) Item ſoll er ſeine übrigen Brüder abſcheiden und ausweiſen, doch nicht ſo köſtlich als obigen Friedrich den ältern; 4) alle dieſe ſollen die ihnen zugewieſenen Schlöſſer ꝛc. als Mannlehen empfangen, und nur den Nutzen derſelben genießen, damit keine Zertrennung der Herrſchaft daraus erfolge; 5) nach Erlöſchen des Mannsſtammes eines dieſer jüngern Brüder, ſoll ſein Antheil an den Aelteſten oder ſeine Erben zurückfallen, der allein alle Mannſchaft zu leihen haben ſoll: 6) alle Fürſten des Hauſes ſollen ſich wechſelſeitig Schutz und Beyſtand leiſten, und ihre Streitigkeiten ſchlichten laſſen durch Dreyzehn aus den Räthen, Grafen, Herren, Rittern und Knechten in freundlichem Rathe; 7) es ſoll kein Stück, welches jetzt zur Herrſchaft der Pfalz gehört oder ſpäter dahin gehören wird, veräußert werden, es geſchehe denn mit ſämmtlicher Erben und der genannten Räthe Rath und Willen. 8) Es ſoll keiner der Fürſten einen Krieg anfangen ohne des Aelteſten Willen, und ſo auch der Aelteſte nicht ohne Willen der Miterben und Räthe. 9) Der Aelteſte, der zur Herrſchaft gelangt, ſoll ſo lang er unter 20 Jahren iſt nicht regieren, als nur nach Rath der dreyzehn Räthe. 10) Fällt einem der Fürſten ein auswärtiges Fürſtenthum, Herrſchaft ꝛc. an, ſo ſoll er damit Nichts thun wider die andern (pfälziſchen) Fürſten. 11) Seine jüngern Söhne ſoll der Aelteſte freundlich ausweiſen nach der Räthe Rath mit Mannlehen, als räthlich und zühmlich iſt, und das als keine Theilung gelten. 12) Ob der Aelteſte ohne Söhne abgienge, ſo ſoll der Aeltere (der die 10,000 fl. genießt) an deſſelben Statt treten, und gehen die 10,000 fl. auf den nächſtgebornen über. 13) Es ſollen die Töchter des fürſtlichen Hauſes, ehe ſie zu ehelichen Mannen gehen verziehen auf alle Erbtheile beyder Fürſtenthümer, es wäre denn daß keine Söhne mehr vorhanden wären. 14) Es ſollen keine großen ungewöhnlichen Steuern und Schatzungen Rupertiniſche Conſtitution.

141) Rudolfus Rom. Rex ducibus Henrico et Ludovico, jus eligendi Romanum Regem ratione ducatus Bavariae competere ex antiquo, recognoscit, vocibus eorundem fratrum pro una in septem Principum numero computatis. Augustae 1275.

142) Karl Röm. König bekennet daß Herzog Rupprecht der Aeltere ein rechter Churfürſt iſt, und daß Herzog Rudolf das Churrecht von wegen der Pfalz gehabt habe. Colmar 1354 heil. Auffartstag.

erhoben werden ohne der Dreyzehn Rath und Willen. 15) Es ſollen die geſchriebenen pfälziſchen Rechte wieder beſchrieben werden in Büchern, auf daß ſich Städte und Dörfer darnach richten können, doch jeglichem Lande nach ſeiner Gelegenheit und Gewohnheit das zu beſſern unbenommen ſeyn. 16) Für das Fürſtenthum in Bayern werden ſieben Räthe benannt mit der Gewalt, alle Brüche zu verhören und auszurichten die daſelbſt auferſtehen möchten. 17) Alle Beſtimmungen dieſes Buchs ſollen von den Fürſten, Räthen und Beamten vor Eintritt in ihre Rechte beſchworen werden.[143])

Derſelbe Rupprecht III., nachmaliger Kaiſer, ordnete bey ſeinem Tode eine Theilung des Landes unter ſeine vier Söhne Ludwig, Johann, Stephan und Otto. In der hiernach gebildeten Churlinie folgte Ludwig III., welchem Kaiſer Sigmund in zwey, Anno 1414 und 1434 ertheilten Diplomen, die Succeſſion in dem pfälziſchen Hauſe nach dem Rechte der Erſtgeburt beſtätigte.[144])

---

143) Heidelberg St. Margareth 1394.

144) Si vero Primogenitus praefati Ludovici decesserit, masculini Sexus, Laicis duntaxat, legitimus haeredibus non relictis, tunc secundogenitus Filius Ludovici, Ducis praedicti, et post obitum ejusdem Secundogeniti Filius senior Laicus, et, si Secundogenitus sine haeredibus legitimis masculini sexus, Laicis duntaxat, decesserit, Tertiogenitus dicti Ludovici, et senior ejus Filius Laicus, post mortem ipsius et deinceps per talem modum directa Linea geniturae descendentes ab eo, Laici duntaxat, Jus, Vocem, Dignitatem et potestatem eligendi Romanorum Regem, promovendum in Imperatorem, et officium Archidapiferiae cum omnibus et singulis Dominiis, Honoribus, Juribus, Privilegiis, Dignitatibus et Pertinentiis in perpetuis temporibus obtinebunt per successionem haereditariam et paternalem, ut praemittitur ex ordine geniturae. Si vero praefatum Ludovicum, modernum Comitem Palatinum Rheni et Bavariae Ducem, sine legitimis masculini sexus haeredibus, Laicis, directa linea geniturae ab eo descendentibus, mori contigerit, ex tunc Principatus et Comitatus Palatinatus Rheni, nec non Archidapiferia sacri Imperii, et Jus, Vox, Dignitas et potestas eligendi Romanorum Regem, in Imperatorem promovendum, ad seniorem Fratrem Ludovici praefati, per veram paternalem lineam descendentem, et ad legitimos ejus haeredes masculini sexus, Laicos duntaxat, devolvantur, ita videlicet, quod post obitum ejusdem Fratris senioris primogenitns ejus Filius et post primogeniti obitum ejusdem primogeniti senior Filius, ex ordine geniturae, et sic deinceps ex seniori Filio descendentes ordine geniturae semper senior. Si vero primogenitus senioris Fratris, ut praefertur, decesserit, mascalini sexus, Laicis duutaxat, haeredibus non relictis, ex tunc Secundogenitus praedicti Fratris senioris, et post obitum ejus secundogeniti Filius senior laicus et, si secundogenitus sine haeredibus legitimis mascullni sexus laicis deeesserit, Tertiogenitus dicti Fratris et senior ejus Filius Laicus post mortem ipsius, et deinceps per talem modum directa linee geniturae descendentes ab eo, Laici duntaxat, jus, vocem, dignitatem et potestatem eligendi Romanorum Regem, promovendum in Imperatorem, et officium Archidapiferiae, cum omnibus et singulis Dominiis, Honoribus, Juribus, Privilegiis, Dignitatibus et pertinentiis perpetuis temporibus obtinebunt per successionem haereditariam et paternalem, ut praemittitur, ex ordine geniturae. Quibus omnibus non extantibus ad proximiorem haeredem secundum lineam paternalem, duntaxat Laicum, seniorem comitem Palatinum Rheni pro tempore, ac ejus haeredes, secundum eundem modum superius expressum, in perpetuum legitime devolventur in futurum, et talis

Ludwig verordnete denn auch in ſeinem Teſtamente (1427), „daß die Pfalz und Chur bey ſeinem älteſten Sohne bleiben, und nichts davon veräußert werden ſolle; im Uebrigen ſollten ſeine nachgebornen Söhne das Land in Gemeinſchaft beſitzen.“

Churfürſt Philipp, der Enkel Ludwig III., beſtimmte in ſeinem Teſtamente, „daß ſein erſtgeborner Sohn die Churwürde und Churlande voraus habe, und die übrigen Lande mit dem Drittgebornen gemeinſchaftlich beſitzen ſolle“ (der Zweytgeborne wurde übergangen, da er von ſeiner Mutter das Neuburgiſche geerbt hatte).

Nach Churfürſt Ludwig IV. Abſterben kam die Churwürde auf ſeinen dritten Bruder Friedrich II., unter vertragsmäßiger Einwilligung der Kinder des zweyten Bruders. Allein von Seite Herzog Wilhelms von Bayern wurde Proteſt hiegegen eingelegt.[145])

Die Simmer'ſche, Zweybrückiſche und Veldenziſche Linie hatte bereits i. J. 1541 einen Vertrag geſchloſſen, worin ſie ſich verpflichten, im Falle des Ausſterbens der alten Churlinie ſämmtliche Chur- und Erblande in zwey Theile zu theilen, nämlich in die Churlande ſammt Zugehörungen einer-, und in die übrigen Lande andererſeits, ſo daß der älteſte Fürſt die Wahl haben ſoll die Chur anzunehmen oder nicht.

Dagegen wurden in den Jahren 1545 und 1551 von Churfürſt Friedrich und ſeinen Agnaten Verträge geſchloſſen, in welchen ſich dieſe auf das Feyerlichſte verbinden, die Chur und das Churfürſtenthum, alle der Pfalzgrafſchaft bey Rhein und zu Bayern anhangenden Lande, das Erztruchſeſſenamt, Vicariat, und alle Dignitäten und Rechte überhaupt unzertrennlich bey der pfälziſchen Fürſtenlinie zu erhalten.

Friedrichs Nachfolger Ott Heinrich erneuerte und beſtätigte dieſe Verträge in einer Urkunde

---

successio et Devolutio, ne in his committantur errores futuris temporibus, debet, ut praemittitur, in omnibus praescriptis et singulis sine innovatione perpetuo inviolabiter observari.

Urkunde von Kaiſer Sigmund, wodurch den Fürſten von Bayern aller Zugang zur Chur am Rhein verſperrt, und dem Philipp Pfalzgraf bey Rhein allein eröffnet wird, wie es in der goldenen Bulle Karl IV. geſchehen iſt. Baſel am 8. May 1434.

145) Karl V. Röm. Kaiſer beurkundet daß Herzog Wilhelm in Bayern wider Pfalzgrafen Friedrichs bey Rhein Belehnung mit der Churwürde habe proteſtiren laſſen, wegen der Rechte und Gerechtigkeiten die er vermöge altväterlicher Verträge und churfürſtl. und kaiſerl. Bewilligung ſelber darauf habe. Speyer 1544 6. April.

Inſtruktion von Herzog Wilhelm, für ſeine Räthe, Graf Laßla von Hag, und Dr. Stockhammer, was ſie bey Pfalzgraf Friedrich werben ſollen:

1) Habe Wilhelm das Abſterben Pfalzgraf Ludwigs erfahren, und er wolle nicht unterlaſſen ihn an den Paviſchen Vertrag von 1329 zu erinnern. Eben ſo des Nürnbergiſchen von 1524.

2) Trage er die Chur vom Reiche zu Lehen, und begehrt hierüber einen Tag zur Zuſammenkunft.

3) Friedrich möchte ein Bekenntniß von ſich geben, wegen Anmaßung der Chur; — übrigens wenn nichts zu erhalten ſey, müſſe klagsweiſe eingeſchritten werden.

München den 28. März 1544.

v. J. 1557, und ſeinem Teſtamente v. J. 1559. (Alles unter ſtetem Widerſpruch der bayeriſchen Herzoge.) [146]

Succeſſions-ordnung in den übrigen Linien.

Bey Erlöſchen der Churlinie (1559) trat die Simmer'ſche Linie ein. Pfalzgraf Stephan, der Stifter dieſer Linie, hatte 1544 durch Teſtament disponirt: daß ſein Sohn Friedrich das Herzogthum Simmern nebſt benannten Städten, $^{2}/_{5}$ an der vordern und die Hälfte an der hintern Grafſchaft Sponheim erhalten ſolle — der zweyte Sohn Ludwig aber Veldenz und Zweybrücken, unter wechſelſeitiger Beerbung der Brüder, im Fall der eine ohne männliche Erben verſtürbe. Als in der Simmer'ſchen Linie auf obgenannten Friedrich deſſen Urenkel Friedrich an die Chur kam, überließ er ſeinem Bruder Georg das Fürſtenthum Simmern, welches, als Georg ohne Kinder ſtarb (1569), an ſeinen Bruder Reinhard kam.

Obiger Friedrich vermacht in ſeinem Teſtamente ſeinem Erſtgebornen die Chur, und dem Nachgebornen Johann Caſimir das Herzogthum Lautern.

Churfürſt Friedrich IV. (der Sohn des ebengenannten Ludwigs), beſtimmte durch Teſtament ſeinem älteſten Prinzen Friedrich die Churlande, und dem Prinzen Philipp Ludwig das Fürſtenthum Simmern.

Bis dahin hatte alſo in der Churlinie (die eigentlichen Churlande ausgenommen) keine (?) Theilung ſtattgefunden. Als aber Karl Ludwig (Friedrich V. Sohn) in der Pfalz reſtituirt wurde, wurde in das weſtphäliſche Friedensinſtrument eine Beſtimmung aufgenommen, welche — indem für die nachgebornen Prinzen lediglich eine Apanage fixirt wurde — das Recht der Primogenitur auch in der Simmer'ſchen Linie geltend machte.

In der Zweybrückiſchen Linie hat Ludwig der Schwarze (Kaiſer Rupprechts Enkel) durch Teſtament v. J. 1479 verordnet, daß ſeine Lande durch ſeine Söhne Kaspar und Alexander unvertheilt in einem Staat und Weſen regiert werden, die übrigen Nachgebornen aber zu keiner Erblichkeit der Lande zugelaſſen werden ſollen, bevor einer jener beyden mit Tod abgegangen.

Der vorgenannte Alexander (Kaspar ſtarb ohne Kinder) beſtimmte in letztwilliger Verordnung, daß ſein älteſter Sohn Ludwig allein regierender Fürſt und Erbe ſeyn ſolle. Als nun aber Herzog Rupprecht (der genannt Ludwigs Bruder) einen Sohn bekam, erhielt er Veldenz und Lautereck durch Vertrag, zur Abfindung und gegen Verzicht auf ein Weiteres.

Herzog Ludwig hinterließ einen einzigen Sohn Wolfgang, welcher in ſeinem bekannten Teſtamente vom Jahre 1568 verordnete: „Das Fürſtenthum Neuburg ſammt Zugehör ſoll zu rechten Erben den Herzog Philipp Ludwig, als den Aeltern und Erſtgebornen haben, welchem

---

146) Herzog Albert ſchreibt dem Herzog Chriſtoph von Würtemberg, daß er ſich entſchloſſen habe den Streit wegen der Chur am Rhein nicht allein gegen den jetzigen Churfürſten, ſondern auch gegen alle andern Pfalzgrafen dieſer Linie, die künftig vermöge der goldenen Bulle zur Chur kommen möchten, zu führen.

Dieſem nach werde er alle andern Nachfolger zwar für Churfürſten erkennen und halten, doch nun an ſeinem Recht und Gerechtigkeiten der Chur halber unvergriffen.

München den 10. December 1551.

allein Erbhuldigung zu leiſten. In andern Erbfällen von väterlicher, mütterlicher oder uraltmütterlicher Linie ſollen allen Söhnen miteinander und zugleich, auch deren männlichen ehelichen Leibeserben, nach Ordnung der Rechte und goldenen Bulle, salva gradus praerogativa, ihre Rechte und Gerechtigkeiten vorbehalten ſeyn, namentlich ſoll es unſerer Gemahlin Erbſchaft halber ſo gehalten werden, daß Söhne und Töchter in gleiche Theile ſuccediren.

„In das Fürſtenthum Zweybrücken ſammt Zugehör wird Johann eingeſetzt, als der, ſo Alters halber nach dem älteſten Sohne den andern billig vorgeht, damit in dieſer wie in der Neuburger Succeſſion, die gemeinen Völkerrechte und das lang approbirte Herkommen aller Nationen, und inſonderheit der fürſtlichen Häuſer gehalten und vollzogen werde.“

„Ott Heinrich und Friedrich ſollen nebſt ihren Hof- und Lehrmeiſtern bis in das 18te Jahr von ihrem älteſten Bruder verköſtigt und unterhalten werden, Pfalzgraf Karl aber von Pfalzgraf Johann. Haben ſie das 18te Jahr erreicht, d. h. das 17te vollendet und das 18te angetreten, erhält jeder die nöthige Dienerſchaft (13 Perſonen und 11 Pferde), und 1200 fl. jährl. Deputat. Als Koſten zu Reiſen an fremde Höfe werden 5000 fl. für jeden beſtimmt. Sind dieſe drey Prinzen über 24 Jahre ihres Alters gekommen, ſoll Philipp Ludwig ſeinem Bruder Ott Heinrich Sulzbach, Hilpoltſtein und Allersberg, ſeinem Bruder Friedrich aber Parkſtein, Weidenfuhr und Floßenburg erblich einräumen, dergeſtalt, daß wenn einer ohne männliche eheliche Leibeserben ſtürbe, die Schlöſſer an den wieder zurückfallen von dem ſie eingeräumt worden, jedoch ſo daß er ſie inne habe, die Nutzung derſelben aber den andern noch lebenden jüngſten Brüdern zu gleichen Theilen, nämlich jedem 3000 fl. hinausgebe. Ott Heinrich ſoll überdieß zur Erbauung des Schloſſes Sulzbach Etwas aus der Neuburgiſchen Rentkammer erhalten.“

„Pfalzgraf Johannes ſoll im gleichen Falle ſeinem Bruder Karl den Theil an der hintern Grafſchaft Sponheim einräumen.“

„Jeder der nachgebornen Prinzen hat, ehe er in den Beſitz der Aemter eingewieſen wird, einen Revers zu geben, daß er nichts davon veräußere, verpfände, verſetze, verkaufe.“

„Im Falle des Abſterbens Philipp Ludwigs und deſſen männliche Erben, geht Neuburg auf Johann und deſſen Mannserben über; in Zweybrücken folgt dann der nächſtfolgende Sohn oder deſſen Mannserben nach; dieſe Subſtitution ſoll ordine successivo dem Alter nach per gradus gehalten, und der entledigte Theil unter die noch übrigen jüngſten Söhne ausgetheilt werden. Stirbt Johann ohne eheliche Leibeserben, folgen gleichfalls der nächſtjüngere Sohn oder deſſen eheliche männliche Leibeserben ſubſtitutionsweiſe nach. Würde der Inhaber von Zweybrücken es vorziehen daſſelbe zu behalten, kann er der jüngern Linie geſtatten, Neuburg ſtatt ſeiner zu beſitzen.

„Die Töchter einer abgeſtorbenen Linie ſind von den ſubſtituirten Erben fürſtlich zu erziehen.“

„Jedes Fürſtenthum hat die darauf haftenden Schulden zu tragen.“

Dieſem Teſtamente gemäß ſuccedirten a) Philipp Ludwig im Neuburgiſchen, b) Johann im Zweybrückiſchen, c) Ott Heinrich im Sulzbachiſchen, d) Friedrich in Vohenſtrauß, e) Karl in Birkenfeld.

Friedrich ſtarb ohne Kinder, und ſein Landesantheil fiel an Neuburg.

Nach Ott Heinrichs Tod fiel auch Sulzbach an Neuburg.

Philipp Ludwig verordnete in ſeinem Teſtamente, daß ſein Sohn Wolfgang Wilhelm Neuburg — Auguſt Sulzbach — und Johann Friedrich Hilpoltſtein, Haydeck und Allersberg erhalten ſolle. Der Letzte beſchloß ſeine Linie. Auf Wolfgang Wilhelm folgt ſein einziger Sohn Philipp Wilhelm, welcher die Chur an ſeine Linie brachte, in deſſen Söhnen aber dieſe Linie gleichfalls erloſch.

Herzog Auguſt von Sulzbach hinterließ zwey Söhne, welche ohne Erben ſtarben; der dritte Chriſtian Auguſt aber pflanzte dieſe Linie fort.

Pfalzgraf Johann I. von Zweybrücken führte in ſeiner Linie durch Teſtament vom J. 1594 das Recht der Erſtgeburt ein, und beſtimmte den nachgebornen Söhnen Fr. Caſimir und Johann Caſimir — erſterem Landsberg, und dem zweyten Kleeberg als Apanage.

Nach dem Erlöſchen der Linien der ebengenannten drey Pfalzgrafen kam es i. J. 1733 zwiſchen Birkenfeld und Churpfalz zu einem Succeſſionsvergleiche, welcher beſtimmte: daß Kurpfalz die Aemter Veldenz und Lautereck — Birkenfeld aber Lützelſtein und Guttenberg erhalten, und jeder behalten ſolle, was er von der Veldenziſchen Erbſchaft in Beſitz hat.

In der Birkenfeldiſchen Linie hatte Herzog Karl im Jahre 1597 durch Teſtament ſeinen erſtgebornen Sohn Georg Wilhelm zum Landesfolger ernannt, und dem Zweytgebornen ⅓ der Einkünfte beſtimmt; der dritte Chriſtian erhielt ein Deputat von 3000 fl. Die Linie pflanzte ſich in den letztern Söhnen Chriſtian II. und Johann Karl fort, welche (1643) einen Erbvergleich errichteten, durch welchen Chriſtian, Biſchweiler zum Voraus bekam, und ſich nun die beyden Linien, nämlich die Birkenfeldiſche (welcher Zweybrücken anfiel) und die Gelnhauſiſche bildeten.

In der Veldenziſchen Linie beſtimmte Rupprechts Sohn Johann Georg durch Teſtament v. J. 1571 (als er noch erſt einen Sohn hatte) daß ſein erſtgeborner Sohn Univerſalerbe ſeyn, und falls er noch Brüder bekäme, dieſen benannte Landestheile und Geldnachſchüſſe auszeigen ſolle. Stürbe eine dieſer nachgebornen Linien aus, ſo ſolle immer die nächſt älteſte ſuccediren; bey Abgang ſämmtlicher Linien wurde die Zweybrückiſche im Veldenziſchen, die Sulzbachiſche im Lützelſteiniſchen, und die Vohenſtraußiſche im Guttenbergiſchen ſubſtituirt. Bey Erlöſchen dieſer Linie durch Leopold Ludwig (1694) ſollte deſſen Teſtament zufolge ihr Landestheil, dem Marburgiſchen Stammvergleiche gemäß an das Zweybrückiſche Haus gelangen, wie das auch genannter Leopold Ludwig durch Teſtament, zu Gunſten König Karls von Schweden beſtimmt hat.

Regierungs-Verzicht.

Der Regierungsverzicht Philipps zu Gunſten ſeines Oheims und Vormunds Friedrich iſt bekannt; bey dieſem Verzichte wurde Philipp von Friedrich adoptirt. Pfälziſche Prinzen die ſich dem geiſtlichen Stande widmeten wurden als ausgeſchloſſen von der Succeſſion betrachtet; jedoch kommt 1444 eine gegentheilige Beſtimmung vor.

Die Abfindung der nachgebornen Prinzen geſchah in Land und Leuten, oder Geld und Naturalien, je nachdem Teſtament oder Vertrag hierüber beſtimmte.

Familien=Streitigkeiten in dem Pfälziſchen Hauſe wurden in der Regel durch Stamm=Austräge entſchieden. [147])

Vormundſchaft.

In Betreff der Vormundſchaft im Churpfälziſchen Hauſe bemerken wir: über die Kinder K. F. Rudolfs I. war Graf Johann Vormünder und Adminiſtrator ihrer Lande.

In dem Vergleiche über den Churſtreit zwiſchen Rupprecht I. und Rupprecht II. 1356 wurde beſtimmt, daß die Vormundſchaft über den Minderjährigen jenem aus ihnen zuſtehen ſolle, der den andern überleben würde.

Ludwig der Bärtige übertrug die Vormundſchaft in ſeinem Teſtamente auf Pfalzgraf Otto (von Mosbach) ſeinen jüngſten Bruder 1413.

Kaiſer Sigmund in ſeinen goldenen Bullen (1414. 14.4) hatte aber beſtimmt daß die Vormundſchaft (im pfälziſchen Haus) bey dem älteſten Lineal=Verwandten ſtehen ſolle.

Pfalzgraf Otto verordnete (1444) daß ſein Vetter und der Teutſchmeiſter E. von Stetten Oberſtvormünder und Verweſer ſeiner Kinder und ihrer Lande ſeyn ſoll.

Wenn gleich Churfürſt Ludwig VI. in ſeinem Teſtamente (1581) den Markgrafen von Brandenburg, den Herzog von Würtemberg, und den Landgrafen von Heſſen zu Mitvormundern über den Prinzen Friedrich (IV.) ernannt, ſo wurde doch dieſe Beſtimmung als der goldenen Bulle und dem Herkommen im Churhauſe zuwider, von Pfalzgraf Joh. Caſimir angeſtritten, welcher ſich auch bey der ausſchließlichen Vormundſchaft behauptete.

Churfürſt Friedrich IV. ernannte (per testamentum) mit Umgehung der nächſten Agnaten, den Pfalzgraf Johann von Zweybrücken zum Tutor, welcher ſich auch im Beſitze zu erhalten wußte, trotz der zu Gunſten der tutelae legitimae angebrachten Einwürfe.

Die von Pfalzgraf Ludwig Philipp zu Simmern zur Vormünderin ernannte Gemahlin M. Eleonore (von Brandenburg) wurde vom Reichskammergericht als ſolche beſtätigt (1655).

Pfalzgraf Rupracht vou Veldenz übertrug die Vormundſchaft dem Sohne ſeines Bruders Wolfgang von Zweybrücken.

Die Pfalzgräfin Eliſabeth (Tochter Georgs des Reichen) ſetzte in ihrem Teſtamente den Pfalzgrafen Friedrich — oder ihren Schwiegervater Pfalzgraf Philipp zu Vormündern.

Pfalzgraf Alexander von Zweybrücken beſtimmte in ſeinem Teſtamente, daß ſeine Wittwe Margareth ihrer Kinder tutrix et curatrix und das Haupt ſeyn, und mit ihrem Sohne Ludwig und vier Räthen die Regierung führen ſolle.

Die Regenten der Churlinie gelangten mit zurückgelegtem 18ten Jahre zu Volljährigkeit. Eine (vom Kaiſer erlangte) venia aetatis kommt bey Pfalzgraf Chriſtian Auguſt von Sulzbach vor.

Ueber die Verbindlichkeit des Nachfolgers die Regierungs=Handlungen ſeines Vorfahrers zu vollziehen beſtanden, je nach den Objekten manche Controverſen.

Veräußerungen.

Von Uebertragung eines Landestheiles durch Schenkung giebt jene des Neuburgiſchen an Zweybrücken durch Pfalzgraf Otto Heinrich (1553) ein Beiſpiel; dieſer Uebertragung war eine Verſetzung dieſes Landestheiles für 100,000 fl. vorhergegangen.

---

147) Beiſpiele hievon de Annis 1444, 1543, 1553, 1570 und bey Moſer 23, p. 215 seg.

Mit Bewilligung der Brüder wurden von Pfalzgraf Otto (dem Sohne Kaiſer Rupprechts) einzelne Städte und Dorfſchaften an Würtemberg veräußert. 1440.

Von Abdankungen und Verzichten auf die gemeinſchaftliche Regierung und auf Succeſſion finden ſich im Pfälziſchen Hauſe einzelne Beyſpiele.

Heirathgut. Morgengabe ꝛc.

König Adolf verhieß ſeiner an Pfalzgraf Rudolf vermählten Tochter Mechtild 10,000 Mark Silbers als Heirathgut. In dem Heirathskontrakt zwiſchen Maria (Tochter Kaiſer Heinrichs) und Ludwig, Pfalzgraf Rudolphs Sohn, verſchreibt der Kaiſer ſeiner Tochter 16,000 Mark Heirathgut auf Reichsgüter; Rudolf entgegen eben ſo viel auf die Rheinpfalz; ſtirbt eines der Eheleute ohne Erben, ſo behält der überlebende die Nutznießung des Zugebrachten auf Lebenslang; dann geht das Gut an die nächſten Erben zurück.

Von Pfalzgraf Rudolph wurden ſeiner an König Karl IV. vermählten Tochter 6000 Mark Silber mitgegeben.

Albrecht Burggraf zu Nürnberg verlobte ſeinen Sohn Albrecht mit Eliſabeth Rupprechts d. J. Pfalzgrafen ehlicher Tochter, mit Verheißung von 12,000 Pfd. Haller Widerlage, 8000 Pfd. Morgengabe, und als Heimſteuer 12,000 Pfd. Haller. [148])

Ruprecht der Jüngere (II.) Pfalzgraf und Friederich Burggraf zu Nürnberg bereden eine Ehe zwiſchen Herzog Rupprecht (III.) und Eliſabeth inner Jahresfriſt zu vollziehen. Eliſabeth erhält 10,000 Schock behaimiſcher Grozzen, die ſie, wenn Burggraf Friedrich ohne Söhne verſtürbe, bevoraus haben, und dann mit den andern Schweſtern an allen Landen, Leuten, Gütern und allem Erbe gleichen Erbtheil bekommen ſoll, außerdem (wenn nämlich Söhne vorhanden) erhält ſie noch 2000 Mark löthigen Silbers als Zugeld. Ruprecht verſchreibt als Widerlage gleichfalls 10,000 Schock böhaimiſcher Grozzen, und 2000 Mark Silber, wenn letztere anfallen. Die beyden Gatten bleiben in lebenslänglichem Genuß dieſer Summen; nach ihrem Tode fallen ſie an ihre Kinder, oder wenn ſie keine hinterlaſſen, dahin, woher ſie gekommen. [149])

Von Churfürſt Rupprecht wurden ſeiner an Adolf von Cleve verheiratheten Tochter Agnes als „Medegabe und Zugeld" 25,596 fl. beſtimmt.

Ruprecht will ſeine Tochter Eliſabeth dem Herzog Friedrich von Oeſterreich zur Ehe geben, und ihm 40,000 fl. Zugeld verſchreiben auf die Reichsſtädte in Schwaben, oder auf ſeine eigenen Schlöſſer und Städte, wovon er jährlich 4000 fl. haben möge, jedoch gegen den Verzicht, als es in der Pfalz und in Bayern Gewohnheit und Herkommen iſt, und daß er ſeiner Gattin 40,000 fl. bewiedme, wovon ſie jährlich auch 4000 fl. habe. [150])

Herzog Hanns auf dem Nordgau verſchreibt ſeiner Gemahlin (Beatrix) zum ehrenden Lohne der Treue die ſie wieder für ihn hat, und damit ſie deſto lieber zu Neuburg vorm Wald wohne, ad dies vitae das Dorf Darhöler ſammt Zugehörung. [151])

---

148) Beyerreut St. Ulrichstag 1360.

149) Mergentheim St. Margarethentag 1366.

150) 1401. 4. post Petri et Pauli.

151) Neuburg, Montag vor assumtionis (13. Auguſt) und fügt unterm 23. Aug. ſein Haus zu Regensburg hinzu, das nach ihrem Tode dem Herzog Chriſtoph heimfallen ſoll; ferners die Herrſchaften Zeldern und Salern zur lebenslänglichen Nutzung; und im Jahre 1441 das Gericht Hohenfels.

Chriſtoph, König zu Dänemark ꝛc. verſchreibt ſeiner Gemahlin Dorothea eine Morgengabe von 15,000 fl. rhein. auf Auerbach, Eſchenbach, Holnberg und Turndorf mit ſolchem Gedinge, daß ſie dieſe 15,000 fl. nach ihrem Tode verſchaffen kann, wohin ſie will. [152])

Pfalzgraf Otto beſtimmt in ſeinem Teſtamente der Fräulein Margareth 5000 fl. Heimſteuer ſammt Geſchmuck.

Pfalzgraf Johann III. von Simmern verſchrieb ſeiner an den Grafen von Erbach vermählten Tochter Eliſabeth 6000 fl. zur Ehesteuer und Heirathgut.

Pfalzgraf Friedrich gab ſeiner an Herzog Johann von Sachſen vermählten Tochter 16,000 fl. und Pfalzgraf Philipp Ludwig (von Neuburg) der an Herzog Wilhelm von Sachſen verheiratheten Tochter 20,000 fl. Heirathgut.

Pfalzgraf Johanns von Zweybrücken Tochter Juliane brachte ihrem Gemahle (von Zweybrücken-Landsberg) 10,000 fl. zu.

Guſtav Samuels Gemahlin Dorothea (Tochter Pfalzgraf Leopold Ludwigs) erhielt als Brautſchatz 30,000 fl.

Die Morgengabe bey der Vermählung Pfalzgraf Philipp Ludwigs mit Anna von Jülich betrug 4000 fl. als tägliches Handgeld wurden 400 Pf. (?) beſtimmt.

Schon die Rupertiniſche Conſtitution beſtimmte: „Item es ſollen auch Unſers ältiſten Sohns, der der Herr iſt, und der andern Unſerer Söhne und Ihre Erben Töchter, ob ſie die gewinnen, allezeit ehe Sie zu ehelichen Mann gebend oder beyſchlaffend, verſchreiben oder verzeihen auf alle Erbtheil Unſer beyder Fürſtenthum, Land, Leuth und Zugehörungen, es wäre dann, daß von Unſerm Stamm nicht Söhne wären, ſo mögen die Töchter alsdann zu Ihrer Rechten daran ſtehen;" Und in der Diſpoſition Pfalzgraf Stephans v. J. 1444 heißt es: „Es ſoll auch, ob Unſere Söhne eheliche Töchter gewinnen, Ihr keine derſelben Töchter an ihren Herrſchafften, Schlöſſern, Lande und Leute nicht erben, noch kein Recht darzu haben die zu beſitzen, ſondern Sie ſollen mit Baarſchaft nach Gelegenheit, ob man ſie anderſt nicht in Klöſter oder Geiſtlichkeit thun will, usberathen werden, alſo, daß Sie und Ihre Eheliche Mannen auf die Herrſchaften verzeihen, und des gute Verzigs-Brief über ſich geben, es entwehre dann, daß von Unſerm und Unſern Söhnen Stamm und Linien, als ſich das nach einander gebühret, kein Sohn wäre oder verbliebe, ſondern Töchter, daß der Allmächtige Gott nicht wolle, die möchten und ſollten dann Erben, als ſich gebühret." Verzichte.

Ueberhaupt haben die Pfälziſchen Prinzeſſinnen (wie eine Reihe von Verträgen zeigt) gegen ihre Ausſteuer auf Land und Leute nicht blos, ſondern auch auf Baarſchaft und fahrende Habe verzichtet; doch iſt ſeit Friedrich IV. Zeit dieſer Verzicht auf ihre ſpezielle Linie beſchränkt worden.

Als bey Ausſterben der Simmer'ſchen Linie die Schweſter des letztverſtorbenen einen großen Theil der Churpfälziſchen Lande in Anſpruch nahm, wurde dieſer Streit durch Päbſtlichen Schiedsſpruch zu Gunſten von Churpfalz entſchieden 1702.

In Betreff der Mobiliar-Verlaſſenſchaft iſt zu bemerken, daß (wie auch das Pactum v. J.

---

152) Koppenhagen St. Mattheus des Zwölfboten 1445.

1553 ausdrücklich ſagt) auch die bona mobilia dem Regierungsnachfolger zufielen. Ganz in dieſem Sinne lautet auch die Diſpoſition Churfürſt Karl Ludwigs v. J. 1670.

Verfaſſung.

In Beziehung auf die Pfälziſche Verfaſſung iſt zu bemerken: In der untern Pfalz beſtanden keine Landſtände; ſohin war der Landesfürſt in Beziehung auf die Geſetzgebung und das Steuerweſen nur durch die Reichsgeſetze, das Herkommen, und einzelne beſondere Freyheiten der Unterthanen beſchränkt. Seit Aufhebung der Klöſter und Stifter gab es daſelbſt auch keine geiſtlichen Landſaſſen oder Standesperſonen. Der in der Pfalz begründete Adel gehörte in der Regel zur Reichsritterſchaft. Es beſtand zwar daſelbſt die Leibeigenſchaft, ſie zog aber nur die Leiſtung einer geringen Abgabe nach ſich, und war um ein Billiges ablöslich.

Von der Verfaſſung des Herzogthums Neuburg (und Sulzbach) wird an einem andern Orte die Rede ſeyn.

Im Jülich- und Bergiſchen beſtanden zweyerley Landſaſſen, nämlich a) die ſogenannten Unterherrn, und b) die Landſtände.

Die Unterherrn beſaßen die hohe und niedere Jurisdiktion und einzelne Regalien z. B. den Landzoll; deren gab es im Jülichſchen etliche zwanzig, im Bergiſchen nur zwey. Sie hielten Unterherrn-Tage, auf welchen ſie dem landesherrlichen Commiſſaire freywillige Beyträge bewilligten und ihre Gravamina anbrachten. Im Jahre 1496 vereinigten ſich die Jülich-, Cleve- und Bergiſchen Landſtände in einen gemeinſchaftlichen Körper. Die Landſtände theilten ſich übrigens in die Klaſſe a) der Ritterſchaft b) der Städte. Auf den Landtagen wurden die Berathungen je von den Jülichiſchen und Bergiſchen Ständen geſondert gepflogen, und ſodann ein gemeinſchaftliches Concluſum gefaßt.

Dieſe Landſtände waren mit herkömmlichen oder verbrieften Freyheiten begabt welche ihnen vor der Landeshuldigung beſtättigt wurden. Falls ihre Gravamina keine Abhülfe fanden, ſo konnten ſie ſich an das höchſte Reichsgericht wenden.

Das Steuerweſen und die Landesſchulden gehörten zu ihrer Competenz.

Der Ritterſtand beſaß einzelne beſondere Privilegien, z. B. das nobile praecipuum der älteſten Söhne; die Steuerfreyheit aller auch ſpäter erworbener Güter ꝛc.

Erztruchſeſſen- und Erzſchatzmeiſter-Amt.

Nebſt der Churwürde ſtand das Erztruchſeſſen-Amt bey der Pfälziſchen Linie; nachdem aber (in Folge Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes) dieſes Amt an die Wilhelminiſche Linie gekommen erhielt Churpfalz das Erzſchatzmeiſter-Amt.

Vicariat.

In Abweſenheit des Kaiſers übten die Pfalzgrafen in Kraft des Reichsvicariates die Statthalterſchaft im Reiche aus. Karl IV. ertheilte hiefür der Pfalz eine eigene Urkunde (1435).

Später hat die kaiſerliche Wahl-Capitulation hiefür das Maas gegeben.

Die kaiſerlichen Reichspoſten wurden von Churpfalz angenommen.

Gerechtſame.

Von dem Hauſe Churpfalz wurden folgende ſpezielle Gerechtſame in Anſpruch genommen:

1) das Recht nicht nur den Adel- ſondern auch den Freyherrn- und Grafenſtand zu ertheilen,

2) das Privilegium alle Reichspfandſchaften an ſich zu löſen,

3) die Oberherrſchaft über den Rheinſtrom (als Erbvogt des Rheines) und alle in dieſem Strome entſtehenden Inſeln zu beſitzen,

4) die Oberherrſchaft über den Neckar,
5) die Geleits=Gerechtigkeit in die benachbarten Länder,
6) das Oeffnungsrecht in allen Feſtungen die im Churpfälziſchen liegen,
7) der Ober= und Unterlandes=Schirm über die Aebte und Prälaten,
8) die Advokatie über Trier, Worms, Straßburg, Speyer, Würzburg, Fuld, Weiſſenburg, Selz, Limburg, Ravengersburg und Lorſch,
9) der Schutz über das Keßler=Handwerk,
10) das Wildfangsrecht,
11) das Zollrecht in einigen auswärtigen Landen,
12) Centgerechtigkeit in einigen reichsritterſchaftlichen Orten,
13) die Landvogtey im Elſaß (bis zum Jahr 1542).

Zu den Churpfälziſchen Gerechtſamen gehörte ferner:
1) das Recht bey dem Reichskammergerichte zwey Aſſeſſoren zu präſentiren,
2) das Privilegium de non evocando ſo wie auch de non appellando,
3) die Concurrenz zur Kammergerichts=Viſitation,
4) das privilegium exemtionis von dem Rotweiliſchen Hofgericht.

Die wichtigern Pfälziſchen Hausverträge folgen in einer Beylage.

V.
Staatsrechtliche Verhältniſſe des Pfalz=Zweybrückiſchen Hauſes insbeſondere. [153])

Der Herzog von Zweybrücken hatte auf der weltlichen Fürſtenbank den ſiebenten Platz.

Sein Titel war: Von Gottes Gnaden, Pfalzgraf bei Rhein, in Bayern, zu Jülich, Kleve und Berg Herzog, Fürſt zu Mörs, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark, Ravensperg und Rappoltſtein, Herr zu Ravenſtein und Hohenak ꝛc. Titel.

Das Wappen beſtand in einem zweymal in die Quere getheilten Schild, deſſen erſte Reihe zweymal, die mittlere viermal, die unterſte dreymal in die Länge getheilt iſt. Wappen.

Der mittelſte Wappenplatz in der mittlern Reihe zeigte in einem etwas erhabenen Schild im ſchwarzen Feld einen goldenen Löwen mit einer rothen Krone wegen der Pfalz am Rhein.

Der erſte Wappenplatz in der erſten Reihe war von Silber, und blau ſchräg rechts geweckt wegen des Herzogthums Bayern.

Der zweite Platz in der erſten Reihe hatte im güldenen Feld einen ſchwarzen Löwen, wegen des Herzogthums Jülch.

Der dritte Wappenplatz in der erſten Reihe hatte im rothen Feld acht goldene Lilienſtäbe,

---

153) Nach J. H. Bachmann.

welche in Form eines gemeinen und Andreas-Kreuzes aus einem ſilbernen Schildlein hervorheben, wegen des Herzogthums Kleve.

In der mittlern Reihe beſetzte den erſten Platz im ſilbernen Feld ein rother Löwe mit einer blauen Krone, wegen des Herzogthums Berg.

Der zweite Wappenplatz enthielt im goldenen Feld einen ſchwarzen Querbalken, wegen des Fürſtenthums Mörs.

Der vierte Wappenplatz hatte im ſilbernen Feld einen blauen gekrönten Löwen, wegen der Grafſchaft Veldenz.

Der fünfte und letzte Wappenplatz in dieſer Reihe enthielt einen roth und ſilbergeſchachten Schild, wegen der Grafſchaft Sponheim.

Die dritte und unterſte Reihe hatte im erſten Wappenplatz im güldenen Feld einen aus drey rothen und ſilbernen Schachreihen beſtehenden Querbalken, wegen der Grafſchaft Mark.

Der zweite Wappenplatz im ſilbernen Feld drei rothe Sparren, wegen der Grafſchaft Ravensperg.

Der dritte Wappenplatz im ſilbernen Feld drei rothe Schildlein, wegen der Grafſchaft Rappoltſtein.

Der vierte und letzte Wappenplatz im ſilbernen Feld drey gekrönte ſchwarze Rabenköpfe, wegen der Herrſchaft Hohenak.

Die Schildhalter waren zwey aufgerichtete gekrönte rechts und links ſeitwärts ſehende Löwen.

Das ganze Wappen war von einem Mantelzelt bedeckt, auf deſſen Spitze die Herzogliche Krone ruhet, wie ſolche die regierenden Fürſten aus denen Churhäuſern führen.

Nebſt deme hatte der Herzog noch an ſeinem eigenen Siegel a) den Pfälziſchen Hausorden von St. Hubert, b) den Bayeriſchen Hausorden von St. Georg, deſſen Großprior er iſt, c) den Bayeriſchen St. Michels-Orden, deſſen Großmeiſter er iſt, und d) den Pfälziſchen Löwenorden.

Die Herzoge von Zweybrücken empfiengen ihr Herzogthum mit allen Regalien und Hoheiten von Kaiſer und Reich coram throno zu Lehen.[154]) Im Jahre 1570 wurde die Agnatiſche Mitbelehnung bey dem Herzogthume eingeführt. Herzog Wolfgang erhielt im Jahre 1566 auch die Mitbelehnung an der Chur.

So lange die Kaiſer die Reichstage in Perſon beſuchten, erſchienen auch die Herzoge von Zweybrücken perſönlich an deſſen Hoflager.

Auf den Kreistagen führte Pfalz-Zweybrücken eine Stimme wegen des Herzogthums und präſentirte auch zu den Stellen der Reichskammergerichts-Aſſeſſoren.

Erbfolge-Ordnung. In dem Pfalzbayeriſchen Hauſe waren bis zu Einführung der Primogenitur, Familien-Theilungen unter dem Geſetz eines Fidei-Commiſſes gebräuchlich.

---

154) Im Jahr 1470 zu Volkenmarkt in Kärnthen am Montag nach St. Urbans Tag (28. Mai) wurde Herzog Ludwig der ſchwarze das erſtemal von Kaiſer Friederich „mit allen und jeden ſeinen Regalien, Lehen, und Weltlichkeit mit ihren Mannſchaften, Herrſchaften, Lehenſchaften, Erzen, Bergwerken, Wildbännen, Waldneyen, Ehren, Rechten, Würden, Zierden, hohen und niedern Gerichten, Gerichtzwängen und allen andern Rechten und Gerechtigkeiten ſo dazu gehören" belehnet.

Durch Vertrag der drey Rupprechte im Jahre 1378 wurde feſtgeſetzt, daß in der obern und untern Pfalz dem regierenden Churfürſten ein ſogenanntes Chur-Präcipuum ausgeſetzt werden ſolle, welches niemals vertheilt werden dürfe.

Der erſte Herzog in Zweybrücken Ludwig der Schwarze verordnet in ſeinem Teſtamente (vom 4. Dez. 1479) daß ſein Land unzertrennt beyſammen bleiben, und daß ſeine Wittwe mit jenem aus ſeinen vier Söhnen den ſie für den Tüchtigſten hält die Regierung führen ſolle.

Herzog Alexander (des vorigen Sohn) verordnete in ſeinem Teſtamente (14. Okt. 1514) daß ſein älteſter Sohn Ludwig allein regierender Herr, und die beyden jüngern Söhne Geiſtlich werden ſollen.

Ludwigs Nachfolger war deſſen einziger Sohn Herzog Wolfgang, welcher durch ſein Teſtament (dd. 18. Aug. 1568) die Primogenitur in ſeinen Landen einführte. Er gab dahero dem Erſtgebornen das Herzogthum Neuburg, dem Zweitgebornen das damalen äußerſt verſchuldete Herzogthum Zweybrücken, dem dritten die Aemter Sulzbach, Hilpoltſtein und Allerſperg aus den Neuburgiſchen Landen, dem vierten die Aemter Parkſtein und Weyden, auch aus dem Neuburgiſchen, und dem fünften die Pfälziſche zum Herzogthum Zweybrücken gehörige Hälfte der hintern Grafſchaft Sponheim. „Jeder der drey jüngſten Söhne ſollte aus denen ihm angewieſenen Aemtern 6000 Gulden Nutzung ziehen. Nebſt deme ſubſtituirte er dieſe ſeine 5 Söhne oder deren eheliche männliche Leibeserben ihr einen dem andern nach, dergeſtalt daß auf Abgang einer Linie abweg der nächſte unter ſeinen jüngern Söhnen, oder deſſelben eheliche männliche Leibeserben jedoch mit der Beſcheidenheit, das iſt unter der ausdrücklichen Verordnung, daß der ältere allein regiere, in der Regierung folgen ſolle. Mithin ſollte auf Abgang der Neuburgiſchen als der erſten Linie die Zweybrückiſche in die Regierung des Herzogthums Neuburg fortrücken, das Fürſtenthum Zweybrücken aber von dem Erſtgebornen in der nächſtfolgenden Linie wieder erſetzt werden. Eben ſo, wann die Zweybrückiſche Linie ausſterben, die Neuburgiſche aber noch beſtehen würde, ſolle der Erſtgeborne aus der nächſtfolgenden Linie zu dem Beſitz des Herzogthums Zweybrücken kommen, und ſolchergeſtalt überhaupt ein Wolfgangiſcher Sohn dem andern nach ſubſtituirt ſeyn.“

In Anſehung des Deputats der drei jüngern Herren war die Subſtitution dieſe: „Wann einer dieſer drey Herren entweder mit Tod abgehen oder ihn die Ordnung treffen würde, in das Fürſtenthum Zweybrücken vorzurücken, ſo ſollen die ihm eingeräumte Aemter an das Herzogthum, zu welchem ſie gehören, zurückfallen, dieſes Herzogthum aber ſchuldig ſeyn, denen beeden überlebenden jüngern Söhnen oder denen männlichen Erben alljährlich 6000 fl. zu gleichen Theilen auszuzahlen. Würden aber zween der jüngern Söhne mit Tod abgehen, oder durch Abgang der ältern Linien in die Regierung vorrücken, ſo ſollen die Herzogthümer an welche die Deputat-Lande zurückfallen die halbe Nutzung behalten, die andere halbe Nutzung aber der alsdann noch allein übrigen Linie eines der drei nachgebornen Wolfgangiſchen Söhne mit jährlichen 6000 fl. auszahlen.“

Ein beſtimmtes Appanagial-Quantum hat im Pfalzweybrückiſchen Hauſe nicht beſtanden; ſondern die Appanagen oder Deputate der Nachgebornen wurden von den Vätern, in Verhält- Appanagirung

niß zu den diſponibeln Mitteln, nach der Billigkeit feſtgeſetzt, in ſo weit nicht durch große geiſtliche Pfründen ohnehin vorgeſorgt war. [155])

Eigene Verzichte fielen, nachdem ohnehin rechtsverbindliche Verträge in die Mitte traten, als überflüſſig hinweg.

Vermählung und Verſorgung der Prinzeſſinnen.

Herzog Wolfgang beſtimmte in ſeinem Teſtamente daß ſich ſeine Kinder nicht ohne Rath der nächſten Anverwandten vermählen ſollen.

Ueber das Maaß des Heirathsgutes der Prinzeſſinnen von Zweybrücken war in ältern Zeiten keine feſte Beſtimmung getroffen. [156])

Herzog Wolfgang wies in ſeinem Teſtamente jeder ſeiner Töchter 20,000 fl. Heirathgut und 8000 fl. Ausfertigung an.

Die Ausſteuer der Prinzeſſinnen nachgeborner Prinzen mußte von dieſen ſelbſt beſtritten werden.

Die Prinzeſſinnen waren (vermöge des Herzogs Wolfgangiſchen Teſtaments) verpflichtet, bey ihren Vermählungen ausdrücklichen eidlichen Verzicht zu leiſten auf allen väterlichen, altmütterlichen, auch mütterlichen und ſchweſterlichen Anfall. Sie würden übrigens ohnehin ipso jure pro renunciatis gehalten. Seit dem Jahre 1604 wurde aber von dem Verzichte auf die mütterliche Erbſchaft in dem Pfalz-Zweybrückiſchen Hauſe Umgang genommen.

Unvermählte Prinzeſſinnen (inſoferne ſie nicht in den geiſtlichen Stand traten) mußten mit aller gebührenden Nothdurft verſorgt werden. [157]) Auch ſie galten pro renunciatis. Eheſteuer und Leibzucht der ohne Erben verſtorbenen Prinzeſſinnen fielen an den regierenden Herrn zurück. In Betreff des Paraphernals beſtimmte Herzog Wolfgang daß dasſelbe, wenn kein Teſtament vorhanden war, auf die beyden ältern Söhne oder ihre Erben fallen ſolle.

Wittwen, und deren Gehalt.

Der Wittum der Pfalz-Zweybrückiſchen Wittwen richtete ſich in der Regel nach dem eingebrachten Heirathsgut, und wurde in den meiſten Fällen in der Art beſtimmt, daß fünf Prozente der dos nebſt fünf Prozenten der Widerlage das Quantum des Wittums bildeten. [158])

---

155) Herzog Stephans zweyter Sohn wurde Biſchof zu Straßburg und bekam kein Deputat; der dritte Sohn Stephan bekam 400 fl. an Geld, 5 Fuder Wein, 60 Malter Korn, 200 Malter Haber und einen Anſitz zu Ehrenberg.

Des Herzog Alexanders zwey jüngere Söhne bekamen jeder 500 fl. jährlich. Herzog Wolfgang beſtimmte jedem ſeiner drey jüngern Söhne 6000 fl. jährliche Renten auf Land und Leute. Herzog Johann wies ſeinen nachgebornen Prinzen einen Anſitz mit 3000 fl. an. Herzog Johann des zweyten jüngerer Sohn erhielt ein Deputat von 2000 fl. In der Birkenfeldiſchen Linie wurde durch Teſtament Herzog Karls, dem zweytgebornen Sohne Friedrich eine Terz der Sponheimiſchen Renten angewieſen, und Chriſtian der drittgeborne erhielt die von Pfalzgraf Friedrich heimgefallenen 3000 fl.

156) Herzog Ludwig der Schwarze gab der einen ſeiner Prinzeſſinnen 5000 fl., der zweyten 8000 fl. Eheſteuer. Herzog Alexanders Tochter erhielt (während der Wolfgangiſchen Vormundſchaft) 4000 Reichsthaler Heirathgut.

157) Herzog Chriſtian I. beſtimmte 500 Reichsthaler für ſeine unvermählten Prinzeſſinnen.

158) Das Wittum der Gemahlin Herzog Ludwig des Schwarzen betrug 1800 fl. (ſie hatte 18,000 fl. dos eingebracht). Herzog Alexanders Wittwe hatte 800 fl. Wittumgehalt; die Wittwe Ludwig des Jüngern

Neben dem Wittum wurde der Gemahlin die Morgengabe als Eigenthum überlaſſen. Eine gewiſſe Summe war dießfalls nicht beſtimmt. [159])

Die Beſtimmung eines Hand= und Spielgeldes blieb ganz dem Ermeſſen des Fürſten überlaſſen.

In dem einzigen Falle in welchem eine Pfalz=Zweybrückiſche Wittwe zur Ehe ſchritt [160]) wurde es ſo gehalten daß

a) der Frau Wittib für ihren Wittums=Genuß und eingebrachtes Heurathsgut ad 20,000 fl. vermög Vergleichs vom 17. Nov. 1540 alljährlich 1200 fl. das iſt die Zinſe zu 6 Prozent verwilliget wurden, wogegen ſie die Wittums=Verſchreibung zurückgab;

b) ein Inventarium über Silber, Kleinodien und anders, ſo ſie mit ſich genommen, gefertiget wurde, worüber ſie quittirte.

Nach ihrem Abſterben erfolgte ein anderweitiger Vergleich zwiſchen Herzog Georg und Herzog Wolfgang, vermög deſſelben mit Ausbezahlung obiger 1200 fl. auf Herzog Georgs Lebenszeit kontinuirt, und ihme noch weiter alljährlich 6 Fuder Moſelwein bewilliget wurde. Dagegen gab derſelbe die laut Inventariums, ſeiner verſtorbenen Gemahlin mitgegebene Koſtbarkeiten wieder heraus, und die noch hinter ſich gehabten, die hintere Grafſchaft Sponheim betreffende Akten.

Fürſtl. Vormundſchaften.

In dem Pfalz=Zweybrückiſchen Hauſe wurde die vormundſchaftliche Regierung ſtets von der Frau Wittwe geführt, wozu in einigen Fällen entweder durch teſtamentariſche Diſpoſition, oder eigene Wahl Jemand beygeordnet war. Hiebey mußte aber die Wittwe auf eine zweyte Ehe Verzicht leiſten.

Anwartſchaften.

Die Pfalz=Zweybrückiſche Linie hatte bereits im XVII. Jahrhundert die Anwartſchaft auf

---

1200 fl.; Herzog Wolfgangs Gemahlin 2000 fl. (ſie hatte 20,000 fl. dos). Herzog Johann I. verſprach ſeiner Gemahlin (die 25,000 Goldgulden eingebracht) 400 Reichsthaler Spielgeld, und 3800 fl. Wittum nebſt Schloß und Amt Landsberg. Herzog Johann II. vermählte ſich mit der Prinzeſſin von Rohan. Es wurde derſelben vor ihre Erbſchaft die Herrſchaft Garnache en Poitou eingeräumt, und ihren Verwandten die Loſung auf 10 Jahr mit 100,000 Pf. vorbehalten. Bis dahin ſollte ſie jährlich 5000 Pf. Penſion zu ihrem ameublement, Kleidung, menus plaisirs und Beſoldung ihrer franzöſiſchen Bedienten behalten, und dazu noch einen jährlichen Zuſchuß von 400 fl. von ihrem Herrn Gemahl bekommen. Der Wittum wurde ihr auf Bergzabern mit 15,000 Pfund angewieſen.

Nachdem dieſe Herzogin im erſten Kindbett geſtorben war, vermählte ſich der Herzog anderweit mit Churfürſt Friedrichs IV. zu Pfalz Tochter, welche 32,000 fl. Heirathgut einbrachte und zum Wittum 3200 fl. erhielt, welche auf Bergzabern theils an Geld, theils an Naturalien in einem ſehr geringen Anſchlag, nemlich das Fuder Wein 20 fl., das Malter Korn 1 fl., Gerſte 56 kr., Spelz 40 kr., Haber 40 kr. angewieſen worden. Nebſt deme wurde die Eichelmaſtung, Gärten, Wieſen, Aecker, Fiſcherei, Jägerei, Federvieh, Frohnd ꝛc. gar nicht in Anſchlag gebracht, anbei der Frau Wittib die niedere Gerichtsbarkeit akkordirt.

159) Herzog Ludwig d. J. gab 3000 fl. zur Morgengabe; Herzog Johann I. 4000 fl.; Johann II. 3000 fl.; Friedrich Ludwig 2000 fl.; Herzog Guſtav 3000 fl.

160) Die Pfalzgräfin Eliſabeth, Mutter Herzog Wolfgangs, vermählte ſich in zweyter Ehe mit Herzog Georg von Simmern.

alle Pfalzbayeriſche Churlande, in Kraft der Hausverträge; ferner auf die Succeſſion in jene zwey Fünftheile der vordern, und in die Hälfe der hintern Grafſchaft Sponheim, welche das Haus Baden beſaß.

Privilegien. Die Privilegien dieſer Linie beſtanden

1) in der Exemtion von fremden Gerichten (Urk. Kaiſer Friedrichs dd. 1448).

2) Befreyung von dem Hofgericht zu Rottweil (Urk. Kaiſer Max I. dd. 1500).

Verträge welche zwiſchen der Pfalz-Zweybrückiſchen Linie und den andern Pfalzgräflichen Linien geſchloſſen worden.

1) In dem Vertrage v. J. 1425 zu Beinheim (19. März) verordnet Graf Johann von Sponheim aus der Starkenburger Linie, daß Markgraf Bernhard und Graf Friederich (ſeine beyden Geſchwiſterkinder) oder ſo ſie den Fall nicht erlebten, der älteſte Prinz von Baden und der älteſte Sohn Herzog Stephans, Graf Friederichs Enkel, und nach ihnen allezeit der älteſte Prinz in der Grafſchaft ſuccediren, und ſolche in rechter unvertheilter Gemeinſchaft beſitzen ſoll.

Baden ſoll Graf Johannſen, und Veldenz Graf Simons von Kreuznach Wappen führen.

Wann eines Theils Mannsſtamm ausſtürbe, ſoll der andere Theil Wappen, Land und Leute erben.

Es ſoll von der Grafſchaft nichts verkauft noch verſetzt werden.

2) Durch Vertrag v. J. 1444 (16. Sept.) theilten Herzog Stephan und Graf Friederich von Veldenz ihrer beederſeitiger Lande unter des erſtern erſtgebornem und viertgebornen Söhnen Friederich und Ludwig.

Friederich bekam ſeines Großvaters Theil an Sponheim, und von ſeinem Vater die Lande auf dem Hundsrück.

Ludwig bekam die großväterliche Grafſchaft Veldenz, und von ſeinem Vater Zweybrücken.

Herzog Friederich ſollte ſich Graf von Sponheim ſchreiben, und das Wappen führen ſo Graf Simon geführt hat.

Herzog Ludwig ſollte ſich Graf zu Veldenz ſchreiben und das Veldenziſche Wappen führen.

Was in beeder Herren Theil Lehen iſt, ſollte jeder ſelbſt empfahen.

Wann einer der beeden Herren mit Tod abgehen würde, ſo ſollte der andere deſſen Lande erben.

Künftige Erbſchaften ſollen beede Herren zu gleichen Theilen haben.

3) Durch Vertrag v. J. 1553 zu Neuburg an der Donau den 13. November, ſchenkt Herzog Ott Heinrich ſein Herzogthum Neuburg dem Herzog Wolfgang zu Zweybrücken durch eine Schenkung unter den lebendigen.

4) Vertrag v. J. 1557 und 1568:

Im Jahre 1557 den 30. Juni veranlaßt der nunmehrige Churfürſt Otto Heinrich einen Vertrag zwiſchen Herzog Friederich, Georg und Reinhard von Simmern Gebrüdern, und Herzog

Wolfgang zu Neuburg und Zweybrücken, in welchem ſich alle zuſammen verbinden die Hausverträge zu halten, den Herzog Wolfgang in dem Beſitz des Herzogthums Neuburg nicht zu ſtören, und einander bei allen Gelegenheiten treu zu meinen und zu helfen.

Herzog Wolfgang ſetzt in ſeiner letzten Willensmeinung vom Datum Meiſenheim den 18. Aug. 1568 Art. 9 ſeinen älteſten Sohn, Herzog Philipp Ludwig zum regierenden Herrn im Herzogthum Neuburg ein. Im 19. Artikel wird unter ſeinen fünf Söhnen die Subſtitution feſtgeſetzt, und unter denſelben die Lineal=Erbfolge nach dem Recht der Erſtgeburt eingeführt, ſo daß immer auf Abgang einer dieſer fünf Linien die nächſtfolgende ſuccediren, in derſelben aber nur der ältere allein regieren ſolle.

5) In dem Vertrage v. J. 1543 zu Marburg den 3. Okt. räumet Herzog Wolfgang ſeinem geweſenen Vormund Herzog Ruprechten folgendes ein:

Lautereken, Schloß und Flecken, nebſt den Dörfern Heinzenhauſen, Lohnweiler, Berſchweiler, Winnsweiler und dem Jettenbacher Gericht, das Kloſter Remigsberg, das Haus Veldenz, ſammt dem Thal und gehörigen Dörfern, Veldenz das Thal, Burgen, Gorenhauſen, Duſemond, Mühlheim und Andel ſammt dem Zehenden und Bergwerk, den Zehenden und Kirchenſatz zu Brombach, endlich die Mühl zu Stegen, ſtatt der nach Remigsberg gehörig geweſenen Zehenden zu Pfeffelbach und Alben.

Doch ſoll Herzog Wolfgang als der regierende Fürſt alle Mann= und Lehenſchaft behalten, auch die Lehen bei dem Reich, Churfürſten, Fürſten und Prälaten nehmen, und die Reichsbeſchwerden tragen, welche — wann eine gemeine Anlage durch's Reich bewilliget wird, Herzog Ruprecht in denen ihm abgetretenen Orten heben und an Herzog Wolfgang liefern ſolle.

Nebſtdem wird die Unveräußerlichkeit der Lande, und die wechſelſeitige Erbfolge auf eines der beiden Theile Abgang im Mannsſtamm verglichen.

6) Durch Vertrag v. J. 1565 zu Augſpurg den 27. May kommt eine Theilung zu Stand. Herzog Georg Hanns als der jüngere wählte die Grafſchaft Lützelſtein, die halbe Herrſchaft Guttenberg, den Weiſenburger und Kleeburger Wein=Zehenden, und das Theil an dem Flecken Alſenz; Herzog Wolfgang aber bekam die halbe hintere Grafſchaft Sponheim.

7) Durch Vertrag v. J. 1584. Bergzabern den 24. Juni 1584 räumet Herzog Johann I. in Kraft des Wolfgangiſchen Teſtaments ſeinem Bruder Herzog Karl die hintere Grafſchaft Sponheim ein.

8) Vertrag v. J. 1426. Graf Johann zu Sponheim ſetzt ſeine inſtituirten Erben, Baden und Veldenz in die Gemeinſchaft der vordern Grafſchaft mit Churfürſt Ludwig.

9) Durch Vertrag im Jahre 1708 theilen Churpfalz und Baden die vordere Grafſchaft Sponheim, zu reſpektive drey und zwey Fünftel.

Neuntes Kapitel.

Rück- und Vorblick auf die Ausbildung des Reichs-Staatsrechtes bis zum weſtphäliſchen Frieden inclusive. *)

I. Carolingiſche Periode. Es beſteht eine erbliche und untheilbare Monarchie in ebenfalls erblicher Verbindung mit dem römiſchen Kaiſerthum. Der Gehorſam gegen die königliche Gewalt beruht auf einer eigentlichen Unterwürfigkeit der Volksgemeinden unter dieſe Gewalt. Der König übt ſeine Regierungsrechte durch ſeine Staats- und Hofbeamte aus. Zu allen wichtigen Reichs-Angelegenheiten iſt der Beirath der Reichsſtände erforderlich, welche ſich auf den Reichstagen zu verſammeln haben. Zu dieſen Reichsſtänden ſind zu zählen die Biſchöfe, der Adel, und die Staats- und Hofbeamten (Majores, Seniores, Optimates). Die Gerichtsbarkeit wird in den Volksgerichten durch die Grafen, in höherer Inſtanz aber durch den Miſſus und Pfalzgrafen, und in höchſter Inſtanz durch den König ausgeübt, an welchen appellirt werden kann, und welcher die Sachen der Großen unmittelbar zu entſcheiden hat. Der König erläßt das Aufgebot zur Heeresfolge unter ſeinem Banne, und es ſind nicht blos zunächſt die dem Könige zu beſonderer Treue verpflichteten Vaſallen, ſondern auch überhaupt jeder freye Mann ſo wie der Adel mit ſeinen Dienſtleuten, und der Kirchenvogt mit den Dienſtleuten der Kirche zum Kriegesdienſte verpflichtet (und in dieſer Kriegsverfaſſung liegt denn auch für die carolingiſche Periode ſchon der Grund in den einzelnen Provinzen Herzoge und Markgrafen aufzuſtellen). Dem Könige als ſolchem ſtehen gewiſſe Güter und Einkünfte des Reiches zu, nämlich:

a) königliche Domainen;

b) Lieferungen und Geſchenke und Verpflegungen (ſeiner Perſon und ſeiner Beamten);

c) ein eigentlicher Cenſus;

d) nutzbare Regalien (Zölle, Münze, Forſte ꝛc.);

e) Confiskationen.

II. In die Periode welche auf jene der Carolinger folgt — fällt auch die Begründung des teutſchen Herzogthumes, namentlich in Bayern; und zwar hier anfangs in Ver-

*) Hauptſächlich nach Eichhorns deutſche Staatsgeſchichte.

einigung mit dem Herzogthum Kärnthen und mit der, dem Herzoge Arnulf beſonders zugeſtandenen Gewalt die Biſchöfe zu inveſtiren. Aus der carolingiſchen Gränz-Grafſchaft geht nun das Herzogthum in eine vom Reiche verliehene Amtsgewalt über, welche außer der Vollziehnng des Heerbannes und des königlichen Schutzes über die Kirchen, auch den größten Theil der miſſatiſchen Competenz in ſich aufnimmt, und nur in Beziehung auf die Juſtiz für die Privilegirten, und die Verwaltung des Reichsgutes, die Pfalzgrafen zur Seite hat. In dieſen Herzogen ſelbſt aber treten nun jene Führer der deutſchen Volksſtämme hervor, die aus Deutſchland ein Wahlreich machen. Das Reichs-Staatsrecht ſelbſt aber modifizirt ſich nun in folgender Weiſe: An die Spitze des deutſchen Reiches ſteht der von den Reichsſtänden gewählte, durch die Krönung zu Aachen zum Könige — durch die Krönung zu Rom zum Kaiſer erhobene König. Dieſer gelobt dem Reiche die Huld. Die Rechte dieſes Königs als römiſchen Kaiſers beſtehen in der Schirmvogtey über die chriſtliche Kirche, und der oberſten weltlichen Gewalt über die Chriſtenheit; die Regierung des Reiches führt er aber nur nach dem Rathe der Reichsſtände aus, welche nun die frühere Amtsgewalt der Herzoge und Grafen lehensweiſe als eigenes Recht ausüben. Dieſe Reichsſtände ſind entweder Fürſten oder Herrn. In die Klaſſe der erſten gehören alle diejenigen, welchen der König das Fahn-Lehen über einen ganzen Amtsſprengel verliehen hat, der ſich nun auch über alle in demſelben gelegenen Grafſchaften erſtreckt. In die Klaſſe der Herren aber gehören diejenigen, welche ein, meiſt aus einem Aggregate theils allodialer theils lehenbarer Herrſchaften beſtehendes Territorial-Beſitzthum haben, das der Amtsgewalt des Fürſten nicht unterworfen war. Die Reichsſtandſchaft ſteht den geiſtlichen und weltlichen Fürſten und Herrn als rein perſönlich zu. Der Reichskriegs-Verfaſſung gemäß ſind alle Reichsſtände zum Kriegesdienſte verpflichtet, welcher aber bald durch die Ritterſchaft, die Freyen, und die Städte faſt ausſchließlich geleiſtet wird. Die Concurrenz zum Unterhalte des Heeres, und die Verpflegung des Königs und ſeiner Beamten bey den Heereszügen, bleibt noch immer eine gemeine Laſt aller Reichs-Unterthanen. Die fiskaliſchen Renten beſtehen:

1) in den Zöllen, die zwar dem Weſen nach immer als dem Reiche unmittelbar angehörend betrachtet, aber von den Königen häufig veräußert werden. Jedoch übte ſelbſt über dieſe das Reichsoberhaupt eine obere Aufſicht.

2) In ähnlicher Weiſe verhält es ſich mit der Münze, von welchem Regale dem Könige zuletzt nur die in den Reichsſtädten befindlichen Münzſtätten übrig blieben.

3) Zu dem königlichen Fiskus gehören ferner die durch den Kaiſer als Lehensherr von den Stiftern und Abteyen erhobene Königsſteuer und

4) das eben in dieſem Zeitraum ſich erſt recht ausbildende Bergwerksregale.

Was die Regalien überhaupt betrifft ſo werden ſie nunmehr zum Theil ſchon als kaiſerliche Rechte betrachtet, welche von den Reichsſtänden als Eigenthum beſeſſen, und auch wieder weiter an dritte verliehen werden; zum Theil werden ſie überhaupt als Rechte geltend gemacht, bey welchen Eigenthum und Hoheitsrecht in Verbindung geſtellt waren; und es kam nun darauf an, ob ein ſolches Regal ganz zum Eigenthum, oder zu Lehen — in ſeinem ganzen Umfange — oder nur zur Ausübung einzelner Befugniſſe überlaſſen wurde. Als Regal wird betrachtet:

1) der Forſt= und Wildbann, 2) das Bergregal, 3) das Salzregal (das ſeinen Urſprung jedoch in dem Eigenthumsrechte des Landesherrn an dem betreffenden Grund und Boden zu ſuchen hat). 4) Die Fiſcherey in öffentlichen Strömen. 5) Das Recht über Landesſtriche zu verfügen welche nicht innerhalb einer Gemarkung lagen und unangebaut waren.

An das Herzogthum geht nun im Verfolg dieſer Ausbildung der Verfaſſung über:

1) das Recht von ſeiner Lehens= und Dienſtmannſchaft den Reichsdienſt zu fodern,

2) das Recht im Nothfalle alle Landſaſſen zur Landwehr aufzubieten und die Landes=Kriegsfrohndienſte zu fodern (von welchen jedoch die Ritterſchaft, Geiſtlichkeit, und manchmal auch die Städte ausgenommen waren),

3) das Recht von der Lehen= und Dienſtmannſchaft die Vertheidigung der landesherrlichen Rechte in gerechten Fehden zu fodern;

4) kein Landſaſſe darf ohne landesherrliche Bewilligung eine Veſte bauen;

5) eine Steuer kann der Landesherr nur als Grund= und Leibherr, nicht aber als Schutzherr fodern (wenn eine ſolche nicht etwa ſchon hergebracht iſt, was aber faſt überall der Fall war). Doch iſt es bereits gewöhnlich daß ihm für die Fälle 1) des Reichsdienſtes 2) der Reiſen an den kaiſerlichen Hof und die Reichstage, 3) gemeiner Landesvertheidigung, 4) des Auslöſens aus der Gefangenſchaft, 5) der Ausſtattung ſeiner Töchter — ſogenannte Beden auf ſein Begehren gereicht werden.

An Einkünften beziehen die Landesherrn außer der benannten „Bede"

1) den Gewinn aus den ihnen vom Kaiſer verliehenen nutzbaren Regalien;

2) die Einkünfte aus den Domainen (wozu die ihnen als Gutsherrn zuſtehenden Waldungen, Mühlen und Gewäſſer gehörten).

III. Periode vollkommen ausgebildeter Landeshoheit. Während die (früher nur aus dem Beſitze einzelner königlicher Gerechtſame, in Verbindung mit eigenthümlichen und ſchutzherrlichen Rechten beſtehende) Landeshoheit, ſich zur vollſtändigen öffentlichen Gewalt ausbildet, treten die Churfürſten als die präeminenten Reichsſtände in engere Verbindung, und die Reichsſtädte machen volle Reichsſelbſtſtändigkeit geltend. Jene halten nun häufig Verſammlungen unter ſich, abgeſondert von dem übrigen Herrenſtande. So zerfällt denn die Reichs=Verſammlung in drey verſchiedene Collegien. Aber nur ein Schluß über welchen ſich alle drey Collegien vereinigen gilt als Reichsſchluß. Doch wird auch das worüber ſich der Kaiſer mit dem Mächtigſten vereinigt, in einen Reichsabſchied gebracht.

Ausdrücklich an die Einwilligung der Reichsſtände bleiben gebunden: 1) die Veräußerung von Reichsgütern, 2) Verleihung größerer Reichslehen, 3) die Ertheilung wichtiger Privilegien; vor Allem aber 4) die Abfaſſung von Reichsgeſetzen. Allein alle Angelegenheiten welche den politiſchen Verhältniſſen nach, der Mitwirkung der Reichsſtände bedürfen, müſſen gleichwohl als wirkliche Reichstagsſachen behandelt werden. Und wenn auch der Kaiſer dießfalls nicht immer Reichstag hält, ſo ſieht er ſich doch gezwungen für wichtigere Reichs=Handlungen die ſchriftliche Zuſtimmung der Churfürſten (Willbriefe) zu erheben. Die Handhabung ihrer Wahl= und andern Gerechtſame überhaupt, ſo wie auch die wechſelſeitige Zuſicherung gemein=

ſchaftlichen Zuſammenwirkens in ihren Angelegenheiten, macht die Churfürſten darauf bedacht in feſtere Einigungen zuſammenzutreten. Sie ſtipuliren in der gleichen Abſicht eine austragsweiſe Entſcheidung ihrer Streitigkeiten unter ſich, und legen ſich ſofort die Befugniß bey, die Beobachtung der hergebrachten Verfaſſung bey der Thronbeſteigung des Kaiſers in einer ſogenannten Wahl-Kapitulation beſchwören zu laſſen.

Die ältere Waffenweiſe und Kriegesart war nicht mehr auslangend, und geworbenes Fußvolk und geworbene Reiterei drang ſich von ſelbſt als nothwendig auf. Allein der Verſuch ein ſolches geworbenes allgemeines Reichsheer aus dem Ertrag einer allgemeinen Reichsſteuer zu beſtreiten mißlingt, und die Aufbringung der einzelnen Theile eines ſolchen — aus ritterlicher Mannſchaft, ſtädtiſchem Volk, Landesaufgebot, und geworbenen Volke zuſammengeſetzten Reichsheeres, muß noch den einzelnen Reichsſtänden zugetheilt bleiben, und zwar nach Maßgabe ſeiner Kräfte, welche in der ſogenannten Reichsmatrikel faſſionirt werden.

Bei dem Allen kann in dringenden Fällen die Erhebung einer allgemeinen Reichsſteuer — eines ſogenannten gemeinen Pfennings nicht umgangen werden; dieſe Erhebung geſchieht in der Art daß entweder von allen mittelbaren und unmittelbaren Reichsunterthanen eine Vermögensſteuer bewilligt, oder jeder einzelne Reichsſtand zu Erlegung einer gewiſſen Summe im Ganzen aufgefordert wird.

IV. Weſtphäliſcher Friede. Die Mehrheit der Stimmen unter den Reichsſtänden giebt um ſo weniger mehr überall den Ausſchlag, als der weſtphäliſche Friede in dieſer Beziehung ausdrücklich mehrere Ausnahmen zuläßt. Und ſo ſtellt ſich denn das deutſche Reich zuletzt gleichſam als eine Confederation dar, die eine Oberherrſchaft der Geſammtheit und des Kaiſers anerkennt. Dieſer Kaiſer findet ſich aber in der Geltendmachung ſeines Imperiums, binnen der Territorien der einzelnen Landesherrn ſehr beſchränkt. Dieſe halten ſich in Beziehung auf ihre Landesverwaltung nicht einmal unmittelbar an die Reichstagſchlüſſe gebunden, ſondern erachten ſich höchſtens für verpflichtet in Betreff einzelner Zweige dieſer Verwaltung den Reichsgeſetzen Folge zu leiſten. Der Ausdruck hohe Obrigkeit (superioritas territorialis) wird nun für den Inbegriff der Rechte dieſer Landesherrn inner ſeinen Territorien gebräuchlich. Als Hauptbeſtandtheil dieſer hohen Obrigkeit (auch Imperium genannt) tretten die Jurisdiktion (im Allgemeinen und auch die Geſetzesgewalt in ſich begreifend) und das Recht die Landſaſſen bei dem Reich ſelbſtſtändig zu vertreten — ferner ein dem Imperio des Kaiſers zunächſt ſtehendes Imperium in Subditos hervor. Dem Kaiſer wird hiebey das Imperium nur mit den Reichsſtänden gemeinſchaftlich zugedacht, gleichſam als eine Direktorialgewalt. Derſelbe beſteht jedoch auf ſeinen Reſervatrechten, auf deren Specificirung er ſich aber nicht einläßt, behauptend es müſſe dießfalls bei den Beſtimmungen der Aurea Bulla, und der Consiliorum Imperii verbleiben, und die potestas Imperatoris ſey ohnehin eine universalis die ſich anders nicht limitiren laſſe.“

Den Reichsſtänden bleibt zugeſichert:

1) die Aufrechthaltung ihrer Freyheiten, und die freye Ausübung ihres Territorialrechtes;

2) das Stimmrecht in Reichsgeſchäften,

3) das Recht Bündniſſe unter ſich und mit Auswärtigen zu ſchließen, zu ihrer Erhaltung und Sicherheit, vorbehaltlich der Rechte des Kaiſers und Reichs und des Landfriedens,

4) die Reichsſtandſchaft der Reichsſtädte mit Stimmrecht und Landeshoheit.

Die kaiſerlichen Rechte beſtehen zunächſt in der Leitung der Reichsgeſchäfte. Seine mit den Reichsſtänden gemeinſchaftlichen Regierungsrechte erhalten durch die Wahlkapitulation (und den weſtphäliſchen Friedensſchluß) ihr Maaß. Die Gegenſtände welche früher mit dem Churfürſten allein abgemacht wurden, kommen jetzt als Reichstagsſachen vor. Als gemeinſchaftliche Regierungsrechte (der Reichsſtände und des Kaiſers) müſſen alle jene betrachtet werden, bei welchen die Stände ein Stimmrecht auf den Reichstagen ausübten. Das Stimmrecht der Reichsſtände bildete ſich in der Art aus, daß ſie als auf den Beſitz unmittelbarer Reichsgüter radizirt betrachtet wurde. Von dem nicht gefürſteten Herrenſtande üben die Prelaten insgeſammt nur eine, die weltlichen aber zwei Stimmen aus (Wetterauiſche uud ſchwäbiſche Grafen; ſpäter 1646 tritt die Stimme der fränkiſchen und 1643 der weſtphäliſchen Grafen hinzu; ſowie auch eine beſondere Bank der rheiniſchen Prälaten). Altfürſtliche Häuſer führen ſoviel Stimmen als ſie einzelne zu beſondern Stimmen berechtigte Territorien beſitzen. Der Reichstag v. J. 1582 wird hiebey zur Norm genommen.

Eine aus Verordneten aller Klaſſen zuſammengeſetzte **Reichsdeputation** mit einem kaiſerlichen Kommiſſarius wird niedergeſetzt, um über die Aufrechthaltung des Landfriedens zu wachen, und auch andere Reichsgeſchäfte zum Schluß oder Vollzug zu bringen.

Zu den Prärogativen und Reſervaten des Kaiſers werden gezählt:

1) die Ertheilung gewiſſer Privilegien (mit Einwilligung der Churfürſten) als des Zoll-, Stappel- und Münzrechtes;

2) Standeserhöhungen und Titel-Verleihungen;

3) Verleihung nutzbarer Regalien (wobei jedoch das jus fisci und Bergregal als landesherrliche Gerechtſame aus dem Titel der Verjährung angeſehen wurden);

4) das Recht heimgefallene Reichslehen zu verleihen (mit Einwilligung des Churfürſten);

5) die Confirmation der landesherrlichen Geſetze, welche zwar von den Landesherrn gegeben werden können, aber deren Beſtättigung gewöhnlich nachgeſucht wird um Einſprüche gegen ihre Gültigkeit bey dem Reiche vorzubringen, und weil man denn doch die Landeshoheit, in ſo weit ſie ein Majeſtätsrecht ausübte, als der kaiſerlichen Aufſicht untergeordnet betrachtete. Bei landesherrlichen Hausgeſetzen wird die kaiſerliche Beſtättigung insbeſondere zu der Gültigkeit vorausgeſetzt;

6) die Ausübung der kaiſerlichen Gerichtsbarkeit geſchieht durch einen kaiſerlichen **Hofrath**, zugleich Reichslehenshof und Regierungs-Collegium. Dieſer Reichshofrath (der zugleich den geheimen Rath des Kaiſers in ſich ſchließt, und in mehreren Sachen mit dem Reichskammergericht concurrirt) erſtreckt ſeine Jurisdiction

a) über peinliche Sachen reichsunmittelbarer Perſonen,

b) über Rechtsſtreitigkeiten über Fürſtenthümer und Herrſchaften die vom Reich ohne Mittel zu Lehen gehen, und über

c) die Streitigkeiten über Erklärung und Einziehung kaiſerlicher Privilegien und Reſervaten.

Die Reichs-Geſetzgebung legt in Beziehung auf die Kriegsverfaſſung den Reichsſtänden nur die allgemeine Pflicht auf, zur Reichs- oder Kreishülfe gerüſtet zu ſeyn. Hiebei wird ein im Jahre 1521 entworfener Reichsmatrikel-Anſchlag zu Grund gelegt. In bedeutenden Kriegen wird jedoch das Heer durch Werbung vervollſtändigt. Reichsſtimmen für allgemeine Reichsbedürfniſſe, insbeſondere für Geldhülfe zu dem Türkenkriege, werden gleichfalls nach der angeführten Matrikel v. J. 1521 erhoben (Römermonate genannt), und hieraus von dem Landesherrn das Recht geſchöpft, den Betrag derſelben auf die Unterthanen umzulegen (ohne dießfalls eine Execution zuzulaſſen).

Territorial-Staatsrecht. Nachdem alle Spur von Amtsgewalt in der Landeshoheit ausgegangen war, ſo trat auch für die Erbfolge der Landesfürſten die Regel des gemeinen Rechtes ein. Hienach waren die deutſchen Länder, mit Ausnahme der Churlande, theilbar unter die Söhne; die Töchtern aber wurden mit einer Ausſteuer abgefunden, für welche ihnen von dem Ehemann die doppelte Summe als Wittum auf gewiſſe Güter verſchrieben zu werden pflegte, welche bei kinderloſem Abſterben des Mannes ihr eigenthümlich zufallen ſollte; hiedurch geſchah, daß häufig derley verpfändete Güter, wegen Mangel des Geldes zur Einlöſung von Seite der Stammverwandten, an dritte Familien gelangten. Lehen fielen, in Ermanglung von Söhnen, dem Lehensherrn anheim; Erbe und Eigen erhielten die Nächſten im Mannsſtamme, und die Fahrniß die Töchter. Eine Theilung wurde nun an der Subſtanz ſelbſt wirklich vollzogen (Thattheilung), oder es wurden nur die Nutzungen getheilt (Mutſchierung). Sehr häufig wurde die Regierung von dem älteſten im Namen der übrigen geführt; wenn aber auch eine Theilung erfolgte, ſo ließen ſich doch die Lehensherrn gewöhnlich herbey die Lehen zur geſammten Hand zu verleihen.

Die großen Nachtheile welche aus Theilungen zu erwachſen pflegten, beſtimmten die Landesherrn von ſelbſt auf Untheilbarkeit der Lande für die Zukunft bedacht zu ſeyn. Dieſes geſchah entweder 1) durch Verträge der Betheiligten uuter ſich, oder 2) auf dem Wege einer von dem Vater unter Einwilligung ſeiner Söhne getroffenen Diſpoſition über die Succeſſionsordnung.

Manchmal wurde anch ſchon das Verbot der Veräußerung mit in ſolche Succeſſions-Ordnungen aufgenommen, und durch beyde die Aufrechthaltung der Stamm-Einigung beabſichtigt.

Zu den weitern Gegenſtänden der Hausgeſetze gehörten auch die Beſtimmungen über Vormundſchaft, Verſorgung der Wittwen, und Ausſteuer der Töchter. Die erſte wurde als dem älteſten Verwandten von der Schwertſeite zuſtehend betrachtet, der Mutter aber häufig ein Antheil an derſelben zugegeben. Außer der Ausſtattung wurde der Tochter auch eine Summe Geldes als Heimſteuer beſtimmt, und der Wittwe die Widerlage ſelbſt auch auf Landestheile verſichert.

Da aber die Juriſten den Verzicht der Töchter nicht als ein Herkommen wollten gelten laſſen, ſo ſtatuirte man ausdrückliche Verbote aller Veräußerung bey Strafe der Nichtigkeit, oder behielt den Agnaten wenigſt ein Einſtandsrecht bevor. Meiſt geſchah das durch Teſtamente, welche als fideicommisse galten, oder auch durch Verträge, welchen als Verträgen eines Landesherrn vis legis zugeſchrieben, und die kaiſerliche Beſtätigung noch dazu erholt wurde. Hiebey ſtellte das Reichskammergericht (um vorzubeugen daß die Nachfolger in ein ſolches, als

fideicomis erſcheinendes Territorium nicht Einwendungen gegen die von ihrem Vorfahrer eingegangenen Verbindlichkeiten erheben mochten) den Grundſatz auf, daß der Nachfolger das was der Vorfahrer als Regent gethan hatte, anerkennen müſſe.

Der Gültigkeit von Erbverträgen durch welche dem Mannsſtamme eines in Linien getheilten Geſchlechtes die Succeſſion in das Lehenbann und allodiale Territorium geſichert wurde, ſo wie den Erbverbrüderungen welche die Succeſſion nach Ausgang des Mannsſtammes einem andern Geſchlechte einräumte, ſtand kein Verfaſſungshinderniß mehr im Wege; ſowie auch nicht die Erbeinigungen welche unter Agnaten über ihr gegenſeitiges Erbrecht in lehenbaren Territorien geſchloſſen wurden. Auch über die Succeſſion der Seitenverwandten im Falle des Ausſterbens einer Linie ſchien es jetzt um ſo räthlicher Verträge abzuſchließen, als die Frage in wie weit Erbverträge zu Gunſten des Mannsſtammes zugleich eine Erbfolge-Ordnung in ſich enthielten, und in wie weit bey Theilungen auf den Stamme und nicht auf die Reihe des Grades zu ſehen ſey? zweifelhaft blieben.

In Verfolg dieſer Anſchläge entſtanden die Beſtimmungen einer Primogenitur, welche den Vorzug der Erſtgeburt in der älteſten Linie (alſo eine Linealfolge) ſtatuirte. Weil jedoch die Anſichten der Rechtsgelehrten, die ſich ſtrenger an die Beſtimmungen des longobardiſchen Lehenrechts hielten, den Nachkommen ein jus sussuccedendi ex pacto et providentia majorum zugeſtanden, ſo mußte die Gewohnheit zur Befeſtigung dieſer Primogenitur eben das Meiſte und Beſte thun.

Kirchliche Verhältniſſe. Es iſt ſchon gezeigt worden wie die Kirche gleich bey ihrer erſten Begründung in dem Staate aufgetreten war, als eine einem höchſten Oberhaupte untergebene, mit eigenen Geſetzen, eigener Gerichtsbarkeit, und eigenen Immunitäten verſehene Anſtalt.

Die Gerechtſamen und Prärogativen der katholiſchen Kirche im Verhältniſſe zu dem Staate — von dieſem anerkannt, und in demſelben geltend gemacht — ſind aber während der älteſten Periode im Weſentlichen die folgenden:

Die Biſchöfe üben in ihren Diözeſen das Recht der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, der geiſtlichen Geſetzgebung und geiſtlichen Disciplin aus; ſie haben die Oberaufſicht über die Klöſter, das Recht Synoden abzuhalten, die geiſtlichen Aemter zu beſetzen, und die Erbauung neuer Kirchen zu geſtatten.

Die Gränzen dieſer Gerichtsbarkeit liegen in den Kirchengeſetzen ſelbſt; aus welchen denn auch das Recht hervorgeht, Layen ſowohl als Geiſtliche wegen Verfehlungen gegen dieſe Geſetze vor das geiſtliche Forum zu ziehen, und mit den in dieſen Geſetzen beſtimmten Strafen zu belegen.

Streitigkeiten der Geiſtlichen unter ſich, gehören nach den Canones durchaus vor den Richterſtuhl des Biſchofes.

Eheſachen gehören vor das Forum des Biſchofs, in ſo weit ſie Fragen betreffen über welche die Kirchengeſetze Beſtimmungen enthalten.

Die Wahl des Biſchofes ſelbſt ſteht beym Clerus und dem Volke, eine Mitwirkung des Königs iſt aber hiebey in den meiſten Fällen anzutreffen.

Außer der eigentlichen ſtreng geiſtlichen Gerichtsbarkeit, wurde den Biſchöfen durch kaiſerliche

Geſetze das Recht eingeräumt, überhaupt in Sachen welche freywillig an ſie gebracht wurden, Recht zu ſprechen.

Die Güter der Kirche ſtehen unter dem beſondern Schutze des Königs, und genießen der Immunität welche andern privilegirten Gütern, z. B. jenen des Adels zuſtanden. Ihre Veräußerung war verboten. Die Kirchengebäude haben das Recht des Aſyles. Auch die aus der Fundirung einer Kirche dem Begründer derſelben zuſtehenden Patronatsrechte beſtehen gleich Anfangs ſchon.

Die Geiſtlichen genießen eines ausgezeichneten Grades von perſönlicher Achtung und Sicherheit, perſönlicher Freyheit von öffentlichen Dienſten und Laſten, und eines privilegirten Gerichtsſtandes. Die Mönche leben unter unbeſchränkter Autorität ihres Obern, welcher dem Biſchofe der Diozeſe unmittelbar unterworfen war.

Dieſe Rechte der Biſchöfe innerhalb ihrer Diözeſen finden ihren Vereinigungspunkt in der von dem Oberhaupte der Kirche ausgehendeu höchſten geſetzgebenden, richterlichen, und oberaufſehenden Gewalt. Von dieſem Oberhaupte der Kirche empfangen die Biſchöfe ihre Ordination, die Erzbiſchöfe das Pallium; die päpſtlichen Dekrete haben in allen Diözeſen geſetzliche Autorität, und die richterliche Entſcheidung geiſtlicher Angelegenheit findet entweder in Folge einer an den apoſtoliſchen Stuhl gebrachte Appellation, oder auch ohne eine ſolche in jenen Fällen ſtatt, wo die Wichtigkeit oder eigenthümliche Beſchaffenheit der Sache eine unmittelbare Einſchreitung des Kirchenoberhauptes motivirte.

Schon während der Carolingiſchen Periode wird der geiſtlichen Gerichtsbarkeit die Ausdehnung gegeben, daß geiſtliche Perſonen ſowohl in bürgerlichen Streitſachen als wegen Verbrechens nur mit Zuziehung ihres geiſtlichen Obern ſollen gerichtet werden können. Der ordentliche Richter des Biſchofs oder Abtes war übrigens die Synode oder die Reichsverſammlung.

Das Vermögen der Kirche erhält ſofort zwar einerſeits einen bedeutenden Zuwachs aus den nun auch durch das weltliche Geſetz begünſtigten Zehenten — anderſeits aber wird ſchon ſehr bald Manches von dem Kirchengute durch die Biſchöfe ſelbſt an weltliche Perſonen verliehen. Auch tritt nun ſchon immer allgemeiner eine Vertheilung des Kirchengutes zur Ausſtattung der einzelnen Benefizien ein.

In eine ſehr lebendige, und ſich vielfach verzweigende Verbindung mit dem weltlichen Arme geräth aber die Kirche ihres Vermögens wegen durch ihre Schirm- und Kaſtenvogte, die ſie zur Vertheidigung ſowohl als zur Verwaltung dieſes Vermögens aufzuſuchen oder anzunehmen ſich gezwungen ſah. Beamte dieſer Art werden der Kirche um ſo unentbehrlicher, als ſie nun ſelbſt häufig einen Beſitz erwirbt, mit welchem das Recht und die Pflicht weltliche Gerichtsbarkeit zu adminiſtriren verbunden war. Solche Vögte haben denn alſo nicht blos die Biſchöfe, ſondern auch die Klöſter, welche zudem ſowohl von Seite des Papſtes als des Königs Exemtion von der biſchöflichen Gewalt in vielen Beziehnngen erlangten.

Eine (weltliche) Beſtätigung der gewählten Biſchöfe blieb in den Capitularien dem Könige vorbehalten, bey welcher eine ſymboliſche Einweiſung in das weltliche Gut (die Temporalien) gewiß ſchon ſehr frühe ſtatt gefunden hat.

Das Syſtem der Hierarchie welches von dem Grundſatze ausgeht: daß die ganze Fülle der

Kirchengewalt — in ſich ſchlieſſend die oberſte Aufſicht, Geſetzgebung und Gerichtsbarkeit — bey dem Papſte ſtehe, und von dieſem ausgehe, macht ſich nun im Verlaufe des Mittelalters dahin geltend, daß: kein Concilium ohne Autorität des Papſtes gehalten werden könne, daß jeder Biſchof ſeine Beſtätigung durch den Papſt erhalten, und dieſem den Eid des Gehorſams leiſten müſſe, daß dem Papſt in allen Diözeſen das Recht der Ausübung einer mit den Ordinarien concurrirenden Gerichtsbarkeit, ſowie auch das Recht alle Kirchenämter zu vergeben zuſtehe.

In Beziehung auf die Ausübung der biſchöflichen Jurisdiction, welche durch die Sendgerichte einen beſtimmten Charakter erhielt, treten nun die Vicarii principales (oder generales) hervor, welche als Bevollmächtigte der Biſchöfe den größten Theil der geiſtlichen Gerichtsbarkeit vollziehen, und ſich hiezu als eine eigene Behörde bilden, welcher mehrere Mitglieder (judices) zugetheilt waren.

Ueber die Ausdehnung dieſer Gerichtsbarkeit entſtanden häufig ſchon Colliſionen mit der weltlichen Gewalt, da von Seite der geiſtlichen Gewalt der Anſpruch gemacht wird daß die geiſtlichen Perſonen, auch in Beziehung auf weltliche Verbrechen, der Immunität zu genießen haben, daß die geiſtliche Gewalt ſich auch auf jene Sachen auszudehnen habe, welche wegen ihrer religiöſen Beziehung nach Kirchengeſetzen beurtheilt werden müſſen, und daß auch wegen jeder an ſich ſündlichen Handlung eine Klage bey dem geiſtlichen Gerichte zuſtehen müſſe.

Den Kloſter-Exemtionen wird eine erweiterte Ausdehnung gegeben, und alſo die Diözeſan-Gerichtsbarkeit des Biſchofs, in Beziehung auf die exemten Prälaturen, zuſehends eingeſchränkt.

Die Schirmvogtey hört in Hinſicht der Biſchöfe welche ſich zu Reichsfürſten erhoben von ſelbſt auf — inſoferne ſie blos auf dem Fürſtenamte beruht; ſie dauert aber fort in ſo weit Biſchöfe ſowohl als Stifter und Abteyen es für rathſam fanden, ſich zur Vertheidigung ihrer Rechte einem Schirmvogte zu ergeben. Von den Kaſtvögten aber (welche nicht zum Schutze ſondern zur Beſorgung der Verwaltung der Temporalien früherhin gewöhnlich waren) ſuchen die Aebte ſich allmählig loszumachen.

Außer der Schirmvogtey des Kaiſers entſteht nun eine untergeordnete Schirmvogtey des Landesherrn über die in ſeinem Territorium gelegenen Kirchen. Wegen der Bedrückung der Schirmvögte ſuchen aber die Kirchen die Schirmvogtey ſelbſt wieder an ſich zu bringen, laſſen ſie dann unbeſetzt, und beſtellen blos Kaſten- und Gerichtsvögte.

Ein großer Theil der Zehnten kommt durch Gewalt oder Belehnung in die Hände der Layen.

Die Vertheilung des Kirchengutes wird immer mehr durchgeführt; und den verſchiedenen Kirchenämtern die Verwaltung der zugetheilten Renten überlaſſen, welche als Benefizien mit den Offizien ſtrenge verbunden wurden. Das Kirchengut theilt ſich demnach in bona particularia und communia, je nachdem es einem beſtimmten Zwecke gewidmet war oder nicht. Zu jenen gehörten alle Dotalgüter. Das früherhin in Kraft der Schirmvogtey und Lehensherrlichkeit dem Kaiſer zuſtehende Recht die durch den Tod eines Biſchofs vacant gewordenen Güter, unter dem Titel jus regaliae, bis zur Inveſtitur eines neuen Biſchofs in Beſitz zu nehmen, ſowie in Kraft des jus spolii die Mobiliar-Verlaſſenſchaft der Geiſtlichen an ſich zu ziehen, wird durch die Capitulation Kaiſer Otto's (1197) beſchränkt, und das Diſpoſitionsrecht der

Geiſtlichen über ihre Verlaſſenſchaft anerkannt. Dagegen erhält ſich die weltliche Gewalt im vollen Beſitze des Patronatsrechtes und des juris primariarum precum.

Den Lehensdienſt mußte die Kirche wie andere Vaſallen leiſten. Auch der Beſteuerung durch die Landesherrn konnte ſie ſich nicht gänzlich entziehen; aber nach den Concilien de 1179 und 1215 ſoll eine ſolche nur in wichtigen Fällen des gemeinen Weſens, und unter Zuſtimmung des Biſchofes oder Papſtes vollzogen werden.

Schon ſeit dem IX. Jahrhunderte werden einzelne Klöſter, und ſpäter ganze Congregationen unter den unmittelbaren Schutz des römiſchen Stuhles geſtellt, und die Diözeſanrechte des Biſchofes durch exemtiones partiales oder totales beſchränkt oder aufgehoben.

Was Bayern betrifft, ſo ſind die in Betreff des Beſetzungsrechtes geiſtlicher Benefizien durch den apoſtoliſchen Stuhl geltend gewordenen Grundſätze bereits im dritten Bande dieſes Werkes behandelt worden. Eben ſo iſt von dem Vorbehalte eines Theiles der Renten erledigter Benefizien (Annaten ꝛc.) daſelbſt die Rede geweſen. Als eine weitere Quelle von Einkünften der päpſtlichen Curie wurden die Diſpenſationen, Unionen, Incorporationen, und vorzüglich die Commenden, durch welche z. B. die Einkünfte einzelner Abteyen den Kardinälen oder Biſchöfen verliehen wurden, und eben ſo auch die Indulgenzen behandelt. Die Concurrenz der päpſtlichen Jurisdiktion mit der biſchöflichen wurde ſowohl durch Avocationen, als auf dem Wege der angebrachten Appellationen in ausgedehntem Maaße gehandhabt. Für einzelne Theile der päpſtlichen Verordnungen (im Gegenſatz zu dem jure scripto und corpore juris canonici) fehlte es noch an einer ausdrücklichen Reception, wenn ſie gleich der Gerichtsgebrauch als geltend behandelte.

Im Ganzen und Großen wurden die Kirchenverhältniſſe in Deutſchland vollends durch die Sanctio pragmatica (1438) und die Wiener Concordate (1448) beſtimmt, deren Anwendung auf unſer Vaterland jedoch ebenfalls bereits im dritten Bande dieſes Werkes beſprochen wurde.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

H. Heinrich
Rottenburg

Bayerische StaatsBibliothek

Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Freyberg, Maximilian Prokop <<von>>,

Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung seit den Zeiten Maximilian I

Bd.: 4,1

Leipzig 1839

4 Bavar. 761 sad-4
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10332751-6